

Saul Friedländer
Orna Kenan

DAS DRITTE REICH UND DIE JUDEN

1933–1945

Gekürzte Ausgabe

PULITZER PREIS
FRIEDENSPREIS DES
DEUTSCHEN BUCHHANDELS



beck ^{sche}
reihe

© Foto: Bernd Kammerer/AP



«Ein erstaunliches und ergreifendes, ein unvergessliches Buch.»
Marcel Reich-Ranicki

«Eine Darstellung von unvergleichlicher Lebendigkeit und
Intensität, die sich liest wie ein Roman... ein Meisterwerk, das
bleiben wird.»
New York Times

«Wer dieses Buch gelesen hat, der wird es nicht vergessen;
es ist emotional aufwühlend, intellektuell herausfordernd,
es ist wahrhaftig das beste Buch, das es zu diesem Thema gibt.»
Ulrich Herbert, Süddeutsche Zeitung

«Wer wissen will, wie es eigentlich gewesen ist, der muß dieses
Buch lesen.»
Dieter Pohl, Der Spiegel

Verlag C. H. Beck

2434 Alfred Barth AG Lab 13735
TB-Laden Shop Vllle CH 8001 Zürich Ref

078-3-408-60654-0 9873718 / 31.08.10 3 -CHF

BZ 7202 546

BSR 1965; Friedländer S: Das Drit*
Reich und die Juden

Beck C.H.



9783406606540

[D]

www.beck.de

Diese von Saul Friedländer autorisierte Kurzfassung ist um rund 800 Seiten kürzer als das Gesamtwerk und soll einem breiteren oder jüngeren Publikum Zugänge zum Thema des Buches eröffnen. Sie soll idealerweise auch hinführen zum Gesamtwerk. Orna Kenan hat bei ihrer Arbeit mit grösster Sorgfalt und Sensibilität darauf geachtet, die einzigartige Erzählstruktur des Originals zu erhalten und seinen Gehalt zu bewahren. So ist eine eigenständige Version entstanden, die einerseits die Vorzüge der grossen Darstellung bewahrt und andererseits in kürzerer Form einführt in die Geschichte der Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden.

Saul Friedländer, geboren in Prag, verbrachte seine Jugend im von den Nazis besetzten Frankreich. Er ist heute Professor für Geschichte an den Universitäten von Tel Aviv und von Kalifornien, Los Angeles. Bei C.H.Beck sind von ihm ausserdem erschienen: *Wenn die Erinnerung kommt* (bsr 1253, ⁶2008), *Nachdenken über den Holocaust* (bsr 1788, 2007), Kurt Gerstein (bsr 1789, 2007), *Gibt der Erinnerung Namen* (bsr 1308, *2007) sowie als Herausgeber, gemeinsam mit Jörn Rüsen, *Wagner im Dritten Reich* (bsr 1356, 2000).

Orna Kenan, geboren und aufgewachsen in Tel Aviv, ist Historikerin und lebt in Los Angeles.

Saul Friedländer

DAS DRITTE REICH UND DIE JUDEN
1933-1945

Gekürzt von Orna Kenan

Aus dem Englischen von Martin Pfeiffer

Verlag C.H.Beck

Titel der amerikanischen Originalausgabe «Nazi Germany and the Jews. 1933-1945», erschienen bei Harper Collins Publishers, New York © 2009 Saul Friedländer, Orna Kenan (Vorwort)

Für Una

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2010

Satz, Druck u. Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Umschlagentwurf: malsyteufel, Willich

Umschlagbild: Auschwitz-Birkenau; © Michael St. Maur Sheil/Corbis

Printed in Germany

ISBN 9783406606540

Eingesannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

www.beck.de

Inhalt

Vorwort 7

Dank 15

Karten 16

ERSTER TEIL: VERFOLGUNG

(Januar 1933 – August 1939)

- 1 Der Weg ins Dritte Reich: Januar 1933 – Dezember 1933 23
- 2 Der Geist der Gesetze: Januar 1934 – Februar 1936 52
- 3 Ideologie und Kartei: März 1936 – März 1938 82
- 4 Radikalisierung: März 1938 – November 1938 109
- 5 Ein gebrochener Rest:
November 1938 – September 1939 133

ZWEITER TEIL: TERROR

(September 1939 – Dezember 1941)

- 6 Polen unter deutscher Herrschaft:
September 1939 – April 1940 165
- 7 Eine neue europäische Ordnung:
Mai 1940 – Dezember 1940 194
- 8 Eine Schlinge zieht sich zu: Dezember 1940 – Juni 1941 224
- 9 Der Angriff im Osten: Juni 1941– September 1941 253
- 10 Die «Endlösung»: September 1941 – Dezember 1941 284

DRITTER TEIL: SHOAH

(Januar 1942-Mai 1945)

- 11** Totale Vernichtung: Januar 1942 – Juni 1942 313
- 12** Totale Vernichtung: Juli 1942 – März 1943 342
- 13** Totale Vernichtung: März 1943 – Oktober 1943 371
- 14** Totale Vernichtung: Herbst 1943 – Frühjahr 1944 401
- 15** Das Ende: März 1944 – Mai 1945 422

Anmerkungen 450

Bibliographie 476

Register 491

Saul Friedländer

Das Dritte Reich und die Juden

Vorwort von Orna Kenan

Diese gekürzte Fassung des zweibändigen Geschichtswerks *Das Dritte Reich und die Juden* soll nicht an die Stelle des Originals treten. Eher sollte sie den Leser dazu ermutigen, nach der ausführlichen Fassung zu greifen, die umfassender von dem Geschehen berichtet, es weitaus reicher dokumentiert und interpretiert, als es hier geschehen kann. Ungeachtet der Einschränkungen, die eine Kürzung auferlegt, ist es gleichwohl das Ziel der vorliegenden Arbeit, den Ansatz eines historischen Erzählens zu bewahren, in dem die Menschenschicksale hervortreten und nicht in der Anonymität der Geschichte der Verfolgung und Vernichtung der Juden in den Jahren 1933 bis 1945 verschwinden. Die Verbrechen der Täter, das Verhalten der zeitgenössischen Gesellschaft und die Reaktionen der Opfer sind in diesem Ansatz aufs Engste miteinander verwoben. Dieses Tableau der Darstellung – auf allen Ebenen und an den verschiedenen Schauplätzen – macht dem Leser erst die Tragweite, das Ausmass und die Entfaltung des Geschehens deutlich: Er wird Entsprechungen und Ähnlichkeiten wahrnehmen können, die zuvor kaum in Erscheinung getreten sind.

Den unmittelbaren Anstoss zur Abfassung dieses Werks gaben nach Angaben des Autors die um die Mitte der 1980er Jahre geführten Debatten, die unter dem Begriff «Historikerstreit» bekanntgeworden sind, und insbesondere die anschliessende Kontroverse zwischen Friedländer und dem Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Martin Broszat,

über die «Historisierung des Nationalsozialismus». Broszat richtete seine Kritik vor allem gegen die traditionelle, vereinfachende Darstellung des «Dritten Reiches» nach den Kriterien von «gut» und «böse» und vertrat demgegenüber die Auffassung, eine Gesamtdarstellung erfordere zahlreiche Grautöne. In diesem Zusammenhang stellte er insbesondere die Behauptung auf, die Wahrnehmung dieser Vergangenheit durch die jüdischen Überlebenden und ihre Nachkommen sei zwar zu respektieren, jedoch als eine «mythische Erinnerung», als eine subjektive Version ihrer Erfahrungen aufzufassen, die einer «rationalen deutschen Geschichtsschreibung ein vergrößerndes Hindernis in den Weg legten», da diese Geschichtsschreibung auf einer wissenschaftlichen, leidenschaftslosen Analyse der Fakten beruhe. Insbesondere neigten die Opfer infolge ihrer Befangenheit dazu, den verbrecherischen Charakter des nationalsozialistischen Regimes in den Mittelpunkt zu stellen und somit als einen Faktor zu betrachten, der die gesamte Geschichte des Dritten Reiches definierte. Seiner Ansicht nach sollten die Jahre des Nationalsozialismus ebenso behandelt werden wie jede andere «normale» historische Epoche. Anstatt sie aus der Rückschau, ausgehend von der «Endlösung der Judenfrage» zu analysieren, sollte man die Geschichte des Dritten Reiches, «wie das der historischen Methode entspricht, nach vorwärts ... entfalten». Überdies sei die Endlösung, so Broszat, gerade dadurch möglich gemacht worden, dass man sie systematisch vor der deutschen Bevölkerung geheimhielt und diese die organisierte Vernichtung bestimmter Bevölkerungsteile erst kurz vor Kriegsende wahrnahm; der Mangel an Kenntnis von den schlimmsten Verbrechen des Regimes habe es möglich gemacht, dass die überwiegende Mehrheit der Deutschen weiterhin ein normales Alltagsleben führte.

Entgegen der Interpretation Broszats fragte Friedländer nach dem Wesen einer «Normalität» des Alltagsleben im Dritten Reich (vor dem Einsetzen der «Endlösung» im Spätherbst 1941) angesichts der ausserordentlichen Wirkung der antijüdischen Propaganda auf die «Volksgemeinschaft»: Es habe klare Erkenntnisse über die offene Verfolgung der Juden und anderer Gruppen vor Kriegsbeginn gegeben und die deutsche Bevölkerung habe schon früh Kenntnis von den Verbrechen des Regi-

mes, speziell von den Massenmorden – und seit 1942 dann auch von der totalen Vernichtung – gehabt, das sei im Allgemeinen stillschweigend hingenommen, häufig auch Komplizenhaft unterstützt worden.

Ebenfalls in direktem Gegensatz zu Broszats Argumentation legt *Das Dritte Reich und die Juden* ein besonderes Gewicht auf die Stimmen der Opfer. Diese Stimmen sind nicht zu verwechseln mit fehlbaren Memoiren (die allerdings nicht fehlbarer sind als die eines Höss oder eines Speer, um unter den zahlreichen nationalsozialistischen Memoirenschreibern und Zeugen nur diese zu nennen), sondern sind Dokumente der unmittelbaren Wahrnehmung der vielen Tagebuch- und Briefschreiber, deren Texte man aufgefunden hat; diese Zeitzeugen hielten die kleinsten Details ihrer individuellen Welt fest, mit dem Blick auf die stets gegenwärtige Brutalität der Täter, auf die Reaktionen der Bevölkerung und das Leben und den Tod ihrer Gemeinschaften. Diese unmittelbaren Zeugnisse des Geschehens, die in andere wissenschaftliche Arbeiten oft keinen Eingang gefunden haben, bestätigen Ahnungen, sie warnen uns vor übereilten Verallgemeinerungen und durchbrechen die Selbstgewissheit wissenschaftlicher Distanz. Auch wenn sie hie und da Geschehnisse wiederholen, die bekannt sind, so geschieht das doch mit unvergleichlicher Eindringlichkeit.

Darüber hinaus erlauben solche persönlichen Chroniken einen sehr klaren Blick auf die Ereignisse, eine Betrachtungsweise, die in den letzten Jahren zunehmend verloren gegangen ist, da man in der Geschichtsschreibung das Gewicht verstärkt auf jene Interpretationen gelegt hat, die abstrakte Strukturen und eine blindwütige bürokratische Dynamik in den Vordergrund gerückt haben. Die persönlichen Aufzeichnungen erweitern das Verständnis für bis dahin unbeantwortete Fragen zum Verhalten der Opfer und somit zur Entfaltung des Tötungsprozesses selbst um eine entscheidende Dimension: Die Lektüre von Tagebüchern und Briefen zeigt zum Beispiel eindeutig, dass die Bevölkerung in allen Ländern Europas allmählich von der Vernichtung der Juden Kenntnis erhielt, die Opfer selbst aber mit Ausnahme einer kleinen Minderheit nicht wussten, was ihnen bevorstand. In West- und Mitteleuropa waren die Juden kaum in der Lage, die Informationen zu einem Gesamtbild zusammenzusetzen; im Osten schenkte die überwiegende Mehrheit der jüdi-

schen Bevölkerung den detaillierten Berichten, die in ihre abgeschotteten Gemeinschaften durchsickerten, keinen Glauben. Dass die Juden nicht in der Lage waren, sich vielmehr weigerten, das Schicksal zu begreifen, das sie erwartete, ist von historischer Bedeutung; diese Tatsache erklärt zumindest zu einem Teil ihre bestürzende «Passivität», die viel zum beziehungslosen Ablauf des gesamten Vernichtungsprozesses beitrug.

Es gibt in der gegenwärtigen Geschichtsschreibung zum Dritten Reich Ansätze, die das verbrecherische Handeln des NS-Regimes in einen globalen Kontext einordnen, in dem die Massenvernichtung der Juden zu einem bloss sekundären, nahezu untergeordneten Problem wird: In dieser Sicht wird der Genozid als Folge eines Plans der Nationalsozialisten interpretiert, durch die Ermordung «überzähliger» Bevölkerungsteile (unter denen die Juden nur eine der verfolgten Bevölkerungsgruppen darstellten) im besetzten Europa ein ökonomisches und demographisches Gleichgewicht herzustellen. Die «Endlösung» wird auch als die erste Stufe zu einer umfassenden ethnischen Neuordnung und Dezimierung der Bevölkerung erklärt, die dazu dienen sollte, die Besiedlung der Räume im Osten durch Deutsche zu erleichtern. In ähnlicher Weise wurden die Verbrechen an den Juden in erster Linie ökonomisch begründet: Die systematische Ausplünderung der Juden sollte der deutschen Bevölkerung die materielle Belastung durch den Krieg erleichtern.

Friedländer sah hingegen in der Vernichtung der Juden, die als Hauptfeind der Nationalsozialisten galten, eines ihrer wichtigsten Ziele. Dass man den Opfern all ihr Vermögen raubte, war ein sekundärer «Nutzen», der beim Massenmord abfiel. Warum hätte Hitler sonst im Herbst 1943 persönlich beschlossen, mit der Deportation der Juden in Dänemark ebenso wie in Rom ernst zu machen, obgleich dies mit erheblichen Risiken verbunden war (in Dänemark konnte es zu Unruhen kommen, und in Rom bestand die Möglichkeit, dass der Papst öffentlich Protest einlegte) und obwohl beide Operationen keinerlei Gewinn brachten? Und von welcher Dringlichkeit, von welchem Nutzen war schliesslich die Deportation der armen jüdischen Gemeinden von den ägäischen Inseln im Juli 1944 oder auch die von Hunderten jüdischer Kinder aus Paris, drei Tage vor der Befreiung der französischen Hauptstadt?

In Friedländers Augen lässt sich die antijüdische Obsession, die für das Selbstbild des Regimes charakteristisch wurde und die die Erbarmungslosigkeit seines mörderischen Handelns bis zum allerletzten Moment inspirierte, nicht erklären, ohne Hitler in den Mittelpunkt zu stellen: Von seinem ersten Brief über eine politische Frage, den er im September 1919 schrieb, bis zu seinem politischen Testament, geschrieben am Vorabend seines Selbstmords (und bis zu dessen allerletzter Zeile), stand der Kampf gegen die Juden im Mittelpunkt des Glaubens und der Weltanschauung dieses deutschen «Messias». Ohne den obsessiven Antisemitismus und den persönlichen Einsatz Adolf Hitlers, zunächst als Führer der Bewegung und dann auf nationaler Bühne, hätte sich der weitverbreitete Antisemitismus jener Jahre wahrscheinlich nicht zu systematischem antijüdischem Handeln und gewiss nicht zu dessen mörderischen Konsequenzen verdichtet.

Demnach spielte für Friedländer die Ideologie selbst – speziell die antijüdische Ideologie – unter den Faktoren, die das politische Handeln der Nationalsozialisten immer radikaler auf den Weg des am gründlichsten durchorganisierten Völkermordes in der neueren Geschichte trieben, letztlich eine zentrale Rolle. «Im Grossen und Ganzen», notierte Goebbels Ende April 1944 nach einem langen Gespräch mit Hitler, «kann man schon sagen, dass eine Politik auf weite Sicht in diesem Kriege nur möglich ist, wenn man von der Judenfrage ausgeht.» In der Tat lag der Logik, die hinter diesen antijüdischen Besessenheit stand, ein bedrohliches Judenbild zugrunde, das einen tödlichen und unablässig aktiven Feind des Reiches zeigte, der es auf dessen Zerstörung abgesehen hatte. Im Rahmen dieser halluzinatorischen Logik entschloss sich Hitler, als das Reich an beiden Fronten, im Osten wie im Westen, kämpfen musste, ohne auf einen raschen Sieg hoffen zu können – wobei schon erste Anzeichen für die Niederlage erkennbar wurden –, zur sofortigen Vernichtung. Die Juden würden, so glaubte er, Deutschland und das neue Europa sonst von innen zerstören. Das Bild des Juden als tödliche Gefahr, als zerstörerische Kraft, kam nicht von ungefähr. In den Jahrzehnten, die dem Nationalsozialismus unmittelbar vorangingen, kam der Antisemitismus verschiedener nationaler, sozialer und religiöser Gruppen im Zuge sich

wandelnder Umstände in Deutschland und ganz Europa in verschiedenen Formen zum Ausdruck. Doch wie auch immer seine vielfältigen Facetten beschaffen sein mochten – der Antisemitismus der Neuzeit war nur eine späte Entwicklungsform einer gemeinsamen Geschichte, die im Wesentlichen im christlichen Antijudaismus wurzelte.

Dieser christliche Judenhas war zwar in Mitteleuropa und in Osteuropa besonders virulent geblieben, seine zentralen Mythen aber hatten auf dem ganzen Kontinent entweder in ihrer ursprünglichen Form oder in säkularisiertem Gewand überlebt. So wandelte sich die Anschuldigung, die Juden planten die Zerstörung des Christentums, über eine Reihe von Metamorphosen hinweg zu dem weitverbreiteten Glauben, die Juden versuchten, die Weltherrschaft zu erringen. Ausdruck fand diese Vorstellung unter anderem in einem überaus erfolgreichen antijüdischen Pamphlet, *Die Protokolle der Weisen von Zion*, einer literarischen Fälschung, die erstmals 1903 in Russland erschienen war und in der vorgeblich der Weg geschildert wurde, wie die Juden die Weltherrschaft zu erlangen gedachten.

Im Westen hatte die Zunahme des Antisemitismus in eben jenen Jahren eine ausgesprochen politisch-nationalistische Färbung, die zu einem grossen Teil von der Krise des Liberalismus auf dem europäischen Kontinent herrührte. Die liberale Gesellschaft sah sich Angriffen von selten des revolutionären Sozialismus' (aus dem in Russland der Bolschewismus und weltweit der Kommunismus hervorgehen sollte) ebenso wie von einer revolutionären Rechten ausgesetzt, aus der nach dem Ersten Weltkrieg in Italien der Faschismus und in Deutschland der Nationalsozialismus erwuchs. In ganz Europa identifizierte man die Juden mit dem Liberalismus und häufig auch mit dem Sozialismus, vor allem mit dessen revolutionärer Spielart. In diesem Sinne richteten sich antiliberale und antisozialistische (oder antikommunistische) Bewegungen gegen die Juden als Vertreter der von ihnen bekämpften Ideologien und stempelten diese zumeist als Anstifter und Träger solcher Überzeugungen ab. Die Krise der liberalen Gesellschaft und ihrer ideologischen Basis führte dazu, dass die Juden auf dem Kontinent, wo der Fortschritt des Liberalismus ihre Emanzipation und ihre rasche soziale Mobilität ermöglicht

und gefördert hatte, zunehmend geschwächt wurden und in die Isolation gerieten.

Im Deutschen Reich, wo sich seit dem 19. Jahrhundert die traditionellen und die «modernen» Aspekte des Antisemitismus, vor allem in seiner völkischen Form, am radikalsten miteinander vermengt hatten, fand dieser neue Hass seinen besonderen Ausdruck: Der neue militante Nationalismus des Reiches verband sich mit rassistischen Argumenten, zunehmend genährt von der Vorstellung, es bestehe ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen der arisch-deutschen und der semitisch-jüdischen Rasse. In diesem Zusammenhang muss man jedoch zwischen zwei verschiedenen Tendenzen unterscheiden: Die gewöhnliche, «völkische» Sorte des rassistischen Antisemitismus, die auf die politische, soziale und biologische Absonderung der deutschen Volksgemeinschaft zielte, und eine neue Form von rassistischem Antisemitismus. Diese neue Form, die Friedländer als «Erlösungsantisemitismus» bezeichnet, läutete einen metahistorischen Kampf zwischen der arischen Menschheit und «dem Juden» ein. Die Erlösung des Volkes, der Rasse oder der arischen Menschheit war aus dieser Sicht nur durch die Ausschaltung der Juden zu erreichen.

Dieser letztgenannte Typ des Antisemitismus hat seine ideologische Basis im späten 19. Jahrhundert in Deutschland, besonders im sogenannten Bayreuther Kreis und in den Schriften Houston Stewart Chamberlains, des Schwiegersohns von Richard Wagner und Ideologen des völkischen Antisemitismus. In Bayreuth war seit dem Ende des Jahrhunderts das Denken Chamberlains in der Tat dominierend; einen starken Einfluss hatte es auf den judenfeindlichen Schwadronneur und Bayreuth-Verehrer Dietrich Eckart aus München, der zu einem frühen ideologischen Mentor Hitlers wurde. So kam es, dass sich Hitler kurz nach Beginn seiner politischen Karriere als Messiasgestalt sah, von der Vor-sehung ausersehen, Deutschland in diesem schicksalhaften Kampf zu führen.

Tatsächlich waren Hitlers Ziele, vor allem seine Vision eines apokalyptischen .Endkampfes gegen die Juden, metapolitischer Natur, und sie erfüllten den Kern seiner Bewegung mit der Inbrunst einer Sekte, die einen Kreuzzug führt. Wie wir sehen werden, war Hitler in der Lage, sei-

ne metapolitischen Ziele in moderne Politik, moderne Organisation und moderne Begriffe zu übertragen. Und diese eigentümliche Verschmelzung scheinbar unterschiedlicher Welten verlieh dem Regime sowohl seinen Fanatismus als auch seine tödliche Effizienz.

Dank

Meinem Lebensgefährten Saul Friedländer bin ich ausserordentlich dankbar für seine unschätzbaren Kommentare und seine Unterstützung. Herzlichen Dank sage ich Hugh Van Dusen, meinem Lektor bei Harper-Collins, dem Lektoratsassistenten Rob Crawford und meinem Agenten Georges Borchardt. Mein aufrichtiger Dank geht an Sue Llewellyn für ihre wunderbare Redaktionstätigkeit und ihr Verständnis.

Gewidmet ist dieses Buch meiner ersten Enkelin Una.

Hauptvernichtungslager



- 1 Skarzysko-Kapienina
- 2 Starachowice
- 3 Poniatowa
- 4 Budzyn
- Vernichtungslager
- andere Lager



Generalgouvernement, Vernichtungslager 1942





Ausdehnung des national-sozialistischen Machtbereichs 1941/1942



ERSTER TEIL

VERFOLGUNG

Januar 1933 – August 1939

«Ich möchte kein Jude in Deutschland sein.»

Hermann Göring,
12. November 1938

1.

Der Weg ins Dritte Reich

Januar 1933 – Dezember 1933

Der Exodus jüdischer und linker Künstler und Intellektueller aus Deutschland begann in den ersten Monaten des Jahres 1933, fast unmittelbar nach der Machtübernahme durch Adolf Hitler am 30. Januar. Wie Tausende andere auch wurden die Dirigenten Otto Klemperer und Bruno Walter zur Flucht gezwungen. Hans Hinkel, der neue nationalsozialistische Leiter des Amtlichen Preussischen Theaterausschusses, der auch für die «Entjudung» des kulturellen Lebens in Preussen verantwortlich war, erklärte in der *Frankfurter Zeitung* vom 6. April, Klemperer und Walter seien von der musikalischen Bühne verschwunden, weil es nicht möglich sei, sie vor der «Stimmung» eines deutschen Publikums zu schützen, das «jüdische Kunstbankrotteure» schon lange provoziert hätten.¹

Prominente Stellung und Ruhm schützten niemanden. Albert Einstein, der sich gerade zu Besuch in den Vereinigten Staaten aufhielt, nannte am 30. Januar 1933 die Geschehnisse in Deutschland eine «see-lische Krankheit der Massen». In Ostende beendete er seine Rückreise und setzte nie wieder einen Fuss auf deutschen Boden. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft entthob ihn seiner Stellung; die Preussische Akademie der Wissenschaften schloss ihn aus; seine Staatsbürgerschaft wurde ihm aberkannt. Einstein war kein Deutscher mehr. Max Reinhardt wurde aus der Leitung des Deutschen Theaters vertrieben und floh aus dem Reich. Max Liebermann, möglicherweise der bekannteste deutsche Maler der damaligen Zeit, war zu alt, um auszuwandern, als Hitler an die Macht

kam. Er war ehemaliger Präsident und nunmehr, 1933, Ehrenpräsident der Preussischen Akademie der Künste und trug die höchste deutsche Auszeichnung, den Orden Pour le Mérite. Am 7. Mai erklärte Liebermann seinen Austritt aus der Akademie; keiner seiner Kollegen hielt es für nötig, ein Wort der Anerkennung oder des Mitgefühls zu äussern. Isoliert und verfehmt starb Liebermann 1935; nur drei «arische» Künstler nahmen an der Beerdigung teil.²

Im Grossen und Ganzen gab es bei der überwältigenden Mehrheit der etwa 525'000 Juden, die im Januar 1933 in Deutschland lebten, kein erkennbares Gefühl von Panik oder auch nur von nervöser Eile. Der Vorstand des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) verkündete am 30. Januar: «Im Übrigen gilt heute ganz besonders die Parole: Ruhig abwarten.»³ Ein Leitartikel in der Zeitung des Vereins vom 30. Januar aus der Feder Ludwig Holländers, des Vorsitzenden der Organisation, war im Ton ein wenig beunruhigter, zeigte aber im Prinzip dieselbe Haltung: «Auch in dieser Zeit werden die deutschen Juden ihre Ruhe nicht verlieren, die ihnen das Bewusstsein untrennbarer Verbundenheit mit allem wirklich Deutschen gibt. Weniger denn je werden sie ihre innere Haltung zu Deutschland von äusseren Angriffen, die sie als unberechtigt empfinden, beeinflussen lassen.»⁴

Im Laufe der Wochen hofften Max Naumanns Verband Nationaldeutscher Juden und der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten auf nichts Geringeres als die Integration in die neue Ordnung. Am 4. April richtete Leo Löwenstein, der Vorsitzende des Frontsoldatenbundes, eine Eingabe an Hitler und legte eine Liste mit nationalistisch orientierten Vorschlägen in Bezug auf die Juden Deutschlands bei sowie ein Exemplar des Gedächtnisbuches, das die Namen der 12'000 deutschen Soldaten jüdischer Abstammung enthielt, die im Weltkrieg für Deutschland gefallen waren. Ministerialrat Wienstein antwortete am 14. April, der Reichskanzler habe ihn beauftragt, den Empfang des Briefes und des Buches «ergebenst zu bestätigen».⁵ Hans Heinrich Lammers, der Chef der Reichskanzlei, empfing am 28. April zwar noch eine Abordnung der Frontkämpfer – damit aber hörten die Kontakte auf. Bald bestätigte Hitlers Büro Eingaben der jüdischen Organisation nicht mehr. Wie der Cen-

tral-Verein glaubten auch die Zionisten weiterhin, dass sich die anfänglichen Turbulenzen durch eine Neubehauptung jüdischer Identität oder einfach durch Geduld überwinden liessen; die Juden waren der Ansicht, dass die Verantwortung der Macht, der Einfluss der konservativen Regierungsmitglieder und eine wachsame Aussenwelt auf alle Tendenzen der Nazis zu Exzessen mässigend einwirken würden.

Für einige Juden war es eine Quelle der Zuversicht, dass der alte, geachtete Reichspräsident Paul von Hindenburg immer noch als Staatsoberhaupt amtierte; gelegentlich schrieben sie ihm über ihre Notlage. «Ich war 1914 verlobt», schrieb Frieda Friedmann, eine Berlinerin, am 23. Februar an Hindenburg. «Mein Verlobter fiel 1914. Zwei meiner Brüder, Max und Julius Cohn, fielen im Jahre 1916 und 1918. Mein letzter Bruder Willy kam erblindet... aus dem Felde zurück. ... Alle haben das Eiserne Kreuz für Verdienst am Vaterland. Jetzt jedoch ist es in unserem Vaterlande so gekommen, dass auf der Strasse öffentlich Broschüren gehandelt werden Juden raus!, öffentliche Aufforderungen zu Pogromen und Gewalttaten gegen die Juden. Ist die Judenhetze Tapferkeit oder Feigheit, wenn es im deutschen Staat bei 60 Millionen Menschen 1% Juden gibt?» Hindenburgs Büro bestätigte umgehend den Empfang des Briefes, und der Präsident liess Frieda Friedmann wissen, dass er entschieden gegen Exzesse eingestellt sei, die an Juden verübt wurden. Der Brief wurde an Hitler weitergeleitet, und der schrieb an den Rand: «Die Behauptungen dieser Dame sind ein Schwindel! Es ist selbstverständlich nicht eine Aufforderung zum Pogrom [sic] erfolgt!»⁶ Schliesslich waren sich die Juden – ebenso wie ein beträchtlicher Teil der deutschen Gesellschaft – insbesondere vor den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 nicht sicher, ob sich die Nationalsozialisten an der Macht halten würden oder ob ein konservativer Militärputsch gegen sie noch möglich war.

Die politischen Hauptopfer des neuen Regimes waren zumindest in den ersten Monaten nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten nicht Juden, sondern Kommunisten. Am 27. Februar wurde der Reichstag in Brand gesteckt; hierfür machte man die Kommunisten verantwortlich, und die nachfolgende Menschenjagd führte zur Verhaftung von fast 10'000 Mitgliedern und Sympathisanten der KPD und zu ihrer

Inhaftierung in neugeschaffenen Konzentrationslagern. Dachau war am 20. März eingerichtet worden und wurde am 1. April von SS-Chef Heinrich Himmler offiziell eingeweiht. Im Juni wurde SS-Gruppenführer Theodor Eicke Kommandant des Lagers, und ein Jahr später ernannte man ihn zum «Inspekteur der Konzentrationslager»: Unter der Ägide Himmlers war er zum Architekten der Lebens- und Todesroutine der Lagerinsassen in Hitlers neuem Deutschland geworden.

Eine am Tag nach dem Reichstagsbrand, am 28. Februar, erlassene Verordnung des Reichspräsidenten hatte Hitler bereits Ausnahmebefugnisse verliehen. Zwar gelang es den Nationalsozialisten nicht, bei den Wahlen vom 5. März die absolute Mehrheit zu gewinnen, sie konnten aber eine Koalition mit der ultrakonservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) eingehen. Einige Tage später, am 23. März, begab sich der Reichstag seiner Funktionen durch die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, das dem Reichskanzler uneingeschränkte legislative und exekutive Vollmachten verlieh. Das Tempo der Veränderungen, die nun folgten, war atemberaubend: Die Länder wurden gleichgeschaltet; im Mai wurden die Gewerkschaften aufgelöst und durch die Deutsche Arbeitsfront ersetzt; Mitte Juli dann gab es im Reich keine andere politische Partei mehr als die NSDAP. Die Unterstützung der Bevölkerung für diese Sturzflut von Aktivitäten und diese ständige Machtdemonstration wuchs lawinenartig an. In den Augen einer rasch zunehmenden Zahl von Deutschen war eine «nationale Wiedergeburt» im Gange.

Antijüdische Gewalttaten häuften sich nach den Märzahlen. Am 9. März nahmen SA-Leute im Berliner Scheunenviertel Dutzende von osteuropäischen Juden fest. Diese Ostjuden, traditionell die ersten Opfer deutschen Judenhasses, waren auch die ersten, die als Juden in Konzentrationslager abtransportiert wurden. Am 13. März erzwang die örtliche SA in Mannheim die Schliessung jüdischer Geschäfte; in Breslau wurden jüdische Anwälte und Richter im Gerichtsgebäude tätlich angegriffen; und in Gedern in Hessen brach die SA in jüdische Häuser ein und schlug «unter dem Beifall einer rasch anwachsenden Menschenmenge» die Bewohner zusammen. Die Liste vergleichbarer Vorfälle ist lang.⁷

Es gab auch Morde. Im Bericht des Regierungspräsidenten von Niederbayern von Ende März heisst es: «Am 15.ds.Mts., früh gegen 6 Uhr, erschienen in einem Kraftwagen mehrere Männer in dunkler Uniform vor der Wohnung des israelitischen Güterhändlers Otto Selz in Straubing. Selz wurde von ihnen in Nachtkleidern aus der Wohnung geholt und in einem Kraftwagen entführt. Etwa um 9.30 wurde Selz in einem Wald bei Weng, Bezirksamt Landshut, erschossen aufgefunden. ... Mehrere Landleute wollen bei einigen Insassen des Wagens die rote Armbinde mit dem Hakenkreuz bemerkt haben.»⁸ Am 31. März schickte Innenminister Wilhelm Frick an alle örtlichen Polizeireviere eine telegraphische Warnung, kommunistische Agitatoren, die in SA-Uniformen verkleidet seien und SA-Autokennzeichen benutzten, würden die Scheiben jüdischer Geschäfte einschlagen und die Gelegenheit nutzen, um Unruhe zu stiften. Bei derartigen Anschuldigungen gegen die Kommunisten könnte es sich um die übliche Desinformation der Nazis gehandelt haben oder um einen immer noch bestehenden Glauben an die Möglichkeit kommunistischer Subversion. Am 1. April berichtete das Polizeirevier Göttingen, das den am 28. März an jüdischen Geschäften und der örtlichen Synagoge angerichteten Schaden untersuchte, man habe zwei Mitglieder der kommunistischen Partei und einen Sozialdemokraten gefasst, die im Besitz von Nazi-Uniformteilen gewesen seien; der Zentrale in Hildesheim wurde mitgeteilt, bei den Verhafteten handle es sich um die Personen, welche die antijüdischen Aktionen begangen hätten.

Ein grosser Teil der ausländischen Presse ging ausführlich auf die Gewalttaten der Nationalsozialisten ein. Insbesondere amerikanische Zeitungen nahmen hinsichtlich der antijüdischen Verfolgungsmassnahmen kein Blatt vor den Mund. Jüdische und nichtjüdische Proteste mehrten sich. Eben diese Proteste waren für die Nationalsozialisten der Vorwand für den berüchtigten Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933. Schon Mitte März hatte Hitler einem Komitee unter dem Vorsitz von Julius Streicher, dem Gauleiter von Franken und Herausgeber des *Stürmers*, der bösartigsten antijüdischen Zeitung der Partei, gestattet, die Vorbereitungen für den Boykott in Angriff zu nehmen.

Unter den Nationalsozialisten wurde ein grosser Teil der Agitation für antijüdische ökonomische Massnahmen von einer bunt zusammengewürfelten Koalition von «Radikalen» initiiert. Ihr gemeinsamer Nenner war das, was Gregor Strasser, die frühere Nummer zwei in der Partei, einmal als «die antikapitalistische Sehnsucht»⁹ bezeichnet hatte; der einfachste Weg, auf dem sie diese zum Ausdruck bringen konnten, war böser Antisemitismus. Derartigen Parteiradikalen werden wir in jedem wichtigen Stadium antijüdischer Politik bis hin zum Kristallnacht-Pogrom vom November 1938 begegnen. Im April 1933 lassen sie sich als Mitglieder der verschiedenen wirtschaftlichen Interessengruppen der Partei identifizieren. Doch in ihrer besonderen Rolle als Pressure-group bestanden die Radikalen hauptsächlich aus «alten Kämpfern» – aus SA-Mitgliedern und einfachen Parteiaktivisten, die mit dem Tempo der nationalsozialistischen Revolution, mit der Dürftigkeit der ihnen zugefallenen Beute und mit dem häufig privilegierten Status von Parteigenossen, die in der Staatsbürokratie Schlüsselstellungen innehatten, unzufrieden waren. Ihr Einfluss sollte jedoch nicht überschätzt werden. Sie zwangen Hitler nie dazu, Massnahmen zu ergreifen, die er nicht ergreifen wollte. Wenn ihre Forderungen als zu weitgehend betrachtet wurden, verwarf man ihre Initiativen. Im Frühjahr 1933 half die antijüdische Agitation dem Regime jedoch, die Gewalttätigkeit der SA in vom Staat kontrollierte Bahnen zu lenken; den Nationalsozialisten waren diese Massnahmen natürlich auch um ihrer selbst willen willkommen.

Am 29. März unterrichtete Hitler das Kabinett über den geplanten Boykott von Geschäften in jüdischem Besitz und erklärte den Ministern, er selbst habe ihn gefordert. Er beschrieb die Alternative als spontane Gewalttaten der Bevölkerung. Ein zugelassener Boykott, so fügte er hinzu, würde gefährliche Unruhe vermeiden. Die deutschnationalen Minister machten Einwendungen, und Präsident Hindenburg versuchte einzugreifen. Hitler verwarf jedoch jeden Gedanken an eine Zurücknahme.

Unterdessen war vor allem in den Vereinigten Staaten und in Palästina die jüdische Führung in einem Zwiespalt: Sollte sie massenhafte Proteste und einen Gegenboykott gegen deutsche Waren unterstützen oder sollte

aus Furcht vor weiteren «Vergeltungsmassnahmen» gegen die Juden in Deutschland eine Konfrontation vermieden werden? Hermann Göring, seit Januar die Nummer zwei in der Hierarchie der NSDAP, hatte eine Reihe von namhaften Vertretern der deutschen Juden zu sich bestellt und sie nach London geschickt, wo sie gegen die geplanten antideutschen Demonstrationen und Initiativen intervenieren sollten. Zugleich sandten am 26. März Kurt Blumenfeld, der Präsident der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, und Julius Brodnitz, der Präsident des Central-Vereins, dem American Jewish Committee in New York ein Telegramm, in dem sie «energische Bemuehungen zur Einwirkung auf Unterlassung deutschfeindlicher Kundgebungen»¹⁰ verlangten. Durch Beschwichtigung der Nazis hoffte die besorgte deutschjüdische Führung dem Boykott zu entgehen.

Die Leitung der jüdischen Gemeinschaft in Palästina entschied sich ebenfalls für Zurückhaltung, während sich die führenden Persönlichkeiten der amerikanischen Juden nicht einig waren; die meisten jüdischen Organisationen in den Vereinigten Staaten waren gegen Massendemonstrationen und wirtschaftliche Aktionen, hauptsächlich aus Furcht davor, den Präsidenten und den Aussenminister in Verlegenheit zu bringen. Zögernd und unter dem Druck von Gruppen wie den Jewish War Veterans entschied sich der American Jewish Congress schliesslich anders. Im März fanden in mehreren amerikanischen Städten Protestversammlungen statt, an denen sich auch führende Vertreter der Kirchen und der Arbeiterbewegung beteiligten. Was den Boykott deutscher Waren anging, so breitete er sich als emotionale Basisbewegung aus, die im Laufe der Monate zunehmend institutionelle Unterstützung fand, zumindest ausserhalb Palästinas.

Propagandaminister Joseph Goebbels war in Hochstimmung. In seiner Tagebucheintragung für den 27. März schrieb er: «Ich diktiere einen scharfen Aufsatz gegen die Greuelhetze der Juden. Schon seine Ankündigung lässt die ganze Mischpoke [sic; jiddisch für «Familie»] zusammenknicken.»¹¹ Und am 1. April: «Der Boykott gegen die Weltgreuelhetze ist in Berlin und im ganzen Reich in voller Schärfe entbrannt. Das Publikum», fügte Goebbels hinzu, «hat sich überall solidarisch erklärt.»¹²

In Wirklichkeit stiess die Aktion der Nazis jedoch sogleich auf Probleme. Die breite Bevölkerung stand dem Boykott ziemlich gleichgültig gegenüber und zeigte manchmal sogar ein Interesse, in «jüdischen» Läden zu kaufen. In München beispielsweise führten wiederholte Ankündigungen über den bevorstehenden Boykott bei in jüdischem Besitz befindlichen Läden in den letzten Märztagen (die Öffentlichkeit wusste noch nicht, wie lange der Boykott dauern würde) zu so regen Geschäften, dass der *Völkische Beobachter* die «Unvernunft eines Teiles des Publikums» beklagte, «das sein sauer verdientes Geld den Volksfeinden und hinterlistigen Verleumdern geradezu aufdrängte». ¹³ Am Tage des Boykotts blieben viele jüdische Geschäfte geschlossen oder schlossen früh. Grosse Scharen von Zuschauern blockierten in den Geschäftsvierteln der Innenstädte die Strassen, um sich den Ablauf der Ereignisse anzusehen: Sie waren passiv, zeigten aber keineswegs die Feindseligkeit gegenüber den «Volksfeinden», welche die Parteiagitatoren erwartet hatten.

Zu dem Mangel an Begeisterung bei der Bevölkerung kam erschwerend hinzu, dass sich eine Vielzahl unvorhergesehener Fragen einstellte: Wie sollte ein «jüdisches» Unternehmen definiert werden? Durch seinen Namen, durch das Judentum seiner Geschäftsleitung oder durch jüdische Kontrolle über sein Kapital oder Teile davon? Wenn das Unternehmen geschädigt würde, was würde dann, in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise, mit seinen arischen Angestellten geschehen? Welche allgemeinen Konsequenzen würde diese Aktion, etwa bei einer Vergeltung durch das Ausland, für die deutsche Wirtschaft haben?

Auch wenn der Aprilboykott schon einige Zeit lang gedroht hatte, war er doch ganz eindeutig eine improvisierte Aktion. Er mag das Ziel verfolgt haben, die antijüdischen Initiativen der SA und anderer Radikaler zu kanalisieren; deutlich zu machen, dass langfristig die Basis jüdischer Existenz in Deutschland zerstört werden würde; oder, naheliegender, nach Art der Nationalsozialisten auf ausländische Proteste gegen die Behandlung der deutschen Juden zu reagieren. Welches auch die verschiedenen Motivationen gewesen sein mögen, Hitler praktizierte eine Form der Führung, die für seine antijüdischen Aktionen der nächsten Jahre charakteristisch werden sollte: Er bestimmte gewöhnlich einen *schein-*

baren Kompromisskurs zwischen den Forderungen der Parteiradikalen und den pragmatischen Vorbehalten der Konservativen, wodurch er in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckte, er selbst stehe über den Details der Aktion. Eine derartige Zurückhaltung war offensichtlich taktischer Natur; im Falle des Boykotts war sie vom Zustand der Wirtschaft und von der Furcht vor internationalen Reaktionen diktiert.

Die Möglichkeit weiterer Boykottaktionen blieb offen. Gleichwohl wurde Hitler zunehmend klar, dass das jüdische Wirtschaftsleben nicht offen beeinträchtigt werden durfte, jedenfalls so lange nicht, wie die deutsche Wirtschaft noch in einer prekären Lage war. Die Furcht vor ökonomischer Vergeltung durch das Ausland verband die Nationalsozialisten mit ihren konservativen Verbündeten und zwang zu zeitweiliger Mässigung. Und als im Sommer 1934 der konservative Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht auch das Wirtschaftsministerium übernahm, wurde die Nichteinmischung in jüdische Geschäftstätigkeit quasi offiziell vereinbart.

Der gescheiterte Boykott wurde schon bald durch die Gesetze vom April 1933 in den Schatten gestellt. Das erste von ihnen – wegen seiner Definition des Juden das grundlegende – war das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April. Dieses Gesetz zielte in seiner allgemeinsten Intention darauf, die gesamte Regierungsbürokratie umzugestalten, um ihre Loyalität gegenüber dem neuen Regime sicherzustellen. Seine Ausschliessungsmassnahmen, die für mehr als zwei Millionen staatlicher und städtischer Beschäftigter galten, waren gegen die politisch Unzuverlässigen, hauptsächlich Kommunisten und andere Gegner der Nationalsozialisten, sowie gegen die Juden gerichtet. Paragraph 3 des Gesetzes, der dann später als «Arierparagraph» bezeichnet wurde, besagte: «1. Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen.» Am 11. April definierte die Erste Verordnung zu diesem Gesetz «nichtarisch» folgendermassen: «Als nicht arisch gilt, wer von nichtarischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Grosseltern abstammt. Es genügt, wenn ein Elternteil oder ein Grosselternteil nicht arisch ist.»¹⁴

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Nationalsozialisten zwar die extremste antijüdische Propaganda entfesselt und Juden unter der Annah-

me, dass sie sich irgendwie als solche identifizieren liessen, misshandelt, boykottiert oder getötet, aber es war noch keine förmliche Entrechtung, die auf einer ausschliessenden Definition basierte, in die Wege geleitet worden. Die Definition als solche war – ganz gleich, welches ihre genauen Kriterien in Zukunft sein sollten – die notwendige Ausgangsbasis aller Verfolgungen, die danach kommen sollten.

Die Definition der jüdischen Abstammung im Beamtengesetz war die allgemeinste und umfassendste, und die Bestimmungen zur Einschätzung jedes Zweifelsfalles waren so streng wie möglich. Die Gesamtzahl der Juden in der Beamtschaft war im Jahre 1933 jedoch klein. Ausserdem fielen infolge der Intervention Hindenburgs Kriegsteilnehmer und Beamte, deren Väter oder Söhne im Ersten Weltkrieg gefallen waren, nicht unter das Gesetz. Darüber hinaus waren Beamte, die am 1. August 1914 bereits im Staatsdienst gewesen waren, ebenfalls freigestellt. Alle anderen wurden zwangspensioniert.

Die Gesetzgebung über jüdische Rechtsanwälte veranschaulicht noch deutlicher als der ökonomische Boykott, wie Hitler zwischen widersprüchlichen Forderungen von Seiten der radikalen Nationalsozialisten einerseits und seiner Verbündeten aus der DNVP andererseits lavierte. Ende März hatten schon im ganzen Reich tätliche Angriffe gegen jüdische Juristen stattgefunden. In mehreren Städten wurden jüdische Richter und Anwälte aus ihren Büros und sogar während der Verhandlungen aus Gerichtssälen geholt und meistens zusammengeschlagen. Gleichzeitig verkündeten örtliche Nazigrössen wie der bayerische Justizminister Hans Frank und der preussische Justizminister Hanns Kerrl aus eigener Initiative Massnahmen zur sofortigen Entlassung aller jüdischen Anwälte und Beamten. Der Staatssekretär im Justizministerium Franz Schlegelberger meldete Hitler, diese örtlichen Initiativen liessen eine völlig neue Situation entstehen und verlangten eine rasche Gesetzgebung, um einen neuen, einheitlichen juristischen Rahmen zu schaffen. Das Justizministerium hatte eine Verordnung vorbereitet, die jüdischen Anwälten die Zulassung aberkannte – auf derselben Grundlage, aber auch mit denselben Ausnahmen hinsichtlich der Kriegsteilnehmer und ihrer Angehörigen sowie langer Dienstjahre wie unter dem Beamtenge-

setz. Auf der Kabinettsitzung vom 7. April wurde die Verordnung verabschiedet und am 11. April veröffentlicht.

Infolge der Ausnahmen waren die Auswirkungen des Gesetzes anfänglich relativ glimpflich. Von den 4'585 Rechtsanwälten, die in Deutschland praktizierten, durften 3'167 (oder fast 70 Prozent) ihre Arbeit fortsetzen; 336 jüdische Richter und Staatsanwälte von insgesamt 717 wurden ebenfalls im Amt belassen. Im Juni 1933 stellten Juden immer noch mehr als 16 Prozent aller praktizierenden Anwälte in Deutschland. Diese Statistik sollte jedoch nicht falsch interpretiert werden. Auch wenn jüdische Anwälte immer noch praktizieren durften, wurden sie aus dem Deutschen Anwaltsverein ausgeschlossen und nicht in dessen Jahrbuch, sondern in einem besonderen Verzeichnis aufgeführt; alles in allem arbeiteten sie ungeachtet der Unterstützung durch einige arische Institutionen und Individuen unter einem «Boycott durch Furcht».

Die Agitation der NS-Kader gegen jüdische Ärzte blieb nicht weit hinter den Angriffen auf jüdische Juristen zurück. Hitler war allerdings mit Ärzten noch vorsichtiger als mit Rechtsanwälten. In diesem Stadium waren jüdische Ärzte aus Kliniken und Krankenhäusern, die von der staatlichen Krankenkasse betrieben wurden, erst de facto ausgeschlossen, wobei einige sogar weiterhin dort praktizieren durften. So waren Mitte 1933 fast 11 Prozent aller praktizierenden deutschen Ärzte Juden. Hier sieht man ein weiteres Beispiel für Hitlers Pragmatismus im konkreten Fall: Tausende jüdischer Ärzte bedeuteten Zehntausende deutscher Patienten. Die Beziehungen zwischen diesen Ärzten und einer sehr grossen Zahl von Patienten zu stören hätte unnötige Unzufriedenheit hervorrufen können. Hitler zog es vor abzuwarten.

Am 25. April wurde das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen verabschiedet. Es richtete sich ausschliesslich gegen nichtarische Schüler und Studenten. Das Gesetz beschränkte die Aufnahme neuer jüdischer Schüler und Studenten in jeder einzelnen deutschen Schule oder Universität auf 1,5 Prozent der Gesamtzahl neuer Bewerber, wobei die Gesamtzahl jüdischer Schüler oder Studenten in jeder einzelnen Institution 5 Prozent nicht übersteigen durfte. Kinder von

Frontsoldaten aus dem Ersten Weltkrieg und solche, die aus Mischehen stammten, welche vor der Verabschiedung des Gesetzes geschlossen waren, fielen nicht unter die Quote.

Für jüdische Kinder war die neue Atmosphäre möglicherweise von noch grösserer Bedeutung als die Gesetze selbst. Die junge Hilma Gefen-Ludomer, das einzige jüdische Kind im Berliner Vorort Rangsdorf, erinnerte sich an die plötzliche Veränderung. Die «nette, nachbarschaftliche Atmosphäre» endete «abrupt. ... Plötzlich hatte ich keine Freunde mehr. Ich hatte keine Freundinnen mehr, und viele Nachbarn hatten Angst, mit uns zu reden. Manche von den Nachbarn, die wir besuchten, sagten zu mir: ‚Komm nicht mehr, weil ich Angst habe. Wir sollen keinen Kontakt zu Juden unterhalten.›» Lore Gang-Saalheimer, die 1933 elf Jahre alt war und in Nürnberg lebte, konnte in ihrer Schule bleiben, da ihr Vater vor Verdun gekämpft hatte. Trotzdem «kam es immer öfter vor, dass nichtjüdische Kinder zu mir sagten: ‚Nein, ich kann nicht mehr mit dir von der Schule nach Hause gehen. Ich kann mich nicht mehr mit dir sehen lassen.›»¹⁵

Die Aprilgesetze und die Ergänzungsverordnungen, die nun folgten, zwangen mindestens zwei Millionen Staatsbedienstete und Zehntausende von Rechtsanwälten, Ärzten, Studenten und vielen anderen, nach angemessenen Beweisen für ihre arische Abstammung zu suchen; derselbe Prozess verwandelte Zehntausende von Priestern, Pastoren, Gemeindebeamten und Archivaren in Menschen, die lebenswichtige Zeugnisse einwandfreier Blutsreinheit aufspürten und zur Verfügung stellten; wohl oder übel wurden diese Menschen Teil einer völkischen bürokratischen Maschinerie, die mit dem Nachforschen, Überprüfen und Aussondern begonnen hatte.

Im September 1933 wurde es Juden verboten, Bauernhöfe zu besitzen oder Landwirtschaft zu treiben. In demselben Monat wurde unter der Kontrolle des Propagandaministeriums die Reichskulturkammer gegründet; damit wurde es Goebbels möglich, die Beteiligung von Juden am kulturellen Leben des neuen Deutschland einzuschränken. Ebenfalls unter der Ägide von Goebbels' Propagandaministerium wurde Juden die Zugehörigkeit zum Journalistenverband untersagt, und am 4. Oktober

verbot man ihnen, als Zeitungsherausgeber tätig zu sein. Die deutsche Presse war gesäubert.

Im Rassed Denken der Nationalsozialisten bezog die deutsche Volksgemeinschaft ihre Stärke aus der Reinheit ihres Blutes und aus ihrer Verwurzelung in der heiligen deutschen Erde. Eine derartige Rassereinheit war die Voraussetzung für überlegenes Kulturschaffen und für die Errichtung eines machtvollen Staates, der den Sieg im Kampf um das Überleben als Rasse und um die Herrschaft garantierte. Von Anfang an verwiesen daher die Gesetze von 1933 auf die Ausschliessung der Juden aus allen Schlüsselbereichen dieser utopischen Vision: das waren die Staatsverwaltung (das Berufsbeamtenengesetz), die biologische Gesundheit der Volksgemeinschaft (das Ärztegesetz), das soziale Gefüge der Gemeinschaft (die Ausschliessung jüdischer Rechtsanwälte), die Kultur (die Gesetze über Schulen, Universitäten, die Presse, die Kulturschaffenden) und schliesslich die heilige Erde (das Bauerngesetz). Von diesen Gesetzen war das Berufsbeamtenengesetz das einzige, das in diesem frühen Stadium in vollem Umfang angewendet wurde, aber die symbolischen Aussagen, die diese Gesetze machten, und die ideologische Botschaft, die sie vermittelten, waren unmissverständlich.

Nur sehr wenige deutsche Juden spürten, was die NS-Gesetze an nakedem, langfristigen Terror mit sich bringen würden. Zu diesen wenigen gehörte Georg Solmssen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank und Sohn eines orthodoxen Juden. In einem an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Bank gerichteten Brief vom 9. April 1933 schrieb Solmssen: «Ich fürchte, wir stehen noch am Anfänge einer Entwicklung, welche zielbewusst, nach wohlaufgelegtem Plane auf wirtschaftliche und moralische Vernichtung aller in Deutschland lebenden Angehörigen der jüdischen Rasse, und zwar völlig unterschiedslos, gerichtet ist. Die völlige Passivität der nicht zur nationalsozialistischen Partei gehörigen Klassen, der Mangel jedes Solidaritätsgefühls, der auf Seite derer zu Tage tritt, die bisher in den fraglichen Betrieben mit jüdischen Kollegen Schulter an Schulter gearbeitet haben, der immer deutlicher werdende Drang, aus dem Freiwerden von Posten selbst Nutzen zu ziehen, und das Totschweigen der Schmach und der Scham, die unheilbar allen denen zugefügt wurden, die, obgleich schuldlos, von heute auf morgen die

Grundlagen ihrer Existenz vernichtet sehen – alles dies zeigt eine so hoffnungslose Lage, dass es verfehlt wäre, den Dingen nicht ohne jeden Beschönigungsversuch ins Gesicht zu sehen.»¹⁶

Eine weitere Gruppe, gegen die das NS-Regime von Anfang an vorging, schloss auch einen Teil der arischen Bevölkerung ein. Das am 14. Juli 1933 erlassene Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses ermöglichte die Sterilisierung aller Personen, bei denen angeblich erbliche Krankheiten wie Schwachsinn, Schizophrenie, manisch-depressives Irresein, angeborene Epilepsie, Veitstanz, angeborene Blindheit, angeborene Taubheit und starker Alkoholismus festgestellt worden waren.

Die Entwicklung, die zu dem Gesetz vom Juli 1933 führte, hatte sich bereits in der Weimarer Zeit bemerkbar gemacht. Unter den Eugenikern verloren die Vertreter einer «positiven Eugenik» an Boden, und die «negative Eugenik» – mit ihrem Schwergewicht auf der Ausschliessung, also hauptsächlich der Sterilisierung der Träger von zu Behinderungen führenden Erbkrankheiten – gewann selbst in offiziellen Institutionen die Oberhand: So beherrschte ein Trend, der sich vor dem Ersten Weltkrieg in den westlichen Ländern in grossem Umfang abgezeichnet hatte, zunehmend die deutsche Szene. Wie in so vielen anderen Bereichen war der Krieg von entscheidender Bedeutung: Wurden nicht die Jungen und die körperlich Tauglichen auf dem Schlachtfeld niedergemetzelt, während die Behinderten und die Untauglichen geschützt wurden? War nicht die Wiederherstellung des genetischen Gleichgewichts ein bedeutendes national-völkisches Gebot? Das ökonomische Denken fügte seine eigene Logik hinzu: Die sozialen Kosten für den Unterhalt geistig und körperlich Behinderter, deren Fortpflanzung die Belastung nur noch vergrössern würde, wurden als unerschwinglich betrachtet. Diese Denkweise war weit verbreitet und keineswegs eine Domäne der radikalen Rechten. Zwar wurde in dem Entwurf eines Sterilisierungsgesetzes, der im Juli 1932 der preussischen Regierung vorgelegt wurde, noch die *freiwillige* Sterilisierung in Fällen erblicher Defekte betont, der Gedanke der *zwangsweisen* Sterilisierung verbreitete sich jedoch anscheinend. Der

entscheidende Wandel fand jedoch mit der Machtergreifung statt. Zwischen Mitte 1933 und Ende 1937 wurden etwa 200'000 Menschen sterilisiert. Bis zum Kriegsende war diese Zahl auf 400'000 angewachsen.

Vom Beginn der Sterilisierungsmassnahme bis zur scheinbaren Beendigung der Euthanasie im August 1941 – und bis zum Beginn der «Endlösung» etwa um dieselbe Zeit – entwickelten sich die politischen Strategien gegen die Behinderten und die Geisteskranken einerseits und die Juden andererseits gleichzeitig und parallel. Diese beiden politischen Linien hatten jedoch verschiedene Ursprünge und verschiedene Ziele. Während Sterilisierung und Euthanasie ausschliesslich darauf zielten, die Reinheit der deutschen Volksgemeinschaft selbst zu fördern, und durch Kosten-Nutzen-Rechnungen unterstützt wurden, war die Absonderung und Vernichtung der Juden – obwohl gleichfalls ein rassischer «Reinigungsprozess» – hauptsächlich ein Kampf gegen einen aktiven, schreckenerregenden Feind, von dem man meinte, er gefährde das Überleben Deutschlands und der arischen Welt. So wurde zusätzlich zu dem Ziel der rassistischen Säuberung, das mit dem der Sterilisierungs- und Euthanasiekampagne identisch war, und im Kontrast zu ihm der Kampf gegen den Juden als eine Konfrontation von apokalyptischen Ausmassen gesehen.

Der Boykott der jüdischen Geschäfte war die erste landesweite Probe für die Einstellung der christlichen Kirchen zur Lage der Juden unter der neuen Regierung. Der Historiker Klaus Scholder schreibt: «Kein Bischof, keine Kirchenleitung, keine Synode wandte sich in den entscheidenden Tagen um den 1. April öffentlich gegen die Verfolgung der Juden in Deutschland.»¹⁷

In einer Radioansprache, die am 4. April 1933 in die Vereinigten Staaten ausgestrahlt wurde, rechtfertigte der Berliner Bischof Otto Dibelius, der prominenteste deutsche protestantische Geistliche, die Aktionen des neuen Regimes; er leugnete, dass es in den Konzentrationslagern irgendwelche Brutalitäten gäbe, und behauptete, der Boykott – den er als vernünftige Verteidigungsmassnahme bezeichnete – sei in «Ruhe und Ordnung» verlaufen.¹⁸ Seine Sendung war keine einmalige Verirrung. Wenige Tage später schickte Dibelius an alle Pastoren seiner Provinz ein

vertrauliches österliches Sendschreiben: «Meine lieben Brüder! Für die letzten Motive, aus denen die völkische Bewegung hervorgegangen ist, werden wir alle nicht nur Verständnis, sondern volle Sympathie haben. Ich habe mich trotz des bösen Kluges, den das Wort vielfach angenommen hat, immer als Antisemiten gewusst. Man kann nicht verkennen, dass bei allen zersetzenden Erscheinungen der modernen Zivilisation das Judentum eine führende Rolle spielt.»¹⁹

Die Reaktion der katholischen Kirche auf den Boykott fiel nicht grundlegend anders aus. Am 31. März richtete auf Vorschlag des Berliner Geistlichen Bernhard Lichtenberg Oskar Wassermann, der Direktor der Deutschen Bank in Berlin und Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen für den Frieden, an Adolf Johannes Kardinal Bertram, den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, die Bitte, er möge gegen den Boykott Einspruch erheben. Unternommen wurde nichts.

Diskutiert wurde in den Kirchen vor allem über den Status von konvertierten Juden und über die Verbindungen zwischen Judentum und Christentum. Besonders zugespitzt hatte sich diese Debatte im Protestantismus, als die NS-freundliche Glaubensbewegung Deutsche Christen 1932 ihre «Richtlinien» veröffentlichte. Das wesentliche Thema war eine Art rassebewusster Glaube an Christus mit Rasse, Volk und Nation als Teil einer gottgegebenen Lebensordnung. Punkt 9 der «Richtlinien» beispielsweise lautet: «In der Judenmission sehen wir eine schwere Gefahr für unser Volkstum. Sie ist das Eingangstor fremden Blutes in unseren Volkskörper. ... Insbesondere ist die Eheschliessung zwischen Deutschen und Juden zu verbieten.»²⁰ Bei den Kirchenwahlen von 1932 erhielt die Bewegung der Deutschen Christen ein Drittel der Stimmen; und am 27. September 1933 wurde Ludwig Müller, ein glühender Anhänger des NS-Regimes, zum Reichsbischof gewählt – also zu einer Art Koordinator des Führers für alle wichtigen Fragen, die sich auf die protestantischen Kirchen bezogen.

Doch genau diese Wahl und eine zunehmende Kontroverse über Pastoren und Kirchenmitglieder jüdischer Abstammung liessen eine sich vertiefende Kluft in der evangelischen Kirche entstehen. In Anwendung des Berufsbeamtengesetzes verlangte die Generalsynode der Altpreuussischen Union die Zwangspensionierung von Pastoren, die jüdischer Ab-

stammung oder mit Juden verheiratet waren. Dieser Initiative folgten rasch die meisten anderen Synoden im Reich. Zugleich trat jedoch ein gegenläufiger Trend in Erscheinung; er wurde von einer Gruppe führender Theologen gestützt, die eine Verlautbarung über «Das Neue Testament und die Rassenfrage» herausbrachte, in der jede theologische Rechtfertigung für die Übernahme des Arierparagraphen eindeutig verworfen wurde. Und zu Weihnachten 1933 gründeten zwei Pastoren, Dietrich Bonhoeffer und Martin Niemöller, eine oppositionelle Organisation, den Pfarrernotbund, dessen Mitgliederzahl innerhalb von wenigen Monaten auf 6'000 anwuchs. Eine der ersten Initiativen des Bundes bestand darin, einen Protest gegen den Arierparagraphen zu formulieren: «In solcher Verpflichtung bezeuge ich, dass eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche Christi geschaffen ist.»²¹ So wurde die Bekennende Kirche geboren. Doch die Standhaftigkeit der Bekennenden Kirche in der Judenfrage beschränkte sich darauf, für die Rechte der nichtarischen Christen einzutreten. Aus der Sicht der Kirchen drehte sich die eigentliche Diskussion um Prinzipien und Dogmen, und das schloss nichtkonvertierte Juden aus.

Oberflächlich betrachtet, hätte die Haltung der katholischen Kirche gegenüber dem neuen Regime fester sein müssen als die der Protestanten. Die katholische Hierarchie hatte in den letzten Jahren der Republik ein gewisses Mass an Feindseligkeit gegenüber der Hitlerbewegung bekundet, aber diese Haltung war einzig und allein von Kircheninteressen und von den wechselnden politischen Geschicken der katholischen Zentrumsparlei bestimmt gewesen. Die Einstellung vieler deutscher Katholiken zum Nazismus war vor 1933 zutiefst zwiespältig gewesen: Viele katholische Publizisten wiesen auf die antichristlichen Elemente im nationalsozialistischen Programm hin und erklärten diese als unvereinbar mit der katholischen Lehre. Aber gleichzeitig sprachen sie vom gesunden Kern des Nationalsozialismus – von der Aufwertung der Religion und der Liebe zum Vaterland, von seiner Bedeutung als starkes Bollwerk gegen den atheistischen Bolschewismus. Die generelle Einstellung der katholischen Kirche zur Judenfrage in Deutschland und anderswo lässt sich als ein «gemässigter Antisemitismus» definieren, der für den Kampf

gegen «übermäßigen jüdischen Einfluss» in der Wirtschaft und im kulturellen Leben eintrat. So fand Generalvikar Mayer aus Mainz, «dass Hitler in *Mein Kampf* den schlechten Einfluss der Juden in Presse, Theater und Literatur ,angemessen geschildert habe. Es sei jedoch unchristlich, andere Rassen zu hassen und Juden und Ausländer durch eine diskriminierende Gesetzgebung zu benachteiligen; das habe nur Repressalien von anderen Ländern zur Folge.»²²

Anlässlich der Ratifizierung des Konkordats zwischen dem NS-Regime und dem Vatikan im September 1933 schickte Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli eine Note an den deutschen Geschäftsträger, in der die prinzipielle Position der Kirche bekräftigt wurde: «Bei der Gelegenheit erlaubt sich der Heilige Stuhl noch ein Wort einzulegen für diejenigen deutschen Katholiken, die selbst vom Judentum zur christlichen Religion übergetreten sind ... und die jetzt aus den der Reichsregierung bekannten Gründen gleichfalls unter gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten leiden.»²³ Im Prinzip sollte dies die durchgängige Position der katholischen wie der protestantischen Kirche sein, auch wenn sich beide in der Praxis den Massnahmen des NS-Regimes gegen konvertierte Juden unterwarfen, als diese rassistisch als Juden definiert wurden.

Bei der dogmatischen Konfrontation, auf die sich die katholische Hierarchie verlegte, ging es hauptsächlich um die religiöse Verbindung von Judentum und Christentum. Diese Position fand einen frühen Ausdruck in fünf Predigten, die der Münchner Kardinal Michael Faulhaber in der Adventszeit 1933 hielt. Faulhaber erhob sich über die Abgrenzung von Katholiken und Protestanten, als er erklärte: «Wir reichen den getrennten Brüdern die Hand, um gemeinsam mit ihnen die Hl. Bücher des Alten Testaments zu verteidigen.» Ganz offensichtlich richteten sich Faulhabers Predigten nicht gegen den politischen Antisemitismus der damaligen Zeit, sondern gegen den rassistischen Antisemitismus, der jetzt in die Kirche eindrang. Um jedes Missverständnis auszuschliessen, erklärte Faulhaber, er mache «im Voraus drei Unterscheidungen. Wir müssen erstens unterscheiden zwischen dem Volke Israel vor dem Tode Christi und nach dem Tode Christi. Vor dem Tode Christi war das Volk Israel

Träger der Offenbarung. ... Nur mit diesem Israel der Vorzeit werden meine Adventspredigten sich befassen.» Der Kardinal beschrieb dann, wie Gott Israel, nachdem es Christus nicht anerkannt habe, verworfen habe. Schliesslich, so fuhr der Kardinal fort, «müssen [wir] auch innerhalb der alttestamentlichen Bibel unterscheiden zwischen dem, was vorübergehenden Wert hatte, und dem, was ewigen Wert haben sollte. ... Für unser Thema handelt es sich um jene religiösen, sittlichen und sozialen Werte des Alten Testaments, die auch im Christentum ihren Wert behalten.»²⁴ Kardinal Faulhaber selbst hat später betont, er habe in seinen Adventspredigten nur den Wunsch verfolgt, das Alte Testament zu verteidigen, und nicht zu zeitgenössischen Aspekten der Judenfrage Stellung nehmen wollen.

Ein Vergleich zwischen den Einstellungen der Kirchen und denen der Universitäten zu den antijüdischen Massnahmen, die das Regime 1933 ergriff, lässt grundsätzliche Ähnlichkeiten und zugleich gewisse unbedeutende Unterschiede erkennen. Zwar waren ausgesprochene Befürworter des Nationalsozialismus sowohl in den Kirchen als auch in den Universitäten eine kleine Minderheit, aber diejenigen, die für die von dem neuen Regime eingeläutete nationale Wiedergeburt eintraten, waren eindeutig in der Mehrheit. Diese Mehrheit war bestimmt von einer konservativ-nationalistischen Überzeugung, die sich ohne weiteres mit den wesentlichen Idealen vertrug, welche das Regime in seiner Frühphase proklamierte. Was jedoch die Einstellung der Kirchen auszeichnete, war das Bedürfnis, an gewissen Grundaussagen des christlichen Dogmas festzuhalten. Die Juden als Juden wurden ihrem Schicksal überlassen, aber sowohl die evangelische als auch die katholische Kirche unternahm den Versuch, am Vorrang so grundlegender Glaubensüberzeugungen wie der Auslöschung der Rasse durch die Taufe und der Heiligkeit des Alten Testaments festzuhalten. Nichts dergleichen hinderte Universitätsprofessoren daran, die antijüdischen Handlungen des Regimes zu akzeptieren. Als daher jüdische Kollegen entlassen wurden, legte kein deutscher Professor öffentlichen Protest ein; als die Zahl der jüdischen Studenten drastisch verringert wurde, äusserte kein Universitätsausschuss und kein Fakultätsmitglied irgendwelchen Widerstand; als man

überall im Reich Bücher verbrannte, brachte kein Intellektueller in Deutschland und auch niemand sonst offen irgendwelche Beschämung zum Ausdruck.

Während sich die Einstellung der Mehrzahl der «arischen» Universitätsprofessoren als «gebildete Judäophobie» definieren liess, hatte sich unter den Studenten ein radikaler Typ von Judenfeindschaft festgesetzt. Schon in den frühen Jahren der Weimarer Republik traten die meisten deutschen Studentenverbindungen dem Deutschen Hochschulring bei, einer Organisation mit offen völkischen und antisemitischen Zielen, die bald die Kontrolle über die studentische Politik übernahm. Bedingung für die Mitgliedschaft in diesem Ring war rein arische Abstammung, wobei Volksdeutsche aus Österreich oder dem Sudetenland aufgenommen wurden, obwohl sie keine deutschen Staatsbürger waren. Bis in die Mitte der zwanziger Jahre beherrschte der Ring die Universitäten, dann trat an seine Stelle der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund. Im Jahre 1931 errangen die Nationalsozialisten eine Mehrheit in der Deutschen Studentenschaft; binnen Kurzem stellte dann ein ganzer Trupp junger Intellektueller seine Energie und seine Fähigkeiten der Partei und ihrer Politik zur Verfügung.

Nach dem Januar 1933 nahmen Studentengruppen ähnlich wie die SA die Dinge selbst in die Hand. Reichsstudentenführer Oskar Stabel verkündete kurz vor dem Boykott vom 1. April, an diesem Tage würden studentische Streikposten an den Eingängen zu den Vorlesungssälen und Seminarräumen jüdischer Professoren postiert werden, um alle vom Betreten «abzubringen». Später stellten sich nationalsozialistische Studenten mit Fotoapparaten auf dem Podium von Vorlesungssälen auf, um Aufnahmen von Studenten zu machen, die Lehrveranstaltungen von Juden besuchten. Anfang April 1933 richtete die Deutsche Studentenschaft eine Abteilung für Presse und Propaganda ein. Deren allererste Massnahme, die am 8. April beschlossen wurde, sollte als Reaktion auf die «schamlose Hetze» des Weltjudentums gegen Deutschland die «öffentliche Verbrennung jüdischen zersetzenden Schrifttums» durch Universitätsstudenten sein.²⁵ In der Zeit vom 12. April bis zum 10. Mai sollte eine «Informations»kampagne durchgeführt werden; die öffentlichen Ver-

brennungen sollten am letzten Tag der Kampagne um 18 Uhr auf dem Gelände der Universitäten beginnen.

Die berichtigten zwölf Thesen, welche die Studenten zur rituellen Deklamation bei den Verbrennungen vorbereiteten, waren nicht ausschliesslich gegen Juden und den «jüdischen Geist» gerichtet: Ziele der Attacken waren ebenso der Marxismus, der Pazifismus und die «seelenzerfasernde Überschätzung des Trieblebens» (das heisst, «die Freudsche Schule und ihre Zeitschrift *Imago*»). Es war eine Rebellion des Deutschen gegen den «undeutschen Geist». Doch die Hauptstossrichtung der Aktion blieb im Wesentlichen antijüdisch; in den Augen der Organisatoren war sie dazu bestimmt, die antijüdische Initiative vom wirtschaftlichen Bereich auf das gesamte Feld der deutschen Kultur auszudehnen.

Am Abend des 10. Mai fanden in den meisten Universitätsstädten Deutschlands exorzistische Rituale statt. In Berlin wurden mehr als 20'000 Bücher verbrannt, und in allen anderen grossen deutschen Städten waren es jeweils zwei- bis dreitausend. In Berlin wurde an der Staatsoper ein riesiges Feuer entzündet, und Goebbels war einer der Redner. Im Anschluss an die Reden rezitierte die Menge in der Hauptstadt wie in den anderen Städten Parolen gegen die geächteten Autoren, während man die giftigen Bücher stapelweise in die Flammen schleuderte.

Während Deutschlands intellektuelle und geistliche Eliten dem neuen Regime ihre ausdrückliche oder stillschweigende Unterstützung zusicherten, versuchten die führenden Vertreter der jüdischen Gemeinschaft, ihre Bedrückung hinter einer Fassade der Zuversicht zu verbergen: Ungeachtet aller Schwierigkeiten war die Zukunft des jüdischen Lebens in Deutschland noch nicht unwiderruflich bedroht. Ismar Elbogen, einer der prominentesten jüdischen Historiker der damaligen Zeit, brachte eine verbreitete Einstellung zum Ausdruck, als er schrieb: «Man kann uns zum Hungern verurteilen, aber nicht zum Verhungern!»²⁶ Dies war der Geist, der bei der Gründung der Reichsvertretung der deutschen Juden herrschte, die im Jahre 1933 offiziell in die Wege geleitet wurde. Diese Vertretung blieb dann die Dachorganisation lokaler und landesweiter jüdischer Verbände bis 1938; an ihrer Spitze standen die ganze

Zeit der Berliner Rabbiner Leo Baeck, der angesehene Vorsitzende des Allgemeinen Rabbinerverbandes in Deutschland und ein renommierter Gelehrter, und der Laienführer Otto Hirsch. Trotz des Widerstandes «nationaldeutscher Juden», ultraorthodoxer religiöser Gruppierungen und bisweilen der zionistischen Bewegung spielte die Reichsvertretung in den Angelegenheiten des deutschen Judentums eine bedeutende Rolle, bis sie nach einer Übergangszeit in den Jahren 1938/39 in die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, eine von der Gestapo bis ins Detail kontrollierte Organisation, überführt wurde.

In der Reichsvertretung gab es kein grösseres Gefühl des Druckes als bei den meisten einzelnen Juden in Deutschland. Noch Anfang 1934 sprach sich Otto Hirsch gegen «übereilte» Emigration aus: Er glaubte an die Möglichkeit, im neuen Deutschland ein würdiges jüdisches Leben aufrechtzuerhalten. Dass Alfred Hirschberg, die prominenteste Persönlichkeit des assimilationistischen Central-Vereins, «jede Notwendigkeit, sich über das Utopia einer Neuansiedlung [in Palästina] zu verbreiten», leugnete, war typisch, aber dass eine Publikation der zionistischen Pionierorganisation die *unvorbereitete Einwanderung* in Erez Israel als «Verbrechen gegen den Zionismus» definierte, kommt überraschend, vielleicht wegen des heftigen Tons dieser Äusserung.²⁷

Nicht alle deutsch-jüdischen Führer legten eine derartige Unbekümmertheit an den Tag. Einer, der hartnäckig die sofortige Auswanderung verlangte, war Georg Kareski, der Leiter der rechten (revisionistischen) Staatszionistischen Organisation. Kareski, eine lautstark agierende, aber randständige Persönlichkeit selbst innerhalb des deutschen Zionismus, war bereit, den Exodus der Juden aus Deutschland notfalls in Zusammenarbeit mit der Gestapo und dem Propagandaministerium zu organisieren.

Selbst als die Monate vergingen, gewannen die führenden Gestalten des deutschen Judentums im Allgemeinen keinen klaren Einblick in die kompromisslos antijüdische Haltung der Nationalsozialisten. So machte im August 1933 Werner Senator, der aus Palästina nach Deutschland zurückgekehrt war, um Direktor des neugegründeten Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau zu werden, in einer an das American Joint Distri-

bution Committee gerichteten Denkschrift den Vorschlag, einen Dialog zwischen den Juden und den Nationalsozialisten in Gang zu bringen. Seiner Ansicht nach sollte ein derartiger Dialog «zu einer Art Konkordat führen, ähnlich den Vereinbarungen zwischen der römischen Kurie und den europäischen Staaten».²⁸

Keine römische Kurie und kein Konkordat wurden in der «Denkschrift zur Judenfrage», welche die Vertreter der orthodoxen Juden am 4. Oktober an Hitler sandten, als Beispiele bemüht. Die Unterzeichner machten den Reichskanzler darauf aufmerksam, wie ungerecht es sei, das Judentum mit dem marxistischen Materialismus zu identifizieren, wie unfair, einer ganzen Gemeinschaft die Fehler einiger ihrer Mitglieder zuzurechnen, und wie lose die Verbindung zwischen dem alten jüdischen Volk und den modernen, entwurzelten, ultrarationalistischen jüdischen Schriftstellern und Journalisten sei. Die orthodoxen Juden missbilligten die gegen Deutschland gerichtete Greuelpropaganda, und ihre Delegierten erinnerten Hitler an die jüdischen Opfer im Ersten Weltkrieg. Die Verfasser des Briefes waren davon überzeugt, dass die neue Regierung nicht die Vernichtung des deutschen Judentums im Sinne hatte, falls sie aber in diesem Punkte unrecht hätten, verlangten sie, dass man ihnen dies mitteilte. Ausgehend von der Annahme, dass dies nicht das Ziel des Regimes sei, verlangten die Vertreter der orthodoxen Judentheit, den Juden Deutschlands möge ein Lebensraum innerhalb des Lebensraums des deutschen Volkes zur Verfügung gestellt werden, wo sie «ungefährdet und nicht geschmäht» ihre Religion ausüben und ihren Berufen nachgehen könnten.²⁹ Die Denkschrift wurde zu den Akten gelegt, bevor sie Hitlers Schreibtisch auch nur erreichen konnte.

Im Jahre 1933 verliessen 37'000 der ungefähr 525'000 Juden in Deutschland das Land; in den vier darauffolgenden Jahren blieb die jährliche Zahl der Auswanderer weit unter diesem Wert. 1933 gingen etwa 73 Prozent der Emigranten nach Ländern in Westeuropa, 19 Prozent nach Palästina, und 8 Prozent entschieden sich für ein Land in Übersee. Ein solcher scheinbarer Mangel an Eifer, ein Land zu verlassen, in dem Absonderung, Demütigung und ein ganzes Arsenal von Verfolgungsmassnahmen von Tag zu Tag schlimmer wurden, war zu allererst auf die

Unfähigkeit des grössten Teils der jüdischen Führung und hauptsächlich der gewöhnlichen deutschen Juden zurückzuführen, einen im Wesentlichen unvorhersehbaren Gang der Ereignisse zu begreifen. Die meisten Juden gedachten dem Unwetter in Deutschland zu trotzen. Überdies waren die materiellen Schwierigkeiten der Auswanderung beträchtlich, besonders in einer Phase wirtschaftlicher Unsicherheit; sie zog einen sofortigen und schwerwiegenden materiellen Verlust nach sich: der Besitz von Juden wurde zu immer niedrigeren Preisen verkauft, und die Auswanderungssteuer war mörderisch. Zwar wollten die Nationalsozialisten die Juden Deutschlands loswerden, aber ihnen war daran gelegen, sie zunächst mit immer härteren Methoden ihres Besitzes zu berauben.

Nur in einem einzigen Fall wurden die wirtschaftlichen Bedingungen der Auswanderung etwas erleichtert. Das Regime förderte nicht nur zionistische Aktivitäten im Reichsgebiet, es wurden vielmehr auch konkrete ökonomische Massnahmen ergriffen, um die Ausreise von Juden nach Palästina zu vereinfachen. Das sogenannte Haavarah-Abkommen (hebr. haavarah: Übertragung), das am 27. August 1933 zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und zionistischen Vertretern aus Deutschland und Palästina abgeschlossen wurde, ermöglichte jüdischen Emigranten den indirekten Transfer eines Teils ihres Vermögens und erleichterte den Export von Waren aus Nazideutschland nach Palästina. Infolge dieses Abkommens wurden etwa 100 Millionen Reichsmark nach Palästina transferiert, und die meisten der 60'000 deutschen Juden, die in den Jahren 1933-39 in diesem Land eintrafen, konnten sich dadurch eine minimale Grundlage für ihre materielle Existenz sichern.

Die Wirtschaftsvereinbarung und ein gewisses Mass an Zusammenarbeit bei der Vereinfachung jüdischer Auswanderung aus Deutschland nach Palästina hatten natürlich rein instrumentellen Charakter. Die Zionisten hatten keinen Zweifel an den bösartigen Absichten der Nationalsozialisten hinsichtlich der Juden, und die Nationalsozialisten betrachteten die Zionisten zuallererst als Juden. Über den Zionismus selbst waren sich überdies NS-Ideologie und NS-Politik von Anfang an uneins: Zwar standen sie dem Zionismus wohlwollend gegenüber, weil sie ihn als Mittel ansahen, um die Juden zum Verlassen Europas zu verlocken, aber sie

betrachteten die 1897 in Basel gegründete Zionistische Organisation auch als Schlüsselement der jüdischen Weltverschwörung – ein jüdischer Staat in Palästina wäre demnach eine Art Vatikan, der das jüdische Ränkeschmieden in der ganzen Welt koordinierte. Gleichwohl setzten sich solche notwendigen, aber unheiligen Kontakte zwischen Zionisten und Nationalsozialisten bis zum Beginn des Krieges (und noch darüber hinaus) fort.

Einige führende Vertreter der deutschen Juden glaubten 1933 immer noch, die Nationalsozialisten würden sich von einer objektiven Darstellung der jüdischen Beiträge zur deutschen Kultur gebührend beeindruckt lassen. Wenige Monate nach dem Regimewechsel begann Leopold Ullstein, ein jüngeres Mitglied der Verlegerfamilie, mit den Vorbereitungen für eine umfassende Studie, die in diese Richtung zielte. Innerhalb eines Jahres lag ein stattlicher Band vor, dessen Veröffentlichung jedoch im Dezember 1934 verboten wurde. «Der unbefangene Leser», verkündete der Gestapo-Bericht, «muss bei der Lektüre des Werkes den Eindruck gewinnen, dass die gesamte Deutsche Kultur bis zur nationalsozialistischen Revolution nur von den Juden getragen worden sei.»³⁰ Jüdische Kultur für Juden war dagegen etwas anderes, und während Ullstein ein unzeitgemässes Unternehmen anvisiert hatte, präsentierte ein anderer Berliner Jude, Kurt Singer, der frühere stellvertretende Direktor der Städtischen Oper Berlin, eine Idee anderer Art: die Gründung eines autonomen «Kulturbundes deutscher Juden».

Singers Kulturbund entsprach den Bedürfnissen der Nationalsozialisten. Als sein Plan einer autonomen kulturellen Betätigung von Juden und (ausschliesslich) für Juden den neuen preussischen Behörden vorgelegt wurde, erhielt er die Billigung Görings. Nach aussen hin sah der Kulturbund wie ein sehr zweckmässiges Unternehmen aus, das die Probleme lösen sollte, welche die Vertreibung von Tausenden von jüdischen Schriftstellern, bildenden Künstlern, Musikern und darstellenden Künstlern aller Art sowie ihren Mitarbeitern und Agenten aus dem deutschen Kulturleben sowohl für das Regime als auch für die Juden geschaffen hatte. Abgesehen von der Arbeit, die er gab, und von der beruhigenden psychologischen Funktion, die er für einen Teil der jüdischen Gemeinschaft erfüllte, bot der Kulturbund auch der umgebenden Gesellschaft

eine einfache Möglichkeit, jedes etwaige Gefühl von Peinlichkeit abzuwehren: «Arier, welche die antisemitischen Massnahmen des Regimes verabscheuten, konnten sich damit trösten, dass es den jüdischen Künstlern zumindest gestattet wurde, in den von ihnen gewählten Berufen tätig zu bleiben.»³¹ Der Kulturbund spielte auch noch eine weitere, unsichtbare, aber nicht weniger reale Rolle, die in die Zukunft wies: Als erste jüdische Organisation unter der direkten Überwachung durch einen Nazi-Aufseher war er Vorbote des Nazi-Ghettos, in dem ein Anschein innerer Autonomie die totale Unterordnung einer ernannten jüdischen Führung unter die Diktate ihrer Herren verschleierte.

Sporadisch informierten die Nazis nun den Kulturbund über Werke, deren Aufführung Juden nicht mehr gestattet war. Auf dem Theater waren deutsche Sagenstoffe, Bühnenwerke aus dem deutschen Mittelalter und der deutschen Romantik untersagt. Eine Zeitlang war die klassische Periode zugelassen, aber Schiller wurde 1934 verboten und Goethe 1936. Von ausländischen Dichtern war Shakespeare erlaubt, aber Hamlets Monolog – «Sein oder nicht sein» – war verboten: Auf einem jüdischen Theater im Dritten Reich hätten die Worte «Des Mächt'gen Druck, des Stolzen Misshandlungen» subversiv klingen können, und daher führten sie zum Ausschluss der ganzen Rede. Selbstverständlich durften die Werke von Richard Wagner und Richard Strauss trotz der Anhänglichkeit deutscher Juden an die Stücke dieser Komponisten nicht von Juden aufgeführt werden. Beethoven wurde ihnen 1937 verboten, Mozart hingegen musste bis zum darauffolgenden Jahr, als der Anschluss stattgefunden hatte, warten.

Ungeachtet der zunehmenden Einschränkungen waren die Aktivitäten des Kulturbundes in sämtlichen grossen deutschen Städten bemerkenswert. Mehr als 180'000 Juden aus allen Teilen Deutschlands wurden aktive Mitglieder der Vereinigung. In seinem ersten Jahr inszenierte der Kulturbund 69 Opernaufführungen und 117 Konzerte, und in der Zeit von Mitte 1934 bis Mitte 1935 waren es 57 Opernaufführungen und 358 Konzerte.

Es lässt sich schwer abschätzen, welche Bedeutung die deutsche Gesellschaft auf ihren verschiedenen Ebenen im Jahre 1933 der Judenfrage beimass. Politische Stabilisierung, die Zerschlagung der Linken, wirt-

schaftliche Besserung, nationale Wiedergeburt und internationale Unsicherheiten waren im Bewusstsein vieler Menschen gewiss stärker präsent als die verschwommenen Umriss der Judenfrage; für die meisten Deutschen standen vor allem die Herausforderungen des täglichen Lebens in Zeiten politischen Wandels und wirtschaftlichen Umbruchs im Mittelpunkt des Interesses. Vor diesem Hintergrund muss Hitlers obsessive Beschäftigung mit der Judenfrage betrachtet werden.

In einem bemerkenswerten Bericht, den Sir Horace Rumbold, der britische Botschafter in Berlin, am 11. Mai 1933 an Aussenminister Sir John Simon sandte, beschrieb er den Verlauf eines Gesprächs mit Hitler, nachdem er auf die Verfolgung der Juden zu sprechen gekommen war: «Die Erwähnung der Behandlung der Juden führte dazu, dass sich der Kanzler in einen Zustand grosser Erregung hineinsteigerte. ‚Ich werde nie zulassen, rief er, so als rede er zu einer Versammlung unter freiem Himmel, ‚dass für deutsche Bürger zweierlei Recht existiert. Es gibt ein gewaltiges Mass an Arbeitslosigkeit in Deutschland, und ich muss beispielsweise junge Leute rein deutscher Abstammung von höherer Bildung fernhalten. Es gibt nicht genug Stellen für die reinblütigen Deutschen, und die Juden müssen mit den anderen leiden. Wenn die Juden aus dem Ausland einen Boykott deutscher Waren organisieren, dann werde ich dafür sorgen, dass das die Juden in Deutschland trifft.‘ Diese Äusserungen wurden mit grosser Heftigkeit vorgebracht. Nur seine Erregung, die ich nicht noch verstärken wollte, hinderte mich daran, darauf hinzuweisen, dass es tatsächlich zweierlei Massstäbe für die Behandlung deutscher Bürger gab, insofern diejenigen, die jüdischer Rasse waren, diskriminiert wurden.» Am Ende der Botschaft kam Rumbold auf das Problem zurück: «Mein Kommentar zu dem Vorangehenden ist, dass Herr Hitler selbst für die antijüdische Politik der deutschen Regierung verantwortlich ist und dass es verfehlt wäre anzunehmen, es handle sich dabei um die Politik seiner ungezügelteren Männer, mit deren Kontrolle er Schwierigkeiten habe. Jeder, der Gelegenheit gehabt hat, sich seine Äusserungen zum Thema Juden anzuhören, kann nicht umhin, genau wie ich zu erkennen, dass er in diesem Punkt ein Fanatiker ist.»³² Der amerikanische Generalkonsul in Berlin gelangte zu der gleichen Schlussfolge-

«Einer der unglücklichsten Aspekte der Situation», schrieb George S. Messersmith am 1. November 1933 an Aussenminister Cordell Hull, «ist, dass Herr Hitler unerbittlich ist und *sich nicht überzeugen lässt* und die eigentliche Spitze der antijüdischen Bewegung darstellt. Bei einer ganzen Reihe von Themen kann er vernünftig sein, aber in diesem Punkt kann er nur leidenschaftlich und vorurteilvoll sein.»³³

Während des Jahres 1933 brachte Hitler seine fixe Idee von der jüdischen Gefahr nicht in grösseren öffentlichen Verlautbarungen zum Ausdruck. Wie er es am 6. Juli 1933 auf einer Reichsstatthalterkonferenz formulierte, war für Deutschland zur damaligen Zeit die gefährlichste Front die äussere: «Wir dürfen sie nicht reizen, wenn es nicht notwendig ist, sich mit ihr zu befassen. Die Judenfrage wieder aufzurollen, heisst die ganze Welt wieder in Aufruhr bringen.»³⁴ Ganz eindeutig war die unsichere wirtschaftliche Situation des Reiches ebenfalls ein bedeutender Faktor bei seinen Entscheidungen. Und wie schon erwähnt, berücksichtigte Hitler in einigen Punkten wie der Frage der jüdischen Ärzte sehr wohl die öffentliche Meinung in Deutschland: Mit anderen Worten, er erkannte die Notwendigkeit zu taktischem Pragmatismus im Hinblick auf kurzfristige antijüdische Massnahmen, und so musste seine Politik zumindest eine Zeitlang den bereits existierenden antijüdischen Programmen der Konservativen nahe bleiben.

Doch obgleich der NS-Führer öffentliche Verlautbarungen über die Judenfrage und über seine «Weltanschauung» vermied, konnte er sich nicht völlig beherrschen. In seiner Abschlussrede auf dem Nürnberger Parteitag am 1. September 1933 verstieg er sich in seinen programmatischen Auslassungen über die rassistischen Grundlagen der Kunst zu abfälligen Bemerkungen über die Juden: «Es ist das Zeichen der grauenhaften geistigen Dekadenz der vergangenen Zeit, dass sie von Stilen redeten, ohne ihre rassistischen Bedingtheiten zu erkennen. ... Jede klar ausgeprägte Rasse hat ihre eigene Handschrift im Buche der Kunst, sofern sie nicht, wie z.B. das Judentum, ohne eigene künstlerisch produktive Fähigkeit ist.» Und die Funktion einer Weltanschauung definierte Hitler in seiner Ansprache folgendermassen: «Weltanschauungen ... sehen in der Erreichung der politischen Macht nur die Voraussetzung für den Beginn der

Erfüllung ihrer eigentlichen Mission. Schon im Worte Weltanschauung» liegt die feierliche Proklamation des Entschlusses, den Handlungen eine bestimmte Ausgangsauffassung und damit sichtbare Tendenz zugrunde zu legen. Eine solche Auffassung kann richtig oder falsch sein; sie ist der Ausgangspunkt für die Stellungnahme zu allen Erscheinungen und Vorgängen des Lebens und damit ein bindendes und verpflichtendes Gesetz für jedes Wirken.»³⁵ Mit anderen Worten, eine Weltanschauung, wie Hitler sie bestimmte, war ein quasi-religiöser Rahmen, der auch kurzfristige politische Ziele umfasste. Der Nationalsozialismus war nicht bloss ein ideologischer Diskurs; er war eine politische Religion, welche die totale Hingabe verlangte, die man einem religiösen Glauben schuldet.

2.

Der Geist der Gesetze

Januar 1934 – Februar 1936

«Zelle 6: ca. 5 m hoch, Fenster ca. 40 x 70 cm in 4 Meter Höhe, dadurch Eindruck eines Kellerraumes. ... Holzpritsche mit Strohsack und 2 Decken, Holzschemel, Wasserkanne, Schüssel, Seife, Handtuch. Kein Spiegel, keine Zahnbürste, kein Kamm, keine Bürste, kein Tisch, kein Buch vom 12. Januar [1935] bis zu meinem Weggang am 18. September; keine Zeitung vom 12. Januar bis 17. August; kein Bad und keine Brause vom 12. Januar bis 10. August; kein Verlassen der Zelle, abgesehen von Verhören, vom 12. Januar bis 1. Juli. Arrest in dunkler Zelle vom 16. April bis 1. Mai, dann vom 15. Mai bis 27. August, also 119 Tage.»¹

Dies schrieb der Würzburger Weinhändler Leopold Obermayer über seine erste Haftzeit in Dachau in einem siebzehnseitigen Bericht vom 10. Oktober 1935, den er an seinen Rechtsanwalt hinaus schmuggeln konnte. Das Schriftstück wurde von der Gestapo beschlagnahmt und nach dem Krieg in deren Würzburger Akten gefunden. Obermayer hatte als Jurist in Frankfurt promoviert; er war praktizierender Jude, Schweizer Bürger und er war homosexuell. Am 29. Oktober 1934 hatte er sich bei der Würzburger Polizei darüber beklagt, dass seine Post geöffnet werde. Zwei Tage später wurde er, nachdem man ihn auf das Polizeipräsidium vorgeladen hatte, verhaftet. Von da an wurde er zu einem besonderen Fall für den örtlichen Gestapochef Josef Gerum, einen «alten Kämpfer», der selbst unter seinen Kollegen einen schlechten Ruf hatte. Gerum warf Obermayer vor, er verbreite Anschuldigungen gegen das neue Regime.

Kurz darauf fand man in Obermayers Bankschliessfach Nacktfotos von seinen Liebhabern. Ein Jude und dazu ein Homosexueller: das war für Gerum allerdings ein lohnender Fang. Warum brachten Obermayers Peiniger ihn nicht um? Es mag sein, dass man einen Schweizer Bürger, auch wenn er Jude war, im Jahre 1935 noch nicht so ohne weiteres ermordete, zumal das Schweizer Konsulat in München und später die Gesandtschaft in Berlin von Obermayers Inhaftierung Kenntnis hatten; insbesondere das Justizministerium war wegen der Möglichkeit einer schweizerischen Intervention besorgt.

Mitte September 1935 wurde Obermayer von Dachau in ein gewöhnliches Gefängnis in Ochsenfurt verlegt, wo ein gerichtliches Verhör stattfinden sollte. Auf Gerums Drängen wurde jedoch der jüdische Homosexuelle am 12. Oktober 1935 wieder nach Dachau gebracht.

Zu dieser Zeit erlebten Deutschland und die Welt eine dramatische Konsolidierung der Macht Hitlers im Inland und auf internationaler Ebene. Die Ermordung von Ernst Röhm und anderen SA-Führern im Juni 1934, in der berühmten «Nacht der langen Messer», beseitigte selbst die entfernteste Möglichkeit einer alternativen Machtbasis innerhalb der Partei. Unmittelbar nach Hindenburgs Tod machte am 2. August die Ernennung Hitlers zum Führer und Reichskanzler ihn zur einzigen Quelle der Legitimität in Deutschland. Überdies erreichte seine Popularität 1935 neue Höhen: Am 13. Januar stimmte eine überwältigende Mehrheit der Saarbevölkerung für die Rückkehr ihres Territoriums ins Reich. Am 16. März wurden die allgemeine Wehrpflicht und die Gründung der Wehrmacht verkündet. Keine fremde Macht wagte es, auf diese massiven Brüche des Versailler Vertrags zu reagieren; die gemeinsame Front gegen Deutschland, die Grossbritannien, Frankreich und Italien im April 1935 in Stresa gebildet hatten, um die Unabhängigkeit Österreichs gegen jeden Annektionsversuch Deutschlands zu verteidigen und den Status quo in Europa zu bewahren, war schon im Juni zerbrochen, als die Briten ein separates Flottenabkommen mit Deutschland unterzeichneten.

Am 17. März dieses Jahres war Hitler in München gewesen, und ein Bericht für die illegale Sozialdemokratische Partei fing die allgemein herrschende Stimmung lebendig ein: «Begeisterung am 17. März ungeheuer. Ganz München war auf den Beinen. Man kann ein Volk zwingen zu singen, aber man kann es nicht zwingen, mit solcher Begeisterung zu singen. Ich habe die Tage von 1914 miterlebt und kann nur sagen, die Kriegserklärung hatte auf mich nicht den Eindruck gemacht wie der Empfang Hitlers am 17. März. ... Das Vertrauen in politisches Talent und ehrlichen Willen Hitlers wird immer grösser. ... Er wird von vielen geliebt.»²

Zwischen 1933 und 1936 wurde so etwas wie eine Balance zwischen dem revolutionär-charismatischen Impuls des Nationalsozialismus und den autoritär-konservativen Tendenzen des deutschen Staates vor 1933 gewahrt. In diesem zeitweiligen Bündnis war die Rolle Hitlers entscheidend. Für die traditionellen Eliten wurde der neue «Glaube an den Führer» mit der Autorität des Monarchen in Zusammenhang gebracht. Grundlegende Elemente des kaiserlichen Staates und des nationalsozialistischen Regimes wurden in der Person des neuen Führers miteinander verknüpft.

Ein derartiger «Glaube an den Führer» führte auf Seiten der Gliederungen von Staat und Partei ganz von selbst zu dem Drang, in Übereinstimmung mit den von Hitler erlassenen allgemeinen Richtlinien zu handeln, ohne dass es ständig seiner spezifischen Befehle bedurfte. Die Dynamik dieser Interaktion zwischen Basis und Spitze wurde, wie der britische Historiker Ian Kershaw ausgeführt hat, «in den Empfindungen einer routinemässigen Rede eines Nazifunktionärs aus dem Jahre 1934 geschickt eingefangen»: «Jeder, der Gelegenheit gehabt hat, es zu beobachten, weiss, dass der Führer kaum von oben alles diktieren kann, was er früher oder später zu verwirklichen gedenkt. Im Gegenteil, bisher hat jeder, der im neuen Deutschland einen Posten hat, am besten gearbeitet, wenn er sozusagen dem Führer zugearbeitet hat. Sehr oft und in vielen Bereichen ist es – auch schon in früheren Jahren – so gewesen, dass Einzelne einfach auf Befehle und Anweisungen gewartet haben. Unglücklicherweise wird dasselbe auch in Zukunft gelten; doch tatsächlich ist es die Pflicht jedes Einzelnen, dass er dem Führer in der Weise, die dieser sich wünschen würde, zuzuarbeiten versucht. Jeder, der Fehler macht,

wird das bald genug merken. Doch wer wirklich dem Führer nach seinen Richtlinien und auf sein Ziel hin zuarbeitet, wird gewiss sowohl jetzt als auch in Zukunft... den schönsten Lohn in Gestalt der plötzlichen juristischen Bestätigung seiner Arbeit empfangen.»³

So glaubte die Mehrheit einer Gesellschaft, die sich mit Mühe und Not aus Jahren der Krise herausarbeitete, dass das neue Regime Lösungen biete, die auf unterschiedlichen, aber miteinander verknüpften Wegen Antworten auf die Ambitionen, die Ressentiments und Interessen ihrer verschiedenen Bereiche geben würden. Dieser Glaube überlebte die Schwierigkeiten der Frühphase (wie etwa die immer noch schleppend funktionierende Wirtschaft) auf Grund eines neuen Zielbewusstseins, einer Reihe von Erfolgen auf der internationalen Bühne und vor allem eines unerschütterlichen Glaubens an den Führer. Als eine seiner Folgeerscheinungen brachte jedoch eben dieser Glaube eine weitverbreitete Zustimmung, ob passiv oder nicht, zu den gegen die Juden gerichteten Massnahmen mit sich: Mitgefühl mit den Juden hätte auf ein gewisses Misstrauen gegen die Richtigkeit von Hitlers Weg hingedeutet, und viele Deutsche hatten sich mit ihren individuellen und kollektiven Prioritäten in dieser Hinsicht endgültig festgelegt. Dasselbe gilt im Hinblick auf den anderen zentralen Mythos des Regimes, den der «Volksgemeinschaft». Die Volksgemeinschaft schloss die Juden ausdrücklich aus. Zur Volksgemeinschaft zu gehören hiess, die Ausschliessungen anzuerkennen, die sie verfügte.

Biologische Kriterien zur Definition des Juden blieben jedoch schwer fassbar, und die Nationalsozialisten mussten ihren Kreuzzug zur rassistischen Reinigung des Volkes auf der Basis der religiösen Zugehörigkeit von Eltern und Grosseltern führen. In zunehmendem Masse griffen Beamte auf das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums zurück, um auf der Grundlage der «allgemeinen nationalen Prinzipien» dieses Gesetzes den Vollzug von Traueremonien zwischen Juden und «Deutschblütigen» zu verweigern.⁴ Der Druck nahm dermassen zu, dass Innenminister Frick am 26. Juli 1935 verkündete, da in naher Zukunft eine offizielle Behandlung der juristischen Gültigkeit von «Ehen zwi-

schen Ariern und Nichtariern» bevorstehe, sollten derartige Ehen «bis auf Weiteres verschoben» werden.⁵

Die Verweigerung des Vollzugs von Trauungen war ein leichtes im Vergleich zu der anderen «logischen» Schlussfolgerung, die sich aus der Situation ergab: der Auflösung existierender Mischehen. Das Bürgerliche Gesetzbuch gestattete die Ehescheidung auf Grund von Verfehlungen eines der beiden Partner, aber es war schwierig, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse mit dem Begriff Verfehlung gleichzusetzen. Paragraph 1333 des Bürgerlichen Gesetzbuches sah jedoch vor, dass eine Ehe angefochten werden konnte, wenn ein Verlobter bei der Eheschliessung in Unkenntnis von «persönlichen Eigenschaften» oder Umständen gewesen war, welche, sofern er sie gekannt hätte, die Verbindung verhindert hätten. Auf diesen Paragraphen konnte man sich jedoch nur innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach der Hochzeit berufen, und die rassische Identität liess sich kaum als persönliche Eigenschaft definieren; schliesslich ist es unwahrscheinlich, dass sich Ehepartner zum Zeitpunkt ihrer Entscheidung über eine derartige rassische Identität nicht im Klaren waren. Dennoch wurde Paragraph 1333 in zunehmendem Masse zur Stütze der von den Nationalsozialisten vorgenommenen juristischen Interpretation; begründet wurde dies damit, dass «Judesein» in der Tat eine persönliche Qualität sei, deren Bedeutung erst infolge der neuen politischen Umstände klar geworden war. Folglich konnte man die Sechs-Monats-Frist von dem Zeitpunkt an rechnen, an dem der Stellenwert des Judeseins zu einem bedeutenden Element im öffentlichen Bewusstsein geworden war, also vom 30. Januar (Hitlers Amtsantritt als Reichskanzler) oder sogar vom 7. April (Verkündung des Berufsbeamtengesetzes) an. Erst mit dem Gesetz vom 6. Juli 1938 wurde es tatsächlich möglich, «gemischtrassige» Ehen legal zu annullieren.

Unterdessen gingen die Richter, Rechtsanwälte und Standesbeamten, die sich die Auflösung von Mischehen angelegen sein liessen, über die unmittelbaren Anordnungen der Naziführung hinaus. Der antijüdische Eifer der Gerichte in Sachen Mischehen wurde durch Initiativen der Polizei und sogar durch Demonstrationen des Pöbels gegen jede Form von sexuellen Beziehungen zwischen Juden und Ariern verstärkt: «Rassen-

schande» war die Zwangsvorstellung des Tages. So wurde am 19. August 1935 in Stuttgart ein jüdischer Geschäftsmann unter diesem Vorwurf verhaftet. Als er auf das Polizeirevier gebracht wurde, sammelte sich eine Menschenmenge und demonstrierte gegen den Beschuldigten. Kurz danach verlor, wie es in der Stadtchronik heisst, eine jüdische Kaufmannsfrau, die seit 1923 einen Stand auf dem Markt hatte, ihre Genehmigung, weil sie es duldete, dass ihr Sohn ein Verhältnis mit einem nichtjüdischen deutschen Mädchen unterhielt.

Die Anwesenheit von Juden in öffentlichen Badeanstalten war für die pornographische Phantasie der Nazis ein wichtiges Thema, das in seinem Stellenwert nur von regelrechter Rassenschande übertroffen wurde: Zum Ausdruck kam dabei ein «gesunder» arischer Abscheu beim Anblick des jüdischen Körpers, die Furcht vor möglicher Ansteckung infolge der gemeinsamen Benutzung des Wassers oder eines Zusammentreffens im Beckenbereich und, ganz ausdrücklich, die sexuelle Bedrohung durch jüdische Nacktheit, auf die oft angespielt wurde, wenn von schamlosem Verhalten jüdischer Frauen und regelrechten sexuellen Attacken jüdischer Männer auf deutsche Frauen die Rede war.

Unter den Zeitungen, die einen ununterbrochenen Strom antijüdischer Beschimpfungen von sich gaben, war Streichers *Stürmer* die böseste; die unaufhörliche Kampagne dieses Blattes und die weite Verbreitung, die es durch den öffentlichen Aushang erlangte, mögen auf die gebildete Mittelklasse oder sogar auf gebildete Parteimitglieder abstossend gewirkt haben, aber der Zuspruch, den es in der breiten Bevölkerung, bei jüngeren Schülern und in der Hitlerjugend – möglicherweise wegen seiner pornographischen und sadistischen Züge – fand, war wohl ziemlich weitreichend. Am 1. Mai 1934 brachte der *Stürmer* seine berüchtigte Sondernummer über jüdischen Ritualmord heraus. Die Titelseite trug die Schlagzeile «Jüdischer Mordplan gegen die nichtjüdische Menschheit aufgedeckt» und zeigte überdies die über eine halbe Seite reichende Zeichnung von zwei besonders scheusslich aussehenden Juden, die ein Gefäss hielten, mit dem sie das Blut auffingen, das den nackten Leibern engelgleicher christlicher Kinder entströmte, die sie soeben ermordet hatten. Im Hintergrund stand ein Kreuz. Am nächsten Tage schickte die Reichsvertretung der deutschen Juden ein Telegramm an Reichsbischof

Ludwig Müller: «Wir halten uns für verpflichtet, auf die Sondernummer des ‚Stürmer‘ vom 1. Mai hinzuweisen. Wir haben an den Herrn Reichskanzler folgendes Telegramm gesandt: ‚Der *Stürmer* verbreitet eine Sondernummer, die unter ungeheuerlichen Beschimpfungen und mit grauerregenden Darstellungen das Judentum des Ritualmordes bezichtigt. Vor Gott und Menschen erheben wir gegen diese beispiellose Schändung unseres Glaubens in feierlicher Verwahrung unsere Stimme.» Wir sind dessen gewiss, dass die tiefe Entrüstung, die wir empfinden, von jedem gläubigen Christen geteilt wird.»⁶ Weder von Hitler noch von Reichsbischof Müller kam eine Antwort.

Im Sommer 1935, als in zahlreichen deutschen Städten Juden der Zutritt zu Schwimmbädern und anderen Badeanstalten verboten wurde und schon die bloße Anwesenheit von Juden in vielen Kleinstädten und Dörfern nicht gestattet war, entwickelte sich in einigen Ostseebädern eine surrealistische Situation. Anscheinend gehörte eine Reihe von beliebten Pensionen in diesen Badeorten Juden. In Binz auf Rügen beispielsweise besass ein ungarischer Jude die prominenteste Pension, die einem Gestapobericht zufolge von der örtlichen Bevölkerung boykottiert wurde; da nun geschah es, dass sich dort zu Pfingsten ausgerechnet Gauleiter und Reichsstatthalter Wilhelm Friedrich Löper einmietete! Und um das Mass voll zu machen, wurde die Pension des ungarischen Juden einen Monat später, im Juli, von Offizieren und Mannschaften der *Köln* beehrt, als der Kreuzer in Binz zu Besuch war. Diese paradoxe Situation dauerte noch drei Jahre an, bis zum Frühjahr 1938, als der Kurdirektor des Ostseebades Binz mitteilte, «dass die Bemühungen der letzten Monate zum Erfolg geführt» hätten: Alle ehemals in jüdischem Besitz befindlichen Pensionen waren jetzt in arischen Händen.⁷

In dem Zusammenprall zwischen der Parteipropaganda gegen Geschäftsbeziehungen mit Juden und den ökonomischen Vorteilen, die solche Beziehungen mit sich brachten, spiegelte sich lediglich der widersprüchliche Charakter der Befehle von oben: einerseits keine Kontakte zwischen Juden und Volksgenossen, andererseits keine Behinderung jüdischer Wirtschaftstätigkeit. Dieser Widerspruch, der von zwei momen-

tan unvereinbaren Prioritäten herrührte – dem fortwährenden Kampf gegen die Juden und dem Bedürfnis, Deutschlands wirtschaftlichen Aufschwung zu fördern –, fand in Berichten örtlicher Behörden wiederholt Ausdruck. Besonders auffällig war er oft auf der Ebene der Kleinstädte. Am 2. Juli 1935 sandten Beamte der Stadtgemeinde Laupheim einen Bericht an das württembergische Innenministerium: «Die Judenfrage ist für Laupheim unter den derzeitigen Verhältnissen mehr und mehr eine Quelle der Unsicherheit für die Gemeindeverwaltung ... geworden. ... Wird in Laupheim ... mit der Bekämpfung der Juden fortgefahren, so muss damit gerechnet werden, dass die ansässigen jüdischen Geschäftsleute so rasch wie möglich abwandern. Die Stadtgemeinde Laupheim hat dadurch weitere starke Ausfälle in ihren Einnahmen zu erwarten und wird zu einer Umlageerhöhung greifen müssen, um ihre Verpflichtungen erfüllen zu können.» Der Verfasser des Berichts glaubte, das Aussterben der älteren Juden und die Auswanderung der jüngeren werde dazu führen, dass sich die Judenfrage innerhalb von 30 Jahren erledige. In der Zwischenzeit sollte man die Juden, so meinte er, dort lassen, wo sie lebten, zumal es sich bei ihnen mit wenigen Ausnahmen um eine Gemeinschaft alteingesessener Familien handelte. Sollten jüdische Steuereinnahmen ersatzlos wegfallen, so sei «der Abstieg der Stadtgemeinde Laupheim zu einem grossen Bauerndorf unvermeidlich».⁸

Diese Spannung zwischen Parteiinitiativen und wirtschaftlichen Erfordernissen wurde ausführlich in einem ganz den Juden gewidmeten Bericht dargelegt, der am 3. April 1935 vom SD, Oberabschnitt Rhein, an SS-Gruppenführer August Heissmeyer in Koblenz gesandt wurde (der Sicherheitsdienst [SD] war der Nachrichtendienst der SS). Darin wird beschrieben, wie ein «stiller Boykott» gegen die Juden hauptsächlich von der Partei und ihren Untergliederungen initiiert wurde, die in geschlossenen Versammlungen ihre Mitglieder immer wieder aufforderten, nicht bei Juden zu kaufen. Der Bericht verweist dann darauf, «dass der Boykott in den Städten trotz der geringeren Kontrollmöglichkeit schärfer durchgeführt wird als auf dem Lande. Besonders in den katholischen Gegenden kaufen die Bauern nach wie vor grösstenteils bei Juden, dies artet sogar teilweise zu einer Anti-Boykottbewegung aus, die ihre Stütze in der katholischen Geistlichkeit findet.»⁹

Manchmal kamen echtes Mitgefühl mit der Notlage der Juden und sogar Hilfsangebote direkt oder indirekt zum Ausdruck. So bot in einem Brief an die *Jüdische Rundschau* die Enkelin des Dichters Hoffmann von Fallersleben, des Verfassers des Deutschlandliedes, an, jüdischen Kindern ein Haus an der Ostsee zur Verfügung zu stellen. Die unterschwellige Tendenz von Mitgefühl mit den verfolgten Juden muss bedeutend genug gewesen sein, um Goebbels dazu zu veranlassen, sich Mitte Juni in einer Rede mit ihr zu befassen. Goebbels attackierte «diejenigen seiner Landsleute, welche ... ‚schamlos‘ behaupteten, der Jude sei schliesslich auch ein Mensch». Nach Ansicht von Robert Weltsch, der damals Herausgeber der *Jüdischen Rundschau* war, «macht Goebbels' Zorn deutlich, dass immer noch eine Flüsterkampagne im Gange war, die auf ein gewisses Mass an Unmut auf Seiten der Leute verwies, die Goebbels als bürgerliche Intellektuelle bezeichnete. Das waren die Deutschen, welche der Gauleiter [von Berlin, d.h. Goebbels] warnen wollte.»¹⁰

Es mag schwer sein, den Beweis zu führen, welchen Erfolg die Rede von Goebbels damit hatte, die «bürgerlichen Intellektuellen» einzuschüchtern, aber sie hatte mit Sicherheit andere Konsequenzen. In ihrer Ausgabe vom 2. Juli 1935 brachte die *Jüdische Rundschau* einen Artikel von Weltsch mit dem Titel «Der Jude ist auch ein Mensch: Ein Argument der Judenfreunde.»¹¹ Dies war ein subtil ironischer Kommentar zu der Tirade des Ministers, und er führte zum Verbot des Blattes. Einige Wochen später und nach einer Reihe von Verhandlungen erreichte Weltsch ein in Goebbels' Namen geschriebener (aber mit «Jahnke» unterzeichneter) Brief: «Die Jüdische Rundschau» veröffentlichte in der Nr. 53 vom 9.7. 1935 einen Artikel ‚Der Jude ist auch ein Mensch‘. ... Ihr Blatt ist wegen dieser Veröffentlichung verboten worden. Das Verbot der Zeitung wird aufgehoben werden; jedoch verwarne ich Sie wegen der Polemik des Artikels auf das Schärfste und erwarte, dass ich in Zukunft keinen Anlass mehr haben werde, Ihre Veröffentlichungen zu beanstanden.»¹²

Warum sollte sich Goebbels die Mühe machen, sich auf diese Manöver hinsichtlich einer Zeitschrift einzulassen, die von Juden für Juden geschrieben wurde? Weltsch erklärt: «Man darf nicht vergessen, dass die

jüdischen Zeitungen damals öffentlich verkauft wurden. Der Kurfürstendamm, die vornehme Hauptverkehrsstrasse im Berliner Westen, war buchstäblich mit der *Jüdischen Rundschau* gepflastert – sie lag jeden Dienstag und Freitag an allen Kiosken in zahlreichen Exemplaren aus, weil sie einer ihrer Bestseller war, besonders da ausländische Zeitungen verboten waren.»¹³ Auch das konnte nicht lange so bleiben. Am 1. Oktober 1935 wurden die öffentliche Auslage und der Verkauf jüdischer Zeitungen verboten.

Die Bemühungen des Regimes um die physische Absonderung der Juden von der deutschen Gesellschaft wurden begleitet von einer heftigen Kampagne, die darauf zielte, das kulturelle Leben Deutschlands von jüdischer Präsenz und jüdischem Geist zu säubern. In den ersten Monaten des Jahres 1933 wurde dieser Feldzug zusätzlich durch einen erbitterten Konkurrenzkampf kompliziert, den Goebbels und der Parteiideologe Alfred Rosenberg um die Kontrolle über die Kultur im neuen Reich ausfochten. Hitler hatte zunächst Goebbels dadurch den Vorzug gegeben, dass er ihn die Reichskulturkammer gründen liess. Nicht lange danach wurde jedoch ein gewisses Gleichgewicht wiederhergestellt, als Rosenberg im Januar 1934 zum «Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP» ernannt worden war.

In Goebbels' Tagebüchern kommt von August 1934 bis Juni 1935 wiederholt seine Entschlossenheit zum Ausdruck, das Ziel der vollständigen Arisierung zu erreichen, vor allem im Hinblick auf die Säuberung der Reichsmusikkammer von ihren jüdischen Mitgliedern. Dieser Kampf wurde an zwei Fronten geführt: gegen Personen und gegen Melodien. Die meisten jüdischen Musiker emigrierten in den ersten drei Jahren von Hitlers Regime, aber zum Verdruss der Nationalsozialisten war es schwieriger, jüdische Melodien – d.h. vorwiegend «leichte» Musik – loszuwerden. «Gegenargumente, dass Zuhörer solche Musik häufig verlangten», schreibt der Historiker Michael Kater, «wurden mit der Begründung zurückgewiesen, dass es die Pflicht ‚arischer‘ Musiker sei, ihr Publikum durch die stetige Vorführung nicht-jüdischer Programme zu erziehen.»¹⁴ Überdies ermöglichten, was die leichte Musik angeht, verwickelte kommerzielle Beziehungen zwischen emigrierten jüdischen

Musikverlegern und ihren Partnern, die sich noch in Deutschland aufhielten, einen stetigen Fluss unerwünschter Partituren und Plattenaufnahmen ins Reich. Musik kam aus Wien, aus London und New York, und erst Ende 1937, als «fremde» Musik offiziell verboten wurde, konnten sich Judenjäger beruhigter fühlen.

Alles in allem hielt jedoch die anfängliche Konfusion der Kulturwalter des neuen Regimes die Entjudung der Musik im Reich nicht auf. Jüdische Interpreten wie Artur Schnabel, Jascha Heifetz und Yehudi Menuhin waren nun im Konzert ebenso wenig mehr zu hören wie im Radio; jüdische Dirigenten waren geflohen und die Komponisten Arnold Schönberg, Kurt Weill und Franz Schreker desgleichen. Nach einem anfänglichen Zögern führte man Mendelssohn, Meyerbeer, Offenbach und Mahler nicht mehr auf. Das Mendelssohn-Denkmal, das vor dem Leipziger Gewandhaus gestanden hatte, wurde entfernt. Doch das war noch längst nicht alles: Stücke mit jüdischen Konnotationen wie Händels alttestamentarische Oratorien verloren ihre ursprünglichen Titel und wurden arisiert, so dass sich *Judas Makkabäus* in *Der Feldmarschall: Ein Kriegsdrama* oder, alternativ dazu, in *Freiheitsoratorium: Wilhelm von Nassau* verwandelte. Bestimmte Opern wie Mozarts *Don Giovanni*, *Die Hochzeit des Figaro* und *Cost fan tutte* mussten ins Deutsche übersetzt werden, da ihr Librettist, Lorenzo Da Ponte, jüdischer Abstammung war.

Hans Hinkel kam 1935 in Goebbels' Ministerium, wo er einer der drei Geschäftsführer der Reichskulturkammer (RKK) wurde. Bald danach kam zu den Titeln, die er bereits trug, eine ungewöhnliche neue Amtsbezeichnung hinzu: «Sonderbeauftragter für die Überwachung der geistig und kulturell tätigen Juden im deutschen Reichsgebiet». In einer Rede von 1936 formulierte Hinkel noch einmal das unmittelbare Ziel der NS-Kulturpolitik hinsichtlich der Juden: Sie waren zur Entwicklung ihres eigenen kulturellen Erbes in Deutschland berechtigt, aber nur in völliger Isolierung von der allgemeinen Kultur. Jüdische Künstler «können ungehindert arbeiten, solange sie sich auf die Pflege des jüdischen Kunst- und Kulturlebens beschränken und solange sie nicht – offen, heimlich oder betrügerisch – unsere Kultur zu beeinflussen suchen».¹⁵

Seit Anfang 1935 hatte sich unter Parteiradikalen erneut eine intensive antijüdische Hetze bemerkbar gemacht. Fortdauernde wirtschaftliche Schwierigkeiten wie auch das Ausbleiben materieller und ideologischer Entschädigungen für die grosse Zahl von Parteimitgliedern, die weder auf örtlicher noch auf nationaler Ebene Stellungen und Pfründen finden konnten, führten zu zunehmender Agitation.

Eine erste Welle antijüdischer Aktivitäten setzte Ende März ein; in den darauffolgenden Wochen verdichtete Goebbels' *Angriff* die pogromartige Atmosphäre. Ein Hinweis des Innenministeriums auf bevorstehende antijüdische Gesetze und die Ausschliessung der Juden aus der neuen Wehrmacht dämpften die wachsende Unruhe nicht.

Die erste Stadt, die antijüdische Unruhen in grossem Umfang erlebte, war München. Im März und April wurden jüdische Läden nachts mit Säure besprüht oder mit Aufschriften wie «Jude», «Stinkender Jude», «Juden raus» und dergleichen beschmiert. Im Mai begann das Einschlagen von Schaufensterscheiben jüdischer Geschäfte. Der Polizeibericht deutet auf die Beteiligung von Gruppen der Hitlerjugend an einem dieser frühen Vorfälle hin. Mitte Mai griffen die Täter dann nicht nur bei hellichem Tage jüdische Läden an, sondern verübten auch Tötlichkeiten gegen deren Besitzer, gegen Kunden und manchmal sogar gegen arische Angestellte. Am Samstag, dem 25. Mai, nahmen die Unruhen eine neue Dimension an. Im Laufe des Nachmittags hatten sich die Attacken auf jedes identifizierbar jüdische Geschäft in der Innenstadt ausgedehnt. Nach Angaben der Polizei waren die Täter «nicht allein Angehörige der NSDAP und ihrer Gliederungen», sondern zu ihnen gehörten auch «Gruppen sehr zweifelhafter Art». ¹⁶ Erst gegen neun Uhr abends wurde in der bayerischen Hauptstadt wieder ein gewisses Mass an Ordnung hergestellt.

Ein zweiter grösserer Ausbruch ereignete sich Mitte Juli in Berlin, hauptsächlich auf dem Kurfürstendamm, wo elegante Geschäfte, die Juden gehörten, immer noch relativ aktiv waren. Jochen Klepper, ein tiefreligiöser protestantischer Autor, dessen Frau Jüdin war, schrieb am 18./19. Juli in sein Tagebuch: «Antisemitische Ausschreitungen am Kurfürstendamm. ... Die Säuberung Berlins von Juden drohend angekün-

diget.»¹⁷ Am 21. Juli berichtete Klepper erneut über Geschehnisse auf dem Kurfürstendamm: Jüdische Frauen waren ins Gesicht geschlagen worden; jüdische Männer hatten sich sehr tapfer gewehrt. «Zu Hilfe kam ihnen niemand, weil jeder die Verhaftung fürchtet.»¹⁸ Am 7. September wurde Klepper, der 1933 wegen seiner jüdischen Frau seine Stellung beim Rundfunk verloren hatte, von dem kürzlich arisierten Verlag Ullstein, bei dem er eine Beschäftigung gefunden hatte, entlassen. An diesem Tag notierte er, dass die Schilder, die Juden den Zutritt zum Schwimmbad verboten, aufgestellt waren und dass selbst in der kleinen Strasse, in der er mit seiner Frau spazieren ging, an einem der Zäune dieselbe Warnung hing.

Die meisten Parteiführer widersetzten sich der Ausbreitung der anti-jüdischen Gewalttätigkeit; dies geschah allerdings nicht wegen möglicher negativer Reaktionen bei der Bevölkerung, sondern hauptsächlich deshalb, weil es sich das Regime insbesondere angesichts der bevorstehenden Olympischen Spiele schlecht leisten konnte, innerhalb und ausserhalb von Deutschland den Eindruck zu erwecken, es verliere die Kontrolle über seine eigenen Kräfte, indem es die Ausbreitung ungezügelter Gewalt zuließe. Wiederholt wurden von Rudolf Hess, dem Stellvertreter des Führers, und anderen Amtsträgern in Hitlers Namen Befehle erlassen, von nicht genehmigten anti-jüdischen Aktionen abzusehen, die aber ohne durchschlagenden Erfolg blieben.

Für Schacht kam die Ausbreitung anti-jüdischer Gewalt besonders unlegen. In den USA war der Wirtschaftsboykott gegen deutsche Waren wieder aufgeflackert. Am 3. Mai schickte der Wirtschaftsminister eine Denkschrift mit dem Titel «Betrifft Imponderabilien des Exportes» an Hitler;¹⁹ darin warnte er vor den ökonomischen Konsequenzen der neuerlichen anti-jüdischen Kampagne. Zumindest nach aussen hin stimmte Hitler Schacht völlig zu: Im jetzigen Stadium musste die Gewalttätigkeit aufhören.

Am Nachmittag des 15. September 1935 marschierte die Abschlussparade des Nürnberger Parteitags an Hitler und der obersten Führung der NSDAP vorüber. Um 8 Uhr an diesem Abend wurde im Saal des Nürnberger Kulturbundes eine ungewöhnliche Sitzung des Reichstags eröff-

net. Es war das erste und letzte Mal unter Hitlers Herrschaft, dass der Reichstag ausserhalb von Berlin zusammentrat.

In seiner Rede ging Hitler kurz auf die internationale Lage ein. Dann wandte er sich dem Hauptthema seiner Ansprache zu – den Juden. Die Juden standen hinter der zunehmenden Spannung zwischen den Völkern. Im Hafen von New York hatten sie auf dem Passagierdampfer *Bremen* die deutsche Flagge beleidigt, und sie setzten erneut einen Wirtschaftsboykott gegen Deutschland in Gang. In Deutschland selbst rief ihr provozierendes Verhalten zunehmend Beschwerden von allen Seiten hervor. Hiermit legte Hitler den Hintergrund fest. Dann kam er zu seinem Hauptpunkt: «Soll dieses Vorgehen nicht zu sehr entschlossenen, im Einzelnen nicht übersehbaren Abwehraktionen der empörten Bevölkerung führen, bleibt nur der Weg einer gesetzlichen Regelung des Problems übrig. ... Die deutsche Reichsregierung ist dabei beherrscht von dem Gedanken, durch eine einmalige säkulare Lösung vielleicht doch eine Ebene schaffen zu können, auf der es dem deutschen Volke möglich wird, ein erträgliches Verhältnis zum jüdischen Volk finden zu können. Sollte sich diese Hoffnung nicht erfüllen, die innerdeutsche und internationale jüdische Hetze ihren Fortgang nehmen, wird eine neue Überprüfung der Lage stattfinden.»²⁰ Er forderte dann den Reichstag auf, die drei Gesetze zu verabschieden, die Göring jetzt verlesen werde.

Das erste Gesetz, das Reichsflaggengesetz, proklamierte, dass fortan Schwarz, Weiss und Rot die Nationalfarben seien und dass die Hakenkreuzfahne die Nationalfahne sei. Das zweite, das Reichsbürgergesetz, etablierte den grundlegenden Unterschied zwischen «Reichsbürgern», denen die vollen politischen und bürgerlichen Rechte zustanden, und «Staatsangehörigen», die dieser Rechte jetzt beraubt waren. Nur wer deutschen oder artverwandten Blutes war, konnte Reichsbürger sein. Somit hatten die Juden von diesem Augenblick an, was ihre Bürgerrechte anging, tatsächlich einen Status, der dem von Ausländern ähnelte. Das dritte, das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, verbot Eheschliessungen und aussereheliche Beziehungen zwischen Juden und Bürgern deutschen oder artverwandten Blutes. Ehen,

die diesem Gesetz zuwider geschlossen wurden, galten als nichtig, auch wenn sie ausserhalb von Deutschland geschlossen waren. Juden war es nicht gestattet, in ihren Haushalten weibliche deutsche Hausangestellte unter 45 Jahren zu beschäftigen. Schliesslich wurde es Juden verboten, die Reichsflagge zu hissen (das wäre ein Verstoß gegen die deutsche Ehre), aber es war ihnen gestattet, ihre eigene Flagge zu zeigen.

Die Präambel zum dritten Gesetz legte seine sämtlichen Implikationen offen: «Durchdrungen von der Erkenntnis, dass die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des Deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die Deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.»²¹ Unmittelbar hierauf folgte Paragraph 1: «Eheschliessungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten.» Die Beziehung der Präambel zum Text des Gesetzes liess das Ausmass der rassistischen Gefahr erkennen, die der Jude darstellte.

Über den Ursprung der Nürnberger Gesetze hat es viele Diskussionen gegeben: Waren sie das Resultat einer aufs Geratewohl getroffenen Entscheidung oder das Ergebnis eines allgemeinen Plans, der darauf zielte, Schritt für Schritt die Juden aus der deutschen Gesellschaft auszuschliessen und sie schliesslich vom Territorium des Reiches zu verbannen? Je nachdem, welche Ansicht man vertritt, lässt sich die Art und Weise, in der Hitler sowohl in jüdischen als auch in anderen Angelegenheiten seine Entscheidungen traf, unterschiedlich interpretieren.

Die Idee eines neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes hatte Hitler seit Beginn seines Regimes im Kopf gehabt. Im Juli 1933 begann eine Beratungskommission für Bevölkerungs- und Rassenpolitik im Innenministerium mit der Arbeit an Entwürfen für ein Gesetz, das dazu gedacht war, die Juden von vollen Bürgerrechten auszuschliessen. Seit Anfang 1935 häuften sich die Anzeichen für das Bevorstehen derartiger Veränderungen. In den Frühjahrs- und Sommermonaten dieses Jahres wurden Anspielungen auf sie von verschiedenen führenden Persönlichkeiten in Deutschland – von Frick, Goebbels und Schacht – gemacht; die auslän-

dische Presse, insbesondere die Londoner *Jewish Chronicle* und die *New York Times*, veröffentlichte ähnliche Informationen, und nach Berichten der Gestapo sprachen Führer der deutschen Juden wie der Rabbiner Joachim Prinz offen von einem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz, das die Juden in «Staatsangehörige» verwandeln würde; ihre Informationen waren durchaus präzise.

Gleichzeitig stiessen, wie wir ebenfalls sahen, Mischehen in zunehmendem Masse auf Widerstand bei den Gerichten, was schliesslich dazu führte, dass Frick im Juli die Formulierung neuer Gesetze auch in diesem Bereich ankündigte. Im selben Monat legte das Justizministerium einen Entwurf für das Verbot von Ehen zwischen Juden und Deutschen vor. Von da an war das Thema Gegenstand laufender Konsultationen zwischen den Ministerien. So wurde, was auch immer der unmittelbare Grund für Hitlers Entscheidung gewesen sein mag, sowohl das Thema der Staatsbürgerschaft als auch das der Mischehen sehr ausführlich auf der Beamtenebene und innerhalb der Partei diskutiert, und verschiedene Anzeichen deuteten darauf hin, dass eine neue Gesetzgebung bevorstand.

In seiner Eröffnungsansprache vom 11. September auf dem Nürnberger Parteitag hatte Hitler gewarnt, er werde nicht zulassen, dass der Kampf gegen die inneren Feinde der Nation durch Unzulänglichkeiten der Bürokratie vereitelt werde; falls sich bürokratische Mängel bemerkbar machen sollten, werde notfalls der Wille der Nation – das heisst, der Partei – das Regiment übernehmen. Genau in diesem Sinne beendete Hitler seine Schlussansprache vom 15. September, als er auf die Lösung des Judenproblems einging. Somit lag anscheinend das grundlegende Motiv für die Forcierung der antijüdischen Gesetzgebung darin, sich mit dem spezifischen innenpolitischen Klima, von dem bereits die Rede war, auseinanderzusetzen.

In dem labilen Gleichgewicht, das zwischen der Partei einerseits, der staatlichen Verwaltung und der Reichswehr andererseits existierte, hatte Hitler 1934 den Staatsapparat begünstigt, indem er die SA enthaupdete. Ausserdem warnte Hitler Anfang 1935, als es zu Spannungen zwischen der Reichswehr und der SS kam, die Partei «vor Übergriffen auf die Armee und bezeichnete die Reichswehr als den «einzigsten Waffenträger».²² Im Herbst 1935 wurde es jedoch Zeit, sich der anderen Seite zuzuneigen,

besonders da die Unzufriedenheit in den unteren Rängen der Partei zunahm. Kurz, die Nürnberger Gesetze sollten allen kundtun, dass die Rolle der Partei keineswegs ausgespielt war – ganz im Gegenteil. So würde die Masse der Parteimitglieder beruhigt, individuelle Gewaltakte gegen Juden würden durch die Aufstellung klarer «legaler» Richtlinien beendet, und der politische Aktivismus würde auf wohldefinierte Ziele hingelenkt werden. Die Hinzuziehung des Reichstags und des diplomatischen Korps zum Parteitag war als Reverenz an die Partei anlässlich ihrer wichtigsten Jahresfeier gedacht, und das war unabhängig davon, ob es in der Haupterklärung um die Aussenpolitik, die deutsche Fahne oder die Judenfrage gehen sollte. Die Vorarbeiten für die Judengesetzgebung waren beendet, und Hitler konnte leicht dazu übergehen, im allerletzten Moment die abschliessenden Verfügungen ausarbeiten zu lassen.

Am Abend des 13. September beorderte Hitler zwei «Rassenspezialisten» aus dem Innenministerium von Berlin nach Nürnberg. Dort wurde den beiden aufgetragen, ein Gesetz zu entwerfen, das Ehen und aussereheliche Beziehungen zwischen Juden und Ariern sowie die Beschäftigung arischer Hausgehilfinnen in jüdischen Familien behandelte. Am nächsten Tage verlangte Hitler ein Staatsbürgerschaftsgesetz, das umfassend genug sein sollte, um die spezieller rassenbiologisch ausgerichtete antijüdische Gesetzgebung zu untermauern. Die Partei und insbesondere solche Einzelpersonen wie Reichsärztführer Gerhard Wagner bestanden auf der umfassendsten Definition des Juden, einer, die selbst «Vierteljuden» mit Volljuden gleichgesetzt hätte. Hitler selbst verlangte vier Versionen des Gesetzes, die von der engsten (Version D) bis zu der umfassendsten Version (Version A) reichten.

Er entschied sich dann für Version D. Doch in einem typischen Zug, der diese scheinbare «Mässigung» zunichte machte und die Tür für weitere Ausweitungen des Geltungsbereichs der Gesetze offen liess, strich Hitler einen entscheidenden Satz durch, den die beiden Spezialisten in den Text eingefügt hatten: «Dieses Gesetz gilt nur für Volljuden.»²³ Dieser Satz war dazu bestimmt, Mischlinge von der Gesetzgebung auszuschliessen; nun hing auch ihr Schicksal in der Schwebe.

Es gibt einen plausiblen Grund dafür, dass Hitler, wenn er den Plan hatte, die Gesetze auf dem Nürnberger Parteitag zu verkünden, mit dem Auftrag für das Entwerfen der abschliessenden Versionen bis zum allerletzten Moment wartete: Seine Methode war die von plötzlichen Schlägen, die dazu bestimmt waren, seine Gegner aus der Fassung zu bringen und sie mit vollendeten Tatsachen zu konfrontieren, von Schlägen, die wirkungsvolle Reaktionen nahezu unmöglich machten, wenn eine grössere Krise vermieden werden sollte. Wäre die antijüdische Gesetzgebung Wochen vor dem Kongress ausgearbeitet worden, dann hätten technische Einwände aus der Staatsbürokratie den Prozess behindern können. Entscheidend war das Überraschungsmoment.

In den Tagen und Wochen, die auf Nürnberg folgten, übten Parteiradikale, die der Wagnerschen Linie nahestanden, beträchtlichen Druck aus, um ihre Forderungen hinsichtlich des Status von Mischlingen in die Verordnungen zu den beiden Hauptgesetzen von Nürnberg wieder einzuführen. Hitler selbst sollte die Entscheidung über «Mischlinge ersten Grades» auf einer geschlossenen Parteiversammlung, die für den 29. September in München anberaumt war, verkünden. Die Versammlung fand statt, aber Hitler verschob die Ankündigung seiner Entscheidung. In einem frühen Stadium der Debatte einigten sich beide Seiten darauf, dass Dreivierteljuden (Personen mit drei jüdischen Grosseltern) als Juden angesehen werden sollten und dass Vierteljuden (ein jüdischer Grosselternanteil) Mischlinge waren. Die gesamte Konfrontation konzentrierte sich auf den Status der Halbjuden (zwei jüdische Grosseltern). Während die Partei die Halbjuden in die Kategorie der Juden einbeziehen wollte, beharrte das Ministerium darauf, sie in die Kategorie der Mischlinge aufzunehmen. Die abschliessende Entscheidung, die Hitler traf, stand den Forderungen des Ministeriums viel näher als denen der Partei. Halbjuden waren Mischlinge; nur als Resultat ihrer persönlichen Entscheidung (nicht als Resultat der Entscheidung einer offiziellen Behörde) wurden sie zu Juden – entweder durch die Wahl eines jüdischen Ehepartners oder durch Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft.

Die ergänzenden Verordnungen wurden schliesslich am 14. November veröffentlicht. Die Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz defi-

nierte als Juden alle Personen, die mindestens drei volljüdische Grosseltern hatten oder die zwei jüdische Grosseltern hatten und mit einem jüdischen Ehepartner verheiratet waren oder zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Gesetzes der jüdischen Religion angehörten oder die zu einem späteren Datum solche Bindungen eingingen. Mit Wirkung vom 14. November waren die bürgerlichen Rechte von Juden annulliert, ihre Wahlrechte beseitigt; jüdische Beamte, die infolge ihres Status als Frontkämpfer oder aus damit zusammenhängenden Gründen ihre Stellungen behalten hatten, wurden zwangspensioniert. Am 21. Dezember verfügte eine zweite Verordnung die Entlassung jüdischer Professoren, Lehrer, Ärzte, Rechtsanwälte und Notare, die im Staatsdienst standen und denen Ausnahmen gewährt worden waren.

Die verschiedenen Kategorien verbotener Eheschliessungen wurden in der Ersten Verordnung zum Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre ausgeführt: Untersagt waren Heiraten zwischen einem Juden und einem Mischling mit einem jüdischen Grosselternanteil; zwischen einem Mischling und einem anderen, von denen jeder einen jüdischen Grosselternanteil hätte; und zwischen einem Mischling mit zwei jüdischen Grosseltern und einem Deutschen. Mischlinge ersten Grades (zwei jüdische Grosseltern) konnten Juden heiraten – und dadurch zu Juden werden – oder untereinander heiraten, in der Annahme, dass sich derartige Paare gewöhnlich entschieden, kinderlos zu bleiben, wie aus dem empirischen Material hervorging, das der Jenaer Professor für Rassenanthropologie Hans F. K. Günther gesammelt hatte. Schliesslich konnten Bürgerinnen deutschen Blutes, die zur Zeit der Veröffentlichung des Gesetzes in einem jüdischen Haushalt beschäftigt waren, ihre Arbeit nur dann fortsetzen, wenn sie bis zum 31. Dezember 1935 das 45. Lebensjahr vollendet hatten.

In einem Rundschreiben vom 2. Dezember, das an alle zuständigen Parteidienststellen gerichtet war, formulierte Hess noch einmal die wichtigsten Vorschriften der Verordnung vom 14. November, um zu erklären, welche Absicht hinter den Ehebestimmungen stand, die für beide Arten von Mischlingen galten: «Die jüdischen Mischlinge, also die Viertels- und Halbjuden, werden in der Ehegesetzgebung unterschiedlich behandelt. Die Regelung geht von der Tatsache aus, dass die Mischrassen der

deutschjüdischen Mischlinge in jedem Fall – blutmässig und politisch – unerwünscht ist und baldigst verschwinden muss.» Nach den Ausführungen von Hess stellte das Gesetz sicher, «dass die deutsch-jüdischen Mischlinge in der jetzigen oder der nächsten Generation entweder der Gruppe der Juden oder der der Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes angehören». Dadurch, dass die Vierteljuden nur vollblütige deutsche Ehepartner heiraten durften, würden sie zu Deutschen werden, und dies werde, so Hess, geschehen, «ohne dass das 65-Millionen-Volk der Deutschen durch die Aufsaugung dieser hunderttausend Vierteljuden in seiner Erbmasse merklich verändert bzw. verschlechtert werden kann». Die Erklärungen des Stellvertreters des Führers zu den Halbjuden waren etwas gewundener, da es für sie kein absolutes Verbot gab, Deutsche oder Vierteljuden zu heiraten, sofern sie die Genehmigung des Stellvertreters des Führers erhielten. Hess erkannte, dass dieser Aspekt der Gesetzgebung den Wünschen der Partei zuwiderlief, und erklärte lakonisch, die Entscheidung sei aus «politischen Gründen» getroffen worden.²⁴

Wie viele Menschen waren von den Nürnberger Gesetzen betroffen? Nach einer Statistik, die das Innenministerium am 3. April 1935 vorlegte, lebten damals in Deutschland etwa 750'000 Mischlinge ersten und zweiten Grades. Neben den Mischlingen führte das Dokument auch 475'000 Volljuden auf, die der jüdischen Religion angehörten, und 300'000 Volljuden, die ihr nicht angehörten, was eine Gesamtzahl von etwa 1,5 Millionen oder 2,3 Prozent der deutschen Bevölkerung ergab. Hess schätzte die Gesamtzahl der Mischlinge auf 300'000. Auch diese Zahl war übertrieben. Neuere Untersuchungen setzen die Zahl der Mischlinge zum Zeitpunkt der Verordnungen mit etwa 200'000 an.

Auf die Septembargesetze folgten zwei Gesetze, die sich gegen Individuen und Gruppen richteten, welche keine Juden waren. Das erste war das am 18. Oktober 1935 erlassene Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes, das darauf zielte, «fremdrassige» oder rassistisch «minderwertige» Gruppen zu registrieren, und die Verpflichtung zur Beibringung eines Ehezeugnisses einführte, welches bescheinigte, dass die beiden Partner (rassistisch) «ehetauglich» waren.²⁵ Dieses Gesetz

wurde durch die am 14. November erlassene Erste Verordnung zum Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre verstärkt, die es Deutschen auch verbot, Personen «fremden Blutes», welche keine Juden waren, zu heiraten oder sexuelle Beziehungen zu ihnen zu unterhalten. Zwölf Tage später wurde ein Rundschreiben aus dem Innenministerium genauer: Die Gruppen, um die es ging, waren «Zigeuner, Neger und ihre Bastarde».²⁶

Für eine normale Existenz im Dritten Reich wurde der Beweis, dass man nicht jüdischer Abstammung war oder sonst einer «minderwertigen» Gruppe angehörte, entscheidend. Und besonders streng waren die Anforderungen für jeden, der den Wunsch hatte, eine Stellung in einer staatlichen Behörde oder bei einer Dienststelle der Partei anzutreten oder zu behalten. Selbst die höheren Ränge der Beamtschaft, der Partei und der Wehrmacht konnten sich Nachforschungen nach ihrer rassischen Zugehörigkeit nicht entziehen.

Passte sich die öffentliche Meinung nach der Verabschiedung der Nürnberger Gesetze noch weiter an die antijüdischen Massnahmen des Regimes an? Nach Ansicht des israelischen Historikers David Bankier nahmen die Deutschen die Gesetze mehrheitlich hin; Menschen in verschiedenen Städten und Regionen des Reiches waren anscheinend insbesondere deshalb mit dem Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre zufrieden, weil sie meinten, die Durchsetzung des Gesetzes werde dem antijüdischen Terror der vorangegangenen Monate ein Ende bereiten. Ruhe würde wiederhergestellt werden und mit ihr der gute Name Deutschlands in den Augen der Welt. Die Menschen glaubten, unter den neuen Gesetzen sei das Verhältnis zu den Juden in Deutschland nunmehr klar definiert: «Das Judentum wird zur nationalen Minderheit gestempelt und erhält bei staatlichem Schutz die Möglichkeit, ein eigenes Kulturleben und sein eigenes völkisches Leben zu entfalten.»²⁷

Für die Parteiradikalen waren die Gesetze ein eindeutiger Sieg der Partei über die Staatsbürokratie, aber viele betrachteten die neuen Verfügungen als «zu milde». Die Dortmunder Nationalsozialisten beispielsweise hielten die Tatsache, dass die Juden immer noch ihre eigenen Sym-

bole verwenden durften, für ein übermässiges Zugeständnis. Manche Aktivisten hofften, die Juden würden neue Vorwände zum Handeln liefern, andere verlangten einfach, dass der Anwendungsbereich eines Teils der Massnahmen ausgedehnt werden sollte: dass es beispielsweise keiner deutschen Frau, welchen Alters auch immer, gestattet sein sollte, in einer jüdischen (oder gemischt deutsch-jüdischen) Familie – oder auch nur im Haushalt einer alleinstehenden Jüdin – zu arbeiten.

In oppositionellen Kreisen, vor allem unter den (nunmehr im Untergrund arbeitenden) Kommunisten, wurden die Gesetze scharf kritisiert. Einige kommunistische Flugblätter brandmarkten die demagogische Benutzung des Antisemitismus durch die Nazis und verlangten eine geeinte Oppositionsfront; andere forderten die Befreiung politischer Gefangener und die Beendigung antijüdischer Massnahmen. David Bankier zufolge fuhr jedoch die kommunistische Propaganda der damaligen Zeit trotz ihrer Proteste gegen die Nürnberger Gesetze fort, solche altbekannten Standardbehauptungen zu wiederholen wie die, «nur arme Arbeiter würden wegen Rassenschändung verurteilt, während die Nazis reiche Juden nicht belangen würden», und die, «hinter dem Verbot der Beschäftigung deutscher Frauen unter 45 Jahren würden nicht rassische Prinzipien stehen, sondern es handle sich dabei schlicht um einen Entschuldigungsgrund für die Entlassung Tausender von Frauen aus der Arbeit».²⁸

Die Kirchen blieben mit Ausnahme des streng katholischen Kreises Aachen und einiger Proteste evangelischer Pastoren beispielsweise in Speyer auf Distanz. Die evangelische Kirche wurde auf die Probe gestellt, als Ende September 1935 in Berlin die Preussische Bekenntnissynode zusammentrat: Eine Erklärung, welche Sorge um getaufte wie ungetaufte Juden zum Ausdruck brachte, wurde diskutiert und verworfen, aber ebenso erging es auch einer allzu deutlichen Bekundung der Unterstützung für den Staat. Die Erklärung, auf die man sich schliesslich einigte, bekräftigte lediglich erneut die Heiligkeit der Taufe, was Niemöller dazu veranlasste, seine bösen Ahnungen darüber zum Ausdruck zu bringen, dass in diesem Text das Schicksal getaufter Juden nach der Taufe überhaupt nicht berücksichtigt wurde.

Die Juden reagierten auf die zunehmende Verfolgung und Absonderung, indem sie alle möglichen Formen innerjüdischen Lebens intensivierten, und das erklärt sowohl die Zahl als auch die Vielfalt von Versammlungen, Vorträgen, Tanzveranstaltungen und dergleichen; diese boten ein gewisses Mass an geistiger Gesundheit und Würde, bedeuteten aber für die Gestapo mehr Schwierigkeiten. Schon 1934 beklagte sich die Staatspolizei darüber, dass viele jüdische Versammlungen, insbesondere die des Central-Vereins der deutschen Juden, in Privaträumen stattfanden, was die Kontrolle nahezu unmöglich machte; dann, Ende 1935, wurden jüdische Veranstaltungen angeblich häufig von Samstagen auf Sonntage und auf die christlichen Feiertage verlegt, «offenbar», so die Gestapo, «in der Annahme, dass die Veranstaltungen an diesen Tagen nicht überwacht werden». Versammlungen in Privaträumen waren schwer zu verbieten, aber es wurde ersucht, in der Folgezeit jüdische Veranstaltungen an Sonntagen oder christlichen Feiertagen «nur noch in ausnahmsweisen Fällen zuzulassen».²⁹ Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, kam im April 1936: Die Gestapostellen meldeten den zunehmenden Gebrauch der hebräischen Sprache bei öffentlichen jüdisch-politischen Versammlungen. «Eine ordnungsgemässe Überwachung derartiger Versammlungen», schrieb Reinhard Heydrich, der Chef des SD und des Gestapo-Hauptamts, «und die Verhinderung staatsfeindlicher Propaganda wird hierdurch unmöglich gemacht.»³⁰ Der Gebrauch der hebräischen Sprache in öffentlichen jüdischen Versammlungen wurde daraufhin verboten, aber die Sprache konnte weiterhin bei geschlossenen Veranstaltungen, zu Studienzwecken und zur Vorbereitung der Auswanderung nach Palästina benutzt werden. Übrigens bleiben die Berichte über den Gebrauch des Hebräischen etwas mysteriös, sofern nicht (und das ist sehr unwahrscheinlich) nur Versammlungen der kleinen Minderheit osteuropäischer, orthodoxer (aber nicht ultra-orthodoxer) und begeisterter zionistischer Juden gemeint waren. Bei der überwältigenden Mehrheit der deutschen Juden konnte von irgendeiner geläufigen Beherrschung des Hebräischen nicht die Rede sein.

Viele deutsche Juden hofften immer noch, die Krise liesse sich *in* Deutschland überstehen und die neuen Gesetze würden einen anerkannt-

ten Rahmen für ein abgesondertes, aber gleichwohl erträgliches jüdisches Leben schaffen. Die offizielle Reaktion der Reichsvertretung (die jetzt ihren Namen von «Reichsvertretung der deutschen Juden» in «Reichsvertretung der Juden in Deutschland» ändern musste) nahm Hitlers Erklärung von der neuen Basis, die durch die Gesetze für die Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den in Deutschland lebenden Juden geschaffen sei, wörtlich und verlangte dementsprechend das Recht zur freien Ausübung ihrer Aktivitäten im Bildungs- und Kulturbereich. Selbst auf individueller Ebene glaubten viele Juden, die neue Lage biete eine akzeptable Basis für die Zukunft. Nach einer Untersuchung von Berichten der Gestapo und des SD über jüdische Reaktionen auf die Gesetze waren in einer bedeutenden Zahl von Gemeinden «die Juden gerade deshalb erleichtert, weil die Gesetze, selbst wenn sie einen permanenten Rahmen der Diskriminierung schufen, die Herrschaft des willkürlichen Terrors beendeten». Es gab eine gewisse Ähnlichkeit in der Art und Weise, wie durchschnittliche Deutsche und durchschnittliche Juden reagierten. Die Deutschen äusserten Zufriedenheit, während die Juden Grund zur Hoffnung sahen. Es war so, wie es der Verfasser des Berichtes formulierte: «Die Gesetze definierten abschliessend das Verhältnis zwischen Juden und Deutschen. Die Juden werden zu einer nationalen Minderheit *de facto*, welche die Möglichkeit genießt, unter staatlichem Schutz ihr eigenes kulturelles und nationales Leben zu bewahren.»³¹

Der ultrareligiöse Teil der Gemeinschaft begrüßte sogar die neue Lage. Am 19. September 1935 bewillkommnete *Der Israelit*, das Organ des orthodoxen deutschen Judentums, nachdem er seine Unterstützung für den Gedanken von kultureller Autonomie und getrennter Erziehung zum Ausdruck gebracht hatte, ausdrücklich das Verbot von Mischehen. Und was die deutschen Zionisten anging, so hatten sie es, auch wenn sie ihre Aktivitäten beschleunigten, anscheinend nicht besonders eilig; die Mainstream-Gruppe, Hechaluz, wollte mit der deutschen Regierung über Mittel und Wege zu einer schrittweisen Auswanderung der deutschen Juden nach Palästina im Laufe eines Zeitraums von 15 bis 20 Jahren verhandeln. Wie andere Gruppen der deutschen Juden äusserte sie die Hoff-

nung, dass in der Zwischenzeit ein autonomes jüdisches Leben in Deutschland möglich sein werde.

Die Juden Deutschlands waren nämlich immer noch mit einer Situation konfrontiert, die einen zwiespältigen Eindruck machte. Über ihre zunehmende Absonderung innerhalb der deutschen Gesellschaft und über den fortwährenden Strom neuer Regierungsentscheidungen, die dazu bestimmt waren, ihnen das Leben in Deutschland beschwerlicher zu machen, waren sie sich durchaus im Klaren. Einige Aspekte ihrer Alltagsexistenz stützten jedoch die Illusion, das Endziel der Nationalsozialisten sei die Absonderung und die grundlegenden Mittel der wirtschaftlichen Existenz würden verfügbar bleiben. Beispielsweise gingen trotz des 1933 erlassenen Gesetzes «gegen die Überfüllung deutscher Schulen» und trotz der ständigen Verleumdungen und Attacken, die sich gegen jüdische Kinder richteten, Anfang 1937 fast 39 Prozent der jüdischen Schüler immer noch in deutsche Schulen. Im Frühjahr des darauffolgenden Jahres war dieser Anteil auf 25 Prozent zurückgegangen. Wie wir sehen werden, waren zahlreiche jüdische Fachleute, die in den Genuss verschiedener Ausnahmeregelungen gekommen waren, auch weiterhin ausserhalb der jüdischen Gemeinschaft tätig. Doch es bleibt schwierig, die wirtschaftliche Situation der durchschnittlichen jüdischen Familie, die ein Einzelhandelsgeschäft betrieb oder in einem der verschiedenen Zweige des Handels ihre Existenzgrundlage hatte, genau einzuschätzen.

Im Jahre 1935 zitierte die *Jüdische Rundschau*, in deren Absicht es eigentlich hätte liegen sollen zu zeigen, wie schlimm die Lage war, eine in der *Frankfurter Zeitung* veröffentlichte Statistik, der zufolge die Hälfte der Damenoberbekleidungsindustrie immer noch Juden gehörte, wobei die Zahl in Berlin sogar 80 Prozent betrug. Ob diese Zahlen zutreffen oder nicht, die Juden im Reich glaubten immer noch, sie würden in der Lage sein, sich auch weiterhin ihren Lebensunterhalt zu verdienen; die meisten von ihnen sahen keine materielle Katastrophe vorher.

Doch auch wenn die deutschen Juden mehrheitlich immer noch hofften, diese schlimme Periode in Deutschland zu überleben, und auch wenn die Auswanderung schleppend verlief, wurde jedenfalls der Gedanke an das Verlassen des Landes, der zuvor für viele undenkbar gewe-

sen war, nunmehr von allen deutsch-jüdischen Organisationen akzeptiert. Man dachte nicht an eine sofortige Notflucht, aber an einen geordneten Exodus. Ziele in Übersee (der amerikanische Kontinent oder Australien beispielsweise) standen auf der Liste konkreter Möglichkeiten höher als Palästina, aber alle deutsch-jüdischen Zeitungen hätten aus vollem Herzen die Überschrift eines Leitartikels der *Jüdischen Rundschau* akzeptieren können, der an den Völkerbund gerichtet war: «Öffnet die Tore!»³²

Für die zahlreichen Juden, welche die Möglichkeit einer Auswanderung erwogen, aber immer noch in Deutschland zu bleiben hofften, vertiefte sich die Kluft zwischen öffentlichem und privatem Verhalten: «Wir wollen», so warnten jüdische Frauenorganisationen, «alles vermeiden, was Aufsehen erregt und aufreizend wirkt und was den besten Kulturforderungen widerspricht, in Sprache und Ton, in Kleidung und Auftreten.»³³ Jüdischer Stolz sollte gewahrt werden, aber ohne jede öffentliche Zurschaustellung. Im eingeschlossenen Raum der Synagoge oder der weltlichen jüdischen Versammlungen fanden dieser Stolz und der aufgestaute Arger auf das Regime und die umgebende Gesellschaft gelegentlich Ausdruck. Religiöse Texte wurden als Träger symbolischer Bedeutung und offenkundiger Anspielung gewählt. Eine Auswahl von Psalmen mit dem Titel *Aus Tiefen rufe ich Dich*, die Martin Buber 1936 veröffentlichte, enthielt Verse, die nicht misszuverstehen waren:

Rechte für mich, Gott,
streite meinen Streit!
vor dem unholden Stamm,
vom Mann des Trugs und des Falschs lass mich entinnen!

Ein neuer Typ von religiösem Kommentar, der hauptsächlich in Predigten vermittelt wurde – der «neue Midrasch», wie ihn der Judaist Ernst Simon nannte –, verwob religiöse Themen mit Äusserungen praktischer Weisheit, die auf die Zuhörer eine beruhigende, therapeutische Wirkung ausüben sollten.³⁴

Die zionistische Führung in Palästina legte, was die Auswanderung anging, kein grösseres Gefühl der Dringlichkeit an den Tag, als es die

deutsch-jüdische Gemeinschaft selbst tat. Die Führung in Palästina weigerte sich sogar, Auswanderern, deren Ziel nicht Erez Israel war, irgendwelche Hilfe zukommen zu lassen. Ihre Prioritätenliste verschob sich zunehmend: Von 1936 an verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage des Jischuw (wie die jüdische Gemeinschaft in Palästina auf hebräisch genannt wurde), und zugleich verstärkte der arabische Aufstand dieses Jahres den Widerstand Grossbritanniens gegen jede Zunahme der jüdischen Einwanderung nach Palästina. Nach Auffassung einiger örtlicher Zionistenführer waren sogar die leichter zu integrierenden Einwanderer aus Polen im Grossen und Ganzen denen aus Deutschland vorzuziehen, mit Ausnahme derjenigen deutschen Juden, die im Rahmen des 1933 geschlossenen Haavarah-Abkommens nennenswerte Geldbeträge oder Vermögenswerte transferieren konnten. So blieb nach 1935 die Zahl der Einwanderungsurkunden, die für deutsche Juden angefordert wurden, im Verhältnis zur Gesamtzahl der von den Briten ausgestellten Papiere dieselbe wie vorher.

«In Bad Gastein. Hitler führt mich in lebhafter Unterhaltung eine grosse Freitreppe hinunter, weithin sichtbar, unten ist Kurkonzert und Menschengewimmel, und ich denke stolz und glücklich: Nun sehen doch alle Leute, dass es unserm Führer nichts ausmacht, sich mit mir trotz meiner Grossmutter Recha in aller Öffentlichkeit zu zeigen.»³⁵ So lautete der Traum, den ein junges Mädchen erzählte, das von den Nürnberger Gesetzen soeben in einen Mischling zweiten Grades verwandelt worden war.

Eine Frau, die zu einem Mischling ersten Grades geworden war, träumte Folgendes: «Ich bin auf einem Schiff mit Hitler zusammen. Das erste, was ich ihm sage, ist: «Eigentlich darf ich gar nicht hier sein. Ich habe nämlich etwas jüdisches Blut.» Er sieht sehr nett aus, gar nicht wie sonst, rundes, angenehmes, gütiges Gesicht. Ich flüstere ihm ins Ohr: «Ganz gross hättest du werden können, wenn du es so gemacht hättest wie Mussolini, ohne diese dumme Judensache. Es ist ja wahr, dass es sehr üble unter den Juden gibt, aber alle sind doch nicht Verbrecher, das kann man doch wirklich nicht behaupten.» Hitler hört mir ruhig zu, hört sich alles ganz freundlich an. Dann plötzlich bin ich in einem anderen

Raum des Schiffes, wo lauter schwarzuniformierte SS-Leute sind. Sie stossen sich miteinander an, zeigen auf mich und sagen zueinander mit dem höchsten Respekt: ‚Seht mal, das ist die Dame, die dem Chef Be-scheid gesagt hat.‘³⁶

Die Traumwelt von Volljuden sah oft ganz anders aus als die der Mischlinge. Ein etwa sechzigjähriger jüdischer Rechtsanwalt aus Berlin träumte, er sei im Tiergarten: «Zwei Bänke stehen im Tiergarten, eine normal grün, eine gelb [Juden durften sich damals nur noch auf gelban-gestrichene Bänke setzen], und zwischen beiden ein Papierkorb. Ich setze mich auf den Papierkorb und befestige selbst ein Schild an meinem Hals, wie es blinde Bettler zuweilen tragen, wie es aber auch ‚Rassen-schändern‘ behördlicherseits umgehängt wurde: ‚Wenn nötig, mache ich dem Papier Platz.‘³⁷

Manche der Tagträume bekannter jüdischer Intellektueller, die jen-seits der Reichsgrenzen wohnten, waren gelegentlich nicht weniger phantastisch als die nächtlichen Phantasien der gefangenen Opfer. «Po-litische Prophezeiungen von mir zu geben liebe ich nicht», schrieb Lion Feuchtwanger am 20. September 1935 an Arnold Zweig, «... [aber] durch intensives Studieren der Geschichte bin ich ... zu der, lassen Sie mich sagen, wissenschaftlichen Überzeugung gelangt, dass am Ende die Vernunft über den Unsinn triumphieren muss und dass man den Ablauf eines Wahnsinnsausbruchs wie den in Deutschland nicht für eine Sache halten darf, die mehr als eine Generation überdauert. Abergläubisch wie ich bin, hoffe ich im Stillen, dass der deutsche Wahnsinn auch diesmal nicht länger dauern wird als der Kriegswahnsinn [1914-1918]. – Und wir sind schon am Ende des dritten Jahres.»³⁸

Etliche prominente nichtjüdische Stimmen hatten einen ganz anderen Klang. Der Schweizer Psychologe Carl Gustav Jung versuchte, bei sei-ner Suche nach den Merkmalen der germanischen Psyche – und auch nach denen der jüdischen – «tiefer» zu tauchen. Seine Einschätzung, die er im Jahre 1934 niederschrieb, fiel für die beiden Gruppen ganz unter-schiedlich aus: «Der Jude als relativer Nomade hat nie und wird voraus-sichtlich auch nie eine eigene Kulturform schaffen, da alle seine Ins-tinkte und Begabungen ein mehr oder weniger zivilisiertes Wirtsvolk zu ihrer Entfaltung voraussetzen. ... Das arische Unbewusste hat ein höhe-

res Potential als das jüdische; das ist der Vorteil und der Nachteil einer dem Barbarischen noch nicht völlig entfremdeten Jugendlichkeit. Meines Erachtens ist es ein schwerer Fehler der bisherigen medizinischen Psychologie gewesen, dass sie jüdische Kategorien unbesehen auf den christlichen Germanen oder Slawen verwandte. Damit hat sie nämlich das kostbarste Geheimnis des germanischen Menschen, seinen schöpferisch-ahnungsvollen Seelengrund als kindisch-banalen Sumpf erklärt, während meine warnende Stimme durch Jahrzehnte des Antisemitismus verdächtigt wurde. Diese Verdächtigung ist von Freud ausgegangen. Er kannte die germanische Seele nicht, so wenig wie alle seine germanischen Nachbeter sie kannten. Hat sie die gewaltige Erscheinung des Nationalsozialismus, auf den eine ganze Welt mit erstaunten Augen blickt, eines Besseren belehrt?»³⁹

Auf Sigmund Freud machte die «gewaltige Erscheinung des Nationalsozialismus» anscheinend keinen Eindruck. Am 23. September 1935 schrieb er an Arnold Zweig: «Wir dachten alle, es sei der Krieg und nicht die Menschen, aber die anderen Völker haben auch Krieg gehabt und sich doch anders benommen. Wir wollten es damals nicht glauben, aber es ist wahr gewesen, was die anderen von den Boches erzählt haben.»⁴⁰

Was Kurt Tucholsky anging, den möglicherweise brillantesten anti-nationalistischen Satiriker der Weimarer Zeit, der jetzt in seinem schwedischen Exil gefangen sass, so war sein Zorn anders als der Freuds, und seine Verzweiflung war total: «Ich bin im Jahre 1911 ,aus dem Judentum ausgetreten»», schrieb er am 15. Dezember 1935 an Arnold Zweig, fügte aber sogleich hinzu: «Ich weiss, dass man das gar nicht kann.» Auf vielfache Weise wurden Tucholskys Hilflosigkeit und Zorn gegen die Juden gekehrt. Dem unvermeidlichen Schicksal konnte man mit Mut oder mit Feigheit begegnen. Für Tucholsky hatten sich die Juden immer wie Feiglinge verhalten, jetzt mehr als je zuvor. Selbst die Juden in den mittelalterlichen Ghettos *hätten* sich anders verhalten können: «Aber lassen wir die mittelalterlichen Juden – nehmen wir die von heute, die von Deutschland. Da sehen Sie, dass dieselben Leute, die auf vielen Gebieten die erste Geige gespielt haben, das Getto *akzeptieren* – die Idee des Gettos und ihre Ausführung. ... Man sperrt sie ein, man pfercht sie in Judentheater mit vier gelben Flecken vorn und hinten, und sie haben – nur einen

Ehrgeiz: ‚Nun werden wir ihnen mal zeigen, dass wir das bessere Theater haben‘ ... Nicht zu begreifen, dass im März 33 der Augenblick gekommen war, in umgekehrter Proportion auszuziehen – also nicht wie heute einer auf zehn, sondern einer hätte da bleiben müssen, und neun hätten gehen müssen, sollen, müssen.... Und hier ist das, was mich an der deutschen Emigration so abstösst es geht alles weiter, wie wenn gar nichts geschehen wäre. Immer weiter, immer weiter – sie schreiben dieselben Bücher, sie halten dieselben Reden, sie machen dieselben Gesten.» Tucholsky wusste, dass er und seine Generation die neue Freiheit nicht sehen würden: «Es gehört dazu ... eine Jugendkraft, die wir nicht mehr haben. Es werden neue, nach uns, kommen. – So aber gehts nicht. Das Spiel ist aus.»⁴¹

Sechs Tage später nahm sich Tucholsky das Leben.

3.

Ideologie und Partei

März 1936 – März 1938

Anfang 1937 liess Hitler bei einer Besprechung über Kirchenfragen erneut seinen weltgeschichtlichen Visionen freien Lauf: «Führer», schrieb Goebbels in sein Tagebuch, «erklärt das Christentum und Christus. Er [Christus] wollte auch gegen die jüdische Weltherrschaft. Das Judentum hat ihn dann gekreuzigt. Aber Paulus hat seine Lehre umgefälscht und damit das antike Rom unterhöhlt. ... Dasselbe hat Marx mit dem deutschen Gemeinschaftsgedanken, mit dem Sozialismus gemacht.»¹ Am 30. November desselben Jahres klangen die Bemerkungen, die Goebbels in sein Tagebuch notierte, weitaus bedrohlicher: «Lange [mit Hitler] über Judenfrage diskutiert. ... Die Juden müssen aus Deutschland, aus ganz Europa heraus. Das dauert noch eine Zeit, aber geschehen wird und muss das. Der Führer ist fest entschlossen dazu.»² Tatsächlich signalisierte Hitlers Prophezeiung von 1937 indirekt die Möglichkeit eines Krieges: Die Vertreibung der Juden liess sich nur in einer Kriegssituation verwirklichen.

Am 7. März 1936 war die Wehrmacht im Rheinland einmarschiert, und es hatte eine neue Phase in der europäischen Geschichte begonnen. Sie entwickelte sich im Zeichen einer Serie deutscher Aggressionsakte und führte innerhalb von drei Jahren zum Ausbruch einer neuen Katastrophe.

Die Entmilitarisierung des linken Rheinufers war durch die Verträge von Versailles und Locarno garantiert worden. Die Garantiemächte des

Status quo waren Grossbritannien und Italien, während Frankreich dasjenige Land war, das durch den deutschen Schritt unmittelbar bedroht wurde. Die französische Regierung drohte zwar zu handeln, unternahm aber nichts. Und die Briten drohten nicht einmal; schliesslich nahm Hitler lediglich seinen eigenen «Hinterhof» in Besitz, wie man so sagte. Die französische und britische Appeasement-Politik gewann an Boden.

In Frankreich brachten die Wahlen von 1936 die Mitte-Links-Regierung der Volksfront an die Macht, und für einen grossen Teil der französischen Gesellschaft wurde die Bedrohung durch Revolution und kommunistische Machtübernahme zu einer alptraumartigen Zwangsvorstellung. Wenige Monate zuvor hatten die spanischen Wähler ebenfalls eine linke Regierung an die Macht gebracht. Das war ein kurzlebiger Sieg. Im Juli 1936 rebellierten Einheiten der spanischen Armee in Nordafrika unter der Führung von General Francisco Franco gegen die neue republikanische Regierung und setzten nach Spanien über. Der spanische Bürgerkrieg – der zu einem mörderischen Kampf zweier politischer Ideologien werden sollte, auf beiden Seiten von massiven Lieferungen ausländischer Waffen und regulären Truppen wie auch Freiwilligen unterstützt – hatte begonnen. In der Zeit vom Sommer 1936 bis zum Frühjahr 1939 waren die in Spanien gezogenen Kampffronten die expliziten und die stillschweigenden Bezugspunkte für die ideologischen Konfrontationen der damaligen Zeit.

Auf der globalen Bühne wurde der am 25. November 1936 von Deutschland und Japan geschlossene Anti-Komintern-Pakt, dem ein Jahr später auch Italien beitrug, zumindest symbolisch zu einem Ausdruck des Kampfes, der sich zwischen den antikommunistischen Regimes und dem Bolschewismus abspielen sollte. In den Ländern Ostmitteleuropas (mit Ausnahme der Tschechoslowakei) und auf dem Balkan waren rechte Regierungen an die Macht gelangt. Zu ihren ideologischen Festlegungen gehörten drei grundlegende Dogmen: Autoritarismus, extremer Nationalismus und extremer Antikommunismus. Vom Atlantik bis zur sowjetischen Grenze hatten die rechtsgerichteten Bewegungen und Regime im Allgemeinen noch ein weiteres Element gemeinsam: den Antisemitis-

mus. Für die europäische Rechte waren Antisemitismus und Antibolschewismus häufig identisch.

Ganz eindeutig markiert das Jahr 1936 auch den Beginn einer neuen Phase auf der innenpolitischen Bühne in Deutschland. In der vorangegangenen Periode (1933-36) hatte das Bedürfnis, das Regime zu stabilisieren, ausländische Präventivmassnahmen abzuwehren und für Wirtschaftswachstum sowie für die Rückkehr zur Vollbeschäftigung zu sorgen, in einigen Bereichen ein relativ gemässigt Vorgehen erfordert. 1936 war dann die Vollbeschäftigung erreicht, und die Schwäche der antideutschen Front liess sich überblicken. Eine weitere politische Radikalisierung und die Mobilisierung interner Ressourcen waren nunmehr möglich: Himmler, bisher schon Reichsführer-SS, wurde zusätzlich zum Chef sämtlicher deutschen Polizeikräfte ernannt und Göring zum Oberherrn eines neuen Vierjahresplans, der das geheime Ziel verfolgte, das Land auf den Krieg vorzubereiten. Der Antrieb zur äusseren und inneren Radikalisierung hing ebenso wie der diesbezügliche Zeitplan möglicherweise auch mit noch ungelösten Spannungen in der deutschen Gesellschaft selbst zusammen, oder aber er ergab sich vielleicht aus den fundamentalen Bedürfnissen eines Regimes, das nur bei immer hektischeren Aktivitäten und immer spektakuläreren Erfolgen gedeihen konnte. Und eine Radikalisierung bedeutete in jedem Falle neue antijüdische Massnahmen.

Vorrangig beherrschten drei wesentliche Handlungslinien die neue Phase des antijüdischen Feldzugs: beschleunigte Arisierung, immer stärker koordinierte Bemühungen, die Juden zum Verlassen Deutschlands zu zwingen, und wütende Propagandaaktivitäten, um das Thema jüdische Verschwörung und Bedrohung als Angelegenheit von weltweiter Bedeutung erscheinen zu lassen.

Die beschleunigte Arisierung resultierte zumindest teilweise aus der neuen wirtschaftlichen Lage und der sich in deutschen Geschäfts- und Industriekreisen ausbreitenden Zuversicht, dass man auf die Risiken einer Vergeltung oder deren Auswirkungen keine Rücksicht mehr zu nehmen brauchte. Das Wirtschaftswachstum führte zu einer allmählichen Koordinierung der widersprüchlichen Massnahmen, die den Kurs der antijüdischen Politik bis dahin zwangsläufig behindert hatten: 1936 konn-

ten Ideologie und Politik im Gleichschritt marschieren. Die Einsetzung Himmlers und Görings in ihre neuen Positionen schuf zwei Machtbasen, die für die wirksame Durchführung des neuen antijüdischen Feldzugs unentbehrlich waren. Und doch liess sich die ökonomische Enteignung der Juden Deutschlands, auch wenn sich die Umrisslinie der neuen Phase deutlich abzeichneten, erst Anfang 1938 radikal durchsetzen, als im Februar dieses Jahres die konservativen Minister aus der Regierung vertrieben worden waren und vor allem nachdem man Ende 1937 Schacht zum Verlassen des Wirtschaftsministeriums gezwungen hatte. Im Verlauf des Jahres 1938 sollte etwas folgen, das noch schlimmer war als totale Enteignung: Wirtschaftliche Schikanen und selbst gewalttätige Angriffe wurden nunmehr angewendet, um die Juden zur Flucht aus dem Reich oder aus dem soeben annektierten Österreich zu zwingen. Somit war in der zweiten Phase das Jahr 1938 ein weiterer schicksalhafter Wendepunkt.

Die antijüdische Rhetorik, die Hitlers Reden und Verlautbarungen von 1936 an charakterisierte, nahm verschiedene Formen an. Vorherrschend war ihre Verbindung zur allgemeinen ideologischen Konfrontation mit dem Bolschewismus. Doch die Weltgefahr, wie Hitler sie darstellte, ging nicht vom Bolschewismus als solchem, sondern von den Juden aus: sie waren die eigentliche Bedrohung, die hinter dem Bolschewismus stand. Hitlers antijüdische Tiraden waren aber nicht nur ideologisch in einem konkreten Sinn; häufig wurde der Jude als der Weltfeind per se beschrieben, als die Gefahr, die vernichtet werden musste, damit Deutschland (oder die arische Menschheit) nicht durch sie vernichtet würde. Der «Erlösungs»antisemitismus, der Hitlers frühe ideologische Aussagen beherrscht hatte, trat jetzt wieder hervor. Als das konservative Programm zerfiel, breitete sich eine neue Atmosphäre mörderischer Brutalität aus.

Gerade am Beginn dieses sich verdunkelnden Weges errangen die Nationalsozialisten einen ihrer grössten Propagandasiege: die erfolgreiche Ausrichtung der Olympischen Spiele 1936. Ausländische Besucher, die zur Olympiade nach Deutschland kamen, fanden ein Reich vor, das mächtig, ordentlich und zufrieden aussah. So schrieb die amerikanische liberale Zeitschrift *The Nation* am 1. August 1936: «[Man] sieht nicht, wie jüdische Köpfe abgeschlagen oder auch nur gehörig geprügelt wer-

den. ... Die Menschen lächeln, sie sind höflich und singen begeistert in Biergärten. Unterkunft und Verpflegung sind gut, billig und reichlich, und niemand wird von raffgierigen Hoteliers und Geschäftsinhabern übers Ohr gehauen. Alles ist schrecklich sauber, und der Besucher hat es alles gern.»³ Selbst der Präsident der Vereinigten Staaten liess sich täuschen. Im Oktober desselben Jahres wurde Rabbiner Stephen Wise, der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, zu einem Treffen mit Roosevelt im Hyde Park eingeladen. Als das Gespräch auf Deutschland kam, zitierte der Präsident zwei Leute, die kürzlich Deutschland «bereist» und ihm berichtet hatten, «die Synagogen seien überfüllt, und es gebe an der Situation gegenwärtig anscheinend nichts besonders Problematisches». Wise versuchte, seinem Gastgeber die Auswirkungen der Olympischen Spiele auf das Verhalten der Nazis zu erklären, aber er hatte das Gefühl, dass Roosevelt die Berichte über die Verfolgung der Juden immer noch für übertrieben hielt.⁴

Schilder, die Juden den Zutritt untersagten, wurden aus olympischen Anlagen und von anderen Orten, an denen man mit Besuchen von Touristen rechnen musste, entfernt, aber es wurden nur ganz geringfügige ideologische Zugeständnisse gemacht. Die jüdische Hochspringerin Gretel Bergmann aus Stuttgart wurde unter formalen Vorwänden aus der deutschen Mannschaft ausgeschlossen; die Fechtmeisterin Helene Mayer durfte bleiben, weil sie Mischling und somit nach den Nürnberger Gesetzen deutsche Bürgerin war. Nur ein einziger deutscher Volljude, der Eishockeyspieler Rudi Ball, durfte für Deutschland in den Wettbewerb gehen. Doch die Winterspiele zogen damals weit weniger Aufmerksamkeit auf sich als die Sommerspiele. Die Verhandlungen, die der Olympiade vorangegangen waren, zeigten, dass Hitlers taktische Mässigung nur auf den immensen Propagandawert zurückzuführen war, den die Spiele besaßen. Als der Naziführer am 24. August 1935 General Charles Sherrill, ein amerikanisches Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees, empfing, äusserte er sich noch unnachgiebig: Die Juden hätten ein volles Recht auf ihr abgesondertes Leben in Deutschland, aber sie könnten keine Mitglieder der Nationalmannschaft sein. Was die ausländischen Mannschaften anging, so stünde es ihnen frei, aufzunehmen wen

sie wollten. Schliesslich wurden wegen der Drohung eines amerikanischen Boykotts der Olympiade, wie wir sahen, ganz geringfügige Zugeständnisse gemacht, und das gestattete es Deutschland, ungeachtet der kürzlich erfolgten Verabschiedung der Nürnberger Gesetze alle erwarteten Vorteile einzuheimen.

Die Winterspiele waren am 6. Februar in Garmisch-Partenkirchen eröffnet worden. Am Tag zuvor war Wilhelm Gustloff, der Vertreter der Naziartei in der Schweiz, von dem jüdischen Medizinstudenten David Frankfurter erschossen worden. Innerhalb von wenigen Stunden wurde ein strikter Befehl erlassen: Wegen der Olympischen Spiele waren alle antijüdischen Aktionen untersagt. Und tatsächlich kam es zu keinen Ausbrüchen von «Volkszorn».

Nach den Spielen kam die antijüdische Kampagne, vor allem in ihrem vermeintlichen jüdisch-bolschewistischen Zusammenhang, wieder in Gang, und zu voller Entfaltung gelangte sie auf dem «Parteitag der Arbeit» im September 1937. Am 11. September gab Goebbels den Ton an. In einer Rede, die sich mit der Lage in Spanien befasste, liess der Propagandaminister eine hysterische Attacke gegen die Juden vom Stapel, die er für den bolschewistischen Terror verantwortlich machte. «Wer sind diejenigen, die für diese Katastrophe verantwortlich sind?» fragte Goebbels. Seine Antwort: «Unerschrocken wollen wir mit Fingern auf den Juden zeigen als den Inspirator, Urheber und Nutzniesser dieser furchtbaren Katastrophe: Sehet, das ist der Feind der Welt, der Vernichter der Kulturen, der Parasit unter den Völkern, der Sohn des Chaos, die Inkarnation des Bösen, das Ferment der Dekomposition, der plastische Dämon des Verfalles der Menschheit.»⁵

Am Abend des 13. September war Hitler an der Reihe. Jede Zurückhaltung war nun verflogen. Zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt als Reichskanzler benutzte er die Plattform eines Parteitags mit der weltweiten Aufmerksamkeit, die dieser auf sich zog, um einen generellen historischen und politischen Angriff auf das Weltjudentum als Drahtzieher hinter dem Bolschewismus und als Feind der Menschheit seit den Tagen des frühen Christentums zu richten. Noch nie seit dem Untergang der antiken Weltordnung, noch nie seit dem Aufstieg des Christentums, der Ausbreitung des Islam und der Reformation sei die Welt, so erklärte Hit-

ler, in derartigem Aufruhr gewesen. Dies war keine gewöhnliche Konfrontation, sondern ein Kampf, in dem es um das Wesen menschlicher Kultur und Zivilisation schlechthin ging. «Was andere behaupten, nicht sehen zu können, weil sie es einfach nicht sehen wollen, das müssen wir leider als bittere Tatsache feststellen: Die Welt befindet sich im Zustande eines sich steigernden Aufruhrs, dessen geistige und sachliche Vorbereitung und Führung ohne Zweifel von den Machthabern des jüdischen Bolschewismus in Moskau ausgeht.»⁶ Hitler wiederholte seine wichtigsten Thesen in einer sich ständig wandelnden Vielfalt von Formulierungen, die alle dieselbe Botschaft beinhalteten. Und auch wenn im Ausenministerium und in der Wehrmacht Anstrengungen unternommen wurden, an einer realistischeren Einschätzung sowjetischer Angelegenheiten festzuhalten, blieben für die meisten Stellen in Partei und Staat die Gleichsetzung von Judentum und Bolschewismus und das Thema der jüdischen Weltverschwörung die fundamentale Leitlinie.

Wie reagierten die Kirchen auf die zunehmenden Angriffe, die sich gegen die deutschen Juden richteten? Im Juli 1936 wurde Hitler von der Vorläufigen Leitung der Bekennenden Kirche eine Denkschrift unterbreitet. Sie war ein energisches Dokument, das die Konzentrationslager, die Gestapomethoden und sogar den Missbrauch religiöser Begriffe und Bilder bei der Verehrung des Führers zur Sprache brachte. In einer ungewöhnlich kühnen Abkehr von früherer Praxis sagte die Denkschrift eine Katastrophe für Deutschland voraus, wenn es ein Beharren auf totalitärer Vermessenheit und Macht im Widerspruch zum Willen Gottes gäbe.

Das Dokument wurde bekannt und erlangte im Ausland ausserordentliche Verbreitung. Eine derart mutige Stellungnahme musste, so könnte man annehmen, der Judenfrage – das heisst der Verfolgung der Juden – eine hervorragende Stellung eingeräumt haben. «Doch», so der Historiker Richard Gutteridge, «alles, was zu diesem Thema gesagt wurde, war die ziemlich gewundene Feststellung, dass der Christ, dem im Rahmen der nationalsozialistischen Weltanschauung eine Form des Antisemitismus aufgezwungen wurde, die ihm eine Verpflichtung zum Hass auf die Juden auferlegte, dieser durch das christliche Gebot der Nächstenliebe zu

begegnen habe. Hier gab es keine Ablehnung des Antisemitismus als solchen, sondern nur eine Wendung gegen dessen militante NS-Version, ohne dass auch nur indirekt zur Not der Juden Stellung genommen worden wäre. Das Schwergewicht lag auf dem ernststen Gewissenskonflikt, in den die frommen deutschen Kirchenmitglieder gerieten.»⁷ Als am 23. August eine Erklärung der Bekennenden Kirche, die indirekt auf die Denkschrift Bezug nahm, von vielen Pfarrern in der Kirche verlesen wurde, fiel nicht ein einziges Wort über den Antisemitismus oder den Hass auf die Juden. Einige Monate später, im März 1937, wurde die Enzyklika *Mit brennender Sorge*, die scharfe Kritik Pius' XI. am NS-Regime, von allen katholischen Kanzeln in Deutschland verlesen. Die Pseudoreligion der Nazis und die Rassentheorien des Regimes wurden in allgemeinen Worten scharf verdammt, aber auf das Schicksal der Juden wurde nicht direkt Bezug genommen.

Für den konvertierten «Volljuden» Friedrich Weissler sollte die Denkschrift der Bekennenden Kirche verhängnisvolle Folgen haben. Weissler, von Beruf Rechtsanwalt, war bei der Bekennenden Kirche als Rechtsberater angestellt und hatte insgeheim den Auftrag, die Aussenwelt über ihre Aktivitäten zu informieren. Er war wahrscheinlich derjenige, der die Denkschrift der ausländischen Presse zuspilte. Mit gespielter Empörung forderte die Führung der Bekennenden Kirche die Gestapo auf, sie solle den Schuldigen finden. Weissler und zwei arische Assistenten wurden verhaftet. Während die Arier schliesslich freigelassen wurden, kam Weissler, zu dessen Gunsten die Kirche nicht intervenierte, am 19. Februar 1937 im Konzentrationslager Sachsenhausen um. So wurde ein «Volljude» zum «ersten Märtyrer der Bekennenden Kirche».⁸

Wie schon erwähnt, wurde der Reichsführer-SS, Himmler, am 17. Juni 1936 zum Chef der deutschen Polizei ernannt. Diese entscheidende Umorganisation signalisierte einen unmissverständlichen Schritt hin zum immer stärker zunehmenden Eingreifen der Partei in den Zuständigkeitsbereich des Staates und somit eine Verschiebung der Macht von der traditionellen Staatsstruktur zur Partei. Am 26. Juni 1936 teilte Himmler die Polizeikräfte in zwei getrennte Befehlsbereiche: die Ordnungspolizei un-

ter Kurt Daluege sollte alle uniformierten Polizeieinheiten umfassen, während die Sicherheitspolizei (Sipo) unter dem Befehl von Heydrich die Kriminalpolizei und die Gestapo zu einer einzigen Organisation zusammenfasste. Heydrich hatte jetzt die Kontrolle sowohl über die neue Sipo als auch über den Sicherheitsdienst der SS, den SD.

Zwar hatten Heydrichs antijüdische Initiativen und Vorschläge zunehmenden Einfluss gewonnen, aber bis 1938 beschränkten sich die Aktivitäten der mit der Judenfrage befassten Abteilung II 112 des SD, während die Gestapo bei der Durchführung antijüdischer Beschlüsse bereits eine zentrale Rolle spielte, vorwiegend auf drei Bereiche: das Sammeln von Informationen über Juden, jüdische Organisationen und jüdische Aktivitäten, das Entwerfen von Empfehlungen für politische Strategien und eine Beteiligung an Überwachungsoperationen und Verhören von Juden in Zusammenarbeit mit der Gestapo. Darüber hinaus sah sich die Abteilung II 112 unverfroren als die Spitzengruppe von «Judenexperten» in Deutschland, und nach März 1936 organisierte sie systematisch Konferenzen, auf denen mehrere Male im Jahr den Delegierten anderer SD-Abteilungen aus dem Hauptamt und aus verschiedenen Teilen Deutschlands die neuesten Informationen vermittelt wurden. Bei der grössten dieser Konferenzen, die am 1. November 1937 einberufen wurde, trafen 66 Mitglieder des SD, meist aus den mittleren Rängen, zusammen.

Eines der Lieblingsprojekte von II 112 war die Erstellung einer Judenkartei, mit der jeder im Reich lebende Jude identifiziert werden sollte. Ausserdem begann die Abteilung mit der Zusammenstellung einer weiteren Kartei der wichtigsten Juden in fremden Ländern und ihren wechselseitigen Verbindungen. Wie SS-Hauptsturmführer Erich Ehrlinger auf der Konferenz vom 1. November erklärte, hatte diese karteimässige Erfassung folgende Ziele: «(1) Die Feststellung der Zahl der Juden und Jüdischstämmigen nach den Nürnberger Gesetzen, die gegenwärtig im Reich leben; (2) Die Feststellung des direkten Einflusses bzw. des jüdischen Einflusses über seine Verbindungen auf das kulturelle Leben, Gemeinschaftsleben und das materielle Leben des deutschen Volkes.»⁹

Die allgemeine Volkszählung vom Mai 1939 sollte die Gelegenheit zur vollständigen Registrierung sämtlicher Juden in Deutschland (ein-

schliesslich der Halb- und Vierteljuden) bieten: In jeder Stadt und in jedem Dorf sorgte die örtliche Polizei dafür, dass die Volkszählungskarten von Juden und Mischlingen als Kennzeichen den Buchstaben «J» trugen; Kopien aller örtlichen Volkszählungslisten sollten an den SD gesandt werden. Die Karteien erfüllten dann ihre Funktion, als die Deportationen begannen.

Eine zweite Bemühung zur Informationssammlung richtete sich auf sämtliche jüdischen Organisationen in Deutschland und in der ganzen Welt, von der ORT, einer Organisation für berufliche Ausbildung und Beratung, bis zu Agudat Israel (den ultra-orthodoxen Juden). Für die Männer von II 112 und vom SD insgesamt war kein Detail zu winzig, keine jüdische Organisation zu unbedeutend. Da der organisierte Feind, den sie bekämpften, als solcher nicht existent war, musste ihr Unternehmen ihn erschaffen. Jüdische Organisationen wurden als Teile eines immer komplexeren Systems identifiziert, analysiert und studiert; die anti-deutschen Aktivitäten dieses Systems mussten aufgedeckt, seine innere Funktionsweise entschlüsselt, sein eigentliches Wesen entschleiert werden.

Der erstaunlichste Aspekt dieses Systems war seine trügerische Konkretheit. Ganz präzise – und absolut imaginäre – jüdische Verschwörungen wurden aufgedeckt, Namen und Adressen wurden geliefert, Gegenmassnahmen ergriffen. So zählte Adolf Eichmann, ein zunehmend wichtiger Beamter des «Judenreferats» des SD, auf der Konferenz vom 1. November in seinem Vortrag «Das Weltjudentum» eine ganze Reihe unheimlicher jüdischer Bestrebungen auf. Ein Anschlag auf das Leben des sudetendeutschen Naziführers Konrad Henlein war im Pariser Asyle de jour et de nuit (einer Unterkunft für mittellose Juden) geplant worden. Er war nur deshalb gescheitert, weil Henlein gewarnt worden war und weil die Waffe des Mörders nicht funktioniert hatte. Schlimmer noch, Nathan Landsmann, der Präsident der in Paris ansässigen Alliance Israélite Universelle (einer jüdischen Bildungsorganisation) war dafür verantwortlich, Anschläge auf das Leben des Führers – und auch auf das von Julius Streicher – zu planen. Zu diesem Zweck stand Landsmann in Verbindung mit einer holländischen jüdischen Organisation, dem Komitee voor Bizardere Joodsche Belange in Amsterdam, welches wiederum eng mit dem niederländischen (jüdischen) Unilever Trust einschliesslich seiner

Niederlassungen in Deutschland zusammenarbeitete. Dies ist lediglich ein Ausschnitt aus Eichmanns Offenbarungen.

In ihren politischen Empfehlungen unterstützte die Abteilung II 112 alle Aktivitäten zur Beschleunigung der jüdischen Auswanderung, einschliesslich der möglicherweise positiven Effekte von angestifteten Gewalttaten. Schon im Mai 1934 hatte eine an Heydrich gerichtete Denkschrift des SD mit der unzweideutigen Feststellung begonnen: «Das Ziel der Judenpolitik muss die restlose Auswanderung der Juden sein.» Vor dem Hintergrund des Jahres 1934 waren die Zeilen, die darauf folgten, ungewöhnlich: «Den Juden sind die Lebensmöglichkeiten – nicht nur wirtschaftlich genommen – einzuschränken. Deutschland muss ihnen ein Land ohne Zukunft sein, in dem wohl die alte Generation in ihren Restpositionen sterben, nicht aber die junge leben kann, so dass der Anreiz zur Auswanderung dauernd wach bleibt. Abzulehnen sind die Mittel des Radau-Antisemitismus. Gegen Ratten kämpft man nicht mit dem Revolver, sondern mit Gift und Gas.»¹⁰ Im Rahmen der allgemeinen Verschiebung der NS-Ziele im Jahre 1936 wurde die Politik des SD dann zu einem aktiven Element in einer generellen Kampagne aller mit jüdischen Angelegenheiten befassten Stellen des NS-Regimes: Für sie alle hatte die Emigration höchste Priorität.

Palästina galt als eines der aussichtsreicheren Ziele für die jüdische Auswanderung, wie es das schon seit 1933 gewesen war. Ebenso wie das Aussenministerium und das Amt Rosenberg (das hauptsächlich für ideologische Fragen einschliesslich der Kontakte zu ausländischen Nazisympathisanten zuständig war) stand der SD vor dem Dilemma, dass einerseits zwar die jüdische Emigration nach Palästina ermutigt werden sollte, sich daraus aber andererseits die Gefahr ergab, dass eine solche Auswanderung zur Errichtung eines strategischen Zentrums für die Machenschaften des Weltjudentums – zu einem jüdischen Staat – führen konnte. Im Zusammenhang mit derartigen politischen Überlegungen gab Heydrich Herbert Hagen (der bald darauf Leiter von II 112 werden sollte) und Eichmann die Erlaubnis, im Herbst 1937 nach Palästina zu fahren und mit Feivel Polkes, ihrem Kontaktmann bei der Haganah (der wichtigsten

jüdischen paramilitärischen Organisation in Palästina), zusammenzutreffen.

Die Mission scheiterte jämmerlich: Die Briten liessen die beiden SD-Männer nicht länger als einen Tag in Palästina bleiben, und ihr Gespräch mit Polkes – der zu einem Treffen mit ihnen nach Kairo kam – erbrachte keinerlei wertvolle Informationen. Doch die positive Einschätzung, die der SD von Palästina als Ziel für deutsche Juden hatte, blieb unverändert. Später war dann der SD die Stelle, mit der zionistische Abgesandte die Abreise von Konvois von Emigranten nach rumänischen Häfen organisierten, von wo aus sie den Versuch unternahmen, die britische Blockade zu durchbrechen und per Schiff nach Palästina zu gelangen.

In den dreissiger Jahren benutzte das Naziregime zwei verschiedene, aber sich gegenseitig ergänzende Verfahren, um die vollständige Ausschliessung von rassistisch gefährlichen Gruppen aus der Volksgemeinschaft zuwege zu bringen: einerseits Absonderung und Vertreibung, andererseits Sterilisierung. Die erste Methode wurde in ihren verschiedenen Aspekten gegen die Juden, Zigeuner und Homosexuellen angewendet; die zweite Methode wurde gegen die Träger von (körperlichen oder geistigen) Erbkrankheiten und gegen Personen eingesetzt, die gefährliche Eigenschaften zeigten, welche man für erblich hielt, sowie gegen «rassistisch verseuchte Individuen», die nicht vertrieben oder in Lager gesteckt werden konnten.

Wenn sich das Gesundheitsargument zu rassistischen Zwecken nicht umstandslos heranziehen liess, fand man andere Methoden. So war das neue Regime kaum an der Macht, da wurde die Aufmerksamkeit der Behörden auf eine Gruppe gelenkt, die wahrscheinlich nicht mehr als 500 bis 700 Mitglieder zählte: die jungen Nachkommen von deutschen Frauen und Soldaten aus afrikanischen Kolonien, die in den Nachkriegsjahren bei der französischen Besetzung des Rheinlands Dienst getan hatten. Im Nazijargon waren das die «Rheinlandbastarde».¹¹ Hitler hatte in *Mein Kampf* diese «schwarze Befleckung des deutschen Blutes» bereits als eine weitere Methode beschrieben, mit der die Juden die rassistische Kraft des Volkes unterhöheln wollten.

Schon im April 1933 verlangte Göring als preussischer Innenminister die Registrierung dieser «Bastarde», und wenige Wochen später verfügte das Ministerium, dass sie sich einer rassisch-anthropologischen Begutachtung zu unterziehen hätten. Im Juli wurde eine Studie über 38 von diesen Schulkindern erstellt; sie kam erwartungsgemäss zu dem Ergebnis, dass die Probanden in ihren intellektuellen Fähigkeiten und in ihrem Verhalten verschiedene Defekte zeigten. Das preussische Ministerium berichtete am 28. März 1934 über die Ergebnisse und warnte vor den schlimmen rassischen Konsequenzen, die sich ergeben würden, wenn es diesen «Bastarden», trotz ihrer ganz geringen Zahl, gestattet würde, sich fortzupflanzen. Das Fazit der Argumentation lautete, da die Anwesenheit einer halben Million Mischlinge in Frankreich innerhalb von vier oder fünf Generationen die Bastardisierung der Hälfte der französischen Bevölkerung zur Folge haben werde, werde die vergleichbare Anwesenheit von Mischlingen auf der deutschen Seite der Grenze zu lokaler Rassenmischung und dem nachfolgenden Verschwinden rassischer Unterschiede zwischen den Franzosen und der Bevölkerung der an Frankreich angrenzenden westlichen Teile des Reiches führen.¹²

Dass man die Sache nicht auf die leichte Schulter nahm, zeigt eine Besprechung der Beratungskommission für Bevölkerungs- und Rassenpolitik im Innenministerium, zu der am 11. März 1935 Vertreter der Ministerien des Inneren, der Gesundheit, der Justiz, der Arbeit und des Auswärtigen Amtes sowie Eugeniker aus der akademischen Welt zusammengerufen wurden. Walter Gross, der Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, verhehlte nicht die Schwierigkeiten bei der Behandlung des Problems mit den «Negerbastarden», wie er sie nannte. Ihre rasche Vertreibung war unmöglich; darum liess Gross keinen Zweifel an der Notwendigkeit einer Sterilisierung.

Doch die Sterilisierung einer gesunden Bevölkerungsgruppe konnte, wenn man sie offen durchführte, bedenkliche Reaktionen im In- und Ausland hervorrufen. Da man sich der Zuverlässigkeit gewöhnlicher niedergelassener Ärzte nicht sicher sein konnte, sah Gross keine andere Möglichkeit als die, das geheime Eingreifen von Ärzten zu fordern, die zugleich hartgesottene Parteigenossen waren und für die Erfordernisse

des höheren Wohls des Volkes Verständnis haben würden. Im Laufe des Jahres 1937 wurden diese Hunderte von Jungen und Mädchen identifiziert, von der Gestapo aufgegriffen und sterilisiert.

Die Entscheidung, Träger von Erbkrankheiten und die sogenannten Schwachsinnigen zu sterilisieren, beruhte hingegen auf medizinischen Untersuchungen und eigens entwickelten Intelligenztests. Die Resultate wurden Erbgesundheitsgerichten vorgelegt, deren Entscheidungen dann zur Revision an Erbgesundheitsberufungsgerichte weitergeleitet wurden; deren abschliessende Sprüche waren verbindlich.

Für Psychatriepatienten war die Sterilisierung häufig nur ein erster Schritt. Organisierte Fahrten durch psychiatrische Institutionen sollten das absonderliche Erscheinungsbild der Anstaltsinsassen vor Augen führen und die unnötigen Kosten verdeutlichen, die ihr Unterhalt verursachte. Eine ganze Reihe von Propagandafilmen, die darauf abzielten, die breitere Öffentlichkeit zu indoktrinieren, wurde in diesen Jahren gedreht und gezeigt, und in Schulen führten entsprechende Rechenübungen den finanziellen Tribut vor, den solche Patienten von der Wirtschaft der Nation forderten. Nach Angaben des Leiters der Reichskanzlei, Staatssekretär Hans Heinrich Lammers, hatte Hitler die Möglichkeit einer Euthanasie schon 1933 erwähnt, und nach den Aussagen seines Leibarztes Karl Brandt hatte der NS-Führer das Thema 1935 mit dem Reichsärzteführer Wagner diskutiert und zu verstehen gegeben, ein derartiges Projekt werde sich in Kriegszeiten leichter durchführen lassen.

Dennoch wurden von 1936 an Psychatriepatienten allmählich in grossen staatlichen Institutionen zusammengeführt, und die Beschäftigten einiger privater Institutionen wurden mit zuverlässigen SS-Leuten durchsetzt. Die privat (vor allem von protestantischen Gruppierungen) geführten Institutionen waren sich über den bedrohlichen Aspekt dieser Entwicklungen durchaus im Klaren. Tatsächlich ist das Entsetzliche an der Dokumentation der Jahre 1936-38, «dass die Fürsorgeverbände die ihnen zur Fürsorge Anvertrauten öffentlich diffamieren und denunzieren und so zu ihrer Verfolgung und Vernichtung Vorschub leisten».¹³ Viele der kirchlichen Institutionen, die infolge der Verlegung von Patienten in

staatliche Institutionen einige ihrer Insassen verloren, beklagten sich zwar – aber nur über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die ihnen derartige Verlegungen bereiteten.

Der erste konkrete Schritt zu einer Euthanasiepolitik wurde im Herbst 1938 getan. Der Vater eines blind, zurückgeblieben und ohne Arme und Beine geborenen Kindes richtete eine Eingabe an Hitler, in der er für seinen Sohn um das Recht auf einen «Gnadentod» bat. Karl Brandt wurde nach Leipzig geschickt, wo das Baby im Krankenhaus lag, um die behandelnden Ärzte zu konsultieren und die Euthanasie durchzuführen. In diesem Stadium agierte Hitler zurückhaltend. Er war sich darüber im Klaren, dass die Tötung von geisteskranken Erwachsenen oder von Kindern mit schweren Missbildungen auf den erbitterten Widerstand der Kirchen, insbesondere der katholischen Kirche, stossen konnte. Dieses potentielle Hindernis war umso bedeutsamer, als in Österreich die überwiegend katholische Bevölkerung und die Kirchenhierarchie soeben ihre enthusiastische Zustimmung zum Anschluss gegeben hatten. Doch aus einem «Gutachten» über die Einstellung der Kirche zur Euthanasie, das Albert Hartl, der Leiter der SD-Abteilung II 113 (politische Kirchen) erstellt hatte, ging hervor, dass ungeachtet der katholischen Verlautbarungen zu diesem Thema die Tür zu Ausnahmen offenstand. Über indirekte Kanäle wurde die Denkschrift Bischof Wilhelm Berning und dem päpstlichen Nuntius, Monsignore Cesare Orsenigo, übermittelt. Auf protestantischer Seite leitete man sie den Pastoren Paul Braune und Friedrich von Bodelschwingh zu. Anscheinend wurde von keinem der deutschen Geistlichen – ob Katholik oder Protestant-, mit denen sich Hitlers Kanzlei in Verbindung gesetzt hatte, Widerspruch geäußert. Auch der Abgesandte des Papstes hüllte sich in Schweigen.

Am 29. September 1936 berief Wilhelm Stuckart, Staatssekretär im Reichsinnenministerium, eine Konferenz hochrangiger Beamter aus seiner eigenen Behörde, aus dem Wirtschaftsministerium und aus dem Amt des Stellvertreters des Führers ein, um Empfehlungen für ein Minister-treffen zu der Frage auszuarbeiten, welche weiteren Massnahmen jetzt, nach dem Nürnberger Parteitag, hinsichtlich der Juden zu ergreifen seien.

Generell repräsentierte das Amt des Stellvertreters des Führers die Parteilinie, das Innenministerium nahm (auch wenn es von dem Nationalsozialisten Wilhelm Frick geführt wurde) häufig eine zwischen der Partei und der konservativen Staatsbürokratie vermittelnde Position ein, und das Wirtschaftsministerium (an dessen Spitze immer noch Schacht stand) war entschieden konservativ; bemerkenswerterweise waren sich jedoch auf dieser Konferenz die höchsten Beamten der drei beteiligten Stellen völlig einig.

Alle Anwesenden erkannten an, dass das grundlegende Ziel jetzt die «vollständige Auswanderung» der Juden war und dass alle anderen Massnahmen mit Blick auf dieses Ziel ergriffen werden mussten. Nach einer Wiederholung dieser Forderung fügte Stuckart einen Satz hinzu, der bald seine dramatische Verwirklichung finden sollte: «Letzten Endes [muss] auch in Betracht gezogen werden, die Auswanderung zwangsweise durchzuführen.»¹⁴ Der grösste Teil der Diskussion konzentrierte sich auf Dilemmata, welche die deutschen Entscheidungen bis zum Herbst 1938 belasten sollten: Erstens, welches Mass an sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten sollte den Juden im Reich zugestanden werden, um zu verhindern, dass sie dem Staat zur Last fielen, ohne dabei jedoch den Anreiz zur Auswanderung für sie zu verringern? Zweitens, in welche Länder sollte die jüdische Auswanderung gelenkt werden, ohne dass das zur Schaffung neuer Zentren antideutscher Aktivitäten führte? Die Teilnehmer waren sich einig, dass man alle Auswanderungsoptionen offenlassen sollte, dass aber deutsche Mittel nur dazu eingesetzt werden sollten, die Auswanderung nach Palästina zu unterstützen. Zum Problem der Kennzeichnung jüdischer Geschäfte wurde keine Entscheidung getroffen.

Die Konferenz vom September 1936 war die erste mit den künftigen antijüdischen Massnahmen des Regimes befasste strategische Besprechung auf höherer Ebene, bei der die Priorität der totalen Auswanderung (also notfalls der Vertreibung) klar formuliert wurde. Vor der Verabschiedung der Nürnberger Gesetze hatte das Hauptziel Absonderung geheissen. Die Hinwendung zu neuen Zielen passte, wie wir sahen, zu der neuen Radikalisierung sowohl im Innern als auch nach aussen.

Gleichzeitig schritt der «Säuberungs»prozess erbarmungslos voran: Die wesentlichen Initiativen stammten von Hitler, aber wenn ihm von Ministern oder hohen Parteiführern andere Vorschläge unterbreitet wurden, dann erfolgte seine Zustimmung keineswegs automatisch.

Am 1. April 1933 praktizierten in Deutschland etwa 8'000 bis 9'000 jüdische Ärzte. Ende 1934 hatten ungefähr 2'200 von ihnen entweder das Land verlassen oder ihren Beruf aufgegeben; ungeachtet eines stetigen Rückgangs im Jahre 1935 waren jedoch Anfang 1936 im Reich immer noch 5'000 jüdische Ärzte tätig (darunter 2'800 im öffentlichen Gesundheitswesen). Die offizielle Aufstellung der Ärzte des Landes für das Jahr 1937 kennzeichnete jüdische Ärzte nach den Nürnberger Kriterien als Juden; inzwischen betrug ihre Gesamtzahl etwa 4'200, etwa die Hälfte der Zahl für 1933, aber in den Augen der Nationalsozialisten waren das immer noch viel zu viele.

Am 13. Dezember 1935 legte Innenminister Wilhelm Frick den Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Arztberufes vor. Der Vorschlag wurde zwar angenommen, die endgültige Formulierung des Gesetzes wurde jedoch aus unbekanntem Gründen um mehr als ein Jahr verschoben. Am 14. Juni 1937 traf Wagner im Beisein von Hess' Stellvertreter Martin Bormann mit Hitler zusammen: «Als ich dem Führer die Notwendigkeit vortrug, den Ärztestand von Juden zu befreien», schrieb Wagner, «erklärte der Führer, dass er diese Bereinigung für ausserordentlich notwendig und dringlich hielt. Er hält es auch nicht für richtig, dass weiterhin jüdische Ärzte entsprechend dem Anteil der jüdischen Bevölkerung zugelassen würden. Auf jeden Fall müssten auch diese Ärzte im Kriegsfall ausgeschaltet werden. Die Bereinigung des Ärztestandes hält der Führer für wichtiger als z.B. die des Beamtenkörpers, da die Aufgabe des Arztes nach seiner Meinung eine volksführende ist bzw. sein soll. Der Führer beauftragte uns, Staatssekretär Lammers seinen Auftrag zu übermitteln, die gesetzliche Grundlage auszuarbeiten zur Ausschaltung der jetzt noch tätigen jüdischen Ärzte (Approbationsentziehung).»¹⁵

Innenminister Wilhelm Frick, ein treuer Parteigenosse, wie er im Buche stand, hatte das beschleunigte Tempo der Radikalisierung offenbar

unterschätzt. Aus einem Rundschreiben des Erziehungsministeriums vom 25. November 1936 geht hervor, dass Frick zu Beginn des Jahres entschieden hatte, es gebe keine legale Basis für die Entlassung arischer Beamter, die mit jüdischen Frauen verheiratet waren. Dazu heisst es in dem Rundschreiben: «Diese Stellungnahme [Fricks] hat nicht die Billigung des Führers und Reichskanzlers gefunden.» Die Folge war simpel: Fricks Initiative war null und nichtig.¹⁶

Einige Monate später machte Frick seinen anfänglichen Mangel an kreativem Legalismus wieder wett. Am 19. April 1937 erliess er die folgende Verfügung: «Mein Rundschreiben vom 7. Dezember 1936 ..., das dem deutschblütigen Ehegatten, der in einer deutschjüdischen Mischehe lebt, verbietet, in seiner Wohnung die Reichs- und Nationalflagge zu hissen, gilt auch für Beamte. Da der Zustand, dass ein Beamter nicht flaggen darf, auf die Dauer nicht tragbar ist, ist der jüdisch versippte Beamte in der Regel ... in den Ruhestand zu versetzen.»¹⁷ Einige Ausnahmen wurden zugelassen, aber die juristische Basis für die Entlassung von Beamten mit jüdischen Ehefrauen war gefunden. Am 21. Juli 1937 löste Frick ein weiteres grosses Problem: Sicherheitsmassnahmen, die in Zusammenhang mit der Anwesenheit von Juden in Kurorten und verwandten Einrichtungen zu ergreifen waren. Juden durften nur in von Juden betriebenen Hotels und Pensionen untergebracht werden, wobei die Bedingung galt, dass keine deutschen Hausangestellten unter 45 Jahren im Betrieb arbeiteten. Die allgemeinen Einrichtungen (für Bäder, Trinkkuren und dergleichen) sollten Juden zugänglich sein, aber es sollte eine möglichst weitgehende Trennung von den anderen Gästen erfolgen. Was Anlagen ohne unmittelbare gesundheitliche Bedeutung (wie Parks und Sportplätze) anging, so konnten diese für Juden gesperrt werden.

Doch wie in früheren Jahren zögerte Hitler, wenn eine Massnahme unnötige politische Verwicklungen hervorrufen konnte. So verfügte er am 17. November 1936 die weitere Verschiebung eines Judenschulgesetzes, für das ihm der Erziehungsminister einen Entwurf vorgelegt hatte. Anscheinend scheute sich Hitler damals noch, die Absonderung der jüdischen Schüler nach rassistischen Kriterien vorzunehmen, da dies zur Verlegung jüdischer Kinder christlichen Glaubens in jüdische Schu-

len geführt und die Beziehungen zur katholischen Kirche zusätzlich belastet hätte.

Bisweilen verwandelten sich die Säuberungsmassnahmen in ein total surrealistisches Durcheinander. Ein derartiger Fall war die Verleihung des Doktorgrades an jüdische Studenten. Das Problem wurde anscheinend Ende 1935 aufgeworfen und vom Innenministerium diskutiert: Etwaige Beschränkungen des Rechts zum Erwerb eines Doktorgrades sollten nicht für ausländische jüdische Studenten gelten; für deutsche Juden blieb die Frage ungelöst. Anfang 1936 wurde sie von Wilhelm Grau wieder aufs Tapet gebracht, der gerade Leiter der jüdischen Abteilung in Walter Franks Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland werden sollte, welches das Ziel verfolgte, eine neue Nazi-Geschichtsschreibung zu entwickeln. Am 10. Februar schrieb Grau an den Staatssekretär im Reichserziehungsministerium, er sei zur Begutachtung einer Dissertation über die Geschichte der Juden von Ulm im Mittelalter aufgefordert worden, die ein Jude an der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität vorgelegt habe. «Während in diesem mir vorliegenden Falle», schrieb Grau, «die Dissertation m. E. wissenschaftlich schon nicht genügt, erhebt sich doch auch hier schon die allgemeine Frage, ob Juden mit derartigen geschichtlichen Themen überhaupt an deutschen Universitäten promovieren können. Da leider unsere Universitätsprofessoren recht wenig Wissen und noch weniger Instinkt in der Judenfrage haben, geschehen auf diesem Gebiet ganz unglaubliche Dinge.» Grau kam dann auf einen Fall zu sprechen, den er in seinem ersten Beitrag für die *Historische Zeitschrift* behandelt hatte: «[Ich habe] zeigen müssen, wie ein orthodoxer Jude, Namens Heller, im vergangenen Oktober in der Universität Berlin mit einer Arbeit über die Juden im roten Russland promovieren konnte, in welcher versucht wird, den jüdischen Anteil am Bolschewismus vollkommen zu verleugnen mit Hilfe einer Methode, die im völkischen Staat des Nationalsozialismus helle Empörung hervorrufen muss. Heller lässt nämlich die ihm unangenehmen bolschewistischen Juden wie Trotzki und Konsorten einfach nicht als Juden gelten, sondern als ‚judengegenerische‘ Internationalisten. Ich möchte mit diesem Hinweis lediglich die Frage nach dem Promotionsrecht der Juden aufgeworfen haben.»¹⁸

An der Diskussion über dieses Thema, die sich 1936 und in den ersten Monaten des Jahres 1937 entfaltete, waren das Erziehungsministerium, die Dekane der Philosophischen Fakultäten sowohl der Berliner als auch an der Leipziger Universität, die Rektoren dieser Universitäten, der Reichsstatthalter von Sachsen und das Büro des Stellvertreters des Führers beteiligt. Die Haltung des Erziehungsministeriums war, sich an das Gesetz über das Studium von Juden an deutschen Universitäten zu halten: Solange es jüdischen Studenten gestattet war, an deutschen Universitäten zu studieren, konnte ihnen das Recht zum Erwerb eines Doktorgrades nicht genommen werden. Das beste Verfahren zur Behandlung der Situation bestand darin, an die nationalen Empfindungen der Professoren zu appellieren und sie dazu zu bewegen, keine Juden als Doktoranden anzunehmen.

Am 15. Oktober 1936 griff Bormann ein. Für ihn war ein Appellieren an «das Nationalbewusstsein der Professoren» nicht das richtige Verfahren zur Regelung der Angelegenheit. «Insbesondere», schrieb Bormann an Frick, «möchte ich nicht, dass die Durchführung rassischer Grundsätze, die auf der Weltanschauung des Nationalsozialismus beruhen, von dem guten Willen der Hochschulprofessoren abhängig gemacht wird.» Bormann zögerte nicht: Ein Gesetz, das die Zuerkennung von Doktorgraden an jüdische Studenten verbot, war erforderlich, und es sollte sich nicht an die Studenten, sondern an die Professoren richten. Was die Reaktionen des Auslands anging, so war Bormann der Ansicht, dass die Auswirkungen des Gesetzes positiv sein würden; zur Rechtfertigung dieser Behauptung gebrauchte er ein Argument, dessen Bedeutung weit über die vorliegende Frage hinausreichte: «Darüber hinaus glaube ich sogar, dass der Erlass besonders in den fremdrassigen Ländern, die sich durch unsere Rassenpolitik zurückgesetzt fühlen, auf fruchtbaren Boden fallen wird, da hierin wiederum das Judentum bewusst gegenüber anderen Fremdrassigen distanziert wird.» Gegen die Aushändigung von Doktordiplomen an jüdische Studenten, die die Promotionsbedingungen bereits restlos erfüllt hatten, gab es keine Bedenken.¹⁹

Am 15. April 1937 arbeitete der Erziehungsminister einen Erlass aus, in dem sich Bormanns Auffassung niederschlug: Die Universitäten wur-

den angewiesen, jüdischen Studenten deutscher Staatsangehörigkeit die Ablegung von Dokorexamina nicht zu gestatten. Mischlingen wurden unter verschiedenen Voraussetzungen Ausnahmen zugestanden, und die Rechte der ausländischen Juden blieben unverändert.

Auch auf örtlicher Ebene machte der Reinigungsprozess die gewünschten Fortschritte. So taten die Stadtväter von München, die 1935 die Juden aus öffentlichen Schwimmbädern ausgesperrt hatten, 1937 einen weiteren kühnen Schritt. Nun sollte den Juden der Zutritt zu städtischen Reinigungsbädern untersagt werden. Da die Sache jedoch gewichtig war, musste Bormann seine Zustimmung erteilen. Sie wurde versagt, wobei allerdings nicht klar ist, welche Gründe Bormann hatte. Nachdem die Münchener Behörden auf dem einen Gebiet gebremst worden waren, preschten sie auf einem anderen vor. Seit 1933 waren die Strassen der Stadt, die jüdische Namen trugen, nach und nach umbenannt worden. Ende 1936 entdeckte jedoch Bürgermeister Karl Fiehler, dass es immer noch elf jüdische Strassennamen gab. Im Laufe des Jahres 1937 wurden daher mit Unterstützung durch das Stadtarchiv diejenigen Namen, welche ohne Zweifel jüdisch waren, geändert. Doch es bestand, so ein Archivbeamter, immer noch die Möglichkeit, «dass bei eingehender Forschung noch der eine oder andere Namensträger als jüdisch versippt sich feststellen liesse».²⁰

In Frankfurt waren die Probleme, die durch jüdische Strassennamen hervorgerufen wurden, noch schlimmer. Die erste, die das Thema öffentlich zur Sprache brachte, war offenbar eine Parteigenossin, die am 17. Dezember 1933 einen Leserbrief an das *Frankfurter Volksblatt* schrieb: «Herzlich habe ich die Bitte an Sie, doch versuchen zu wollen, ob es nicht Ihrem Einfluss gelingt, unsere Strasse, die nach dem Juden Jakob Schiff heisst, umbenennen zu können. Grad' in unserer Strasse wohnen fast ausschliesslich nationalsozialistisch gesinnte Leute, und bei Beflagung weht aus jedem Haus das Hakenkreuz. Das Jakob Schiff' gibt immer einen Stich ins Herz.»²¹ Der Brief wurde an die Stadtkanzlei geschickt, die ihn an den Strassenbenennungsausschuss weiterleitete. Im März 1934 setzte der Ausschuss den Bürgermeister von allen Schenkungen in Kenntnis, die der jüdisch-amerikanische Finanzier Jakob Schiff verschie-

denen Frankfurter Institutionen einschliesslich der Universität gemacht hatte, und schlug deshalb vor, die vorgeschlagene Namensänderung abzulehnen, insbesondere da eine derartige Änderung angesichts der Bedeutung des Privatbankhauses Jakob Schiff in den Vereinigten Staaten in weiten Kreisen bekannt werden würde und zu einer Forderung nach Rückerstattung der Summen führen könnte, die der Stadt zugewendet worden waren.

Der Brief im *Volksblatt* hatte jedoch eine Reihe ähnlicher Initiativen ausgelöst, und am 3. Februar 1935 erbat der Strassenbenennungsausschuss im Anschluss an einen längeren Briefwechsel die Zustimmung des Bürgermeisters zu folgendem Vorschlag: Die Namen von vierzehn Strassen oder Plätzen sollten sofort geändert werden, angefangen mit dem Börneplatz, der jetzt Dominikanerplatz heissen sollte. Als die Nazipropaganda «herausfand», dass Schiff in grossem Umfang die Bolschewisten finanziert hatte, wurde aus der Jakob-Schiff-Strasse die Mumm-Strasse (zu Ehren eines früheren Frankfurter Bürgermeisters). Zwölf andere Strassen sollten 1936 umbenannt werden, und neunundzwanzig weitere, deren Umbenennung vorgeschlagen worden war, sollten ihre Namen behalten, entweder weil sich ihre wirkliche Bedeutung wegerklären liess (Mathildenstrasse, Sophienstrasse, Luisenstrasse und Luisenplatz, alle in Wirklichkeit nach Frauen aus der Familie Rothschild benannt, würden jetzt lediglich so angesehen werden, als seien sie nach nicht näher bestimmten Frauen benannt) oder weil sich kein hinlänglicher oder triftiger Grund für die Änderung finden liess.

In Stuttgart wurde die Ausschliessung von Juden aus öffentlichen Schwimmbädern bis nach den Olympischen Spielen verschoben; antijüdische Initiativen blieben jedoch nicht hinter denen in anderen deutschen Städten zurück. Die örtlichen Parteiführer waren darüber erbost, dass die jüdische Bevölkerung der Stadt zumindest bis 1937 eher zu- als abnahm. Juden aus den württembergischen Kleinstädten und Dörfern flohen in die Stadt in der Hoffnung, dort sowohl den Schutz der Anonymität als auch Unterstützung durch eine grössere Gemeinschaft zu finden. So verliessen zwar 1936 in den ersten sieben Monaten des Jahres 582 Juden Stuttgart, doch im gleichen Zeitraum zogen 592 zu. Erst Ende 1937 setzte ein Rückgang der etwa 4'000 Menschen umfassenden jüdischen Bevölkerung ein.

Der Stadtrat beschloss, die jüdischen Angelegenheiten in die Hand zu nehmen. Auf seiner Sitzung vom 21. September 1936 verkündete er, dass Altersheime, Kindergärten und (endlich) Schwimmbäder, die der Stadt gehörten, von nun an für Juden verboten waren; in Krankenhäusern sollten Juden von anderen Patienten getrennt werden; städtischen Angestellten wurde untersagt, in jüdischen Geschäften zu kaufen und sich von jüdischen Ärzten behandeln zu lassen; jüdischen Geschäftsleuten wurde die Teilnahme an Märkten und Messen verboten; und auf dem Immobiliensektor wie auch in anderen Bereichen annullierte die Stadt alle ihre geschäftlichen Transaktionen mit Juden.

Für Juden wie für Deutsche war das grundlegende Kriterium, nach dem sich der Erfolg der antijüdischen Absonderungsmassnahmen einschätzen liess, der Umfang jüdischer ökonomischer Präsenz in Deutschland. Einige örtliche Vorkommnisse schienen gelegentlich auf unerwarteten Widerstand zu deuten. So brachte der Stuttgarter *NS-Kurier* am 2. Februar 1937 einen längeren Artikel über einen bestimmten Fall von «Erbärmlichkeit und Charakterlosigkeit». ²² Die Frau des Direktors eines städtischen Unternehmens (dessen Name ungenannt blieb) war gesehen worden, wie sie im jüdischen Kaufhaus Schocken Waschseife kaufte. Schlimmer noch, am 20. März desselben Jahres muss der *NS-Kurier* seine Leser heftig aufgebracht haben, als er berichtete, das in jüdischem Besitz befindliche Münchener Modehaus Rothschild habe im Marquardt-Hotel seine Kollektion vorgeführt, und «einige reiche und entsprechend gesinnungslose deutsche Frauen» hätten die jüdische Einladung zur Teilnahme an der Veranstaltung angenommen. ²³

Manchmal war für die örtlichen Parteiblätter Schweigen die sicherere Alternative. Keine Münchener Zeitung schrieb auch nur eine Zeile über den vierstündigen Besuch, den Göring 1936 in Begleitung seines Adjutanten Prinz Philipp von Hessen dem Teppich- und Gobelinladen Otto Bernheimers abgestattet hatte. Obwohl dieser als jüdisches Geschäft bekannt war, zahlte Göring 36'000 Reichsmark für zwei seltene Teppiche, die dann prompt an ihr hochgestelltes Ziel in Berlin gesandt wurden. Tatsächlich war Göring keine Ausnahme und die Damen der Stuttgarter Gesellschaft ebenso wenig. Gestapo-Berichte aus verschiedenen Teilen des

Reiches deuten darauf hin, dass Ende 1935 und im Jahre 1936 viele Deutsche immer noch nicht zögerten, mit Juden Geschäfte zu machen.

In den Städten waren die jährlichen Winterschlussverkäufe in jüdischen Geschäften grosse Ereignisse. So berichtete im Februar 1936 die Münchener Polizeidirektion, der Ausverkauf in dem in jüdischem Besitz befindlichen Textilhaus Sally Eichengrün habe «grosse Menschenmengen» angezogen. Zeitweilig standen bis zu dreihundert eifrige Kundinnen auf der Strasse vor dem Geschäft Schlange. Und verschiedene SD-Berichte lassen erkennen, dass selbst 1937 in mehreren Bereichen wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschen und Juden fortbestanden, wobei beispielsweise Mitglieder der Aristokratie, des Offizierskorps und der Grossbourgeoisie ihr Vermögen immer noch bei jüdischen Banken hielten.

Wieviel in dieser frühen Phase der Arisierung den Zehntausenden jüdischer Besitzer kleiner Betriebe – als durchschnittlicher Prozentsatz des tatsächlichen Wertes – gezahlt wurde, lässt sich schwer einschätzen. Die neuere Forschung lässt darauf schliessen, dass das beträchtliche Ausmass der Arisierung auf der Ebene mittlerer und kleiner Unternehmen keine Aussagen über die Situation in den höheren Rängen der Wirtschaft erlaubt: Hier war die Konkurrenz beschränkter, und die Einstellung zu Erpressung war immer noch negativ, weil die beteiligten Unternehmen international stärker exponiert waren. Daher beschlossen die Nazis, jeden direkten Konflikt zu vermeiden. So verblieben in Gesellschaften wie Mannesmann, IG Farben, Gesellschaft für elektrische Unternehmungen und dergleichen Dutzende von Juden in Aufsichtsräten und in anderen wichtigen geschäftsführenden Positionen. Die Dresdner Bank beispielsweise «hatte 1936 in Berlin immer noch 100 bis 150 jüdische Angestellte, und fünf Direktoren behielten ihre Posten bis in die Zeit von 1938 bis 1940».²⁴

Als die Arisierung auf der Ebene der Grossunternehmen dann tatsächlich stattfand, lassen Hinweise in einigen sehr bedeutenden Fällen darauf schliessen, dass den Besitzern bis Ende 1937 angemessene Preise geboten wurden; danach sollte sich die Situation drastisch ändern. Ein Teil des Motivs für diese scheinbare Zurückhaltung und Anständigkeit war offensichtlich Eigennutz: Da der wirtschaftliche Aufschwung weiterhin

ungewiss war, benutzten einige der grössten deutschen Firmen in dem Bestreben, eine zusätzliche Besteuerung ihrer neuen Profite zu vermeiden oder den Auswirkungen einer möglichen Abwertung zu entgehen, die kostspielige Aneignung bewährter, aber abschreibbarer Unternehmen dazu, ihre steuerbaren Gewinne zu korrigieren.

Im Allgemeinen verschlechterte sich jedoch die wirtschaftliche Gesamtsituation der Juden in Deutschland ständig. In Dörfern und Kleinstädten waren Schikanen oft der einfachste Weg, um Juden dazu zu zwingen, ihre Betriebe zu einem Bruchteil des Wertes zu verkaufen und fortzuziehen oder auszuwandern. In den grösseren Städten und für wichtigere Betriebe führten Kreditbeschränkungen und andere von arischen Firmen ersonnene Boykottmassnahmen zu demselben Ergebnis. Diejenigen Juden, die an ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit festhielten, wurden in zunehmendem Masse auf den rapide schrumpfenden jüdischen Markt beschränkt. Von ihren Beschäftigungen ausgeschlossen, wurden jüdische Fachleute zu Hausierern, die entweder Waren von zu Hause aus verkauften oder von Ort zu Ort reisten – eine Umkehrung der historischen Entwicklung jüdischer sozialer Mobilität.

Bald verflüchtigte sich der immer schwächere und problematischere Schutz vor der Radikalisierung der antijüdischen Massnahmen des Regimes, den die Konservativen geboten hatten. Nachdem Hitler konkrete Schritte unternommen hatte, um das Reich auf den Kurs einer grossen militärischen Konfrontation zu bringen, war das Schicksal der Konservativen besiegelt. Ende 1937 war Schacht kaltgestellt, an seine Stelle trat der Nationalsozialist Walther Funk. Anfang 1938 folgten dann weitere konservative Minister, darunter Aussenminister Neurath und Kriegsminister Blomberg. Zur gleichen Zeit musste der Oberbefehlshaber des Heeres, General Werner von Fritsch, wegen des fingierten Vorwurfs, er habe eine homosexuelle Beziehung unterhalten, unehrenhaft seinen Dienst quittieren. Hitler selbst wurde Oberster Befehlshaber der Streitkräfte, die von da an de facto von einem neuen Oberkommando der Wehrmacht (OKW) unter General Wilhelm Keitel geführt wurden.

In seiner Denkschrift zum Vierjahresplan verlangte Hitler die Verabschiedung eines Gesetzes, «das das gesamte Judentum haftbar macht für

alle Schäden, die durch einzelne Exemplare dieses Verbrechertums der deutschen Wirtschaft und damit dem deutschen Volke zugefügt werden».²⁵ Um die Juden für den Tod Gustloffs zu bestrafen (Gustloff war, wir erinnern uns, der NS-Vertreter in der Schweiz, der Anfang Februar 1936 von einem jüdischen Studenten ermordet worden war), sollte der Erlass über die kollektive Geldstrafe bis zum Abschluss des Prozesses gegen den Attentäter in der Schweiz fertiggestellt sein. Der Termin wurde nicht eingehalten, weil sich die Diskussionen zwischen dem Finanzministerium und dem Innenministerium über technische Einzelheiten bezüglich der Geldstrafe über das Jahr 1937 und das erste Halbjahr 1938 hinstreckten. Doch in Wirklichkeit resultierte die Verschiebung aus Görings Zögern wegen der potentiellen Auswirkungen eines derartigen Erlasses auf die Devisen- und Rohstoffsituation des Reiches.

Am 5. November 1937 rief Hitler ein grosses Aufgebot von Experten für militärische, wirtschaftliche und aussenpolitische Fragen zusammen, um sie von seinen strategischen Plänen für die kommenden vier oder fünf Jahre in Kenntnis zu setzen. In naher Zukunft beabsichtigte er, angesichts der eklatanten Entschlusslosigkeit der westlichen Demokratien gegen die Tschechoslowakei und gegen Österreich vorzugehen. Tatsächlich kam dann Österreich infolge einer unvorhergesehenen Folge von Umständen, die der Naziführer geschickt ausnutzte, als erstes an die Reihe.

Im deutsch-österreichischen Vertrag von 1936 hatte der österreichische Kanzler Kurt von Schuschnigg zugesagt, einige NS-Minister in sein Kabinett aufzunehmen. Da Schuschnigg in den Augen der Nationalsozialisten auf ihre Forderungen nicht weit genug einging und sich nicht schnell genug bewegte, beorderte ihn Hitler im Februar 1938 nach Berchtesgaden. Angesichts einer Drohung mit militärischen Massnahmen akzeptierte der österreichische Kanzler die Forderungen des deutschen Diktators. Als er jedoch wieder in Wien war, versuchte er, Hitler dadurch zu überlisten, dass er eine Volksabstimmung über die österreichische Unabhängigkeit ansetzte. Hitler reagierte, indem er den sofortigen Einmarsch in Österreich für den Fall androhte, dass die Volksabstimmung nicht abgesagt würde. Die weiteren Forderungen Berlins –

einschliesslich des Rücktritts von Schuschnigg und seiner Ersetzung durch den österreichischen Nationalsozialisten Arthur Seyss-Inquart – wurden alle angenommen. Dennoch stand Hitlers Kurs jetzt fest: Am 12. März 1938 überschritt die Wehrmacht die österreichische Grenze; am darauffolgenden Tag wurde Österreich vom Reich annektiert.

Am 15. März sprach Hitler vom Balkon der Hofburg zu Hunderttausenden von begeisterten Wienern, die sich auf dem Heldenplatz versammelt hatten. Seine Schlussworte waren kaum noch zu überbieten: «Als der Führer und Kanzler der deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche Reich.»²⁶

4.

Radikalisierung

März 1938 – November 1938

Am 4. Juni 1938 wurde dem 82jährigen Sigmund Freud die Abreise aus Wien gestattet, aus der Stadt, in der er seit seinem vierten Lebensjahr zu Hause gewesen war. Zweimal war seine Wohnung von der Gestapo durchsucht worden, und seine Tochter Anna hatte man zum Verhör vorgeladen. Schliesslich verlangten die Nazis, nachdem sie einen Teil seiner Habe beschlagnahmt und ihn mit der Reichsfluchtsteuer belegt hatten, seine Unterschrift unter eine Erklärung, dass er nicht misshandelt worden sei. Gehorsam unterzeichnete Freud und fügte hinzu: «Ich kann die Gestapo jedermann auf das Beste empfehlen.»¹

Als Ergebnis des Anschlusses waren den Nazis weitere 190'000 Juden in die Hände gefallen. Die Verfolgung in Österreich und insbesondere in Wien ging über die im Reich hinaus. Die öffentliche Demütigung war krasser und sadistischer, die Enteignung besser organisiert, die Zwangsemigration rascher. Die Österreicher – ihr Land war jetzt in Ostmark umbenannt und der Amtsgewalt von Gauleiter Josef Bürckel unterstellt worden, der den Titel Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich erhielt – dürsteten anscheinend mehr nach antijüdischen Aktionen als die Bürger des nunmehrigen Altreichs. Die Gewalttätigkeiten hatten bereits eingesetzt, bevor die Wehrmacht die Grenze überschritten hatte; trotz offizieller Bemühungen, ihre chaotischsten und pöbelhaftesten Aspekte einzudämmen, dauerten sie wochenlang an. Der Mob genoss die öffentlichen Schauspiele

der Erniedrigung; zahllose Gauner aus allen Schichten, die entweder Parteiuniformen trugen oder nur improvisierte Hakenkreuz-Armbinden angelegt hatten, griffen zu Drohungen und Erpressungen im grössten Ausmass: Geld, Juwelen, Möbel, Autos, Wohnungen und Betriebe wurden ihren verängstigten jüdischen Eigentümern entrisen.

In Österreich war die Judenfrage Anfang der dreissiger Jahre zu einem noch wirksameren Werkzeug rechter Demagogie geworden, als das in Deutschland in den letzten Jahren der Republik der Fall gewesen war. Als Anfang 1934 die NS-Kampagne gegen Engelbert Dollfuß ihren Höhepunkt erreichte, brachte sie immer wieder die Beherrschung des Kanzlers durch die Juden ins Spiel. Nach Dollfuß' Ermordung am 25. Juli und während der gesamten Amtszeit seines Nachfolgers Kurt von Schuschnigg, die mit dem deutschen Einmarsch im März 1938 endete, verstärkte sich die Agitation. Fürst Ernst Rüdiger Starhemberg, der ultrakonservative Kommandeur der Heimwehr und Leiter der Vaterländischen Front, schrieb später in seinen Nachkriegsmemoiren: «Das gefährlichste Einbruchstor aber in die österreichische Abwehrfront [gegen den Nationalsozialismus] lieferte der Antisemitismus. ... Überall schon witterte man jüdische Einflüsse und, obwohl in der ganzen Vaterländischen Front nicht ein einziger Jude einen führenden Posten innehatte, erzählten sich ... die Wiener Bürger ... von der Verjudung dieser Organisation und dass die Nazis doch recht hätten und dass man in Österreich auch mit den Juden Ordnung machen müsse.»²

Die antijüdischen Gewaltakte nach dem Anschluss nahmen rasch derartige Ausmasse an, dass Heydrich am 17. März Bürckel davon unterrichtete, er werde der Gestapo den Befehl geben, diejenigen Nationalsozialisten zu verhaften, die «in den letzten Tagen in grossem Umfange in völlig undisziplinierter Weise sich Übergriffe [gegen Juden] erlaubt» hätten.³ In dem allgemeinen Chaos hatten solche Drohungen keine unmittelbare Wirkung, und die Tatsache, dass die Gewalttätigkeit offiziell den Kommunisten in die Schuhe geschoben wurde, änderte an der Situation ebenso wenig. Erst am 29. April, als Bürckel verkündete, die Führer von SA-Einheiten, deren Männer sich an den Ausschreitungen beteilig-

ten, würden degradiert und könnten aus der SA und der Partei ausgeschlossen werden, liess die Gewalttätigkeit allmählich nach.

Währenddessen nahm der offizielle Anteil an der Übernahme jüdischen Eigentums rasch zu. Am 28. März hatte Göring den Befehl erteilt, «in aller Ruhe Massnahmen zur sachgemässen Umleitung der jüdischen Wirtschaft [in Österreich] zu treffen».⁴ Mitte Mai war eine Vermögensverkehrsstelle mit fast 500 Angestellten eingerichtet worden, die aktiv die Arisierung der jüdischen Vermögenswerte betrieb. Innerhalb von wenigen Monaten wurden allein in Wien 83 Prozent des Handwerks, 26 Prozent der Industrie, 82 Prozent der Dienstleistungsbetriebe und 50 Prozent der Einzelhandelsgeschäfte, die Juden gehörten, übernommen; von den 86 Banken in jüdischem Besitz, die es in der österreichischen Hauptstadt gab, blieben nach diesem ersten Schlag nur acht übrig.

Der gesamte Arisierungsprozess entwickelte sich mit ausserordentlicher Geschwindigkeit weiter. Mitte August 1939 konnte Walter Rafelsberger, der Leiter der Vermögensverkehrsstelle, Himmler verkünden, dass «die gestellte Aufgabe der Entjudung der Wirtschaft in der Ostmark in der Frist von nicht ganz 1½ Jahren praktisch gelöst wurde».⁵ Aus Wien waren alle Betriebe in jüdischem Besitz verschwunden. Gleichzeitig fing man an, im ganzen Land, insbesondere in Wien, jüdische Wohnungen zu beschlagnahmen. Ende 1938 waren von einer Gesamtzahl von etwa 70'000 Wohnungen, die Juden gehörten, etwa 44'000 arisiert worden. Nach Kriegsbeginn betrug die Belegungsdichte in den noch verbliebenen jüdischen Wohnungen etwa fünf bis sechs Familien pro Wohnung. Oft gab es weder sanitäre Einrichtungen noch Kochgelegenheiten, und in jedem Gebäude stand nur ein einziges Telefon zur Verfügung.

Herbert Hagen, der Leiter des Judenreferats des SD, traf am 12. März mit den ersten Einheiten der Wehrmacht in Wien ein; wenige Tage später stiess Adolf Eichmann, der gerade zum SS-Untersturmführer befördert worden war, zu ihm. Auf der Basis von Listen, die der SD erstellt hatte, wurden Angestellte jüdischer Organisationen verhaftet und Dokumente beschlagnahmt. Nach diesem ersten Schlag kam es zu einer gewissen «Normalisierung», was⁴ die Umsetzung weitreichenderer Pläne ermöglichte.

Bald nachdem Eichmann zum Berater für Judenfragen beim Inspektor der Sicherheitspolizei und des SD, Franz Stahlecker, ernannt worden war, richtete er in Wien eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung ein. Die Idee hierzu kam anscheinend von dem neuen Vorsteher der jüdischen Gemeinde Josef Löwenherz. Die Gemeindedienste, die den Auswanderungswilligen beistanden, waren von den Zehntausenden von Anträgen auf Ausreisegenehmigungen überrollt worden; ein Mangel an Koordination bei den verschiedenen deutschen Behörden, die an dem Auswanderungsprozess beteiligt waren, machte die Beschaffung dieser Dokumente zu einer zermürbenden Tortur. Löwenherz wandte sich an Eichmann, der den Vorschlag an Bürckel weiterleitete. Berlin gab seine Zustimmung, und am 20. August 1938 wurde unter der formellen Verantwortung Stahleckers und der faktischen Verantwortung von Eichmann selbst die Zentralstelle gegründet. Die Prozedur arbeitete nach Angaben von Eichmann nach der Fließbandmethode: «Vorne kommen das erste Dokument drauf und die anderen Papiere, und rückwärts müsste dann der Reisepass abfallen.»⁶ Noch ein weiteres Prinzip wurde verwirklicht: Durch Abgaben, die man den reicheren Mitgliedern der jüdischen Gemeinschaft auferlegte, wurden die Summen konfisziert, die erforderlich waren, um die Auswanderung der ärmeren Juden zu finanzieren.

Neben der Beschleunigung der legalen Auswanderung mit allen verfügbaren Mitteln begannen die neuen Herren Österreichs, Juden über die Grenzen, vor allem in die Tschechoslowakei, nach Ungarn und in die Schweiz, abzuschieben. Was bis zum März 1938 eine sporadische NS-Initiative in einigen Einzelfällen gewesen war, wurde nach dem Anschluss zur systematischen Politik. Nach Angaben von Göring und Heydrich schob man in der Zeit von März bis November 1938 etwa 5'000 österreichische Juden auf diesem Wege ab. Und eine noch schärfere Kontrolle wurde über diejenigen Juden ausgeübt, die das Land nicht verlassen hatten. Irgendwann im Oktober 1938 gab Himmler den Befehl, alle Juden aus den österreichischen Provinzen in Wien zu konzentrieren. Innerhalb von sechs Monaten nach dem Anschluss waren 45'000 österreichische Juden ausgewandert, und im Mai 1939 hatten ungefähr 100'000 oder mehr als 50 Prozent das Land verlassen.

Eine weitere Idee – die nicht unmittelbar mit antijüdischen Massnahmen zusammenhing, aber in naher Zukunft tödliche Wirkungen haben sollte – wurde ebenfalls rasch in die Tat umgesetzt. Einige Tage nach dem Anschluss, im März 1938, unternahm Himmler in Begleitung von Oswald Pohl, dem Chef des Verwaltungsamtes im SS-Hauptamt, einen Besuch in Mauthausen, einer Kleinstadt am Nordufer der Donau, nur etwas mehr als 20 Kilometer stromabwärts von Linz, in deren Nähe bedeutende Granitgruben liegen. Die Absicht war klar: Der Abbau des Granits würde einem von der SS betriebenen Unternehmen, den Deutschen Erd- und Steinwerken (DEST), die im April gegründet werden sollten, erhebliche finanzielle Gewinne bringen; ein Konzentrationslager auf dem Gelände würde die notwendigen Arbeitskräfte liefern. Die ersten 300 Insassen, österreichische und deutsche Kriminelle aus Dachau, trafen am 8. August 1938 ein. Im September 1939 hatte Mauthausen dann 2'995 Häftlinge, darunter 958 Kriminelle, 1'087 Sinti und Roma und 739 deutsche politische Gefangene. «Der erste jüdische Häftling war ein Wiener, den man als Homosexuellen verhaftet hatte; er wurde im September 1939 in Mauthausen registriert, und im März 1940 wurde verzeichnet, dass er gestorben sei. Im Laufe des Jahres 1940 trafen weitere 90 Juden ein; bis auf zehn wurden sie alle bis Jahresende als tot aufgeführt.»⁷

Nach Ansicht der Historiker Götz Aly und Susanne Heim war Österreich das Gebiet, in dem die Nationalsozialisten ihre «rationalen», wirtschaftlich motivierten antijüdischen Massnahmen einführten, die von da an zu einem Teil ihrer Initiativen in diesem Bereich wurden, von dem in Wien etablierten «Modell» bis hin zur «Endlösung». Dieser Auffassung zufolge war das Modell Wien im Wesentlichen durch eine drastische Umstrukturierung der Wirtschaft als Ergebnis der Liquidierung praktisch aller unproduktiven jüdischen Betriebe auf der Basis einer gründlichen Taxierung ihrer Rentabilität charakterisiert, die das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit vornahm; weiterhin durch eine systematische Anstrengung, das neugeschaffene jüdische Proletariat auf dem Wege beschleunigter Emigration loszuwerden, wobei reiche Juden zum Auswanderungsfonds für den mittellosen Teil der jüdischen Bevölkerung beitrugen; und schliesslich durch die Einrichtung von Arbeitslagern, in denen

der Unterhalt der Juden auf minimalem Niveau gehalten und durch die Arbeit der Häftlinge selbst finanziert werden sollte.

Im Wesentlichen liessen sich diejenigen, die im annektierten Österreich für die Judenfrage zuständig waren, angeblich von ökonomischer Logik und nicht von irgendwelcher nationalsozialistischen antisemitischen Ideologie leiten. Dieses Argument wird scheinbar dadurch gestützt, dass nicht nur der gesamte Arisierungsprozess in Österreich von Görings Vierjahresplan-Administration und ihren Technokraten organisiert wurde, sondern dass dieselben Technokraten auch die Lösung des Problems der verarmten jüdischen Massen durch Zwangsarbeits-Konzentrationslager planten, die anscheinend frühe Modelle der künftigen Ghettos und schliesslich der künftigen Vernichtungslager darstellten. Tatsächlich hatte jedoch die Liquidierung des jüdischen Wirtschaftslebens im Dritten Reich, wie wir sahen, in beschleunigtem Tempo 1936 begonnen, und Ende 1937, mit der Beseitigung allen konservativen Einflusses, war die Kampagne der Zwangsarisierung zur Hauptstossrichtung der antijüdischen Massnahmen geworden, vor allem um die Juden zur Auswanderung zu zwingen. So war also das, was in Österreich nach dem Anschluss geschah, einfach der besser organisierte Teil einer generellen Politik, die im gesamten Reich angewendet wurde. Die Verknüpfung von wirtschaftlicher Enteignung und Vertreibung der Juden aus Deutschland und aus den unter deutscher Kontrolle stehenden Gebieten charakterisierte auch weiterhin *dieses Stadium* der NS-Politik bis zum Ausbruch des Krieges.

Nach dem Anschluss entwickelte sich das jüdische Flüchtlingsproblem zu einer wichtigen internationalen Frage. Durch die Einberufung einer Konferenz von 32 Ländern, die vom 6. bis 14. Juli 1938 im französischen Badeort Evian stattfand, demonstrierte Präsident Roosevelt öffentlich seine Hoffnung, für sie eine Lösung zu finden. Roosevelts Initiative war überraschend, denn «er entschloss sich zum Eingreifen in eine Situation, in der er praktisch machtlos war, da ihm ja durch ein äusserst restriktives Einwanderungsgesetz die Hände gebunden waren».⁸ Tatsächlich stand das Ergebnis von Evian fest, bevor die Konferenz überhaupt begonnen

hatte: In der Einladung zu diesem Treffen hatte es ganz unmissverständlich geheissen, es werde «von keinem Land erwartet werden, eine grössere Zahl von Emigranten aufzunehmen, als es seine bestehende Gesetzgebung gestatte».⁹

Die Konferenz und ihr Hauptthema, das Schicksal der Juden, fanden in der Weltpresse ein breites und vielfältiges Echo. «Es kann kaum Aussicht bestehen», schrieb der Londoner *Daily Telegraph* am 7. Juli, «dass in irgendwie absehbarer Zeit Platz gefunden werden wird.»¹⁰ Die *Gazette de Lausanne* vom 11. Juli meinte: «Manche Leute glauben, dass sie [die Juden] eine zu starke Position für eine derart kleine Minderheit besitzen. Daher der Widerstand gegen sie, der sich an einigen Orten in eine allgemeine Attacke verwandelt hat.» «Sagte man nicht vor dem Ersten Weltkrieg, dass ein Zehntel des Goldes der Welt den Juden gehörte?» fragte am 7. Juli die *Libre Belgique*.¹¹

Nicht alle Blätter waren so feindselig. «Es ist ein Ärgernis speziell für das christliche Gewissen», schrieb am 29. Juli der Londoner *Spectator*, «dass die moderne Welt mit all ihren unermesslichen Reichtümern und Ressourcen diesen Verbannten keine Heimat und Essen und Trinken und einen gesicherten Status verschaffen kann.»¹² Georges Bidault, der dann nach dem Kriege französischer Ministerpräsident und Aussenminister war, schrieb am 7. Juli in der linkskatholischen Zeitung *L'Aube*: «Eines ist klar: die aufgeklärten Nationen dürfen nicht zulassen, dass die Flüchtlinge zur Verzweiflung getrieben werden.»¹³ Die französische Zeitung *La Croix*, die den Mainstream-Katholizismus repräsentierte, mahnte zu Mitgefühl: «Angesichts des Leidens von Menschen», argumentierte sie am 14. Juli, «ist es für uns unmöglich, abseits zu stehen.... Wir können nicht an einer Lösung der Judenfrage durch ihre Auslöschung, durch die vollständige Vernichtung eines ganzen Volkes mitwirken.»¹⁴ Doch in Evian öffneten sich keine Türen, und den Flüchtlingen wurde keine Hoffnung geboten. Unter dem Vorsitz des Amerikaners George Rublee wurde ein Zwischenstaatliches Komitee für Flüchtlinge gegründet. Es erreichte letztlich nichts.

Der Sarkasmus der Nationalsozialisten hatte seinen grossen Tag. Für den SD wurde auf der Evian-Konferenz «aller Welt vor Augen geführt, dass das Judenproblem keineswegs nur eine von Deutschland provozier-

te Streitfrage, sondern dass es ein Problem von aktuellster weltpolitischer Bedeutung ist. Trotz der übereinstimmenden Ablehnung der Behandlung der Judenfrage in Deutschland durch die Evian-Staaten hat sich mit Ausnahme von Amerika [sic] grundsätzlich kein Land bereit erklärt, bedingungslos eine beliebige Anzahl von Juden aufzunehmen. Bemerkenswert war, dass der australische Vertreter sogar von einer Gefährdung der eigenen Rasse durch die jüdische Einwanderung sprach.»¹⁵ Zwischen der deutschen Einschätzung und der sarkastischen Zusammenfassung von Evian, die der dortige *Newsweek*-Korrespondent gab, bestand kein grundlegender Unterschied: «Der Vorsitzende Myron C. Taylor, früher Leiter der U. S. Steel, eröffnete die Verhandlungen: ‚Die Zeit ist gekommen, da die Regierungen ... handeln müssen, und zwar sofort.‘ Die meisten Regierungen, die dort vertreten waren, handelten sofort, indem sie den jüdischen Flüchtlingen die Tür vor der Nase zuschlugen.»¹⁶ Der *Völkische Beobachter* brachte die triumphierende Schlagzeile: «Niemand will sie.»¹⁶

Auch für Hitler war das eine Gelegenheit, die er sich nicht entgehen lassen konnte. Er entschied sich, seine Kommentare in seine Schlussrede auf dem Parteitag am 12. September 1938 einzufügen. Deren Hauptthema, die Sudetenkrise, fesselte die Aufmerksamkeit der Welt. Zu keinem Zeitpunkt seit 1918 hatte man so nachhaltig das Gefühl einer akuten Kriegsgefahr gehabt, aber die Juden konnten nicht unerwähnt bleiben: «Man beklagt in diesen Demokratien die unermessliche Grausamkeit, mit der sich Deutschland – und jetzt auch Italien – der jüdischen Elemente zu entledigen versuchen. Alle diese grossen demokratischen Reiche haben insgesamt nur ein paar Menschen auf dem Quadratkilometer. In Italien und Deutschland sind es je über 140. Trotzdem hat Deutschland einst jahrzehntelang, ohne mit einer Wimper zu zucken, Hunderttausende um Hunderttausende dieser Juden aufgenommen. Jetzt aber, da ... die Nation nicht mehr gewillt ist, sich noch länger von diesen Parasiten aussaugen zu lassen, jammert man darüber. Aber nicht, um nun endlich in diesen demokratischen Ländern die heuchlerische Frage durch eine hilfreiche Tat zu ersetzen, sondern im Gegenteil, um eiskalt zu versichern, dass dort selbstverständlich kein Platz sei! Sie erwarten also, dass Deutschland mit 140 Menschen auf dem Quadratkilometer ohne Weite-

res das Judentum weiter erhalten könne, aber die demokratischen Weltreiche mit nur ein paar Menschen auf dem Quadratkilometer eine solche Belastung unter keinen Umständen auf sich nehmen könnten. Hilfe also keine. Aber Moral!»¹⁸

Das Debakel von Evian gewinnt seine volle Bedeutung aus seinem größeren Zusammenhang. Die zunehmende Stärke des Dritten Reiches nötigte einige der Länder, die sich Hitlers allgemeiner Politik angeschlossen hatten, Schritte zu unternehmen, die, ob von Deutschland verlangt oder nicht, als Demonstrationen politischer und ideologischer Solidarität mit dem Reich gedacht waren. Die berüchtigtste derartige Initiative waren die italienischen Rassengesetze, die am 6. Oktober 1938 vom faschistischen Grossrat gebilligt wurden und am 17. November in Kraft traten.

In Italien zählte die jüdische Gemeinschaft nicht mehr als 35'000 bis 40'000 Menschen und war vollständig in die allgemeine Gesellschaft integriert. Mit dem Nachlassen des kirchlichen Einflusses war Antisemitismus selten geworden, und selbst in der Armee – und in der faschistischen Partei – gab es prominente Juden. Schliesslich hatte Mussolini selbst in der Vergangenheit keinen Respekt für die nazistische Rassenideologie zum Ausdruck gebracht. Die neuen antijüdischen Gesetze, die nach Nürnberger Muster konstruiert waren, riefen in Italien unter den Juden und auch unter vielen Nichtjuden weitverbreitete Bestürzung hervor.

Den Oktobergesetzen vorausgegangen war Mitte Juli das Rassische Manifest, eine Erklärung, die Mussolinis Gebräu von völkischem Antisemitismus darlegte und als theoretische Grundlegung der bevorstehenden Gesetzgebung gedacht war. Hitler konnte nicht umhin, soviel guten Willen huldvoll anzuerkennen. Er tat dies in gebührender Weise am 6. September, in seiner ersten Rede auf dem Nürnberger Parteitag: «Ich darf es hier, glaube ich, ... bekunden, wie tief innerlich glücklich wir sind angesichts der Tatsache, dass eine weitere grosse europäische Weltmacht aus eigenen Erfahrungen, aus eigenem Entschluss und auf eigenen Wegen die gleiche Auffassung vertritt und mit bewunderungswürdiger Entschlossenheit die weitgehendsten Konsequenzen gezogen hat.»¹⁹ Die ersten beiden antijüdischen Gesetze, die man 1938 in Ungarn einführte,

wurden mit weniger Fanfarenstössen begrüsst als die Entscheidung Mussolinis, aber sie verwiesen auf dieselbe Grundtatsache: Der Schatten von Hitlers antijüdischer Politik wurde immer länger und fiel über immer grössere Teile Europas.

Während die Juden in einer wachsenden Zahl europäischer Länder zur Zielscheibe gesetzlicher Diskriminierung wurden und während internationale Bemühungen um eine Lösung des Problems der jüdischen Flüchtlinge scheiterten, wurde unter völliger Geheimhaltung ein ungewöhnlicher Schritt unternommen. Im Frühsommer 1938 forderte Papst Pius XI., der sich im Laufe der Jahre zu einem immer standhafteren Kritiker des NS-Regimes entwickelt hatte, den amerikanischen Jesuiten John LaFarge auf, den Text für eine Enzyklika gegen den Rassismus und insbesondere den Antisemitismus der Nazis zu entwerfen. Auf LaFarge war die Wahl wahrscheinlich wegen seiner fortwährenden antirassistischen Aktivitäten in den Vereinigten Staaten gefallen und wegen seines Buches *Interracial Justice*, das Pius XI. gelesen hatte.

Im Herbst 1938 schloss LaFarge den Entwurf von *Humani generis unitas* (Die Einheit des Menschengeschlechts) ab und übergab ihn dem General des Jesuitenordens in Rom, dem Polen Wladimir Ledóchowski, der ihn dem Papst unterbreiten sollte. In der Zwischenzeit hatte Pius XI. erneut bei verschiedenen anderen Anlässen den Rassismus kritisiert. Am 6. September 1938 ging er in einem privaten Gespräch mit einer Gruppe belgischer Pilger noch weiter. Mit grosser Bewegung, anscheinend unter Tränen, erklärte der Papst, nachdem er über das Opfer Abrahams gesprochen hatte: «Nein, es ist den Christen nicht möglich, am Antisemitismus teilzunehmen. Wir erkennen jedem das Recht zu, sich zu verteidigen und die geeigneten Mittel zu gebrauchen, um sich gegen alles, was die eigenen legitimen Interessen untergräbt, zu schützen. Der Antisemitismus ist nicht vertretbar. Wir sind im geistlichen Sinne Semiten.»²⁰ In dieser Erklärung, die der Papst in privatem Kreis abgab und die daher in der Presse keine Erwähnung fand, hielt sich seine Verdammung des Antisemitismus in theologischem Rahmen: Er kritisierte nicht die fortwährende Verfolgung der Juden, und er machte auch eine Äusserung über das Recht auf Selbstverteidigung (gegen übermässigen jüdischen Einfluss).

Dennoch war seine Aussage klar: Christen konnten den Antisemitismus der Nazis (oder auch den, der sich genau um diese Zeit in Italien herausbildete) nicht dulden.

Die Botschaft der Enzyklika war ähnlich: eine Verdammung des Rassismus im Allgemeinen und die Verdammung des Antisemitismus aus theologischen Gründen, vom Standpunkt der christlichen Offenbarung und den Lehren der Kirche über die Juden. Selbst in dieser Form wäre die Enzyklika die erste feierliche Verurteilung der antisemitischen Einstellungen, Lehren und Verfolgungen in Deutschland, im faschistischen Italien und in der gesamten christlichen Welt durch die höchste katholische Autorität gewesen.

Ledóchowski jedoch, der vor allem ein fanatischer Antikommunist war und der überdies hoffte, dass ein politisches Arrangement mit Nazi-Deutschland möglich bleiben werde, verschleppte die Angelegenheit. Er sandte den Entwurf von *Humani generis unitas* zur zusätzlichen Kommentierung an den Herausgeber des bekanntermassen antisemitischen Organs der römischen Jesuiten, *Civiltà Cattolica*. Erst wenige Tage vor seinem Tode erhielt Pius XI. den Text. Am 9. Februar 1939 starb der Papst. Sein Nachfolger Pius XII. traf wahrscheinlich die Entscheidung, *Humani generis unitas* zu den Akten zu legen.

Selbst 1938 existierten in Deutschland immer noch kleine Inseln rein symbolischen Widerstands gegen die antijüdischen Massnahmen. Vier Jahre zuvor hatte das Reichserziehungsministerium dem Deutschen Verein für Kunstwissenschaft befohlen, seine jüdischen Mitglieder auszuschliessen. Der Verein fügte sich nicht, sondern bildete lediglich seinen Vorstand um. 1935 wiederholte Erziehungsminister Rust seine Forderung, anscheinend erneut ohne Erfolg. Im März 1938 schickte Staatssekretär Werner Zschintsch seinem Chef eine Erinnerung: Alle Gelder für den Verein sollten gestrichen werden, und wenn der Befehl nicht befolgt würde, wäre es ihm nicht mehr gestattet, sich als «deutsch» zu bezeichnen. Wir wissen nicht, was der Verein daraufhin beschloss; jedenfalls wurden seine jüdischen Mitglieder nach dem Pogrom vom November 1938 mit Sicherheit nicht mehr gehalten.

Es gab noch einige weitere – ebenso unerwartete – Zeichen von Unabhängigkeit. Etwas Derartiges sollte sich bei den Salzburger Festspielen des Jahres 1938 ereignen. Nach dem Anschluss sagte Arturo Toscanini, der sich 1933 geweigert hatte, in Bayreuth zu dirigieren, auch in Salzburg ab. An seine Stelle trat Wilhelm Furtwängler. Während seiner gesamten Karriere in NS-Deutschland erwies sich Furtwängler als ein politischer Opportunist, der Anwandlungen von Mut hatte. In Salzburg war er bereit, Wagners *Meistersinger* zu dirigieren, sofern der Jude Walter Grossmann als zweite Besetzung in der Rolle des Hans Sachs beibehalten würde. Wie es sich fügte, erkrankte am Abend der Eröffnung Karl Kammann, der programmgemässe Hans Sachs, und es sang Walter Grossmann: «Eine glitzernde Menge, angeführt von Joseph Goebbels und seinem Gefolge, sass in pflichtschuldiger Begeisterung die Lieblingsoper des Führers ab, während Grossmann Nürnbergs deutschesten Helden zum Leben erweckte.»²¹ Doch weder die Aktivitäten des Kunsthistorikerverbandes noch der Auftritt Walter Grossmanns konnten die immer stärker anschwellende Flut – und den Druck – der antijüdischen Propaganda der Nationalsozialisten eindämmen.

«Der ewige Jude», die umfangreichste antijüdische Ausstellung der Vorkriegsjahre, wurde am 8. November 1937 im Deutschen Museum in München eröffnet. Streicher und Goebbels hielten Reden. Am selben Abend organisierte der Direktor der Bayerischen Staatstheater im Residenztheater eine kulturelle Veranstaltung, die nach Angaben der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* die «wesentlichsten Themen» der Ausstellung zum Ausdruck brachte. Der erste Teil des Programms bot eine für die Bühne bearbeitete Wiedergabe von Auszügen aus Luthers berühmtem Pamphlet *Wider die Juden und ihre Lügen*, der zweite Teil präsentierte Lesungen aus anderen antijüdischen Texten und der dritte die Shylock-Szenen aus Shakespeares *Kaufmann von Venedig*.

Eine Ausstellung wie «Der ewige Jude» war nur der extremste Ausdruck der ständigen Bemühung, alle Arten von belastendem Material über die Juden zusammenzutragen. In den ersten Jahren des Regimes stiess man auf verschiedene Formen dieser Bemühung. Nun, am Ende des Jahres 1937 und im Verlauf des ganzen Jahres 1938, ging die Suche mit erneuertem Erfindungsreichtum weiter.

Das gesammelte Material war in der Tat derart umfangreich, dass der Justizminister am 24. Februar 1938 alle Staatsanwälte informierte, es sei nicht mehr erforderlich, an die Pressestelle des Ministeriums eine Kopie jeder Anklage gegen einen Juden zu schicken, da sie bereits einen ausreichenden Überblick über die Kriminalität der Juden erlangt habe.

Anfang 1938 mussten alle deutschen Juden ihre Pässe abgeben (neue wurden nur für diejenigen Juden ausgestellt, die im Begriff waren auszuwandern). Im Juli 1938 verfügte das Innenministerium, dass bis Ende des Jahres alle Juden bei der Polizei einen Personalausweis beantragen mussten, den sie immer bei sich zu tragen und auf Verlangen vorzuzeigen hatten. Im August verkündete eine weitere Verfügung, die von Hans Globke abgefasst war, dass vom 1. Januar 1939 an Juden, die keinen der auf einer als Anlage beigefügten Liste verzeichneten Vornamen trugen, ihrem Namen den Vornamen Israel oder Sara hinzuzufügen hatten. Die beigefügte Liste männlicher Vornamen begann mit Abel, Abieser, Abimelech, Abner, Absalom, Ahab, Ahasja, Ahaser und so fort; die Liste der weiblichen Vornamen gehörte in dieselbe Kategorie.

Die antijüdische Wirtschaftskampagne begann in den ersten Monaten des Jahres 1938 mit Hochdruck; während des ganzen Jahres wurden ständig neue Gesetze und Verordnungen erlassen, die jede noch verbliebene wirtschaftliche Existenz von Juden in Deutschland zunichte machten. Zu Beginn des Jahres lebten im Altreich immer noch 360'000 Juden, die meisten von ihnen in mehreren grossen Städten, vor allem in Berlin. Jüdische Vermögen, die 1933 auf zehn bis zwölf Milliarden Reichsmark geschätzt worden waren, waren im Frühjahr 1938 auf die Hälfte dieser Summe zusammengeschmolzen, was erkennen lässt, dass die Arisierung ein schrittweise ablaufender Prozess war, der zu den Massnahmen führte, die dann während des Jahres 1938 über die Juden in Deutschland kommen sollten.

Am 26. April wies man alle Juden an, ihr Vermögen anzumelden. Am 14. Juni wurde das Problem, vor dem das Boykottkomitee am 1. April 1933 kapituliert hatte, gelöst. Nach der Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz galt ein Gewerbebetrieb als jüdisch, wenn der Inhaber oder eine der zur gesetzlichen Vertretung berufenen Personen jüdisch waren

oder wenn am 1. Januar 1938 ein Mitglied des Vorstands oder Aufsichtsrats Jude war. Des weiteren galten solche Betriebe als jüdisch, in denen Juden über mehr als ein Viertel des Kapitals oder mehr als die Hälfte der Stimmen geboten oder die «tatsächlich unter dem beherrschenden Einfluss von Juden» standen. Die Zweigniederlassungen jüdischer Betriebe galten als jüdisch, wenn ihr Leiter Jude war.²²

Am 6. Juli 1938 stellte ein Gesetz eine detaillierte Liste von gewerblichen Dienstleistungen auf, die Juden künftig untersagt waren, darunter Kreditinformation, Immobilienmaklerei und dergleichen. Am 25. Juli machte die Vierte Verordnung zum Reichsbürgergesetz der medizinischen Praxis von Juden in Deutschland ein Ende: Zum 30. September 1938 wurden die Zulassungen jüdischer Ärzte aufgehoben. Die letzte Zeile der Verordnung war ganz im Geiste des neuen Deutschland gehalten: «Diejenigen, die Genehmigung [zur medizinischen Behandlungen jüdischer Patienten] erhalten, dürfen nicht die Bezeichnung ‚Arzt‘, sondern nur die Bezeichnung ‚Krankenbehandler‘ führen.»²³ Übrigens wurde die Verordnung in Bayreuth unterzeichnet und verkündet: Hitler nahm an den Festspielen teil.

Am 27. September 1938, am Vorabend der Münchener Konferenz, unterzeichnete Hitler die Fünfte Verordnung, die Juden die Ausübung des Anwaltsberufs untersagte. Wegen der internationalen Spannungen wurde die Verordnung nicht sofort veröffentlicht. Schliesslich, am 13. Oktober, gestattete er, die Verkündung am darauffolgenden Tag vorzunehmen.

Der letzte Schlag, der das gesamte jüdische Wirtschaftsleben in Deutschland zerstörte, kam am 12. November, als Göring unmittelbar nach dem Kristallnacht-Pogrom ein Verbot sämtlicher jüdischen Geschäftstätigkeit im Reich erliess. Inzwischen waren jedoch nationalsozialistische Ärzte und Rechtsanwälte immer noch nicht damit zufrieden, dass sie die Juden endgültig aus ihren Berufen vertrieben hatten. Wie in der Welt der von den Nazis ergriffenen antijüdischen Massnahmen üblich, musste die konkrete Vernichtung auch einen symbolischen Ausdruck finden. Am 3. Oktober 1938 hatte die Reichsärztekammer vom Erziehungsminister gefordert, jüdische Ärzte, denen das Praktizieren

jetzt verboten war, sollten noch einen weiteren Verlust erleiden: «Ich darf deshalb bitten», schloss Reichsärztführer Wagner seinen Brief an Rust, «diesen Juden baldmöglichst den Doktor-Titel zu entziehen.»²⁴ Der Erziehungsminister und der Justizminister berieten über die Angelegenheit: Ihr gemeinsamer Vorschlag an das Innenministerium lautete, es solle nicht nur in der Medizin und der Rechtswissenschaft der Dokortitel entzogen werden, sondern vielmehr die Abfassung eines Gesetzes erwogen werden, mit dem Juden sämtliche Titel, akademische Grade und ähnliche Auszeichnungen entzogen würden. Nach dem Pogrom vom 9. und 10. November wurde die Angelegenheit vertagt.

Die Atmosphäre, die in deutschen Geschäftskreisen herrschte, als die Zwangsarisierung – oder genauer, die Konfiszierung allen jüdischen Eigentums – ihren Fortgang nahm, kommt in einem Brief eines Münchener Geschäftsmanns zum Ausdruck, der von den Behörden aufgefordert worden war, bei den Arisierungstransaktionen als Berater tätig zu werden. Der Verfasser des Briefes beschrieb sich als Nationalsozialisten, als Mitglied der SA und Bewunderer Hitlers. Dann fügte er hinzu: «[Ich war] von den brutalen Massnahmen und ... dieser Art von Erpressungen an den Juden derart angeekelt, dass ich von nun ab jede Tätigkeit bei Arisierungen ablehne, obwohl mir dabei ein guter Verdienst entgeht. ... Als alter rechtschaffener ehrlicher Kaufmann [kann] ich nicht mehr zusehen, in welch schamloser Weise von vielen arischen Geschäftsleuten, Unternehmern etc. versucht wird, ... die jüdischen Geschäfte, Fabriken etc. möglichst wohlfeil und um einen Schundpreis zu erraffen. Die Leute kommen mir vor wie die Aasgeier, die sich mit triefenden Augen und heraushängenden Zungen auf den jüdischen Kadaver stürzen.»²⁵

Die Welle der Zwangsarisierung riss das relativ gemässigte Verhalten mit fort, an dem die grossen Unternehmen, wie wir sahen, bis dahin festgehalten hatten. Die neuen ökonomischen Anreize, der Druck von Seiten der Partei und das Fehlen jeglicher konservativer Gegenkräfte in den Ministerien machten dem Unterschied zwischen gemeinem Raffen und gutem Benehmen auf höherer Ebene ein Ende.

Die Nationalsozialisten waren sich über das von der beschleunigten Arisierung verschärfte Dilemma völlig im Klaren: Die rasche Verarmung

der jüdischen Bevölkerung und die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Auswanderung schufen ein neues jüdisches soziales und wirtschaftliches Problem von gewaltigen Ausmassen. Anfangs hatten Männer wie Frick noch sehr traditionelle Auffassungen davon, was sich machen liess. Nach einem Bericht vom 14. Juni 1938 mit dem Titel «Juden in der Wirtschaft» hatte Frick bei einem im April desselben Jahres veranstalteten Meinungs austausch seine Ansichten offenbar folgendermassen zusammengefasst: «Soweit die Juden in Deutschland von dem Erlös ihrer Betriebs- und sonstigen Vermögenswerte leben können, bedürften sie einer strengen staatlichen Aufsicht. Soweit sie hilfsbedürftig werden, muss die Frage ihrer öffentlichen Unterstützung gelöst werden. Eine stärkere Inanspruchnahme der Fürsorgeverbände wird nicht zu vermeiden sein.»²⁶

Im Frühherbst 1938 wurde eine weitere Massnahme, bei der es diesmal um lokal geplante wirtschaftliche Erpressung ging, in Berlin in die Wege geleitet. Eine der grössten Gesellschaften mit preiswerten Wohnungen, die Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft (GSW) Berlin, ordnete die Registrierung aller ihrer jüdischen Mieter an und hob in den meisten Fällen deren Verträge auf. Einige der jüdischen Mieter gingen, andere dagegen verklagten die GSW. Das Amtsgericht Charlottenburg stützte nicht nur die Wohnungsgesellschaft, es erklärte, ähnliche Massnahmen liessen sich allgemeiner anwenden. Wahrscheinlich wäre das Gericht ohne Druck von aussen zu derselben Entscheidung gelangt, aber es traf sich, dass auf das Justizministerium Druck von Albert Speer ausgeübt wurde, den Hitler Anfang 1937 zum Generalbauinspekteur für die Reichshauptstadt Berlin ernannt hatte. Gleichzeitig verhandelte der eifrige Generalbauinspekteur mit dem Bürgermeister der Hauptstadt über den Bau von 2'500 kleinen Wohnungen, in die andere Juden aus ihren Wohnvierteln umgesiedelt werden sollten. Diese Details sind Speers äusserst selektivem Nachkriegsgedächtnis anscheinend entfallen.

Im Juni wurden auf Heydrichs Befehl einige Zehntausend «Asoziale» verhaftet und in Konzentrationslager geschickt: darunter waren auch 1'500 vorbestrafte Juden, die nach Buchenwald ab transportiert wurden (dieses Lager war 1937 errichtet worden). Einige Wochen zuvor, Ende

April, hatte der Propagandaminister den Berliner Polizeichef Wolf-Heinrich Graf von Helldorf um Vorschläge hinsichtlich neuer Formen von Absonderung und Schikanierung der in der Stadt lebenden Juden gegeben. Das Ergebnis war ein längeres Memorandum, das die Gestapo angefertigt hatte und das Helldorf am 17. Mai übergeben wurde. Im letzten Augenblick wurde dieses Dokument von der Judenabteilung des SD noch hastig überarbeitet; dort sah man die Tatsache kritisch, dass die von der Gestapo vorgeschlagenen maximalen Absonderungsmassnahmen die höchste Priorität, nämlich die Auswanderung, noch schwieriger machen würden, als sie jetzt schon war. Die abschliessende Fassung des Vorschlags wurde an Goebbels weitergeleitet und möglicherweise auf einer Besprechung am 24. Juli mit Hitler erörtert. Einige der in Aussicht genommenen Massnahmen waren bereits in Vorbereitung, andere sollten nach dem November-Pogrom angewendet werden und wieder andere nach Beginn des Krieges.

Gleichzeitig ging Goebbels zu direkter Aufhetzung über. Parteiorganisationen wurden eingesetzt. Nachdem durch die Verordnung vom 14. Juni die jüdischen Geschäfte definiert waren, konnte nun endlich ihre Kennzeichnung beginnen. «Vom Spätnachmittag des Samstag an», kablete Hugh R. Wilson, der amerikanische Botschafter in Deutschland, am 22. Juni 1938 an Aussenminister Hull, «konnte man gewöhnlich aus zwei oder drei Männern bestehende Gruppen von Zivilisten beobachten, die an die Schaufenster jüdischer Geschäfte das Wort ‚Jude‘ in grossen roten Buchstaben, den Davidsstern und Karikaturen von Juden malten. ... Den Malenden folgten jeweils grosse Gruppen von Schaulustigen, welche die Vorgänge aus vollem Herzen zu geniessen schienen. ... Man hört Berichte, dass in dieser Gegend mehrere Vorfälle stattfanden, die dazu führten, dass Läden geplündert und ihre Besitzer zusammengeschlagen wurden; man sah etwa ein Dutzend eingeschlagene oder leere Vitrinen und Schaufenster, was diese Berichte glaubwürdig erscheinen lässt.»²⁷

Bella Fromm, eine Berliner Gesellschaftsjournalistin jüdischer Herkunft, beschreibt in ihrem Tagebuch anschaulich die Aktion einer Gruppe der Hitlerjugend gegen jüdische Einzelhandelsgeschäfte: «Wir

wollten gerade einen kleinen Juwelierladen betreten, als eine Bande von zehn Jugendlichen in Uniformen der Hitlerjugend das Schaufenster einschlug und in den Laden stürmte; dabei fuchtelten sie mit Fleischermessern herum und brüllten: ‚Zur Hölle mit dem Judenpack! Platz für die Sudetendeutschen!‘» Sie fährt fort: «Der kleinste Junge aus der Bande kletterte ins Fenster und begann sein Zerstörungswerk, indem er alles, was er packen konnte, auf die Strasse warf. Drinnen zertrümmerten die anderen Jungen Glasregale und Ladentische, sie warfen Wecker, billige Silberwaren und Kleinkram ihren draussen stehenden Komplizen zu. Ein winziger Knirps hockte sich in eine Ecke des Fensters, steckte sich Dutzende von Ringen an die Finger und stopfte sich die Taschen mit Armbauhren und Armbändern voll, so dass seine Uniform von der Beute ganz ausgebeult war. Dann wandte er sich um, spuckte dem Geschäftsinhaber mitten ins Gesicht und raste davon.»²⁸

Bald geriet jedoch die Lage ausser Kontrolle, und während der amerikanischen Botschafter sein Telegramm abschickte, traf ein Befehl aus Berchtesgaden ein: Der Führer wünschte, dass die Berliner Aktion beendet werde. Zu einem Zeitpunkt, da sich die Krise über das Schicksal des Sudetenlandes ihrem Höhepunkt näherte, waren antijüdische Gewalttätigkeiten in grossem Umfang nicht das, was Hitler gebrauchen konnte.

Wenn Goebbels' Tagebuch die Hauptzüge der Ansichten Hitlers, die dieser bei ihrer Besprechung am 24. Juli zum Ausdruck brachte, zutreffend wiedergibt, dann muss er mehrere Alternativen erwogen haben: «Wir besprechen die Judenfrage. Der Führer billigt mein Vorgehen in Berlin. Was die Auslandspresse schreibt, ist unerheblich. Hauptsache ist, dass die Juden hinausgedrückt werden, In 10 Jahren müssen sie aus Deutschland entfernt sein. Aber vorläufig wollen wir die Juden noch als Faustpfand hierbehalten ...»²⁹ Bald jedoch war dann die Sudetenkrise vorüber, und ein unvorhergesehenes Ereignis bot den Vorwand für antijüdische Gewalttätigkeiten in einem noch nicht dagewesenen Ausmass. Die Berliner Ereignisse waren nur eine Probe im kleinen Rahmen gewesen.

Anfang 1938 hatte Werner Best, Heydrichs Stellvertreter als Leiter des Hauptamtes Sicherheitspolizei, eine Ausweisungsverfügung für et-

wa 500 im Reich lebende Juden sowjetischer Staatsangehörigkeit unterzeichnet. Dies war eine Massnahme, um die die Wilhelmstrasse (die mit allen Judenfragen befasst war, bei denen diplomatische Beziehungen berührt waren) als Vergeltung für die Ausweisung einiger deutscher Bürger aus der Sowjetunion ersucht hatte. Da diese sowjetischen Juden keine Genehmigung zur Einreise in die Sowjetunion erhielten, wurde die Ausweisungsverfügung zweimal verlängert – ohne Ergebnis. Am 28. Mai 1938 ordnete Heydrich an, die männlichen sowjetischen Juden in Konzentrationslagern zu inhaftieren, bis sie den Beweis erbringen konnten, dass ihre Auswanderung unmittelbar bevorstehe. Im Mai ergingen Ausweisungsverfügungen auch an rumänische Juden, die in Deutschland lebten. Das alles war nur ein Vorspiel zu der neuen Ausweisungsaktion, die im Herbst beginnen sollte.

In den Monaten unmittelbar nach dem Anschluss gab es jedoch eine Entwicklung, die diese auf rasche Zwangsemigration zielenden NS-Planungen zu behindern drohte: das waren die von der Schweiz ergriffenen Massnahmen. Auf seiner Sitzung vom 28. März 1938 beschloss der Schweizerische Bundesrat (die Exekutive des Landes), alle Inhaber österreichischer Pässe sollten verpflichtet werden, sich für die Einreise in die Schweiz Visa ausstellen zu lassen. Im Sitzungsprotokoll heisst es: «Angesichts der von andern Staaten gegen den Zustrom österreichischer Flüchtlinge bereits getroffenen und in Aussicht stehenden Massnahmen befinden wir uns in einer recht heikeln Lage. Klar ist, dass die Schweiz wie für die Flüchtlinge aus Deutschland auch für die aus Österreich nur Transitland sein kann. Abgesehen von der Lage unseres Arbeitsmarktes gebietet schon der gegenwärtige Grad der Überfremdung die strikteste Abwehr eines längeren Aufenthaltes solcher Elemente. Wenn wir einer unseres Landes unwürdigen antisemitischen Bewegung nicht berechtigten Boden schaffen wollen, müssen wir uns mit aller Kraft und, wo es nötig sein sollte, auch mit Rücksichtslosigkeit der Zuwanderung ausländischer Juden erwehren, ganz besonders vom Osten her.»³⁰ Dies sollte die grundsätzliche Position der Schweizer Behörden in den kommenden sieben Jahren bleiben, wobei in den verschiedenen internen Vermerken bisweilen ein zusätzlicher Punkt erwähnt wurde: Die Schweizer Juden

hatten gewiss nicht den Wunsch, ihre Stellung durch das Einströmen ausländischer Juden ins Land bedroht zu sehen.

Nachdem alle österreichischen Pässe durch deutsche ersetzt waren, wurde die Visumpflicht auf alle Inhaber deutscher Reisedokumente ausgedehnt. Die Schweizer wussten, dass die von ihnen eingeführte Visumpflicht auf Gegenseitigkeit praktiziert werden musste, dass also von nun an Schweizer Bürger, die nach Deutschland fuhren, ebenfalls Visa brauchten. Auf beiden Seiten schien das Dilemma unlösbar. Wenn Deutschland vermeiden wollte, dass von seinen arischen Bürgern, die in die Schweiz reisten, Visa gefordert wurden, dann hätte das bedeutet, dass man die Pässe von Juden mit einem besonderen Kennzeichen versehen musste, und das hätte ihre Auswanderung stark erschwert. Im Sommer des Jahres wurden verschiedene technische Lösungen erwogen. Ende September 1938 fuhr eine Schweizer Delegation, ohne sich von der Sudetenkrise abschrecken zu lassen, zu Verhandlungen nach Berlin. Auf eine schweizerische Forderung hin waren die Deutschen schliesslich bereit, die Pässe von Juden mit einem J zu stempeln, was es der Schweizer Polizei gestatten würde, «an der Grenze zu prüfen, ob der Inhaber eines deutschen Passes Arier oder Nichtarier sei».

Noch hatten die schweizerischen Behörden nicht alle ihre Probleme gelöst: Juden, die vor der Stempelung ihrer Pässe eine Einreisegenehmigung erhalten hatten, konnten versuchen, schnell von ihr Gebrauch zu machen. Am 4. Oktober wurden daher alle Grenzstationen verständigt, «wenn Unsicherheit bestehe, ob ein Reisender mit einem deutschen Pass Arier oder Nichtarier sei, so solle von ihm eine Bescheinigung über das erstere verlangt werden. Im Zweifelsfall sei der Reisende an das für seinen Wohnort zuständige schweizerische Konsulat zurückzuweisen, dessen Aufgabe es sei, die nötigen Feststellungen zu machen.»³¹

Während sich diese Dinge abspielten, wandte sich Hitler der Tschechoslowakei zu: Prag musste es dem Sudetenland, seiner hauptsächlich von Deutschen bewohnten Provinz, gestatten, sich abzuspalten und dem Deutschen Reich anzuschliessen. Im Mai hatte die Wehrmacht den Befehl erhalten, am 1. Oktober in die Tschechoslowakei einzumarschieren. Als die Franzosen zumindest formell ihre Bereitschaft erklärten, ihrem

tschechischen Verbündeten beizustehen, erschien ein allgemeiner Krieg wahrscheinlich. Nachdem ein britischer Vermittlungsversuch erfolglos geblieben war und zwei Zusammenkünfte zwischen dem britischen Premierminister Neville Chamberlain und Hitler gescheitert waren, wurde in Europa mobil gemacht. Dann, zwei Tage vor dem geplanten deutschen Angriff, schlug Mussolini eine Konferenz der hauptsächlich an der Krise beteiligten Mächte vor (allerdings ohne Anwesenheit der Tschechen – und der Sowjetunion). Am 29. September unterzeichneten Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien in München ein Abkommen: Bis zum 10. Oktober sollte das Sudetenland Teil des Deutschen Reiches werden. Der Frieden war gerettet; die Tschecho-Slowakei (der neu eingeführte Bindestrich ging auf eine slowakische Forderung zurück) war im Stich gelassen worden; ihre neuen Grenzen wurden allerdings «garantiert».

Als die Wehrmacht das Sudetenland eingenommen hatte, teilte Hitler dem seit Februar amtierenden Aussenminister Joachim von Ribbentrop mit, zusätzlich zur Ausweisung derjenigen Juden aus den Sudeten, denen es noch nicht gelungen war, in die gestutzte Tschecho-Slowakei zu fliehen, sollte die Vertreibung der in Österreich lebenden 27'000 tschechischen Juden erwogen werden. Die aktuellen Ausweisungsmassnahmen betrafen jedoch hauptsächlich die Juden des Sudetenlandes: Die Deutschen schickten sie über die tschechische Grenze; die Tschechen weigerten sich, sie aufzunehmen. Einen Monat danach beschrieb Göring das dann voller Schadenfreude: «Die Juden wurden die erste Nacht nach der Tscheche! ausgewiesen. Am nächsten Morgen haben sie die Tschechen gepackt und nach Ungarn abgeschoben. Von Ungarn ging es zurück nach Deutschland und zur Tscheche!. Sie fuhren so herum und so herum. Schliesslich landeten sie auf einer alten Prahm der Donau. Da hausten sie, und wo sie auch an Land gingen, wurden sie zurückgewiesen.»³² Tatsächlich wurden mehrere Tausende dieser Juden schliesslich bei eiskaltem Wetter in improvisierte Zeltlager gezwungen, die im Niemandsland zwischen Ungarn und der Tschecho-Slowakei lagen, so etwa in Mischdorf 20 Kilometer von Bratislava entfernt.

Den ganzen Sommer und Herbst hindurch unternahmen österreichische Juden den Versuch, illegal in verschiedene Nachbarländer und wei-

ter nach England zu fliehen. Die Gestapo hatte einige Gruppen nach Finnland, nach Litauen und Holland abtransportiert oder sie über die Grenze in die Schweiz, nach Luxemburg und Frankreich abgeschoben. Als die ausländischen Proteste zunahmen, wurde allerdings eine illegale Einreise oder Abschiebung nach Westen immer schwieriger. Innerhalb von wenigen Tagen waren es jedoch die in Deutschland lebenden Juden polnischer Nationalität, die zum Hauptproblem wurden.

Aus der Volkszählung vom Juni 1933 war hervorgegangen, dass von den 98'747 ausländischen Juden, die noch in Deutschland lebten, 56'480 polnische Staatsbürger waren. Die Polnische Republik zeigte keinerlei Neigung, ihre jüdische Bevölkerung von 3,1 Millionen Menschen durch irgendwelche Zuzügler zu vermehren, und zwischen 1933 und 1938 wurden verschiedene Verwaltungsmassnahmen angewendet, die darauf zielten, in Deutschland lebende polnische Juden an der Rückkehr zu hindern. Der Anschluss löste noch weit schärfere Initiativen aus. Am 31. März 1938 verabschiedete das polnische Parlament ein Gesetz, das eine breite Palette von Bedingungen festsetzte, unter denen einem im Ausland lebenden Bürger die polnische Staatsbürgerschaft aberkannt werden konnte. Die Deutschen erkannten sofort die Bedeutung des neuen Gesetzes für ihre Zwangsemigrationspläne. Deutsch-polnische Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, und im Oktober 1938 verkündete eine zusätzlich polnische Verfügung, Pässe von Auslandspolen, die sich nicht vor Ende des Monats eine spezielle Genehmigung zur Einreise nach Polen verschafften, würden ungültig. Da mehr als 40 Prozent der polnischen Juden, die im Deutschen Reich lebten, dort geboren waren, konnten sie kaum hoffen, ihre Geschäfte und Wohnungen in weniger als zwei Wochen aufzulösen. Die meisten von ihnen mussten daher am 1. November ihre polnische Staatsangehörigkeit verlieren. Die Nationalsozialisten beschlossen, den polnischen Massnahmen zuvorzukommen.

Ob Hitler wegen der Vertreibung der polnischen Juden konsultiert wurde oder nicht, ist unklar. Die allgemeinen Anweisungen wurden von der Wilhelmstrasse gegeben, und die Gestapo wurde gebeten, die praktische Durchführung der Massnahme zu übernehmen. Wie alle anderen

auch müssen Ribbentrop, Himmler und Heydrich gespürt haben, dass angesichts der internationalen Verhältnisse nach dem Münchener Abkommen – das Verlangen nach Frieden und als seine Konsequenz die Beschwichtigung – zur Verteidigung der unglücklichen Juden niemand auch nur einen Finger rühren würde. Polen selbst war letztlich vom guten Willen der Deutschen abhängig; hatte es sich nicht eben gerade im Gefolge der Annektierung des Sudetenlands durch die Deutschen das zur nordöstlichen Tschecho-Slowakei gehörige Olsagebiet einverleibt? Der Zeitpunkt der Vertreibung hätte nicht günstiger gewählt sein können. So sollten nach Himmlers Befehlen bis zum 29. Oktober alle männlichen polnischen Juden, die in Deutschland lebten, zwangsweise über die Grenze nach Polen deportiert werden.

Der Reichsführer wusste, dass die Frauen und Kinder, die aller Unterstützung beraubt waren, würden folgen müssen. Am 27. und 28. Oktober sammelten Polizei und SS die Juden und transportierten sie in die Nähe der polnischen Stadt Zbaszyn, wo sie sie über den Fluss schickten, der die Grenze zwischen den beiden Ländern markierte. Die polnischen Grenzschutzleute schickten sie auftragsgemäss zurück. Tagelang wanderten die Deportierten in strömendem Regen und ohne Nahrung oder Unterkunft zwischen den beiden Fronten hin und her; die meisten von ihnen endeten dann in einem polnischen Konzentrationslager in der Nähe von Zbaszyn. Der Rest durfte nach Deutschland zurückkehren. Etwa 16'000 polnische Juden wurden auf diese Weise vertrieben.

Die Grynszpans, eine Familie aus Hannover, gehörten zu den Juden, die am 27. Oktober an die Grenze transportiert wurden. Ihr siebzehnjähriger Sohn Herschel (die jiddische Form des Namens Hermann) war nicht bei ihnen; er lebte zu diesem Zeitpunkt heimlich in Paris, wo er sich mühsam mit Gelegenheitsarbeiten und etwas Unterstützung durch Verwandte über Wasser hielt. An ihn schrieb seine Schwester Berta am 3. November: «Uns wurde nicht erlaubt, nach Hause zurückzugehen, um wenigstens ein paar notwendige Dinge zu holen. So ging ich mit einem Schupo los, der mich begleitete, und ich packte einen Koffer mit den notwendigsten Kleidungsstücken. Das ist alles, was ich retten konnte. Wir haben nicht einen Pfennig. Mehr im nächsten Brief. Liebe Grüsse und Küsse von uns allen. Berta.»³³

Der junge Herschel Grynszpan wusste nicht im Einzelnen, was mit seiner Familie in der Nähe von Zbaszyn geschah, aber er konnte es sich gut vorstellen. Am 7. November schrieb er eine Nachricht an seinen Onkel in Paris: «Mit Gottes Hilfe [auf hebräisch geschrieben] ... Ich konnte nicht anders. Mir blutet das Herz, wenn ich an unsere Tragödie und an die der 12'000 Juden denke. Ich muss auf eine Weise protestieren, dass die ganze Welt meinen Protest hört, und das habe ich vor. Ich bitte dich um Vergebung. Hermann.»³⁴ Grynszpan kaufte sich eine Pistole, ging in die deutsche Botschaft und verlangte, mit einem Beamten zu sprechen. Er wurde in das Büro des Ersten Sekretärs Ernst vom Rath geschickt; dort schoss er auf den deutschen Diplomaten und verwundete ihn tödlich.

5.

Ein gebrochener Rest

November 1938 – September 1939

Am 10. November 1938 um acht Uhr morgens begab sich der Bauer Adolf Heinrich Frey, SA-Führer von Eberstadt, in Begleitung mehrerer seiner Spiessgesellen zum Haus der 81jährigen jüdischen Witwe Susanna Stern. Nach Angaben Freys liess sich die Witwe Stern Zeit, bevor sie die Tür öffnete, und als sie ihn sah, lächelte sie herausfordernd und sagte: «Schon hoher Besuch heute Morgen.» Frey befahl ihr, sich anzuziehen und mitzukommen. Sie setzte sich auf ihr Sofa und erklärte, sie werde sich weder anziehen noch ihr Haus verlassen; sie könnten mit ihr machen, was sie wollten. Frey berichtete, der gleiche Wortwechsel habe sich fünf oder sechs Mal wiederholt, und als sie erneut sagte, sie könnten machen, was sie wollten, nahm Frey seine Pistole und schoss die Witwe Stern in die Brust. «Auf den ersten Schuss ist die Stern auf dem Sofa in sich zusammengesunken. Sie hat sich nach rückwärts gelehnt und mit beiden Händen an die Brust gegriffen. Ich habe nun unmittelbar danach den zweiten Schuss auf sie abgegeben, und zwar diesmal nach dem Kopf zielend. Die Stern ist darauf von dem Sofa gerutscht und hat sich dabei gedreht. Sie lag alsdann unmittelbar vor dem Sofa, und zwar den Kopf nach links, den Fenstern zugewandt. In diesem Augenblick hat die Stern noch Lebenszeichen von sich gegeben. Sie hat in kurzen Abständen geröchelt und wieder ausgesetzt. Geschrien und gesprochen hat die Stern nicht. Mein Kamerad C. D. hat nun den Kopf der vor dem Sofa liegenden Stern gedreht, um nachzuschauen, wo der Schuss

getroffen hat. Ich habe darauf zu meinem Kameraden gesagt, ich sehe gar nicht ein, warum wir hier herumstehen sollten, ich halte es für das richtige, wenn wir die Türe abschliessen und die Schlüssel abliefern. Damit ich aber ganz sicher war, dass die Stern tot ist, habe ich auf die Daliegende in einer Entfernung von ungefähr 10 cm einen Schuss in die Mitte der Stirn abgefeuert. Hierauf haben wir das Haus abgeschlossen und habe ich von der öffentlichen Fernsprechstelle in Eberstadt die Kreisleitung angerufen und den Kreisleiter Ullmer von dem Geschehenen unterrichtet.» Das Verfahren gegen Frey wurde am 10. Oktober 1940 auf Grund eines Beschlusses des Justizministeriums eingestellt.¹

In der Kette der Judenverfolgungen vor dem Kriege war der Pogrom vom 9. und 10. November, die sogenannte Kristallnacht, in vieler Hinsicht ein weiterer bedeutender Wendepunkt. 1992 wurden Goebbels' noch fehlende Tagebucheintragungen über dieses Ereignis veröffentlicht; sie liefern wichtige neue Einsichten über das Zusammenspiel zwischen Hitler, seinen obersten Häuptlingen, den Parteiorganisationen und den breiteren Kreisen der Gesellschaft bei der Auslösung und Handhabung dieses schwerwiegenden Ausbruchs antijüdischer Gewalttätigkeit. Was die Reaktionen der deutschen und internationalen öffentlichen Meinung auf das Geschehen angeht, so werfen sie eine Vielzahl von Fragen auf, nicht zuletzt deshalb, weil sie auf künftige Reaktionen hindeuten.

Am 8. November brachte der *Völkische Beobachter* einen drohenden Leitartikel gegen die Juden, der mit der Warnung schloss, die in Paris abgefeuerten Schüsse würden eine neue Einstellung der Deutschen zur Judenfrage nach sich ziehen. An einigen Orten hatten antijüdische Gewalttätigkeiten bereits begonnen, bevor die Nazipresse ihre ersten Drohungen ausstieß. Ein SD-Bericht vom 9. November beschrieb Vorfälle, die sich vermutlich als unmittelbare Reaktion auf die Nachricht in der Nacht vom 7. zum 8. November in den Kreisen Kassel und Rotenburg/Fulda ereignet hatten. An einigen Orten waren in jüdischen Häusern und Geschäften die Fenster eingeschlagen worden. In Bebra waren in einer Anzahl jüdischer Wohnungen «Demolierungen vorgekommen», in Rotenburg wurde die Einrichtung der Synagoge «erheblich beschädigt», und es wurden «Gegenstände entfernt und auf der Strasse vernichtet».²

Einer der bezeichnendsten Aspekte der Ereignisse vom 7. und 8. November war, dass Hitler und Goebbels in der Öffentlichkeit und selbst «privat» schwiegen. In seiner Tagebucheintragung vom 9. November (in der über Ereignisse vom 8. November berichtet wird) verlor Goebbels nicht ein einziges Wort über die Schüsse von Paris, obwohl er die späten Abendstunden im Gespräch mit Hitler verbracht hatte. Ganz eindeutig hatten beide vereinbart zu handeln, hatten aber wahrscheinlich beschlossen, den Tod des schwerverletzten Rath abzuwarten. Ihr ungewöhnliches Schweigen war das sicherste Zeichen für Pläne, die auf einen «spontanen Ausbruch des Volkszorns» zielten, der sich ohne jedes Anzeichen einer Beteiligung Hitlers abspielen sollte. Und in seiner Rede zum Gedenken an den Putschversuch von 1923 am Abend desselben 8. November enthielt sich Hitler jeder Anspielung auf das Ereignis von Paris.

Rath starb am 9. November um 17.30 Uhr. Die Nachricht vom Tod des deutschen Diplomaten wurde Hitler offiziell um etwa neun Uhr abends beim traditionellen Treffen der «Alten Kämpfer» im Alten Rathaus in München überbracht. Es kam dann zu einem «intensiven Gespräch» zwischen Hitler und Goebbels, der neben ihm sass. Hitler verliess die Versammlung unmittelbar danach, ohne die übliche Ansprache zu halten. Stattdessen sprach Goebbels. Nachdem er mitgeteilt hatte, dass Rath tot sei, fügte er im Hinblick auf die antijüdischen Gewalttätigkeiten, die sich bereits in Magdeburg-Anhalt und Kurhessen abgespielt hatten, hinzu, der Führer habe «entschieden, dass derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten».³ Die Botschaft war eindeutig.

Für Goebbels hatte es seit dem Boykott vom April 1933 keine solche Gelegenheit mehr gegeben, seine Führungstalente praktisch zu beweisen. «Ich trage dem Führer die Angelegenheit vor», schrieb er am 10. über das Gespräch beim Essen, das am Vorabend stattgefunden hatte. «Er [Hitler] bestimmt: Demonstrationen weiterlaufen lassen. Polizei zurückziehen. Die Juden sollen einmal den Volkszorn zu verspüren bekommen. Das ist richtig. Ich gebe gleich entsprechende Anweisungen an Polizei und Partei. Dann rede ich kurz dementsprechend vor der Parteifüh-

erschaft. Stürmischer Beifall. Alles saust gleich an die Telephone. Nun wird das Volk handeln.»

Goebbels beschrieb dann die Zerstörung von Synagogen in München. Er erteilte den Befehl, dafür zu sorgen, dass die Berliner Hauptsynagoge in der Fasanenstrasse zerstört werde. Er fuhr fort: «Ich will ins Hotel, da sehe ich am Himmel blutrot. Die Synagoge brennt. ... Wir lassen nur soweit löschen, als das für die umliegenden Gebäude notwendig ist. Sonst abbrennen lassen. ... Aus dem ganzen Reich laufen nun die Meldungen ein: 50, dann 75 Synagogen brennen. Der Führer hat angeordnet, dass 20-30'000 Juden sofort zu verhaften sind. ... In Berlin brennen 5, dann 15 Synagogen ab. Jetzt rast der Volkszorn ... Laufen lassen ...» Goebbels fuhr fort: «Als ich ins Hotel fahre, klirren die Fensterscheiben. Bravo! Bravo! Wie alte grosse Hütten brennen die Synagogen.»⁴

Etwa um dieselbe Zeit, da der Propagandaminister schadenfroh auf ein gutes Tagewerk blickte, teilte Hitler Himmler mit, dass Goebbels die Gesamtverantwortung für die Aktion trage. Am selben Abend fasste Himmler seine unmittelbare Reaktion schriftlich so zusammen: «Ich vermute, dass Goebbels in seinem mir schon lange aufgefallenen Machtbestreben und in seiner Hohlköpfigkeit gerade jetzt in der aussenpolitisch schwersten Zeit diese Aktion gestartet hat.»⁵ Gewiss hatte der Reichsführer nichts gegen die Inszenierung eines Pogroms; was Himmler wehgetan haben muss, war die Tatsache, dass Goebbels der erste war, der die Schüsse auf Rath ausschaltete, um die Aktion zu organisieren und Hitlers Segen zu erhalten. Es mag allerdings auch sein, dass er den Zeitpunkt nicht für günstig hielt.

Am 11., immer noch in München, schrieb Goebbels weiterhin über den Vortag: «Gestern: Berlin. Dort ist es ganz toll vorgegangen. Brand über Brand. Aber das ist gut so. Ich setze eine Verordnung auf Abschluss der Aktionen auf. Es ist nun gerade genug. ... Gefahr, dass der Mob in die Erscheinung tritt. Im ganzen Lande sind die Synagogen abgebrannt. ... In der Osteria [einem Münchener Restaurant] erstatte ich dem Führer Bericht. Er ist mit allem einverstanden. Seine Ansichten sind ganz radikal und aggressiv. Die Aktion selbst ist tadellos verlaufen. 100 Tote. Aber kein deutsches Eigentum beschädigt.»⁶

Heydrichs Anweisungen an die Gestapo und den SD enthielten eine Warnung an seine Männer. Jüdische Geschäfte oder Wohnungen konnten zerstört werden, aber nicht geplündert (Plünderer würden verhaftet werden); Ausländer (selbst wenn sie als Juden identifiziert wurden) waren nicht zu belästigen. Schliesslich befahl er: «[Es] sind in allen Bezirken so viele Juden – insbesondere wohlhabende – festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können. Es sind zunächst nur gesunde männliche Juden nicht zu hohen Alters festzunehmen. Nach Durchführung der Festnahme ist unverzüglich mit den zuständigen Konzentrationslagern wegen schnellster Unterbringung der Juden in den Lagern Verbindung aufzunehmen. Es ist besonders darauf zu achten, dass die aufgrund dieser Weisung festgenommenen Juden nicht misshandelt werden.»⁷

Aus Heydrichs Bericht vom n. November ging hervor, dass im gesamten Reich 36 Juden getötet und ebenso viele schwer verletzt worden waren. «Ein Jude wird noch vermisst. Unter den getöteten Juden befindet sich ein, unter den Verletzten 2 polnische Staatsangehörige.»⁸ Die tatsächliche Situation war schlimmer. Abgesehen von den 267 zerstörten Synagogen und den 7'500 verwüsteten Geschäften waren in ganz Deutschland etwa 91 Juden getötet worden, und darüber hinaus hatten sich Hunderte das Leben genommen oder waren infolge von Misshandlungen in den Lagern gestorben. «Die Aktion gegen die Juden wurde rasch und ohne besondere Reibungen zum Abschluss gebracht», schrieb der Bürgermeister von Ingolstadt in seinem Monatsbericht vom 1. Dezember. «Im Verfolg dieser Massnahme hat sich ein hiesiges jüdisches Ehepaar in der Donau ertränkt.»⁹

Eine unkontrollierbare Gier nach Vernichtung und Demütigung der Opfer trieb die Kommandos an, die durch die Städte streiften. «Durch Köln [zogen] organisierte Streifen von einer Wohnung zur anderen», schrieb der schweizerische Konsul. «Die Familien waren entweder vorher aufgefordert worden, die Wohnung zu verlassen, oder sie mussten in der Ecke eines Zimmers stehen, während die Sachen aus dem Fenster geworfen wurden. Grammophone, Näh- und Schreibmaschinen flogen auf die Strasse, und einer meiner Kollegen sah sogar, wie ein Klavier aus

dem Fenster geworfen wurde, aus dem 2. Stock eines Hauses.»¹⁰ Noch Schlimmeres wurde aus Leipzig berichtet: «Nachdem sie Wohnungen demoliert und den grössten Teil des Mobiliars auf die Strasse geworfen hatten», berichtete der amerikanische Konsul in Leipzig, «warfen die unersättlich sadistischen Täter viele der zitternden Bewohner in einen kleinen Bach, der durch den Zoologischen Garten fliesst, und forderten die entsetzten Zuschauer auf, sie anzuspeien, mit Lehm zu besudeln und sich über ihre Not lustig zu machen. ... Das geringste Anzeichen von Mitleid rief auf Seiten der Täter einen regelrechten Zorn hervor, und die Menge war nicht in der Lage, etwas anderes zu tun, als die erschreckten Augen von dem Schauspiel der Beleidigung abzuwenden oder sich zu entfernen. Diese Taktik wurde während des gesamten Morgens des 10. November angewandt, ohne dass die Polizei eingriff, und zwar richtete sie sich gegen Männer, Frauen und Kinder.» Die gleichen Szenen wurden überall im Land wiederholt: die sadistische Brutalität der Täter, die betretenen Reaktionen eines Teils der Zuschauer, das Grinsen anderer, das Schweigen der bei Weitem überwiegenden Mehrheit, die Hilflosigkeit der Opfer.¹¹

Erneut war Hitler dem mittlerweile vertrauten Muster gefolgt, nach dem er während der dreissiger Jahre durchgängig verfahren war. Ingeheim erteilte er die Befehle oder bestätigte sie; nach aussen hin sollte sein Name in keiner Weise mit der Brutalität verknüpft sein. Nachdem er sich jeder offenen Bemerkung zu den Ereignissen vom 7. bis 8. November enthalten hatte, vermied er auch am 9. November in seiner miternächtlichen Ansprache an die SS-Rekruten vor der Feldherrnhalle jeden Hinweis auf sie. Während er sprach, wurden bereits im ganzen Reich Synagogen angezündet, Läden demoliert und Juden verletzt und getötet. Einen Tag später bewahrte Hitler in seiner Geheimrede vor Vertretern der deutschen Presse dasselbe Stillschweigen über Ereignisse, die zwangsläufig jedem der Anwesenden vor Augen stehen mussten; nicht einmal bei Raths Beerdigung sprach er. Die Fiktion eines spontanen Ausbruchs des Volkszorns gebot Schweigen. Jede Äusserung eines Wunsches durch den Führer oder auch nur ein positiver Kommentar wäre ein «Führerbefehl» gewesen. Von Hitlers Beteiligung sollte die Aussenwelt – einschliesslich vertrauenswürdiger Parteimitglieder – zumindest im Prinzip nichts wissen.

Die Kenntnis von Hitlers direkter Verantwortung sickerte jedoch schnell aus dem innersten Zirkel durch. Wie aus den Tagebüchern Ulrich von Hassells, des ehemaligen deutschen Botschafters in Rom, der schon früh ein Gegner des Regimes war, hervorgeht, waren zahlreiche Konservative von den Ereignissen schockiert, und Johannes Popitz, der Finanzminister von Preussen, protestierte bei Göring und verlangte die Bestrafung der für die Aktion Verantwortlichen. «Mein lieber Popitz, wollen Sie den Führer bestrafen?» lautete Görings Antwort.¹²

Am Morgen des 12. November fasste Goebbels die Ereignisse der vergangenen Tage im *Völkischen Beobachter* zusammen: «Der Jude Grünspan», lautete der letzte Absatz, «war Vertreter des Judentums. Der Deutsche vom Rath war Vertreter des deutschen Volkes. Das Judentum hat also in Paris auf das deutsche Volk geschossen. Die deutsche Regierung wird darauf legal, aber hart antworten.»¹³

Die legalen Antworten der deutschen Regierung wurden den Juden in den verbleibenden Wochen des Jahres 1938 entgegengeschleudert; sie wurden von drei grösseren Politikinterpretationen begleitet: die erste erfolgte am 12. November auf der hochrangig besetzten Konferenz, die Göring einberufen hatte; die zweite am 6. Dezember mit Görings Ansprache an die Gauleiter; die dritte am 28. Dezember mit einer Reihe neuer Regelungen, die ebenfalls von Göring verkündet wurden. Alle Initiativen und Interpretationen Görings ergingen auf Hitlers ausdrückliche Anweisung.

Die Konferenz hochrangiger Beamter, die Göring am 12. November ins Luftfahrtministerium einberief, ist berüchtigt geworden. «Meine Herren», begann Göring, «die heutige Sitzung ist von entscheidender Bedeutung. Ich habe einen Brief bekommen, den mir der Stabsleiter des Stellvertreters des Führers Bormann im Auftrag des Führers geschrieben hat, wonach die Judenfrage jetzt einheitlich zusammengefasst werden soll und so oder so zur Erledigung zu bringen ist. Durch telefonischen Anruf bin ich gestern vom Führer noch einmal darauf hingewiesen worden, jetzt die entscheidenden Schritte zentral zusammenzufassen.»¹⁴

Die Diskussionen, die am 12. November in Görings Reichsluftfahrtministerium stattfanden, bezogen sich nicht nur auf verschiedene zusätzliche Verfahren, die Juden zu schikanieren, und auf weitere ökonomische

Sanktionen, die gegen sie ergriffen werden sollten, sondern auch, und das ausführlich, auf das aktuelle Problem der Versicherungserschädigung für die Schäden, die jüdischem Eigentum bei dem Pogrom zugefügt worden waren. Göring erteilte den Befehl, den Hitler insgeheim zwei Tage zuvor gegeben hatte: Die Juden sollten alle Kosten für die Wiederherstellung ihrer Geschäfte tragen; das Reich würde sämtliche Zahlungen konfiszieren, die von deutschen Versicherungsgesellschaften geleistet würden. «Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit wird die Zahlung einer Kontribution von 1'000'000'000 RM an das Deutsche Reich auferlegt.»¹⁵

Am selben Tage ordnete Göring die Einstellung aller jüdischen Geschäftstätigkeit zum 1. Januar 1939 an. Die Juden mussten ihre Unternehmen verkaufen und ebenso allen Grundbesitz, Aktien, Juwelen und Kunstwerke. Sie konnten sich der Dienste von «Treuhändern» bedienen, um diese Transaktionen innerhalb der gesetzten Frist abzuschliessen. Anmeldung und Hinterlegung aller Kapitalanteile waren obligatorisch.¹⁶ Görings wichtigste politische Aussage, die wiederum nach Beratungen mit Hitler erfolgte, sollte bei einem Zusammentreffen mit den Gauleitern am 6. Dezember erst noch kommen. Mehr jedoch als wegen ihrer wichtigsten Exekutiventscheidungen bleibt die Konferenz vom 12. November wegen ihres sadistischen Erfindungsreichtums, ihres Geistes und des Tons der Gespräche wegen bedeutsam.

Immer noch im Rausch der Hektik seiner Aktivitäten an den vorangegangenen Tagen hatte der Propagandaminister eine ganze Liste von Vorschlägen parat: Die Juden sollten gezwungen werden, die beschädigten Synagogen auf eigene Kosten abreißen zu lassen; öffentliche Vergnügungen sollten ihnen verboten werden. An diesem Punkt kam es zwischen Goebbels und Göring zu einer berüchtigten Debatte darüber, wie man Juden in Eisenbahnzügen absondern sollte. Beide waren sich über die Notwendigkeit gesonderter Abteile für Juden einig, aber es sollte, so erklärte Goebbels, ein Gesetz geben, das es ihnen verbot, selbst in einem jüdischen Abteil einen Platz zu beanspruchen, bevor alle Deutschen einen erhalten hatten. Die blosse Existenz eines besonderen Abteils würde den unerwünschten Effekt haben, dass es einigen Juden möglich wäre,

in einem überfüllten Zug bequem zu sitzen. Göring hatte für derartige Förmlichkeiten nichts übrig: «Und wenn es wirklich jemals so wäre, wie Sie sagen, dass der Zug sonst überfüllt ist, glauben Sie: das machen wir so, da brauche ich kein Gesetz. Da wird er herausgeschmissen, und wenn er allein auf dem Lokus sitzt während der ganzen Fahrt.» Goebbels beharrte auf einem Gesetz, aber vergeblich.¹⁷

Dieser kleine Rückschlag lähmte Goebbels' Erfindungsreichtum nicht: Den Juden, so verlangte er, sollte es absolut verboten sein, sich in deutschen Ferienorten aufzuhalten. Der Propagandaminister stellte auch die Frage, ob deutsche Wälder nicht für sie gesperrt werden sollten. Dadurch kam Göring auf eine eigene Idee: Einige Teile der Wälder sollten Juden zugänglich sein, und in diesen Teilen sollten Tiere, die Juden ähnelten – «der Elch hat ja so eine gebogene Nase» – angesiedelt werden. Goebbels spann den Faden weiter; er verlangte, Parks sollten für Juden ebenfalls verboten sein, denn jüdische Frauen könnten sich beispielsweise neben deutsche Mütter setzen und feindselige Propaganda treiben. Für Juden sollte es auch getrennte Bänke mit speziellen Schildern («Nur für Juden!») geben. Schliesslich sollten jüdische Kinder aus deutschen Schulen verbannt werden.

Am Ende der Debatte über die Wirtschaftsfragen erinnerte Heydrich die Anwesenden daran, dass das Hauptproblem darin bestand, die Juden aus Deutschland hinauszubekommen. Die Idee der Einrichtung einer zentralen Auswanderungsbehörde in Berlin nach Wiener Modell wurde erörtert. Doch nach Heydrichs Auffassung würde es beim gegenwärtigen Tempo etwa acht bis zehn Jahre dauern, bis man zu einer Lösung des Problems käme. Wie sollten dann die Juden in der Zwischenzeit von der deutschen Bevölkerung isoliert werden? Heydrich war für ein spezielles Abzeichen, das alle diejenigen tragen sollten, die von den Nürnberger Gesetzen als Juden definiert waren. Göring war skeptisch: Er selbst war dafür, in den Grossstädten in grossem Umfang Ghettos einzurichten. Die Auffassungsunterschiede blieben unüberbrückt, und drei Wochen später sollte Hitler sowohl Abzeichen als auch Ghettos verwerfen.

Wie zuvor Goebbels hatte auch Heydrich noch weitere Vorschläge auf seiner Liste: keine Führerscheine, kein Eigentum an Kraftwagen, kein

Zutritt zu Plätzen von nationaler Bedeutung in den Städten, kein Zugang zu kulturellen Institutionen – im Sinne des Vorschlags von Goebbels –, kein Zutritt zu Erholungsstätten und nicht einmal zu Krankenhäusern. Als die Diskussion zu der Frage überging, was die Juden tun konnten, um den finanziellen Massnahmen zu begegnen, die jetzt gegen sie ergriffen werden sollten, war Göring sicher, dass sie überhaupt nichts tun würden. Goebbels stimmte zu: «Im Augenblick ist [der Jude] klein und hässlich und bleibt zu Hause.»¹⁸ Kurz vor dem letzten Dialog kommentierte Göring, als sei ihm das nachträglich noch eingefallen: «Ich möchte kein Jude in Deutschland sein.»

Der Generalfeldmarschall erwähnte dann, Hitler habe ihm am 9. November von seiner Absicht erzählt, sich an die Demokratien zu wenden, welche die Judenfrage aufgeworfen hätten, und von ihnen die Aufnahme der Juden zu fordern; die Madagaskar-Möglichkeit würde ebenfalls ins Spiel gebracht werden; oder «die reichen Juden können in Nordamerika, Kanada oder sonstwo ein grosses Territorium für ihre Glaubensgenossen kaufen». Göring fügte hinzu: «Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner absehbaren Zeit in aussenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, dass auch wir in Deutschland in allererster Linie daran denken werden, eine grosse Abrechnung an den Juden zu vollziehen.»¹⁹

An demselben Tag, an dem Goebbels Juden den Zugang zu kulturellen Institutionen untersagte, verbot er auch die jüdische Presse in Deutschland. Kurz darauf wurde Erich Liepmann, der Direktor der *Jüdischen Rundschau*, die inzwischen geschlossen worden war, ins Büro des Propagandaministers zitiert. Liepmann erinnerte sich: «Zur Begrüssung brüllte Goebbels: ‚Ist der Jude da?‘ Er sass an einem Tisch, ich musste etwa acht Meter vor ihm stehen. Er brüllte: ‚Es muss ein Nachrichtenblatt erscheinen, innerhalb von zwei Tagen. Jede Nummer wird mir vorgelegt. Wehe euch, wenn auch nur ein Artikel erscheint, den ich nicht gesehen habe. Schluss!‘»²⁰ So wurde das *Jüdische Nachrichtenblatt* geboren. Es war dazu bestimmt, die Juden über all die offiziellen Massnahmen zu informieren, die ergriffen wurden, um ihr Schicksal zu besiegeln.

Manchmal allerdings war anscheinend selbst Goebbels' Auge nicht scharf genug. Im Dezember, etwa sechs Wochen nach der «Kristall-

nacht», besprach das Nachrichtenblatt den amerikanischen Film *Chicago*: «Eine Stadt steht in Flammen, und die Feuerwehr schaut untätig zu. Alle Schläuche sind angelegt, die Leitern sind ausgerichtet, die Spritzen stehen in Bereitschaft, aber keine Hand rührt sich, sie zu bedienen. Die Männer harren des Kommandos, aber kein Kommando wird laut. Erst als die Stadt niedergebrannt ist und in Schutt und Asche liegt, ergeht ein Befehl: die Feuerwehr fährt nach Hause. Böswillige Erfindung? Ein hässliches Märchen? Nein. Die Wahrheit. Und in Hollywood hat sie sich zugetragen.»²¹

Das Gesetz vom 12. November, das die Juden dazu zwang, ihre sämtlichen Unternehmen und Wertgegenstände wie Juwelen und Kunstwerke zu verkaufen, leitete die pauschale Konfiszierung der ihnen gehörenden Kunstgegenstände ein. Der Raub, der in Österreich bereits stattgefunden hatte, wurde jetzt zur gängigen Praxis im Reich. In München beispielsweise wurde die Prozedur von Gauleiter Wagner selbst koordiniert, der in Anwesenheit der Direktoren der staatlichen Sammlungen die Anweisungen zur «Sicherstellung von Kunstwerken, die Juden gehören», gab.²² Diese «Sicherstellung» wurde von der Gestapo ausgeführt: In Gegenwart der Eigentümer wurde ordnungsgemäss ein Inventar aufgestellt, und man händigte ihnen Quittungen aus.

Am 15. November wurden alle jüdischen Kinder, die noch in deutsche Schulen gingen, von den Anstalten verwiesen. Sie durften jetzt nur noch jüdische Schulen besuchen. Am 19. November wurden Juden aus dem allgemeinen Wohlfahrtssystem ausgeschlossen. Am 28. November teilte der Innenminister allen Regierungspräsidenten mit, dass einige Bezirke für Juden gesperrt werden konnten und dass für sie auch der Zugang zu öffentlichen Plätzen auf einige Stunden pro Tag beschränkt werden konnte. Der Berliner Polizeichef brauchte nicht lange, um tätig zu werden. Am 6. Dezember wurden die Juden der Stadt von allen Theatern, Kinos, Kabarets, Konzert- und Versammlungssälen, Museen, Jahrmärkten, Ausstellungshallen und Sportanlagen (einschliesslich Schlittschuhbahnen) wie auch von öffentlichen und privaten Badeanstalten ausgeschlossen. Darüber hinaus verbannte man die Juden aus den Stadtbezirken, in denen die meisten Regierungsdienststellen sowie bedeutende Denkmäler und kulturelle Institutionen lagen.

Am 3. Dezember wurden den Juden auf Anordnung Himmlers die Führerscheine entzogen. Die Zugangsberechtigung jüdischer Wissenschaftler, die eine spezielle Genehmigung zur Benutzung von Universitätsbibliotheken besaßen, wurde am 8. Dezember aufgehoben. Am 20. Dezember wurde es Juden untersagt, als Apotheker auszubilden, und einen Tag später wurden sie vom Hebammenberuf ausgeschlossen. Am 28. zeigten sich die ersten Anzeichen einer potentiellen räumlichen Konzentration der Juden (von der noch zu sprechen sein wird). Am 29. November verbot der Innenminister Juden die Haltung von Brieftauben.

Seine entscheidende politische Absichtserklärung trug Göring am 6. Dezember auf einer Gauleiterkonferenz vor. Was an seiner Ansprache auffällt, ist der ständige Hinweis darauf, dass dies Hitlers Befehle seien, dass alle genannten Schritte mit Hitler erörtert seien und seine vollständige Unterstützung hätten. Der wahrscheinlichste Grund für diese wiederholte Hervorhebung war die Einschätzung, dass einige der angekündigten Massnahmen bei der Versammlung unpopulär sein würden, da sie den Profiten ein Ende setzen würden, welche Parteimitglieder aller Ränge, darunter auch einige Gauleiter, aus der Beschlagnahme jüdischen Vermögens gezogen hatten. Anscheinend war dies der Grund, weshalb Göring die Judenfrage wiederholt mit den allgemeinen wirtschaftlichen Bedürfnissen des Reiches in Zusammenhang brachte. Den Parteimitgliedern sollte absolut klar sein, dass jede Übertretung der neuen Befehle schädlich für die Wirtschaft des Reiches war und eine direkte Zuwiderhandlung gegen die Befehle des Führers darstellte. Konkret machte Göring, nachdem er betont hatte, dass die Partei und die Gaue jüdisches Vermögen übernommen hatten, deutlich, dass in solcher Weise gesetzwidrig angeeigneter Besitz auf Befehl Hitlers an den Staat abzuliefern sein werde. Das, worauf es ankam, war nicht das Schicksal der Juden, betonte Göring, sondern der Ruf der Partei innerhalb und ausserhalb von Deutschland.

Die andere interne Parteifrage, die mit einiger Ausführlichkeit behandelt wurde, betraf die Bestrafung von Taten, die am 9. und 10. November begangen worden waren: Alles, was aus rein ideologischen Gründen, aus einem gerechtfertigten «Hass auf die Juden», verübt worden war, sollte unbestraft bleiben; rein kriminelle Akte verschiedener Art sollten ver-

folgt werden, wie sie unter allen anderen Umständen verfolgt werden würden, aber jede Publizität, die Aufsehen erregen konnte, war strikt zu vermeiden.²³

Was die politischen Hauptfragen hinsichtlich der Juden anging, so tauchten die ständig wiederkehrenden beiden Probleme erneut auf: Massnahmen zur Förderung jüdischer Auswanderung und Massnahmen, welche die im Reich verbleibenden Juden betrafen. Im Wesentlichen sollte den Juden in Deutschland das Leben so unangenehm gemacht werden, dass sie alle Anstrengungen unternehmen würden, das Land auf die eine oder andere Weise zu verlassen. Höchste Priorität sollte die Zwangsauswanderung haben. Anscheinend war Göring sogar bereit, auf die Stempelung jüdischer Pässe mit einem erkennbaren Zeichen (dem Buchstaben «J») zu verzichten, wenn ein Jude zwar über die Mittel zur Auswanderung verfügte, aber durch eine derartige Identifizierung an ihr gehindert wäre. Göring teilte den Gauleitern mit, das zur Finanzierung der Auswanderung erforderliche Geld werde durch eine internationale Anleihe aufgebracht werden; Hitler, so Göring, stand diesem Gedanken sehr aufgeschlossen gegenüber. Die Sicherheit für diese Anleihe, die vermutlich vom «Weltjudentum» und von den westlichen Demokratien aufgenommen werden sollte, sollte aus dem gesamten Vermögen bestehen, das den Juden in Deutschland immer noch gehörte – dies war einer der Gründe dafür, dass jüdische Häuser in diesem Stadium noch nicht zwangsarisiert werden sollten, auch wenn viele Parteimitglieder diese Aussicht besonders reizte.

Vom Weltjudentum verlangte Göring nicht nur den Hauptanteil der Anleihe, sondern auch die Einstellung jedes Wirtschaftsboykotts gegen Deutschland, so dass das Reich die Devisen bekommen konnte, die es brauchte, um das Kapital und die Zinsen für die internationale Anleihe zurückzuzahlen. Mitten in diesen praktischen Erklärungen erwähnte Göring, dass Hitler alle speziellen Kennzeichen und irgendwelche übermäßig drastischen Reise- und Einkaufsbeschränkungen ablehne. Hitlers Gründe waren unerwarteter Natur: Angesichts der Geistesverfassung der Massen in vielen Gauen würden die Juden, wenn sie Kennzeichen trügen, zusammengeschlagen werden, oder man würde ihnen keine Lebensmittel geben. Die anderen Beschränkungen würden ihnen ihr tägliches

Leben so erschweren, dass sie dem Staat zur Last fallen würden. Mit anderen Worten, indirekt wurden die Gauleiter gewarnt, in ihren Gauen nicht von sich aus neue Aktionen gegen die Juden in Gang zu setzen. Häuser in jüdischem Besitz waren, wie wir sahen, die letzten jüdischen Vermögenswerte, die zu arisieren waren. Ja, bei der Erörterung der Massnahmen, welche die Juden dazu veranlassen würden, Deutschland zu verlassen, versicherte Göring seinen Zuhörern, er werde dafür sorgen, dass es den reichen Juden nicht gestattet würde, als erste das Land zu verlassen und die Masse der armen Juden zurückzulassen.

Eine weitere Konferenz fand am 16. Dezember statt. Diese Versammlung, die Frick einberufen hatte, wurde in Anwesenheit von Funk, Lamers und Heydrich, von Gauleitern und verschiedenen anderen Repräsentanten von Partei und Staat abgehalten. Im Wesentlichen griffen Frick und Funk Görings Erklärungen, Ermahnungen und Anordnungen auf. Doch es wurde auch deutlich, dass im ganzen Reich Parteiorganisationen wie die Deutsche Arbeitsfront Druck auf Kaufleute ausgeübt hatten, nicht an Juden zu verkaufen. Und vor allem in der Ostmark kam es vor, dass Mischlinge als Juden behandelt wurden, sowohl in Zusammenhang mit ihren Arbeitsverhältnissen als auch bei ihren geschäftlichen Aktivitäten. Solche Initiativen waren in Hitlers Augen unannehmbar. Bald würde es keine jüdischen Geschäfte mehr geben, und man würde den Juden gestatten müssen, in deutschen Geschäften zu kaufen. Was die Mischlinge anging, so bestand die Politik nach Fricks Angaben darin, sie schrittweise vom Volk absorbieren zu lassen (seltsamerweise unterschied Frick die Halbjuden nicht von den Vierteljuden), und die gegenwärtig gegen sie gerichtete Diskriminierung lief den durch die Nürnberger Gesetze eingeführten Unterscheidungen zuwider. Insgesamt wurde jedoch immer wieder das politische Hauptziel betont: Alles musste zusammenwirken, um die Auswanderung der Juden zu beschleunigen.

Gegen Ende Dezember brach noch ein weiterer Schwall von Massnahmen über die Juden herein. Am 28. legte Göring, wiederum unter Bezugnahme auf ausdrücklich von Hitler gegebene Befehle, die Regeln dafür fest, wie mit Wohnungen in jüdischem Besitz zu verfahren sei (sie sollten in diesem Stadium nicht arisiert werden, sondern jüdische Mieter

sollten nach und nach in Häuser ziehen, die Juden gehörten und nur von Juden bewohnt waren), und definierte die Unterscheidung zwischen zwei Kategorien von «Mischehen». Ehen, in denen der Ehemann Arier war, sollten mehr oder weniger als normale deutsche Familien behandelt werden, ganz gleich ob sie Kinder hatten oder nicht. Das Schicksal von Mischehen, in denen der Ehemann Jude war, hing davon ab, ob Kinder da waren. Die kinderlosen Paare konnten schliesslich in nur von jüdischen Mietern bewohnte Häuser umgesiedelt werden, und auch in jeder anderen Hinsicht waren sie als volljüdische Paare zu behandeln. Paare mit Kindern waren zeitweilig vor Verfolgung geschützt.

Am 17. Januar 1939 verbot die Achte Verordnung zum Reichsbürgergesetz Juden, irgendwelche Tätigkeiten in der Gesundheitspflege, insbesondere als Apotheker, Zahnärzte und Tierärzte, auszuüben. Am 15. Februar wurde es Angehörigen der Wehrmacht und des Arbeitsdienstes, Parteifunktionären und Mitgliedern des SD untersagt, «Mischlinge zweiten Grades» zu heiraten, und am 7. März entschied Hess in Beantwortung einer Anfrage des Justizministers, dass Deutsche, die nach den Nürnberger Gesetzen als solche galten, aber etwas jüdisches Blut hatten, nicht im Staatsdienst beschäftigt werden durften.

In den entscheidenden Wochen vom November 1938 bis zum Januar 1939 vernichteten die von Hitler, Göring und ihren Kumpanen beschlossenen Massnahmen vollständig jede noch verbliebene Möglichkeit jüdischen Lebens in Deutschland. Der Abriss der verkohlten Überreste der Synagogen symbolisierte ein Ende; das Zusammentreiben der Juden in «Judenhäuser» kündigte einen noch unbemerkten Anfang an.

Die antijüdische Wut des Regimes, die im « Kristallnacht»-Pogrom gipfelte, wurde von der Mehrheit der Deutschen nicht geteilt. Am 10. November zeichnete sich auf den Strassen der Grossstädte von Anfang an ein deutlicher Unterschied zwischen Aktivisten und Zuschauern ab. Die Berichte des SD zeigen weitverbreitete Kritik der Bevölkerung an den Gewalttätigkeiten und den durch den Pogrom verursachten Schäden. Ein Teil der Kritik, die sogar von Leuten geäussert wurde, welche dem

Regime sonst wohlwollend gegenüberstanden, war von praktischen Erwägungen motiviert: Sie betraf die mutwillige Zerstörung von Eigentum und die dadurch nicht nur von allen Deutschen, sondern auch vom Staat erlittenen Verluste. Als die Nachricht von der den Juden auf erlegten Geldstrafe in Höhe von einer Milliarde Mark verbreitet wurde und als die offizielle Propaganda den unermesslichen Reichtum hervorhob, den die Juden immer noch besaßen, besserte sich die allgemeine Stimmung. Manchmal waren jedoch die Reaktionen der Bevölkerung durchaus nicht negativ. So hatte nach einem SOPADE-Bericht vom Dezember 1938 «die grosse Masse ... die Zerstörungen nicht gebilligt, aber man darf dennoch nicht übersehen, dass es in Arbeiterkreisen Leute gibt, die die Juden nicht verteidigen. Man kann sich in einzelnen Zirkeln schwer durchsetzen, wenn man über die letzten Vorgänge im ablehnenden Sinne spricht. So einheitlich war also die Empörung doch nicht.»²⁴

Keine Kritik an dem Pogrom wurde von den Kirchen öffentlich geäußert. Erst einen Monat nach den Ereignissen nahm dann doch die Bekennende Kirche in einer Botschaft an die Gemeinden indirekt auf die jüngsten Verfolgungen Bezug: «Wir ermahnen unsere Gemeinden und Gemeindeglieder, sich der leiblichen und seelischen Not ihrer christlichen Brüder und Schwestern aus den Juden anzunehmen, auch für sie im Gebet vor Gott einzutreten.» Die Juden als solche wurden aus der Botschaft des Mitleids ausgeschlossen.

Die generelle Haltung der katholischen Kirche war nicht anders. Mit Ausnahme von Propst Bernhard Lichtenberg von der Berliner St.-Hedwigs-Kathedrale, der am 10. November erklärte, «draussen brennt der Tempel – das ist auch ein Gotteshaus», und der dann später seine öffentlichen Gebete für die in den Osten abtransportierten Juden mit dem Leben bezahlen sollte,²⁵ erhob sich keine lautstarke Stimme.

Von den Universitäten kam keine offene Kritik (oder auch nur ein indirekter Protest). Einige starke Verurteilungen des Pogroms wurden Privatbriefen und wahrscheinlich der Privatheit von Tagebüchern anvertraut. Am 24. November 1938 schrieb der Historiker Gerhard Ritter an seine Mutter: «Was wir in den letzten beiden Wochen erlebt haben im Ganzen des Vaterlandes, ist das Beschämendste und Schrecklichste, was seit langen Jahren geschehen ist.»²⁶

Ritters Entrüstung und die darauffolgende Initiative werfen jedoch in paradoxer Weise Licht auf den Antisemitismus, der den Einstellungen der Kirchen und der Universitäten zugrunde lag.

Nach dem Pogrom und gewiss zum Teil als Folge davon bildete sich an der Freiburger Universität eine Oppositionsgruppe. Dieser «Freiburger Kreis» setzte sich vorwiegend aus Universitätsmitgliedern zusammen, die der Bekennenden Kirche nahestanden. Die Diskussionen der Gruppe führten zur Ausarbeitung der «Grossen Denkschrift», die eine soziale, politische und moralische Basis für ein nachnationalsozialistisches Deutschland anbot. Der fünfte und letzte Anhang zu dieser Denkschrift, der Ende 1942 fertiggestellt wurde, als die Mitglieder der Gruppe volle Kenntnis von der Vernichtung der Juden hatten, enthielt «Vorschläge für eine Lösung der Judenfrage in Deutschland».²⁷ Die Gruppe machte den Vorschlag, die Juden nach dem Kriege international einem Sonderstatus zu unterwerfen. Darüber hinaus empfahlen die «Vorschläge», obwohl sie die Rassentheorien der Nationalsozialisten verwarfen, Vorsicht im Hinblick auf enge Kontakte und auf Mischehen zwischen deutschen Christen und Angehörigen anderer Rassen – die Anspielung auf die Juden ist eindeutig. Anscheinend gab es selbst in einer der artikuliertesten Gruppen von nazifeindlichen Akademikern explizite und tiefsitzende antijüdische Vorurteile. Die logische Schlussfolgerung ist offensichtlich: Wenn eine universitäre Widerstandsgruppe, die grösstenteils aus Mitgliedern der Bekennenden Kirche oder der katholischen Kirche bestand, derartige Vorschläge offerieren konnte, obwohl sie Kenntnis von der Vernichtung hatte, dann müssen die Zeugnisse eines vorherrschenden Antisemitismus unter Deutschlands Eliten als wesentliche Erklärung für ihre Einstellungen während des Dritten Reiches berücksichtigt werden.

Indirekt rief jedoch der Pogrom zusätzliche Spannungen zwischen der deutschen katholischen Kirche und dem Staat hervor. Am 10. November beschloss der Nationalsozialistische Lehrerbund, nicht nur alle noch verbliebenen jüdischen Schüler aus deutschen Schulen zu vertreiben, sondern auch die Erteilung von (christlichem) Religionsunterricht – wie sie bis dahin die Regel gewesen war – einzustellen, weil die Lehrer, so der Vorwand, «nicht Gestalten eines Volkes verherrlichen könnten, das al-

lein vom Hass gegen Deutschland lebt». Kardinal Bertram sandte einen energischen Protest an Rust, in dem er feststellte: «Wer irgendwie mit dem katholischen Glauben vertraut ist und erst recht jeder gläubige Lehrer weiss, dass diese Behauptung [dass das Christentum die Juden verherrliche] falsch und dass das Gegenteil richtig ist.»

«Die Auslandspresse ist sehr schlecht», notierte Goebbels am 12. November. «Vor allem die amerikanische.»²⁹ Tatsächlich wurden hier in den Wochen nach der «Kristallnacht» zu diesem Thema nahezu 1'000 verschiedene Leitartikel veröffentlicht.³⁰ Ausserdem rief Präsident Roosevelt Botschafter Hugh Wilson zur Berichterstattung zurück.

Doch trotz solcher emotionalen Reaktionen änderten sich die Einstellungen und die politischen Zielsetzungen im Grundsatz nicht. Im Frühjahr 1939 brach Grossbritannien, das zunehmend über die achsenfreundlichen Tendenzen in der arabischen Welt beunruhigt war – dies war eine Verschiebung, die für Grossbritannien im Falle eines Krieges schlimme Folgen haben konnte –, seine Zusagen und schloss praktisch die Tore Palästinas für die jüdische Einwanderung, und die Vereinigten Staaten schöpften nach einer geringfügigen Liberalisierung ihrer Einwanderungspolitik im Jahre 1937 im darauffolgenden Jahr die Quoten für Deutschland und Österreich nicht einmal aus. Im Juli 1939 wurde die Wagner-Rogers Child Refugee Bill, die 20'000 jüdischen Flüchtlingskindern die Einreise ins Land gestattet hätte, vom Senat nicht verabschiedet, und zur gleichen Zeit liess man ungeachtet aller dringenden Bitten die 936 unglücklichen jüdischen Auswanderer aus Deutschland, die mit der *St. Louis* – einem Schiff, das dann bald traurige Berühmtheit erlangen sollte – gefahren waren und denen die Einreise nach Kuba, ihrem ursprünglichen Ziel, verweigert worden war, nicht in die Vereinigten Staaten hinein. Ihre Reise zurück nach Europa wurde zu einer eindrucklichen Illustration der Gesamtsituation jüdischer Flüchtlinge, die aus Deutschland kamen. Nachdem sich Belgien, Frankreich und England schliesslich bereiterklärt hatten, den Passagieren Asyl zu gewähren, gab der Londoner *Daily Express* die herrschende Meinung in unmissverständlichen Worten wieder: «Dieses Beispiel darf keinen Präzedenzfall

schaffen. Für mehr Flüchtlinge ist in diesem Lande kein Platz. ... Sie werden zu einer Last und zu einem Missstand.»³¹

Frankreich war weder mehr noch weniger ungastlich als andere Länder, aber es erlaubte sich nicht einmal eine symbolische Geste des Protests gegen den antijüdischen Pogrom. Es war das einzige grosse demokratische Land, das nicht reagierte. Die meisten Zeitungen brachten ihre Empörung zum Ausdruck, aber weder Premierminister Édouard Daladier noch Aussenminister Georges Bonnet äusserten sich in dieser Richtung. Im Gegenteil, Bonnet fuhr mit den Planungen für einen Besuch Ribbentrops in Paris fort, der zu einer französisch-deutschen Übereinkunft führen sollte.

In gewisser Weise demonstrierte die offizielle französische Haltung, dass sich Hitler, als er den Pogrom entfesselte, keine allzu grossen Sorgen über internationale Reaktionen machen musste. Doch der Aufschrei, der unmittelbar auf die Ereignisse vom November folgte, und die Kritik, die sich jetzt gegen die französische Haltung richtete, bestätigten, dass sich die Atmosphäre von München rasch verflüchtigte. Kein geringerer Verfechter des Appeasement als die Londoner *Times* war bestürzt über Bonnets Eifer, ungeachtet des Pogroms die Übereinkunft weiterzuverfolgen. Selbst die italienische Regierung äusserte Erstaunen, dass «das Wiederleben antisemitischer Verfolgungen in Deutschland nicht zum Untergang des Projekts der französisch-deutschen Erklärung führte».³²

Noch ein weiteres Nachspiel gab es in der französischen Hauptstadt zu den Ereignissen vom November: die Vorbereitungen für den Prozess gegen Herschel Grynszpan. Das bevorstehende Ereignis erregte weltweite Aufmerksamkeit. Hitler schickte den Professor für internationales Recht Friedrich Grimm nach Paris, um die Tätigkeit der Anklage zu verfolgen, während ein internationales Komitee unter der Leitung der amerikanischen Journalistin I Dorothy Thompson Geld für Grynszpens Verteidigung sammelte. Der Kriegsbeginn unterbrach die Vorbereitungen von Staatsanwaltschaft und Verteidigung. Als die Deutschen Frankreich besetzten, lieferte ihnen die Vichy-Regierung pflichtschuldigst den jungen Juden aus, den sie suchten.

In diesen frühen Monaten des Jahres 1939 folgte die Vertreibung der Juden aus dem Reich auch weiterhin dem 1938 entwickelten Muster; die

Juden wurden über die Grenze geschickt, aber gewöhnlich ohne Erfolg. Am 23. Dezember 1938 hatte die Gestapozentrale allen Stellen an den Westgrenzen des Reiches sehr strikte Befehle erteilt, um illegale Übertritte von Juden in Nachbarländer zu verhindern, da es zunehmend Beschwerden gegeben hatte. Wie jedoch ein weiterer Gestapo-Befehl vom 15. März 1939 bestätigt, setzten sich solche illegalen Grenzübertritte noch weit bis ins Frühjahr dieses Jahres fort.

Ein Fluchtweg war noch offen, aber nur für sehr kurze Zeit. Eine am 6. Dezember 1938 in Tokio abgehaltene Ministerkonferenz entschied sich für eine nachgiebige Politik gegenüber den jüdischen Flüchtlingen, sie machte das von den Japanern besetzte Schanghai für sie zugänglich und gestattete sogar längere Transitaufenthalte in Japan selbst. Die Japaner wurden anscheinend von ihrem Misstrauen gegen Deutschland und möglicherweise von humanitären Entwicklungen getrieben, aber, wie Berichte von der Konferenz zeigen, zweifellos auch von ihrem Glauben an die jüdische Macht – einem Glauben, der durch die NS-Propaganda und durch eine Lektüre der *Protokolle der Weisen von Zion* verstärkt worden war – und von deren potentiellen Auswirkungen auf die japanischen Interessen in Grossbritannien und den Vereinigten Staaten. Wie dem auch sei, die Stadt Schanghai, für die keine Visa erforderlich waren, wurde zu einer Zufluchtsstätte für verzweifelte deutsche und österreichische Juden. Am Vorabend des Krieges betrug die Zahl der Juden, die vor allem über Litauen und die Sowjetunion die sicheren Ufer des Chinesischen Meeres erreicht hatten, etwa 18'000.

So gelang es einigen Zehntausenden von Juden, Deutschland zu verlassen und in europäische Nachbarländer, nach Nord-, Mittel- und Südamerika sowie in das ferne Schanghai auszureisen. Winzige Gruppen wurden über die deutschen Grenzen getrieben. Und schliesslich schafften es jüdische Auswanderer trotz der britischen Politik, auf illegalen Transporten, die heimlich sowohl von der Führung der Mehrheitszionisten als auch von ihren rechten Rivalen, den Revisionisten, organisiert wurden, Palästina zu erreichen. Diese illegalen Unternehmungen wurden von Heydrich und allen Dienststellen des SD und der Gestapo mit vollem Wissen der Wilhelm-Strasse unterstützt. Die illegale Route führte zu-

nächst durch Jugoslawien, dann donauabwärts zum rumänischen Hafen Constanta. Das Hauptproblem war nicht, wie die Emigranten das Grossdeutsche Reich verlassen sollten, sondern wie die zionistischen Organisationen das Geld auftreiben sollten, um Beamte zu bestechen und Schiffe zu kaufen und dann den britischen Patrouillen vor der palästinensischen Küste zu entgehen. Von Anfang 1939 bis zum Ausbruch des Krieges gelang es etwa 17'000 illegalen Einwanderern, Palästina zu erreichen.

Am 15. März 1939 hatte die Wehrmacht Prag besetzt; die Tschecho-Slowakei hatte aufgehört zu existieren. Die Slowakei wurde zu einem deutschen Satellitenstaat; Böhmen und Mähren wurden in ein Reichsprotectorat verwandelt. Die Krise hatte in den ersten Tagen des Monats begonnen. Von den Deutschen verlockt und unterstützt, hatten sich die Slowaken von der bereits gestutzten Tschecho-Slowakei losgesagt. Der tschechische Präsident Emil Hacha, ein älterer Mann, wurde nach Berlin zitiert, wo man ihm mit der Bombardierung Prags drohte und ihn so einschüchterte, dass er in alle deutschen Forderungen einwilligte. Bevor er jedoch das Dokument der Unterwerfung seines Landes auch nur unterzeichnet hatte, hatten die ersten deutschen Einheiten bereits die Grenze überschritten.

Nun befanden sich etwa 118'000 weitere Juden unter deutscher Herrschaft. Stahlecker wurde von Wien nach Prag versetzt, um im neuen Protectorat Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD zu werden, und Eichmann folgte bald nach; nach Wiener Modell richtete er in Prag eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung ein.

«Als ich zum Frühstück nach Hause kam, stellte ich fest, dass auch ich einen Flüchtling beherbergte, einen jüdischen Bekannten, der viele Jahre für die Amerikaner gearbeitet hatte», schrieb der amerikanische Diplomat George F. Kennan, der einige Monate zuvor an die Prager Gesandtschaft versetzt worden war, in einer Denkschrift vom 15. März. «Ich sagte ihm, ich könnte ihm kein Asyl gewähren, aber solange er nicht von den Behörden gesucht würde, sei er als Gast willkommen und könne bleiben, so lange er wolle. 24 Stunden geisterte er in meinem Haus um-

her, ein von Furcht und Verzweiflung gezeichneter, bemitleidenswerter Mensch. Unruhig ging er im Wohnzimmer auf und ab, rauchte eine Zigarette nach der anderen und war zu aufgereggt, um zu essen oder an irgendetwas anderes zu denken als an seine verzweifelte Lage. Sein Bruder und seine Schwägerin hatten sich nach Abschluss des Münchener Abkommens das Leben genommen, und er schien die Absicht zu haben, ihnen zu folgen. Annelise [die Ehefrau Kennans] versuchte es ihm im Verlauf dieser Stunden auszureden, diesen Ausweg zu wählen, und zwar nicht weil sie oder ich im Hinblick auf sein künftiges Schicksal sehr optimistisch waren, sondern zum Teil aus unserer grundsätzlichen angelsächsischen Einstellung heraus und zum Teil, um uns eine derartige Unannehmlichkeit zu ersparen.»³³

Wie in jedem Jahr seit 1933 wurde der Reichstag am 30. Januar 1939 aus Anlass des Jahrestages der Machtübernahme zu einer Festsetzung einberufen. Hitlers Rede begann um 20.15 Uhr und dauerte über zweieinhalb Stunden. Ihr erster Teil behandelte die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung und die Entwicklung des Reiches. Hitler geisselte dann einige der wichtigsten britischen Kritiker des Appeasement, denen er vorwarf, einen Krieg gegen Deutschland zu fordern. Hinter den britischen Gegnern des Münchener Abkommens deutete der Naziführer auf die «jüdischen oder nichtjüdischen Hetzer» dieser Kampagne. Er versprach, wenn die nationalsozialistische Propaganda in die Offensive ginge, dann würde sie ebenso erfolgreich sein, wie sie es in Deutschland gewesen sei, wo man, so Hitler, «durch die zwingende Gewalt unserer Propaganda den jüdischen Weltfeind zu Boden geworfen» habe.³⁴

Nach einer Erwähnung des amerikanischen Eingreifens gegen Deutschland im Ersten Weltkrieg, das seiner Auffassung nach von rein kapitalistischen Motiven bestimmt gewesen war, donnerte Hitler – wahrscheinlich erbost über die amerikanischen Reaktionen auf den November-Pogrom und auf andere Massnahmen der Nationalsozialisten gegen die Juden-, es werde niemandem gelingen, Deutschland bei seiner Lösung der Judenfrage zu beeinflussen. Sarkastisch verwies er auf das Mitleid, das die Demokratien für die Juden äusserten, aber auch auf die Weigerung eben dieser Demokratien, ihnen zu helfen, und auf ihre mangelnde

Bereitschaft, die Juden, denen sie solche Sympathie entgegenbrachten, aufzunehmen. Abrupt wandte sich Hitler dann dem Prinzip der absoluten nationalen Souveränität zu: «Frankreich den Franzosen, England den Engländern, Amerika den Amerikanern und Deutschland den Deutschen.» Das bot Anlass zu einer erneuten antijüdischen Tirade: Die Juden hatten alle beherrschenden Positionen in Deutschland, insbesondere in der Kultur, zu kontrollieren versucht. In anderen Ländern gab es Kritik an der harten Behandlung von solch hochkultivierten Menschen. Warum waren dann die anderen nicht dankbar für das Geschenk, das Deutschland der Welt machte? Warum nahmen sie diese «wertvollsten Menschen» nicht auf?

Nach dem Aufwärmen einer Ansammlung von antijüdischen Themen, die man als Teil seines Repertoires bereits kannte, änderte sich Hitlers Ton, und im Reichstag erklangen Drohungen, die in öffentlichen Verlautbarungen eines Staatsoberhauptes bis dahin noch nicht gehört worden waren: «Ich bin in meinem Leben sehr oft Prophet gewesen und wurde meistens ausgelacht. In der Zeit meines Kampfes um die Macht war es in erster Linie das jüdische Volk, das nur mit Gelächter meine Prophezeiungen hinnahm, ich würde einmal in Deutschland die Führung des Staates und damit des ganzen Volkes übernehmen und dann unter vielen anderen auch das jüdische Problem zur Lösung bringen. Ich glaube, dass dieses damalige schallende Gelächter dem Judentum in Deutschland unterdes wohl schon in der Kehle erstickt ist.» Dann kam die ausdrückliche Drohung: «Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und ausserhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.»³⁵

Im Laufe der vorangegangenen Wochen und Monate hatte Hitler hinsichtlich des endgültigen Schicksals der deutschen Juden eine ganze Reihe von Möglichkeiten erwähnt. Am 20. September 1938 hatte er dem polnischen Botschafter in Berlin, Jozef Lipski, erklärt, er erwäge, in Zusammenarbeit mit Polen und Rumänien die Juden in irgendeine Kolonie zu schicken. Dieselbe Idee, speziell im Hinblick auf Madagaskar, war in

den Gesprächen zwischen Bonnet und Ribbentrop zur Sprache gekommen und davor in Görings Ansprachen vom 12. November und vom 6. Dezember. Dem südafrikanischen Verteidigungsminister Oswald Pirow erklärte Hitler am 24. November 1938, eines Tages würden die Juden aus Europa verschwinden. Am 5. Januar 1939 äusserte er gegenüber dem polnischen Aussenminister Jozef Beck, wenn die westlichen Demokratien ein besseres Verständnis für seine Kolonialziele gehabt hätten, dann hätte er ein afrikanisches Territorium zur Ansiedlung der Juden bestimmt; jedenfalls machte er erneut deutlich, dass er dafür war, die Juden in ein fernes Land zu schicken. Schliesslich sagte der Naziführer am 21. Januar, einige Tage vor seiner Rede, zum tschechischen Aussenminister Frantisek Chvalkovský, die Juden Deutschlands würden «vernichtet» werden, was im Kontext seiner Erklärung ihr Verschwinden als Gemeinschaft zu bedeuten schien; erneut fügte er hinzu, dass die Juden an einen fernen Ort verfrachtet werden sollten. Ein bedrohlicherer Ton wurde in diesem Gespräch vernehmbar, als Hitler Chvalkovský gegenüber erwähnte, wenn die angelsächsischen Länder beim Abtransport und bei der Versorgung der Juden nicht kooperierten, dann hätten sie deren Tod auf dem Gewissen?⁶ Wenn Hitler in erster Linie daran dachte, die Juden aus Europa in eine ferne Kolonie zu deportieren, was in diesem Stadium ganz eindeutig ein völlig vager Plan war, dann scheinen die in der Rede vom 30. Januar ausgesprochenen Vernichtungsdrohungen damit zunächst nicht in Einklang zu stehen. Man muss sich aber noch einmal den Hintergrund ansehen.

Auf den ersten Blick hatte Hitlers Rede anscheinend einen doppelten Kontext. Erstens hätten, wie schon erwähnt, die britische Opposition gegen die Appeasement-Politik und die heftigen amerikanischen Reaktionen auf die Kristallnacht genügt, um seine mehrfachen Erwähnungen jüdisch-kapitalistischer Kriegshetze zu erklären. Zweitens ist es äusserst wahrscheinlich, dass Hitler angesichts seines Vorhabens, die Überreste der Tschecho-Slowakei zu zerstückeln, und der Forderungen, die er jetzt an Polen stellte, mit der Möglichkeit rechnete, dass die neue internationale Krise zum Krieg führen würde. So waren seine Vernichtungsdrohungen, begleitet von dem Argument, seine vergangene Laufbahn habe bewiesen, dass man seine Prophezeiungen nicht auf die leichte Schulter

nehmen sollte, vielleicht ganz allgemein darauf gerichtet, zu einem Zeitpunkt, da er sich auf sein riskantestes militärisch-diplomatisches Hasardspiel vorbereitete, etwaige gegen die Nationalsozialisten gerichtete Reaktionen zu schwächen. Im Einzelnen mag er erwartet haben, diese mörderischen Drohungen würden die Juden, die im öffentlichen Leben der europäischen Länder und Amerikas aktiv waren, so stark beeindrucken, dass sie die Aktivitäten reduzierten, die er als ihre kriegshetzerische Propaganda betrachtete.

Gerade weil Hitler an den jüdischen Einfluss in der kapitalistischen Welt glaubte, lässt sich seine Rede in ihrem unmittelbaren Kontext vielleicht als ein erneutes Erpressungsmanöver betrachten. Die Juden Deutschlands sollten für den Fall als Geiseln genommen werden, dass ihre kriegshetzerischen Brüder und die entsprechenden Regierungen einen allgemeinen Krieg anzetteln sollten. Der Gedanke, die Juden als Geiseln festzuhalten, stand nicht unbedingt im Widerspruch zu dem dringenden Wunsch, sie aus Deutschland zu vertreiben. Wie wir sahen, entwickelte Hitler selbst in seinem Gespräch mit Goebbels am 24. Juli 1938 diesen Gedanken. In seiner Ansprache an die Gauleiter vom 6. Dezember kam Göring darauf als Teil seines Emigrationsplans zurück. Überdies sah bei den Verhandlungen zwischen Schacht und Rublee, die noch zu erörtern sein werden, der vom Reichsbankpräsidenten vorgelegte Plan die Ausreise von 150'000 Juden mit ihren Angehörigen im Laufe der darauffolgenden drei Jahre vor, während etwa 200'000 Juden, hauptsächlich die Älteren, Zurückbleiben sollten, um das Wohlverhalten des internationalen Judentums gegenüber dem Reich sicherzustellen.

Es wäre jedoch ein Fehler, Hitlers Rede vom 30. Januar nur in ihrem kurzfristigen, taktischen Kontext zu betrachten. Die weiteren Perspektiven mögen teils kalkulierter Druck, teils Ausdruck unkontrollierter Wut gewesen sein, aber es mag darin durchaus ein Prozess seinen Niederschlag gefunden haben, der mit seinen anderen Vorhaben hinsichtlich der Juden wie etwa ihrer Verbringung in ein fernes afrikanisches Territorium im Einklang stand. Dies war tatsächlich gleichbedeutend mit einer Suche nach radikalen Lösungen, mit einem Abtasten extremer Möglichkeiten. In diesem Rahmen gesehen, wird die Voraussage über die

Vernichtung zu einer Möglichkeit unter mehreren, nicht mehr und nicht weniger real als andere.

Während der Wochen, in denen Hitler auf das schreckliche Schicksal anspielte, das die Juden erwartete, und sie öffentlich mit Vernichtung bedrohte, wurde er ständig über die Verhandlungen auf dem Laufenden gehalten, die zwischen deutschen Vertretern und dem in Evian gebildeten Zwischenstaatlichen Komitee für Flüchtlinge über die Formulierung eines Gesamtplans zur Auswanderung der Juden aus Deutschland stattfanden. Eine grundsätzliche Übereinkunft war am 2. Februar erzielt worden. Wie schon erwähnt, sah sie vor, dass etwa 200'000 Juden im Alter von über 45 Jahren im Grossdeutschen Reich bleiben durften, während etwa 125'000 Juden, die zur jüngeren männlichen Bevölkerung gehörten, mit ihren Angehörigen auswandern würden. Der Auswanderungsprozess sollte über einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren gestreckt werden, und seine Finanzierung sollte durch eine internationale Anleihe gesichert werden, die vorwiegend von Juden in der ganzen Welt aufgenommen und durch das Vermögen, das den Juden in Deutschland immer noch gehörte, abgesichert werden. Wie im Haavarah-Abkommen sorgten die Deutschen dafür, dass verschiedene in dem Plan enthaltene Übereinkünfte den Export deutscher Waren fördern und so einen stetigen Fluss von Devisen ins Reich sicherstellen würden. Auf der Grundlage dieser Vereinbarung konnte das Deutsche Reich die Auswanderer zu Geiseln machen, für deren Freilassung finanzielle Vorteile erpresst wurden.

Die konkrete Bedeutung der Vereinbarung hing davon ab, dass der Kredit erfolgreich aufgelegt wurde, und insbesondere davon, dass die Länder oder Gebiete festgelegt wurden, in die die Juden, welche Deutschland verliessen, emigrieren sollten. Jede der beteiligten westlichen Mächte hatte ihre bevorzugte territoriale Lösung, bei der es gewöhnlich um die Kolonie oder Halbkolonie eines anderen Landes ging: Angola, Abessinien, Haiti, die Guayanas, Madagaskar und so fort. In jedem einzelnen Fall trat irgendein Problem auf oder wurde, genauer gesagt, als Vorwand eingeführt; nicht einmal auf dem Papier einigte man sich auf eine Schutzzone, bevor der Ausbruch des Krieges allen derartigen Pseudo-Planungen ein Ende machte.

Nach der deutschen Volkszählung vom Mai 1939 lebten zu dieser Zeit im Altreich 213'000 Volljuden. Ende 1939 war diese Zahl auf 190'000 zurückgegangen. Seltsamerweise gab ein Bericht des SD vom 15. Juni 1939 an, Ende Dezember 1938 hätten noch 320'000 Volljuden im Altreich gelebt. Ganz gleich, was die Gründe für diese Diskrepanzen sind, die demographischen Daten, die das Judenreferat des SD lieferte, sind dennoch bedeutsam. Nur 16 Prozent der jüdischen Bevölkerung waren jünger als 20 Jahre; 25,93 Prozent waren zwischen 20 und 45, und 57,97 Prozent waren über 45. Diese Angaben passen zu anderen bekannten Schätzungen: Die jüdische Bevölkerung in Deutschland wurde rasch zu einer Gemeinschaft älterer Menschen. Und ausserdem verarmte sie hoffnungslos.

Die Nationalsozialisten waren sich schon seit einiger Zeit darüber im Klaren, dass sie die Juden, um ihre Auswanderung zu beschleunigen, organisatorisch noch fester in den Griff bekommen mussten als bisher und dass sie selbst auch eine zentralisierte Auswanderungsbehörde nach Wiener Muster einrichten mussten, um alle Emigrationsmassnahmen des Altreichs zu koordinieren. Zum Chef der neuen Reichszentrale ernannte Heydrich den Leiter der Gestapo, SS-Standartenführer Heinrich Müller. Zu diesem Zweck war es erforderlich, alle bei den derzeit bestehenden verschiedenartigen jüdischen Organisationen verstreut liegenden Mittel in einer einzigen Organisation für das ganze Reich zusammenzufassen. In einem Rundschreiben der Gestapo hiess es: «Der Reichsvertretung der Juden in Deutschland ist daher aufgegeben worden, eine sogenannte Reichsvereinigung der Juden zu bilden und dafür zu sorgen, dass gleichzeitig alle bisher bestehenden jüdischen Organisationen verschwinden und ihre gesamten Einrichtungen der Reichsvereinigung zur Verfügung stellen.»³⁷

Am 4. Juli 1939 wurde die Reichsvereinigung schliesslich durch die Zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz gegründet. Ihre Hauptfunktion wurde in Artikel 2 eindeutig definiert: «Die Reichsvereinigung hat den Zweck, die Auswanderung der Juden zu fördern.»³⁸ Doch ungeachtet der eindeutigen Prioritäten der Nationalsozialisten behandelte der grösste Teil der Verfügung andere Funktionen wie Bildung, Gesundheit und insbesondere Fürsorge.

So vermittelte die Struktur der Verordnung ganz eindeutig den Eindruck, dass die Nationalsozialisten selbst nicht an den Erfolg der Auswanderungskampagne glaubten. Praktisch wurde die Reichsvereinigung zum ersten der Judenräte, der von den Nationalsozialisten kontrollierten jüdischen Organisationen, die dann in den meisten Teilen des besetzten Europa ihren jeweiligen Gemeinden die Befehle ihrer deutschen Herren über Leben und Tod übermitteln sollten.

Die Juden in Deutschland, denen es nicht gelungen war zu fliehen, wurden in zunehmendem Masse von der öffentlichen Fürsorge abhängig. Wie schon bemerkt, hatte man die Juden vom 19. November 1938 an aus dem allgemeinen Wohlfahrtssystem ausgeschlossen: Sie mussten sich an besondere Stellen wenden, und an sie wurden andere und weit strengere Beurteilungskriterien angelegt als an die allgemeine Bevölkerung. Die deutschen Fürsorgebehörden versuchten, die Last auf die jüdischen Wohlfahrtsdienste abzuwälzen, aber auch dort waren die verfügbaren Mittel durch die zunehmende Not überbeansprucht. Die Lösung für das Problem wurde bald erkennbar, und am 20. Dezember 1938 erliess die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine Verfügung, wonach sich alle arbeitslosen Juden, die arbeitsfähig waren, zu Zwangsarbeit melden mussten. «Es war offensichtlich, dass den Juden nur ausgesuchte schwere und unangenehme Arbeit zugeteilt werden sollte. Baustellen, Strassen- und Wegebau, Abfallbeseitigung, öffentliche Toiletten und Kläranlagen, Steinbrüche und Kiesgruben, Kohlenhandlungen und Knochenarbeit wurden als passend angesehen.»³⁹

Die deutsche Gesellschaft als ganze lehnte die antijüdischen Initiativen des Regimes nicht ab. Die Identifizierung Hitlers mit der antijüdischen Kampagne mag die Trägheit oder vielleicht die passive Komplizenschaft der überwiegenden Mehrheit in einer Angelegenheit verstärkt haben, die von den meisten ohnehin im Vergleich zu ihren Hauptinteressen als nebensächlich betrachtet wurde. Wir sahen, dass wirtschaftliche und religiöse Interessen ein gewisses Mass an Dissens auslösten. Ein derartiger Dissens führte jedoch mit Ausnahme einiger Einzelfälle nicht dazu, dass die jeweilige Politik offen in Frage gestellt wurde. Doch in

den dreissiger Jahren verlangte die deutsche Bevölkerung, deren grosse Mehrheit in der einen oder anderen Form den traditionellen Antisemitismus vertrat, keine antijüdischen Massnahmen, und sie rief auch nicht nach ihrer extremsten Verwirklichung. Unter den meisten «gewöhnlichen Deutschen» gab es Einverständnis mit der Absonderung der Juden und ihrer Entlassung aus dem öffentlichen Dienst; es gab individuelle Initiativen, um aus ihrer Enteignung Nutzen zu ziehen; und es gab ein gewisses Mass an Schadenfreude beim Mitansehen ihrer Erniedrigung. Ausserhalb der Reihen der Partei gab es jedoch keine massive Agitation in der Bevölkerung, die darauf gerichtet gewesen wäre, sie aus Deutschland zu vertreiben oder Gewalttätigkeiten gegen sie zu entfesseln. Die Mehrheit der Deutschen entschied sich einfach dafür wegzusehen. An Hitlers Machtergreifung erinnerte sich eine Mehrheit der Deutschen überdies als den Beginn einer Phase «guter Zeiten».

Der Historiker Norbert Frei schreibt: «Wie in einem ‚Tumel‘ – so das oft in dem Zusammenhang gebrauchte Wort – erlebten die Menschen den rasanten wirtschaftlichen und aussenpolitischen «Wiederaufstieg» Deutschlands. Erstaunlich schnell identifizierten sich viele mit dem sozialen ‚Aufbauwillen‘ einer «Volksgemeinschaft», die sich alles Nachdenklich-Kritische vom Leibe hielt. ... Man liess sich betören von der Ästhetik der Reichsparteitage in Nürnberg und bejubelte die Triumphe deutscher Sportler bei den Olympischen Spielen in Berlin. Hitlers aussenpolitische Erfolge lösten Begeisterungstürme aus. ... In der knappen Zeit, die zwischen Beruf und der Inanspruchnahme im wachsenden Dschungel der NS-Organisationen verblieb, genoss man den bescheiden Wohlstand und privates Glück.»⁴⁰

Die Polenkrise hatte sich im Frühjahr und Sommer 1939 entwickelt. Diesmal stiessen jedoch die deutschen Forderungen auf eine unnachgiebige polnische Haltung und – nach der Besetzung von Böhmen und Mähren – auf neue britische Entschlossenheit. Am 17. März gelobte Chamberlain in Birmingham öffentlich, seine Regierung werde keine weiteren deutschen Eroberungen zulassen. Am 31. März garantierte Grossbritannien die Grenzen Polens wie auch die einer Reihe anderer europäischer

Länder. Am 11. April gab Hitler der Wehrmacht den Befehl, sich für den «Fall Weiss», so der Deckname für den Angriff auf Polen, bereitzuhalten.

Am 22. Mai unterzeichneten Deutschland und Italien ein Verteidigungsabkommen. Zu gleicher Zeit unternahm Hitler, während Grossbritannien und Frankreich zögernde und unverbindliche Gespräche mit der Sowjetunion führten, einen erstaunlichen politischen Schritt und eröffnete eigene Verhandlungen mit Stalin. Am 23. August wurde der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt unterzeichnet; ein begleitendes Geheimprotokoll teilte einen grossen Teil Osteuropas in Gebiete auf, die dann im Kriegsfall von den beiden Ländern besetzt und kontrolliert werden sollten. Hitler war jetzt davon überzeugt, dass Grossbritannien und Frankreich infolge dieses Coups von jeder militärischen Intervention abgeschreckt werden würden. Am 1. September begann der deutsche Angriff auf Polen. Nach einigem Zögern beschlossen die beiden Demokratien, ihrem Verbündeten beizustehen, und am 3. September befanden sich Frankreich und Grossbritannien im Krieg mit Deutschland. Der Zweite Weltkrieg hatte begonnen.

ZWEITER TEIL

TERROR

September 1939 – Dezember 1941

«Das Verhältnis von Leben und Tod hat sich radikal gewandelt. Es gab eine Zeit, da stand das Leben an erster Stelle, da galt ihm die wichtigste, die zentrale Sorge, während der Tod eine Nebenerscheinung war, dem Leben gegenüber sekundär, dessen Ende. Heute herrscht der Tod in all seiner Majestät, während das Leben unter einer dicken Ascheschicht kaum noch glimmt. Diese schwache Lebensglut ist matt, elend und kümmerlich, arm, ohne allen freien Atem, ohne jeden Funken einer geistigen Substanz. Sowohl im Einzelnen als auch in der Gemeinschaft ist anscheinend die Seele selbst verhungert und abgestorben, betäubt und verdorrt. Was bleibt, sind nur die Bedürfnisse des Leibes; und dieser fristet lediglich eine organisch-physiologische Existenz.»

Abraham Lewin,

Grabrede für Yitzhak Meir Weissenberg, 13. September 1941
(*A Cup of Tears: A Diary of the Warsaw Ghetto*)

6.

Polen unter deutscher Herrschaft

September 1939 – April 1940

«Am Freitagmorgen, 1.9., kam der junge Schlächtergeselle und berichtete: Rundfunk erkläre, wir hielten bereits Danzig und Korridor besetzt, der Krieg mit Polen sei im Gang. England und Frankreich blieben neutral», schrieb Victor Klemperer am 3. September 1939 in sein Tagebuch. «Ich sagte zu Eva [seiner Frau], dann sei für uns eine Morphiumspritze oder etwas Entsprechendes das Beste, unser Leben sei zu Ende.»¹

Klemperer war jüdischer Abstammung; in seiner Jugend war er zum Protestantismus übergetreten und hatte eine protestantische «Arierin» geheiratet. Am 30. April 1935 entliess man ihn aus der Technischen Hochschule Dresden, wo er romanische Sprachen und Literaturen lehrte; doch er lebte weiter in der Stadt und zeichnete gewissenhaft auf, was mit ihm und um ihn herum geschah. Zwei Tage lang war nicht sicher, wie die Briten und die Franzosen auf den deutschen Angriff reagieren würden. «Annemarie brachte zu Evas Geburtstag zwei Flaschen Sekt», berichtete Klemperer am 4. September. «Wir tranken damals eine und beschlossen, die zweite für den Tag der englischen Kriegserklärung aufzuheben. Also muss sie heute heran.»²

In Warschau war Chaim Kaplan, der Leiter einer hebräischen Schule, zuversichtlich, dass Grossbritannien und Frankreich diesmal ihren Verbündeten nicht verraten würden wie 1938 die Tschechoslowakei. Am Tag eins des Krieges spürte er auch den apokalyptischen Charakter des

neuen Konflikts: «Wir sind Zeugen des Anbruchs einer neuen Ära in der Weltgeschichte. Dieser Krieg wird allerdings die menschliche Zivilisation vernichten. Aber es handelt sich um eine Zivilisation, die ihre Ausmerzung und Vernichtung verdient hat.» Der Direktor der hebräischen Schule begriff auch die besondere Bedrohung, die der Kriegsausbruch für die Juden darstellte. In derselben Eintragung vom 1. September schrieb er weiter: «Was die Juden betrifft, so ist die Gefahr für sie siebenmal so gross. Wohin Hitler auch kommt, dort gibt es keine Hoffnung für die Juden.»³

Am 8. September besetzte die Wehrmacht Lodz, die zweitgrösste Stadt Polens: «Ganz plötzlich die entsetzliche Nachricht: Lodz hat kapituliert!» schreibt Dawid Sierakowiak, ein knapp fünfzehnjähriger jüdischer Jugendlicher. «Alle Gespräche verstummen; die Strassen leeren sich; Gesichter und Herzen sind von Düsternis, kalter Strenge und Feindseligkeit bedeckt. Herr Grabinski kommt aus der Stadt zurück und erzählt, wie die hier ansässigen Deutschen ihre Landsleute begrüsst haben. Das Grand Hotel, in dem der Generalstab absteigen soll, ist mit Blumengirlanden geschmückt; [volksdeutsche] Zivilisten – Jungen, Mädchen – springen auf die vorbeifahrenden Armeewagen und rufen glücklich ‚Heil Hitler!‘ Laute deutsche Gespräche auf den Strassen. Alles patriotisch und nationalistisch [Deutsche], das in der Vergangenheit verborgen war, zeigt jetzt sein wahres Gesicht.»⁴

Und in Warschau wiederum organisierte Adam Czerniaków, ein Angestellter der polnischen Aussenhandels-Verrechnungsstelle und aktives Mitglied der jüdischen Gemeinde, ein Komitee, das mit den polnischen Behörden Zusammenarbeiten sollte: «Das Jüdische Bürgerkomitee der Hauptstadt», schrieb er am 13. September, «wurde legalisiert und im Gemeindegebäude untergebracht.» Am 23. September notierte er weiter: «Ich bin von Präsident Starzynski zum Vorsitzenden der Jüdischen Kultus-Gemeinde ernannt worden. Eine historische Rolle im belagerten Warschau. Ich werde mich bemühen, ihr gerecht zu werden.»⁵ Vier Tage später kapitulierte Polen.

Was die europäische Judenheit an der Schwelle der Vernichtung kennzeichnete, war vor allem ihre ausserordentliche Vielfalt. Nachdem die Einhaltung religiöser Regeln stetig zurückging und eine kulturell-ethni-

sche Identität keine Gewissheit mehr bot, fehlte ein augenfälliger gemeinsamer Nenner, der auf ein Gewirr von Parteien, Vereinigungen, Gruppierungen und etwa 9 Millionen über den gesamten Kontinent verteilten Individuen passte, die sich trotz allem als Juden betrachteten (oder als solche betrachtet wurden). Diese Vielfalt war das Ergebnis spezifischer nationaler Entwicklungen, grossräumiger Wanderungen, eines vorwiegend auf die Städte konzentrierten Lebens sowie einer beständigen ökonomischen und sozialen Mobilität, hinter der alle möglichen individuellen Strategien der Bewältigung von Feindseligkeiten und Vorurteilen standen, die aber auch durch die Chancen gefördert wurde, welche liberale Umgebungen boten. Diese ständigen Veränderungen trugen zu immer stärkerer Zersplitterung innerhalb der Diaspora bei, vor allem in den chaotischen Jahrzehnten, die das späte 19. Jahrhundert vom Vorabend des Zweiten Weltkriegs trennten.

Gleichwohl gab es einige grundlegende Unterschiede, welche die Szene der europäischen Judentum zwischen den beiden Weltkriegen strukturierten. Die wesentliche Trennlinie verlief zwischen dem osteuropäischen und dem westlichen Judentum; sie war bis zu einem gewissen Grade geographischer Natur, aber ihr manifester Ausdruck hatte kulturellen Charakter. Die osteuropäische Judentum (seit 1918 mit Ausnahme der Juden Sowjetrusslands, die sich nach den Regeln und Chancen entwickelten, welche ihnen das neue Regime bot) umfasste im Prinzip die Gemeinden der baltischen Länder, Polens, des östlichen Teils der Tschechoslowakei, Ungarns (mit Ausnahme der grossen Städte) und der östlichen Provinzen Rumäniens in den Grenzen seit 1918. Die weitgehend «spanischen» (sephardischen) Juden Bulgariens, Griechenlands und einiger Teile Jugoslawiens stellten eine Welt für sich dar. Das osteuropäische Judentum war weniger in die umgebende Gesellschaft integriert, es hielt stärker an religiösen Regeln fest – zuweilen war es noch streng orthodox –, sprach häufig jiddisch und beherrschte das Hebräische bisweilen fliessend. Kurz gesagt, es war in höherem Masse traditionell «jüdisch» als sein westliches Pendant (auch wenn zahlreiche Juden in Wilna, Warschau, Lodz und Iasi nicht weniger «westlich» waren als die Juden in Wien, Berlin, Prag und Paris). Wirtschaftlich stand die Mehrheit

der Juden des Ostens häufig am Rande der Armut, aber dennoch gab es hier ein eigenständiges, dynamisches und vielfältiges jüdisches Leben.

Trotz zunehmender Schwierigkeiten, die sich vor allem seit den frühen 1930er Jahren ergaben, setzte sich die jüdische Auswanderung aus Ost- und Mitteleuropa in den Westen fort. Infolge tiefsitzender kultureller und sozialer Differenzen nahm die Entfremdung zwischen West- und Ostjuden zu – nach beiden Seiten. Für die Ostjuden mangelte es den Westlern an «Yiddishkeit», während den Westlern trotz einer gewissen Idealisierung «echten» jüdischen Lebens die osteuropäischen Juden «rückständig» und «primitiv» erschienen und für sie in zunehmendem Masse eine Quelle von Peinlichkeit und Beschämung darstellten.

Wie gross auch das Ausmass der Entfremdung zwischen West- und Ostjuden am Vorabend des Krieges in verschiedenen westeuropäischen Ländern gewesen sein mag, es besteht kaum ein Zweifel daran, dass der Strom jüdischer Einwanderer und Flüchtlinge zur Zunahme des Antisemitismus beitrug. Wie wir jedoch sehen werden, war die jüdische Einwanderung nur einer von mehreren Aspekten der sich verfinsternden Szenerie. Ganz allgemein gesprochen war die Krise des Judentums in der westlichen Welt das unmittelbare Ergebnis und zugleich der Ausdruck einer Krise der liberalen Gesellschaft selbst und des Aufstiegs antidemokratischer Kräfte überall im Westen. Es bedarf keiner Erwähnung, dass die Nazipropaganda für ihre antisemitischen Invektiven ein ideales Terrain gefunden hatte: Die Juden galten als Profiteure, Plutokraten und vor allem als Kriegstreiber, die fest entschlossen waren, die europäischen Nationen in einen weiteren weltweiten Konflikt hineinzuziehen, um ihre eigenen Interessen zu fördern und schliesslich die Welt Herrschaft zu erringen.

In Wirklichkeit mangelte es jedoch dem europäischen Judentum ungeachtet der politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Leistungen Einzelner an jeglichem nennenswerten kollektiven politischen Einfluss. Diese Machtlosigkeit wurde von ihrer Umgebung nicht erkannt, und individuellen Erfolg deutete man häufig als kollektiven jüdischen Hang, die umgebende Gesellschaft zu unterminieren und zu beherrschen. Nicht

weniger eklatant als ihre Machtlosigkeit war die Unfähigkeit der meisten europäischen Juden, die Ernsthaftigkeit der Bedrohungen einzuschätzen, denen sie ausgesetzt waren; ungeachtet aller Warnsignale, ungeachtet der wütenden Drohungen Hitlers gegen die Juden und der drastischen Zunahme örtlicher Feindseligkeiten verstärkte sich das Rinnsal jüdischer Auswanderung aus Ost- und Mitteleuropa nicht nennenswert; auch aus Westeuropa wanderten vor dem Angriff der Deutschen kaum Juden aus. Im Westen war die Fehlwahrnehmung extremer, wie wir sehen werden. Ausserdem glaubten die Juden vor allem in Westeuropa an die Gültigkeit abstrakter Prinzipien und universaler Werte; mit anderen Worten, sie glaubten an die Herrschaft des Rechts. Das Recht bot einen stabilen Rahmen für die Bewältigung von Zerreißproben, für die Planung des Alltags und des langfristigen Überlebens.

Hitler umriss seine Ansichten über die neu eroberten Völkerschaften und Gebiete im Osten am 29. September in einem Gespräch mit Alfred Rosenberg, in dem er erklärte: «Die Polen: eine dünne germanische Schicht, unten ein furchtbares Material. Die Juden, das grauenhafteste, was man sich überhaupt vorstellen konnte. ... Hier könne jetzt nur eine zielsichere Herrenhand regieren. Er [Hitler] wolle das jetzt festgelegte Gebiet in drei Streifen teilen: 1. zwischen Weichsel und Bug: das gesamte Judentum (auch aus dem Reich), sowie alle irgendwie unzuverlässigen Elemente. ... 2. An der bisherigen Grenze ein breiter Gürtel der Germanisierung und Kolonisierung. ... 3. Dazwischen eine polnische ‚Staatlichkeit‘. Ob nach Jahrzehnten der Siedlungsgürtel vorgeschoben werden kann, muss die Zukunft erweisen.»⁶

In diesem Stadium bezogen sich Hitlers Pläne nur auf die Hälfte des vormaligen Polen, denn in den östlichen Teil des Landes war am 17. September nach einem geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Pakt vom 23. August 1939 die Sowjetunion einmarschiert. Darüber hinaus hatten die Deutschen «besondere Interessen» der Sowjets in den baltischen Ländern, in Finnland, Bulgarien sowie mit Blick auf zwei rumänische Provinzen anerkannt. Für beide Seiten waren der Vertrag vom August und eine am 27. September unterzeichnete geheime Zusatz-

vereinbarung taktische Schachzüge. Sowohl Hitler als auch Stalin wussten, dass es schliesslich zu einer Konfrontation kommen würde.

Am 6. Oktober sprach Hitler bei einer Festsitzung des Reichstags in einem sogenannten «Friedensappell» tatsächlich von einer territorialen Neuordnung derjenigen Gebiete Osteuropas, die zwischen der deutschen Grenze und der sowjetisch-deutschen Demarkationslinie lagen. Seine Siedlungsvorstellung sollte auf dem Grundsatz von Nationalitäten beruhen und das Problem der nationalen Minderheiten einschliesslich des jüdischen Problems lösen. Die Wiedererrichtung eines polnischen Staates wurde als Möglichkeit erwähnt. Mittlerweile waren jedoch Grossbritannien und Frankreich mit Hitlers Taktik bereits vertraut; der «Friedensappell» wurde zurückgewiesen.

Als sich der Gedanke an eine gewisse Form polnischer Souveränität verflüchtigte, wurde das von Deutschen besetzte Polen noch weiter unterteilt. Das Reich verleibte sich mehrere Gebiete entlang seiner Ostgrenzen ein: einen ausgedehnten Streifen entlang der Warthe (Reichsgau Wartheland oder Warthegau), Ostoberschlesien, den polnischen Korridor mit der Stadt Danzig und einen kleinen Gebietsstreifen südlich von Ostpreussen. Damit wuchs die Bevölkerung des Reichs um etwa 10 Millionen Menschen, von denen etwa 750'000 Deutsche waren. Das verbleibende polnische Territorium, zu dem die Städte Warschau, Krakau und Lublin gehörten, wurde zum «Generalgouvernement», einer Verwaltungseinheit mit etwa 12 Millionen Einwohnern, die von deutschen Beamten regiert wurde und von deutschen Truppen besetzt war. Das Generalgouvernement wurde seinerseits in vier Distrikte – Warschau, Radom, Krakau und Lublin – unterteilt. Im August 1941, nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, kam noch der Distrikt Galizien hinzu.

Am 18. Oktober segelte Hitler, nachdem er die Effekthascherei des «Friedensappells» hinter sich gelassen hatte, wieder im üblichen Fahrwasser. Bei einem Treffen mit einer Gruppe militärischer Befehlshaber sowie einigen hochrangigen Parteifunktionären bemerkte er über das, was in Polen erreicht werden sollte: «Die Durchführung bedingt einen harten Volkstumskampf, der keine gesetzlichen Bindungen gestattet.»

Insbesondere zwei Gruppen werde man ins Visier nehmen: die Juden und die «polnischen Eliten».⁷ Die Ermordung von Juden geschah in diesem Stadium planlos, die der polnischen Eliten wurde systematischer betrieben.

Etwa 60'000 Polen, deren Namen man im Laufe der Vorkriegsjahre gesammelt hatte, sollten beseitigt werden; die Operation wurde zum Teil unter Anweisungen getarnt, die auf die Sicherheit der Truppen und allgemeiner die des besetzten Territoriums abzielten. SS-Chef Heinrich Himmler wählte für die Terrorkampagne den Decknamen «Tannenberg», der an den Sieg der deutschen Armeen über die russischen Truppen bei Tannenberg in Ostpreussen im Jahre 1914 erinnerte und sich mit einer symbolischen Vergeltung für die vernichtende Niederlage verband, welche Polen dem Deutschen Orden an eben diesem Ort im frühen 15. Jahrhundert beigebracht hatten.

Hinrichtungen an Ort und Stelle waren die gängigste Praxis der Vergeltung gegen polnische Zivilisten für Angriffe auf deutsche Truppen und der Rache für die Ermordung von Volksdeutschen durch Polen, wie sie in den ersten Phasen des Krieges vorkamen. Zur Beseitigung lokaler Eliten wurden jedoch auch andere Methoden eingesetzt. So lud die Gestapo am 3. November 1939 183 Fakultätsmitglieder der Jagiellonenuniversität Krakau vor, verhaftete sie und deportierte sie in das Konzentrationslager Sachsenhausen bei Berlin. Einige Monate später wurden die älteren Wissenschaftler freigelassen und die jüngeren nach Dachau geschickt. Dreizehn der Verhafteten waren inzwischen bereits gestorben; von den Juden wurde keiner aus der Haft entlassen.

Zwar waren die Juden nach Ansicht Hitlers in erster Linie eine aktive (letztlich tödliche) Bedrohung. Doch nach dem Polenfeldzug waren die deutschen Reaktionen auf den Anblick der Ostjuden vor allem durch Abscheu und äusserste Verachtung gekennzeichnet. Am 10. September machte Hitler eine Rundfahrt durch das Judenviertel von Kielce; sein Pressechef Otto Dietrich schilderte in einem Ende des Jahres erschienenen Pamphlet den Eindruck dieses Besuches: «Wenn wir einmal geglaubt hatten, den Juden zu kennen, dann werden wir hier rasch eines anderen belehrt. ... Es ist unvorstellbar, wie diese Menschen aussehen. ... Der physische Abscheu hindert uns, unsere journalistischen Nachfor-

schungen an Ort und Stelle fortzusetzen. ... [Es] sind die Juden in Polen keineswegs arm, aber sie leben in einem unvorstellbaren Schmutz, in Hütten, in denen in Deutschland kein Landstreicher übernachten würde.»⁸

Am 7. Oktober knüpfte Goebbels an Hitlers Schilderung seiner Eindrücke aus Polen an und schrieb: «Das Judenproblem wird wohl am schwierigsten zu lösen sein. Diese Juden sind gar keine Menschen mehr. Mit einem kalten Intellekt ausgestattete Raubtiere, die man unschädlich machen muss.»? Im Sprachgebrauch der Nazis hiess «unschädlich machen» soviel wie ermorden. Im Herbst 1939 gab es keinen konkreten Plan, der in diese Richtung ging, aber Mordgedanken in Bezug auf die Juden lagen gewiss in der Luft.

Erreicht werden sollte der Sieg im Volkstumskampf nicht nur durch zügellose Grausamkeit gegenüber den nichtgermanischen Rassen, sondern zugleich auch durch eine ebenso rücksichtslose Säuberung der deutschen Volksgemeinschaft innerhalb des germanischen Raumes. Zur Ausmerzung vorgesehen waren die Geisteskranken, die Zigeuner und verschiedene «fremdrassige» Elemente (Homosexuelle, «Asoziale», Kriminelle und dergleichen), die sich immer noch unter das Volk mischten, auch wenn viele von ihnen bereits in Konzentrationslager abtransportiert worden waren.

Tausende von psychisch kranken Patienten aus Anstalten in Pommern, Ostpreussen und dem Gebiet um Posen im Warthegau wurden schon bald nach dem deutschen Angriff auf Polen eliminiert. Man ermordete sie ohne jede medizinische Vertuschung und unabhängig von der «Euthanasie»-Aktion. Auf Befehl Himmlers sollten diese Patienten getötet werden, damit die Gebäude, in denen sie lebten, Angehörigen der Waffen-SS und verwundeten Soldaten als Unterkünfte zur Verfügung gestellt werden konnten, möglicherweise auch, um die Umsiedlung von Volksdeutschen aus Nachbarländern im Osten zu erleichtern. Auf neugeborene Kinder mit schweren Missbildungen hatte man es, wie wir sahen, bereits am Vorabend des Krieges abgesehen. Mit dem auch auf Erwachsene zielenden «Euthanasie»-Programm als solchem (das den Decknamen «T 4» trug) wurde auf Befehl Hitlers insgeheim im Oktober 1939 begonnen. Dieses Programm stand unter der unmittelbaren Verantwortung der Kanzlei des Führers der NSDAP (KdF), deren Leiter Philipp Bouhler war. Im Rahmen von T4 wurden zwischen Kriegsbeginn und

August 1941, als sich die Struktur des Vernichtungssystems änderte, etwa 70'000 geisteskrankte Patienten in sechs psychiatrischen Anstalten gesammelt und ermordet. In jeder der medizinischen Institutionen, die jetzt zu Tötungszentren wurden, trugen Ärzte und Polizeibeamte gemeinsam Verantwortung. Die Vernichtungen folgten einem standardisierten Muster: der leitende Arzt kontrollierte die Papiere; es wurden Photos der Opfer angefertigt; dann führte man die Insassen in eine Gaskammer, in die aus Behältern Kohlenmonoxid eingeleitet wurde, und erstickte sie so. Goldzähne wurden ausgebrochen und die Leichen verbrannt.

Im Juni 1940 begann die Ermordung jüdischer Patienten. Man hatte sie zuvor in einige wenige Einrichtungen überführt, die nur für sie bestimmt waren. Sie wurden ohne alle Formalitäten getötet; ihre Krankenakten waren nicht von Interesse. Ihr Tod wurde gleichwohl getarnt: Die Reichsvereinigung, die Vertretung der Juden in Deutschland, musste die Kosten der Unterbringung in einer fiktiven Institution, dem «Staatlichen Hospital Cholm» in der Nähe von Lublin, bezahlen. Im August 1940 erhielten die Angehörigen der Patienten gleichlautende Briefe aus Cholm, in denen sie vom plötzlichen Tod ihrer Verwandten in Kenntnis gesetzt wurden – alle waren an demselben Tag gestorben. Die Todesursache war nicht angegeben.

Während Hitler in Gesprächen mit Goebbels, Rosenberg und anderen Parteivertretern seine antisemitischen Tiraden unverändert fortsetzte, fanden seine einzigen *öffentlichen* antijüdischen Ausfälle innerhalb eines Zeitraums von mehreren Monaten zu Beginn des Krieges statt, an dem Tag, an dem Grossbritannien und Frankreich in den Konflikt eintraten. Am Nachmittag des 3. September sendete der deutsche Rundfunk vier Verlautbarungen Adolf Hitlers: die erste an das deutsche Volk, die zweite und dritte an die Streitkräfte an der Ostfront und an der Westfront, die letzte und wichtigste schliesslich an die nationalsozialistische Partei. In der ersten Verlautbarung drosch der Naziführer auf diejenigen ein, die diesen Krieg angefangen hatten; auf «jene jüdisch- plutokratische und demokratische Herrschicht, die in allen Völkern der Welt nur gehorsame Sklaven sehen will».¹⁰ Während in der Ansprache an das deutsche Volk

der Angriff auf die «jüdische Plutokratie» erst in der Mitte des Textes kam, leitete er die Verlautbarung an die Partei ein: «Unser jüdisch-demokratischer Weltfeind hat es fertiggebracht, das englische Volk in den Kriegszustand gegen Deutschland zu stellen.» Der wirkliche «Weltfeind» wurde abermals eindeutig identifiziert: Partei und Staat würden handeln müssen. «Wer sich», so warnte Hitler dunkel, «den Gemeinschaftsanforderungen widersetzt ... oder wer glaubt, sie gar sabotieren zu können, wird *dieses Mal unbarmherzig vernichtet.*»¹¹ Die Frage, ob diese finsternen Drohungen künftige Schritte signalisierten oder ob es sich dabei zu diesem Zeitpunkt lediglich um ritualisierte Ausbrüche handelte, bleibt offen.

Hitlers nachfolgende Zurückhaltung in der Öffentlichkeit hatte naheliegende politische Gründe – er hoffte auf eine Übereinkunft mit Frankreich und Grossbritannien. Über die Juden wurde nichts gesagt, weder in der Jahresansprache an die «alten Kämpfer» am 8. November 1939 noch in der offiziellen Erklärung nach dem Attentat auf Hitler am selben Abend. In seiner Neujahrsbotschaft an die Partei für das Jahr 1940 deutete Hitler lediglich an, dass die Juden nicht vergessen waren: «Trotzdem hat der jüdisch-internationale Kapitalismus in Verbindung mit sozial-reaktionären Schichten in den westlichen Staaten es fertiggebracht, die Welt der Demokratien gegen Deutschland zu hetzen»; derselbe «jüdisch-kapitalistische Weltfeind» kannte nur ein einziges Ziel: es hiess, «Deutschland, das deutsche Volk zu vernichten!» Aber, so Hitler: «Die jüdisch-kapitalistische Welt wird das 20. Jahrhundert nicht überleben!»¹² Und in der Rede zum Jahrestag der Machtergreifung, am 30. Januar, war dann die gleiche Zurückhaltung noch deutlicher spürbar; die Juden wurden überhaupt nicht erwähnt.

Ungeachtet der Zurückhaltung, die sich Hitler in der Öffentlichkeit auferlegte, vergass Goebbels nie die potentiellen Auswirkungen der anti-jüdischen NS-Propaganda jenseits der Reichsgrenzen, insbesondere bei den Feinden Deutschlands. Durch endlose Wiederholung der Behauptung, der Krieg sei ein «jüdischer Krieg», den die Juden zu ihrem eigenen Nutzen und in Verfolgung ihres Endziels, der Weltherrschaft, vorbereitet und angezettelt hätten, hoffte Goebbels, die Entschlossenheit des Fein-

des zu schwächen und einen zunehmenden Wunsch nach einer Übereinkunft mit Deutschland zu fördern.

Unmittelbar nach Kriegsbeginn befahl Goebbels die Produktion dreier grosser antijüdischer Filme: *Die Rothschilds*, *Jud Süss* und *Der ewige Jude*. Ende 1939 und in den ersten Monaten des Jahres 1940 widmete der Minister dem «Judenfilm», wie er den *Ewigen Juden* nannte, beständige Aufmerksamkeit. Die Synagogaufnahmen waren in der Vilker Synagoge in Lodz gefilmt worden. Die Deutschen versammelten die Gemeindeglieder, befahlen ihnen, *taleysim* (Gebetsschals) und *tefillin* (Gebetsriemen) anzulegen und einen vollständigen Gottesdienst vorzuführen. Szymon Huberband hielt später die Einzelheiten des Ereignisses für das Untergrundarchiv in Warschau fest (auf das wir noch zurückkommen). «Es kam eine grosse Zahl hochrangiger deutscher Beamter», notierte Huberband, «und filmte den gesamten Ablauf des Gottesdienstes, verewigte ihn in Zelluloid!!» Dann wurde der Befehl erteilt, die Torarolle herauszunehmen und aus ihr vorzulesen: «Der Tora-Vorleser, ein gewitzter Jude, rief auf hebräisch, bevor er mit der Lesung begann: ‚Heute ist Dienstag Das sollte als Erklärung für die Nachwelt dienen, dass sie dazu gezwungen wurden, die Tora zu lesen, denn die Tora wird gewöhnlich nicht dienstags gelesen.‛

Im jüdischen Schlachthaus wiederholten die Deutschen die Operation: «Den koscheren Schlächtern in Jarmulkes [Käppchen] und Gartlech [Schärpen] befahl man, eine Reihe von Tieren zu schlachten und die Segenssprüche zu rezitieren, wobei sie die Augen verdrehten und sich voller religiöser Inbrunst hin und her wiegten. Sie mussten auch die Lungen der Schlachttiere untersuchen und die Anhänge von den Lungen entfernen.»¹³ Übrigens brannten die Deutschen in den darauffolgenden Tagen erst eine und dann eine andere Synagoge nieder und verkündeten, das sei die Rache der Polen dafür, dass die Juden das Denkmal des Nationalhelden und antirussischen Freiheitskämpfers Tadeusz Kosciuszko zerstört hätten.

Die SS-Einsatzgruppen, die Heydrich, seit Mitte September 1939 Chef des Reichssicherheitshauptamts, aufgestellt hatte, waren beauftragt worden, Polen umzubringen und die jüdische Bevölkerung im ehemaligen Polen zu terrorisieren. Die brutale Ermordungs- und Vernichtungskam-

pagne, die sie gegen die Juden in Gang setzten, war einerseits eine Manifestation des allgemeinen Hasses der Nazis auf die Juden und andererseits eine Demonstration von Gewalt, die die jüdische Bevölkerung dazu veranlassen sollte, aus Regionen, die dem Reich angegliedert werden sollten, zu fliehen. Darüber hinaus hatten die Einsatzgruppen wahrscheinlich die Anweisung erhalten, so viele Juden wie möglich über den San in den Teil Polens zu treiben, der dann von den Sowjets besetzt wurde.

Die Einsatzgruppe des SS-Generals Udo von Woyrsch, die sich aus Männern des SD und der Ordnungspolizei zusammensetzte, leistete ganze Arbeit. In Dynów am San verbrannten Abteilungen der Ordnungspolizei, die zu dieser Gruppe gehörten, ein Dutzend Juden in der Synagoge des Ortes und erschossen dann etwa 60 weitere im nahegelegenen Wald. Solche Mordaktionen wurden in mehreren Dörfern und Kleinstädten der Nachbarschaft wiederholt. Insgesamt hatte die Einheit bis zum 20. September etwa 500 bis 600 Juden ermordet. Aus der Sicht der Wehrmacht hatte von Woyrsch alle erträglichen Grenzen überschritten. Mehrere Kommandeure verlangten den Rückzug der Einsatzgruppe, und diesem Verlangen kam die Gestapozentrale ungewöhnlicherweise sofort nach. Von Woyrschs Fall war jedoch extrem; im Allgemeinen führte die Spannung zwischen der Wehrmacht und der SS nicht zu irgendwelchen Massnahmen gegen die SS-Einheiten selbst, sondern nur zu Beschwerden der Wehrmacht über die Disziplinlosigkeit der Männer Heydrichs.

Das Massakrieren von Juden wurde von der Wehrmacht möglicherweise als ein Vorgang angesehen, der disziplinarisches Handeln erforderte, aber ihre Folterung war sowohl für die Soldaten als auch für die SS-Angehörigen eine willkommene Unterhaltung. Besonders beliebt als Opfer waren orthodoxe Juden, die sich durch Aussehen und Kleidung leicht identifizieren liessen. Auf sie wurde geschossen, sie wurden gezwungen, sich gegenseitig mit Kot zu beschmieren, sie mussten springen, kriechen, singen, Exkremete mit Gebetsschals abwischen, um Feuer tanzen, in denen Torarollen verbrannt wurden. Man peitschte sie, zwang sie, Schweinefleisch zu essen, oder schnitt ihnen Judensterne in die Stirn. Der beliebteste Zeitvertreib war das «Bartspiel»: Bärte und

Schlafenlocken wurden abgeschnitten, ausgerupft, in Brand gesteckt, mit oder ohne Teile der Haut, der Wangen oder des Kiefers abgesäbelt, und das zum Amüsement eines gewöhnlich grossen Publikums applaudierender Soldaten.

Ein Teil der Invasionsarmee war auch schon in diesem frühen Stadium des Krieges hochgradig ideologisiert. In einem «Merkblatt für das Verhalten des deutschen Soldaten im besetzten Gebiet in Polen», das der Oberbefehlshaber des Heeres, General Walther von Brauchitsch, am 19. September 1939 ausgegeben hatte, wurden die Soldaten gewarnt, sie müssten damit rechnen, dass ihnen alle Zivilisten, sofern es sich nicht um «Angehörige deutschen Volkstums» handele, «innerlich feindlich» gegenüberstünden. Weiter hiess es in Brauchitschs «Merkblatt»: «Das Verhalten gegenüber den Juden bedarf für den Soldaten des Nationalsozialistischen Reiches keiner besonderen Erwähnung.» Es hielt sich daher im Rahmen der akzeptierten Denkweise, wenn ein Soldat in eben diesen Tagen in seinem Tagebuch notierte, in Polen erkenne man die Notwendigkeit einer radikalen Lösung der Judenfrage; hier sehe man Häuser, die von Tieren in Menschengestalt bewohnt seien, von Wesen, die mit ihren Bärten und Kaftanen, mit ihren Teufelsfratzen einen entsetzlichen Eindruck machten; wer noch kein radikaler Judengegner sei, der müsse hier einer werden.¹⁴

Zum Plündern bedurfte es allerdings keiner ideologischen Leidenschaft: «Um elf Uhr am Vormittag klopfen sie an die Tür», notierte Sierakowiak am 22. Oktober, «... ein deutscher Offizier, zwei Polizisten und der Verwalter kommen herein. Der Offizier fragt, wie viele Personen sich in der Wohnung aufhalten, sieht sich die Betten an, fragt nach Wanzen und ob wir ein Radio haben. Er findet nichts, was sich mitzunehmen lohnt, und verlässt schliesslich enttäuscht die Wohnung. Bei den Nachbarn (sie gehen natürlich nur zu Juden) hat er Radio, Matratzen, Deckbetten, Teppiche usw. mitgenommen. Den Grabinskis haben sie ihre einzige Daunendecke weggenommen.»¹⁵

Tatsächlich verbanden sich alle Motive miteinander: Ideologie, Plünderung und Spass vergnügen. Am 13. Oktober 1939 schrieb der polnische Arzt und langjährige Direktor des Krankenhauses von Szczebrzeszyn in der Nähe von Zamosc, Dr. Zygmunt Klukowski, in sein Tagebuch:

«Die Deutschen haben mehrere neue Regeln erlassen. Ich nenne nur einige davon: ‚Alle Männer jüdischer Religion im Alter von 15 bis 60 Jahren müssen sich am 14. Oktober um 8 Uhr morgens mit Besen, Schaufeln und Eimern am Rathaus melden. Sie werden die Strassen der Stadt reinigen.›‘ Am nächsten Tag fügte er hinzu: «Die Deutschen behandeln die Juden sehr brutal. Sie schneiden ihnen die Bärte ab; manchmal reissen sie ihnen das Haar aus.» Am 15. lieferten die Deutschen noch mehr von dieser Sorte, aber mit einer etwas anderen Tendenz: «Ein deutscher Major, der jetzige Stadtkommandant, erklärte der neuen ‚Polizei‘ [einer polnischen Hilfspolizeieinheit], dass alle Brutalitäten gegen die Juden toleriert werden müssten, da sie in Übereinstimmung mit der deutschen antisemitischen Politik stünden, und dass diese Brutalitäten von oben angeordnet worden seien. Die Deutschen versuchen dauernd neue Arbeit für die Juden zu finden. Sie befehlen den Juden, vor jeder Arbeit mindestens eine halbe Stunde anstrengende Gymnastik zu machen, was vor allem für ältere Menschen fatal sein kann. Wenn die Juden zu einem Einsatz geführt werden, müssen sie laut polnische nationale Lieder singen.»¹⁶

Am 21. September 1939 hatte Heydrich für die Befehlshaber der Einsatzgruppen folgende Richtlinien erlassen: 1) Konzentrierung der Juden vom Lande in Städten, die entweder Eisenbahnknotenpunkte sind oder zum mindesten an Eisenbahnstrecken liegen «als erste Vorausmassnahme für das Endziel». 2) In sämtlichen jüdischen Gemeinden Aufstellung von «jüdischen Ältestenräten», die als administrative Bindeglieder zwischen den deutschen Behörden und der jüdischen Bevölkerung dienen sollen. 3) Zusammenwirken mit den Militär- und Zivilverwaltungsbehörden in allen Angelegenheiten, welche die jüdische Bevölkerung betreffen.¹⁷

Mit dem «Endziel» war in diesem Kontext wahrscheinlich die Deportation der jüdischen Bevölkerung des Warthegaus und später der westlichen und mittleren Teile des ehemaligen Polen in den östlichsten Teil des Generalgouvernements, den Distrikt Lublin, gemeint. Einige Tage später verkündete Heydrich, der Führer habe die Abschiebung von Juden über die Demarkationslinie (zwischen dem von Deutschen besetzten Polen und dem sowjetisch besetzten Gebiet) genehmigt. Eine solche Ge-

nehmung bedeutete, dass die Deutschen in diesem frühen Stadium noch keine klaren Pläne hatten. Ihre Politik bezüglich der Juden des ehemaligen Polen hielt sich anscheinend im Rahmen der Massnahmen, die sie vor dem Krieg hinsichtlich der Juden im Reich ausgearbeitet hatten – und die sie jetzt mit erheblich grösserer Gewaltsamkeit anwendeten: Identifizierung, Absonderung, Enteignung, Konzentration und Auswanderung oder Abschiebung.

Mittlerweile war jedoch ein neues Element ins Bild gerückt, das sich in erheblichem Umfang auf die Massnahmen auswirkte, die gegen Juden und Polen ergriffen wurden: die massenhafte Heranführung von Volksdeutschen aus Ost- und Südosteuropa. Juden und Polen sollten vertrieben werden, und Volksdeutsche sollten einziehen. Am 7. Oktober 1939 wurde Himmler zum Chef der neuen Behörde ernannt, die für diese Bevölkerungsverschiebungen zuständig war: des Reichskommissariats für die Festigung des deutschen Volkstums (RKFdV).

In den letzten Jahren haben viele Historiker nach einer Verbindung zwischen diesen Planungen und dem Beginn der «Endlösung» gesucht. Wie wir jedoch sehen werden, hat es den Anschein, als seien diese Operationen voneinander unabhängig gewesen und als hätten sie ihren Ursprung in unterschiedlichen Motiven und Plänen gehabt. Gleichwohl führten die von Himmler vorgenommenen Bevölkerungsverschiebungen in den Jahren 1939 bis 1942 unmittelbar zur Vertreibung und Deportation Hunderttausender von Polen und Juden vor allem, aber nicht ausschliesslich aus dem Warthegau ins Generalgouvernement.

Im Oktober 1939 begannen die Deportationen von Juden aus Wien, Mährisch-Ostrau und Kattowitz nach Nisko, einer kleinen Stadt am San im Distrikt Krakau. Diese Transporte, denen Hitler zugestimmt hatte, waren von den örtlichen Gauleitern vor allem deshalb verlangt worden, weil man sich in den Besitz jüdischer Wohnungen setzen wollte. Und in Wien ging es ausserdem darum, dass die Stadt auf diese Weise ihren ursprünglichen «arischen» Charakter zurückerhalten sollte. Einige tausend Juden würden deportiert, aber innerhalb von wenigen Tagen geriet die Operation ins Stocken, weil die Wehrmacht die Bahnlinien für den Transport von Truppen aus Polen nach Westen brauchte.

Zwei weitere Transfervorgänge fanden gleichzeitig statt und hatten identische Ziele. Die eine, nach Nazimassstäben kleine Operation bestand in der Deportation von etwa 1'800 Juden aus den deutschen Städten Stettin und Schneidemühl nach Lublin im Februar 1940. Die zweite Operation war ein Paradebeispiel für äusserste Brutalität: Sie zielte auf die gerade erwähnte Vertreibung Hunderttausender von Juden und Polen aus dem annektierten Warthegau ins Generalgouvernement innerhalb einiger Monate. Die verlassenen Häuser und Höfe der Deportierten sollten an Volksdeutsche aus den baltischen Ländern verteilt werden, deren Ausreise und «Heimführung ins Reich» die Deutschen mit der UdSSR ausgehandelt hatten.

Für die Juden aus Stettin und Schneidemühl war im schneebedeckten Gebiet um Lublin nichts vorbereitet. Sie wurden entweder in provisorischen Baracken untergebracht oder von örtlichen jüdischen Gemeinden aufgenommen. Der neuernannte SS- und Polizeiführer (SSPF) des Distrikts Lublin, Odilo Globocnik, sah darin kein besonderes Problem. Am 16. Februar 1940 erklärte er, «die evakuierten Juden und Polen sollten sich selbst ernähren und von ihren Landsleuten unterstützen lassen, da diese Juden genug hätten. Falls dies nicht gelänge, sollte man sie verhungern lassen.»¹⁸

Die Deportationen aus dem Warthegau ins Generalgouvernement versanken schon bald in totalem Chaos, mit überfüllten Zügen, die tagelang in Frostwetter steckenblieben oder ziellos hin und her rangierten. Die Brutalität dieser Deportationen, die vor allem von Adolf Eichmann, dem jetzigen Spezialisten für die Auswanderung und Evakuierung von Juden im RSH A, in Zusammenarbeit mit dem neugegründeten RKFdV organisiert wurden, konnte das völlige Fehlen von Planung und auch nur minimaler Vorbereitung von Aufnahmegebieten für die Deportierten nicht aufwiegen. In den ersten Wochen der Transfers machte sich Generalgouverneur Hans Frank offenbar keine Gedanken über den plötzlichen Zustrom. Anfang Februar 1940, als man in seinem Herrschaftsbereich etwa 200'000 Neuankömmlinge gezählt hatte, fuhr er jedoch nach Berlin und erwirkte von Göring einen Befehl, mit dem die Deportationen gestoppt wurden. Durch diesen Erfolg ermutigt, ergriff Frank selbst die Initiative:

Am 12. April kündigte er seine Absicht an, die jüdischen Bewohner Krakaus zu vertreiben. Bis zum Ende des Jahres hatten etwa 43'000 jüdische Bewohner die Stadt verlassen müssen, und diejenigen, die zurückblieben, wurden im Bezirk Podgorce, im Ghetto, konzentriert. Die Juden, die man vertrieben hatte, kamen nicht sehr weit. Sie liessen sich überwiegend in der Umgebung von Franks Hauptstadt nieder. Zumindest aber hatten der Generalgouverneur und die deutsche Zivil- und Militärverwaltung in Krakau den grössten Teil der Juden ausser Sichtweite gejagt.

Auch wenn Frank unmittelbar nur Hitler selbst unterstand, wurden seine Autorität und die seiner Verwaltung ständig von Himmler in Frage gestellt, der auch im Generalgouvernement für alle Fragen der inneren Sicherheit zuständig war. Ausserdem übernahm Himmler als Chef des neugegründeten RKFdV den Abtransport von Polen und Juden in Franks Reich, bis diese Operation, wie wir sahen, vorübergehend gestoppt wurde. Faktisch wurde demnach mit Beginn des Jahres 1940 eine duale Administration errichtet: neben Franks Zivilverwaltung stand die Verwaltung Himmlers, die für Sicherheit und Bevölkerungsverschiebungen zuständig war. Die Spannung zwischen den beiden Systemen nahm rasch zu, vor allem auf Distriktebene und insbesondere im Distrikt Lublin, wo Himmlers Vertreter und Protégé, der berühmte SS- und Polizeiführer Globocnik, unter krasser Missachtung der Autorität des Distriktgouverneurs Ernst Zörner eine quasi-unabhängige Verwaltung errichtete.

Unerwarteterweise ging die erste Runde in diesem andauernden Machtkampf an Frank. Es gelang dem Generalgouverneur nicht nur, die Deportationen in sein Gebiet aufzuhalten, sondern er zwang im Distrikt Lublin Globocnik auch dazu, seine Privatpolizei, den «Selbstschutz», den er aus ortsansässigen Volksdeutschen rekrutiert hatte, aufzulösen. Dies war jedoch nur die erste Runde, und nur zu bald sollte Globocnik seine Terroraktivitäten in weit grösserem Umfang wieder aufnehmen.

Unterdessen wurden die Juden gemäss den Richtlinien Heydrichs zunehmend in besonderen Bezirken der Städte konzentriert, wengleich weder Heydrich noch Frank einen generellen Befehl zur Einrichtung geschlossener Ghettos erliessen. Die Kennzeichnung und Absonderung der

Juden begann am 1. Dezember, als den jüdischen Bewohnern des Generalgouvernements im Alter von über zehn Jahren befohlen wurde, eine weisse Binde mit einem blauen Davidsstern am rechten Arm zu tragen. Auf die Armbinde folgten schon bald das Verbot eines Wohnsitzwechsels, die Ausschliessung aus einer langen Liste von Berufen, das Verbot der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sowie die Verbannung aus Restaurants, Parks und dergleichen. Danach kamen Enteignung und Beschlagnahme. Am 24. Januar 1940 wurden jüdische Unternehmen im Generalgouvernement unter «Treuhanderschaft» gestellt; sie konnten auch beschlagnahmt werden, falls es das «öffentliche Interesse» erforderte. Am gleichen Tag befahl Frank die Registrierung sämtlichen jüdischen Eigentums: nichtregistriertes Eigentum sollte als «herrenlos» konfisziert werden. Es folgten weitere Enteignungsmassnahmen, und schliesslich, am 17. September 1940, ordnete Göring die Beschlagnahme aller jüdischen Besitztümer und Vermögenswerte mit Ausnahme von persönlicher Habe und 1'000 RM in bar an.

Schritte zur Ghettoisierung gingen auf lokale Initiativen zurück und waren von Ort zu Ort durch unterschiedliche Umstände bedingt. Der Vorgang zog sich hin: von Oktober 1939 (Piotrków Trybunalski) über März 1941 (Lublin und Krakau) bis 1942 und sogar 1943 (Oberschlesien); in manchen Fällen wurden vor Beginn der Deportationen in die Vernichtungslager keine Ghettos eingerichtet. Das Ghetto von Lodz wurde im April 1940 etabliert und das Warschauer Ghetto im November 1940. Während in Warschau vorwiegend sanitäre Gründe zum Vorwand für die Abriegelung des Ghettos genommen wurden (die Angst der Deutschen vor Epidemien), stellte man in Lodz eine Verbindung zur Umsiedlung von Volksdeutschen aus dem Baltikum in die von den Juden freigemachten Wohnungen her.

Von Anfang an betrachtete man die Ghettos als vorübergehend eingesetztes Mittel zur Absonderung der jüdischen Bevölkerung, bevor man sie abschob. Nachdem sie jedoch ein gewisses Mass an Dauerhaftigkeit erlangt hatten, bestand dann eine ihrer Funktionen in der rücksichtslosen und systematischen Ausbeutung eines Teils der gefangenen jüdischen Bevölkerung zum Nutzen des Reiches (vorwiegend für die Bedürfnisse

der Wehrmacht). Indem sie die Lebensmittelversorgung reduzierten und in Lodz das reguläre Geld durch eine besondere Ghettowährung als einziges legales Zahlungsmittel ersetzten, bekamen die Deutschen ausserdem den grössten Teil des Bargelds und der Wertsachen in die Hand, welche die Juden mitgenommen hatten, als man sie in ihre Elendsquartiere trieb.

Die Ghettos erfüllten im Nazi-Universum auch eine nützliche psychologische und «erzieherische» Funktion: Sie wurden rasch zum Ausstellungsort jüdischen Elends und Mangels, und sie boten deutschen Zuschauern Wochenschauzenen, die dem bereits bestehenden Abscheu und Hass zusätzliche Nahrung gaben; einem endlosen Zug deutscher Touristen (in der Mehrzahl Soldaten) wurde dieselbe berauschende Mischung vorgeführt. «Es ist meist nur Gesindel, was Du da siehst, alles lungert herum», schrieb Fräulein Greiser, die Tochter des Gauleiters des Gaus Wartheland, über ihre Eindrücke bei einem Besuch im Ghetto von Lodz Mitte April 1940. «Es herrschen dort Seuchen und eine scheussliche Luft ist da, durch die Abflussrohren, wo alles hineingegossen wird. Wasser gibt es auch keins, das müssen die Juden kaufen, 10 Pfennig der Eimer, also waschen sie sich sicher noch weniger als gewöhnlich. ... Weissst Du, mit diesen Leuten kann man wirklich kein Mitleid haben, ich glaube, die fühlen auch ganz anders als wir und fühlen deshalb auch nicht diese Erniedrigung und alles.» Am Abend war die junge Dame wieder in der Stadt und nahm an einer grossen Kundgebung teil. «Dieser Gegensatz, nachmittags Ghetto, abends eine Grosskundgebung wie sie deutscher nirgends sein kann, in ein und derselben Stadt war ganz unwahrscheinlich. ... Weissst Du, ich war wieder mal so richtig froh und schrecklich stolz, eine Deutsche zu sein.»¹⁹

Das wirksamste Werkzeug deutscher Kontrolle über die nunmehr konzentrierte jüdische Bevölkerung waren die Judenräte, die in allen jüdischen Gemeinden eingerichtet wurden. Natürlich wurden die Räte von den Deutschen für ihre Zwecke eingesetzt, aber schon in den ersten Tagen des Krieges organisierten die Juden selbst gemeinschaftliche Aktivitäten, um für die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu sorgen. Im Prinzip sollten die 12 oder 24 Ratsmitglieder (je nach der Grösse der

Gemeinde) aus den Reihen der traditionellen jüdischen Eliten, der anerkannten Gemeindeführung, gewählt werden. Tatsächlich gehörten jedoch in zahlreichen Fällen die Ratsmitglieder nicht der höchsten Führung ihrer Gemeinden an, aber die meisten waren schon zuvor im öffentlichen Leben aktiv gewesen.

Einige der frühesten von den Deutschen zugewiesenen Aufgaben der Räte erlangten eine bedrohliche Bedeutung erst in der Rückschau; die potentiell verhängnisvollste war die Volkszählung. Der Judenrat selbst brauchte die Volkszählung, um das Aufgebot von Arbeitern überblicken zu können, das ihm zur Verfügung stand, er brauchte sie für Fragen des Wohnungswesens, zu Wohlfahrtszwecken, für die Lebensmittelverteilung und dergleichen; die kurzfristigen Bedürfnisse erschienen problematischer und dringlicher als irgendwelche langfristigen Konsequenzen. Gleichwohl spürte Kaplan, der gewöhnlich weitsichtiger war als alle anderen Tagebuchschreiber und der den deutschen Absichten aus Prinzip misstraute, dass die Registrierung bedrohliche Möglichkeiten enthielt: «Heute wurde die jüdische Bevölkerung Warschaus durch Anschlag davon in Kenntnis gesetzt», schrieb er am 25. Oktober, «dass am nächsten Samstag (29. Oktober) eine Zählung der jüdischen Einwohner stattfindet. Die Zählung soll vom Judenrat unter der Leitung von Ingenieur Czerniaków durchgeführt werden. Uns schwant Schlimmes – diese Zählung birgt für die Juden Warschaus eine Katastrophe. Sonst bedürfte man ihrer ja nicht.»²⁰

Bestechung wurde zu einem untrennbaren Bestandteil des Verhältnisses zwischen den Deutschen und den Räten. Wie der Historiker Isaiah Trunk schreibt, «mussten die Räte ständig alle möglichen Forderungen – nach Umbau und Ausrüstung von deutschen Büroräumen, Kasinos und Privatwohnungen für verschiedene Funktionäre – erfüllen sowie teure Geschenke zur Verfügung stellen. Im Umgang mit einem Ghetto betrachtete sich jeder Funktionär als berechtigt, von dessen Rat belohnt zu werden. Andererseits führten die Räte selbst ein verwickeltes System von Bestechungen ein in dem Bemühen, bei den Ghettobossen ‚die Herzen zu erweichen oder von den ‚guten Deutschen Vergünstigungen für die Ghettobewohner zu erwirken. Dies wiederum führte zu einer noch stärkeren Verarmung der Juden.»²¹ Möglicherweise haben die Beste-

chungen für kurze Zeit einige Bedrohungen verzögert oder einige Menschen gerettet; doch wie die kommenden Monate zeigen sollten, änderten sie nie etwas an den deutschen Zielsetzungen. Überdies führte die Bestechung der Deutschen oder ihrer Helfer dazu, dass sich Korruption unter den Opfern ausbreitete: Eine «neue Klasse» jüdischer Profiteure und Schwarzmarkthändler erhob sich über die elende Mehrheit der Bevölkerung.

Einer der unmittelbaren Vorteile, die man sich mit Geld erkaufen konnte, war die Befreiung von Zwangsarbeit. Von Mitte Oktober 1939 an übernahmen die Räte vor allem in Warschau und Lodz die Aufgabe, den Deutschen die geforderte Zahl von Arbeitern zur Verfügung zu stellen, um der brutalen Menschenjagd und den ständigen Aushebungen ein Ende zu bereiten, die bis dahin an der Tagesordnung gewesen waren. Wie zu erwarten, trug der ärmste Teil der Bevölkerung die Hauptlast des neuen Arrangements; die reicheren Schichten der Gemeinschaft bezahlten entweder die Räte, oder sie bestachen die Deutschen.

Während sich die deutsche Kontrolle über die jüdische Bevölkerung des Warthegaus und des Generalgouvernements festigte, machten in der sowjetisch besetzten Zone Polens die 1,2 Millionen dort ansässigen Juden und die etwa 300'000 bis 350'000 jüdischen Flüchtlinge aus dem Westteil des Landes Bekanntschaft mit der harten Hand des Stalinismus. Es besteht kaum ein Zweifel, dass viele ortsansässige und geflüchtete Juden im östlichen Polen, die durch die Deutschen bedroht waren und seit Langem unter den Polen gelitten hatten, die sowjetischen Truppen willkommen hiessen. Schon bald jedoch verloren zahlreiche Juden ihre Illusionen über die neuen Herrscher: Wirtschaftliche Not breitete sich aus, jüdische religiöse, pädagogische und politische Institutionen wurden aufgelöst, die Überwachung durch die sowjetische Geheimpolizei, den NKWD, wurde lückenlos, und im Frühjahr 1940 wurden bei Massendeportationen, die sich schon gegen andere sogenannte feindliche Gruppen gerichtet hatten, auch Teile der jüdischen Bevölkerung ab transportiert, so etwa die reicheren Juden, diejenigen, welche zögerten, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen, und die, welche erklärten, sie wollten nach

dem Krieg in ihre Heimat zurückkehren. Angesichts dieser sich verschlechternden Verhältnisse in der sowjetischen Zone versuchten Tausende von Juden sogar, in die von den Deutschen besetzten Gebiete zurückzukehren. In Moshe Grossmans Memoiren wird von einem Zug voller Juden erzählt, der in Richtung Osten fuhr und auf einem Grenzbahnhof einem Zug begegnete, der nach Westen fuhr. Als die Juden aus Brisk (in der sowjetischen Zone) sahen, dass Juden dort hinfuhren, riefen sie: «Ihr seid verrückt, wo wollt ihr hin?» Die Juden aus Warschau antworteten mit ebenso grossem Erstaunen: «Ihr seid verrückt, wo wollt ihr hin?»²² Die Geschichte ist offensichtlich apokryph, aber sie veranschaulicht plastisch die Not und die Unsicherheit der Juden in beiden Zonen Polens und, darüber hinaus, die Verwirrung, die sich unter den Juden Europas ausbreitete.

In ihrer überwiegenden Mehrheit hielt die polnische Bevölkerung unter der deutschen Besatzung an ihrer Feindseligkeit gegenüber den Juden fest und äusserte ihre Wut über das «jüdische Verhalten» im sowjetisch besetzten Teil des Landes. Wie aus einem umfassenden Bericht hervorgeht, den im Februar 1940 ein junger Kurier aus Polen, Jan Karski, für die Exilregierung schrieb, waren die Deutschen bestrebt, sich die Unterwerfung und Kollaboration der polnischen Bevölkerung dadurch zu sichern, dass sie den Antisemitismus ausbeuteten. Die letzten Zeilen des Berichts waren bedrohlich: «Im Prinzip jedoch und in ihrer Masse haben die Juden hier eine Lage geschaffen, in der die Polen sie als Anhänger der Bolschewisten betrachten und – so kann man ohne Weiteres sagen – auf den Moment warten, in dem es ihnen möglich sein wird, an den Juden einfach Rache zu nehmen. ... Die überwältigende Mehrheit (darunter in erster Linie natürlich die Jugend) wartet buchstäblich auf eine Gelegenheit zu ‚blutiger Vergeltung‘.»²³

Bereits in der Zwischenkriegszeit verschärfte der kulturelle Separatismus der Juden – der sich von demjenigen anderer Minderheiten, die in dem neuen polnischen Staat lebten, nicht unterschied – den tief eingewurzelten einheimischen Antisemitismus. Gefördert wurde diese feindselige Einstellung durch den traditionellen katholischen Antijudaismus, durch einen immer heftigeren Drang der Polen, die Juden aus ihrem Ge-

werbe und ihren Berufen hinauszudrängen, sowie durch mythische Geschichten über subversive Aktivitäten der Juden, die sich gegen nationale Ansprüche und Rechte der Polen richteten.

In diesem inbrünstig katholischen Land war die Rolle der Kirche entscheidend. Eine Untersuchung über die katholische Presse in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen beginnt mit einer ganz unzweideutigen Aussage: «Alle katholischen Journalisten waren sich darin einig, ... dass es tatsächlich eine Judenfrage gebe und dass die jüdische Minderheit in Polen eine Bedrohung für die Identität der polnischen Nation und die Unabhängigkeit des polnischen Staates darstelle.»²⁴ Der allgemeine Tenor der Artikel, die in der katholischen Presse erschienen, ging dahin, dass alle Versuche, den Konflikt zwischen Polen und Juden zu entschärfen, unrealistisch seien. Es gab sogar Vorschläge, die darauf zielten, von der herrschenden Politik, die den Juden dieselben Rechte wie den Polen zugestand und sie als gleichberechtigte Bürger anerkannte, abzugehen. Unterschiedliche Auffassungen gab es nur noch über die Methoden, die im Kampf gegen die Juden angewendet werden sollten. Während ein Teil der katholischen Presse (und Hierarchie) dafür eintrat, nicht die Juden als Menschen, sondern «jüdische Ideen» zu bekämpfen, gingen andere weiter und befürworteten eine «Selbstverteidigung», selbst wenn diese dazu führte, dass Juden ums Leben kamen.²⁵

Die polnische Exilregierung war sich über die antijüdische Einstellung der frommen katholischen Bevölkerung Polens gewiss im Klaren; sie stand somit vor einem Dilemma, das sich im Laufe der Zeit noch vertiefen sollte. Einerseits wusste Premierminister Wladyslaw Sikorskis Gruppe, dass sie den Antisemitismus in der Heimat nicht anprangern konnte, ohne ihren Einfluss auf die Bevölkerung zu verlieren; andererseits hiess die Begünstigung des polnischen Judenhasses, dass man sich in Paris und London und besonders in den Vereinigten Staaten, wo die Juden nach Überzeugung der polnischen Regierung allmächtig waren, Kritik zuzog. Was die Zukunft der polnisch-jüdischen Beziehungen angeht, gaben Sikorskis Männer 1940 anscheinend die Hoffnung auf, dass die Juden ihnen dabei helfen würden, die von den Sowjets besetzten Gebiete wiederzugewinnen. Überdies lehnten einige von ihnen die Einstel-

lungen, von denen Karski in seiner Denkschrift berichtete, nicht gerade ab.

Unterdessen verschlechterte sich die soziale und wirtschaftliche Lage der etwa 250'000 Juden, die immer noch in Deutschland und dem angeschlossenen Österreich lebten, rasch. Wie wir sahen, hatte es sich bei ihnen schon zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs um eine verarmte Gemeinschaft gehandelt, die vorwiegend in mittlerem oder höherem Alter stand. Ein Teil der männlichen Bevölkerung war zu Zwangsarbeit verpflichtet worden, und eine wachsende Zahl von Familien war von Sozialunterstützung abhängig. Im ganzen Land stieg die Zahl der «Judenhäuser» und ebenso die der Bezirke, zu denen Juden keinen Zutritt hatten. Unter etwa 80 Millionen Deutschen und Österreichern waren die Juden des Grossdeutschen Reiches völlig abgesonderte Parias. Die Auswanderung war ihre ständig gegenwärtige Hoffnung, die sich aber rasch verflüchtigte.

Am ersten Tag des Krieges wurde den Juden Deutschlands verboten, nach acht Uhr abends ihre Wohnungen zu verlassen. «Alle Ortspolizeistellen im Reich haben eine derartige Anordnung getroffen», hiess es in einer vertraulichen Anweisung an die deutsche Presse, «mit der Begründung, dass es häufiger vorgekommen sei, dass Juden die Verdunklung benutzt hätten, um arische Frauen zu belästigen.»²⁶ Am 12. September wurden die Juden im ganzen Reich angewiesen, nur noch in besonderen Läden einzukaufen, die einem «zuverlässige[n] arische[n] Kaufmann» gehörten. Einige der Ladeninhaber weigerten sich, Juden zu beliefern, wie der SD am 29. September aus Köln berichtete, bis man ihnen mitteilte, dass sie dadurch keine Nachteile erleiden würden. In derselben Stadt konnten Juden nur morgens in der Zeit von 8 bis 9 Uhr 30 einkaufen. «Die Juden wirken allein durch ihre Anwesenheit provozierend», erklärte die Gestapo Bielefeld am 13. September. «Keinem Deutschen kann zugemutet werden, sich zusammen mit einem Juden vor einem Geschäft anzustellen.»²⁷ Fünf Tage später wurde angeordnet, dass Juden sich selbst Luftschutzräume zu bauen hätten. Am Tag von Jom Kippur, am 23. September, mussten die Juden ihre Rundfunkempfänger abliefern. Im November, als dem RSHA eingefallen war, dass Juden, deren

Rundfunkgeräte beschlagnahmt worden waren, sich einfach neue Apparate kaufen konnten, wurden die Namen und Anschriften aller Käufer neuer Radios registriert. Die Frage der Rundfunkapparate war an und für sich eine Quelle erheblicher bürokratischer Aufregung: Wie sollte die Regelung auf den nichtjüdischen Ehegatten in einer Mischehe angewendet werden? Was sollte mit Radioapparaten in einem Haus geschehen, das immer noch sowohl von Juden als auch von Nichtjuden bewohnt war? Und wie stand es mit den Rechten jüdischer Ehefrauen, deren arische Männer für das Vaterland kämpften: Sollten sie ihre Radios behalten oder nicht? Was die Verteilung der beschlagnahmten Radioapparate angeht, wurden komplizierte Hierarchien und Prioritäten entworfen, bei denen die Rechte von Armee-Einheiten, Parteiführern, örtlichen Notabeln und dergleichen berücksichtigt werden mussten.

Jüdische Kinderschwestern, die immer noch ein Büro hatten, mussten auf ihrem Türschild vermerken: «Schwester für jüdische Kinder und Säuglinge». Für die Zeit von Mitte Dezember 1939 bis Mitte Januar 1940 wurden den Juden die Lebensmittel-Sonderrationen für die Feiertage genommen; sie erhielten weniger Fleisch und Butter, keinen Kakao und keinen Reis. Am 3. Januar wurde ihnen für den Zeitraum bis zum 4. Februar der Kauf von Fleisch und Gemüse überhaupt untersagt. Wenige Wochen zuvor hatten die Landwirtschaftsminister aller Länder den Verkauf von Schokoladenerzeugnissen und Lebkuchen aller Art an Juden verboten.

Einige antijüdische Massnahmen liessen wahrhaft schöpferisches «Denken» erkennen. So verfügte das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung am 20. Oktober 1939: «In Doktor-Dissertationen dürfen Jüdische Autoren nur dann zitiert werden, wenn das aus wissenschaftlichen Gründen unumgänglich ist; in solchen Fällen ist hervorzuheben, dass es sich um Juden handelt. Im Literaturverzeichnis sind deutsche und jüdische Verfasser zu trennen.»²⁸ Am 17. Februar 1940 gestattete das Innenministerium in einer Verordnung die Ausbildung jüdischer medizinisch-technischer Assistentinnen oder Gehilfinnen, aber nur in jüdischen Institutionen. Die Beschäftigung mit Kulturen lebender Krankheitserreger wurde ihnen jedoch verboten.

Volljuden waren natürlich die Hauptadressaten der Verfolgungsmassnahmen des Regimes. Komplexer war die Situation von Ehegatten und Kindern in Mischehen. Als dann der Krieg begonnen hatte, waren die Richtlinien hinsichtlich der Mischlinge ersten und zweiten Grades verwirrender denn je: Diese Mischlinge durften in der Wehrmacht dienen und konnten sogar wegen Tapferkeit ausgezeichnet werden, aber sie durften keine Führungspositionen bekleiden. Den jüdischen Mitgliedern ihrer Familien wurde keine der üblichen Demütigungen erspart.

Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland blieb bei Kriegsbeginn im Amt. Von Anfang an wurden jedoch alle ihre Aktivitäten von der Gestapo, insbesondere vom Judenreferat Eichmanns, kontrolliert. Im Grunde war dies ein Judenrat auf nationaler Ebene. Es war die Reichsvereinigung, die die jüdischen Gemeinden über alle Anweisungen der Gestapo zu informieren hatte, was gewöhnlich mittels der einzigen genehmigten jüdischen Zeitung, des *Jüdischen Nachrichtenblattes*, geschah. Die wichtigste Funktion der Reichsvereinigung bestand bis zum Oktober 1941 darin, die Auswanderung von Juden aus Deutschland zu fördern und zu organisieren. Von Anfang an war sie aber, wie wir sahen, in nicht geringerem Umfang auch mit Wohlfahrts- und Bildungsaufgaben betraut. Nach Kriegsbeginn gingen die staatlichen Fürsorgezuteilungen für bedürftige Juden schlagartig zurück, und der grösste Teil der Unterstützung musste von der Reichsvereinigung aufgebracht werden. Die erbärmlichen «Löhne», die den Zehntausenden jüdischer Zwangsarbeiter gezahlt wurden, konnten die wachsende materielle Not nicht lindern. Überdies war die Reichsvereinigung, weil jüdische Schüler seit November 1938 definitiv von sämtlichen deutschen Schulen ausgeschlossen waren, nunmehr allein für die Schulbildung von etwa 9*500 Kindern und Jugendlichen im Altreich zuständig.

Am 9. Dezember 1939 hielt Klemperer fest: «Ich war am Montag im jüdischen Gemeindehaus Zeughausstrasse 3, neben der abgebrannten und abgetragenen Synagoge, um meine Steuer und Winterhilfe zu zahlen. Grosses Treiben: Von den Lebensmittelkarten wurden die Marken für Pfefferkuchen und Schokolade abgeschnitten. ... Auch mussten die Kleiderkarten abgegeben werden: Juden erhalten Kleidung nur auf Sonderan-

trag bei der Gemeinde. Das waren so die kleinen Unannehmlichkeiten, die nicht mehr zählen. Dann wollte mich der anwesende Parteibeamte sprechen: '... Bis zum 1. April müssen Sie Ihr Haus verlassen; Sie können es verkaufen, vermieten, leerstehen lassen: Ihre Sache, nur müssen Sie heraus; es steht Ihnen ein Zimmer zu. Da Ihre Frau arisch ist, wird man Ihnen nach Möglichkeit zwei Zimmer zuweisen.' Der Mann war gar nicht unhöflich, er sah auch durchaus ein, in welche Not wir gebracht werden, ohne dass irgendeiner einen Vorteil davon hat – die sadistische Maschine geht eben über uns weg.»²⁹

Während in Deutschland eine Kontinuität der jüdischen Führung bestand, wurde, wie wir sahen, im ehemaligen Polen, als die Deutschen das Land besetzten und zahlreiche Leiter jüdischer Gemeinden flohen, ein grosser Teil der Vorkriegsführung abgelöst. Sowohl Chaim Rumkowski in Lodz als auch Adam Czerniaków in Warschau hatten bis dahin keine herausgehobenen Führungspositionen bekleidet, und beide wurden jetzt zu Vorsitzenden des Judenrats ihrer Stadt ernannt.

Das Leben Mordechai Chaim Rumkowskis war bis zum Alter von 62 Jahren unauffällig verlaufen: Im Geschäftsleben hatte er anscheinend mehrmals Schiffbruch erlitten, in der zionistischen Politik von Lodz entfaltete er keine grossen Wirkungen, und selbst seine Tätigkeit als Verwalter mehrerer Waisenhäuser wurde von einigen Zeitgenossen kritisiert. Als der Vorkriegsvorsitzende der Gemeinde, Leon Minzberg, geflohen war, löste ihn sein Stellvertreter ab, und Rumkowski wurde zum Vizepräsidenten der Gemeinde befördert. Die Deutschen wählten sich jedoch Rumkowski als den Mann, der die Juden von Lodz führen sollte. Der neue «Älteste» ernannte einen Rat mit 31 Mitgliedern. In weniger als einem Monat wurden diese Ratsmitglieder von der Gestapo verhaftet und erschossen. Der Hass, den Rumkowski noch Jahre nach seinem Tod hervorrief, findet bezeichnenden Ausdruck in den Andeutungen eines der frühesten und angesehensten Historiker des Holocaust, Philip Friedman, der zu dieser Episode schreibt: «Welchen Anteil hatte Rumkowski am Schicksal des ursprünglichen Rates? Hatte er sich bei den Deutschen über die Halsstarrigkeit der Ratsmitglieder beklagt? Wenn ja, wusste er, was ihnen bevorstand? Das sind ernste Fragen, die wir auf der Grundlage

des uns zur Verfügung stehenden Materials nicht beantworten können.»³⁰ Im Februar 1940 wurde ein zweiter Rat eingesetzt.

Die meisten Zeitgenossen sind sich einig über Rumkowskis Ehrgeiz, sein despotisches Verhalten gegenüber seinen Mitjuden und seinen seltsamen Grössenwahn. Plastisch beschrieb diese Züge der Tagebuchschreiber Emanuel Ringelblum (auf den wir noch zurückkommen); er hielt am 7. September Rumkowskis Besuch in Warschau fest: «Heute traf aus Lodz Chaim – oder, wie man ihn nennt, ‚König Chaim‘ – Rumkowski ein, ein alter Mann von siebzig Jahren, ausserordentlich ehrgeizig und ziemlich verrückt. Er zählte die Wunder seines Ghettos auf. Er hat dort ein jüdisches Reich mit 400 Polizisten und drei Gefängnissen. Er hat ein Aussenministerium und auch alle anderen Ministerien. Als man ihn fragte, weshalb die Sterblichkeit, wenn dort alles so gut stünde, derart hoch sei, gab er keine Antwort. Er betrachtet sich als gesalbten Gott.»³¹

In deutlichem Kontrast zu Rumkowski war die bemerkenswerteste Eigenschaft Adam Czerniakóws seine Alltäglichkeit. Doch sein Tagebuch lässt erkennen, dass er alles andere als ein alltäglicher Mensch war. Seine grundlegende Anständigkeit in einer Zeit völlig entfesselter Skrupellosigkeit fällt ins Auge. Nicht nur widmete er jeden einzelnen Tag seiner Gemeinde, er kümmerte sich auch besonders um die Bescheidensten und die Schwächsten seiner 400'000 Schützlinge: die Kinder, die Bettler, die Geisteskranken. Czerniaków, der als Ingenieur ausgebildet war, hatte eine ganze Reihe ziemlich unbedeutender Stellungen bekleidet und sich auch etwas in der Stadtpolitik sowie der jüdischen Politik Warschaus engagiert. So war er Mitglied des Warschauer Stadtrats und des jüdischen Gemeindestadtrats. Wie in Lodz floh der Gemeindevorsitzende bei Kriegsausbruch; Bürgermeister Stefan Starzynski benannte an seiner Stelle Czerniaków. Am 4. Oktober 1939 ernannte die Einsatzgruppe IV den 59jährigen Czerniaków zum Chef des Warschauer Judenrats.

Czerniaków hätte fortgehen können, aber er blieb. Im Oktober 1939 konnte er natürlich nicht vorhersehen, was sich weniger als drei Jahre später ereignen sollte, aber einige seiner witzigen Bemerkungen klingen wie Vorahnungen: «Aussiedlung aus Krakau», schreibt er am 22. Mai

1940. «Optimisten, Pessimisten, Sophisten.» Das hebräische Wort *soph* bedeutet «Ende».² Ein Zeuge erzählt, als der Rat zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten sei, habe Czerniaków mehreren Mitgliedern eine Schublade in seinem Schreibtisch gezeigt, in der er «ein Fläschchen mit 24 Zyankalikapselfen aufbewahrte, eine für jeden von uns, und er zeigte uns, wo er den Schlüssel zu der Schublade aufbewahrte, falls die Notwendigkeit eintreten sollte».³³

7.

Eine neue europäische Ordnung

Mai 1940 – Dezember 1940

Am 22. Oktober 1940 wurden die 6'500 Juden Badens und der Saarpfalz unverhofft in das nicht besetzte Frankreich deportiert. Einem Bericht der Staatsanwaltschaft Mannheim zufolge nahmen sich am Morgen dieses Tages acht ortsansässige Juden das Leben: Gustaf Israel Lefo (74) und seine Ehefrau Sara Lefo (65), Gas; Klara Sara Schorff (64) und ihr Bruder Otto Israel Strauss (54), Gas; Olga Sara Strauss (61), Schlaftabletten; Jenny Sara Dreyfuss (47), Schlaftabletten; Nanette Sara Feitier (73), erhängte sich an der Tür ihres Badezimmers; Alfred Israel Bodenheimer (69), Schlaftabletten.¹

Vom Ende des Polenfeldzugs bis zu den ersten Apriltagen des Jahres 1940 hatten keine grösseren militärischen Operationen stattgefunden. Der «Winterkrieg», der im Dezember 1939 mit dem sowjetischen Angriff auf Finnland begonnen hatte, endete im März 1940, nachdem die Finnen den sowjetischen Gebietsforderungen in Karelien nachgegeben hatten. Dieser Konflikt im Norden Europas hatte keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Hauptkonfrontation, ausser dass er Hitler möglicherweise in seiner Geringschätzung der Roten Armee bestärkte. Während dieser Monate militärischer Untätigkeit an der Westfront (man sprach von einem «Sitzkrieg») herrschte in London und in Paris und demzufolge auch unter jüdischen Offiziellen, die mit westlichen Regierungen in Fühlung standen, Optimismus.

Am 9. April besetzten deutsche Truppen überfallartig Dänemark und landeten in Norwegen. Am 10. Mai griff die Wehrmacht im Westen an. Am 15. kapitulierten die Niederländer; am 18. folgte Belgien. Am 13. Mai hatten die Deutschen die Maas überschritten, und am 20. befanden sie sich in der Nähe von Dünkirchen in Sichtweite der Kanalküste. Etwa 340'000 britische und französische Soldaten wurden zurück nach England evakuiert, was zum Teil dem Befehl Hitlers zu verdanken war, vor dem Angriff auf Dünkirchen und der Einnahme der Stadt drei Tage abzuwarten. Damals sah es so aus, als sei diese Entscheidung aus deutscher Sicht von «zweitrangiger Bedeutung». Im Rückblick lässt sich sagen, dass sie vielleicht einer der Wendepunkte des Krieges war.

Anfang Juni rückte die Wehrmacht nach Süden vor. Am 10. trat Benito Mussolini an Hitlers Seite in den Krieg ein. Am 14. marschierten deutsche Truppen in Paris ein. Am 17. trat der französische Premierminister Paul Reynaud zurück und wurde von seinem Stellvertreter, dem alten Weltkriegshelden Marschall Philippe Pétain, abgelöst. Ohne Konsultationen mit dem britischen Verbündeten bat Pétain um einen Waffenstillstand. Die deutschen und italienischen Bedingungen wurden akzeptiert, und am 25. Juni, kurz nach Mitternacht, trat der Waffenstillstand in Kraft. Währenddessen war die britische Regierung umgebildet worden. Am 10. Mai, am Tag des deutschen Angriffs an der Westfront, hatte man Neville Chamberlain zum Rücktritt gezwungen; der neue Premierminister hiess Winston Churchill.

Am 19. Juli verhöhnnte Hitler in einer triumphalen Ansprache an den Reichstag England mit einem «Friedensappell». Drei Tage später wies Aussenminister Lord Halifax (der einen Monat zuvor immer noch für einen «Kompromissfrieden» eingetreten war) in einer Radiosendung den deutschen Vorschlag zurück und gelobte, sein Land werde um jeden Preis weiterkämpfen. Verfügte aber England über die militärischen Ressourcen, und besaßen seine Bevölkerung und seine Führung die Entschlossenheit, den Krieg allein weiterzuführen? Im Frühsommer 1940 war nichts von alledem selbstverständlich. Das Appeasement-Lager meldete sich immer noch zu Wort, und einige höchst bekannte Persönlichkeiten, darunter insbesondere der Herzog von Windsor, verhehlten

nicht ihren Wunsch, sich mit Hitler-Deutschland zu einigen.

Stalin, der wenige Tage nach dem französischen Zusammenbruch die baltischen Staaten besetzt und Rumänien Bessarabien sowie die nördliche Bukowina entrissen hatte, erteilte Churchills sorgfältig formulierter Anfrage bezüglich einer möglichen Annäherung eine Abfuhr. Die amerikanische Szene war widersprüchlich. Roosevelt, ein kompromissloser «Interventionist», war am 19. Juli auf dem Parteikonvent in Chicago erneut als Kandidat der Demokraten nominiert worden. Im Kongress und in der amerikanischen Bevölkerung war der Isolationismus jedoch immer noch stark ausgeprägt; ihm verlieh dann schon bald das America First Committee eine feste politische Basis und einen Rahmen für militante Propaganda. In diesem Stadium bot selbst eine Wiederwahl Roosevelts keine Garantie dafür, dass die Vereinigten Staaten dem Krieg näherzutreten konnten.

In ganz Europa, in besetzten Ländern wie in neutralen Staaten, bestand im Sommer 1940 für eine Mehrheit der politischen Elite und möglicherweise auch für eine Mehrheit der Bevölkerung kein Zweifel daran, dass Deutschland bald die Oberhand gewinnen werde. Überdies strebten viele eine «neue Ordnung» an und waren offen für die «Verlockung des Faschismus».

Das breite Spektrum von Bewegungen, die sich unter dem Schlagwort einer neuen «revolutionären Rechten» (im Gegensatz zur traditionellen, im Wesentlichen konservativen Rechten) sammelten, entstammte nicht allein einem begrenzten gesellschaftlichen Hintergrund (den unteren Mittelschichten); angetrieben vor allem durch die Furcht vor der zunehmenden Stärke der organisierten Linken auf der einen Seite und vor dem brutalen und unerklärlichen Auf und Ab des ungezügelt Kapitalismus auf der anderen, war der soziale Hintergrund der neuen Rechten breiter und erstreckte sich auch auf Teile einer desillusionierten Arbeiterklasse sowie auf die oberen Mittelschichten und Angehörige der ehemaligen Aristokratie. Dieses Lager äusserte heftige Gegnerschaft gegen den Liberalismus und gegen «die Ideen von 1789», gegen die Sozialdemokratie und vor allem gegen den Marxismus (später den Kommunismus oder den Bolschewismus) sowie gegen jede konservative Politik eines Kom-

promisses mit dem demokratischen Status quo; es suchte nach einem «dritten Weg», der sowohl die Bedrohung durch die proletarische Revolution als auch die Gefahr einer kapitalistischen Machtübernahme überwinden sollte. Ein derartiger «dritter Weg» musste aus der Sicht der neuen Revolutionäre autoritär sein; er besass eine eigene Aura, die gewöhnlich eine extreme Form von Nationalismus und ein verschwommenes Streben nach einer antimaterialistischen Erneuerung der Gesellschaft beinhaltete.

Während der antimaterialistische, antibürgerliche Geist in Europa vor dem Ersten Weltkrieg sowohl auf der Rechten als auch in Teilen der Linken in Erscheinung trat und bei Katholiken wie bei Protestanten starke Unterstützung fand, wurden seine Verschmelzung mit einem zugespitzten Nationalismus und der damit verbundene Kult von Kameradschaft, heldischem Wesen und Tod in der Nachkriegszeit zu Markenzeichen der neuen Rechten und des frühen Faschismus. Nach der Russischen Revolution von 1917 bekam die Angst vor dem Bolschewismus mit dem Gefühl einer bevorstehenden Katastrophe apokalyptische Züge. In diesem Kontext wuchs in den Köpfen vieler Menschen die Anziehungskraft einer «neuen Ordnung» (als politischer Ausdrucksform des «dritten Weges») unter der Führung eines politischen Erlösers, der eine haltlose Welt aus der schwachen und korrupten Lähmung der liberalen Demokratie erlösen konnte.¹

Die Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre verschärfte die Befürchtungen und die Bestrebungen früherer Jahrzehnte: Das faschistische Regime in Italien, das Mussolini im Oktober 1922 mit seinem sogenannten «Marsch auf Rom» inaugurieren hatte, wurde von dem erheblich mächtigeren und eindrucksvolleren Nazi-Phänomen überflügelt; die «Neue Ordnung» wurde zu einer gewaltigen politischen und militärischen Realität. Die Niederlage Frankreichs schien zu bestätigen, dass die neue Welt der alten überlegen war und ebenso auch die neuen Werte denjenigen, die so völlig versagt hatten.

Die dänische Regierung, die von den Deutschen im Amt belassen wurde, gab im Juli 1940 eine Erklärung ab, in der sie ihre «Bewunderung» für die «grossen deutschen Siege» zum Ausdruck brachte, die «in

Europa eine neue Ära eingeleitet haben, in der sich unter der Führung Deutschlands eine neue Ordnung in politischem und wirtschaftlichem Sinne herausbilden wird».² Mehrere Monate lang erwog die belgische Regierung, die in London Zuflucht gesucht hatte, die Möglichkeit, wieder zu König Leopold III. (der im Lande geblieben war) zu stossen und die deutsche Herrschaft zu akzeptieren; im Oktober 1940 entschied sie sich endlich für Widerstand und Exil. Währenddessen hatte die Regierung Marschall Pétains offen den Weg der Kollaboration mit dem Reich gewählt. Und die Bevölkerung der meisten westeuropäischen Länder fand sich bald mit der Präsenz einer Besatzungsarmee ab, die allenthalben für ihr korrektes, ja höfliches Verhalten gepriesen wurde.

Von Bedeutung für das bereitwillige Akzeptieren einer «Neuen Ordnung» war die Koalition zwischen den Trägern dieser Ordnung und dem grössten Teil der rechtsautoritären Regime auf dem Kontinent. Gemeinsame Feinde, vor allem Kommunismus, Liberalismus und «Materialismus», überlagerten die sozialen (und ideologischen) Antagonismen, die zwischen den traditionellen Eliten und dem Extremismus bestanden, der dem Nationalsozialismus und selbst dem italienischen Faschismus inne wohnte. Dieses Bündnis schloss in unterschiedlichem Ausmass die Hauptelemente moderner Judenfeindschaft ein; somit wurde die «Neue Ordnung» auch zu einer ihrem Wesen nach judenfeindlichen Ordnung.

Im Rahmen dieser ideologischen Entwicklung kam dem Einfluss der Kirchen und insbesondere dem des Papstes entscheidende Bedeutung zu. Wie schon erwähnt, hatte Pius XI einige Monate vor seinem Tode die Ausarbeitung einer Enzyklika gegen den Rassismus und Antisemitismus der Nationalsozialisten verlangt. Einen Entwurf der Enzyklika *Humani generis unitas* erhielt er jedoch erst, als er im Sterben lag. Sein Nachfolger muss von der Existenz dieses Dokuments gewusst haben, und er beschloss wahrscheinlich, es zu den Akten zu legen.

Die Einstellung Pius' XII. zu Deutschland und vor allem zu den Juden hat man häufig in einen Gegensatz zu der seines Vorgängers gebracht, und es wurde der Eindruck erweckt, als sei die Politik Pius' XII. ungewöhnlich, ja anomal gewesen. In Wirklichkeit bekundete jedoch Pius XI als Nuntius in Polen unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg und wäh-

rend des grössten Teils seines Pontifikats unverhüllte antijüdische Einstellungen, wie es die Mehrzahl seiner Vorgänger in moderner Zeit getan hatte. Der Wandel, der zu *Humani generis unitas* führte, vollzog sich in den letzten Lebensjahren Pius' XI und führte zu einer zunehmenden Entzweiung zwischen ihm und der Kurie, den römischen Jesuiten von *Civiltà Cattolica*, der vatikanischen Tageszeitung *Osservatore Romano* und möglicherweise seinem Staatssekretär Eugenio Pacelli, dem nachmaligen Pius XII. So lässt sich ohne Weiteres sagen, dass Pacelli selbst zunächst als Staatssekretär und später als Papst lediglich einen wohlgebahnten Weg einschlug.

Der neue Pontifex erweiterte jedoch eine eingespielte Tradition um sein persönliches Gepräge und eigene Initiativen. Abgehoben, autokratisch und vom Gefühl seiner intellektuellen und geistlichen Überlegenheit durchdrungen, war Pacelli in politischen Fragen ebenso erbittert konservativ wie in kirchlichen Angelegenheiten. Gleichwohl galt er während seiner Amtszeit als Nuntius in München (1916-1920) und dann in den zwanziger Jahren in Berlin als fähiger Diplomat. Sein Hang zur Zentralisierung und zur Festigung der Kontrolle der vatikanischen Bürokratie über die nationalen Kirchen veranlasste ihn dazu, ein Konkordat mit Deutschland anzustreben, selbst wenn er dabei die katholische Zentrumsparterie opfern musste. Das Konkordat wurde, wie wir sahen, im Juli 1933 unterzeichnet und im September ratifiziert. Auf deutscher Seite unterschrieb Adolf Hitler.

Als Pacelli zum Papst gewählt war, bestätigten einige seiner ersten Initiativen das Fortbestehen einer ultrakonservativen Haltung und liessen unmissverständlich den Wunsch erkennen, Deutschland zu beschwichtigen. So gratulierte der Pontifex Mitte April 1939 in einer Radioansprache dem spanischen Volk zur Rückkehr des Friedens und zur Erringung des Sieges – desjenigen von Franco, versteht sich. Einige Monate später hob Pius XII. die von seinem Vorgänger verfügte Exkommunizierung der antirepublikanischen, monarchistischen, wütend nationalistischen und antisemitischen *Action Française* auf. Und am 20. April 1939 gratulierte der Papst Hitler in einer auf deutsch abgefassten Botschaft zu seinem 50. Geburtstag – ein sehr ungewöhnlicher Schritt.

Andererseits muss der deutsch-sowjetische Pakt das persönliche Misstrauen Pius' XII. gegenüber Hitler verstärkt haben; das erklärt möglicherweise, weshalb der Pontifex kurzfristig Kontakte zu deutschen Widerstandsgruppen unterhielt, die im Herbst 1939 einen Putsch gegen Hitler planten. Von Anfang an stand der Papst jedoch vor einem ganz anderen und nicht weniger dringenden Problem: Wie sollte seine diplomatische und wie seine öffentliche Reaktion auf die immer massiveren Naziverbrechen aussehen?

Seiner Umgebung machte Pius XII. klar, dass er für die Beziehungen zu Hitler-Deutschland persönlich zuständig war. Ohne Zweifel mit Absicht wurde der nazifreundliche und antisemitische Monsignore Cesare Orsenigo als Nuntius in Berlin belassen. Mit Blick auf die gesamte Skala der Naziverbrechen kann man die Politik Pius' XII. in der ersten Phase des Krieges als ein Musterbeispiel selektiver Beschwichtigung definieren. Der Papst nahm zur Ermordung der Geisteskranken nicht öffentlich Stellung, aber er sprach in seiner Enzyklika *Summi pontificatus* vom 20. Oktober 1939 eine Fürbitte für das «geliebte polnische Volk» aus. Bezüglich der Euthanasie wie auch des Schicksals der Katholiken in Polen appellierte der Vatikan ausserdem entweder durch den Nuntius (vor allem wegen Polen) oder in dringenden Bitten, die er an die deutschen Bischöfe richtete, an Berlin. In Briefen vom Dezember 1940, die sowohl an den Breslauer Kardinal Adolf Bertram als auch an den Berliner Bischof Konrad Preysing gerichtet waren, brachte Pius XII. seine Erschütterung über die Ermordung der Geisteskranken zum Ausdruck. In beiden Fällen wurde wie auch sonst über die Verfolgung der Juden nichts gesagt.

Was die Beherrschung der neueroberten Gebiete Europas durch die Nazis zusätzlich erleichterte, waren ziemlich pragmatische Formen der Kontrolle, die sich von Land zu Land unterschiedlich gestalteten. So genoss Dänemark bis zum Sommer 1943 immer noch einen Anschein von Freiheit. Zu diesem besonderen Kurs hatte sich Hitler entschlossen, um in einem Land von strategischer Bedeutung (es ging um die Durchfahrt nach Norwegen und Schweden sowie die Nähe der englischen Küste), das «rasseverwandt» war und vor allem als unentbehrlicher Lieferant

von Agrarprodukten fungierte (1941 kamen über 15 Prozent des deutschen Bedarfs aus diesem Land), unnötige Schwierigkeiten zu vermeiden. Norwegen und die Niederlande wurden, obwohl es sich bei ihnen ebenfalls um «rasseverwandte» Länder handelte, von «Reichskommissaren», von Vertretern der NSDAP, regiert, die sowohl Satrapen als auch ideologische Bevollmächtigte waren. Belgien und Nordfrankreich verblieben unter der Herrschaft der Wehrmacht. Den mittleren und südlichen Teilen Frankreichs hingegen gestand man eine gewisse Autonomie unter der Führung Marschall Pétains zu; das war «Vichy-Frankreich». Luxemburg wurde von Deutschland faktisch annektiert, und das Schicksal der französischen Provinzen Alsace-Lorraine blieb in der Schwebe. In ein Gebiet im Südosten Frankreichs marschierte die italienische Armee ein; das sollte eine Belohnung für Mussolini sein.

Das Nazi-Terrorssystem übte jetzt die direkte (oder durch Unterstützung seiner Satelliten vermittelte) Kontrolle über etwa 250'000 bis 280'000 Juden aus, die noch im Grossdeutschen Reich verblieben waren, und hinzu kamen 90'000 im Protektorat, 90'000 in der Slowakei, 2,2 Millionen in den von den Deutschen besetzten oder annektierten Teilen des ehemaligen Polen, 140'000 in den Niederlanden, 65'000 in Belgien, etwa 330'000 in den beiden Zonen Frankreichs, zwischen 7'000 und 8'000 in Dänemark und 1'700 in Norwegen. Somit war zu Beginn des Sommers 1940 eine Gesamtbevölkerung von fast 3'200'000 Juden im Grunde bereits in Hitlers Gewalt.

Unter den Juden Europas lösten Deutschlands neue Siege eine Welle der Angst aus. «Auf dem Eiffelturm weht das Hakenkreuz», notierte der rumänisch-jüdische Schriftsteller Mihail Sebastian zwei Tage nach dem Fall von Paris in sein Tagebuch. «In Versailles stehen deutsche Wachposten. Am Triumphbogen wird der Unbekannte Soldat' von einer deutschen ,Ehrenwache' bewacht. Doch erschreckend sind nicht die Zeichen des Hochmuts, die Taten der Provokation. Diese könnten vielleicht den französischen Lebenswillen wecken und erhalten. Ich denke mit viel grösserem Entsetzen an die Versöhnungsaktion, die nun folgen wird. Es wird Zeitungen, Manifeste, Parteien geben, die Hitler zu einem Freund Frankreichs machen werden, zu einem aufrichtigen Beschützer des Lan-

des. In diesem Augenblick wird sich alle Panik, das ganze Ressentiment, in einem lang andauernden Pogrom entladen. Wo mag Poldy [Sebastians Bruder, der in Paris lebte] sein? Was wird er tun? Was wird aus ihm werden? Und aus uns hier?»³

Im Jahre 1940 war der 33jährige Sebastian bereits ein bekannter Romancier und Dramatiker auf der literarischen Bühne Rumäniens. Er lebte in Bukarest und stand in enger Verbindung zur dortigen intellektuellen Elite – zu Männern wie E. M. Cioran und Mircea Eliade, die in den Nachkriegsjahren zu Weltruhm gelangen sollten; das war eine Elite, die sich massiv zu einem Faschismus in rumänischem Gewand und zu einem ausserordentlich vulgären und gewalttätigen Antisemitismus hingezogen fühlte. Seltsamerweise versuchte jedoch Sebastian, für das Verhalten und die beleidigenden Ergüsse seiner ehemaligen Freunde, mit denen er immer noch bekannt war, Entschuldigungen und Rationalisierungen zu finden. So eigentümlich Sebastians Versöhnlichkeit auch anmuten mag, sein Tagebuch vermittelt das getreue Bild einer Gesellschaft, die Massnahmen im Sinne der Nazis durchsetzen und sich an Massenmorden beteiligen sollte.

Czerniaków in Warschau registrierte die sich rasch verändernde Situation, ohne sie zu kommentieren. Während Sierakowiak für diese Monate keine Notizen hinterliess, wechselte Kaplan von Zorn zu Verzweiflung und von Verzweiflung zu ganz kurzlebiger Hoffnung. Zorn über Mussolinis Schritt am 11. Juni: «Der andere Gangster hat es ebenfalls gewagt! Es lässt sich schwer sagen, ob freiwillig oder unter Druck, aber Tatsache ist, dass Benito Mussolini, der klassische Verräter, der Speichellecker des Führers, der Affenführer des italienischen Volkes, gegen England und Frankreich in den Krieg gezogen ist.»⁴

Dann kam die entsetzliche Meldung – Paris war gefallen, und die Franzosen baten um einen Waffenstillstand: «Selbst die grössten Pessimisten, zu denen ich mich selbst rechne», notierte Kaplan am 17. Juni, «haben nie so schreckliche Nachrichten erwartet.» Es folgte die unvermeidliche Frage: «Wird England weiterkämpfen?» Zunächst hatte Kaplan Zweifel, dann wieder, drei Tage später, war er von sehnlischer Hoffnung erfüllt: «Der Krieg ist noch nicht vorbei! England kämpft weiter,

und selbst Frankreich wird von jetzt an seinen Kampf von seinem Weltreich, von seinen Kolonien in allen Teilen der Welt aus führen.» Dem fügte Kaplan eine scharfsinnige Einsicht hinzu: «Die Deutschen sind selbstverständlich die Helden des Krieges, aber sie brauchen einen kurzen Krieg; das, was sie mit dem Wort ‚Blitzkrieg‘ bezeichnen. Sie könnten einen langen Krieg nicht überstehen. Die Zeit ist ihr grösster Feind.»⁵

Wie bei Juden überall schwankte die Stimmung Klemperers mit jeder neuen Nachricht, jedem Gerücht, ja jeder beiläufigen Bemerkung zwischen Hoffnung und Verzweiflung und dann wieder zwischen Verzweiflung und Hoffnung. Nachdem England Hitlers «Friedensappell» zurückgewiesen hatte, war die Überzeugung, dass es dem Untergang geweiht sei, unter Deutschen – und unter vielen Juden – weit verbreitet: «Im Judenhaus», notierte Klemperer am 24. Juli, «spiele ich immer die Rolle des Optimisten. Aber ganz sicher bin ich meiner Sache durchaus nicht.» In derselben Eintragung fuhr Klemperer fort: «Eigentümlichkeit des Judenhauses, wie jeder die Volksstimmung erfassen möchte und von der letztgehörten Äusserung des Friseurs oder Schlächters etc. abhängig ist. (*Ich auch!*) Gestern hier ein philosophischer Flügelstimmer am Werk. Es werde noch lange dauern, England sei Weltreich – selbst wenn man lande ... sofort war mir leichter ums Herz.»⁶

Zwar wahrte Hitler während des ganzen Jahres 1940 hinsichtlich der Juden öffentliche Zurückhaltung, aber vergessen war die Judenfrage keineswegs. Während sich Himmler mit Umsiedlungsplänen beschäftigte, erklärte Hitler sein Einverständnis mit der Denkschrift seines Spiessgesellen vom 27. Mai 1940, die den Titel «Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten» trug. Das «Völkergemisch» unter deutscher Kontrolle würde ins Generalgouvernement deportiert werden, und die Juden würden in irgendeine Kolonie «in Afrika oder sonstwo» verfrachtet werden.⁷ Die Insel Madagaskar, die dem besiegten Frankreich gehörte, schien sich als Ziel anzubieten; ein derartiger Deportationsplan war schon seit Jahrzehnten eine Lieblingsidee von Antisemiten aller Schattierungen (einschliesslich des französischen Aussenministers Georges Bonnet) gewesen.

Für kurze Zeit intensivierten sich die Vorbereitungen, zumindest auf dem Papier. Einer der bedeutendsten «Planer» war der Stellvertreter von

Unterstaatssekretär Martin Luther in der Abteilung Deutschland der Wilhelmstrasse, der fanatische Antisemit Franz Rademacher. Einen Satz aus seiner langen Denkschrift vom 3. Juli sollte man im Gedächtnis behalten: «Die Juden [in Madagaskar bleiben] als Faustpfand in deutscher Hand für ein zukünftiges Wohlverhalten ihrer Rassegenossen in Amerika.»⁸ Im Laufe der darauffolgenden Monate wurde die Madagaskar-Fiktion aufgegeben, da die Niederlage Grossbritanniens nirgends in Sicht war.

Gleichzeitig ging die Auswanderung von Juden aus dem Reich und aus den besetzten Ländern weiter. Wie schon erwähnt, wurde Eichmann zum «Einsatzleiter», der sowohl für die Deportationen als auch für die Auswanderung von Juden zuständig war (in den Augen der Nazis war beides in diesem Stadium dasselbe). Im Einklang mit der allgemeinen Vertreibungspolitik wurden vor allem im Herbst 1939 Juden, die man in das Gebiet von Lublin deportiert hatte, von der SS häufig über die sowjetische Demarkationslinie getrieben, oder man erlaubte ihnen, in sowjetisch besetztes Gebiet zu fliehen. Mitte Oktober entfiel dann jedoch diese Möglichkeit allmählich, was hauptsächlich auf einen Wandel der sowjetischen Asylpolitik zurückzuführen war. Es gab auch eine halb geheime Route, die aus Polen über die Grenze nach Ungarn führte; sie ermöglichte mehreren tausend Juden die Flucht, die ihnen aber, wie wir sehen werden, keine dauerhafte Sicherheit verschaffte. Während der ersten Kriegsmonate konnten Juden aus Polen oder den dem Reich angegliederten polnischen Gebieten das Land auch verlassen, indem sie Visa beantragten, wie es im Reich und im Protektorat praktiziert wurde.

Bald setzten die Deutschen ihre Prioritäten. Im April 1940, als die Ausreisen und Grenzübertritte immer schwieriger wurden, erliess Heydrich erste Richtlinien: Intensivierung der jüdischen Auswanderung aus dem Reich mit Ausnahme wehrfähiger Männer; Beschränkung und Kontrolle der Auswanderung nach Palästina; keine Auswanderung von polnischen oder ehemals polnischen Juden, die sich in Konzentrationslagern befanden; keine weitere Abschiebung von Juden ins Generalgouvernement. Am 25. Oktober 1940 wurde die Auswanderung von Juden aus

dem Generalgouvernement verboten, vor allem um die Möglichkeiten zur Auswanderung aus dem Reich so weit wie möglich offenzuhalten.

In der Mehrzahl der Fälle wurden die Bemühungen um Einwanderung in die Vereinigten Staaten in jenem Sommer 1940 zu einem hoffnungslosen Unterfangen. Es sieht so aus, als habe die Angst vor feindlichen Agenten, die sich möglicherweise als Flüchtlinge ins Land einschleichen konnten, bedeutenden Einfluss auf die amerikanischen Entscheidungen ausgeübt. Zwischen der bürokratischen Ebene und der politischen Ebene gab es keinen Richtungsstreit. Roosevelts Berater glaubten ebenso fest an die Bedrohung durch eine «fünfte Kolonne» wie die von einer hysterischen Pressekampagne beeinflusste Mehrheit der Bevölkerung.

Die rigiden Beschränkungen der Einreise in die Vereinigten Staaten wirkten sich auch auf die Vorgehensweisen anderer Staaten in der Hemisphäre aus. Juden, die nach Kriegsbeginn aus Deutschland fliehen wollten, versuchten häufig, Visa für lateinamerikanische Länder wie Chile, Brasilien, Mexiko und Kuba zu erhalten. Das Ergebnis hing gewöhnlich von Bestechungsgeldern und rein zufälligen Faktoren ab. Im Jahre 1940 schlossen jedoch Chile und Brasilien die Tore, zum Teil infolge innenpolitischer Zwänge, aber auch deshalb, weil die Vereinigten Staaten beide Regierungen gewarnt hatten, deutsche Agenten könnten als jüdische Flüchtlinge getarnt einreisen. Die verzweifelten Auswanderungswilligen mussten nun hilflos zusehen, wie die westliche Hemisphäre, sieht man von einigen wenigen Glücklichen ab, immer unerreichbarer wurde.

Drei Routen blieben noch offen: illegale Einwanderung nach Palästina, halblegaler Transit über Spanien und Portugal oder, wie schon erwähnt, über Litauen, die UdSSR, Japan und Schanghai, von wo aus diese Juden Ziele in Übersee zu erreichen versuchten, wobei die Vereinigten Staaten oder irgendwelche anderen Länder der westlichen Hemisphäre nach wie vor letztlich das Ziel waren.

Die fragwürdige, aber notwendige Kooperation zwischen den Führern des Jischuw und den Nazis (in Gestalt der Haavarah-Vereinbarung) nahm Anfang 1939 eine unerwartete Wendung, als Grossbritannien die Tore Palästinas für eine massenhafte Auswanderung von Juden schloss, weil es befürchtete, die arabische Welt in die Arme der Achsenmächte

zu treiben: Heydrich und Abgesandte des Jischuw taten sich zusammen, um die illegale Ausreise von Juden aus Europa nach Palästina zu organisieren. Für die praktischen Aspekte des Unternehmens einschliesslich der Verhandlungen mit jüdischen Organisationen – mit dem *Mossad Lealija Beth* (der für illegale Einwanderung zuständigen Agentur der jüdischen Behörden in Palästina), mit den rechtsgerichteten revisionistischen Zionisten oder dem American Jewish Joint Distribution Committee (dem JDC oder «Joint»), das einen grossen Teil der Rettungsbemühungen finanzierte –, war auf deutscher Seite Eichmann zuständig.

Die Mossad-Aktivisten und die politische Führung in Palästina gerieten durch den Ausbruch des Krieges in ein unlösbares Dilemma: Es galt, in direkter Opposition zu den Briten Juden bei der Flucht aus Europa nach Palästina zu helfen und zugleich die Briten bei ihrem Kampf gegen Deutschland und Italien zu unterstützen. Es wurden keine klaren Prioritäten gesetzt, und meist waren die Aktionen des Mossad so schlecht vorbereitet, dass man sie fast als waghalsig bezeichnen kann. Alles in allem gelang es nach Kriegsbeginn weniger als 13'000 Juden, das Reich und das Protektorat in Richtung Palästina zu verlassen, und nur ein Teil von ihnen erreichte sein Ziel. Im März 1941 bereiteten die Deutschen dem gemeinsamen Unternehmen ein Ende.

Die britischen Behörden in Palästina waren angesichts potentieller arabischer Reaktionen von Anfang an entschlossen, alle derartigen illegalen Einwanderungsversuche zu vereiteln. Dass eine Reihe hoher Beamter insbesondere im Kolonialministerium alles andere als Philosemiten waren, verlieh der britischen Politik ein zusätzliches Element der Härte. Die Massnahmen, die darauf abzielten, Flüchtlingsschiffe davon abzuhalten, die Blockade der palästinensischen Küste durch die Navy zu umgehen, wurden noch entschlossener, als Grossbritannien schliesslich allein dastand. Im Herbst 1940 entschied das Kolonialministerium, die illegalen Einwanderer, denen es gelungen war, Palästina zu erreichen, sollten auf die Insel Mauritius im Indischen Ozean deportiert und dort in stacheldrahtumzäunten Barackenlagern untergebracht werden. Als Antwort darauf hoffte die Führung des Jischuw, durch einen Akt des Trotzes die öffentliche Meinung vor allem in den USA zu mobilisieren. Im November 1940 wurden am Rumpf der *Patria*, die mit ihrer Fracht illegaler

Einwanderer nach Mauritius in See stechen sollte, Sprengstoffladungen angebracht, um sie seeuntüchtig zu machen und ihre Abfahrt zu verhindern. Das Schiff sank, und 267 Flüchtlinge ertranken; die überlebenden Passagiere der *Patria* durften in Palästina bleiben – das war die einzige Ausnahme von der Deportationspolitik.

Eine weitere Route, auf der sich Juden in Sicherheit bringen konnten, führte über die Pyrenäen. In den Tagen unmittelbar vor und kurz nach dem Waffenstillstand war dies der einfachste Weg, um Frankreich zu verlassen. Täglich durften etwa 25 bis 50 Flüchtlinge die spanische Grenze passieren, sofern sie gültige Pässe sowie Visa für die Einreise in ein endgültiges Bestimmungsland besaßen. Bald jedoch wurde der Transit durch Spanien an ein französisches Ausreisevisum geknüpft, dessen Beschaffung Monate dauern konnte – eine ausgesuchte Gemeinheit des administrativen Sadismus in Frankreich. Weitere Restriktionen folgten: Von November 1940 an bedurfte jedes spanische Transitvisum einer Genehmigung aus Madrid; die Bestätigung durch das amerikanische Konsulat in Marseille beispielsweise genügte nicht mehr. Diese spanischen Regelungen blieben während des ganzen Krieges in Kraft, und dabei wurde nicht zwischen Juden und Nichtjuden unterschieden. Letztlich bedeutete jedoch der Transit durch Spanien für Zehntausende von Juden die Rettung.

Portugal war noch restriktiver. Während aber der portugiesische Diktator Antonio del Oliveira Salazar strikte Anti-Einwanderungsmassnahmen anordnete, stellten Portugals Konsuln in mehreren europäischen Ländern ungeachtet der ausdrücklichen Anweisungen aus Lissabon Tausende von Visa aus. Manche, so der Generalkonsul in Bordeaux, Aristides de Sousa Mendes, sollten ihren Mut mit dem Ende ihrer Karriere bezahlen.

Während Juden aus dem Reich und Westeuropa verzweifelte Versuche zum Verlassen des Kontinents unternahmen, befahl Hitler im Oktober 1940, wie wir sahen, eine unerwartete und plötzliche Abschiebung von Juden aus zwei deutschen Ländern, aus Baden und der Saarpfalz. Diese Operation, die vom RSNA organisiert wurde, verlief reibungslos und wurde von der Bevölkerung kaum bemerkt. Ohne jede Konsultation

mit Vichy verfrachtete man die Deportierten in französische Lager der nicht besetzten Zone (worauf wir noch zurückkommen); dort forderten das kalte Wetter, der Mangel an Lebensmitteln und das Fehlen der elementarsten hygienischen Vorkehrungen eine zunehmende Zahl von Opfern. Den französischen Behörden erklärten die Deutschen, diese Juden werde man in naher Zukunft nach Madagaskar schicken.

Hitler hatte anscheinend beschlossen, sich eine Klausel in der Waffenstillstandsvereinbarung mit Frankreich zunutze zu machen, welche die Abschiebung der Juden aus Elsass-Lothringen in die unbesetzte Zone vorsah. Die Vertreibung vom Oktober 1940 war eine «Ausweitung» dieser Klausel, da Baden, die Pfalz und die Saar, die an die annektierten französischen Provinzen grenzten, mit Elsass-Lothringen zu einem einzigen Gau zusammengefasst werden sollten. Die Juden von Elsass-Lothringen selbst waren bereits am 16. Juli 1940 vertrieben worden. So würde dann der neue Gau Baden-Elsass völlig «judenfrei» sein. Am 4. April 1941 wurden auf Befehl Himmlers das Eigentum und die Vermögenswerte, die den aus diesen beiden Provinzen deportierten Juden gehörten, beschlagnahmt.

Zwei Tage nach Beginn der Deportationen schrieb Conrad Gröber, der Erzbischof von Freiburg, an den päpstlichen Nuntius in Berlin, Monsignore Cesare Orsenigo: «Ew. Exzellenz wird von den Ereignissen der letzten Tage, die Juden betr., gehört haben. Mich als katholischen Bischof hat es vor allem geschmerzt, dass eine grosse Anzahl katholischer Juden genötigt worden sind, Haus und Stellung zu verlassen, um mit 50 Pfund beweglichen Eigentums und 100.-RM Geld einem unsicheren Schicksal in der Ferne entgegen zu gehen. Es handelt sich bei diesen sehr häufig um lobenswert praktizierende Katholiken, die sich durch mich an den Heiligen Vater wenden, damit er, soweit es ihm möglich ist, ihr Los ändere oder wenigstens verbessere.... Ich ersuche Ew. Exzellenz dringend, den Hl. Stuhl von dem Schicksal dieser katholischen Christen zu unterrichten. Ich bitte Ew. Exzellenz auch persönlich Ihren diplomatischen Einfluss geltend zu machen.»⁹ Weder vom Nuntius noch vom Papst ist eine Antwort überliefert.

Während der oberste Führer des Grossdeutschen Reiches die Deportation sämtlicher europäischen Juden nach Madagaskar erwog und die

Vertreibung von Juden aus zwei deutschen Provinzen nach Vichy-Frankreich anordnete, liess er keine Einzelheiten aus den Augen, die das Schicksal der Juden vor seiner eigenen Haustür betrafen. Am 8. April 1940 befahl er, dass Halbjuden – und selbst «arische» Männer, die mit einer Jüdin oder einer Halbjüdin verheiratet waren – aus dem aktiven Dienst bei der Wehrmacht zur Reserve zu versetzen seien. Vierteljuden konnten im aktiven Dienst belassen und sogar befördert werden. Bevor jedoch der Befehl wirksam werden konnte, änderte der Westfeldzug die Lage: Viele dieser teiljüdischen Soldaten waren wegen Tapferkeit lobend erwähnt worden. Der «Führer» hatte keine andere Wahl und liess sie im Oktober in «vollblütige Deutsche» verwandeln, die ihren deutschen Kameraden gleichgestellt waren. Der Status ihrer jüdischen Verwandten blieb jedoch unverändert.

Im Laufe derselben Wochen und Monate wetteiferten die meisten deutschen Stellen in Staat und Partei darin, den Juden im Reich das Leben immer schwerer zu machen. Am 7. Juli 1940 verbot der Reichspostminister Juden das Halten von Telefonanschlüssen mit «Ausnahmen für Konsulenten, Krankenbehandler und Personen, die in privilegierten Mischehen leben».¹⁰ Am 4. Oktober wurden die noch verbliebenen Rechte von Juden als Gläubigern in Gerichtsverhandlungen beseitigt. Am 7. Oktober ordnete Göring als Oberbefehlshaber der Luftwaffe an, es solle in Luftschutzräumen auf «Abtrennung [der Juden] von den übrigen Bewohnern geachtet werden, entweder durch Schaffung eines besonderen Raumes für sie oder durch Trennung in demselben Raum».¹¹ Am 13. November 1940 durften jüdische Schuhmacher wieder arbeiten, um die deutschen Schuhmacher etwas zu entlasten, aber sie konnten nur für jüdische Kunden tätig werden. Deutsche Schuhmacher, die der Partei oder ihr angeschlossenen Organisationen angehörten, durften die Schuhe von Juden nicht reparieren. Diejenigen, die keine Parteimitglieder waren, sollten «nach ihrem Gewissen entscheiden».¹² Am 15. desselben Monats verfügte Himmler, dass alle Angehörigen der deutschen Polizei im Laufe des Winters den Film *Jud Süss* zu sehen hatten. Am 12. Dezember ordnete der Innenminister an, sämtliche geisteskranken jüdischen Patienten künftig in einer einzigen Institution, Sayn-Bendorf im

Kreis Koblenz, zu konzentrieren, die von der Reichsvereinigung unterhalten wurde. Das wurde technisch möglich, weil man bereits seit Juni dieses Jahres eine grosse Anzahl jüdischer Geisteskranker in den Tod schickte.

Am 4. Juli 1940 erliess der Polizeipräsident von Berlin eine Verordnung, mit der die Einkaufszeit für Juden auf eine Stunde pro Tag, von 16 bis 17 Uhr, beschränkt wurde. «Juden im Sinne dieser Polizeiverordnung», hiess es in der Verfügung, «sind die Personen, deren Lebensmittelbezugsausweise mit ‚J‘ oder dem Worte ‚Jude‘ gekennzeichnet sind.»¹³ In Dresden waren die Einkaufszeiten für Juden zu Beginn des Sommers 1940 noch nicht eingeschränkt, aber die J-Karte war ein ständiges Problem. Am 6. Juli notierte Klemperer: «Immer ist es mir grauhaft, die J-Karte vorzuweisen. Es gibt Läden ..., die Belieferung der Karten ablehnen. Es stehen immer Leute neben mir, die das J sehen. Wenn möglich, benutze ich im fremden Laden Evas ‚arische‘ Karte. ... Wir machen kleine Spaziergänge nach dem Abendessen ..., nutzen die Minuten bis Punkt neun [der Sperrstunde für Juden im Sommer]. Welche Unruhe für mich, wir könnten zu spät zu Haus sein! Niemand weiss genau, was erlaubt ist, überall fühlt man sich bedroht. Jedes Tier ist freier und rechtlich gesicherter.»¹⁴

Unter dem Hagel neuer Reglementierungen, die auf allen Ebenen des Systems erlassen wurden, wusste kein Jude im Reich genau, was erlaubt und was verboten war. Selbst der Jüdische Kulturbund, nunmehr eine Sektion der Reichsvereinigung, war sich oft nicht sicher, was er auf sein Programm setzen konnte. So schrieb Mitte September 1939 Fritz Wisiten, der neue künstlerische Leiter des Bundes, nach seinem ersten Zusammentreffen mit dem zuständigen Aufseher der Aktivitäten des Kulturbunds, Erich Kochanowski vom Propagandaministerium, in gespielter Verwirrung über die widersprüchlichen und absurden Anweisungen, die man ihm erteilt hatte. Die Aufführung von Ferenc Molnars Stück *Die Zuckerbäckerin* wurde ebenso wie die aller anderen Stücke mit einer «assimilatorischen» Tendenz verboten (mit assimilatorisch war hier gemeint, dass dadurch Juden ermutigt wurden, in Deutschland zu bleiben und sich an seine Gesellschaft und Kultur anzupassen). Wisiten schrieb, er könne in der *Zuckerbäckerin* keine assimilatorischen Zielsetzungen erkennen.¹⁵

Auch wenn der allgegenwärtige Propagandaminister wahrscheinlich den Anstoss zu der ständig wechselnden Abfolge von Direktiven gab, die dem Kulturbund erteilt wurden, galt Goebbels' Aufmerksamkeit in der ersten Hälfte des Jahres 1940 anscheinend wie schon seit Oktober 1939 verstärkt der Produktion seiner drei antisemitischen Filme. Dabei wurde Hitler regelmässig konsultiert und verlangte regelmässig Änderungen, besonders beim *Ewigen Juden*.

Die Premiere des Films *Die Rothschilds* hatte im Juli stattgefunden. Innerhalb von zwei Wochen stellte sich jedoch heraus, dass der Film überarbeitet und konzentrierter gefasst werden musste. Als er ein Jahr später neu erschien, hatte er schliesslich seinen vollständigen Titel erhalten: *Die Rothschilds: Aktien auf Waterloo*. Er erzählte eine Geschichte von weltweiter jüdischer Finanzmacht und Geschäftemacherei durch die Ausbeutung von Elend und Krieg.

Die wirkungsvollste aller antijüdischen Produktionen der Nazis war *Jud Süss*. In dem Film freundet sich Süss (in Wirklichkeit Joseph Openheimer) mit dem habsburgischen Militärhelden Prinz Karl Alexander an, der 1772 Herzog von Württemberg wird; dieser ernennt Süss zu seinem Finanzberater. Einige antisemitische Grundthemen waren die Leit-motive des brillant inszenierten und gespielten «historischen» Machwerks. Süss, dargestellt von Ferdinand Marian, öffnet Horden von Juden die Tore Stuttgarts, erpresst mit den verschlagensten Mitteln Geld von den Untertanen des Herzogs und verführt jede Menge schöner deutscher Maiden. Als Karl Alexander plötzlich an einem Schlaganfall stirbt, wird Süss verhaftet, vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und in einem Käfig gehängt. Die Juden werden aus Württemberg vertrieben.

Im September 1940 wurde *Jud Süss* in Venedig auf den Filmfestspielen vorgestellt und fand ausserordentlichen Beifall. Der Film erhielt den Goldenen Löwen und bekam überschwengliche Kritiken. «Wir zögern nicht zu erklären: wenn dies Propaganda ist, dann begrüssen wir Propaganda», schrieb der junge Filmkritiker Michelangelo Antonioni. «Dies ist ein überzeugender, prägnanter, ausserordentlich wirkungsvoller Film. ... Es gibt nicht einen einzigen Augenblick, in dem das Tempo des Films nachlässt, auch nicht eine Episode, die sich nicht harmonisch in alle anderen einfügt: Es ist ein Film, der durch völlige Einheit und Ausgegli-

chenheit charakterisiert ist. ... Die Episode, in der Süß das junge Mädchen vergewaltigt, ist erstaunlich geschickt gemacht.»¹⁶ Der Erfolg des Films beim Publikum war überwältigend: 1943 war die Zahl derer, die den Film gesehen hatten, auf 20,3 Millionen gestiegen.

Zehn Tage nachdem der Reichsführer-SS den ausserordentlichen Bildungswert von *Jud Süß* anerkannt hatte, wurde die dritte grosse Leinwandproduktion der antijüdischen Kampagne abgeschlossen: Am 29. Oktober wurde *Der ewige Jude* im gesamten Reich uraufgeführt. Auf den Plakaten für die Uraufführung in der Hauptstadt fand sich folgende Warnung: «Da in der Vorstellung um 18.30 Uhr zusätzlich Originalaufnahmen von jüdischen Tierschächtigungen gezeigt werden, wird empfindsamen Gemütern die gekürzte Fassung in der Vorstellung um 16 Uhr empfohlen. Frauen ist der Zutritt ebenfalls nur zu der Vorstellung um 16 Uhr gestattet.»¹⁷

In einer besonders abscheulichen Sequenz des Films huschten Scharen von Ratten durch Keller und Abwasserkanäle, und in raschem Wechsel hiermit zogen Horden von Juden aus Palästina in die fernsten Winkel der Welt. Der Text war auf gleichem Niveau: «Wo Ratten auftauchen», lautete der Kommentar zu dieser Szene, «verbreiten sie Krankheiten und tragen Vernichtung ins Land. Sie sind hinterlistig, feige und grausam und treten meist in grossen Scharen auf – nicht anders als die Juden unter den Menschen.»¹⁸ Noch schlimmer war die Szene der rituellen Schächtung, in der der langsame Todeskampf von Rindern und Schafen dargestellt wurde, die in ihrem eigenen Blut badeten, mit teilweise abgeschnittenem Kopf und aufgeschlitzter Kehle, wobei die lachenden Gesichter der jüdischen rituellen Schächter (die, wie erwähnt, ebenso wie die Synagogensequenzen im Judenviertel von Lodz gefilmt worden waren) immer wieder in Kontrast zu den jämmerlichen Blicken der sterbenden Tiere gesetzt wurden.

Ungeachtet der pflichtschuldig positiven Besprechungen, welche die Presse brachte, war *Der ewige Jude* ein kommerzieller Misserfolg. Die SD-Berichte aus vielen Gegenden Deutschlands und aus Österreich waren sich einig: Die Horrorszenen stiessen die Zuschauer ab; das dokumentarische Material wurde als nervenzerreissend empfunden; nachdem sie kurz zuvor *Jud Süß* gesehen hatten, hatten die meisten Leute genug

von «jüdischem Dreck». Den kommerziellen Erfolg von *Jud Süß* und die beschränkte kommerzielle Wirkung des *Ewigen Juden* sollte man jedoch, was die Intentionen von Goebbels angeht, nicht als gegensätzliche Resultate ansehen. Endlos wurden im gesamten Reich und im besetzten Europa Bilder aus beiden Filmen auf antisemitischen Plakaten oder Veröffentlichungen der Nazis wiedergegeben. Die huschenden Ratten des *Ewigen Juden* oder die scheusslich verzerrten jüdischen Gesichter dieses Films mögen sich letztlich in die kollektive Vorstellung europäischer Zuschauer tiefer eingegraben haben als die Handlung von *Jud Süß*. In beiden Fällen war das Ziel dasselbe: Es ging darum, Furcht, Abscheu und Hass hervorzurufen.

Unterdessen erhielt die Ausschliessung und Absonderung der Juden im besetzten Europa, im Osten wie im Westen, auf der Tagesordnung des Regimes höchste Priorität.

Am 1. Mai 1940 riegelten die Deutschen das schäbigste Viertel von Lodz, den Stadtteil Baluty, hermetisch ab; die 163'000 jüdischen Bewohner der Stadt, denen man befohlen hatte, dorthin zu ziehen, wurden von der Aussenwelt abgeschnitten. Das Niemandsland, welches das Ghetto umgab, machte jede Flucht praktisch unmöglich. Die Stadt Lodz als solche, die durch verstärkten Zuzug von Reichsdeutschen und Volksdeutschen, bei denen es sich mehrheitlich um begeisterte Nazis handelte, immer mehr germanisiert worden war, hätte einem Juden gewiss keinen Unterschlupf geboten. So wurde das Ghetto von Lodz mehr noch als das Warschauer Ghetto zu einer riesigen städtischen Siedlung und zu einer Art Arbeitslager, ohne geheime politische oder ökonomische Verbindungen zu seiner Umgebung, grösstenteils ohne Informationen über den Verlauf des Krieges und das Schicksal der Juden, die jenseits seines Stacheldrahtzauns lebten und starben. Über die Wohnverhältnisse im Ghetto sprechen Zahlen Bände: Wohnungen mit Kanalisation – 613; mit Wasserleitung und Kanalisation – 382; mit Toilette – 294; mit Toilette, Kanalisation und Bad – 49; ohne diesen Komfort – 30'624.¹⁹

Im Generalgouvernement hatte Frank im Sommer 1940 in der Annahme, dass sich der Madagaskar-Plan konkretisieren werde, den Bau von Ghettomauern eingestellt; im September wusste er es dann besser.

Bei einer Zusammenkunft mit den führenden Vertretern seiner Verwaltung am 12. dieses Monats verkündete er seinen Beschluss über die Abriegelung des Warschauer Ghettos. Am 16. November schloss man hier das Ghetto offiziell. Die Mauer, die es umgab, wurde in mehreren Monaten errichtet und vom Judenrat bezahlt. Die Polen, die in dieser Gegend gewohnt hatten, zogen fort; die Juden zogen ein. Etwa 380'000 Juden waren jetzt von der Welt abgeschnitten (ihre Zahl, die sich durch weitere Zuzüge aus kleineren Städten und aus dem Warthegau erhöhte, erreichte dann im Mai 1941 mit 445'000 den Höhepunkt). Das gesamte Gelände machte nur 4,5 Prozent der Stadtfläche aus; selbst dieses Gebiet wurde später noch reduziert.

Das Warschauer Ghetto war in jeder Hinsicht eine Todesfalle im allerkonkretesten, physischen Sinne. Wenn man aber Warschau von der Welt abschnitt, dann bedeutete das auch, das kulturelle und geistige Zentrum des polnischen Judentums und des jüdischen Lebens weit darüber hinaus zu vernichten. Innerhalb der Ghettomauern begann Emanuel Ringelblum, ein ausgebildeter Historiker, der in den Jahren vor dem Krieg mitgeholfen hatte, die Warschauer Zweigstelle der Wilnaer Jiddischen Wissenschaftlichen Organisation (YIVO) aufzubauen, das Schicksal zu dokumentieren, das den Juden von Polen widerfuhr. Bald schlossen sich ihm noch andere an, und die Gruppe gab sich den Decknamen «*Oneg Shabbat*» («Sabbatfreude»), da ihre Zusammenkünfte gewöhnlich am Samstagnachmittag stattfanden. Wie so viele andere jüdische Chronisten jener Tage waren die Mitglieder von *Oneg Shabbat*, ob sie das nun spürten oder nicht, damit beschäftigt, das Material für die Geschichte ihres eigenen Endes zusammenzutragen.

In Frankreich ergriff Marschall Petains neues Regime aus eigenem Antrieb seine ersten gegen die Juden gerichteten Massnahmen. Die ungefähr 330'000 Juden, die vor dem Krieg in Frankreich gelebt hatten, waren etwa zur Hälfte Ausländer oder hatten ausländische Eltern. Von den Ausländern waren 55'000 zwischen 1933 und 1939 ins Land gekommen. Zwar war der Antisemitismus während des ganzen 19. Jahrhunderts ein Teil der französischen ideologischen Landschaft gewesen, zunächst auf der Linken, dann – in zunehmendem Masse – auf der konservativen

und der radikalen Rechten, aber das Ereignis, das ihn in den 1890er Jahren und um die Wende zum 20. Jahrhundert zu einem zentralen Thema der französischen Politik machte, war die Affäre Dreyfus. Der Erste Weltkrieg brachte jedoch einen erheblichen Rückgang jüdenfeindlicher Hetze, und die Jahre unmittelbar nach dem Krieg schienen eine neue Phase der Assimilation des alteingesessenen französischen Judentums in die umgebende Gesellschaft einzuleiten.

Das Wiederaufleben eines lautstarken Antisemitismus seit den frühen 1930er Jahren war auf die jüdenfeindliche Tradition zurückzuführen, die tief verwurzelt war, auch wenn sie einige Jahre lang geschlummert hatte, auf eine Reihe finanzpolitischer Skandale, in die einige Juden in auffälliger Weise verwickelt waren (unter anderem die Staviski-Affäre), auf die zunehmende «Bedrohung» durch die Volksfront – eine Koalition aus Links- und Mitte-Links-Parteien, die von dem jüdischen Sozialisten Léon Blum angeführt wurde – sowie auf Blums kurzfristige Ministerpräsidentschaft, auf den Einfluss der Naziagitation und auf die massive Einwanderung ausländischer Juden. Ein neues Gefühl des Unbehagens unter den eingewanderten «Israeliten» führte dazu, dass sie sich gegen ihre nichtfranzösischen «Brüder» wandten, denen sie vorwarfen, ihre Position in Gefahr zu bringen. Von da an beharrten die alteingesessenen Juden, auch wenn sie eine Hilfsorganisation für die Flüchtlinge gründeten, stärker als je zuvor darauf, zwischen sich und den Neuankömmlingen einen klaren Trennungsstrich zu ziehen.

Nach dem Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts fing man in Frankreich an, Flüchtlinge, ob Kommunisten oder nicht, ob Juden oder nicht, mit Argwohn zu betrachten; die hysterische Furcht vor einer «fünften Kolonne» verwandelte engagierte Nazigegner in potentielle Feinde. Mit einem Gesetz vom 18. November 1939 wurde die Internierung von Personen angeordnet, die «eine Gefahr für die Landesverteidigung» darstellten. Am Ende desselben Monats schickte man etwa 20'000 Ausländer, unter ihnen zahlreiche geflüchtete jüdische Männer aus Deutschland (oder Österreich), in Lager oder lagerähnliche Einrichtungen. Im Laufe der darauffolgenden Wochen wurde die Mehrzahl der Internierten, nachdem man ihre Anti-Nazi-Referenzen überprüft hatte, wieder entlassen. Ihrer Freiheit bereitete jedoch der deutsche Angriff im Westen ein jähes Ende.

Gerade in dem Moment, in dem die Deutschen die französischen Verteidigungsanlagen zerschlugen, wurden erneut Tausende von jüdischen und anderen Flüchtlingen in Le Vernet, Les Milles, Gurs, Rivesaltes, Compiègne und anderen Lagern gesammelt. Einigen der Internierten gelang es, der Falle zu entkommen. Andere schafften es nicht: Für sie begann der Weg in den Tod im Frühjahr 1940 in den französischen Lagern.

Während Frankreich zerfiel, schlossen sich etwa 100'000 Juden den acht bis zehn Millionen Menschen an, die in Richtung Süden flohen. Ihnen vorangegangen waren etwa 15'000 Juden aus Elsass-Lothringen und ungefähr 40'000 Juden aus Belgien, den Niederlanden und Luxemburg. Ganz allgemein wurde die Katastrophe als nationale Angelegenheit wahrgenommen; ihr spezifisch jüdischer Aspekt war einstweilen nicht mehr als eine vage Besorgnis hinsichtlich der Möglichkeit bedrohlicher Veränderungen.

Am 10. Juli machte die französische Republik sich selbst den Garaus. In der nicht besetzten Zone wurde der 83jährige Pétain zum Führer eines autoritären Regimes, in dem er sowohl Staatschef als auch Regierungschef war. Vichy, ein kleiner Badeort im geographischen Mittelpunkt des Landes, wurde zur Hauptstadt des neuen Staates ausersehen. Das Motto des *État Français*, «Travail, Famille, Patrie» (Arbeit, Familie, Vaterland), trat an die Stelle des Mottos der Republik: «Liberté, Égalité, Fraternité».

Die eingefleischten französischen Bewunderer des Nationalsozialismus und die militanten Antisemiten blieben in Paris. Vichy war für sie zu konservativ, zu klerikal, zu zögerlich in seiner Unterwürfigkeit gegenüber Deutschland und in seinem Kampf gegen die Juden. Diese lautstarke Randgruppe kannte keine Grenzen. Der Schriftsteller Louis-Ferdinand Céline forderte ein Bündnis mit Deutschland, einem seiner Ansicht nach rasseverwandten Land: «Frankreich», so verkündete er, «ist romanisch nur durch Zufall, durch einen Fehler, durch Niederlage. ... Es ist keltisch, zu drei Vierteln germanisch. ... Haben wir Angst davor, absorbiert zu werden? Wir werden niemals mehr absorbiert werden, als wir es jetzt schon sind. Sollen wir Sklaven von Juden bleiben, oder sollen wir wieder germanisch werden?»²⁰ Den Judenhass Célines teilte eine lärmende Phalanx von Schriftstellern, Journalisten und Persönlichkeiten

des öffentlichen Lebens aller Art; ausgespuckt wurde er Tag für Tag, Woche für Woche von einer erstaunlich grossen Zahl von Zeitungen und Zeitschriften, deren zentrale Botschaft in Antisemitismus bestand. «Schluss mit den Juden!» überschrieb Lucien Rebatet am 6. Dezember 1940 einen Artikel in *Le Cri du Peuple*.²¹

In Vichy hörte man den schrillen Kollaborationismus der besetzten Zone selten, aber traditioneller Antisemitismus war hier von den allerersten Tagen an weit verbreitet. Vichys erste antijüdische Verfügung wurde am 17. Juli erlassen. Das neue Gesetz beschränkte Einstellungen in den öffentlichen Dienst auf Bürger, die einen französischen Vater hatten. Am 22. Juli begann eine Kommission unter dem Vorsitz von Justizminister Raphael Alibert mit der Überprüfung sämtlicher nach 1927 vorgenommenen Einbürgerungen. Am 27. August hob Vichy das Marchandeau-Gesetz vom 21. April 1939 auf, das Hetze aus rassistischen oder religiösen Gründen verbot: Die Schleusen der antisemitischen Propaganda öffneten sich wieder. Am 16. August wurde ein Nationaler Ärztenverband gegründet, dessen Mitglieder einen französischen Vater haben mussten. Am 10. September wurde dieselbe Beschränkung auf den Rechtsanwaltsberuf angewendet. Und am 3. Oktober 1940 erliess Vichy, wiederum aus eigener Initiative, sein «Judenstatut».

Im ersten Abschnitt des Statuts wurde ein Jude als eine Person definiert, die von mindestens drei Grosseltern «jüdischer Rasse» abstammte – oder von zwei Grosseltern «jüdischer Rasse», sofern auch der Ehegatte jüdisch war (die deutsche Definition nahm Bezug auf die Religion der Grosseltern; die französische auf ihre Rasse). Die folgenden Abschnitte zählten sämtliche öffentlichen Funktionen auf, die Juden versperrt waren. Paragraph 5 schloss Juden von allen Stellungen als Eigentümer oder Verantwortliche in Presse, Theater und Film aus. Am darauffolgenden Tag, am 4. Oktober, gestattete ein Gesetz die Internierung ausländischer Juden in besonderen Lagern, sofern die Verwaltung ihres Départements dies verfügte. Man richtete eine Kommission ein, die für diese Lager verantwortlich war. Ausländischen Juden konnte von derselben Regionalverwaltung auch zwangsweise ein Wohnsitz zugewiesen werden. Von einer Mehrheit der Bevölkerung in der nicht besetzten Zone wurde

die antijüdische Gesetzgebung Vichys im Allgemeinen wohlwollend aufgenommen.

Nicht ein einziger katholischer Prälat protestierte gegen das «Judenstatut». Einige Bischöfe unterstützten sogar offen die antijüdischen Massnahmen. Tatsächlich erörterte die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe, als sie am 31. August 1940 in Lyon zusammentrat, nachdem man sie über das bevorstehende Statut informiert hatte, die «Judenfrage». Mgr. Émile Guerry, Koadjutor des Erzbischofs von Cambrai, fasste den offiziellen Standpunkt der Versammlung zusammen: «Politisch wird das Problem von einer Gemeinschaft [den Juden] verursacht, die jeglicher Assimilation ... widerstanden hat. Der Staat hat das Recht und die Pflicht, aktiv wachsam zu bleiben, um sicherzustellen, dass das Fortbestehen dieser Einheit [der Juden] dem allgemeinen Wohl der Nation keinen Schaden zufügt.»²²

Der nächstliegende Grund für die Haltung der französischen Kirche hing mit der uneingeschränkten Unterstützung zusammen, mit der Pétain die Wiedereinführung des Katholizismus in das französische öffentliche Leben und insbesondere in das Erziehungswesen betrieb. Während die Republik die Trennung von Kirche und Staat etabliert und damit den Einsatz staatlicher Gelder für den Unterhalt religiöser Schulen verboten hatte, beseitigte Vichy diese Trennung samt allen ihren praktischen Folgen: In vieler Hinsicht war der Katholizismus zur offiziellen Religion des neuen Regimes geworden.

In der besetzten Zone blieben die Deutschen auch nicht untätig. Am 27. September 1940 wurde die «Erste Juden-Verordnung» erlassen, in der als Jude eine Person definiert wurde, die mehr als zwei Grosseltern hatte, welche der jüdischen Religion angehörten, oder die zwei solche Grosseltern hatte und dem jüdischen Glauben angehörte oder mit einem jüdischen Ehegatten verheiratet war. Die Verordnung verbot Juden, die in die Vichy-Zone geflohen waren, in die besetzte Zone zurückzukehren; sie wies die französischen Präfekten an, eine vollständige Registrierung sämtlicher Juden in der besetzten Zone in die Wege zu leiten sowie jüdische Geschäfte zu identifizieren und jüdische Vermögenswerte zu registrieren. Am 16. Oktober befahl eine «Zweite Juden-Verordnung» den

Juden, bis zum 31. Oktober ihre Unternehmen registrieren zu lassen. Von diesem Tage an trugen jüdische Läden ein gelbes Schild mit der Inschrift «*Jüdisches Geschäft/Entreprise Juive*».

Die Registrierung aller Juden in der besetzten Zone begann am 3. Oktober, am jüdischen Neujahrstag. Die überwiegende Mehrheit der Juden, der französischen wie der ausländischen, befolgte die Anordnung ohne grosses Zögern. Manche nutzten die Registrierung sogar zu einer Aussage. Der todkranke Philosoph Henri Bergson schleppte sich, obwohl er von der Registrierung ausgenommen war und seit Jahren dem Katholizismus weit näherstand als dem Judentum, in Hausschuhen und Morgenmantel auf die Polizeistation von Passy in Paris, um sich als Jude eintragen zu lassen; ein Oberst Pierre Brissac ging in voller Uniform. Pierre Masse, ein ehemaliger Minister und Senator des Départements Hérault, schrieb am 20. Oktober an Pétain: «Ich gehorche den Gesetzen meines Landes, selbst wenn sie vom Eroberer diktiert werden.» In seinem Brief fragte er den Marschall, ob er die Offiziersstreifen abnehmen sollte, die sich mehrere Generationen seiner Vorfahren seit den Napoleonischen Kriegen im Dienste ihres Vaterlandes verdient hatten.²³

Die beiden bedeutendsten Persönlichkeiten der französischen jüdischen Gemeinschaft, der Leiter des *Consistoire Central* und der Leiter des *Consistoire de Paris*, Édouard und Robert de Rothschild, flohen im Juni 1940 aus dem Land. Sie liessen eine verwirrte und verunsicherte Judenheit zurück, die sich in den schwachen Händen des neugewählten Oberrabbiners von Frankreich, Isaie Schwartz, und der noch verbliebenen Mitglieder des *Consistoire* befand, die mehrheitlich im nicht besetzten Teil des Landes Zuflucht gesucht hatten. Unbestimmte Vorahnungen verbreiteten sich unter den alteingesessenen französischen und mehr noch unter den ausländischen Juden, ob sie nun in der besetzten oder der unbesetzten Zone lebten. Tatsächlich wusste im Sommer 1940 niemand, womit er rechnen musste und was er zu befürchten hatte.

Zwei sehr unterschiedliche Chronisten verfolgten die Ereignisse aus «entgegengesetzten» Perspektiven. Der erste, Raymond-Raoul Lambert, war ein alteingesessener französischer Jude, der einer alten jüdischen Familie aus dem Elsass entstammte; der zweite, Jacques Biélinky, war in

Witebsk geboren, hatte in Russland wegen geheimer sozialistischer Aktivitäten im Gefängnis gesessen und war 1909 als politischer Flüchtling nach Frankreich gekommen. Für die Deutschen und für Vichy waren beide in erster Linie Juden. Lambert war Franzose bis ins Mark: französische Schulbildung, im Ersten Weltkrieg als Frontoffizier ausgezeichnet, für kurze Zeit ins Aussenministerium berufen; doch er war auch bewusst Jude geblieben, und das sogar aktiv: Nach 1933 organisierte er die Unterstützung für deutsche Juden und wurde gleichzeitig zum Chefredakteur von *L'Univers Israélite*, der wichtigsten Zeitschrift des jüdischen Establishments, des *Consistoire*, ernannt. Als der Krieg ausbrach, zog Lambert erneut die Uniform an, diesmal als Reserveoffizier.

Biélinky war 1927 eingebürgert worden und gehörte somit formal ebensosehr zu seiner Wahlheimat Frankreich wie Lambert. Während der kommenden Ereignisse war seine Stimme dann jedoch die eines ausländischen Juden, bis zu einem gewissen Grade eines Ostjuden. Er hatte für verschiedene jüdische Zeitungen als Journalist gearbeitet, und obgleich seine formale Bildung auf den Cheder, die traditionelle jüdisch-religiöse Grundschule, beschränkt geblieben war, erwarb er sich solide Kenntnisse in Malerei, und viele seiner Artikel verfasste er als Reporter für die Pariser Kunstszene. In der Zeit von 1940 bis 1943 ging Lambert nicht denselben Weg wie Biélinky; das Schicksal beider war jedoch zum Schluss identisch.

Die Lage der niederländischen Judenheit unterschied sich zu Beginn der deutschen Besatzung in zweierlei Hinsicht von der Situation in anderen westlichen Ländern. Während die Juden in Belgien mehrheitlich Ausländer waren und die Hälfte der französischen Gemeinschaft nicht im Lande geboren war, stellten in den Niederlanden die 20'000 ausländischen Juden nur ein Siebtel der jüdischen Bevölkerung. Überdies hatte sich zwar in den ländlichen Gebieten Hollands noch ein gewisses Mass an traditionellem religiösem Antisemitismus gehalten, aber in Amsterdam – wo sich die Hälfte der Juden des Landes konzentrierte – und überhaupt in grösseren Städten führten antijüdische Einstellungen nicht zu öffentlicher Intoleranz.

In den ersten Monaten der Besatzung schien die deutsche Herrschaft relativ zurückhaltend zu sein. Die Niederländer galten als eine verwand-

te Rasse, die man letztlich in die grössere Gemeinschaft der nordischen Nationen eingliedern würde. Die niederländische politische Szene war den Besatzern auch nicht ungünstig. Bald nach der Niederlage bildete sich eine grössere neue Partei, die «Niederländische Unie» (Niederländische Union), die vorläufige Anerkennung von Seiten der Deutschen erfuhr und eine Politik der gemässigten Kollaboration in die Wege leitete, die sich nicht sehr von der Vichy-Linie unterschied.

In diesem «versöhnlichen» Klima führten im Sommer 1940 die Deutschen die ersten antijüdischen Massnahmen ein. Sie wirkten nicht bedrohlich: Zu Luftschutztrupps sollten keine Juden mehr gehören; Juden wurde verboten, in Deutschland zu arbeiten; Juden im öffentlichen Dienst konnten nicht befördert werden, und Neueinstellungen von Juden waren nicht gestattet. Im Oktober ergriffen die Deutschen dann jedoch die ersten Routinemassnahmen: Bis Mitte des Monats mussten alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes Formulare ausfüllen, in denen nach ihrer rassischen Abstammung gefragt wurde, und es wurde eine Verfügung erlassen, mit der Juden definiert wurden und die im Wesentlichen den Nürnberger Gesetzen entsprach. Von diesem Stadium an legte der niederländische öffentliche Dienst als ganzer das Entgegenkommen an den Tag, das später so unheilvolle Konsequenzen haben sollte. Mitte November waren alle Juden aus dem öffentlichen Dienst entfernt, und der Hohe Rat, das oberste Gericht der Niederlande, votierte mit einer Mehrheit von 12 zu 5 Stimmen dafür, seinen eigenen Präsidenten, den Juden Lodewijk E. Visser, zu entlassen. Am 21. Oktober 1940 begann die Registrierung der jüdischen Betriebe. Am 10. Januar 1941 folgte die zwangsweise Registrierung der Juden; fast jeder befolgte die Anordnung.

In Amsterdam gingen der Stadtrat und die Angestellten der Stadtverwaltung bei der Erfüllung deutscher Forderungen zunächst noch über das hinaus, was die Pflicht gebot: Obgleich das niederländische Recht sie nicht dazu zwang, die Erklärungen über ihre «arische» Abstammung auszufüllen, erklärten sich im Januar 1941 alle freiwillig dazu bereit, dies zu tun. Als aber die Deutschen von der Möglichkeit sprachen, in der Stadt ein Ghetto einzurichten, lehnte der Rat ab. In der Zwischenzeit ent-

wickelte sich jedoch eine Situation, die im Prinzip den deutschen Plänen hätte entgegenkommen sollen. Von den Deutschen ermutigt, initiierten niederländische Nazis im Judenviertel von Amsterdam Schlägereien. Am 19. Februar 1941 hielten die Besitzer der Eisdielen «Koco» (Kohn und Cahn) im Süden Amsterdams eine deutsche Polizeieinheit irrtümlich für niederländische Nazis und besprühten sie mit Salmiakgeist. Drei Tage später riegelten die Deutschen das Judenviertel der Stadt ab und verhafteten 389 junge Juden, die sie erst nach Buchenwald und dann nach Mauthausen deportierten. Nur einer von ihnen überlebte.

Ungeachtet der weitverbreiteten Willfährigkeit gegenüber den neuen anti-jüdischen Massnahmen gab es von Seiten einiger Angehöriger der niederländischen Eliten, vor allem aus akademischen Kreisen und aus den Kirchen, doch Proteste. Am 26. November 1940 hielt Professor R. P. Cleveringa, der Dekan der juristischen Fakultät an der Universität Leiden, der ältesten Universität der Niederlande, im überfüllten Auditorium Maximum eine Ansprache zu Ehren seines jüdischen Kollegen Professor E.M. Meijers, der ebenso wie alle anderen jüdischen Professoren auf Befehl der Deutschen (als Beamter) entlassen worden war. Am Nachmittag dieses Tages traten die Studenten in Leiden und Delft in den Streik. Die Deutschen befahlen die Schliessung beider Universitäten, und einige der Protestierenden, darunter Dekan Cleveringa, wurden verhaftet.

Einen Monat vor der Demonstration in Leiden richteten die protestantischen (reformierten) Kirchen der Niederlande und die Mennoniten einen gemeinsam unterzeichneten Brief an Arthur Seyss-Inquart, den Reichskommissar für die besetzten Niederlande. In dem Brief wurde zunächst die christliche Barmherzigkeit beschworen und die Frage der konvertierten Juden angesprochen, dann hiess es weiter: «Endlich hat diese Frage [das Judenstatut und die Vertreibung von Juden aus dem öffentlichen Dienst] in den Kirchen auch deshalb eine tiefe Bestürzung hervorgerufen, weil es sich um das Volk handelt, aus dem der Weltheiland hervorgegangen ist. ... [Wir] wenden ... uns an Eure Exzellenz mit der dringenden Bitte, für die Aufhebung der obenerwähnten Verordnung die erforderlichen Schritte zu unternehmen.» Der allerletzte Satz des Briefes

mag den Reichskommissar besonders erbittert haben: «Im Übrigen erinnern wir an das von Eurer Exzellenz feierlich gegebene Versprechen, unseren Volkscharakter zu achten und uns keine wesensfremde Denkungsart aufzudrängen.»²⁴

Der Text des Briefes wurde am darauffolgenden Sonntag in allen reformierten Kirchen von der Kanzel verlesen. Gleichzeitig erschienen in der holländischen Untergrundpresse die ersten Protestartikel, in denen das niederländische Volk aufgefordert wurde, «dieses importierte Gift des Judenhasses zu bekämpfen».²⁵ Einige Monate später schlossen sich alle bedeutenden Untergrundpublikationen in den Niederlanden eine nach der anderen dem Protest an.

8.

Eine Schlinge zieht sich zu

Dezember 1940 – Juni 1941

Am Nachmittag des 15. Juni 1941, eine Woche vor Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion, wurde Goebbels in die Reichskanzlei beordert. Die Grübeleien des Diktators waren in erster Linie ein Musterbeispiel für Selbstbestärkung: «Es wird ein Massenangriff allergrössten Stils. Wohl der gewaltigste, den die Geschichte je gesehen hat», registrierte der Minister. «Das Beispiel Napoleons wiederholt sich nicht. Der Führer schätzt die Aktion auf etwa 4 Monate, ich schätze viel weniger.» Aus der Sicht von Goebbels war der Angriff aus globalstrategischen, nicht weniger aber auch aus ideologischen Gründen lebensnotwendig: «In Russland wird nicht der Zarismus zurückgeholt, sondern entgegen dem jüdischen Bolschewismus der echte Sozialismus durchgeführt. Es bereitet jedem alten Nazi eine tiefe Genugtuung, dass wir das noch erleben. Das Zusammengehen mit Russland war eigentlich ein Flecken auf unserem Ehrenschild. ... Wogegen wir unser ganzes Leben gekämpft haben, das vernichten wir nun auch. Ich sage das dem Führer und er stimmt mir vollkommen zu.» Plötzlich fügte Hitler noch einen Kommentar an, der ebenso unerwartet wie untypisch war: «Der Führer sagt», so schreibt Goebbels, «ob recht oder unrecht, wir müssen siegen. Das ist der einzige Weg. Und er ist recht, moralisch und notwendig. Und haben wir gesiegt, wer fragt uns nach der Methode. Wir haben sowieso soviel auf dem Kerbholz, dass wir siegen müssen, weil sonst unser ganzes Volk, wir an der Spitze mit allem, was uns lieb ist, ausradiert würde.»¹

Die Frage, ob Hitler im Sommer 1940 jemals ernsthaft an eine Invasion der Britischen Inseln («Unternehmen Seelöwe») gedacht hatte, ist rein akademisch. Die Angriffe der Luftwaffe auf die Verteidigungsanlagen an der britischen Küste schufen während dieser Monate nicht die unentbehrliche Voraussetzung für eine Landung: die Lufthoheit über Südengland. Die darauffolgenden massiven Bombardierungen von Städten, vor allem die Bombenangriffe auf London (der «Blitz»), brachen die Moral der Bevölkerung nicht, und im Herbst wendete sich die «Luftschlacht um England» zum Vorteil der Royal Air Force.

Zur gleichen Zeit erwog Hitler seine Alternativstrategie. Nach dem Sieg über Frankreich und der Zurückweisung seines «Friedensappells» durch die Briten erwähnte er bei mehreren Gelegenheiten, insbesondere bei einer Zusammenkunft mit führenden Militärs auf dem Berghof am 31. Juli 1940, die globalstrategische Bedeutung eines Angriffs auf die Sowjetunion. Wie aus den Aufzeichnungen von General Franz Halder, dem Chef des Generalstabs des Heeres, hervorgeht, argumentierte Hitler folgendermassen: «*Englands Hoffnung ist Russland und Amerika. Wenn Hoffnung auf Russland wegfällt, fällt auch Amerika weg, weil Wegfall Russlands eine Aufwertung Japans in Ostasien in ungeheurem Mass folgt.*»²

Ungeachtet des Befehls, im Frühjahr 1941 mit dem Aufmarsch des Militärs für einen Angriff im Osten zu beginnen, zögerte Hitler jedoch im Sommer und Herbst 1940 anscheinend immer noch. Der am 27. September 1940 zwischen Deutschland, Italien und Japan geschlossene Dreimächtepakt war als eine Warnung gedacht, die sich nicht weniger an die Adresse der Vereinigten Staaten als an die der Sowjetunion richtete. Als aber Mitte November 1940 der sowjetische Aussenminister Wjatscheslaw Molotow zu Verhandlungen in Berlin eintraf und Hitler eine gemeinsame Front gegen Grossbritannien und die Vereinigten Staaten vorschlug, die dadurch geschaffen werden sollte, dass man den Dreimächte- in einen «Viermächte»-Pakt verwandelte, hatte der «Führer» seinen Entschluss vielleicht schon gefasst. Molotow führte die Gespräche jedenfalls ständig auf konkrete Fragen zurück: die volle Verwirklichung der 1939 geschlossenen Übereinkunft über die sowjetische «In-

teressensphäre», vor allem auf dem Balkan (in Bulgarien) und mit Blick auf Finnland.

Am 18. Dezember 1940 unterzeichnete der Naziführer die Weisung für die Kriegsführung Nr. 21 und änderte den bisherigen Decknamen für den Angriff auf die Sowjetunion aus «Fritz» (wahrscheinlich eine Bezugnahme auf Friedrich den Grossen) in «Barbarossa» (eine Anspielung auf den Staufenkaiser Friedrich I. [1122-1190], der einen Kreuzzug gegen die Ungläubigen im Osten unternommen hatte). Der Überfall sollte am 15. Mai 1941 beginnen.

Es gab in Berlin noch einen weiteren Grund zu raschem Handeln. Im November war Roosevelt für eine dritte Amtszeit wiedergewählt worden. Am 14. Dezember gebrauchte der Präsident auf einer Pressekonferenz die Gartenschlauch-Metapher: «Wenn das Haus eines Nachbarn brennt, ... sagt der Mann, der einen Gartenschlauch besitzt, nicht: ‚Nachbar, mein Schlauch kostet 15 Dollar, und du musst mir diese Summe bezahlen, wenn du ihn haben willst.‘ Er leiht ihm den Schlauch, hilft ihm beim Löschen des Feuers und erhält dann seinen Schlauch wieder zurück. Amerika werde jetzt gewissen Staaten das zur Verteidigung ihrer Existenz und Freiheit notwendige Material leihen.»³ Am 17. Dezember, am Vorabend der Unterzeichnung von Weisung Nr. 21, erklärte Hitler gegenüber General Alfred Jodl, dem stellvertretenden Stabschef des Oberkommandos der Wehrmacht, Deutschland müsse alle kontinental-europäischen Probleme 1941 lösen, «da ab 1942 die USA in der Lage wären, einzugreifen».⁴

Unerwartete Ereignisse führten zu einer Abänderung des Zeitplans für den Ostfeldzug. Am 27. März 1941, zwei Tage nachdem Jugoslawien dem Dreimächtepakt beigetreten war, jagte ein Militärputsch die deutschfreundliche Regierung in Belgrad aus dem Amt. Hitler befahl sofortige Vergeltung: Die jugoslawische Hauptstadt wurde mit Bombenangriffen in Trümmer gelegt, und die Wehrmacht rollte nach Süden. Jugoslawien und Griechenland wurden besetzt, Bulgarien schloss sich der Achse an, und die britischen Truppen, die in Griechenland gelandet waren, wurden vom Festland und von der Insel Kreta vertrieben. Der Angriff auf die Sowjetunion musste jedoch um mehrere Wochen verscho-

ben werden. Nunmehr wurde als Datum der 22. Juni, der längste Tag des Jahres, festgesetzt.

Bei den Mordplanungen, die sich gegen die Juden auf sowjetischem Territorium richteten, sieht es zunächst so aus, als seien sie darauf berechnet gewesen, den Zusammenbruch des ganzen Sowjetsystems zu beschleunigen, da ja die Nazis den Bolschewismus, seine Eliten und seine Strukturen mit der Allgegenwart von Juden in Machtpositionen gleichsetzten. Im Übrigen deuten Hitlers öffentliche Verlautbarungen in der ersten Hälfte des Jahres 1941 nicht darauf hin, dass die antijüdische Dimension des Feldzugs ein Ziel an sich darstellte.

In seiner am 30. Januar 1941 vor dem Reichstag gehaltenen Rede zum Jahrestag der «Machtergreifung» hatte Hitler auf seine finstere Prophezeiung vom Januar 1939 bezüglich des letztlichen Schicksals der Juden in Europa zurückgegriffen, aber diesmal sprach er nicht ausdrücklich von Vernichtung. Er prophezeite vielmehr, der Krieg werde dazu führen, dass «das gesamte Judentum seine Rolle in Europa ausgespielt haben wird!»⁵ Das konnte vollständige Absonderung oder Deportation bedeuten – oder eben totale Vernichtung. Und in Hitlers Äusserungen bei Zusammenkünften mit ausländischen Staatsmännern wie auch in Reden; die er in den letzten Monaten des Jahres 1940 und während der Zeit der militärischen Vorbereitungen bis zum 22. Juni 1941 hielt, blieben seine Anspielungen auf die Juden mechanisch und knapp. Gleichwohl schickte er am 3. März 1941 einen ersten Entwurf der vom Oberkommando der Wehrmacht angefertigten Feldzugsrichtlinien zurück und fügte unter anderem hinzu: «Die jüdisch-bolschewistische Intelligenz, als bisheriger Unterdrücker, muss beseitigt werden.»⁶ Der Kern der berüchtigten Rede, die er am 30. März vor seinen obersten Befehlshabern hielt, war damit im Wesentlichen identisch, aber die Juden wurden nicht direkt erwähnt: «Vernichtung der bolschewistischen Kommissare und der kommunistischen Intelligenz. ... Der Kampf muss geführt werden gegen das Gift der Zersetzung.»

Hitlers antibolschewistischer Glaube verschmolz ganz zwanglos mit einem nicht weniger grundsätzlichen ideologischen Thema, das er vom Pangermanismus übernommen hatte: dem Bedürfnis des Volkes, einen «Lebensraum» im Osten zu kontrollieren, der so ausgedehnt war, wie es

die rassistischen und strategischen Gründe erforderten. Er sollte möglichst bis hin zum Ural reichen. Dieser eroberte Raum würde zur Besiedlung durch die Deutschen bereitstehen und dem Reich all die Rohstoffe und die Lebensmittel liefern, die es brauchte. Was die einheimische Bevölkerung anging, so würde man sie versklaven, teilweise dezimieren oder nach Sibirien deportieren. Mit dem Sieg über die Sowjetunion konnten gewaltige Siedlungsvorhaben im Osten in Gang gesetzt werden.

Am 26. März 1941 setzten Heydrich und der Generalquartiermeister der Wehrmacht, General Eduard Wagner, auf Befehl Hitlers eine Vereinbarung auf, mit welcher der SS für die Aufrechterhaltung der Sicherheit hinter der Front, in den neu besetzten Gebieten, vollständige Autonomie zugestanden wurde. Am 13. Mai unterzeichnete OKW-Chef Keitel den Befehl, mit dem die Zuständigkeit der Militärgerichte für die von den Truppen in ihrem Kampf gegen den Feind verübten Handlungen eingeschränkt wurde. Die Hinrichtung von Verdächtigen, Soldaten wie Zivilisten, hing künftig von Entscheidungen ab, die von den Feldeinheiten getroffen wurden. Am 19. Mai befahl Keitel Offizieren und Mannschaften «rücksichtsloses Durchgreifen» gegen die Träger der jüdisch-bolschewistischen Ideologie. Dieser Befehl bedeutete, dass die normalen Verfahrensweisen der Militärgerichtsbarkeit ausser Kraft gesetzt waren. Schliesslich wurden am 6. Juni vom OKW die «Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare» (der «Kommissarbefehl») erlassen: Die Kommissare waren zu erschiessen.

Zur gleichen Zeit, in der die Vorbereitungen für den Angriff mit voller Kraft voranschritten, war ein neuer «Territorialplan» für die Juden in Arbeit. Dabei ging es um die Deportation der Juden Europas in die eroberten sowjetischen Gebiete, wahrscheinlich in den hohen Norden Russlands, und nicht nach Madagaskar. Rosenberg, seit Ende März «Sonderberater» für die besetzten Ostgebiete, erwähnte etwas Derartiges in einer Rede vom 28. März, in der er von der Deportation der Juden Europas unter «Polizeiaufsicht» in ein Gebiet ausserhalb Europas sprach, «das momentan nicht zu erörtern sei».⁷

Nach Beginn des Feldzugs gegen die Sowjetunion erwähnte Hitler den neuen Territorialplan mehrfach. Doch zuvor, am 2. Juni 1941, nannte er

bei seinem Treffen mit Mussolini erneut Madagaskar als konkrete Option.⁸ Es erscheint nahezu sicher, dass Hitler den Abschluss des Ostfeldzugs abwarten wollte, bevor er einen endgültigen Entschluss fasste. Währenddessen war die Auswanderung von Juden aus dem Reich immer noch gestattet, aber am 20. Mai 1941 verbot Göring «im Hinblick auf die zweifellos kommende Endlösung der Judenfrage» jegliche derartige Auswanderung aus Belgien und Frankreich.⁹

In den ersten Monaten des Jahres 1941 lebten vor allem in den grössten Ghettos des Warthegaus und des Generalgouvernements Hunderttausende von Juden am Rande des Hungertodes. Unter deutschen Beamten wurden zwei einander widersprechende Ansätze zum Umgang mit diesem Problem ins Auge gefasst. Einerseits befürwortete Hans Biebow, der neue Leiter der Ghettoverwaltung von Lodz, ein gewisses Niveau wirtschaftlicher Aktivität, das der Ghettobevölkerung zumindest ein minimales Auskommen garantieren würde; andererseits hatte Biebows Stellvertreter Alexander Palfinger nichts dagegen, die Juden verhungern zu lassen. Arthur Greiser, der Gauleiter des Warthegaus, sprach sich für die Linie Biebows aus; Biebows Stellvertreter wurde nach Warschau versetzt.

Der Weg der Reorganisierung war jedoch nicht klar, auch dann nicht, als sich der Gauleiter entschieden hatte, eine «produktivitätsorientierte» Politik zu unterstützen, um mit dem Historiker Christopher Browning zu sprechen. Greiser selbst bewies ein ungewöhnliches Talent zur Erpressung: Er erhob auf alle jüdischen Löhne eine Steuer von 65 Prozent. Überdies enthielten deutsche Behörden und Unternehmen dem Ghetto Rohstoffe und Lebensmittel vor (oder sie lieferten minderwertige Produkte und steckten die Differenz in die eigene Tasche). Erst im Spätfrühling 1941 gelang es Biebow, die Regelungen durchzusetzen, die er gefordert hatte: «Für arbeitende Juden sollten ‚polnische Rationen‘ das Minimum darstellen; nichtarbeitende Juden sollten die seit Langem verheissene ‚Gefängniskost‘ erhalten.»¹⁰

Die Fehler Rumkowskis verschärften bisweilen die chronische Hungersnot. Besonders erbost war die Bevölkerung nach Aussagen eines

Überlebenden aus dem Ghetto über die Kartoffelaffäre. «Eine Menge Kartoffeln wurde ins Ghetto gebracht», erzählte Israel U. dem amerikanischen Psychologen David Boder in einem 1946 geführten Gespräch. «Als man Rumkowski fragte, weshalb er sie nicht verteile, antwortete er: ‚Ihr habt euch nicht in meine Angelegenheiten einzumischen. Ich verteile die Kartoffeln, wann ich will.‘ Es kam Frost, die Kartoffeln wurden schlecht und mussten weggeworfen werden. Sie wurden vergraben. Und an dieser Stelle, wo sie vergraben lagen, suchten die Menschen danach noch drei Jahre lang nach Kartoffeln. Ausserdem redeten die Leute sich ein, dass die Kartoffeln so besser schmeckten, weil das Wasser aus ihnen verdunstet sei.»¹¹

Im Laufe der Zeit setzte der Vorsitzende jedoch ein gewisses Mass an Gleichheit unter den Bewohnern durch, das durchaus im Gegensatz zu der Lage in Warschau stand. Selbst die unerbittlichsten ideologischen Gegner des Ältesten vermerkten seine Initiativen mit einem Spott, der durch Einverständnis gemildert war: «Was uns betrifft, so fährt Rumkowski nach Warschau, um Ärzte zu holen, und er reorganisiert die Versorgung im Ghetto», schrieb Sierakowiak am 13. Mai. «Die Zahl der Kooperativen wird vergrössert, es werden gesonderte Gemüse-Kooperativen gebildet und die für Brot und Lebensmittel zusammengelegt. Das Anlegen von Grün- und Rasenflächen, der Strassenbau und andere Bauarbeiten vervollständigen das ‚Frühjahrsprogramm‘ im Ghetto, das ruhmreich auf dem Wege zu höchster Blüte und Entwicklung voranschreitet’.»¹²

Ungeachtet aller Bemühungen um «Produktivitätsorientierung» besetzte sich für einen grossen Teil der Bevölkerung die Versorgungssituation nicht so, dass es zu mehr reichte als zu chronischem Hunger. Uns liegen einige Informationen über das Alltagsleben aus individuellen Aufzeichnungen vor, hauptsächlich aber aus der detaillierten «Chronik», in der von Januar 1941 bis Juli 1944 eine Gruppe «offizieller» Tagebuchschreiber (die Rumkowski ernannt hatte) regelmässig das niederschrieb, was ihrer Ansicht nach für «künftige Historiker» von Bedeutung war. Die Chronisten berichteten von den Alltagsereignissen und benutzten Dokumente, die in den Ghettoarchiven gesammelt waren, eine gewaltige und ständig erweiterte Sammlung aller verfügbaren Informationen, die

sich auf das Ghetto sowie auf das Leben und die Arbeit des grössenwahnsinnigen Rumkowski bezogen. Obgleich die Chronisten vermieden, das Material, das sie auf diese Weise für die Geschichte festhielten, zu kommentieren, erzählten sie doch – allein dadurch, dass sie die Belege präsentierten – eine Geschichte, deren Hintergründe dem Leser nicht entgehen konnten.

In der ersten Eintragung der «Chronik» vom 12. Januar 1941 hielten die Verfasser neben zahlreichen wichtigeren Ereignissen einen kleineren, aber bezeichnenden Vorfall fest: «In einem der Reviere des Ordnungsdienstes hat sich ein 8-jähriger Junge gemeldet, um seine eigenen Eltern anzuzeigen, denen er vorwirft, dass sie ihm die zustehende Brotration nicht ausgeben. Der Junge verlangte entsprechende Ermittlungen und die Bestrafung der Schuldigen.»¹³

In Warschau wurde der Lebensmittelmangel im März 1941 katastrophal. Genau wie sein Amtskollege im Warthegau musste Frank eine Entscheidung fällen, und er traf dieselbe Wahl wie Greiser. In einer Verfügung vom 19. April wurde die deutsche Ghettoverwaltung umgebildet: Disktriktsgouverneur Ludwig Fischer ernannte den jungen Juristen Heinz Auerswald zum Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk von Warschau, der ihm direkt unterstellt war. Ausserdem wurde als unabhängige Institution, die dem Bankier Max Bischof unterstand, eine Transferstelle zur Regelung der Wirtschaftsbeziehungen des Ghettos zur Aussenwelt eingerichtet. Selbstverständlich hatten die neuen Behörden nur wenig Kontrolle über die Forderungen und Initiativen der ständig präsenten Sicherheitspolizei und des SD.

In diesem administrativen Kontext führte Bischof seine neue Wirtschaftspolitik ein, mit der er einen gewissen Erfolg hatte. Der Wert der Exporte aus dem Ghetto stieg von 400'000 Zloty im Juni 1941 auf 15 Millionen Zloty im Juli 1942, als die Deportationen begannen. Der grösste Teil dieser Produktion stammte von jüdischen Firmen und nicht von deutschen Betrieben im Ghetto, die Juden beschäftigten. Aus derselben Berechnung geht hervor, dass die Zahl der produktiv beschäftigten Juden im Ghetto von 34'000 im September 1941 auf über 95'000 im Juli 1942 anstieg.

Doch ungeachtet dieses «wirtschaftlichen Aufschwungs» war das minimale Ernährungsniveau für die gesamte Ghettobevölkerung ebenso

wie in Lodz niemals sichergestellt. Das «Informationsbulletin» des polnischen Untergrunds brachte am 23. Mai 1941 einen Leitartikel, der offenbar ein realistisches Bild der Lage zeichnete, wie sie sich «Aussenstehenden» darstellte. «Die zunehmende Überfüllung hat zu Gesundheitsschäden, Hunger und monströser Armut in einem Masse geführt, das jeder Beschreibung spottet. Gruppen von bleichen und ausgemergelten Menschen wandern ziellos durch die überfüllten Strassen. Bettler sitzen und liegen an den Mauern, und häufig sieht man Menschen, die vor Hunger zusammenbrechen. Das Asyl für verlassene Kinder nimmt täglich ein Dutzend Säuglinge auf; Tag für Tag sterben mehr Menschen auf den Strassen. Infektionskrankheiten, insbesondere Tuberkulose, breiten sich aus. Währenddessen fahren die Deutschen fort, die reichen Juden auszuplündern. Die Art, wie sie die Juden behandeln, ist immer äusserst unmenschlich. Sie quälen sie und treiben ständig ihren zügellosen und bestialischen Spass mit ihnen.»¹⁴

Hilfe von aussen, die in erheblichem Umfang vom American Jewish Joint Distribution Committee (dem «Joint») geleistet wurde, ermöglichte die interne Organisation von Sozialfürsorge in beträchtlichem Ausmass. So begann die Jüdische Soziale Selbsthilfe (JSS) damit, die Bemühungen von bis dahin unabhängigen jüdischen Fürsorgeorganisationen in ganz Polen zu koordinieren. Die Aufgabe der JSS war übermenschlich, auch wenn sie versuchte, Prioritäten zu setzen und mit den Bedürftigsten, den Kindern und den älteren Menschen, anzufangen. Im ersten Jahr ihrer Tätigkeit half sie allein in Warschau 160'000 Menschen durch die Verteilung von Lebensmitteln und anderem Grundbedarf.

In Warschau hätte jedoch nichts hiervon ausgereicht, wenn es nicht als unentbehrlichen Teil der «Selbsthilfe» einen ausgedehnten Schleichhandel gegeben hätte: «Geschmuggelt wurde durch alle Löcher und Ritzen in den Mauern, durch Verbindungstunnel in den Kellern von Häusern an der Grenze, und durch alle die verborgenen Orte, die den Augen der ausländischen Eroberer unbekannt waren», notierte Kaplan Anfang 1941. «Besonders die Schaffner auf den arischen Strassenbahnen machten ein Vermögen. ... Arische Strassenbahnen halten im Ghetto nicht an, aber das ist kein Hindernis. Der Schmuggelsack wird an einem verabre-

deten Platz hinausgeworfen und von zuverlässigen Händen aufgefangen. Auf diese Weise schmuggeln sie besonders Schweineschmalz, das die religiösen Führer während dieser Zeit der Vernichtung zu essen erlaubt haben.»¹⁵ Die Schmuggler oder vielmehr die Rädelsführer waren die ersten, die von diesen Aktionen profitierten. Deutsche und polnische Wachen steckten erhebliche Bestechungsgelder ein – und gleiches taten in geringerem Umfang Angehörige der jüdischen Ghettopolizei. Nach aussen hin bekämpfte die deutsche Verwaltung den Schmuggel, und der Ghettokommissar ergriff einige Massnahmen, um den illegalen Handel zu erschweren. Grösstenteils wurde jedoch «der Schmuggel toleriert, und die dagegen ergriffenen Massnahmen sollten nur sein Ausmass beschränken.»¹⁶ Was den Judenrat angeht, so war ihm völlig klar, dass der Schleichhandel angesichts der Versorgungslage nicht unterbunden werden konnte und sollte.

Trotz Schmuggel, Selbsthilfe, Hauskomitees und Päckchen, die – bis zum Juni 1941 – meist aus der Sowjetunion oder dem sowjetisch besetzten Polen kamen, blieb die Mehrheit hungrig. Die Zahl der Todesfälle infolge von Hunger und Krankheit betrug in der Zeit von der Abriegelung des Ghettos im November 1940 bis zum Beginn der Deportationen im Juli 1942 möglicherweise nicht weniger als 100'000. Eine dramatische Verschlechterung der Lage der Kinder zu Beginn des Sommers 1941 schlug sich unmittelbar in den Eintragungen der Tagebuchschreiber nieder. «Eine besondere Klasse von Bettlern», notierte Ringelblum am 11. Juli 1941, «besteht aus denjenigen, die nach neun Uhr abends betteln. ... In der umgebenden Stille der Nacht sind die Schreie von hungrigen Bettlerkindern entsetzlich durchdringend, und so hartherzig man auch sein mag, schliesslich muss man ihnen ein Stück Brot hinunterwerfen – oder aber das Haus verlassen. Diese Bettler nehmen überhaupt keine Rücksicht auf Sperrstunden, und man kann ihre Stimmen spät nachts um elf oder gar um zwölf hören. Sie haben vor nichts und niemandem Angst. ... Es kommt häufig vor, dass solche Bettlerkinder nachts auf dem Gehsteig sterben. Mir wurde von einer solchen schrecklichen Szene erzählt, ... wie ein sechsjähriger Bettlerjunge die ganze Nacht keuchend dalag, zu schwach, um sich umzudrehen und nach dem Stück Brot zu greifen, das man ihm vom Balkon zugeworfen hatte.»¹⁷

Angesichts der Bedingungen, die im Sommer 1941 im Warschauer Ghetto herrschten, wurde jedoch der Tod – der von Kindern wie von Erwachsenen – zu etwas immer Gleichgültigerem. Typhus verbreitete sich, und es gab wenig, was die Krankenhäuser – «Hinrichtungsstätten» nannte sie der Direktor der Gesundheitsverwaltung des Ghettos – tun konnten: Entweder starben die Patienten an den Epidemien oder am Nahrungsmangel im Krankenhaus.

Ungeachtet des allgemeinen Elends blieb die Aufrechterhaltung des Unterrichts für Kinder und Jugendliche in den Ghettos ein beständiges und teilweise erfolgreiches Bemühen. Bis 1941 waren im Generalgouvernement jüdische Schulen verboten. Nachdem Frank der Wiederaufnahme jüdischen Unterrichts zugestimmt hatte, wurde der Schulbetrieb offiziell und ging in Übereinstimmung mit örtlichen deutschen Anordnungen nach und nach auf die Räte über. In Lodz wurden die Schulen im Frühjahr 1941 wieder geöffnet, in Warschau erst im November 1941. Während der ungefähr zweijährigen Zeitspanne, in der in Warschau der Schulunterricht verboten gewesen war, hatten sich im Ghetto geheime Schulen verbreitet, die von Lehrern betrieben wurden, welche in Bildungsinstitutionen der Vorkriegszeit tätig gewesen waren, und geheime Bibliotheken in den drei Sprachen des Ghettos zogen eine grosse Leserschaft an.

Die Musik spielte in den grösseren Ghettos, vor allem in Warschau und in Lodz, eine besondere Rolle. Es wurden Orchester gegründet, und es entwickelte sich ein vergleichsweise reiches und intensives Musikleben. In Warschau ging die Initiative zur Gründung eines Symphonieorchesters von einigen Musikern aus; hatten sie aber, so fragt Marcel Reich-Ranicki, die Absicht, «der holden Kunst zu dienen, um den Menschen Freude und Vergnügen zu bereiten? O nein, anderes hatten sie im Sinn: Sie wollten etwas verdienen, um den Hunger zu stillen.»¹⁸ Eine zusätzliche Erinnerung an das, was im Ghettoleben am meisten zählte. Reich-Ranickis

Kommentare zum begeisterten Besuch der Symphoniekonzerte sind ebenso bezeichnend: «Nicht Trotz trieb die Hungernden, die Elenden in die Konzertsäle, sondern die Sehnsucht nach Trost und Erbauung.... Sie waren auf eine Gegenwelt angewiesen.»¹⁹

Auch in Lodz war das musikalische Leben reichhaltig. In den ersten drei Märzwochen des Jahres 1941 beispielsweise verzeichnet die Ghetto-

Chronik Konzerte am 1., 5., 8., 11. und 13.: «Am 13., am Tage des Purimfestes», heisst es in der Chronik, «fand ein Auftritt der Geigerin Fr. Rotsztat statt, in Verbindung mit einem Symphoniekonzert unter der Leitung von Bajgelman und mit einem Chorauftritt der Bereinigung Hazomin [hebr.: Nachtigall]. Am Samstag, dem 15. März, wurde das Programm für geladene Gäste, mit dem Präses an der Spitze, wiederholt. Die Veranstaltung hatte einen besonders feierlichen Charakter und zog sich bis 10 Uhr abends hin. Am 17. März organisierte die Schulabteilung eine Musikveranstaltung für die Schulkinder. Am 18., 20. und 22. März fanden Symphoniekonzerte für Ressortarbeiter statt und schliesslich am 22. März ein Symphoniekonzert unter der Leitung von Ryder, das der klassischen Musik gewidmet war.»²⁰

Ideologische Diskussionen fanden wahrscheinlich noch häufiger statt als öffentliche Kulturveranstaltungen. Am 8. Mai 1941 hielt Sierakowiak seine Absicht fest, sich an diesem Tag mit drei anderen Mitgliedern eines [kommunistischen] «Referentenkreises», ebenfalls Oberschülern, zu treffen, um «zuallererst Lenins berühmte Arbeit ‚Staat und Revolution‘ durch[zun]ehmen und darüber in allen Jugendaktivs des Ghettos [zu] referieren».²¹ Für den 10. Mai notierte Sierakowiak: «Am Nachmittag waren wir auf einer Versammlung der Mädchen, wo das Aktiv (Niu-tek, Jerzyk und ich) zu tun hatten, ihnen den Mehrwert zu erklären.»²²

Die organisierte jüdische Jugend war zu Beginn des Krieges nach der hastigen Abreise der Abgesandten aus Palästina und eines grossen Teils der älteren Führungskräfte aus dem politischen oder gemeindlichen Bereich sich selbst überlassen worden. Während die bundistische Jugend in engem Kontakt mit einer altgedienten Führung blieb, die sich nach wie vor im besetzten Polen aufhielt, verloren die zionistischen Jugendorganisationen schrittweise den Kontakt zur Parteizentrale in Palästina. Die ideologische Leidenschaft dieser zionistischen Jugend wankte nicht – sie wurde durch die Umstände, unter denen sie lebten, möglicherweise sogar verstärkt; die Reaktionen aus Palästina jedoch wurden immer spärlicher, sie verwandelten sich in zunehmend unrealistische und mechanische Ratschläge und Instruktionen, und häufig versanken sie in Schweigen. Solche Gleichgültigkeit führte zu einer sich vertiefenden Kluft, und dar-

aus erwuchs den führenden Vertretern der Jugendorganisationen im Lande, von denen die ältesten allenfalls Anfang zwanzig waren, bald ein verzweifertes Gefühl der Unabhängigkeit.

Die fortlaufenden und manchmal verbissenen Debatten, welche Bewegungen voneinander trennten, die beispielsweise – wie *Haschomer Hazair*, *Gordonia* oder *Dror* – dieselbe zionistisch-sozialistische Einstellung miteinander teilten, mögen in der Rückschau unbegreiflich erscheinen. Doch die beträchtlichen Anstrengungen, die in diese ideologisch-kulturellen Aktivitäten und die Herausgabe einer grossen Zahl auf Polnisch, jiddisch oder hebräisch geschriebener Untergrundzeitungen und -Zeitschriften investiert wurden, waren auch eine Form der Opposition und möglicherweise eine psychologisch notwendige Vorbereitung auf den bewaffneten Widerstand späterer Tage.

Der Rat stand nach wie vor im Mittelpunkt des Ghettolebens. Mitte 1941 hatte sich beispielsweise der Warschauer Judenrat zu einer weitverzweigten Bürokratie entwickelt, die in einer stattlichen Zahl von Abteilungen etwa 6'000 Menschen beschäftigte; angesichts der Knappheit der Mittel waren seine Leistungen beachtlich, und doch stiess er, wie schon erwähnt, beim grössten Teil der jüdischen Bevölkerung auf intensive Feindseligkeit, eine Feindseligkeit, die im Laufe der Zeit noch zunahm. «Der Judenrat ist in den Augen der Warschauer Gemeinde etwas Abscheuliches», notierte der scharfzüngige Kaplan am 23. April 1941. «Wenn man den Rat auch nur erwähnt, gerät bei jedem das Blut in Wallung. Wenn da nicht die Furcht vor der Obrigkeit wäre, gäbe es Blutvergiessen. ... Den Gerüchten zufolge ist der Präsident ein anständiger Mann. Aber die Leute um ihn herum sind der Abschaum der Menschheit. ... Sie sind als Schufte und korrupte Leute bekannt, die auch schon in der Zeit vor dem Krieg hässlichen Machenschaften nicht aus dem Wege gegangen sind. ... Alles geschieht im Namen des Präsidenten. In Wahrheit aber wird alles ohne sein Wissen und sogar ohne sein Einverständnis getan und vielleicht sogar entgegen seinen Entscheidungen und Wünschen.»²³ Abgesehen von dem Zorn, den die weitverbreitete Korruption auslöste, galt der Unmut der Bewohner besonders der Heranziehung zu Zwangsarbeit, der Besteuerung und der Brutalität der jüdischen Polizei.

Während jüdische Arbeiter in zunehmendem Masse in Ghettowerkstätten beschäftigt waren, wurden von den Räten aufgestellte «Arbeitsbataillone» Tag für Tag zur Arbeit geführt. Ausserdem schufteten in Oberschlesien Zehntausende ortsansässiger Juden in speziellen Arbeitslagern, und im östlichen Teil des Generalgouvernements, vor allem in Globocniks Distrikt Lublin, wurden jüdische Sklavenarbeiter brutal von der SS angetrieben. Dort liess man sie Gräben zur Panzerabwehr ausheben und eine Verteidigungsanlage für einen nicht erkennbaren militärischen Zweck bauen. Das Oberkommando des Heeres (OKH) hatte dem Unternehmen zugestimmt, aber seine Durchführung wurde in vollem Umfang den Handlangern Himmlers überlassen.

Im Distrikt Lublin waren die Verhältnisse in den Arbeitslagern am schlimmsten, aber die Lage im Warschauer Raum war nicht viel besser. Am 10. Mai 1941 notierte Czerniaków, nachdem er einen Bericht von zwei Ratsmitgliedern erhalten hatte, denen soeben ein kurzer Besuch gestattet worden war: «Die Baracken haben schlechtes Stroh, durch die Wände weht der Wind. Nachts frieren die Arbeiter, Duschen gibt es nicht. Nirgends gibt es eine Toilette. Im nassen Sand oder Lehm haben die Arbeiter ihre Schuhe verschlissen. Es gibt keine Medikamente und kein Verbandsmaterial. Die Behandlung durch den *Lagerschutz* ist an vielen Orten schlecht.» Und doch meldeten sich die Armen des Ghettos weiterhin freiwillig, in der Hoffnung, etwas Geld und etwas zu essen zu bekommen. In derselben Eintragung fügte Czerniaków hinzu: «Der Lohn wurde nicht ausgezahlt. ... Alles hängt von der Verpflegung ab.» Kaum ein Bruchteil des versprochenen Essens wurde ausgeteilt.²⁴

Geld konnte vor den Arbeitslagern schützen. «Wenn man noch nicht vor der [Musterungs]kommission erschienen ist», schrieb Hersch Wasser von der Gruppe Oneg Shabbat am 28. April 1941, «kann man zu einem der Ärzte gehen, 150 Zlotys für die Gebühr zahlen, und er wird einen medizinischen Grund dafür finden, dass er für einen um Befreiung bittet. ... Und für zusätzliche 200 Zlotys flattert einem auf wundersame Weise ohne Mühe oder Ärger eine Arbeitskarte ins Haus. Und wenn man, Gott behüte, die medizinische Untersuchung schon hinter sich hat und – o weh! – für tauglich befunden worden ist, dann kostet die Aus-

stellung einer Bescheinigung, dass man unantastbar, unverletzlich ist, etwa 500 Zlotys.»²⁵

Was die Steuern anging, so waren sie, besonders in Warschau, offensichtlich ungerecht. Der Rat hatte sich für eine indirekte Besteuerung der wesentlichsten Güter und Dienstleistungen im Ghetto entschieden, anstatt die reichen Bewohner direkt zu besteuern; das bedeutete, dass die ärmsten Schichten der Bevölkerung (die überwältigende Mehrheit) den grössten Teil der Steuerlast trugen. Die reichen Bewohner, die grossen Schmuggler, die Profitmacher unterschiedlicher Sorte entgingen praktisch allen direkten Abgaben auf ihr Vermögen.

Möglicherweise die allgemeinste Zielscheibe des Zorns der Bevölkerung war die jüdische Polizei, der uniformierte jüdische «Ordnungsdienst», der im Prinzip dem Rat und den Deutschen unterstand. In Warschau war die Ghettopolizei etwa 2'000 Mann stark und wurde von einem Konvertiten, einem ehemaligen Oberstleutnant der polnischen Armee, Jozef Szerynski, geleitet. Die Polizisten waren vorwiegend junge Männer aus «besseren» Kreisen, gelegentlich aus der Intelligenzia. Sie verfügten über die Verbindungen, die man brauchte, um an die begehrten Stellen heranzukommen, und wenn sie dann Uniform trugen, zögerten sie nicht, die unpopulärsten Anordnungen der Räte (Eintreibung von Steuern, Abführen von Männern zur Zwangsarbeit, Bewachung des inneren Zauns des Ghettos, Beschlagnahme von Gegenständen und dergleichen) oder der Deutschen durchzusetzen, und das häufig mit brutalen Mitteln. Zwar stellten sich die Polizisten damals – und nach dem Kriege – auf den Standpunkt, die Dinge wären noch viel schlimmer gewesen, wenn ihre Aufgaben nur von Deutschen oder Polen wahrgenommen worden wären, aber es besteht kein Zweifel daran, dass «beträchtliche Teile der Ghettopolizei moralisch und materiell korrupt waren, dass sie sich an den unterdrückten und verfolgten Einwohnern bereicherten, wenn sie ihre Aufträge erfüllten».²⁶

Für die Deutschen waren jüdische Polizisten ebenso verächtlich wie alle anderen Juden. «Gestern», notierte Mary Berg, ein jüdisches Mädchen, das mit seiner amerikanischen Mutter im Ghetto lebte (und 1941 ausreisen durfte), am 4. Januar 1941, «habe ich selbst gesehen, wie ein Nazigendarm in der Nähe des Übergangs vom kleinen in das grosse

Ghetto über die Chlodna-Strasse einen jüdischen Polizisten ‚exerzieren‘ liess. Der junge Mann geriet schliesslich ausser Atem, aber der Nazi zwang ihn immer noch, die ‚Übungen‘ fortzusetzen, bis er in einer Blutlache zusammenbrach.»²⁷

In seiner Rede vom 30. Januar 1941 beschloss Hitler seine «Prophezeiung» einer Vergeltung an den Juden damit, dass er die Hoffnung zum Ausdruck brachte, es werde eine zunehmende Zahl von Europäern dem deutschen antisemitischen Vorbild folgen: «Schon jetzt», erklärte er, «ergreift unsere Rassenerkenntnis Volk um Volk.»²⁸ Als er von zunehmendem Antisemitismus sprach, dachte er wahrscheinlich an die Ereignisse, die sich nur wenige Tage zuvor in Bukarest abgespielt hatten.

Am 21. Januar 1941 war die rumänische Hauptstadt von einem kurzen und erfolglosen Anschlag der von der SS unterstützten «Eisernen Garde» erschüttert worden, die ihrem Verbündeten, dem diktatorischen Staatsoberhaupt Marschall Ion Antonescu, die Macht entreissen wollte. Während ihres dreitägigen Tobens liessen Horia Simas «Legionäre» ihre Wut in erster Linie an den Juden der Stadt aus. «Was einem ... angesichts des Bukarester Massakers das Blut in den Adern gefrieren lässt», schrieb Sebastian einige Tage nach den Ereignissen, «ist die absolute Bestialität des Geschehens. ... Es gilt jetzt als völlig sicher, dass die im Schlachthaus von Străulesti massakrierten Juden an der Kehle am Fleischerhaken aufgehängt wurden, und zwar anstelle der geschlachteten Rinder. An jedem Kadaver klebte ein Zettel: ‚Koscheres Fleisch‘. Was die Ermordeten von Jilava angeht, so wurden sie erst ausgezogen (denn um die Kleider war es zu schade), dann erschossen und auf Haufen geworfen.»²⁹ Die Garde wurde überwältigt, und ihre Führer flohen nach Deutschland, aber ihre antijüdische Wut war in der rumänischen Gesellschaft fest verankert.

Weit verbreitet war der Glaube, die 375'000 Juden, die Anfang 1941 in Rumänien lebten, seien schuld daran gewesen, dass im Juli 1940 Bessarabien und die Bukowina an die Sowjetunion und das nördliche Transsilvanien an Ungarn verloren gegangen waren. Diese territorialen Veränderungen waren natürlich in Wirklichkeit von Deutschland in seiner Geheimabmachung mit der UdSSR und in seinem Schiedsspruch

zwischen Ungarn und Rumänien im Sommer 1940 arrangiert worden. Auf jeden Fall waren diese jüngsten Anschuldigungen nur die Spitze des Eisbergs rumänischen Judenhasses.

Ebenso wie in anderen osteuropäischen Ländern war das eigentliche Fundament der rumänischen Einstellung gegenüber den Juden ein heftiger religiöser Antijudaismus der in diesem Fall rumänisch-orthodoxen Kirche. Diese religiös geprägte Feindseligkeit hatte ihre Basis zunächst vorwiegend in der Bauernschaft gehabt, bevor sie sich dann auf die neuen städtischen Mittelschichten ausbreitete, wo sie ihre ökonomischen und vor allem nationalistischen Dimensionen entfaltete. Das «Rumänentum» nahm ethnische und kulturelle Minderheiten insbesondere in seinem Kampf um die Beherrschung der Grenzprovinzen ins Visier, die als rechtmässiger Besitz eines Grossrumänien angesehen wurden: Die Juden galten sowohl ethnisch als auch kulturell als fremdländisch und feindlich, und im Kampf für das Rumänentum warf man ihnen vor, die Partei der Ungarn oder der Russen zu ergreifen.

Die antisemitischen Gewalttaten, die Anfang 1941 in Rumänien verübt wurden, waren nur eine Andeutung dessen, was mit Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion in grossen Teilen Osteuropas und des Balkans auf örtliche Initiativen hin geschehen sollte. In verschiedenen Phasen und unter unterschiedlichen politischen und strategischen Umständen sollten sich einheimischer Hass auf die Juden und deutsche Mordpolitik schon bald zu einem besonders tödlichen Gebräu vermischen.

Im Westen entwickelte sich die Kollaborationspolitik entsprechend ihrer jeweiligen inneren Dynamik und in unterschiedlichem Tempo; letztlich war jedoch das Ergebnis überall dasselbe.

Am 24. Oktober 1940 fand in der kleinen Stadt Montoire ein Treffen zwischen Hitler und Pétain statt: Die «Kollaboration» zwischen Vichy-Frankreich und dem Reich wurde offiziell proklamiert. Am 13. Dezember wurde jedoch Pierre Laval, der stärkste Befürworter dieser Politik, von dem alten Marschall entlassen. Der Aufruhr war kurz. Deutscher Druck und innere Zwänge brachten Vichy wieder zur Raison: Anfang

1941 löste Admiral François Darlan den gemässigten Pierre-Étienne Flandin als Regierungschef ab, und die Kollaboration mit Deutschland festigte sich. Antijüdische Massnahmen breiteten sich aus.

Von den 47'000 Ausländern, die im Februar 1941 in französischen Konzentrationslagern sass, waren 40'000 Juden. Die Arisierung machte rasche Fortschritte. Immer mehr jüdische Unternehmen wurden unter die Kontrolle von «französischen» Aufsehern gestellt, welche die Vollmacht besaßen, über das Schicksal der Unternehmen zu entscheiden. Das ermutigte natürlich Halunken aller Schattierungen, den jüdischen Eigentümern oder den Unternehmen selbst alle noch verbliebenen Waren zu einem Bruchteil des angemessenen Preises abzukaufen. Gleichzeitig unternahm die grössten französischen Banken von sich aus Schritte, um die deutschen Verfügungen so extensiv wie möglich auszulegen. Im April 1941 wurde den Juden die Ausübung aller Tätigkeiten – vom Verkauf von Lotterielosen bis hin zu jeder Form der Lehre – untersagt, die sie in Berührung mit der Öffentlichkeit gebracht hätte. Nur einige wenige «besonders verdiente Intellektuelle» wurden von dieser totalen beruflichen Absonderung ausgenommen. Die überwältigende Mehrheit der französischen Bevölkerung reagierte nicht. Die antijüdische Propaganda nahm zu und ebenso die Zahl der gegen Juden gerichteten Gewaltakte. Individuelle Äusserungen von Mitgefühl waren nicht selten, aber sie wurden in privatem Rahmen vorgebracht, wo sie jeder öffentlichen Wahrnehmung entzogen waren.

Anfang 1941 beschlossen die Deutschen, zur Koordinierung der antijüdischen Massnahmen in beiden französischen Zonen ein Zentralbüro einzurichten. Dieses Büro sollte die Funktion haben, alle Polizeiangelegenheiten im Zusammenhang mit der Verhaftung, Überwachung und Registrierung von Juden zu bearbeiten, die ökonomische Kontrolle auszuüben, Propagandaaktivitäten zu organisieren und ein antijüdisches Forschungsinstitut einzurichten. Um Widerstand gegen eine deutsche Initiative zu vermeiden, sollte die Gründung des neuen Büros den französischen Behörden überlassen bleiben.

Am 29. März 1941 gründete die Vichy-Regierung tatsächlich das «Generalkommissariat für Judenfragen» (*Commissariat Général aux*

Questions Juives [CGQJ]); dessen erster Chef war Xavier Vallat. Vallat gehörte in die nationalistische antijüdische Tradition der *Action Française* und teilte den rassistischen Antisemitismus der Nazis nicht. Gleichwohl wurde das CGQJ schon bald zum Zentrum antijüdischer Aktivitäten, die sich rasch ausweiteten. Seine wichtigste kurzfristige Leistung war die Überarbeitung des Judenstatuts vom 3. Oktober 1940. Das neue *Statut des Juifs* wurde von der Regierung gebilligt und erlangte am 2. Juni 1941 Gesetzeskraft. Es zielte darauf, die zahlreichen Lücken zu schliessen, die man im Edikt vom Oktober 1940 gefunden hatte. Im Falle französischer «Mischlinge» mit zwei jüdischen Grosseltern beispielsweise, die zu einer anderen Religion übergetreten waren, war der Stichtag, der über die Gültigkeit der Konversion im Sinne der Verfügung entschied, der 25. Juni 1940, das offizielle Datum des Waffenstillstands zwischen Deutschland und Frankreich. Ausserdem wurde eine Konversion nur dann als gültig anerkannt, wenn sich der Konvertit entschieden hatte, einer Konfession beizutreten, die schon vor der Trennung von Kirche und Staat im Dezember 1905 anerkannt gewesen war. Nur das CGQJ sollte berechtigt sein, Bescheinigungen über die Nichtzugehörigkeit zur jüdischen Rasse auszustellen. Ebenso wie das Statut vom Oktober 1940 machte die Verordnung vom Juni 1941 keine Unterschiede zwischen einheimischen und ausländischen Juden. Am 14. Mai 1941 verhaftete die französische Polizei auf Befehl der Deutschen 3'733 jüdische Einwanderer. Am darauffolgenden Tag begrüsst die kollaborationistische Zeitung *Paris Midi* das Verschwinden von «5'000 Parasiten aus Gross-Paris». Abgesehen von der jüdischen Presse fand keine andere Zeitung das Ereignis einer Erwähnung wert.³⁰

Es bestand eine erstaunliche (möglicherweise nicht wahrgenommene) Beziehung zwischen den französischen Einstellungen zu den Juden und dem Verhalten von Vertretern der alteingesessenen Judenheit gegenüber den ausländischen oder kürzlich eingebürgerten Juden, die im Land lebten. Der zunehmende Antisemitismus in den dreissiger Jahren und seine höchst gewaltsamen Ausbrüche nach der Niederlage waren nach Ansicht der eingewanderten Juden zu einem grossen Teil durch den Zustrom ausländischer Juden verursacht; die so geschaffene Situation liess sich ent-

schärfen, indem man eine strenge Unterscheidung zwischen einheimischen französischen Juden und den ausländischen Juden, die im Lande wohnten, vornahm. Von dieser grundlegenden These musste man die Vichy-Behörden überzeugen.

Genau diesen Unterschied versuchte Jacques Helbronner, der nach der Flucht der Rothschilds als Vizepräsident des Consistoire amtierte, Marschall Pétain in einer Denkschrift zu vermitteln, die er ihm im November 1940 übersandte. In dieser Erklärung, die den Titel *Note sur la question juive* trug, vertrat Helbronner die Auffassung, die Juden seien keine Rasse und stammten nicht von den Juden ab, die vor 2'000 Jahren in Palästina gelebt hatten. Sie seien vielmehr eine Gemeinschaft, die sich aus vielen Rassen zusammensetzte, und was Frankreich betreffe, seien sie eine Gemeinschaft, die völlig in ihre Heimat integriert sei. Die Probleme hätten mit der Ankunft ausländischer Juden begonnen, «die allmählich unser Land überschwemmten». Die von der Nachkriegsregierung verfolgte Politik der offenen Tür sei ein Fehler gewesen, und sie habe «zu einem normalen Antisemitismus [geführt], dessen Opfer jetzt die alten französischen israelitischen Familien waren».³¹ Helbronner schlug dann eine Reihe von Massnahmen vor, welche die alteingesessenen, nicht aber die ausländischen oder vor kurzer Zeit eingebürgerten Juden von den Beschränkungen des Statuts befreien sollten. Seine Botschaft blieb unbeantwortet.

In den Niederlanden inszenierte die Bevölkerung als Reaktion auf die Behandlung der vielen hundert jüdischer Männer, die man am 22. Februar 1941 nach dem «Koco»-Zwischenfall auf den Strassen von Amsterdam verhaftet hatte, einen kleinen Aufstand. Die Kommunisten riefen zum Generalstreik auf. Am 25. Februar war Amsterdam gelähmt, und bald darauf breitete sich der Streik auf nahegelegene Städte aus. Die Deutschen gingen gegen die Demonstranten mit extremer Gewalttätigkeit vor, wobei sie sowohl Feuerwaffen als auch Handgranaten einsetzten: Sieben Menschen wurden getötet, 76 verletzt und eine Reihe von Demonstranten verhaftet. Der Streik wurde niedergeschlagen. Die Holländer hatten gelernt, dass die Deutschen nicht zögern würden, ihre jüdenfeindliche Politik mit äusserster Grausamkeit zu verfolgen; den Deut-

schen wurde klar, dass die Bekehrung der Niederländer zum Nationalsozialismus kein leichtes Unterfangen sein würde.

Ob als Ergebnis der Amsterdamer Ereignisse oder infolge vorgängiger Planung, Heydrich entschied, in Amsterdam nach dem Vorbild der in Wien 1938, in Berlin und Prag 1939 gegründeten Büros eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung zu gründen. Diese Stelle wurde im April 1941 dann tatsächlich eingerichtet; sie diente anscheinend in erster Linie der wirtschaftlichen Erpressung. Um die Arisierung grosser Unternehmen zu beschleunigen, gestattete die Zentralstelle die Ausreise ihrer jüdischen Eigentümer, die im Gegenzug ihre Betriebe an deutsche Bieter verkauften. So konnten dann die deutschen Gesellschaften als rechtmässige Eigentümer Ansprüche auf mit ihnen verbundene ausländische Vermögenswerte geltend machen und etwaigen Prozessen, vor allem in den Vereinigten Staaten, aus dem Weg gehen. Die Abmachungen sicherten den wenigen Glücklichen (etwa 30 Familien) innerhalb eines Zeitraums einiger Wochen nach der Eigentumsübertragung die ungehinderte Ausreise.

Dieselben Erpressungsmanöver wurden später gegen Juden in mehreren anderen Ländern eingesetzt, um grosse Summen in Devisen zu beschaffen. Am Ende verlief die Übernahme von jüdischem Eigentum durch die Deutschen in den Niederlanden erheblich systematischer als im besetzten Frankreich, was dem Gesamtplan der Nationalsozialisten für eine ökonomische «neue Ordnung» in Europa entsprach. Für die niederländische Wirtschaft war die vollständige Integration in das deutsche System vorgesehen, ob die Holländer wollten oder nicht. Wieder einmal konvergierten ideologischer Glaube und ökonomische Gier. Im August 1941 befahl man den Juden in den Niederlanden, ihre sämtlichen Vermögenswerte bei der einstmals jüdischen Lippmann-Rosenthal-Bank zu registrieren; am 15. September wurden auch Immobilien in die Registrierung einbezogen.

Die Ereignisse vom Februar 1941 führten dazu, dass der Amsterdamer Stadtrat abgesetzt und durch eine hinreichend unterwürfige neue Gruppe ersetzt wurde. Zum neuen Chef der Amsterdamer Polizeitruppe wurde Sybren Tulp ernannt. Tulp hatte als Mitglied der niederländischen Nazi-

partei die richtige ideologische Ausrichtung, und dies umso mehr, als er ein grosser Bewunderer Adolf Hitlers war.

Als Seyss-Inquarts Beauftragter in Amsterdam Heinrich Böhmcker die Einrichtung eines Ghettos im Judenviertel von Amsterdam erwo, forderte er die Schaffung einer einheitlichen Vertretung der Juden der Stadt. Abraham Asscher, ein reicher Kaufmann, der vor dem Krieg daran beteiligt gewesen war, jüdischen Flüchtlingen zu helfen, erklärte sich bereit, den Vorsitz der neuen Organisation zu übernehmen, und bat darum, seinen Freund David Cohen zum Ko-Präsidenten zu ernennen. Asscher und Cohen suchten dann gemeinsam die anderen Mitglieder aus, die grösstenteils ihrem eigenen sozialen Milieu, der kleinen und reichen jüdischen Grossbourgeoisie Amsterdams, entstammten. Am 12. Februar hielt der Rat seine erste Sitzung ab. Am darauffolgenden Tag sprach Asscher auf Verlangen Böhmckers zu einer Versammlung jüdischer Arbeiter und forderte sie auf, alle in ihrem Besitz befindlichen Waffen abzuliefern. Wie der Historiker Bob Moore schreibt, «hatten tatsächlich die ersten Schritte zur Zusammenarbeit der Juden mit den Deutschen begonnen, wobei die selbsternannte Elite des Judenrats als Sprachrohr für die Forderungen der Nazis fungierte».³²

Wie immer man das frühe Verhalten des niederländischen Rats einschätzt, die Deutschen baten ihn nicht um Zustimmung, als es darum ging, die 400 jungen jüdischen Männer, die sie nach dem Koco-Zwischenfall verhaftet hatten, in den Tod zu schicken. Zunächst deportierte man sie nach Buchenwald und dann nach Mauthausen, wo sie am 17. Juni 1941 eintrafen. Eine Gruppe von 50 Menschen wurde sofort umgebracht: Sie wurden «vom Bad aus nackt in das Lager getrieben und in die elektrische Umzäunung gejagt». Die anderen ermordete man im grössten Steinbruch des Lagers, dem «Wiener Graben». Der deutsche Zeuge Eugen Kogon schreibt: «Sie durften die 148 Stufen, die in die Tiefe führten, nicht hinunter gehen, sondern mussten im seitlichen Steinergöll hinunterrutschen, was vielen bereits den Tod oder zumindest schwere Verletzungen eintrug. Man legte ihnen dann die zum Steintragen bestimmten Bretter über die Schultern und zwei Häftlinge wurden gezwungen, jedem Juden einen überschweren Stein auf das Brett zu heben. Dann ging es im Laufschrift die 148 Stufen aufwärts! Zum Teil fie-

len die Steine gleich nach hinten, sodass manchem Nachfolgenden die Füße abgeschlagen wurden. Jeder Jude, dem der Stein hinunterfiel, wurde entsetzlich geschlagen, der Stein von Neuem aufgeladen. Viele verübten aus Verzweiflung gleich am ersten Tag Selbstmord, indem sie sich von oben in die Tiefe stürzten. Am 3. Tag öffnete die SS das ‚Todestor‘: Man trieb die Juden unter furchtbaren Prügeln über die Postenkette, wo sie von den Turmposten mit den Maschinengewehren haufenweise niedergeschossen wurden. Tags darauf sprang jeweils nicht mehr bloss einer der Juden in die Tiefe, sondern sie gaben einander die Hand und der erste zog 9-12 Kameraden hinter sich her in den schrecklichen Tod. Es dauerte nicht 6, sondern knapp 3 Wochen, und der Block war judenleer. Alle 340 Mann haben durch Erschiessen, Prügeln, andere Martern oder durch Selbstmord den Tod gefunden.»³³ Als ihn der Landrat des Kreises fragte, wie sich die niederländischen Juden an die harte Arbeit gewöhnt hätten, antwortete Kommandant Franz Zierys, von denen sei ja kaum noch einer am Leben.³⁴

Während die Nachricht vom Tod dieser ersten Gruppe von Amsterdamer Juden nach den Niederlanden durchsickerte, wurde am 3. Juni 1941 bei einem Angriff auf die Telefonzentrale der Luftwaffe auf dem Flughafen Schiphol einer der Soldaten schwer verwundet. Zur Vergeltung brachten die Deutschen die Ratsmitglieder Cohen und Gertrud van Tijn mit einem Trick dazu, ihnen die Adressen von 200 jungen jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland zu geben. Sie wurden zusammen mit anderen jungen Amsterdamer Juden festgenommen, ebenfalls nach Mauthausen geschickt und ermordet.

Etty (Esther) Hillesum war in diesen Frühjahrsmonaten des Jahres 1941 noch eine junge Slavistikstudentin an der Amsterdamer Universität. Ettys Vater war lange Jahre Direktor eines städtischen Gymnasiums in Deventer gewesen; ihre Mutter brachte anscheinend eine temperamentvolle russisch-jüdische Persönlichkeit in das gesetzte niederländische bürgerliche Ambiente. Die beiden Brüder Ettys waren ungewöhnlich begabt: Der ältere, Mischa, war schon seit seinem siebenten Lebensjahr ein brillanter Konzertpianist, und der jüngere, Jaap, war ein angehender Bio-

chemiker, der im Alter von 17 Jahren ein neues Vitamin entdeckt hatte. Etty war eine geborene Schriftstellerin und ein Freigeist. In dem Amsterdamer Haus, das sie zusammen mit mehreren anderen jüdischen Freunden mietete, entfaltete sie ein kompliziertes Liebesleben, das sich in mehrere Richtungen gleichzeitig verzweigte, und sie begann einen eigenwilligen spirituellen Weg zu gehen, der vom Christentum und einigen esoterischen und mystischen Elementen gefärbt war. Und sie fing an, ein Tagebuch zu führen.

«Wenn mich beim Zeitunglesen oder bei einer Nachricht von draussen plötzlich der Hass überkommt», notierte Etty am 15. März 1941, «dann sprudeln die Schimpfwörter gegen die Deutschen nur so aus mir heraus. Und mir ist klar, dass ich das absichtlich tue, um Käthe [die deutsche Köchin, die im Haus wohnte] zu kränken, um den Hass irgendwie abzu-reagieren. ... Obwohl ich doch weiss, dass sie die neue Mentalität genauso verabscheut wie ich.... Innerlich ist sie natürlich mit diesem Volk verbunden, das fühle ich, ertrage es aber in dem Augenblick nicht; ... dann kann ich so gehässig sagen: Ein Pack ist es, obwohl ich mich dabei zu Tode schäme. Und später fühle ich mich zutiefst unglücklich, kann mich nicht beruhigen und habe das Gefühl, dass alles völlig verkehrt ist.» Der Seelenfrieden, den Etty mitten in dem zunehmenden Aufruhr mühsam zu erlangen suchte, wurde durch die neuen Verhaftungen schwer erschüttert: «Wieder Verhaftungen, Terror, Konzentrationslager, willkürliches Abholen von Vätern, Brüdern, Schwestern», schrieb sie am 14. Juni. «Alles erscheint so drohend und unheilverkündend, und dazu die grosse Machtlosigkeit.»³⁵

Die Einrichtung des Judenrats, die Arisierungskampagne und die beiden Verhaftungswellen waren nur einer von mehreren Aspekten des deutschen Terrorfeldzugs; die anderen zielten darauf, die Juden von der umgebenden niederländischen Bevölkerung abzuschneiden, sie immer stärker zu isolieren, auch wenn bis zu ihrer öffentlichen Kennzeichnung noch ein Jahr vergehen sollte. Ende Mai 1941, als die heisse Jahreszeit begann, verbannten die Deutschen alle Juden nicht nur aus Parks, Badeorten und Hotels, sondern auch von öffentlichen Stränden und aus Schwimmbädern. Kurz danach wurden jüdische Schüler in Grund- und Oberschulen angewiesen, besondere Registrierungsformulare auszufüllen. Bald darauf schloss man sie vom Besuch der niederländischen Schu-

len aus, und sie durften nur noch jüdische Schulen besuchen.

Anne Frank, ihre Schwester Margot, ihr Vater Otto und ihre Mutter Edith waren im zweiten Halbjahr 1933 von Frankfurt nach Amsterdam ausgewandert. Der Vater erhielt von den Potosin-Werken in Frankfurt die Lizenz für das Geliermittel Pektin. Im Laufe der Zeit brachte es Franks bescheidenes Geschäft dank einer kleinen Gruppe anhänglicher niederländischer Angestellter zu einer gewissen Stabilität. Als Kommentator zum Verbot der Benutzung von Schwimmbädern schrieb die zwölfjährige Anne Frank an ihre Grossmutter, die in Basel lebte: «Um abgebrannt zu werden, haben wir nicht viel Möglichkeit, weil wir nicht ins Schwimmbad dürfen. ... Schade, aber man kann nichts machen.»³⁶

Die offiziellen Positionen der katholischen Kirchen in den einzelnen Ländern des Kontinents und diejenigen des Vatikans unterschieden sich, was die immer härteren Massnahmen gegen die Juden anging, nicht wesentlich voneinander. In Frankreich begrüsst, wie wir sahen, die Versammlung der Kardinäle und Bischöfe im August 1940 die Einschränkungen, die man den Juden des Landes auf erlegte, und kein Mitglied der katholischen Kirche äusserte irgendwelchen Protest gegen die Statuten vom Oktober 1940 und vom Juni 1941. Im benachbarten Belgien bewahrte Kardinal Joseph-Ernest van Roey, der Erzbischof von Malines, hinsichtlich der antijüdischen Verfügungen der Jahre 1940 und 1941 ebensolches Stillschweigen; hierbei verfuhr der Kardinal im Einverständnis mit den oberen Rängen seiner Kirche, und er war weder fähig noch gewillt, dem militanten katholisch-nationalistischen Antisemitismus der flämischen radikalen Rechten, die vor allem in Antwerpen aktiv war, entgegenzutreten.

In Ostmitteleuropa gebührt der polnischen katholischen Kirche eine Vorrangstellung. Ein Bericht, der aus der polnischen Kirche selbst stammte und die Zeitspanne vom 1. Juni bis zum 15. Juli 1941 behandelte und den man der polnischen Exilregierung in London übermittelte, ist bezeichnend. Darin heisst es: «Die Notwendigkeit einer Lösung der Judenfrage ist dringlich. An keinem anderen Ort der Welt hat sich diese Frage derartig zugespitzt, weil nicht weniger als vier Millionen [sic] dieser

höchst schädlichen und nach allen Masstäben gefährlichen Elemente in Polen oder, um genauer zu sein, von Polen leben.»

Zwei Dokumente aus dem ersten Halbjahr 1941 können vielleicht einige zusätzliche Einblicke in die damalige Einstellung des Papstes und auch in die Ansichten vermitteln, die einige der massgeblichsten Persönlichkeiten im Vatikan zu den antijüdischen Massnahmen vertraten. «Eure Heiligkeit sind wohl über die Lage der Juden in Deutschland und den angrenzenden Ländern orientiert», schrieb Bischof Preysing aus Berlin am 17. Januar 1941 an Pius XII. «Lediglich referierend möchte ich anführen», fuhr der Bischof fort, «dass von katholischer wie von protestantischer Seite an mich die Frage gestellt worden ist, ob nicht der Heilige Stuhl in dieser Sache etwas tun könnte, einen Appell zugunsten der Unglücklichen erlassen?»³⁷ Am 19. März beantwortete der Papst eine Reihe von Briefen Preysings und pries den Berliner Bischof insbesondere dafür, dass er am 6. März in einer Predigt die Euthanasie verurteilt hatte. Nicht mit einem einzigen Wort ging er jedoch auf Preysings unüberhörbare Bitte um eine Reaktion des Papstes auf die Verfolgung der Juden ein.

Das zweite Dokument war nicht weniger bezeichnend. Auf die Frage nach der Haltung des Vatikans zu der antijüdischen Gesetzgebung, die Pétain im August 1941 gestellt hatte, gab Léon Bérard, der Botschafter Vichys beim Heiligen Stuhl, am 2. September eine erschöpfende Antwort. Erstens setzte der französische Diplomat den Marschall davon in Kenntnis, dass es zwar einen grundlegenden Konflikt zwischen Rassentheorien und der Lehre der Kirche gebe, woraus aber nicht folge, dass die Kirche zwangsläufig alle Massnahmen ablehne, die von bestimmten Ländern gegen die Juden ergriffen würden. Die Kirche erkannte an, so schrieb Bérard, dass die Religion nicht die einzige spezifische Eigenschaft der Juden war und dass es auch gewisse ethnische – nicht rassische – Faktoren gab, die sie von anderen abhoben. Historisch waren die Praxis und das Empfinden der Kirche durch die Jahrhunderte hindurch dahin gegangen, dass Juden keine Gewalt über Christen haben sollten. Es war daher legitim, sie von gewissen öffentlichen Ämtern auszuschliessen und ihren Zugang zu Universitäten und zu den freien Berufen zu beschrän-

ken. Er erinnerte auch daran, dass das Kirchenrecht die Juden dazu gezwungen hatte, eine bestimmte Kleidung zu tragen.

Eines der Hauptprobleme, fuhr der Botschafter fort, war das der Eheschliessungen. Die neue Rassengesetzgebung in Italien und in anderen Ländern verbot Ehen zwischen Christen und Juden. Die Kirche war der Ansicht, dass sie über die Autorität verfüge, derartige Eheschliessungen zu vollziehen, wenn der jüdische Partner getauft oder ein kirchlicher Dispens erlangt worden war. In Frankreich, so glaubte Bérard, würde es keine Probleme dieser Art geben, weil die Umstände andere waren (ein Verbot von Ehen zwischen Juden und Nichtjuden aus rassistischen Gründen hatte es nicht gegeben). Für Pétain muss der Bericht Bérards eine Beruhigung gewesen sein.

Angesichts des Mangels an nennenswerter Unterstützung der grossen christlichen Kirchen für nicht konvertierte Juden spielten private Institutionen und Einzelpersonen (manchmal solche, von denen man es nicht erwartet hätte) eine immer wichtigere Rolle. Die grösste Bedeutung hatten jüdische Organisationen, vor allem das *American Jewish Joint Distribution Committee* («Joint»), die *Organization for Rehabilitation and Training* (ORT) und das *Œuvre de Secours aux Enfants* (OSE) sowie Organisationen, die unmittelbarer mit jüdischen politischen Parteien (Zionisten, Orthodoxen, Bundisten, Kommunisten) oder verschiedenen jüdischen Einwanderervereinigungen in Westeuropa verbunden waren. Nichtjüdische Wohltätigkeitsorganisationen leisteten ebenfalls grosszügige Hilfe: das *American Friends Service Committee*, der YMCA, die französische protestantische Studentengruppe CIMADE und andere.

Die Initiativen von Einzelpersonen waren von besonderer moralischer Bedeutung. Selbst in dieser frühen Phase und selbst ausserhalb des Reiches waren die Risiken, die jemand einging, häufig beträchtlich, wenn auch vorwiegend in beruflicher und gesellschaftlicher Hinsicht. Die durch Vorbehalte gekennzeichnete Position, die der Leiter der französischen protestantischen Gemeinschaft, Pastor Marc Boegner, gegenüber

der von Vichy verfolgten antijüdischen Politik bezog, hätte beispielsweise seine Stellung bei seiner Gemeinde gefährden können; das Einschleusen von Juden über die Schweizer Grenze am Vorabend des Krieges beendete die Karriere von Paul Grüninger bei der Grenzpolizei von St. Gallen; mehrere Schweizer Konsularbeamte, vor allem in Italien, wurden gerügt, weil sie die Regeln für die jüdische Einwanderung missachtet hatten. Wie schon erwähnt, begann nach der Niederlage Frankreichs der portugiesische Generalkonsul in Bordeaux, Aristides de Sousa Mendes, Juden Einreisevisa zu erteilen, obgleich er aus Lissabon anderslautende Anweisungen hatte; er wurde abberufen und aus dem auswärtigen Dienst entlassen. Ebenso wie Grüninger rehabilitierte man ihn erst mehrere Jahrzehnte nach Kriegsende. Den Amerikaner Varian Fry hatte das in New York ansässige *Emergency Rescue Committee* (das man am 25. Juni 1940 gebildet hatte, um Flüchtlinge aus Südfrankreich zu identifizieren, die man als wertvoll für die USA erachtete) zu einer kurzen Erkundungsreise nach Vichy-Frankreich entsandt; dort unternahm er es, Hunderte von gefährdeten und «wertvollen» Flüchtlingen – Juden wie Nichtjuden – ausser Landes zu schleusen, indem er unter anderem Ausreise- und Transitvisa fälschte. Im August 1941 nahmen die Franzosen Fry für kurze Zeit fest, und er wurde abberufen.

Einer der unwahrscheinlichsten Fälle war der von Chiune Sugihara, dem japanischen Konsul in der litauischen Hauptstadt Kaunas (Kowno). Sugihara war im Oktober 1939 aus Helsinki nach Kaunas versetzt worden. Als Litauen von der Sowjetunion annektiert wurde, musste das japanische Konsulat schliessen, und Sugihara wurde zuerst in Berlin, dann in Prag und schliesslich in Königsberg stationiert. Von Anfang an hatte seine wirkliche Aufgabe darin bestanden, Truppenbewegungen und damit zusammenhängende militärische Entwicklungen zu beobachten. Um aber den Schein seines offiziellen Deckmantels zu wahren, erfüllte er alle regulären Funktionen eines echten Konsuls; vor allem erteilte er Visa. Am 10. August 1940 begann Sugihara gegen die Anweisungen des Aussenministeriums in Tokio, allen Juden, die sein Konsulat erreichen konnten, japanische Transitvisa auszustellen. Fast keiner von ihnen hatte eine Genehmigung zur Einreise in ein endgültiges Zielland; viele besaßen nicht einmal irgendwelche gültigen Pässe.

Innerhalb weniger Tage gingen bei dem eigenwilligen Konsul Ermahnungen aus Tokio ein. Sugihara liess sich nicht beirren. Er unterzeichnete auch weiterhin Visa, selbst aus dem Fenster des bereits anrollenden Zuges heraus, als er mit seiner Familie die Fahrt nach Berlin antrat. Weitere Visa erteilte er in Prag, möglicherweise auch in Königsberg. Sugihara hat unter Umständen bis zu 10'000 Visa ausgestellt, und möglicherweise der Hälfte der Juden, die sie erhielten, damit das Leben gerettet. «Ich habe [den Konsequenzen] keine Aufmerksamkeit geschenkt», schrieb er nach dem Krieg, «und ich habe nur nach meinem Gefühl für menschliche Gerechtigkeit, aus Liebe zur Menschheit, gehandelt.»³⁸

9.

Der Angriff im Osten

Juni 1941 – September 1941

Am 29. September 1941 erschossen die Deutschen in der Schlucht von Babi Jar bei Kiew 33‘700 Juden aus der Stadt. Als sich die Gerüchte über das Massaker verbreiteten, äusserten manche Ukrainer anfangs Zweifel. «Ich weiss nur eines», schrieb Iryna Choroschunowa an jenem Tag in ihr Tagebuch, «da geht etwas Schreckliches, etwas Entsetzliches vor sich, etwas Unfassbares, das man nicht verstehen, begreifen oder erklären kann.» Einige Tage später war ihre Ungewissheit verflogen: «Eine kleine Russin begleitete ihre Freundin zum Friedhof [am Eingang zur Schlucht], aber sie kroch von der anderen Seite durch den Zaun. Sie sah, wie nackte Menschen nach Babi Jar gebracht wurden, und hörte Schüsse aus einem Maschinengewehr. Es gibt immer mehr solche Gerüchte und Berichte. Sie sind so ungeheuerlich, dass man sie gar nicht glauben kann. Aber wir sind gezwungen, sie zu glauben, denn die Erschiessung der Juden ist eine Tatsache. Eine Tatsache, die uns jetzt zum Wahnsinn zu treiben beginnt. Es ist unmöglich, mit diesem Wissen zu leben. Die Frauen rings um uns weinen. Und wir? Am 29. September, als wir dachten, sie würden in ein Konzentrationslager gebracht, haben wir auch geweint. Aber jetzt? Können wir wirklich weinen? Ich schreibe hier, aber mir stehen die Haare zu Berge.»¹

Nach dem Ende des Massakers von Babi Jar kehrten einige ältere Juden nach Kiew zurück und setzten sich an die Alte Synagoge. Niemand wagte, sich ihnen zu nähern oder ihnen Essen oder Wasser hinzustellen, da dies die sofortige Hinrichtung bedeuten konnte.

Einer nach dem anderen starben die Juden, bis nur noch zwei übrig waren. Ein Passant ging zu dem deutschen Wachtposten, der an der Strassenecke stand, und schlug ihm vor, die beiden alten Juden zu erschiessen, anstatt sie ebenfalls verhungern zu lassen. «Der Posten dachte einen Augenblick nach, und dann tat er es.»²

Im Hinblick auf den neuen Krieg im Osten mussten sich die Chronisten von Lodz zwangsläufig auf dürre Fakten beschränken: «Wegen des Krieges gegen die Sowjets ist in der letzten Juni-Dekade ein rapider Preisanstieg für Artikel, die hauptsächlich aus der UdSSR ins Getto gelangt sind, zu verzeichnen», registrierten sie in ihrer Eintragung für die Zeit vom 26. bis 30. Juni 1941.³ Die Erwähnung des deutschen Angriffs im Osten zog keinen weiteren Kommentar nach sich. Die Zurückhaltung, zu der die offiziellen Ghettochronisten gezwungen waren, erlegten sich die privaten Tagebuchschreiber nicht auf. Der junge Sierakowiak war begeistert: «Eine unerhörte, herrliche Nachricht!» schrieb er am 22., auch wenn er sich nicht völlig sicher war, ob jetzt nicht «das geliebte, freie, mächtige Sowjetland» von einer deutsch-britischen Koalition angegriffen wurde.⁴ Am 23. bestätigte er triumphierend: «Wie sich herausstellt, ist alles wahr! ... Das ganze Ghetto ist ein einziger Bienenstock. Alle fühlen, endlich tut sich eine Möglichkeit der Rettung auf.»⁵

Nicht alle jüdischen Tagebuchschreiber teilten Sierakowiaks Hochstimmung. In Rumänien – das sich dem antibolschewistischen Kreuzzug angeschlossen hatte – breitete sich Angst aus: «Die Menschen ziehen sich früh in ihre Häuser zurück», notierte Sebastian am 22. Juni. «Mit den verriegelten Fenstern und ohne Telefon wird die Stimmung immer bedrückender. Was wird mit uns geschehen?»⁶ Ebenso wenig teilte Herman Kruk in Wilna den Enthusiasmus Sierakowiaks. Kruk war einige Tage nach Kriegsbeginn aus Warschau nach Litauen geflohen. In der polnischen Hauptstadt hatte er sich in jiddischen Kulturzirkeln betätigt und war für die kulturellen Aktivitäten der «Zukunft», der Jugendorganisation des Bund, sowie für die zentrale jiddische Bibliothek zuständig gewesen. Am 22. Juni 1941 dachte er erneut daran zu fliehen, aber das gelang ihm nicht. Fatalistisch richtete er sich darauf ein, zu bleiben und

die kommenden Ereignisse aufzuzeichnen: «Ich fasse einen festen Entschluss», notierte er am 23. Juni 1941, «ich überlasse mich der Gnade Gottes; ich bleibe. Und ich fasse gleich noch einen Entschluss: wenn ich sowieso bleibe und wenn ich ein Opfer des Faschismus werde, dann werde ich die Feder in die Hand nehmen und eine Chronik der Stadt schreiben. Es ist klar, dass Wilna auch eingenommen werden kann. Die Deutschen werden die Stadt faschistisch machen. Die Juden werden ins Ghetto gehen – ich werde das alles aufzeichnen. Meine Chronik muss sehen, sie muss hören und muss zum Spiegel und zum Gewissen der grossen Katastrophe und der schweren Zeiten werden.»⁷

Im Warschauer Ghetto waren es offenbar wie in Lodz die naheliegenden, alltäglichen Folgen des neuen Krieges, welche die Menschen am meisten beschäftigten. «Ein Extrablatt über den Krieg mit den Sowjets», notierte Czerniaków am 22. Juni. «Man wird jetzt am Tag arbeiten müssen, und nachts werden sie einen vielleicht nicht schlafen lassen.»⁸ Tagelang erwähnte der Warschauer Vorsitzende den Krieg in Russland kaum; er hatte andere, drängendere Sorgen. «Auf den Strassen werden Arbeiter gefasst für die Arbeitsstätten, für die sich niemand meldet, weil man dort kein Essen gibt, sondern 2.80 ZI», notierte er am 8. Juli. «Ich habe [Ferdinand von] Kamlah ersucht, sie zu verpflegen. Vorläufig erfolglos. In Anbetracht der Unermesslichkeit des Elends ist die Masse der Juden ruhig und besonnen.»⁹

Bei den Deutschen wurde die Nachricht vom Ostfeldzug, soweit Klemperer das feststellen konnte, gut aufgenommen: «Überall vergnügte Gesichter», notierte er am 22. Juni. «Eine neue Gaudi, eine Aussicht auf neue Sensationen, neuen Stolz ist der russische Krieg für die Leute, ihr Schimpfen von gestern ist... vergessen.»¹⁰

Tatsächlich schien der deutsche Angriff in den ersten Tagen und Wochen des Feldzugs unaufhaltsam zu sein. Ungeachtet wiederholter Warnungen aus den unterschiedlichsten Quellen waren Stalin und die Rote Armee überrumpelt worden. Bei dem hochrangig besetzten Treffen, das am 16. Juli ins Führerhauptquartier einberufen wurde und an dem Göring, Bormann, Lammers, Keitel und Rosenberg teilnahmen, herrschte Optimismus. In einer denkwürdigen Formel gab der «grösste Feldherr

aller Zeiten», wie Keitel schreibt, die Richtlinien für die deutsche Politik in der besetzten Sowjetunion aus: «Grundsätzlich kommt es ... darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können.» In diesem Zusammenhang betrachtete Hitler den Appell, mit dem Stalin am 3. Juli die Soldaten der Roten Armee dazu aufgefordert hatte, hinter den deutschen Linien einen Partisanenkrieg zu beginnen, als eine weitere günstige Entwicklung: «Dieser Partisanenkrieg hat auch wieder seinen Vorteil: er gibt uns die Möglichkeit, auszurotten, was sich gegen uns stellt. ... Der Führer sagt, ... der Riesenraum müsse natürlich so rasch wie möglich befriedet werden; dies geschehe am besten dadurch, dass man Jeden, der nur schief schau, totschiess.»¹¹

Bei demselben Treffen wurde Alfred Rosenberg offiziell zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete ernannt; die Verantwortung Himmlers für die innere Sicherheit der Gebiete wurde jedoch erneut bekräftigt. Gemäss dem formalen Arrangement, das Hitler am darauffolgenden Tag bestätigte, sollten die von Rosenberg ernannten Reichskommissare die Jurisdiktion über die Beauftragten Himmlers in ihren Gebieten haben, de facto aber erhielten die Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF) ihre Einsatzbefehle vom Reichsführer. Mit diesem Arrangement, das die jeweilige Befehlsgewalt Himmlers und Rosenbergs absichern sollte, waren natürlich ständige Streitereien vorprogrammiert. Doch obgleich die Spannung zwischen beiden Systemen oft hervorgehoben worden ist, beweisen die «Resultate», dass die Kooperation bei der Erfüllung der gestellten Aufgaben, insbesondere im Hinblick auf den Massenmord, gewöhnlich über die Konkurrenz siegte; gemeinsam mit der Wehrmacht waren sie vor allem anderen fest entschlossen, in den neu eroberten Gebieten deutsche Herrschaft, Ausbeutung und Terror durchzusetzen.

Wochen vergingen, aber weder die Rote Arpiee noch das Regime Stalins brachen zusammen; der Vormarsch der Wehrmacht verlangsamte sich, und die deutschen Verluste nahmen ständig zu. Mitte August 1941 entschied Hitler – gegen den Rat seiner Generäle, sämtliche verfügbaren Kräfte für einen Angriff auf Moskau zusammenzuziehen-, die Heeres-

gruppe Mitte sollte zunächst die Ukraine erobern, bevor sie dann wieder nach Norden marschieren würde, um den abschliessenden Angriff auf die sowjetische Hauptstadt zu führen. Kiew kapitulierte am 19. September, und mehr als 600'000 russische Soldaten fielen samt ihrer Ausrüstung den Deutschen in die Hände. Hitler war erneut in überschwenglicher Stimmung. Doch die Zeit für den Angriff auf das Zentrum der Sowjetmacht wurde gefährlich knapp.

Auch die internationale Lage wurde für Deutschland bedrohlicher. Am 11. März 1941 unterzeichnete Roosevelt das Leih-Pacht-Gesetz. Innerhalb weniger Tage brachten britische Schiffe «geliehene» amerikanische Waffen und Ausrüstungen über den Atlantik. Im Frühsommer begann eine vergleichbare amerikanische Unterstützung für die Sowjetunion. Für Washington bestand das Hauptproblem nicht in der Frage, ob man dem kommunistischen Opfer der deutschen Aggression Lieferungen zukommen lassen sollte, sondern wie sich die amerikanischen Lieferungen angesichts immer erfolgreicherer deutscher U-Boot-Operationen an ihr Ziel befördern liessen. Im April 1941 schickte Roosevelt unter Berufung auf die Monroe-Doktrin und die Notwendigkeit, die westliche Hemisphäre zu verteidigen, amerikanische Truppen nach Grönland; zwei Monate später errichteten US-Truppen Stützpunkte auf Island. Dann, Mitte August, trafen sich Roosevelt und Churchill vor der Küste von Neufundland und verkündeten zum Abschluss ihrer Gespräche die ziemlich verschwommenen Grundsätze der später so genannten «Atlantikcharta». In Berlin wurde das Treffen ebenso wie anderswo als ein Vorgang interpretiert, der ein De-facto-Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und Grossbritannien signalisierte. Ingeheim hatte Roosevelt in der Tat Churchill versprochen, die US-Marine werde britischen Konvois zumindest auf der Hälfte der Strecke über den Atlantik Geleitschutz geben. Im September waren grössere Zusammenstösse zwischen amerikanischen Marineeinheiten und deutschen Unterseebooten unvermeidlich geworden.

Im Hochsommer 1941 zeigte die deutsche Bevölkerung gewisse Zeichen von Unruhe. Der Krieg im Osten verlief nicht so rasch wie erwartet, die Verluste stiegen, und es gab wachsende Besorgnis über die Lebensmittelversorgung. In dieser Situation brachte ein grösserer Zwischenfall

die NS-Führung aus der Fassung. Am Sonntag, dem 3. August, trotzte Bischof Clemens Graf von Galen dem Regime Hitlers. In einer Predigt, die er in der Lambertikirche in Münster hielt, attackierte der Prälat energisch die Behörden wegen der systematischen Ermordung von Geisteskranken und Behinderten. Diese Predigt kam vier Wochen, nachdem der deutsche Episkopat einen Hirtenbrief erlassen hatte, der von allen Kanzeln des Landes verlesen worden war und in dem die Tötung «unschuldigen Lebens» angeprangert wurde. Protestantische Stimmen erhoben sich ebenfalls.

Hitler entschloss sich, in diesem kritischen Stadium des Krieges keine Vergeltung an Galen zu üben. Mit der Kirche würde man später abrechnen, erklärte er. Offiziell wurde die Aktion T4 abgebrochen, in Wirklichkeit aber ging die selektive Ermordung «lebensunwerten Lebens» weniger auffällig weiter. Von jetzt an suchte man sich die Opfer vor allem unter den Häftlingen von Konzentrationslagern: umgebracht wurden Polen, Juden, «Rasseschänder», «Asoziale» und Krüppel. Unter dem Decknamen 14ft 3 hatte Himmler diese Tötungen bereits im April 1941 in Sachsenhausen in Gang gesetzt; nach Mitte August 1941 wurde daraus die abgewandelte Euthanasie-Operation. Darüber hinaus forderte «wilde Euthanasie» in den Nervenkliniken das Leben Tausender von Insassen. Ungeachtet der Vornahme der Tötungen auf Umwegen war es jedoch das erste und einzige Mal in der Geschichte des Dritten Reiches, dass prominente Vertreter der christlichen Kirchen in Deutschland vom Regime begangene Verbrechen öffentlich verdammten.

Schon am ersten Tag des Krieges, am 22. Juni, hob Reichspressechef Otto Dietrich in seiner «Tagesparole» für die deutsche Presse die jüdische Dimension des bolschewistischen Feindes hervor: «Es muss darauf hingewiesen werden, dass bei den Sowjets die jüdischen Hintermänner die gleichen geblieben sind, ebenso ihre Methode und ihr System. ... Sowohl Plutokratie wie Bolschewismus haben den gleichen Ausgangspunkt: das *jüdische Weltherrschaftsstreben*.»¹¹ Die Sprachregelung war klar. Sie sollte in zahllosen Abwandlungen bis ganz zum Schluss durchgehalten werden. Goebbels' erster persönlicher Beitrag war am 20. Juli

ein massiver Angriff auf die Juden, der unter dem Titel «Mimikry» in der Zeitschrift *Das Reich* erschien. Unter der Feder des Ministers wurden die Juden zu Parodisten par excellence: «Es ist sehr schwer, ihren raffinierten Um- und Schleichwegen nachzuspüren. ... Die Moskauer Juden *erfinden* die Lügen- und Greuelmeldungen, und die Londoner Juden *zitierten* und *kolportieren* sie, ganz harmlos natürlich, mit einer wahren Biedermannsmiene.»¹³ Die Argumentation war klar: Die Juden tarnten ihre Anwesenheit, sie traten in den Hintergrund, um hinter den Kulissen zu manövrieren. Der Schluss der Goebbelsehen Tirade war vorhersehbar: Den Nationen, die getäuscht worden waren, würde ein Licht aufgehen. Von da an und während des ganzen Sommers kam der Minister bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf das Thema zurück.

In jenen Tagen entdeckte Goebbel auch ein «sensationelles» Dokument. Theodore Kaufman, ein jüdischer Bürger von New Jersey, hatte in Newark eine kleine Werbeagentur, in der er vorwiegend Theaterkarten verkaufte. Anfang 1941 gründete er den Verlag Argyle Press mit dem einzigen Zweck, ein Pamphlet zu publizieren, das er verfasst hatte: «Germany Must Perish» («Deutschland muss untergehen»). Er forderte die Sterilisierung aller deutschen Männer und die Aufteilung des Landes in fünf Teile, die von den Nachbarn des Deutschen Reiches annektiert werden sollten. Als das Pamphlet gedruckt war, verpackte Kaufman persönlich die Exemplare und schickte sie an die Presse. Die Schrift fand kein Echo mit Ausnahme einer Notiz, die am 24. März 1941 im Magazin *Time* unter der sarkastischen Überschrift «A Modest Proposai» («Ein bescheidener Vorschlag») erschien und in der sich auch einige Angaben über den Verfasser und sein Ein-Mann-Unternehmen fanden. Danach geriet Kaufman in den USA wieder in Vergessenheit – nicht so jedoch in Deutschland.

Am 24. Juli 1941 brachte der *Völkische Beobachter* auf der ersten Seite eine Geschichte unter der grausigen Überschrift «Das Kriegsziel Roosevelts und der Juden: Völlige Ausrottung des deutschen Volkes» und dem schockierenden Untertitel «Ungeheuerliches jüdisches Vernichtungsprogramm nach den Richtlinien Roosevelts». Aus Theodor Kaufmann [sic] wurde ein enger Freund des Juden Samuel Rosenman, des wichtigsten Redenschreibers von Roosevelt, und er selbst war eine

führende Persönlichkeit des amerikanischen Judentums. Der Geschichte zufolge war der Präsident der eigentliche Initiator der Ideen Kaufmans; Teile des Schandwerks hatte er sogar persönlich diktiert.

Presse und Rundfunk in Deutschland brachten die Kaufman-Geschichte in endlosen Variationen und stellten seinen Plan als das heimliche Ziel der Begegnung zwischen Churchill und Roosevelt hin, die Mitte August stattgefunden hatte. Im September veröffentlichte das Propagandaministerium ein Pamphlet mit übersetzten und kommentierten Auszügen aus Kaufmans Text; diese Schrift wurde in Millionenaufgabe herausgebracht, gerade als die Juden des Reichs gezwungen wurden, den Stern zu tragen. Und während die Kaufman-Geschichte erbarmungslos verbreitet wurde, brachte man auf allen Kanälen, die Goebbels zur Verfügung standen, regelmässige Berichte über bolschewistische Greuel; diese wurden natürlich jüdischen Henkern zugeschrieben.

In einer Botschaft vom 2. Juli an die Höheren SS- und Polizeiführer in den soeben besetzten Ostgebieten fasste Heydrich die Instruktionen zusammen, die er den Einsatzgruppen zuvor schon erteilt hatte: Alle jüdischen Amtsträger aus Partei und Staat waren hinzurichten, und auf lokaler Ebene waren Pogrome anzuregen. Dann, am 17. Juli, befahl Heydrich die Liquidierung sämtlicher jüdischer Kriegsgefangener. Während der ersten Wochen wurden überwiegend jüdische Männer getötet. Danach ermordeten dann SS-Einsatzgruppen und andere SS-Einheiten sowie Bataillone der Ordnungspolizei, unterstützt zunächst von einheimischer Bevölkerung und örtlichen Hilfstruppen sowie häufig von regulären Einheiten der Wehrmacht, sämtliche Juden ohne Unterschied. Bis Ende 1941 waren in den neu eroberten Gebieten im Osten etwa 600'000 Juden umgebracht worden.

Im Gegensatz zu dem, was man lange Zeit angenommen hatte, erteilte Himmler bei seinem Besuch in Minsk am 15. August, als er auf eigenen Wunsch an einer Massenhinrichtung von Juden in einem Vorort der Stadt teilnahm, nicht den Befehl zur generellen Vernichtung aller Juden auf sowjetischem Gebiet. Der Übergang vom selektiven Morden zum

Massenmord hatte schon früher begonnen, wahrscheinlich als Ergebnis der Bemerkungen, welche Hitler bei der Besprechung vom 16. Juli zu der «Möglichkeit» gemacht hatte, die sich im Zuge von Operationen zur Partisanenbekämpfung bot. Aus deutscher Sicht waren vielleicht nicht alle Juden Partisanen, aber warum sollte man nicht annehmen, dass sie Partisanen unterstützen würden, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten?

Dass einige der Tötungen in unmittelbarem Zusammenhang mit der geplanten Reduzierung der Lebensmittelversorgung für sowjetische Kriegsgefangene, Juden und die breitere slawische Bevölkerung standen, durch welche die Ernährung des Ostheers ermöglicht werden sollte, ist wahrscheinlich. In Bezug auf die Kriegsgefangenen wurde diese Strategie «Mord zur Lebensmittelversorgung» systematisch angewendet, aber bei der Ermordung von Juden im Sommer 1941 war sie kein entscheidender Faktor. Wäre es anders gewesen, dann wäre die Ermordung der Juden nicht anfangs selektiv erfolgt, und irgendeine Spur derartiger Pläne wäre in Heydrichs Direktiven oder in den Berichten der Einsatzgruppen und der Polizeibataillone zutage getreten. In der Zwischenzeit waren die Propagandaeinheiten der Wehrmacht stark damit beschäftigt, unter den Mannschaften der Roten Armee und in der Sowjetbevölkerung Wut auf die Juden zu schüren. Anfang Juli 1941 begann man damit, Millionen deutscher Flugblätter über sowjetischem Territorium abzuwerfen. Die «jüdischen Verbrecher», ihre mörderischen Taten, ihre hochverräterischen Komplote und dergleichen waren die Kernpunkte einer endlosen Litanei des Hasses. Und noch bössartiger als während des Polenfeldzugs beweisen Soldatenbriefe die zunehmende Wirkung der antijüdischen Schlagwörter auf die Angehörigen des Ostheers.

Am 3. Juli marschierte der Gefreite E durch eine ostgalizische Stadt. Nach einer Schilderung der Umstände, unter denen die Massaker entdeckt worden waren, die sich in den dortigen Gefängnissen vor dem Abzug der Sowjets abgespielt hatten, kommentierte er: «Da wird man Zeuge jüdischer, bolschewistischer Grausamkeit, wie ich sie aber auch kaum für möglich gehalten hätte.... Du kannst Dir denken, dass so etwas nach Rache schreit, die aber auch durchgeführt wird.»¹⁴ In derselben Gegend beschrieb ein Gefreiter W. H. die Häuser im Judenviertel als «Räu-

berhöhlen» und die Juden, denen er begegnete, als höchst unheimliche Wesen. Sein Kamerad Helmut brachte zum Ausdruck, was sie empfanden; er fragte sich, «wie es möglich sei, dass diese Rasse das Recht beanspruchen wollte, über alle Völker der Welt zu herrschen».¹⁵

Da es dem NKWD nicht möglich war, die gefangenen ukrainischen Nationalisten abzutransportieren, beschloss er vor dem Rückzug aus Ostgalizien, sie an Ort und Stelle zu ermorden. Als die Deutschen in Begleitung ukrainischer Einheiten in die wichtigsten Städte der Region einmarschierten, fanden sich die Opfer zu Tausenden in den Gefängnissen und vor allem in hastig ausgehobenen Massengräbern. Selbstverständlich beschuldigten die Ukrainer die ortsansässigen Juden, sie hätten sich generell auf die Seite des sowjetischen Besatzungsregimes geschlagen und insbesondere dem NKWD bei seiner mörderischen Attacke auf die ukrainische Elite geholfen.

Derartige Anschuldigungen wurzelten in einer langen Tradition ukrainischen Judenhasses, der seinen Ursprung in traditioneller christlicher Judenfeindschaft hatte. Diese Einstellung wurde in der Ukraine später dadurch verschärft, dass häufig Juden als Gutsverwalter beim polnischen Adel beschäftigt waren und somit als Repräsentanten der polnischen Herrschaft über die ukrainische Bauernschaft wahrgenommen wurden. Unter Rückgriff auf diese Feindschaft beschuldigten moderne ukrainische Nationalisten die Juden, sie hätten sich nach dem Ersten Weltkrieg in umkämpften Gebieten wie Ostgalizien auf die Seite der Polen geschlagen (während die Polen den Juden vorwarfen, sie hätten mit den Ukrainern gemeinsame Sache gemacht) und seien während der gesamten Zwischenkriegszeit je nach Region durchweg als Träger entweder der bolschewistischen Unterdrückung oder der polnischen Massnahmen gegen die ukrainische Minderheit aufgetreten.

In der ukrainischen nationalistischen Bewegung selbst setzten sich die Extremisten unter der Führung von Stepan Bandera, die von den Deutschen unterstützt wurden, gegen gemässigtere Gruppen durch. Banderas Männer führten die Hilfstruppen der OUN-B. (Organisation Ukrainischer Nationalisten – Bandera) an, die im Juni 1941 gemeinsam mit der Wehrmacht in Ostgalizien einrückten. In Lemberg trieben die Ukrainer

die dort ansässigen Juden zusammen und zwangen sie, die Leichen der NKWD-Opfer zu exhumieren oder sie aus den Gefängnissen zu holen. Dann mussten die Juden die Leichen der kürzlich Ermordeten und auch schon stark verweste Leichen vor den offenen Gräbern aufreihen, bevor sie selbst in die Gruben geschossen oder aber in den Gefängnissen oder in der Festung oder auch auf den Strassen und Plätzen der grössten ostgalizischen Städte umgebracht wurden.

Am 6. Juli hielt der Soldat Franzl zur Erbauung seiner Eltern in Wien die Ereignisse in Tarnopol fest. Die Entdeckung der verstümmelten Leichen von Volksdeutschen und Ukrainern habe zu Racheakten geführt, die sich gegen die ortsansässigen Juden gerichtet hätten: Man habe sie gezwungen, die Leichen aus den Kellern zu tragen und sie an frisch ausgehobenen Gräbern aufzureihen; danach seien die Juden mit Knüppeln und Spaten erschlagen worden. «Bis jetzt», fuhr Franzl fort, «haben wir zirka 1'000 Juden ins Jenseits befördert aber das ist viel zu wenig für das, was die gemacht haben.» Nach einer Bitte an seine Eltern, sie möchten die Nachricht verbreiten, beschloss Franzl seinen Brief mit einem Versprechen: «Sollten Zweifel bestehen, wir bringen Fotos mit. Da gibt es kein Zweifeln.»¹⁶

In kleineren Städten Ostgaliziens fand der grösste Teil der mörderischen antijüdischen Ausbrüche in diesen frühen Tagen der Besetzung ohne erkennbare deutsche Beteiligung statt. Zeugen aus Brzezany, einer Stadt südlich von Zloczów, beschrieben Jahrzehnte später die Abfolge der Ereignisse: Als die Deutschen in die Stadt kamen, «waren die Ukrainer in Ekstase. Scharen ukrainischer Bauern, meist junge Leute, welche gelb-blaue Fahnen mit dem ukrainischen Dreizack trugen, füllten die ... Strassen. Sie kamen aus den Dörfern und sangen, in ukrainische Nationaltracht gekleidet, ihre ukrainischen Lieder.» Was folgte, war zu erwarten: «Der grösste Teil der Juden, die an jenem Tag in Brzezany umkamen, wurde mit Besenstielen ermordet, an denen Nägel befestigt waren.... Es gab zwei Reihen ukrainischer Banditen, die grosse Stöcke trugen. Sie zwangen diese Leute, die Juden, zwischen den beiden Reihen hindurchzugehen, und ermordeten sie kaltblütig mit diesen Stöcken.»¹⁷

Am 1. August 1941 wurde Ostgalizien dem Generalgouvernement angegliedert, und es wurde zu einem Teil des Distrikts Galizien mit Lemberg als bedeutendstem Verwaltungszentrum. Mehrere Monate lang ver-

bot Hans Frank die Errichtung von Ghettos, um sich die Option offenzuhalten, diese zusätzliche jüdische Bevölkerung «in den Osten», möglicherweise in das Gebiet der Pripjet-Sümpfe, auszuweisen. In Lemberg beispielsweise begann die Ghettoisierung erst im November 1941. Franks Wunsch, die hinzugekommenen Juden loszuwerden, war so stark, dass nur wenig unternommen wurde, um Tausende von ihnen an der Flucht nach Rumänien und Ungarn zu hindern. Ansonsten wurden Zehntausende jüdischer Männer aus Galizien schon bald in Arbeitslager zusammengetrieben, vor allem entlang der neuen strategischen Strasse, die Lemberg mit der Südukraine und schliesslich mit dem Schwarzen Meer verbinden sollte. Diese berühmte «Durchgangsstrasse IV» sollte sowohl der Wehrmacht als auch den Siedlungsplänen Himmlers von Nutzen sein. Dieses Projekt war es, das im Spätsommer 1941 faktisch die systematische Vernichtung von Juden durch Sklavenarbeit einleitete.

In Litauen waren die ersten Opfer der Deutschen die 201 überwiegend jüdischen Männer aus der kleinen Grenzstadt Gargzdai (Garsden), die man am 24. Juni exekutierte. Die etwa 300 jüdischen Frauen und Kinder, die zunächst verschont geblieben waren, wurden Mitte September in Scheunen eingeschlossen und erschossen. Einige Tage später begannen die Morde in den grossen Städten, in Wilna und Kowno, wo sie sich im Sommer und Herbst in mehreren Wellen fortsetzten; zur gleichen Zeit wurde die jüdische Bevölkerung in Kleinstädten und Dörfern vollständig ausgerottet.

Wilna, eine Stadt, in der am Vorabend der deutschen Besetzung etwa 60'000 Juden wohnten, war jahrhundertlang eines der bedeutendsten Zentren jüdischen Lebens in Osteuropa gewesen. Im 18. Jahrhundert führte Rabbi Elijah ben Solomon, der «Gaon von Wilna», die religiöse Gelehrsamkeit auf selten erreichte Höhen, wenngleich in einer Tradition strenger intellektueller Orthodoxie, die in scharfem Gegensatz zum Chassidismus, der emotionalen und volkstümlichen jüdischen Erweckungsbewegung, stand, die sich um die gleiche Zeit in den ukrainischen Grenzgebieten herausbildete. In Wilna wurde Ende des 19. Jahrhunderts auch der «Bund», die jüdische Arbeiterpartei, gegründet. Zwar war der Bund ein glühender Verfechter des internationalen proletarischen Kamp-

fes, aber er hatte eine entschieden antibolschewistische Einstellung; er trat für jüdische kulturelle (jiddische) und politische (sozialistische) Autonomie in Osteuropa ein und stand so im Gegensatz zur zionistischen Variante des jüdischen Nationalismus. Er war möglicherweise die originellste und zahlenmässig bedeutendste jüdische politische Bewegung der Zwischenkriegszeit – und die unrealistischste.

In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg wurden die baltischen Länder unabhängig, aber Litauen verlor Wilna an Polen. In diesem Stadium richtete sich der Hass der litauischen Nationalisten und ihrer faschistischen Randgruppe, der Bewegung Eiserner Wolf, im Wesentlichen gegen die Polen und viel weniger gegen die Juden. Von 1926 an rückte Litauen jedoch schrittweise nach rechts. Allerdings führte die litauische Regierung unter Antanas Smetona keine antisemitischen Gesetze oder Massnahmen ein.

Während dieser Jahre entwickelte die jüdische Minderheit in dem von den Polen kontrollierten Wilna mit grosser Energie ihr kulturelles und internes politisches Leben. Abgesehen von einem ausgedehnten Schulsystem mit den Unterrichtssprachen Jiddisch, Hebräisch und Polnisch verfügte die Gemeinde von Wilna über ein jiddisches Theater, eine Vielzahl von Zeitungen und Zeitschriften, Clubs, Bibliotheken und anderen kulturellen sowie sozialen Institutionen. Die Stadt wurde die Heimat bedeutender jüdischer Schriftsteller und Künstler sowie des 1925 gegründeten YIVO-Forschungszentrums für jüdische Geistes- und Sozialwissenschaften, einer jüdischen Universität im Werden.

Zu einer radikalen Veränderung der politischen Landschaft kam es, als die Sowjetunion im Juli 1940 Litauen und die anderen baltischen Staaten annektierte. Widersprüchliche Aspekte in verschiedenen Bereichen machen eine ausgewogene Einschätzung der jüdischen Beteiligung am neuen politischen System nahezu unmöglich: Schon bald gerieten jüdische religiöse Institutionen und politische Parteien ins Visier des NKWD; gleichzeitig waren Juden in Offiziersschulen, in den mittleren Rängen der Polizei, im höheren Bildungswesen sowie in verschiedenen Verwaltungspositionen stark vertreten. So fiel es rechtsextremistischen litauischen Emigranten, die nach Berlin geflohen waren und die gemein-

sam mit den Deutschen antisowjetische Operationen in ihrer Heimat unterstützten, nicht allzu schwer, die Juden mit den Bolschewisten gleichzusetzen. Die Eliminierung der Juden aus Litauen wurde zu einem Ziel der im Untergrund operierenden «Litauischen Aktivistenfront» (LAF). Als der NKWD eine Woche vor dem Einmarsch der Deutschen etwa 35'000 Litauer in das Innere der Sowjetunion deportierte, machte man in weiten Kreisen den Juden den Vorwurf, sie seien dabei sowohl Agenten als auch Spitzel gewesen.

Die Wehrmacht besetzte Wilna in den frühen Morgenstunden des 24. Juni 1941. Die systematischen Tötungen in der Stadt begannen am 4. Juli. Litauische Banden hatten damit begonnen, Hunderte von jüdischen Männern zusammenzutreiben, die sie entweder an Ort und Stelle oder in den Wäldern von Ponar nahe der Stadt abschlachteten. Von August an wurden dann auch Frauen und Kinder umgebracht; das Ziel der Deutschen war anscheinend die Vernichtung der arbeitsunfähigen Juden, während man Arbeiter und ihre Familien am Leben liess. Einen ersten Judenrat setzte man in Wilna im Juli ein; die Mehrzahl seiner Mitglieder gehörte zu den Juden, die Anfang September ermordet wurden. Ein zweiter Rat wurde unter dem Vorsitz von Anatol Fried ernannt. Am 6. September 1941 befahl man den noch verbliebenen Juden, ins Ghetto zu ziehen. Diese Konzentration erleichterte in Verbindung mit der Unterstützung durch die willigen Helfer der Deutschen – die Litauer – die Tötungsaktionen, die während des ganzen Monats Dezember andauerten und denen etwa 33'000 jüdische Einwohner von Wilna zum Opfer fielen.

Itzhok Rudaszewski, ein noch nicht 14jähriger Schüler aus Wilna, beschreibt in seinem Tagebuch die Aushebung von Jom Kippur: «Heute ist das Ghetto voll von SA-Männern. Sie dachten, die Juden würden heute nicht zur Arbeit gehen, und so kamen sie ins Ghetto, um sie zu holen. Nachts wurden die Dinge plötzlich turbulent. Die Leute stehen auf. Das Tor öffnet sich. Es entsteht ein Aufruhr. Litauer sind gekommen. Ich schaue auf den Hof und sehe sie, wie sie Menschen mit Bündeln abführen. Auf den Treppen höre ich Stiefel donnern. Bald beruhigten sich die Dinge jedoch. Man gab den Litauern Geld, und sie gingen. Auf diese Weise versuchten die schutzlosen Juden, sich zu retten. Am Morgen ver-

breiteten sich die schrecklichen Neuigkeiten. Mehrere tausend Menschen wurden in der Nacht aus dem Ghetto geholt. Diese Menschen sind niemals wiedergekehrt.»¹⁸ Rudaszewskis letzter Satz macht deutlich, dass diese Eintragung einige Zeit nach den Ereignissen niedergeschrieben worden sein muss; er zeigt auch, dass während der Aktion weder er noch die Juden, die abgeholt wurden, irgendeine Ahnung von dem hatten, was sich abspielte und wo sie hinkommen sollten.

In Kowno liefen in den ersten Tagen der Besetzung litauische Mordtrupps Amok. Manche Berichte beschreiben den begeisterten Zulauf der litauischen Bevölkerung (wobei sich viele Frauen mit Kindern den ganzen Tag «in der ersten Reihe» niederliessen) sowie zahlreicher deutscher Soldaten, die allesamt die Mörder mit Zurufen und Beifall anfeuerten. In den Tagen darauf wurden Juden nach den Forts in der Nähe der Stadt abtransportiert und erschossen. Nach der ersten Tötungswelle wurden die verbliebenen 30'000 Juden in die alte jüdische Vorstadt Stobódka jenseits des Flusses vertrieben, wo am 10. Juli 1941 offiziell ein Ghetto eingerichtet wurde; sein Vorsitzender war der hochgeachtete Arzt Dr. Elchanan Elkes.

Die Vernichtungswut, die über die grosse Mehrheit der Juden Litauens hereinbrach, tobte auch in den beiden anderen baltischen Ländern. Ende 1941 waren nahezu alle 2'000 Juden Estlands ermordet. Ein Jahr später hatte man die etwa 66'000 Juden Lettlands ebenfalls fast völlig vernichtet (etwa 12'000 Juden befanden sich noch auf lettischem Territorium, von denen 8'000 aus dem Reich deportiert worden waren).

Die Massaker verbreiteten sich in allen besetzten Gebieten im Osten. Selbst die anderen unterdrückten Opfer des Reichs, die Polen, beteiligten sich an der massenhaften Ermordung von Juden. Die bekanntesten Massaker fanden am 10. Juli im Distrikt Bialystok, in Radzilów und in Jedwabne statt. Nachdem die Wehrmacht das Gebiet besetzt hatte, vernichteten die Einwohner dieser kleinen Städte den grössten Teil ihrer jüdischen Nachbarn: Sie erschlugen sie, erschossen sie und verbrannten sie zu Dutzenden bei lebendigem Leibe in Scheunen.

Zuweilen weigerte sich jedoch die einheimische Bevölkerung, sich an den antijüdischen Gewaltakten zu beteiligen. In Brest-Litowsk beispielsweise äusserten sowohl die Weissrussen als auch die Polen ganz offen

ihr Mitleid mit den jüdischen Opfern und ihren Abscheu vor den «barbarischen» Methoden der deutschen «Judenhenker». Dieselbe Zurückhaltung bei der Einleitung von Pogromen war in der Ukraine, zum Beispiel in der Region Schitomir, erkennbar. Ähnliche Einstellungen wurden indirekt in Wehrmachtsberichten bestätigt, die sich mit der Wirkung antisemitischer Propagandaaktionen auf die russische Bevölkerung befassten.

Während die Deutschen und ihre einheimischen Helfer im Norden, in der Mitte und im Süden der Ostfront aktiv ihre Mordkampagne betrieben, übertrafen die Armee und die Gendarmerie der Rumänen sogar noch die Einsatzgruppen. Innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten sollten sie etwa 270'000 Juden abschlachten. Hinsichtlich der Gesamtzahl der Opfer konnten sie es mit den Deutschen zwar nicht aufnehmen, aber ebenso wie die Letten, die Litauer, die Ukrainer und die Kroaten waren sie erfindungsreiche Folterer und Mörder.

Das früheste gross angelegte Massaker an rumänischen Juden fand in Iasi, der Hauptstadt des einstigen Fürstentums Moldau, statt. Am 26. Juni 1941 begannen als «Vergeltung» für zwei sowjetische Luftangriffe die Tötungen; organisiert waren sie von Abwehroffizieren sowie von einheimischen Polizeibehörden. Nachdem in der Stadt Tausende von Juden ermordet worden waren, pferchte man weitere Tausende in die hermetisch verschlossenen Waggons zweier Güterzüge, die auf eine mehrtägige ziellose Fahrt geschickt wurden. In dem ersten Zug erstickten oder verdursteten 1'400 Juden; im zweiten fand man 1194 Leichen. Die genaue Zahl der Opfer des Pogroms von Iasi ist strittig, aber sie lag möglicherweise über 10'000.

Die Dezimierung der Juden Bessarabiens und der Bukowina begann zunächst als lokale Initiative und wurde dann auf Anweisung aus Bukarest fortgesetzt. Am 8. Juli hielt Ion Antonescu seinen Ministern eine flammende Rede: «Ich bitte Sie, seien Sie unerbittlich. Saccharin und Humanitätsduselei sind hier nicht am Platz.... Falls erforderlich, schiessen Sie mit Maschinengewehren, und ich sage Ihnen, es gibt kein Gesetz.»¹⁹ Massaker an Juden wurden zu einem alltäglichen Geschehen. Zu Zehntausenden trieb man sie in Ghettos, bis sie dann im Herbst über den Dnjestr nach «Transnistrien» abgeschoben wurden, in den Teil der süd-

lichen Ukraine, der von Rumänen besetzt war und unter rumänischer Kontrolle verbleiben sollte.

Nach dem deutschen Sieg auf dem Balkan war Jugoslawien geteilt worden: Die Deutschen besetzten Serbien und die Italiener ausgedehnte Gebietsstreifen an der dalmatinischen Küste; die Ungarn erhielten die Regionen Backa und Baranja, und die Bulgaren bekamen Mazedonien. Unter der Führung von Ante Pavelic und seiner Ustascha-Bewegung wurde ein unabhängiger kroatischer Staat gegründet. Die dalmatinische Küste Kroatiens verblieb teilweise unter italienischer Kontrolle, und gleichzeitig waren auf kroatischem Territorium auch noch einige deutsche Truppen stationiert.

In Serbien setzten die Deutschen eine kollaborationistische Regierung unter Ministerpräsident Milan Nedic, einem glühenden Antikommunisten, ein. Nedic spielte kaum eine Rolle, und bald nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion regte sich vor allem in den ländlichen Gebieten bewaffneter Widerstand. Während des Sommers führten verhältnismässig kleine und schlecht ausgebildete Einheiten der Wehrmacht einen aussichtslosen Kampf gegen die sich ausbreitende Insurrektion der kommunistischen Guerillakämpfer unter der Führung von Tito (Josip Broz) und der serbisch-nationalistischen Partisanen Draza Mihailovics. Ungeachtet der weitverbreiteten Geiselerchiessungen durch die Deutschen, denen Serben und vor allem Juden zum Opfer fielen, wie auch der Zerstörung von Dörfern und der Ermordung ihrer Bewohner breitete sich die Rebellion aus. Im September ernannte Hitler den österreichischen General Franz Böhme, einen berüchtigten Serbenhasser, zum befehlshabenden General der in Serbien stationierten Truppen und liess ihm freie Hand beim Einsatz «strenger Methoden», mit denen die Lage wieder unter Kontrolle gebracht werden sollte. Böhme willigte begeistert ein.

Kaum hatte in Kroatien Pavelic sein neues Regime – eine Mischung aus Faschismus und frommem Katholizismus – etabliert, da hatte schon die Ustascha, wie der deutsche Gesandte in Zagreb, Edmund von Glaise Horstenau, berichtete, «unsinnig gewütet».²⁰ Der neue Führer setzte einen völkermörderischen Kreuzzug gegen die auf kroatischem Gebiet le-

benden 2'200'000 orthodoxen Serben (bei einer Gesamtbevölkerung von 6'700'000 Menschen) in Gang und ebenso gegen die 45'000 Juden des Landes, insbesondere im ethnisch gemischten Bosnien. Die katholische Ustascha hatte nichts gegen die fortgesetzte Anwesenheit von Muslimen oder Protestanten, aber Serben und Juden mussten konvertieren, das Land verlassen oder sterben. Der Historiker Jonathan Steinberg schreibt: «Serbische und jüdische Männer, Frauen und Kinder wurden buchstäblich in Stücke gehackt. Ganze Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, und die Menschen in Scheunen getrieben, die die Ustascha in Brand setzte. Im Archiv des italienischen Ausenministeriums gibt es eine Sammlung von Fotos von den Schlachtermessern, Haken und Äxten, die beim Zerstückeln serbischer Opfer benutzt wurden. Es gibt Fotos von serbischen Frauen, denen man mit Taschenmessern die Brüste abgeschnitten hatte, von Männern mit ausgequetschten Augen, die entmannt und verstümmelt worden waren.»²¹

Während Erzbischof Alojzije Stepinac, das Oberhaupt der katholischen Kirche in Kroatien, monatelang zögerte, die blutrünstige Mordkampagne öffentlich anzuprangern, freuten sich einige einheimische Bischöfe über die Vernichtung der Schismatiker und der Juden oder über ihre Zwangskonversion. So schrieb der katholische Bischof von Mostar, es habe noch nie «für uns eine so gute Gelegenheit wie heute gegeben, um Kroatien zu helfen, zahllose Seelen zu retten».²² Und während Bischöfe die einzigartige Gelegenheit zur Rettung von Seelen priesen, übernahmen einige Franziskanermönche eine führende Rolle bei den bösartigsten Mordoperationen und bei der Dezimierung von Serben und Juden im ausschliesslich kroatischen Vernichtungslager Jasenovac.

Was die Mischung aus christlichem Glauben, faschistischen politischen Zielsetzungen und brutaler Mordlust angeht, hatten die kroatischen Ustaschi und die rumänische Eiserne Garde oder selbst das Regime Antonescus viel miteinander gemeinsam; dieselben extremistischen Züge kennzeichneten die ukrainischen Nationalisten, vor allem die Fraktion Banderas in der OUN, sowie die diversen Gruppen litauischer und lettischer «Partisanen». Für alle diese radikalen Killergruppen waren die einheimischen Juden, wie wir sahen, eine erstklassige Zielscheibe. Ähnliche

ideologische Komponenten charakterisierten auch die Slowakische Volkspartei. Sie war von Anfang an in traditionelle Konservative und in einen militanten quasi-faschistischen Flügel unter der Führung von Vojtech Tuka, einem glühenden Nationalisten und nicht weniger glühenden Antisemiten, gespalten. Im März 1939 wurde Dr. Jozef Tiso, ein konservativer Priester, Parteichef und Präsident der unabhängigen Slowakei, während sich Tuka immer enger an den Nationalsozialismus annäherte und schon bald zum Ministerpräsidenten des neuen Staates ernannt wurde. Selbstverständlich verlor das neue slowakische Regime das Vertrauen seiner Berliner Herren nicht – und das konnte es auch nicht; sein Antisemitismus war fest in religiöser Tradition und unmittelbarem deutschem Einfluss verankert.

Die grosse Mehrheit einer weitgehend ländlichen slowakischen Bevölkerung von etwa 2'600'000 Einwohnern bestand aus frommen Katholiken; die evangelische Gemeinschaft machte ungefähr 15 Prozent der Bevölkerung aus, und die Juden stellten Ende 1940 mit etwa 80'000 Menschen rund 3,3 Prozent der Bevölkerung.

Als Hitler am 28. Juli 1940 Tiso, Tuka und Innenminister Alexander (Sano) Mach empfang, verlangte er von seinen slowakischen Gesprächspartnern die Anpassung ihrer antijüdischen Gesetzgebung an die deutsche. Bald darauf wurde ein Zentrales Wirtschaftsamt (UHU) gegründet, das die Aufsicht über die Arierisierung jüdischen Eigentums übernehmen und die Juden aus allen einflussreichen Positionen im Geschäftsleben vertreiben sollte; man errichtete eine «Judenzentrale» (Ú2), und im September 1941 wurde der «Judenkodex», ein ganzes Bündel antijüdischer Gesetze, verabschiedet. Die neuen Verfügungen schlossen auch Regelungen zum Tragen des Judensterns sowie zur Zwangsarbeit ein. Die Bühne war bereit für weitere Schritte, die dann dazu führten, dass die katholische Slowakei – nach dem Reich – das erste Land war, das mit der Deportation seiner Juden begann.

Ungarn blieb verhältnismässig ruhig; im Jahre 1941 lebten in seinen Grenzen, die sich durch Annexionen mittlerweile erheblich erweitert hatten, etwa 825'000 Juden. In den grösseren Städten und vor allem in Budapest waren die meisten Juden eine ausserordentlich assimilierte Gemeinschaft, die bis zum Ende des Ersten Weltkriegs nahezu in einer

Symbiose mit der gesellschaftlichen Elite des Landes gelebt hatte. Im Jahre 1918 kam es zu einem radikalen politischen Umschwung. Über ein geschlagenes und zerstückeltes Ungarn brach die Revolution herein. Obgleich die kommunistische Diktatur Béla Kuns nur 133 Tage dauerte, lösten seine jüdische Abstammung und die massive Präsenz von Juden in seiner Regierung eine gewalttätige antisemitische Reaktion aus, der Tausende von Juden zum Opfer fielen. Darüber hinaus trug die Anwesenheit einer beträchtlichen Minderheit nichtassimilierter, vorwiegend polnischer Juden zu einer wachsenden Judenfeindschaft bei; diese wurde in den darauffolgenden Jahren durch nationalistischen Revisionismus, militanten Antikommunismus und in zunehmendem Masse durch den immer stärkeren Einfluss des Nationalsozialismus angeheizt.

Während der Zwischenkriegszeit gelang es jedoch dem Reichsverweser Admiral Miklós Horthy, konservative Regierungen an der Macht zu halten und kleine faschistische und rabiat antisemitische Bewegungen zu bremsen. Eine der Methoden, die Horthy und die traditionellen Konservativen anwendeten, um den Aufstieg der Extremisten einzudämmen, bestand darin, dass sie diskriminierende antisemitische Gesetze erließen. Ein frühes Gesetz von 1920, das an den Universitäten einen Numerus clausus für Juden einführte – das erste antisemitische Gesetz in Nachkriegseuropa –, war zwar beschlossen, aber nicht sehr streng angewendet worden. Die Gesetze von 1938 und 1939 schränkten jedoch die jüdische Beteiligung am politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes ganz konkret ein, zumindest soweit es die jüdische Mittelschicht betraf (die jüdische Elite im Bankwesen und in der Industrie war im Allgemeinen nicht betroffen). Das «dritte Gesetz» vom August 1941 war eine Nachbildung der Nürnberger Rassengesetzgebung. Bei der Mehrzahl dieser Massnahmen erhielt Horthy Rückendeckung von der katholischen Kirche und den protestantischen Kirchen Ungarns. Der ungarische Episkopat akzeptierte die antijüdischen Verfügungen von 1938 und 1939 bereitwillig, sträubte sich aber, wie zu erwarten war, gegen das Gesetz vom August 1941 wegen dessen unverhüllt rassistischer Dimension, die eine Bedrohung für jüdische Konvertiten darstellte.

Tausende ausländischer Juden, die in Ungarn lebten, mussten für die Appeasement-Taktik des Reichsverwesers bezahlen. Im August 1941 trieb die ungarische Polizei 18'000 dieser ausländischen Juden (fast alle polnischer Herkunft) zusammen und übergab sie in der Westukraine der SS. Am 27. und 28. August wurden die Vertriebenen sowie einige Tausend ortsansässige Juden (insgesamt etwa 23'600 Menschen) umgebracht. Als die Nachricht von dem Massaker Ungarn erreichte, ordnete der Innenminister die Beendigung der Deportationen an. Währenddessen wurden jedoch in der von den Ungarn besetzten Ukraine zunächst Tausende, dann Zehntausende jüdischer Männer zu Zwangsarbeit eingezogen. Bis Ende 1941 hatte man etwa 50'000 Juden zwangsverpflichtet; etwa 40'000, die zu dieser ersten Gruppe gehörten, sollten nicht zurückkehren. Es stellte sich jedoch heraus, dass Horthy ungeachtet wiederholten deutschen Drängens nicht bereit war, bei seinen antijüdischen Massnahmen eine gewisse Grenze zu überschreiten. Im März 1942, als der relativ liberale Miklós Kállay als Regierungschef den deutschfreundlichen László Bárdossy ablöste, kam es zu einer gewissen Stabilisierung, die bis zur Besetzung des Landes durch die Deutschen im März 1944 anhielt.

Die rasche Ausweitung der in den neu besetzten Gebieten im Osten veranstalteten Mordaktionen von jüdischen Männern auf ganze jüdische Gemeinden verlangte die effizientesten Massenmordmethoden. Die Exekution von Frauen und Kindern erschien Himmler für die Angehörigen seiner Kommandos zu belastend; Giftgas war vielversprechender. Beim Euthanasieprogramm hatte man neben anderen Tötungsmethoden auch die Vergasung psychisch kranker Patienten eingesetzt. Dabei leitete man Kohlenmonoxid aus Flaschen in stationäre Gaskammern oder in Wagen. Im September 1941 eröffnete eine technische Abwandlung der Euthanasie-Gaswagen, die vom Kriminaltechnischen Institut des RSHA entwickelt worden war, neue Möglichkeiten. Die umgebauten Wagen würden zu fahrbaren Erstickungsmaschinen werden, mit denen pro Wagen und pro Operation etwa 40 Menschen getötet werden konnten: Ein Metallrohr, das mit dem Auspuffrohr verbunden war, wurde in einen hermetisch abgedichteten Wagen geleitet. Der Betrieb des Motors reich-

te aus, um die menschliche Fracht des Wagens zu ersticken.

In seiner Zeugenaussage nach dem Krieg beschrieb Lauer, ein Angehöriger des Kommandos, den Vorgang folgendermassen: «Es waren zwei Gaswagen [in Poltawa] im Einsatz. ... Sie fuhren in den Gefängnis-hof, und die Juden, Männer, Frauen und Kinder, mussten von der Zelle direkt in den Wagen einsteigen. ... Die Auspuffgase wurden in das Innere des Wagens geleitet. Ich höre heute noch das Klopfen und die Schreie von den Juden: ‚Liebe Deutsche, lasst uns raus!‘ ... Der Fahrer hat den Motor anlaufen lassen, nachdem die Türen geschlossen waren. Er fuhr dann in ein Gelände ausserhalb von Poltawa. Auch ich war an jenem Ort ausserhalb von Poltawa, als der Wagen anhielt. Beim Öffnen der Türen kam zunächst ein Qualm heraus und dann ein Knäuel verkrampfter Menschen. Es war ein erschreckendes Bild.»²³ Innerhalb weniger Monate sollten in den baltischen Ländern, in Weissrussland, in der Ukraine, im Warthegau und in Serbien etwa 30 Gaswagen zum Einsatz kommen.

Vom Gaswagen war es nur ein kurzer Schritt zur ortsfesten Gaskammer, die nach denselben technischen Prinzipien funktionierte: Verwendet wurde Kohlenmonoxid, das von angeschlossenen Motoren erzeugt wurde. Wie wir sehen werden, wurden zwar in der Vernichtungsstätte Chelmno im Warthegau seit Anfang Dezember 1941 mehrere Gaswagen verwendet, aber der Bau von Gaskammern – die mit den Auspuffgasen von angeschlossenen Dieselmotoren betrieben wurden – begann im November auf dem Gelände des künftigen Vernichtungslagers Belzec. Noch etwas früher, im September 1941, hatte eine andere Reihe von Mordexperimenten in Auschwitz begonnen.

Auschwitz hatte, seit es im Juni 1940 seine Tore als Konzentrationslager für polnische politische Gefangene geöffnet hatte, mehrere Entwicklungsstadien durchlaufen. Das Lager, das sich in der Nähe der gleichnamigen ostoberschlesischen Stadt befand (deren Einwohner zur Hälfte Juden waren), lag günstig zwischen den Flüssen Weichsel und Sola sowie in der Nähe eines Eisenbahnknotenpunktes von einiger Bedeutung. Die Errichtung des Lagers hatte Himmler am 27. April 1940 beschlossen, und am 4. Mai wurde Rudolf Höss, der vormals in Dachau

und Sachsenhausen tätig gewesen war, Lagerkommandant. Am 14. Juni, während die Wehrmacht in Paris einmarschierte, traf der erste Transport von 728 polnischen politischen Gefangenen aus der galizischen Stadt Tarnow in dem neuen Lager ein.

Im März 1941 besuchte Himmler in Begleitung von Vertretern des Chemiegiganten IG Farben das oberschlesische Lager. Diesem Besuch waren schwierige Verhandlungen zwischen der IG Farben, Vertretern von Görings Vierjahresplan-Administration und der SS vorangegangen. Die Fortsetzung des Krieges mit England und der geplante Angriff auf die Sowjetunion hatten Hitler und Göring davon überzeugt, dass die Produktion von synthetischem Kautschuk und synthetischem Benzin oberste Priorität erhalten sollte. Die IG Farben, der deutsche Vorreiter auf diesem Gebiet, wurde angewiesen, ihre Produktionskapazitäten erheblich auszuweiten. Eine neue Fabrik musste so schnell wie möglich gebaut werden: Auschwitz war einer der Standorte, die man dafür in Betracht zog. Im März und April 1941 brachte Himmler die Vereinbarung dadurch zum Abschluss, dass er die Bereitstellung billiger Sklavenarbeiter und den Bau angemessener Unterkünfte für das deutsche Personal versprach. Höss erhielt den Befehl, die Kapazität des Lagers von 11'000 auf 30'000 Insassen zu erhöhen. Die Juden aus der Stadt Auschwitz wurden vertrieben und ihre Häuser übernommen, während man für Bauarbeiten sowohl im Lager als auch auf dem Gelände des künftigen Buna-Werks von IG Farben in Dwory Polen aushob.

Während diese gewaltigen Expansionspläne in Gang gesetzt wurden, «entdeckte» in Auschwitz eine Desinfektionsmannschaft rein zufällig, dass das starke Schädlingsbekämpfungsmittel Zyklon B – das man zur Entseuchung von Schiffsrümpfen und Kasernen verwendete und das somit auch in Auschwitz regelmässig in Gebrauch war – Tiere und daher auch Menschen töten konnte. Die Erprobung an einer kleinen Gruppe sowjetischer Kriegsgefangener, die Anfang September 1941 im Keller von Block 11, im Hauptlager, vorgenommen wurde, verlief erfolgreich.

Während die technischen Fortschritte bei den Ermordungsmethoden rasch voranschritten, schwankte man an der Spitze der NS-Hierarchie im

Sommer 1941 weiterhin zwischen mehreren möglichen «Lösungen» der Judenfrage. Auf besetztem sowjetischem Gebiet zielte die Vernichtung, wie wir sahen, zuerst auf Juden als Träger des Sowjetsystems, dann auf Juden als potentielle Partisanen und schliesslich als feindliche Elemente, welche Territorien bewohnten, die letztlich für die Besiedlung durch Deutsche vorgesehen waren. Diese drei Kategorien verschmolzen natürlich miteinander, aber sie galten zumindest im Sommer und Herbst 1941 nicht für den gesamten europäischen Kontinent. Was den Massenmord anging, so hatte die erste Phase der nachmaligen «Endlösung der Judenfrage in Europa» auf sowjetischem Gebiet begonnen, aber man sah sie damals wahrscheinlich noch nicht als Teil eines Gesamtplans zur Vernichtung aller europäischen Juden. Wie also sollten wir den Brief interpretieren, den Göring am 31. Juli 1941 an Heydrich richtete?

«In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlass vom 24.1. 39 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen», schrieb Göring, «beauftragte ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa.» Weiter hiess es: «Soferne hierbei die Zuständigkeiten anderer Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu beteiligen. Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmassnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen.»

Görings Brief war von Heydrich aufgesetzt und dem Reichsmarschall zur Unterschrift vorgelegt worden; das wissen wir aus der Aussage Eichmanns, die er 1961 bei seinem Prozess in Jerusalem machte. Offensichtlich sollte das Dokument Himmlers (und somit Heydrichs) Autorität in allen Angelegenheiten sicherstellen, die das Schicksal der Juden betrafen, sei es im Hinblick auf sämtliche laufenden Operationen auf russischem Gebiet oder im Hinblick auf die Deportationen, mit denen man nach dem Sieg im Osten rechnete. Mit anderen Worten, der Brief sollte alle, die es anging, davon in Kenntnis setzen, dass die Lösung der Juden-

frage in praktischer Hinsicht die Domäne Himmlers war (natürlich vorbehaltlich der Weisungen Hitlers).

Görings Brief war, was einen bestimmten Zeitrahmen anging, auch hinreichend vage, da Hitler offenbar immer noch an der Auffassung festhielt, die allgemeine Evakuierung der europäischen Juden nach Nordrussland werde erst nach Beendigung des Feldzugs stattfinden. Das bestätigte Eichmann Anfang August 1941 auf einer Konferenz hoher Beamter des Propagandaministeriums, die man einberufen hatte, um den bevorstehenden Besuch von Goebbels bei seinem Führer vorzubereiten. Eichmann erklärte, «der Führer habe auf einen dahingehenden Antrag des Obergruppenführers Heydrich Evakuierungen während des Krieges abgelehnt; daraufhin liesse dieser jetzt einen Vorschlag ausarbeiten, der auf Teilevakuierung der grösseren Städte ziele.» Das war ein Gedanke, der Hitler unterbreitet wurde, als Goebbels am 18. August im Hauptquartier Rastenburg mit ihm zusammentraf, und der ebenfalls abgelehnt wurde.

In diesem Gespräch erwähnte Hitler erneut seine «Prophezeiung» hinsichtlich des Preises, den die Juden für die Entfesselung des Krieges bezahlen würden. «Der Führer ist der Überzeugung», schreibt Goebbels, «dass seine damalige Prophezeiung im Reichstag, dass, wenn es dem Judentum gelänge, noch einmal einen Weltkrieg zu provozieren, er mit der Vernichtung der Juden enden würde, sich bestätigt. Sie bewahrheitet sich in diesen Wochen und Monaten mit einer fast unheimlich anmutenden Sicherheit. Im Osten müssen die Juden die Zeche bezahlen; in Deutschland haben sie sie zum Teil schon bezahlt und werden sie in Zukunft noch mehr bezahlen müssen. Ihre letzte Zukunft bleibt Nordamerika; und dort werden sie über kurz oder lang auch einmal bezahlen müssen.» Die Erklärungen, die Hitler gegenüber Goebbels abgab, waren in der Tat äusserst bedrohlich; gleichwohl ist bemerkenswert, dass diese Drohungen vage blieben. Die Juden Deutschlands «werden in Zukunft noch mehr bezahlen müssen» – das konnte bedeuten, dass die Juden Deutschlands nach Erringung des Sieges im Osten nach Nordrussland deportiert und dort «unter einem härteren Klima in die Mache genommen» würden. Hitlers Worte liessen auf massenhaften Tod schliessen; dass jedoch seine

Erklärung in diesem Stadium organisierte, allgemeine und sofortige Vernichtung bedeutete, ist unwahrscheinlich.

In dieser Zeit wurde mit einer von Hitler autorisierten Verordnung vom 1. September 1941 allen Juden des Grossdeutschen Reichs und des Protektorats, die das sechste Lebensjahr vollendet hatten, befohlen, in der Öffentlichkeit einen gelben sechszackigen Stern zu tragen, auf dem in verbogener schwarzer Schrift das Wort «Jude» geschrieben stand. Der Stern musste auf der linken Brustseite in Höhe des Herzens auf die Kleidung aufgenäht werden, so dass er in vollem Umfang sichtbar war, wenn sich ein Jude an einem öffentlichen Ort befand. Mit Wirkung vom gleichen Tag war es Juden verboten, ohne polizeiliche Genehmigung ihre Wohngemeinde zu verlassen sowie Orden, Ehrenzeichen oder sonstige Abzeichen zu tragen.

«Heute der Judenstern», schrieb Klemperer am 19. September. «Frau Voss hat ihn schon aufgenäht, will den Mantel darüber zurückschlagen. Erlaubt? Ich werfe mir Feigheit vor. Eva hat sich gestern auf Pflasterweg den Fuss übermüdet und soll nun jetzt auf Stadteinkauf und hinterher kochen. Warum? Weil ich mich schäme. Wovor? Ich will von Montag an wieder auf Einkauf»²⁴ (Klemperers Frau Eva musste, da sie keine Jüdin war, den Stern nicht tragen). Wie reagierte die deutsche Bevölkerung?

Einem SD-Bericht aus Westfalen vom 26. September zufolge wurde die neue Massnahme von der deutschen Bevölkerung oft mit Befriedigung begrüsst; Kritik übte man eher daran, dass es Ausnahmen gab. Warum brauchten die jüdischen Ehefrauen von «Ariern» das Abzeichen nicht zu tragen? Wie es hiess, gab es jetzt «arische Juden» und «nichtarische Juden». Ein SD-Bericht vom Vortag verzeichnete die allgemeine Ansicht, die Juden sollten den Stern der besseren Sichtbarkeit halber auch auf dem Rücken der Kleidung tragen: Das würde diejenigen, die sich immer noch in Deutschland aufhielten, dazu zwingen zu «verschwinden».

Und doch registrierten zahlreiche Zeugen auch andere Reaktionen. Am 20. September beschrieb Klemperer, was Frau Kronheim passiert war: «Die fuhr gestern mit der Tram – Vorderperron. Der Fahrer: Warum sie nicht im Wagen sitze. Frau Kronheim ist klein, schwächlig, gebückt, ganz weisshaarig. Es sei ihr als Jüdin verboten.

Der Fahrer schlug mit der Faust auf das Schaltbrett: ‚Solch eine Gemeinheit! Schlechter Trost.› Die ungewöhnlichste Äusserung von Mitgefühl wurde am 25. November verzeichnet: «Frau Reichenbach erzählte ein Herr habe sie in der Ladentür gegrüsst. Ob er sich nicht in der Person geirrt habe? – ‚Nein, ich kenne Sie nicht, aber Sie werden jetzt öfter gegrüsst werden. Wir sind eine Gruppe, ‚die den Judenstern grüsst‘.›»²⁷

Es sieht tatsächlich so aus, als seien Äusserungen von Mitgefühl nicht ganz selten gewesen. Nach der differenzierten Einschätzung des Historikers David Bankier war es die Sichtbarkeit der Verfolgung, die so viele Deutsche dazu veranlasste, so zu reagieren, wie sie es taten, zumindest eine Zeitlang: «Solange anonyme Juden verfolgt wurden, konnte die Bevölkerung gefühlsmässig auf Abstand zu den moralischen Konsequenzen dieses Leids bleiben, für das sie mitverantwortlich war, und konnte sich mit der Verfolgung so lange leicht abfinden, wie Schamgefühl und Schuld dadurch nicht berührt wurden. Die Kennzeichnung des Opfers machte dieses jedoch zu einem anklagenden öffentlichen Zeugen, der der Bevölkerung klar machte, dass dies der Preis für Konformität und Einpassung in ein mörderisches System ist, ... Diese verwirrenden Gefühle hielten offensichtlich nicht lange an. Wie schon bei den anderen Massnahmen entwickelten sich auch hier durch die Bestrafung der Sympathiebekundungen und durch die zunehmende Empfindungslosigkeit gegenüber dem alltäglich werdenden Bild Apathie und Unempfindlichkeit.»²⁶

Ob als nachträglicher Einfall im Gefolge der Verfügung über das Targen des Judensterns oder als frühes Zeichen künftiger Entscheidungen: Am 11. September 1941 löste die Gestapo den Kulturbund auf. Der grösste Teil seiner Aktivitäten war schon vorher verboten worden. So trafen sich im Juli die Musiker der Vereinigung letztmalig, um Verdi zu feiern; dann wurden ihre Instrumente beschlagnahmt und an SA- und SS-Einheiten verteilt. Die Klaviere schickte man an NS-Wohlfahrtsorganisationen und Erholungsheime der Wehrmacht, und ihre Schallplatten wurden von der deutschen Plattenindustrie wiederverwertet. In Deutschland waren die letzten Überreste eines autorisierten jüdischen kulturellen Lebens ausgelöscht worden.

Nach der Verkündung des neuen Statuts im Juni 1941 preschte die Vichy-Regierung vor: Am 22. Juli wurde in der nicht besetzten Zone nach denselben Kriterien und mit denselben Verfahrensweisen wie im Norden die Arisierung eingeführt. Unternehmungen wurden liquidiert oder unter «französische» Kontrolle gestellt, Vermögenswerte wurden beschlagnahmt und die Erträge auf einer speziellen Regierungsbank deponiert.

Für Darlan und Vallat war das noch nicht genug. Am Tag der Verkündung des Juni-Statuts machte man die Registrierung sämtlicher Juden (im Sinne der neuen Definition) in der Vichy-Zone zur Pflicht. Noch bedrohlicher war Darlans Anordnung vom Dezember 1941, wonach alle Juden, die nach dem 1. Januar 1936 nach Frankreich eingereist waren, registriert werden sollten; diese Identifizierung sollte zu einem entscheidenden Element der Vereinbarungen zwischen Franzosen und Deutschen über die späteren Aushebungen und Deportationen werden. Am 20. August 1941 verhaftete die Pariser Polizei auf Anweisung der Deutschen weitere 4'230 Juden; sie wurden nach Drancy in das neuerrichtete Sammel- und Konzentrationslager nahe der französischen Hauptstadt geschickt. Diese zweite Aushebung geschah wahrscheinlich als Vergeltung für die antideutschen Demonstrationen, die am 13. August von kommunistischen Jugendorganisationen in der Stadt organisiert worden waren; die Polizei hatte unter den Demonstranten angeblich eine beträchtliche Zahl von Juden ausgemacht. Diesmal wurden auch einige französische Juden, vor allem Kommunisten, verhaftet.

Im Herbst führten Angriffe auf Wehrmachtsangehörige zu Repressalien, die sich aber zunächst vorwiegend gegen Kommunisten (ganz gleich ob Juden oder nicht) richteten. Selbst die Hinrichtung von 50 Geiseln nach der Ermordung des Feldkommandanten von Nantes, Oberstleutnant Karl Holtz, am 20. Oktober 1941 richtete sich nicht speziell gegen Juden. Für Heydrich waren die antijüdischen Repressalien zu milde, und vor diesem Hintergrund verübten französische nazifreundliche Militante am 3. Oktober Bombenanschläge auf drei Pariser Synagogen. Am 28. November 1941 fand ein neuerlicher Angriff auf deutsche Soldaten statt. Diesmal wurden am 12. Dezember 743 jüdische Männer, vorwie-

gend Franzosen, die mehrheitlich der Mittelschicht angehörten, von der deutschen Polizei festgenommen und nach Compiègne, in ein Lager, das unter direktem deutschem Kommando stand, geschickt. Im März 1942 deportierte man diese Gruppe mitsamt weiteren jüdischen Gefangenen nach Auschwitz. Somit war es in Frankreich das Oberkommando des Heeres, das immer drastischere Massnahmen gegen die Juden anwendete. Während die Hinrichtung französischer Geiseln Skrupel hervorrief, bewältigte die weitgehend nichtnationalsozialistische militärische Elite die Deportation von Juden in den Tod ohne Weiteres und setzte sie um.

Gleichzeitig mit der Vervielfachung antijüdischer Massnahmen, mit den Verhaftungen und den frühen Deportationen übte der für Judenfragen zuständige SD-Offizier Theodor Dannecker zunehmenden Druck auf die jüdischen Organisationen aus, das «Koordinationskomitee» zu einem regelrechten Judenrat umzubilden. Die Deutschen erwarteten von Vichy, dass es bei der Durchsetzung der neuen Institution die Initiative ergreife. Im Herbst 1941 wurde den führenden jüdischen Vertretern, Einheimischen wie Ausländern, klar, dass sie das Diktat würden akzeptieren müssen. Doch das gemeinsame Schicksal, das allen auferlegt war, heilte nicht den Riss zwischen den beiden Gemeinschaften. Vor diesem Hintergrund interner Streitigkeiten entschloss sich eine Gruppe französischer jüdischer Persönlichkeiten – unter denen dann Lambert eine immer bedeutendere Rolle spielte –, den Beschlüssen Vichys ihre Zustimmung zu geben und sich gegen den Willen des *Consistoire* an wiederholten Konsultationen mit Vallat zu beteiligen. Am 29. November 1941 unterzeichnete Vallat die Verfügung, mit der die *Union Générale des Israélites de France* gegründet wurde. Am 9. Januar 1942 wurden die Vorstände der UGIF-Nord (besetzte Zone) und UGIF-Süd (Vichy-Zone) offiziell ernannt. Faktisch wurde Lambert zur beherrschenden Persönlichkeit der UGIF-Süd.

Man hat die Auffassung vertreten, dass antijüdische Massnahmen in den Ländern Westeuropas, die unter direkter Oberhoheit des deutschen Militärs standen, weniger bereitwillig angewendet wurden als in denjenigen, die unter ziviler Herrschaft der Nazis standen. Im besetzten Frankreich war das zwar nicht der Fall, aber es sieht so aus, als sei in Belgien

der Oberbefehlshaber der Wehrmacht, General Alexander von Falkenhäusen, im Hinblick auf Massnahmen, die zu Unruhe in der Bevölkerung hätten führen können, tatsächlich zurückhaltend gewesen. Die üblichen antijüdischen Massnahmen, die in den Niederlanden und in Frankreich ergriffen wurden, führte man jedoch in Belgien etwa um dieselbe Zeit ein. So erliess im Oktober 1940 die Militärverwaltung für die 65'000 bis 75'000 Juden, die damals in Belgien lebten, ein «Statut des juifs», das ganz ähnlich aussah wie die entsprechenden Verfügungen in Frankreich und den Niederlanden. Registrierung wurde angeordnet, Ausweise wurden gekennzeichnet, jüdische Unternehmungen aufgelistet, jüdische Beamte entlassen, Juden aus der Justiz und dem Journalismus vertrieben, genau wie in anderen Ländern des Westens. Im Frühjahr 1941 folgte die Registrierung sämtlichen jüdischen Eigentums und danach dann weitere Absonderungsmassnahmen, wie sie im benachbarten Holland etwa um die gleiche Zeit eingeführt worden waren. Im Herbst desselben Jahres setzte man einen Judenrat, die *Association des Juifs en Belgique* (AJB) ein; wenige Tage später wurde in Frankreich die UGIF gegründet.

Zwischen der Lage der Juden in Belgien und derjenigen, in der sich die Juden der Niederlande und Frankreichs befanden, bestanden jedoch einige Unterschiede. Während zwei Drittel der holländischen Juden und die Hälfte der Juden in Frankreich im Jahre 1940 alteingesessen oder eingebürgert waren, besaßen von den Juden Belgiens nur sechs Prozent die belgische Staatsbürgerschaft. Zwar hatten in den drei westlichen Ländern kleine nazifreundliche Bewegungen jüdisches Eigentum beschädigt und einzelne Juden attackiert, nachdem die deutsche Präsenz ihnen freie Bahn geschaffen hatte, aber nur in Belgien fanden am 14. und 17. April 1941 pogromähnliche Unruhen grösseren Ausmasses statt. In Antwerpen steckten am Ostermontag nach dem Besuch einer Aufführung des Films *Jud Süss* mehrere Hundert Militante des Flämischen Nationalverbandes (VNV) Synagogen und das Haus des Oberrabbiners in Brand. Und als das Jahr 1941 zu Ende ging, äusserten sich weder die Würdenträger der belgischen Kirche noch die Widerstandsbewegungen entschieden gegen die antijüdischen Massnahmen der Deutschen oder gegen die Gewalttaten der belgischen Rechtsextremen. Eine liberale Un-

tergrundpublikation protestierte allerdings gegen die Unruhen und erklärte abschliessend: «Liebe Leser – denken Sie nicht, dass wir Belgier-judenfreunde sind. Nein, weit gefehlt. Aber auch ein Jude ist ein Mensch.»²⁷

10.

Die «Endlösung»

September 1941 – Dezember 1941

Am 12. November 1941 befahl Himmler dem HSSPF Ostland,¹ Friedrich Jeckeln, die etwa 30'000 Juden des Rigaer Ghettos zu ermorden. Am Vorabend der Aktion, am 29. November, wurden die arbeitsfähigen Juden von der Masse der Ghettobevölkerung getrennt. Am 30. November begann in den frühen Morgenstunden der Treck aus dem Ghetto in den nahegelegenen Rumbula-Wald. Etwa 1'700 Wachen standen bereit, darunter ungefähr 1'000 Mann lettische Hilfstruppen. In der Zwischenzeit hatten mehrere hundert sowjetische Gefangene auf dem sandigen Gelände von Rumbula sechs riesige Gruben ausgehoben. Als die Ghettobewohner, eine Gruppe nach der anderen, den Wald erreichten, wurden sie von einem sich immer enger schliessenden Kordon von Wachen zu den Gruben getrieben. Kurz bevor die Juden zu der Hinrichtungsstätte kamen, zwang man sie, sich ihrer Koffer und Taschen zu entledigen, ihre Mäntel abzulegen und schliesslich ihre Kleidung auszuziehen. Dann stiegen die nackten Opfer über eine Erdrampe in die Grube hinunter, legten sich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden oder auf die Leiber der Sterbenden und der Toten und wurden aus einer Entfernung von etwa zwei Metern mit einer einzigen Kugel in den Hinterkopf erschossen. Jeckeln stand am Rand der Gruben, umgeben von einer Schar von Zuschauern, Angehörigen des SD und der Polizei wie auch Zivilisten. Zwölf Scharfschützen, die in Schichten arbeiteten, erschossen den ganzen Tag lang die Juden. Irgendwann zwischen 17 und 19 Uhr hörte das Töten auf;

bis dahin waren etwa 15'000 Juden ermordet worden. Eine Woche später, am 7. und 8. Dezember, brachten die Deutschen dann die noch verbliebene Hälfte der Ghettobevölkerung um.

Den Historiker Simon Dubnow, der krank lag, hatte man während des ersten Massakers übersehen. Beim zweiten Mal wurde er gefangen. Die kranken und gebrechlichen Ghattobewohner brachte man in Autobussen zur Hinrichtungsstelle; da Dubnow nicht schnell genug in den Bus einsteigen konnte, schoss ihn einer der lettischen Bewacher in den Hinterkopf. Am darauffolgenden Tag wurde er in einem Massengrab im Ghetto begraben. Einem Gerücht zufolge sagte Dubnow auf dem Weg zum Bus immer wieder: «Leute, vergesst nicht; spricht hiervon, Leute; zeichnet es alles auf.»²

Am Tag des ersten Massakers an den Rigaer Juden war in den frühen Morgenstunden ein Transport mit 1'000 Juden aus Berlin auf dem Bahnhof der Stadt eingetroffen. Die Berliner Juden wurden geradewegs vom Bahnhof in den Wald transportiert und auf der Stelle ermordet. Die Deportierten, die man aus dem Reich nach Riga gebracht hatte, waren nur eine von mehreren Gruppen, die seit dem 15. Oktober nach einer unerwarteten Entscheidung Hitlers aus Städten in Deutschland und dem Protektorat in Ghettos auf dem Gebiet des ehemaligen Polen oder im Ostland geschickt wurden. Noch einen Monat zuvor hatte Hitler Goebbels gegenüber erklärt, die Deportation der Juden Deutschlands werde nach dem Sieg in Russland stattfinden und als Ziel den hohen Norden Russlands haben. Was konnte Hitlers plötzliche Initiative ausgelöst haben?

Man hat Hitlers Entscheidung auf Informationen zurückgeführt, denen zufolge Stalin befohlen hatte, die gesamte Bevölkerung der Wolgadeutschen nach Sibirien zu deportieren. Hitler konnte jedoch kaum der Ansicht gewesen sein, dass die Deportation der Juden Deutschlands als Rache für die Wolgadeutschen einen Mann vom Schlage Stalins beeindrucken würde. Die Wolgadeutschen könnten jedoch ein bequemer Vorwand für eine Entscheidung gewesen sein, die schon früher aus einem ganz anderen Grund gefallen war: wegen der stetigen Bemühungen Roosevelts, die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. Diese Ein-

schätzung passte fraglos zu Hitlers Glauben, die bedrohliche Kraft hinter Roosevelt seien die Juden. Wie sonst hätte man die Bereitschaft des Führers des Weltkapitalismus erklären können, der bedrohten Festung des Bolschewismus Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen? Und da Reden und Drohungen den amerikanischen Präsidenten anscheinend nicht von seinem Kurs abbrachten, dachte der Diktator vielleicht, dass gezielte und höchst bedrohliche Schritte gegen die Juden Deutschlands auf Roosevelts «jüdische Entourage» eine gewisse Wirkung ausüben würden. Die deutschen Juden wurden konkret und sichtbar zu Geiseln, denen ein schreckliches Schicksal bevorstand, falls sich die Vereinigten Staaten noch weiter in Richtung Krieg bewegten.

Das Bedürfnis, auf Roosevelt Druck auszuüben, mag Hitler in den ersten Septembertagen des Jahres 1941 immer dringlicher erschienen sein. Am 4. September versuchte ein deutsches U-Boot, das vom US-Zerstörer *Greer* gefährlich beschattet und von britischen Flugzeugen, die von der *Greer* aus dirigiert wurden, angegriffen wurde, das amerikanische Schiff zu torpedieren. Sowohl die *Greer* als auch U-652 entkamen unbeschädigt, aber eine Woche später, am 11. September, lieferte Roosevelt eine verzerrte Darstellung des Vorfalls; zwei Tage später erhielten die amerikanischen Seestreitkräfte den Befehl, «ohne Vorwarnung» auf alle Schiffe der Achsenmächte zu schießen, die sie innerhalb der amerikanischen «Neutralitätszone» antrafen (das war ein von den Vereinigten Staaten einseitig definierter Bereich, der sich bis zur Mitte des Atlantik erstreckte).³ Man kann davon ausgehen, dass aus der Sicht Hitlers die Gegendrohung ihre Wirkung in jedem Fall entfalten konnte: Entweder würde das Schicksal, das den Juden Deutschlands drohte, Roosevelt schliesslich zum Einlenken zwingen, oder aber es wäre – falls Roosevelt und die Juden auf einen Krieg mit dem Reich versessen waren – der gefährlichste innere Feind bereits von deutschem Boden vertrieben.

Nach Himmlers ursprünglichen Anordnungen sollte das Ziel der Deportationen in erster Linie das Ghetto Lodz sein, aber da Lodz nicht mehr als 20'000 Juden aufnehmen konnte, nahm man die Ghettos des Ostlands hinzu. Am 15. Oktober verliess der erste Transport Wien in Richtung

Lodz; ihm folgten am 16. Transporte aus Prag und Luxemburg sowie am 18. ein Transport aus Berlin. Am 5. November war die erste Phase, die 20 Transporte mit 19'593 Juden umfasste, abgeschlossen. Dann, am 8. November, begann die zweite Phase, die bis Mitte Januar 1942 dauerte. Diesmal hatten 22 Transporte mit insgesamt etwa 22'000 Juden Riga, Kowno und Minsk als Ziele. Fünf der für Riga bestimmten Transporte wurden nach Kowno umgeleitet; keiner dieser 5'000 Deportierten setzte je einen Fuss ins Ghetto: Gleich nach ihrer Ankunft brachte man sie nach Fort IX, wo sie am 25. und am 29. November in zwei Schüben erschossen wurden. Einen Monat zuvor, am 28. Oktober, waren etwa 10'000 Bewohner des Ghettos von Kowno ermordet worden. In Minsk wurden am 7. November 13'000 ortsansässige Juden umgebracht, und eine weitere Gruppe von 7'000 Menschen folgte am 20. November. Offensichtlich waren die Massenabschlachtungen vom Oktober und November dazu bestimmt, für die Neuankömmlinge aus dem Reich Platz zu schaffen. Und wie wir sahen, wurden manchmal einige der Neuankömmlinge gleich nach dem Eintreffen an ihrem Bestimmungsort getötet.

Bald erhielt der Reichsführer eine wachsende Zahl von Beschwerden, weil auch Mischlinge und mit Orden ausgezeichnete Weltkriegskämpfer in die Transporte einbezogen worden waren. Und während sich die Informationen über die Massaker von Kowno verbreiteten, ordnete Himmler am Sonntag, dem 30. November, überstürzt an, es solle keine Liquidierung der aus Berlin nach Riga deportierten Juden stattfinden. Der Befehl traf in Riga zu spät ein, und ein erboster SS-Chef drohte Jeckeln mit Bestrafung wegen eigenmächtigen Handelns. Während der darauffolgenden Monate hörten die Massenhinrichtungen von Juden, die aus Deutschland deportiert worden waren, auf. Das war nur eine kurze Atempause.

Das «Unternehmen Taifun», die Wehrmachtsoffensive gegen Moskau, wurde am 2. Oktober eingeleitet; es war Deutschlands letzte Chance, vor Einbruch des Winters den Krieg im Osten zu gewinnen. Einige Tage lang schien der Sieg wieder zum Greifen nahe zu sein. Wie im Juli teilten sowohl das OKW als auch Fedor von Bock, der Befehlshaber der Heeresgruppe Mitte, der Hauptstreitmacht, die gegen die sowjetische Haupt-

stadt vorrückte, Hitlers euphorische Gemütsverfassung. Am 4. Oktober, als der Diktator nach Berlin zurückkehrte, um dort im Sportpalast eine grosse Rede zu halten, notierte Goebbels: «Der Führer ist der Überzeugung, dass, wenn das Wetter halbwegs günstig bleibt, die sowjetische Wehrmacht in vierzehn Tagen im Wesentlichen zertrümmert sein wird.»⁴

In ganz Europa verfolgten die Juden die militärischen Nachrichten wie ein ängstlicher Chor, zunächst in Verzweiflung, etwas später voller Hoffnung, dann, am Jahresende, mit Begeisterung. «Hitler soll eine Rede gehalten haben, in der er sagte, er habe eine gigantische Offensive im Osten eingeleitet», notierte Sierakowiak am 3. Oktober. «Ich bin gespannt, wie sie sich entwickelt. Nun ja, es scheint, auch diese wird, wie alle bisher, siegreich sein.»⁵ Und am 10. Oktober: «Die Deutschen sollen mit einer Drei-Millionen-Armee die Front durchbrochen haben und gegen Moskau vorrücken. Hitler hat höchstpersönlich die Führung an der Front übernommen. ... Die Deutschen sind tatsächlich unschlagbar. ... Wir verfaulen in diesem Ghetto wie nichts.»⁶ Einige Tage später wurde Kaplan zur Stimme der Verzweiflung: «Die Nazis rücken an der Ostfront weiter vor», schrieb er am 18. Oktober, «und stehen vor den Toren Moskaus. Die Stadt kämpft immer noch verzweifelt, aber ihr Schicksal ist besiegelt – sie wird mit Sicherheit von den Nazis eingenommen werden. ... Und wenn Moskau fällt, dann stehen alle Hauptstädte Europas unter Nazi-herrschaft. ... Ein Sieg der Nazis bedeutet für alle Juden Europas die völlige Vernichtung, moralisch und materiell.»⁷ Bei den Juden weiter im Westen waren die Meinungen möglicherweise stärker geteilt: «Die Ereignisse in Russland teilen die Juden in zwei Gruppen», schrieb Biélinky am 14. Oktober. «Es gibt diejenigen, die Russland für bereits besiegt halten und die auf eine grosszügige Geste von Seiten des Siegers hoffen. Die anderen bewahren sich einen starken Glauben an den russischen Widerstand.»⁸

Seltsamerweise setzte sich die Fehleinschätzung der militärischen Lage auf deutscher Seite bis Anfang November fort. Halder, der kühle Planer, fasste ein Vorrücken 200 Kilometer östlich von Moskau, die Eroberung Stalingrads und die Einnahme der Ölfelder von Maikop ins Auge; darunter ging es nicht. Tatsächlich war es Hitler, der die Phantasien seiner Generäle wieder auf den Boden der Tatsachen und auf das

bescheidenere Ziel der Einnahme Moskaus zurückholte. Am 1. November befahl er die Wiederaufnahme der Offensive gegen die sowjetische Hauptstadt. Bis dahin brachten jedoch sich verhärtender sowjetischer Widerstand, Mangel an Winterausrüstung, Frosttemperaturen und schiere Erschöpfung der Soldaten die Wehrmacht zum Stillstand. Ende November hatte die Rote Armee Rostow am Don wieder eingenommen, das die Deutschen einige Tage zuvor besetzt hatten; das war der erste grössere militärische Erfolg der Sowjets seit Beginn des Feldzugs. Am 1. Dezember war die deutsche Offensive definitiv zum Stillstand gekommen. Am 4. Dezember führten frische sowjetische Divisionen, die man aus dem Fernen Osten herangeführt hatte, vor Moskau einen Gegenangriff: Der erste deutsche Rückzug dieses Krieges begann.

Während die Wehrmacht an der Ostfront vor einer gefährvollen Situation stand, unternahmen die Vereinigten Staaten weitere Schritte in Richtung Krieg. Am 17. Oktober griff ein deutsches U-Boot den US-Zerstörer *Kearney* an und tötete elf Seeleute; wenige Tage später wurde ein amerikanisches Handelsschiff, die *Lehigh*, vor der afrikanischen Küste torpediert; am 31. Oktober schliesslich wurde der Zerstörer *Reuben James* versenkt, und über 100 amerikanische Seeleute kamen ums Leben. Mitten in diesem unerklärten Seekrieg (in dem die deutschen Unterseeboote die Nationalität der Schiffe anscheinend nicht rechtzeitig identifizierten), verkündete der amerikanische Präsident, er sei im Besitz von Dokumenten, aus denen Hitlers Absicht hervorgehe, alle Religionen abzuschaffen, und von Karten, die auf deutsche Pläne deuteten, Lateinamerika in fünf von den Nazis kontrollierte Staaten aufzuteilen. Roosevelts Behauptungen waren falsch, aber seine Absichten waren nur zu deutlich. Der Kongress blieb nicht gleichgültig, und die öffentliche Meinung ebenso wenig: Am 13. November wurde das Neutralitätsgesetz, das die Lieferung amerikanischer Hilfe an Grossbritannien und die Sowjetunion erheblich behinderte, aufgehoben.

Die besten Chancen für eine Vermeidung eines amerikanischen Kriegseintritts bot abgesehen von dem Druck, den Hitler durch die Deportationen der Juden Deutschlands möglicherweise auf die «jüdische Clique» um Roosevelt auszuüben hoffte, ein Erfolg der isolationisti-

schen Kampagne. Die Agitation gegen den Krieg führte in diesem Stadium das *America First Committee* mit seinem Starredner Charles A. Lindbergh, dem weltberühmten Atlantikflieger und unglücklichen Vater eines entführten und ermordeten Sohnes.

Am 11. September, nach der Rede Roosevelts, in der er von «aktiver Verteidigung» gesprochen hatte, hielt Lindbergh vor etwa 8'000 Bürgern von Iowa, die sich im Stadion von Des Moines drängten, seine bislang aggressivste Ansprache mit dem Titel «Wer sind die Kriegstreiber?». Lindbergh klagte die Regierung, die Briten und die Juden an. Hinsichtlich der Juden begann er damit, Mitleid und Verständnis für ihre Notlage und für die Gründe zu äussern, die sie für ihren Wunsch hatten, das Regime in Deutschland zu stürzen. «Aber andererseits kann auch kein Mensch mit Anstand und Weitblick», fuhr er fort, «ihre kriegstreiberische Politik hier und heute sehen, ohne die Gefahren zu erkennen, die eine solche Politik mit sich bringt – für uns und für sie.»⁹ Lindberghs zweiter Punkt schwächte die Wirkung des ersten in keiner Weise ab: «Die grösste Gefahr für dieses Land, die von ihnen ausgeht, liegt in ihrem grossen Besitz und ihrem Einfluss auf unser Kino, unsere Presse, unseren Rundfunk und unsere Regierung.» Der letzte Teil der Rede, der sich auf die Juden bezog, war implizit der provozierendste: «Ich greife weder das jüdische noch das britische Volk an», erklärte er. «Beide Völker bewundere ich. Aber ich meine, dass uns die Führer des britischen und jüdischen Volkes ... aus Gründen, die unamerikanisch sind, in den Krieg verwickeln wollen. ... Wir dürfen nicht zulassen, dass die natürlichen Leidenschaften und Vorurteile anderer Völker unser Land in den Untergang führen.»¹⁰

Die weitverbreitete Empörung, die Lindberghs Rede hervorrief, bereitete nicht nur seiner politischen Tätigkeit faktisch ein Ende, sie bewies auch, dass, obgleich es in Teilen der amerikanischen Gesellschaft starke antisemitische Leidenschaften gab, die grosse Mehrheit keinerlei Gerede von Ausschliessung zulassen wollte, auch wenn man es «vernünftig» formulierte. Goebbels entgingen weder die Rede noch die Reaktionen. Am 14. September schrieb er: «Man muss Lindbergh nur bewundern, dass er, ganz auf sich allein gestellt, es wagt, dieser Vereinigung von Geschäftemachern, Juden, Plutokraten und Kapitalisten entgegenzutreten.»¹¹

Am 7. Dezember griffen die Japaner Pearl Harbor an. Am 11. Dezember kam Hitler dem Unausweichlichen zuvor und erklärte den Vereinigten Staaten den Krieg.

Hitlers länger anhaltende rhetorische Zurückhaltung beim Thema Juden fand im Herbst 1941 ein abruptes Ende: Die Beherrschtheit der vorangegangenen Monate wich einer Explosion der übelsten antijüdischen Beschimpfungen und Drohungen. Diese scharfe Kehrtwende folgte unmittelbar auf die Entscheidung, die Juden Deutschlands zu deportieren; sie wurde durch einen «Tagesbefehl» eingeleitet, bei dem es sich um den bizarrsten der modernen Zeit gehandelt haben muss. Am Vorabend des «Unternehmens Taifun», am 2. Oktober, wandte sich Hitler an die Millionen von Soldaten, die bereitstanden, um die «letzte grosse Entscheidungsschlacht dieses Jahres» zu schlagen. Hitler liess keinen Zweifel an der wahren Identität des «zum grossen Teil nur aus Bestien» bestehenden Feindes, der beabsichtigt hatte, «nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa zu vernichten». Diejenigen, die das System aufrechterhielten, in dem der Bolschewismus nur das andere Gesicht des allgemeinsten Kapitalismus war, waren, so verkündete er, in beiden Fällen die gleichen: «Juden und nur Juden!»¹² Am nächsten Tag, in seiner Sportpalastrede anlässlich der Eröffnung der Winterhilfskampagne, bezeichnete Hitler die Juden als «den Weltfeind».¹³ Von da an ergossen sich seine Beschimpfungen gegen die Juden wie ein Sturzbach. Tag für Tag war blanke antisemitische Wut in privaten Gesprächen wie in öffentlichen Erklärungen zum zwanghaft verfolgten Thema des deutschen Führers geworden.

Am 12. Dezember, einen Tag nachdem Hitler vor dem Reichstag verkündet hatte, dass Deutschland den Vereinigten Staaten den Krieg erkläre, hielt er vor den Reichsleitern und Gauleitern eine Geheimrede, die Goebbels folgendermassen zusammenfasste: «Bezüglich der Judenfrage ist der Führer entschlossen, reinen Tisch zu machen. Er hat den Juden prophezeit, dass, wenn sie noch einmal einen Weltkrieg herbeiführen würden, sie dabei ihre Vernichtung erleben würden. Das ist keine Phrase gewesen. Der Weltkrieg ist da, die Vernichtung des Judentums muss die notwendige Folge sein.»¹⁴

Dann gab Hitler dem Reichsführer-SS, wie aus einer Eintragung in dessen Dienstkalender hervorgeht, bei einer Zusammenkunft am 18. Dezember die folgende Anweisung: «Judenfrage | als Partisanen auszuroten.»¹⁵ Die Einstufung der Juden als «Partisanen» bezog sich offenbar nicht auf die Juden auf sowjetischem Territorium, die jetzt schon seit sechs Monaten umgebracht wurden. Sie bezog sich auf den tödlichen Feind im Innern, auf den Feind, der in den Grenzen des eigenen Territoriums kämpfte, der durch Verschwörung und Verrat wie 1917/1918 dem Reich einen Dolchstoß in den Rücken versetzen konnte, nun da ein neuer Weltkrieg, der an allen Fronten geführt wurde, sämtliche Gefahren des vergangenen von Neuem heraufbeschwor. Man kann ausserdem den Ausdruck «Partisanen» mit der allgemeinsten Konnotation verknüpfen, die Hitler auf der Besprechung vom 16. Juli 1941 gebraucht hatte: sämtliche *potentiellen Feinde*, die sich in Deutschlands Reichweite befanden. Wie wir sahen, wurde er so verstanden, dass er nach Belieben irgendwelche Zivilisten und ganze Gemeinschaften einschloss. Somit war der Befehl klar: Vernichtung ohne jede Einschränkung, hier auf die Juden angewendet.

Noch vor der Abfahrt des ersten Transports aus dem Reich berief Heydrich am 10. Oktober in Prag eine Sitzung ein, an der die höchsten SS-Befehlshaber des Protektorats und Eichmann teilnahmen. 50'000 Deportierte, so erklärte der Chef des RSHA seinen Helfern, würden nach Ostland geschickt werden. Was die Juden des Protektorats anging, so plante Heydrich die Einrichtung zweier Durchgangslager, eines in Mähren und eines in Böhmen, von denen aus die Juden in Richtung Osten abfahren würden. Am 13. Oktober traf der Reichsführer mit Odilo Globocnik, dem HSSPF im Generalgouvernement, und Friedrich Wilhelm Krüger zusammen. Wahrscheinlich erteilte der SS-Chef bei diesem Treffen Globocnik den Befehl, mit dem Bau des Vernichtungslagers Belzec zu beginnen. Wir können nicht mit Gewissheit sagen, ob das Lager «nur» zur Vernichtung von Juden aus dem Distrikt Lublin eingerichtet wurde, um so für jüdische Deportierte aus dem Reich Platz zu machen, oder ob die Ermordung sämtlicher Juden des Distrikts auch mit Kolonisationsplänen in diesem Gebiet verknüpft war, als ein erster Schritt des zu Hitlers Lebens-

raumplanungen gehörenden, ständig überarbeiteten «Generalplans Ost», der darauf zielte, die Gebiete, die Deutschland in Osteuropa besetzt hatte, zu säubern. Möglicherweise sollte sie beiden Zwecken dienen.

Andererseits wissen wir mit Sicherheit, dass im Warthegau im Wesentlichen deshalb mit Vorbereitungen für den Massenmord begonnen wurde, weil man auf diese Weise den Zustrom von Deportierten aus dem Reich nach Lodz bewältigen wollte. Die für das Ostland geplanten Vernichtungsstätten waren aller Wahrscheinlichkeit nach ebenfalls Teil derselben kurzfristigen Projekte zur Ermordung der ortsansässigen Ghettobevölkerung. Mit Himmlers Einverständnis waren schon Anfang September einige Euthanasieexperten nach Lublin entsandt worden. Wenn Hitlers Befehl bezüglich der Deportation aus dem Reich dem Reichsführer Anfang September übermittelt worden war, dann bedeutete das Eintreffen von Euthanasieexperten um diese Zeit, dass die Eliminierung eines Teils der Ghettobevölkerung von Anfang an als die beste Lösung für das Problem der Überfüllung angesehen wurde. Weitere Indizien, die auf die anfangs «lokale» Funktion von Belzec und Chelmno hindeuten, sind unter anderem die technisch «beschränkte Kapazität» der Vergasungsanlagen von Belzec und der Brief, den Greiser im Mai 1942 an Himmler schrieb und aus dem hervorgeht, dass Chelmno dazu bestimmt war, einen Teil der jüdischen Bevölkerung des Warthegaus einschliesslich Lodz zu vernichten. Am 1. November begann der Bau von Belzec. Die Tötungsanlage in Chelmno war erheblich einfacher: Irgendwann im November lieferte das RSHA drei Gaswagen, und Anfang Dezember stand alles bereit für den ersten Schub von Opfern.

Einige Tage nach seinem Treffen mit Krüger und Globocnik verfügte Himmler «im Hinblick auf die bevorstehende Endlösung der Judenfrage» • die Beendigung aller jüdischen Auswanderung aus dem Reich. Überdies hatte Heydrich am Vorabend des Himmler-Befehls eine auf den ersten Blick verwirrende Massnahme ergriffen. Der Chef des RSHA lehnte ein Angebot der spanischen Regierung ab, 2'000 Juden spanischer Nationalität, die im Laufe der vorangegangenen Monate in Paris verhaftet worden waren, nach Marokko zu evakuieren. Heydrich vertrat die Auffassung, die Spanier würden nicht bereit und nicht in der Lage sein,

die Juden in Marokko zu bewachen, und ausserdem «wären diese Juden aber auch bei den nach Kriegsende zu ergreifenden Massnahmen zur grundsätzlichen Lösung der Judenfrage dem unmittelbaren Zugriff allzu sehr entzogen». ¹⁶ Heydrich verlangte, den Spaniern diese Erklärung zu übermitteln.

Während sich Heydrich mit den Spaniern befasste, wagte es Eberhard Wetzel, einer von Rosenbergs Helfern im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, am 25. Oktober, eigene Anweisungen zu erlassen: Aus seiner Sicht gab es keine Einwände dagegen, diejenigen Juden aus den Ostland-Ghettos, die arbeitsunfähig waren, ebenso wie Juden aus dem Reich, die derselben Kategorie angehörten, «mit den Brackschen Hilfsmitteln» [Gaswagen] zu beseitigen. ¹⁷ Dies wäre eine erste direkte Anspielung auf einen allgemeinen Vernichtungsplan gewesen, wenn da nicht die Tatsache wäre, dass weder Wetzel noch Rosenberg in dieser Angelegenheit ein Mitspracherecht hatten. Ausserdem sollte man daran denken, dass Rosenberg von einem allgemeinen Vernichtungsplan frühestens Mitte November (sofern ein derartiger Plan zu diesem Zeitpunkt existierte), sonst erst im Dezember informiert worden sein könnte. Zur Erhärtung der Behauptung, die endgültige Entscheidung Hitlers, die Juden Europas auszurotten, sei irgendwann Ende September oder Anfang Oktober gefällt worden, hat man eine Reihe anderer Dokumente angeführt, die überwiegend von geringerer prinzipieller Bedeutung sind; andere hingegen hat man als Beweise dafür herangezogen, dass die Entscheidung nach dem amerikanischen Kriegseintritt fiel.

Wie auch immer: Der Entschluss Hitlers wurde irgendwann im letzten Quartal des Jahres 1941 gefasst. Seine Rhetorik, die neuerlichen Deportationen und die Ausweitung der Tötungen wiesen alle in dieselbe Richtung: Angesichts der Realität eines neuen Weltkriegs war Hitler entschlossen, den einen Feind im Innern zu beseitigen, dem er die Verantwortung für Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg gab – die Juden.

Im Reich wurden Informationen über im Osten verübte Massaker in erster Linie durch Soldaten verbreitet, die über das, was sie miterlebt hatten, häufig ganz offen – und auch ganz zustimmend – in die Heimat

schrieben. «In Kiew», schrieb der Gefreite L. B. am 28. September, «ist eine Explosion nach der andern durch Minen. Die Stadt brennt schon acht Tage, alles machen die Juden. Darauf sind die von 14 bis 60 Jahre alten Juden erschossen worden, und es werden auch noch die Frauen der Juden erschossen, sonst wird nicht Schluss damit.»¹⁸ Am 2. November beschrieb der Soldat X. M. eine ehemalige Synagoge aus dem Jahre 1664, die bis zum Krieg in Gebrauch gewesen war. Jetzt standen von ihr nur noch die Mauern. «Zu seinem bisherigen Zweck wird [der Bau] nie mehr Verwendung finden», fügte X. M. hinzu. «Ich glaube, dass Juden hierzulande [in der Sowjetunion] auch bald kein Bethaus mehr brauchen werden. Warum, habe ich Dir doch bereits geschildert. Für diese gräßlichen Kreaturen ist's doch die einzig richtige Erlösung.»¹⁹

Die Informationen über die gigantischen Vernichtungen von Juden im Osten wurden natürlich nicht nur in Soldatenbriefen übermittelt. Schon im Juli 1941 reichten schweizerische diplomatische und konsularische Vertreter im Reich und in Satellitenländern detaillierte Berichte über diese massenhaften Greuel ein; ihre Informationen stammten allesamt aus deutschen oder verwandten Quellen. Höhere und selbst mittlere Beamte in verschiedenen deutschen Ministerien hatten Zugang zu den Mitteilungen der Einsatzgruppen und zu ihren Berechnungen der atemberaubenden Zahl von Juden, die sie ermordet hatten. Derartige Informationen wurden im Oktober 1941 in interner Korrespondenz des Auswärtigen Amtes erwähnt, und sie waren noch nicht einmal als «streng geheim» eingestuft.

In einem Brief an seine Frau Freya liess Helmuth von Moltke, ein aktives Mitglied des Widerstands gegen Hitler, erkennen, dass er genau wusste, was im Gange war: «Die Nachrichten aus dem Osten sind wieder schrecklich. Wir haben offenbar doch sehr, sehr grosse Verluste. Das wäre aber noch erträglich, wenn nicht Hekatomben von Leichen auf unseren Schultern lägen. Immer wieder hört man Nachrichten, dass von Transporten von Gefangenen oder Juden nur 20% ankommen. ... Was wird passieren, wenn das ganze Volk sich klar ist, dass dieser Krieg verloren ist, und zwar ganz anders verloren als der vorige? Dazu mit einer Blutschuld, die zu unseren Lebzeiten nicht gesühnt und nie vergessen

werden kann ...?»²⁰ Diese Zeilen wurden Ende August 1941 geschrieben. Einige Zeit später, im Oktober und November dieses Jahres, äusserte sich Moltke dann zu den Deportationen: «Seit Sonnabend», schrieb er am 21. Oktober an Freya, «werden die Berliner Juden zusammengetrieben. ... Dann geht es mit dem, was sie in der Hand tragen können, ab nach Litzmannstadt und Smolensk. Man will es uns ersparen zu sehen, dass man sie einfach in Hunger und Kälte verrecken lässt und tut das daher in Litzmannstadt und Smolensk.»²¹ Und am 13. November: «Ich kann mich an diese zwei Tage nur noch schlecht erinnern. Russische Gefangene, evakuierte Juden, evakuierte Juden, russische Gefangene. ... Das ist die Welt dieser 2 Tage gewesen. Gestern habe ich mich von einem früher berühmten jüdischen Anwalt verabschiedet, der das E. K. I & II, den Hohenzollernschen Hausorden, das goldene Verwundetenabzeichen hat und sich mit seiner Frau heute umbringen wird, weil er heute Abend geholt werden soll.»²²

Über die Morde in den besetzten sowjetischen Gebieten schrieb Ulrich von Hassell am 4. Oktober von der «Fortdauer widerwärtigster Grausamkeiten vor allem gegen Juden, die reihenweise ohne Scham niedergeknallt werden. ... Ein Oberstabsarzt hat berichtet, er habe russische Dum-Dum-Munitionen bei Judenexekutionen ausprobiert und dabei die und die Ergebnisse gehabt; er sei bereit, das fortzuführen und einen Bericht zu machen, der zur [antisowjetischen] Propaganda wegen dieser Munition verwendet werden könnte!»²³

Auch die deutsche Bevölkerung war über die Vorgänge in den Konzentrationslagern, selbst über die mörderischsten, recht gut informiert. So konnten beispielsweise Leute, die in der Gegend von Mauthausen lebten, beobachten, was sich im Lager abspielte. Am 27. September 1941 schickte Eleonore Gusenbauer einen Beschwerdebrief an das Polizeirevier Mauthausen: «Im Konzentrationslager Mauthausen werden auf der Arbeitsstätte im Wienergraben wiederholt Häftlinge erschossen, von denen die schlecht getroffenen noch längere Zeit leben und so neben den Toten Stunden und sogar Halbtage lang liegen bleiben. Mein Anwesen liegt auf einer Anhöhe nächst dem Wienergraben, und man ist oft ungewollt Zeuge von solchen Untaten. Ich bin ohnehin kränklich und solches Ansehen nimmt meine Nerven derart in Anspruch, dass ich dies nicht

auf die Dauer ertragen kann. Ich bitte um Veranlassung, dass solche unmenschliche Handlungen unterbleiben bzw. dort gemacht werden, wo man es nicht sieht.»²⁴

Über das Schicksal der aus dem Reich deportierten Juden sickerten schon von Anfang an einige Informationen durch. Die Mörder selbst hatten keine Hemmungen, ihre Taten zu schildern, selbst wenn es um Massenhinrichtungen bei der angeblich geheimen Operation 14f13 ging. Während der letzten Monate des Jahres 1941 hinterliess Dr. Friedrich Mennecke, einer der SS-Ärzte, die direkt an dieser Operation beteiligt waren, seiner Frau – und der Nachwelt – einige berüchtigte Briefe. Am 26. November berichtete er beispielsweise seiner «liebsten Mutti» aus Buchenwald: Die erste «Portion» von Opfern bestand aus «Ariern». «Als zweite Portion folgten nun insgesamt 1'200 Juden, die sämtlich nicht erst ‚untersucht‘ werden, sondern bei denen es genügt, die Verhaftungsgründe (oft sehr umfangreich!) aus der Akte zu nehmen u. auf die Bögen zu übertragen. Es ist also eine rein theoretische Arbeit.»²⁵ Einige Tage später wurden die Juden nach Bernburg transportiert und vergast.

Während der Herbstmonate des Jahres 1941, als die Deportationen aus dem Reich begannen und das Signal für die Vernichtung aller Juden Europas gegeben wurde, liess die «gewöhnliche» Verfolgung der Juden im Reich nicht nach. Ausserdem wurde die Gesetzgebung, die sich mit den praktischen Konsequenzen der Deportationen befasste, zum Abschluss gebracht, um vor allem eine reibungslose Übernahme von zurückgelassenem Eigentum und verbliebenen Vermögenswerten zu ermöglichen. Dabei standen auf der Tagesordnung drei Fragen obenan: der strafrechtliche Status von Polen und Juden, die rechtliche Situation jüdischer Arbeiter und schliesslich der Status von Juden, die immer noch deutsche Staatsangehörige waren, aber nicht mehr im Reich lebten.

Mitte Oktober 1941 war das erste Gesetz fertig: Fast jeder Verstoss, den ein Pole oder ein Jude begangen hatte, war mit dem Tode zu bestrafen. Das neue «Arbeitsgesetz» für Juden wurde am 4. November bekanntgegeben: Ein jüdischer Arbeiter hatte keinerlei Rechte und konnte von einem Tag auf den anderen entlassen werden. Abgesehen von einem minimalen Tagelohn konnte ein Jude keinen Anspruch auf irgendwelche

Sozialleistungen oder Entschädigungen erheben. Gleichwohl mussten jüdische Arbeiter fast die Hälfte ihrer mageren Bezüge für Einkommenssteuer und Sozialversicherungsbeiträge aufwenden. In der am 25. November 1941 erlassenen Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz wurde verfügt, dass deutsche Juden, die ihren Wohnsitz ausserhalb des Reiches hatten, ihre Staatsbürgerschaft verloren und dass ihr gesamtes Vermögen in das Eigentum des Staates überging («ausserhalb des Reiches» lagen natürlich einige der bedeutendsten Deportationsgebiete).

Die deutschen Kirchen konnten die neuen antijüdischen Massnahmen nicht mehr ignorieren, da es sich bei einigen der Opfer um konvertierte Juden handelte. Am 17. September, zwei Tage bevor das Tragen des Sterns für Juden im Reich und im Protektorat obligatorisch wurde, versandte Theodor Kardinal Innitzer aus Wien einen Hirtenbrief, in dem er Achtung und Liebe gegenüber den katholischen Juden empfahl; am darauffolgenden Tag wurde seine Botschaft zurückgezogen und durch einen kurzen Text ersetzt, aus dem jede Erwähnung von Liebe und Achtung verschwunden war und in dem es lediglich hiess, nichtarische Christen dürften am kirchlichen Leben wie bisher teilhaben. Ebenfalls am 17. September erliess der Breslauer Kardinal Bertram die Richtlinien für die Kirche im Reich. Er erinnerte die Bischöfe an den gleichen Status aller Katholiken, seien sie Arier oder Nichtarier, und forderte, diskriminierende Massnahmen bei Gottesdiensten «so lange als möglich zu vermeiden». Bei etwaigen Anfragen solcher (nichtarischen) Katholiken sollten die Priester empfehlen, «möglichst die Frühgottesdienste zu besuchen».²⁷ Wenn es zu Störungen kommen sollte, dann – und nur dann – sollte eine Verlautbarung verlesen werden, in der die Gläubigen daran erinnert wurden, dass die Kirche bei ihren Mitgliedern keine Unterschiede anerkannte, welcher Herkunft sie auch immer waren, aber ein getrennter Kirchenbesuch sollte ebenfalls in Erwägung gezogen werden. Einen Monat später schrieb Bertram jedoch an den Münchner Kardinal Faulhaber, die Kirche habe sich mit dringenderen Problemen zu befassen als mit der Frage der konvertierten Juden. Und die nichtkonvertierten Juden wurden nicht einmal erwähnt.

Bernhard Lichtenberg, Dompropst der St.-Hedwigs-Kathedrale in Berlin, war eine einsame Ausnahme. Von November 1938 an betete er

in jedem Abendgottesdienst laut für die Juden. Am 29. August 1941 denunzierten ihn zwei Mädchen aus der Gemeinde bei der Gestapo. Am 23. Oktober wurde er verhaftet, verhört und am 29. Mai 1942 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Er starb auf dem Weg nach Dachau am 5. November 1943.

Bei den Protestanten traten krasse Unterschiede zwischen den Bekenntnisgemeinden und den Deutschen Christen zutage. Einige Mitglieder der Bekennenden Kirche bewiesen regelrechten Mut. So versandte im September 1941 Katharina Staritz, eine Kirchenfunktionärin aus Breslau, einen Rundbrief zur Unterstützung der Sternträger, in dem sie ihre Gemeinde dazu aufforderte, ihnen gegenüber eine besonders entgegenkommende Haltung zu zeigen. Der SD berichtete über den Rundbrief; das *Schwarze Korps* kommentierte die Angelegenheit, und die Offiziellen der Kirche entliessen Staritz aus ihrer Stelle als «Stadtvikarin». Einige Monate später wurde sie für ein Jahr nach Ravensbrück abtransportiert. Nach ihrer Rückkehr durfte sie in der Kirche keine Aufgaben von irgendwelcher Bedeutung wahrnehmen und musste sich zweimal wöchentlich bei der Gestapo melden.

Die Deutschen Christen reagierten auf die neue Massnahme erwartungsgemäss mit Begeisterung. Wenige Wochen zuvor hatten sie ein Manifest veröffentlicht, in dem sie den antibolschewistischen Feldzug im Osten priesen; sie seien, so erklärten sie, gegen eine Form des Christentums, die sich mit dem Bolschewismus verbünde, die die Juden als das auserwählte Volk betrachte und die leugne, dass «unser Volk und unsere Rasse gottgegeben» seien. Die Einführung des Sterns eröffnete ihnen die Möglichkeit, Judenchristen von der Teilnahme an Gottesdiensten auszuschliessen und dafür zu sorgen, dass sie weder Kirchengebäude betreten noch auf christlichen Friedhöfen beerdigt wurden.²⁸

Ende 1941, als Einzelheiten über das Schicksal der Juden im Osten zurück ins Reich sickerten, erhielten hohe britische Beamte aus entschlossenen deutschen Meldungen ebenfalls Kenntnis von den Massenmorden auf sowjetischem Gebiet. Alle derartigen Informationen blieben jedoch streng geheim, um die kostbarste Trumpfkarte des Krieges zu schützen,

den Besitz einer deutschen «Enigma»-Dechiffriermaschine, die den Zugang zu einem grossen Teil des feindlichen Funkverkehrs ermöglichte.

Währenddessen machte sich die Führung der amerikanischen Judentheit wie auch die der jüdischen Gemeinschaft in Palästina über die Lage in Europa anscheinend nicht viele Gedanken, sowohl wegen unzulänglicher Informationen als auch deshalb, weil es dringlichere und näherliegende Herausforderungen gab. Für die amerikanischen Juden galt, dass ihre Verehrung für Roosevelt und ihre Furcht vor Antisemitismus ihnen zusätzliche Zurückhaltung auferlegte, wenn es um irgendwelche Interventionen ging, die dem «Chef» und den höheren Ebenen der Administration hätten missfallen können.

In vieler Hinsicht verwirrender war die Haltung der jüdischen Führung in Palästina. Im Februar 1941 kehrte David Ben-Gurion, der Führer der Mapai, der stärksten politischen Partei des Jischuw, und ihres obersten Exekutivorgans, der *Jewish Agency*, nach einem längeren Aufenthalt in Grossbritannien und in den Vereinigten Staaten nach Palästina zurück. Seine Kommentare bei einem Treffen mit seinen Mapai-Kollegen geben einen Hinweis darauf, wie seine Sicht der Ereignisse in Europa aussah und aussehen würde: «Niemand kann die Ungeheuerlichkeit der Vernichtung des jüdischen Volkes abschätzen. ... Was wir jetzt vor allem anderen und zu allererst tun müssen, für uns und für die Diaspora, eben die kleine Diaspora, die uns noch geblieben ist, ... ist es, zionistisches Engagement [zu schaffen].»²⁹ Mit anderen Worten, für Ben-Gurion gab es nur einen einzigen Weg der Hilfe für das europäische Judentum: die Erreichung der Ziele des Zionismus. Und zugleich würde es eine derartige Hilfe einem jüdischen Staat in Palästina schliesslich gestatten zu überleben. Ungeachtet der Ermahnungen Ben-Gurions wurden im Jischuw während des grössten Teils des Jahres 1941 keine konkreten Unterstützungs- oder Rettungspläne entwickelt. Die *Jewish Agency* befasste sich kaum mit der Lage in Europa, und allgemein war man der Meinung, man könne nicht viel tun, um die Leiden, die es gab, zu lindern.

Überall im Reich und im Protektorat wurden die örtlichen jüdischen Gemeindebüros rechtzeitig im Voraus vom Datum der Deportationen aus

ihrem Gebiet verständigt. Die örtliche Gestapo-Stelle erhielt vom Kreisbüro der Reichsvereinigung die Namenlisten und entschied, wer in den bevorstehenden Transport einbezogen werden sollte. Diejenigen, die zur Ausreise vorgesehen waren, bekamen eine fortlaufende Nummer und wurden von der Reichsvereinigung oder von der Gestapo über das Verfahren informiert. Dabei ging es um Vermögenswerte, Wohnungen, offene Rechnungen, um zugelassene Bargeldbeträge und das Höchstgewicht des Gepäcks, um die Menge des Reiseproviantes sowie um den Tag, an dem sie sich bereithalten mussten. Von da an war es ihnen verboten, ohne Genehmigung der Behörden ihre Wohnung – und sei es auch nur für kurze Zeit – zu verlassen. Am Abreisetag wurden diese Juden von der Schutzpolizei gesammelt und zu einem Wartegebiet geführt oder in Lastwagen dorthin gefahren; dort hielt man sie dann, manchmal mehrere Tage lang, fest, bis man sie zum Bahnhof führte oder fuhr, häufig am helllichten Tag und unter den Augen der Bevölkerung.

Einige Juden entgingen der Deportation. «Neunzehn Juden, die am 15. Oktober mit dem ersten Transport von Wien nach Lodz hätten mitfahren sollen, nahmen sich das Leben: die einen sprangen aus dem Fenster oder drehten den Gashahn auf, andere erhängten sich, nahmen Schlaftabletten, gingen ins Wasser oder brachten sich auf sonstige Weise um. Innerhalb von drei Wochen berichtete die Gestapo von 84 Selbstmorden und 87 Selbstmordversuchen in Wien.» Einer Statistik der Berliner Polizei zufolge nahmen sich in den letzten drei Monaten des Jahres 1941 (vom Beginn der Deportationen bis zum Jahresende) 243 Juden das Leben. Das Soll wurde natürlich mit anderen Juden aufgefüllt.

Am 23. September hatten die Deutschen Rumkowski davon in Kenntnis gesetzt, dass neue Deportationen ins Ghetto stattfinden würden. Die Statistik, die der «Älteste» zum Thema Überfüllung zusammengestellt hatte, war offenbar ohne jede Wirkung geblieben. Für die 143'000 Bewohner, die das Ghetto im Herbst 1941 hatte, bedeutete zunächst die Ankunft von Juden aus Wtoclawek und anderen Kleinstädten der Umgebung, dann das Eintreffen der 20'000 Juden aus dem Reich und dem Pro-

tektorat und schliesslich das Kommen von 5'000 Zigeunern einen plötzlichen Bevölkerungszuwachs von 20 Prozent. Aus der Perspektive der Neuankömmlinge hiess das, in freigemachten Schulgebäuden und Sälen aller Art zu übernachten, häufig auf dem Fussboden und ohne Heizung oder fliessendes Wasser; für die meisten waren die Toiletten einige Häuser weit entfernt. Für die Ghettobewohner bedeutete das grössere Überfüllung, weniger Lebensmittel und andere unangenehme Folgen, wie wir noch sehen werden. Spannungen zwischen den Neuankömmlingen und der Ghettobevölkerung waren unvermeidlich.

Sierakowiak machte sich seine eigenen Aufzeichnungen über die Ereignisse. «16. Oktober. Am Nachmittag ist der erste Transport Aussiedler aus Wien in Marysin eingetroffen. Sie brachten einen Waggon Brot mit und hatten phantastische Koffer bei sich. Blendend gekleidet. Manche haben ihre Söhne an der Front. Es sind Pastoren und Ärzte. Tausende. Täglich soll die gleiche Menge eintreffen, bis es zwanzigtausend sind. Sie werden uns wohl vollständig ausbooten.»³⁰ Am nächsten Tag erlebte Sierakowiak die Ankunft eines Transports aus Prag mit; wiederum registrierte er die Wagenladungen Brot, das Gepäck, die Kleidung: «Angeblich haben sie sich erkundigt, ob es leicht sei, eine Zweizimmerwohnung mit fliessend Wasser zu bekommen. Interessante Typen.»³¹ Am 19. Oktober wurden jedoch die ersten praktischen Konsequenzen des Zustroms der neuen Deportierten festgehalten: «Es treffen noch mehr Deutsche ein. Heute welche aus Luxemburg. In der Stadt wird es voll. Sie tragen nur einen Flicker mit der Aufschrift ‚Jude‘ auf der linken Brust. Angezogen sind sie blendend – man sieht, dass sie nicht in Polen gelebt haben. Sie kaufen in der Stadt auf, was sie kriegen können. Alles ist um das Doppelte teurer geworden. ... Obwohl sie erst ein paar Tage da sind, klagen sie schon über Hunger. Was sollen wir sagen, die wir schon über ein Jahr nicht satt zu essen haben. Offenbar gewöhnt man sich an alles.»³²

Bald vertiefte sich die wirtschaftliche Zerrüttung; wie die Chronik im November 1941 berichtete, verkauften «die Neuankömmlinge von der ersten Minute an ihre Habe ..., um von dem so erworbenen Bargeld alles aufzukaufen, was sich auf dem privaten Lebensmittelmarkt noch auftrei-

ben liess. Diese Praxis hatte zur Folge, dass mit der Zeit der Bedarf an Lebensmitteln gar nicht mehr gedeckt werden konnte, was wiederum eine horrende Hausse nach sich zog, deren Tempo nicht abzusehen war. Andererseits führte das Feilbieten von allerlei Dingen, die es im Getto seit längerer Zeit gar nicht mehr gegeben hatte, dazu, dass der Handel in Schwung kam und die Regale der wenigen Gettoläden sich nun mit Waren füllten, die es seit Langem nicht mehr zu sehen gab. Im Verlaufe des Monats November blieben die Ladentüren praktisch rund um die Uhr offen, denn die Neuankömmlinge, im hiesigen Jargon ‚Jecken‘ genannt, verkauften Kleider, Schuhwerk, Unterwäsche, Kosmetikartikel, Reisezubehör usw. Diese Tendenz sorgte vorübergehend dafür, dass die Preise der verschiedensten Waren zwar sanken, doch fingen die Neueinsiedler mit der auf dem Lebensmittelmarkt zunehmenden Hausse an, die Preise der angebotenen Waren im gleichen Masse zu erhöhen. In Anbetracht dessen und im Hinblick auf das Wohl der bisherigen Gettobewohner führte die Duldung eines solchen Privathandels zu eher unerwünschten Komplikationen und Schwierigkeiten, und – was am schlimmsten war – die Neuankömmlinge verursachten in kurzer Zeit eine Abwertung des umlaufenden Geldes. Davon waren besonders schmerzlich die arbeitenden Massen betroffen, der wichtigste Teil der Gettogesellschaft, der lediglich über das von der Kassa des Judenältesten ausgezahlte Geld verfügte.»³³

Während in Lodz Transporte von Deportierten aus dem Reich und dem Protektorat eintrafen, begannen die Deutschen damit, einen Teil der Ghettobewohner zu ermorden. Vom 6. Dezember an waren die Gaswagen in Chelмно einsatzbereit, und am 16. Dezember befahl man Rumkowski, 20'000 von «seinen» (den einheimischen) Juden für einen «Arbeitseinsatz ausserhalb des Ghettos» bereitzustellen. Die Zahl wurde schliesslich auf 10'000 reduziert. Anfang Januar 1942 registrierte die Chronik den plötzlichen Abbruch sämtlicher Postverbindungen zwischen dem Ghetto und der Aussenwelt. Auf den ersten Blick konnten sich die Chronisten keinen Reim auf diesen Befehl machen: «Im Zusammenhang mit der Einstellung des Postverkehrs entstanden verschiedene Gerüchte, wobei das Interesse in erster Linie dem Umstand gilt, ob die Anordnung allein einen lokalen Charakter hat oder auf die allgemeine

Situation im Lande zurückzuführen ist. Darüber hinaus wurde über die Ursachen dieser neuesten Restriktion spekuliert.»³⁴ Offensichtlich konnten die Chronisten nicht schreiben, dass diese Mutmassungen auf die bevorstehenden Deportationen hindeuteten. Da sich weiter Gerüchte verbreiteten, entschloss sich Rumkowski, das Problem am 3. Januar 1942 bei einer Rede im Haus der Kultur anzusprechen: «Die heute kolportierten Nachrichten sind zu hundert Prozent falsch. ... Die Behörden sind voller Bewunderung für die im Getto geleistete Arbeit, und dank dieser Leistung haben sie Vertrauen zu mir. Ein Ausdruck dieses Vertrauens ist das Einverständnis der Behörde, meinen Antrag auf Reduzierung der Zahl der zu Deportierenden von 20'000 auf 10'000 zu genehmigen. ... Den Menschen, die guten Willens sind, wird nichts Böses widerfahren.»³⁵

Im Februar und im März wurden die Deportationen fortgesetzt: Bis zum 2. April waren weitere 34'073 Ghettojuden deportiert und ermordet worden. Oskar Rosenfeld, ein Schriftsteller und Journalist, den man Anfang 1941 aus Prag nach Lodz deportiert hatte, schrieb: «Niemand war mehr vor der Deportation sicher, der täglich mindestens 800 Menschen stellig gemacht werden mussten. Einzelne glaubten sich retten zu können: völlig sieche Greise und Menschen mit abgefrorenen Gliedmassen – es half nichts. Die Chirurgen im Spital hatten viel zu tun. Sie amputierten den armen ‚Patienten‘ Hände und Füsse und entliessen sie als Krüppel. Auch die Krüppel wurden mitgenommen. Am 7. März erfroren neun Menschen am Bahnhof selbst, wo sie neun Stunden auf die Abfahrt des Zuges warten mussten.»³⁶

Die Tötungskapazität von Chelmno lag bei 1'000 Menschen pro Tag. Die ersten Opfer waren die Juden aus Dörfern und Kleinstädten im Gebiet von Lodz. Dann, bevor die Deportation der Juden aus dem Ghetto von Lodz begann, waren die Zigeuner an der Reihe, die in einem besonderen Bezirk des Ghettos, dem Zigeunerlager, untergebracht waren. Etwa 4'400 Zigeuner wurden in Chelmno ermordet, aber es gab nur wenige Zeugen.

Wie schon erwähnt, hatte die überwiegende Mehrheit der Bewohner des Ghettos von Lodz keine Ahnung von Chelmno, auch wenn auf unterschiedlichen Wegen im Laufe der Wochen und Monate Informationen

zu ihnen gelangten. Seltsamerweise kamen einige Nachrichten sogar per Post. So sandte etwa fünf Wochen nach Beginn der Vernichtungsaktionen der Rabbiner von Grabow an seinen Schwager in Lodz einen Brief, der auf einem Augenzeugenbericht beruhte: «Auf Deine Briefe habe ich noch nicht geantwortet, weil ich über alle diese Dinge, von denen die Leute reden, nichts Genaues wusste. Verhängnisvoll ist unsere grosse Tragödie – jetzt wissen wir alles. Ein Augenzeuge, der rein zufällig überlebte und es fertigbrachte, der Hölle zu entkommen, hat mich besucht. ... Alles weiss ich von ihm. Der Ort, wo alle zugrunde gehen, heisst Chelmno. ... Die Menschen werden auf zweierlei Art umgebracht: von Erschiessungskommandos oder mit Giftgas. So geschah es in den Orten Dabie, Izbica Kujawska, Klodawa und anderen. Kürzlich sind Tausende von Zigeunern aus dem sogenannten Zigeunerlager von Lodz dorthin gebracht worden, und in den vergangenen Tagen sind Juden aus Lodz dorthin gebracht worden, und das gleiche wird ihnen angetan. Denke nicht, dass ich verrückt bin. Wehe, es ist die tragische, grausame Wahrheit. ... O Schöpfer der Welt, hilf uns! Jakob Schulman.»³⁷

Der Augenzeuge war wahrscheinlich der Mann, den man den «Totengräber von Chelmno» nannte, Jakow Grojanowski aus Izbica Kujawska, ein Angehöriger des jüdischen Kommandos, das die Gruben aushob, in die die Leichen im Wald geworfen wurden. Die Geschichte des Totengräbers erreichte Ringelblum in Warschau. Er erzählte von Menschen, die sich im Schloss auszogen, um geduscht und desinfiziert zu werden, die man dann in die Wagen trieb und mit dem Auspuffgas erstickte, das während der Fahrt zum etwa 16 Kilometer entfernten Wald ins Wagennere geleitet wurde. «Viele von den Menschen, mit denen sie [die Totengräber] zu tun hatten, waren im Lastwagen erstickt. Es gab aber ein paar Ausnahmen, darunter Säuglinge, die noch lebten; das kam daher, dass Mütter die Kinder in Decken hielten und sie mit den Händen abdeckten, so dass das Gas nicht an sie herankam. In diesen Fällen zerschmetterten die Deutschen den Säuglingen an einem Baum den Schädel und töteten sie auf der Stelle.»³⁸ Grojanowski gelang die Flucht, und er verbarg sich in kleinen Gemeinden, bis er Anfang Januar 1942 Warschau erreichte.

Im Ostland war, wie wir sahen, im Oktober und November 1941 eine Massentötung auf die andere gefolgt, wodurch Platz für die Deportierten aus dem Reich geschaffen werden sollte. In Kowno richteten sich Anfang Oktober einige sporadische «Aktionen» gegen das Krankenhaus und das Waisenhaus, welche die Deutschen samt ihren Insassen niederbrannten. Dann, am 25. Oktober, erhielt der Rat von SS-Sturmscharführer Helmut Rauca, dem Mann, der bei der Gestapo in Kowno das Judenreferat leitete, die Nachricht, dass sich alle Bewohner, d.h. alle 27'000, am 28. Oktober um 6 Uhr morgens auf dem Demokrata-Platz zu versammeln hätten, um eine Neuzuteilung von Lebensmittelrationen zu ermöglichen, wobei diejenigen, die für die Deutschen arbeiteten, in die eine Kategorie fielen und die Nichtarbeitenden in die andere; die Nichtarbeitenden würden in das «kleine Ghetto» verlegt werden. Dem Rat wurde befohlen, den Bewohnern den allgemeinen Anwesenheitsappell zu verkünden.

Am Morgen des 28. versammelte sich die gesamte Bevölkerung auf dem Platz. Jeder erwachsene Jude, der keine Arbeitserlaubnis besaß, trug irgendein Dokument bei sich, ein «Schulzeugnis», eine «Empfehlung von der litauischen Armee» und dergleichen – vielleicht konnte das nützlich sein. Auf dem Platz war Rauca für die Selektion zuständig: die gute Seite war die linke. Diejenigen, die man nach rechts schickte, wurden gezählt und zu einem Sammelpunkt im kleinen Ghetto getrieben. Von Zeit zu Zeit informierte man Rauca über die Zahl der Juden, die nach rechts geschickt worden waren. Nach Einbruch der Dunkelheit war das Soll von 10'000 Menschen erreicht. Die Selektion war vorüber; 17'000 Juden kehrten nach Hause zurück. Während des gesamten Tages hatte sich Elkes auf dem Platz aufgehalten; in einigen seltenen Fällen konnte er an Rauca appellieren und die Änderung einer Entscheidung erwirken. Als er an diesem Abend heimkehrte, belagerte ihn eine Menschenmenge, und jeder Jude flehte ihn an, irgendjemanden zu retten. Am darauffolgenden Tag, als die erste Kolonne von Juden den Treck aus dem kleinen Ghetto nach Fort IX begann, versuchte Elkes mit einer Namenliste in der Hand noch einmal zu intervenieren. Rauca gestand ihm 100 Menschen zu. Als aber Elkes versuchte, diese 100 Menschen aus den

Kolonnen herauszuholen, wurde er von einem der litauischen Wachmänner geschlagen und brach zusammen. Es vergingen Tage, bis Elkes' Wunden heilten und er wieder auf eigenen Füßen stehen konnte. In der Zwischenzeit, vom Morgengrauen des 29. bis zum Mittag, marschierten die 10'000 Juden aus dem kleinen Ghetto nach Fort IX, wo man sie, eine Gruppe nach der anderen, erschoss. Schon Tage zuvor waren hinter dem Fort Gruben ausgehoben worden: Sie waren jedoch nicht für die litauischen Juden bestimmt, sondern, wie wir sahen, für die Juden aus dem Reich und dem Protektorat, die im November eintrafen und die verschwanden, ohne je das Ghetto zu erreichen.

In einer ausführlicher als sonst gehaltenen Schilderung mehrerer Wochen im Leben des Ghettos von Wilna, die wahrscheinlich irgendwann im Dezember 1941 geschrieben ist, notierte Rudaszewski: «Ich habe das Gefühl, wir sind wie Schafe. Wir werden zu Tausenden abgeschlachtet, und wir sind hilflos. Der Feind ist stark und verschlagen, er vernichtet uns nach einem Plan, und wir sind verzagt.»³⁹ Für den 14jährigen Tagebuchschreiber gab es wenig, was die Ghattobewohner anderes tun konnten, als auf eine rasche Befreiung von aussen zu hoffen.

Andere Wilnaer Juden zogen aus den Ereignissen ebenfalls Schlüsse, die aber nicht so hoffnungsvoll ausfielen. In den Augen einiger Mitglieder der zionistischen Jugendorganisationen liess die systematische Art und Weise, in der die Deutschen die Morde durchführten, auf die Existenz eines Vernichtungsprojekts schliessen, das sich schliesslich auf sämtliche Juden des Kontinents erstrecken würde. Einer der ersten, die die Bedeutung der Massaker von Wilna begriffen, war der 23 Jahre alte Dichter Abba Kovner, Mitglied von *Haschomer Hazair*, der sich in einem Kloster in der Nähe der Stadt versteckt hielt. Er fand die Worte und die Argumente, die eine wachsende Zahl seiner Kameraden aus der Jugendbewegung überzeugten. Und wenn seine Interpretation zutraf, wenn früher oder später der Tod unvermeidlich war, dann war nur noch eine Schlussfolgerung möglich: Die Juden mussten «mit Würde sterben»; der einzige Weg war der bewaffnete Widerstand.

Kovner wurde aufgefordert, eine Proklamation zu schreiben, die auf einer Versammlung von Mitgliedern sämtlicher Jugendorganisationen im Ghetto verlesen werden sollte. Das Treffen, das am 31. Dezember

1941 als Neujahrsfeier getarnt stattfand, führte etwa 150 junge Männer und Frauen in der «Öffentlichen Küche der Pioniere» in der Straszun-Strasse zusammen. Dort verlas Kovner das Manifest, das der erste Aufruf zum jüdischen bewaffneten Widerstand werden sollte. «Jüdische Jugend», erklärte Kovner, «glaube nicht denen, die dich zu täuschen versuchen. ... Von denjenigen, die man durch die Tore des Ghettos geführt hat, ist nicht ein einziger wiedergekehrt. ... Hitler plant, alle Juden Europas zu vernichten, und die Juden Litauens sind als die ersten der Reihe ausgesucht worden. Wir wollen uns nicht wie Schafe zur Schlachtbank führen lassen. Gewiss sind wir schwach und wehrlos, aber die einzige Antwort an den Mörder ist die Revolte! Brüder! Es ist besser, wie freie Männer im Kampf umzukommen, als dem Mörder auf Gedeih und Verderb ausgeliefert zu leben. Erhebt euch! Erhebt euch mit eurem letzten Atemzug!»⁴⁰

Binnen Kurzem führte Kovners Appell zur Gründung der ersten jüdischen Widerstandsorganisation im besetzten Europa, der Vereinigten Partisanenorganisation (FPO). Sie vereinte junge Juden aus den unterschiedlichsten politischen Lagern, von den Kommunisten bis hin zu den rechtsgerichteten Zionisten des Betar. Gerade in Wilna schien sich jedoch die Lage erneut zu ändern: Eine relative Stabilität, die mehr als zwei Jahre lang anhalten sollte, senkte sich über die verbleibenden 24'000 Juden des Ghettos – von denen die meisten für die Deutschen arbeiteten – und über ihre engsten Familienangehörigen.

Als man in Warschau von den Massakern erfuhr, die sich im Sommer und Herbst 1941 in Wilna zugetragen hatten, deutete man sie im Allgemeinen als deutsche Vergeltung für die Unterstützung, welche die Juden Litauens den sowjetischen Besatzern geleistet hatten. Nur eine Minderheit innerhalb der Jugendorganisationen kam zu einer anderen Einschätzung. Jizhak «Antek» Zuckerman, der Leiter der zionistischen Jugendorganisation Dror Hechaluz im Ghetto, erklärte den Wandel der Wahrnehmung, der sich in seiner Gruppe abzeichnete: «Meine Genossen [von Dror] und die Mitglieder von Haschomer Hazair hatten die Geschichte von Wilna [über die Massaker an den Juden in Ponar] bereits gehört. Wir überbrachten die Informationen der Führung der Bewegung, den politi-

schen Aktivisten in Warschau. Die Reaktionen waren unterschiedlich. Die jungen Leute nahmen nicht nur die Informationen auf, sondern sie akzeptierten auch die Deutung, dass dies der Anfang vom Ende sei. Ein totales Todesurteil für die Juden. Wir akzeptierten nicht die Interpretation, ... das sei alles wegen des Kommunismus geschehen. ... Warum lehnte ich sie ab? Ich tat das deshalb, weil es, wenn es die deutsche Rache an den jüdischen Kommunisten gewesen wäre, unmittelbar nach der Besetzung stattgefunden hätte. Dies aber waren geplante und organisierte Akte, nicht unmittelbar nach der Besetzung, sondern im Voraus geplante Aktionen.»⁴¹

Als das Schicksalsjahr 1941 auf seinen letzten Tag zuging und sich das Blatt des Krieges zu wenden schien, unterschied sich die Stimmung einer grossen Mehrheit der europäischen Juden merklich von derjenigen der winzigen Minderheit von Widerstandswilligen. In Bukarest hatte Sebastian seine schlimmsten Befürchtungen überwunden: «Die Russen sind an der Ostküste der Krim gelandet...», notierte er am 31. Dezember, «Trage in meinem Herzen die 364 furchtbaren Tage dieses schrecklichen Jahres, das heute Nacht zu Ende geht. Immerhin, wir sind am Leben. Wir können noch warten. Noch ist Zeit, noch haben wir Zeit.»⁴² Klemperer war diesmal sogar noch überschwenglicher als Sebastian. Auf einer kleinen Silvesterfeier bei den Kreidls, den Nachbarn, die eine Treppe tiefer wohnten, hielt er eine Rede: «Dass es unser grausigstes Jahr war, grausig durch eigenes reales Erleben, grausiger durch ständige Bedrohtheit, am grausigsten durch das, was wir andere leiden sahen (Evakuierungen, Morde), dass es aber am Schluss die Zuversicht brachte. Ich gab als adhortatio: Die letzten schweren fünf Minuten die Nase hoch!»⁴³

DRITTER TEIL

SHOAH

Januar 1942 – Mai 1945

«Der Versuch, mein Leben zu retten, ist hoffnungslos. ... Aber das ist nicht wichtig. Denn ich kann meinen Bericht zu Ende bringen. Ich vertraue darauf, dass er das Licht des Tages sehen wird, wenn die Zeit gekommen ist. ... Und die Menschen werden wissen, was geschehen ist.... Und sie werden fragen, ist das die Wahrheit? Ich antworte ihnen schon jetzt: Nein, das ist nicht die Wahrheit. Es ist nur ein kleiner Teil, ein winziger Splitter der Wahrheit. ... Selbst die mächtigste Feder könnte nicht die ganze, die wirkliche, die wesentliche *Wahrheit* in Worte fassen.»

Stefan Ernest, «Das Warschauer Ghetto»,

geschrieben 1943 im Untergrund
auf der «arischen» Seite von Warschau

11.

Totale Vernichtung

Januar 1942 – Juni 1942

Am 15. Dezember 1941 wurde die *SS Struma* mit 769 jüdischen Flüchtlingen aus Rumänien an Bord in den Hafen von Istanbul geschleppt und unter Quarantäne gestellt. Das Schiff, ein klappriger Schoner aus den 1830er Jahren, den man im Laufe der Jahrzehnte umgebaut und mit einer kleinen Maschine ausgerüstet hatte, mit der er kaum die Donau befahren konnte, hatte eine Woche zuvor Constanta verlassen und irgendwie den Weg in türkische Gewässer gefunden. Fünf Tage später vermittelte der britische Botschafter in Ankara, Sir Hughe Knatchbull-Hugessen, einem Beamten des türkischen Aussenministeriums einen falschen Eindruck von der politischen Linie seines Landes: «Die Regierung Seiner Majestät wollte diese Leute nicht in Palästina haben», erklärte der Botschafter, «sie haben keine Genehmigung für die Fahrt dorthin, aber ... vom humanitären Standpunkt aus betrachtet gefiel mir sein [des türkischen Beamten] Vorschlag nicht, das Schiff ins Schwarze Meer zurückzuschicken. Wenn die türkische Regierung das Schiff behindern muss, weil sie die in einer Notlage befindlichen Juden nicht in der Türkei behalten kann, dann sollte man es eher in Richtung Dardanellen [auf dem Weg ins Mittelmeer] auslaufen lassen. Es könnte sein, dass sie, wenn sie Palästina erreichten, ungeachtet ihrer Illegalität human behandelt würden.»¹

In offiziellen Kreisen Londons rief die Erklärung des Botschafters Empörung hervor. Die schärfste Zurechtweisung kam von Kolonialminister Lord Moyne, der in einem Brief vom 24. Dezember an den Staats-

sekretär im Aussenministerium, Richard Law, Folgendes schrieb: «Die Landung von 700 weiteren Immigranten [in Palästina] wird nicht nur zu einer entsetzlichen Zunahme der Schwierigkeiten des Hohen Kommissars führen, ... sondern sie wird auch auf dem gesamten Balkan beklagenswerte Auswirkungen haben, insofern sie weitere Juden dazu ermutigt, sich auf ein Unternehmen einzulassen, das jetzt vom Botschafter Seiner Majestät gutgeheissen worden ist. ... Mir fällt es schwer, mit Mässigung über diesen Vorgang zu schreiben, der in glattem Widerspruch zur erklärten politischen Linie der Regierung steht, und ich wäre sehr froh, wenn Sie vielleicht auch jetzt noch etwas unternehmen könnten, um die Situation zu retten und darauf zu dringen, dass man die türkischen Behörden auffordern sollte, das Schiff ins Schwarze Meer zurückzuschicken, wie sie es ursprünglich vorgeschlagen hatten.»²

Während die Wochen vergingen, entschieden die Briten, den 70 Kindern, die sich ah Bord befanden, Visa für die Einreise nach Palästina zu gewähren. Die Türken blieben jedoch eisern: Keinem der Flüchtlinge würde gestattet werden, an Land zu gehen. Am 23. Februar schleppten sie das Schiff wieder ins Schwarze Meer. Kurz darauf wurde es von einem Torpedo getroffen, der fast mit Sicherheit irrtümlich von einem sowjetischen Unterseeboot abgefeuert worden war: Die *Struma* sank mit allen ihren Passagieren. Es gab nur einen einzigen Überlebenden.

«In einer Meldung der Rador-Agentur von gestern Abend», notierte Sebastian am 26. Februar, «hiess es, die *Struma* sei mit allen Passagieren an Bord im Schwarzen Meer gesunken. Heute Morgen wurde die Meldung korrigiert: Die meisten, wenn nicht sogar alle an Bord seien gerettet worden und befänden sich nun auf dem Festland. Bis zu dieser zweiten Meldung ging ich durch mehrere Stunden der Depression. Unser ganzes Schicksal ist in diesem Schiffbruch enthalten.»³

Am 19. Dezember 1941 entliess Hitler Walther von Brauchitsch und übernahm persönlich den Oberbefehl über das Heer. In den darauffolgenden Wochen stabilisierte er die Ostfront. Ungeachtet der schwer erkämpften Atempause und seiner eigenen rhetorischen Posen wusste Hit-

ler aber wahrscheinlich, dass 1942 das Jahr der «letzten Chance» sein würde. Nur ein Durchbruch im Osten konnte das Blatt zugunsten Deutschlands wenden.

Am 8. Mai 1942 begann die erste Phase der deutschen Offensive im südlichen Abschnitt der russischen Front. Nachdem die deutschen Truppen in der Nähe von Charkow einer sowjetischen Gegenoffensive widerstanden hatten, rollten sie weiter. Erneut erreichte die Wehrmacht das Donez-Becken. Weiter südlich eroberten die Deutschen die Krim zurück, und Mitte Juli war Sewastopol eingekesselt. Am 28. Juni begann der deutsche Grossangriff («Fall Blau»). Woronesch wurde eingenommen, und während der grösste Teil der deutschen Truppen nach Süden zu den Ölfeldern und zum Vorgebirge des Kaukasus vorsties, zog die 6. Armee von General Friedrich Paulus den Don entlang in Richtung Stalingrad. In Nordafrika fielen Bir Hakeim und Tobruk General Erwin Rommel in die Hände, und das von ihm befehligte Afrika-Korps überschritt die ägyptische Grenze: Alexandria war bedroht. An allen Fronten – und im Atlantik – häuften die Deutschen Erfolg auf Erfolg; Gleiches taten ihre japanischen Verbündeten im Pazifik und in Südostasien.

Währenddessen setzte der NS-Führer seine antijüdischen Appelle unablässig fort, wobei er in groben Zügen Andeutungen über die Vernichtung machte, die im Gange war, und endlos die Argumente wiederholte, die sie in seinen Augen rechtfertigten. Am 30. Januar 1942 wiederholte Hitler bei der rituellen Jahresansprache vor dem Reichstag, die er diesmal im Berliner Sportpalast hielt, mit gewalttätigen Nachdruck seine tödlichen Drohungen: «Zum erstenmal wird diesmal das echt altjüdische Gesetz angewendet: ‚Aug’ um ‚Äug’, Zahn um Zahn!‘» Danach ergriff ihn messianische Inbrunst: «Je weiter sich diese Kämpfe ausweiten, umso mehr wird sich – das mag sich das Weltjudentum gesagt sein lassen – der Antisemitismus verbreiten. Er wird Nahrung finden in jedem Gefangenenlager, in jeder Familie, die aufgeklärt wird, warum sie letzten Endes ihr Opfer zu bringen hat. Und es wird die Stunde kommen, da der *böseste Weltfeind aller Zeiten* wenigstens auf *ein Jahrtausend seine Rolle* ausgespielt haben wird.»⁴ Die millenarische Vision einer schliesslichen Erlösung krönte die Litanei des Hasses.

In Warschau verstand Kaplan die Hauptstossrichtung der Rede Hitlers ebenfalls: «Vorgestern», notierte er am 2. Februar, «lasen wir die Rede, die der Führer im Gedenken an den 30. Januar 1933 gehalten hat und in der er sich damit brüstete, dass sich seine Prophezeiung jetzt zu bewahrheiten beginne. ... Uns dient die Rede als Beweis dafür, dass die Erzählungen, die wir für Gerüchte hielten, in Wirklichkeit Berichte von tatsächlichen Geschehnissen sind. Der Judenrat und das Joint verfügen über Dokumente, welche die Neuausrichtung der Nazipolitik gegenüber den Juden in den besetzten Gebieten bestätigen: Tod durch Ausrottung ganzer jüdischer Gemeinden.»⁵

Immer wieder verkündete der NS-Führer in den ersten Monaten des Jahres 1942, dass die Ausrottung der Juden bevorstehe. Das Crescendo antijüdischer Schmähungen und Drohungen, das Hitler unaufhörlich von sich gab, fand sogleich seinen Niederschlag in der deutschen Presse: «Das richtige Begreifen des Judentums muss seine völlige Vernichtung fordern», verkündete die Zeitschrift *Volk und Rasse* im Mai 1942.⁶ Im *Angriff* des folgenden Monats versuchten sich Robert Leys Drohungen mit den Prophezeiungen seines Meisters zu messen; den 300'000 Lesern dieser Wochenzeitschrift verkündete der Arbeitsminister, der Krieg werde mit der «Vernichtung der jüdischen Rasse» enden.⁷ Die Zunahme von Judenhass erklärt wahrscheinlich, weshalb der *Völkische Beobachter* am 30. April 1942 ohne Skrupel einen nur notdürftig als Gerücht verhüllten Artikel über Aktionen des SD im Osten bringen konnte: «So werde in der Bevölkerung kolportiert, dass der Sicherheitspolizei die Aufgabe gestellt sei, das Judentum in den besetzten Gebieten auszurotten. Zu Tausenden würden die Juden zusammengetrieben und erschossen, während sie erst zuvor ihre Gräber gegraben hätten. Die Erschiessungen der Juden nähmen zeitweise einen Umfang an, dass selbst die Angehörigen der Erschiessungskommandos Nervenzusammenbrüche bekämen.»⁸

Die ursprünglich für den 9. Dezember 1941 geplante hochrangig besetzte Sitzung, die Heydrich nach Berlin ins Gästehaus der Sicherheitspolizei, Am Grossen Wannsee 56-58, einberufen hatte, begann am Morgen des 20. Januar 1942. Versammelt waren 14 Personen: mehrere Staatssekretäre

und andere hohe Beamte sowie einige SS-Offiziere, unter ihnen Adolf Eichmann, der (im Namen Heydrichs) die Einladungen verschickt hatte und das Protokoll der Sitzung führte. Heydrich eröffnete die Sitzung damit, dass er die Teilnehmer an die Aufgabe, die Göring ihm im Juli 1941 übertragen hatte, und an die oberste Autorität des Reichsführers-SS in dieser Angelegenheit erinnerte. Dann gab der RSHA-Chef einen kurzen historischen Überblick über die bereits ergriffenen Massnahmen, die dazu dienen sollten, die Juden des Reichs abzusondern und sie zur Auswanderung zu zwingen. Nachdem die weitere Auswanderung im Oktober 1941 verboten worden war, hatte der Führer eine andere Lösung genehmigt: die Evakuierung der Juden Europas nach dem Osten. Dabei würde es um rund 11 Millionen Menschen gehen, und diese jüdische Bevölkerung führte Heydrich Land für Land auf, einschliesslich sämtlicher Juden, die in feindlichen und neutralen Ländern Europas (Grossbritannien, Sowjetunion, Spanien, Portugal, Schweiz und Schweden) lebten. Ein kleiner Teil der abgeschobenen Juden würde zu schwerer Zwangsarbeit eingesetzt werden, was ihre Zahl natürlich erheblich reduzieren würde; der Restbestand würde, «da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen». Um diese Operation in die Tat umzusetzen, würde Europa von Westen nach Osten durchkämmt, wobei das Reich «allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstigen sozialpolitischen Notwendigkeiten» Priorität hätte. Juden im Alter von über 65 Jahren, Kriegsinvaliden oder Juden, die mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden waren, würden in das neugegründete «Altersghetto» Theresienstadt evakuiert werden. Der Beginn grösserer Evakuierungen würde stark von der Entwicklung der militärischen Lage abhängen.

Die Aussage zur «militärischen Lage» war eigenartig und muss in Verbindung mit der Formel «Evakuierung in den Osten» verstanden werden, die von da an verwendet wurde, wenn von Vernichtung die Rede sein sollte. Um an der sprachlichen Fiktion festzuhalten, war ein allgemeiner Kommentar zum Krieg erforderlich, da ja Deportationen «in den Osten» im Januar 1942 nicht möglich waren. Die länderweise Aufzäh-

lung der Juden, die man im Zuge der «Endlösung» ins Visier nehmen würde, sollte deutlich machen, dass jeder Jude in Europa, wo immer er leben mochte, schliesslich eingefangen werden würde. Keiner würde enttrinnen, keinen würde man am Leben lassen. Darüber hinaus standen alle Juden überall, selbst in Ländern oder Gebieten, die noch nicht in Reichweite der Deutschen lagen, unter der Autorität Himmlers und Heydrichs.

Heydrich ging dann zur Frage der Mischlinge und der Mischehen über. In der nun folgenden Diskussion warnte Staatssekretär Wilhelm Stuckart vom Innenministerium vor der beträchtlichen Menge bürokratischer Arbeit, welche die mit Mischlingen und Mischehen verbundenen Fragen bereiten würden, und empfahl mit Nachdruck die generelle Sterilisierung der Mischlinge ersten Grades als politische Strategie. Darüber hinaus sprach er sich für die Möglichkeit aus, Mischehen durch ein Gesetz zu annullieren. Staatssekretär Erich Neumann vom Vierjahresplan wünschte nicht, dass Juden, die in kriegswichtigen Betrieben arbeiteten, in die Evakuierungen einbezogen würden; Heydrich antwortete, gegenwärtig sei dies nicht der Fall. (Tatsächlich führten weitere Diskussionen über das Schicksal von Mischlingen und Mischehen, die am 6. März und am 27. Oktober im Hauptquartier des RSHA stattfanden, nicht zu einer definitiven Übereinkunft.)

Staatssekretär Josef Bühler plädierte dafür, mit den Evakuierungen im Generalgouvernement zu beginnen, wo die Transportfrage ein untergeordnetes Problem war und die Juden nicht zum Arbeitskräftepotential gehörten, wo sie überdies als Seuchenträger eine Gefahr darstellten und durch Schleichhandel die wirtschaftliche Struktur des Landes in Unordnung brachten. Bühlers Forderung beweist, dass er ganz genau verstand, was Heydrich auszuformulieren unterlassen hatte: Die nichtarbeitenden Juden waren in der ersten Phase des Gesamtplans zu vernichten. Die Konferenz endete mit dem erneuten Appell Heydrichs an alle Teilnehmer, die für die Umsetzung der Lösung erforderliche Hilfe bereitzustellen.⁹

Neben der Entwicklung des Krieges und seinen allgemeinen Auswirkungen waren die wichtigsten Faktoren, die seit Anfang 1942 den Ablauf der «Endlösung» beeinflussten, einerseits der Bedarf an jüdischen Sklavenarbeitern in einer zunehmend überdehnten Kriegswirtschaft und an-

dererseits das «Sicherheitsrisiko», das eben diese Juden in den Augen der Nazis darstellten.

In Lodz war Sierakowiak einer Sattlerei zugeteilt worden. «Die Ghettobevölkerung», schrieb er am 22. März 1942, «ist in drei Kategorien eingeteilt worden: ‚A‘, ‚B‘ und ‚C‘. ‚A‘: Arbeiter in den Werkstätten und Angestellte; ‚B‘: Angestellte und gewöhnliche Arbeiter; ‚C‘: der Rest der Bevölkerung.»¹⁰ Den «Rest der Bevölkerung» verfrachtete man schubweise nach Chelmno. Im Generalgouvernement entwickelte sich zumindest für kurze Zeit eine «Substitutions»politik: Jüdische Arbeiter traten schrittweise an die Stelle polnischer Arbeiter, die man ins Reich schickte. Es wurde zu einem gängigen Verfahren, Deportationszüge aus dem Reich und der Slowakei in Lublin anzuhalten, um die arbeitsfähigen Juden für eine Tätigkeit im Generalgouvernement auszusuchen; die anderen schickte man nach Belzec in den Tod. Hans Frank selbst schien nur zu bereit zu sein, von der ideologischen zur pragmatischen Position überzugehen: «Wenn ich den Krieg gewinnen will, muss ich ein eiskalter Techniker sein. Die Frage, was ich einmal weltanschaulich-völkisch tun werde, muss ich auf die Zeit nach [dem] Krieg verschieben.»¹¹

Zwei nicht miteinander zusammenhängende Ereignisse, die in der zweiten Maihälfte des Jahres 1942 aufeinander folgten, trugen möglicherweise einerseits zu einer Verlangsamung des Einsatzes jüdischer Sklavenarbeit und andererseits zur generellen Beschleunigung der «Endlösung» bei. Am 18. Mai explodierte auf dem Gelände der antisowjetischen Ausstellung «Das Sowjetparadies» im Berliner Lustgarten ein Brandsatz. Innerhalb weniger Tage verhaftete die Gestapo die meisten Mitglieder der kleinen prokommunistischen «Gruppe Herbert Baum», die den Anschlag organisiert hatte. «Bezeichnenderweise», schrieb Goebbels am 24. Mai, «sind von den Verhafteten fünf Juden, drei Halbjuden und vier Arier.»¹² Der Propagandaminister hielt dann die Reaktion Hitlers fest: «Er ist aufs Äusserste empört und gibt mir den Auftrag, schnellstens dafür zu sorgen, dass die Berliner Juden evakuiert werden. ... Im Übrigen erlaubt der Führer mir, etwa 500 jüdische Geiseln zu verhaften und auf neue Attentate rücksichtslos mit Erschiessungen zu antworten.»¹³ Am 29. Mai erteilte Hitler Speer den Auftrag, «so schnell

wie möglich» dafür zu sorgen, dass die in der deutschen Rüstungswirtschaft beschäftigten Juden durch ausländische Arbeiter ersetzt würden.¹⁴ Nach Hitlers Ansicht stellte die Ausschaltung der Juden sicher, dass es zu keiner Neuauflage der revolutionären Aktivitäten von 1917/18 kommen würde. Der Baum-Anschlag war eine Warnung: Die Vernichtung der Juden musste so schnell wie möglich abgeschlossen werden.

Ein zweites Ereignis beschleunigte möglicherweise ebenfalls den Vernichtungsprozess, wenngleich indirekt. Am 27. Mai wurde Heydrich, der kurz zuvor faktisch Reichsprotektor geworden war, von tschechischen Kommandos, die aus einer britischen Maschine mit dem Fallschirm ins Protektorat abgesprungen waren, schwer verwundet; er starb am 4. Juni. Fünf Tage später, am Tag des Staatsbegräbnisses, befahl Hitler die Ermordung des grössten Teils der Einwohner von Lidice, einem Dorf in der Nähe von Prag, wo sich nach Ansicht der Deutschen Heydrichs Attentäter verborgen gehalten hatten. Alle Männer im Alter von 15 bis 90 Jahren wurden erschossen, alle Frauen in Konzentrationslager geschickt, wo die meisten von ihnen umkamen; einige Kinder wurden «germanisiert» und unter neuem Namen in deutschen Familien aufgezogen; die grosse Mehrheit der Kinder, die keine germanischen Züge aufwiesen, wurde nach Chelmno geschickt und vergast. Und das Dorf wurde dem Erdboden gleichgemacht.

Himmler traf am 3., 4. und 5. Juni mit Hitler zusammen. Ob es bei diesen Gesprächen dazu kam, dass Hitler und sein Spiessgeselle den Entschluss fassten, den Vernichtungsprozess zu beschleunigen und einen Termin für den Abschluss der «Endlösung» festzusetzen, wissen wir nicht, aber angesichts des Anschlags der Gruppe Baum und des Todes von Heydrich erscheint es plausibel. Mehr denn je stellten die Juden einen Feind im Innern dar. Am 9. Juni erklärte Himmler im Laufe einer langatmigen Gedächtnisansprache für den RSHA-Chef wie beiläufig: «Die Völkerwanderung der Juden werden wir in einem Jahr bestimmt fertig haben; dann wandert keiner mehr. Denn jetzt muss eben reiner Tisch gemacht werden.»¹⁵ Dann, am 19. Juli, im Anschluss an einen zweitägigen Besuch in Auschwitz, sandte der Reichsführer an Krüger folgenden Befehl: «Ich ordne an, dass die Umsiedlung der gesamten jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements bis 31. Dezember 1942

durchgeführt und beendet ist. Mit dem 31. Dezember 1942 dürfen sich keinerlei Personen jüdischer Herkunft mehr im Generalgouvernement aufhalten. Es sei denn, dass sie sich in den Sammellagern Warschau, Krakau, Tschenstochau, Radom, Lublin aufhalten. Alle anderen Arbeitsvorkommen, die jüdische Arbeitskräfte beschäftigen, haben bis dorthin beendet zu sein, oder, falls ihre Beendigung nicht möglich ist, in eines der Sammellager verlegt zu sein.»¹⁶

Die Mehrheit der Juden Europas wurde vernichtet, nachdem man sie über unterschiedliche Zeitspannen hinweg entweder, im Westen, in Lagern oder Sammelgebieten oder, im Osten, in Ghettos festgehalten hatte. Die Mehrzahl dieser Konzentrations- oder Sammelgebiete war eingerichtet worden, bevor man die allgemeine Vernichtung beschlossen hatte, aber manche, so etwa Theresienstadt, richtete man als Institutionen ein, die ganz zu Beginn der «Endlösung» teils Ghettos, teils Wartebereiche waren.

Theresienstadt (tschechisch Terezin) war eine kleine befestigte Stadt in Nordböhmen, die Ende 1941 etwa 7'000 deutsche Soldaten und tschechische Zivilisten beherbergte; ein Vorort (die kleine Festung) war bereits das zentrale Gefängnis der Gestapo im Protektorat. In den Monaten November und Dezember 1941 begannen Kommandos jüdischer Arbeiter damit, Terezin auf seine neue Funktion als potemkinsches jüdisches «Vorzeigelager» vorzubereiten, und Anfang Januar 1942 trafen die ersten Transporte mit etwa 10'000 Juden ein.

Ein «Judenältester» und ein Rat mit 13 Mitgliedern wurden ernannt. Der erste «Älteste» war der allgemein geachtete Jakob Edelstein, ein aktiver sozialistischer Zionist. Obgleich er in seiner äusseren Erscheinung und in seinem beruflichen Leben als Vertreter ganz unauffällig war, erwies er sich schon bald als fähiger Redner, der auf zionistischen Versammlungen sehr gefragt war. Kurz nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten in Deutschland berief man Edelstein zum Leiter des Palästina-Büros in Prag, wo er dem wachsenden Strom von Flüchtlingen, die bereit waren, nach Palästina auszuwandern, Beistand leisten sollte. Sein gesunder Menschenverstand – und sein Mut – machten ihn faktisch

zur zentralen Persönlichkeit der tschechischen Judenheit bei ihren Kontakten mit den Deutschen. Als Heydrich im Herbst des gleichen Jahres beschloss, die Juden des Protektorats in ein Sammellager auf böhmischem Gebiet zu deportieren, wurde wie von selbst Edelstein zum Leiter des «Modellghettos» ausersehen.

Zunächst kritisierte man die Lagerführung wegen ihrer zionistischen Schlagseite; doch die wachsende Härte des Alltagslebens dämpfte schon bald die ideologischen Konfrontationen, und das zionistische Engagement der Mehrheit der Führung blieb unverändert. So wurde Egon «Gonda» Redlich, ein 23jähriger Lehrer an einer jüdischen Schule in Prag, zum Leiter der Jugend-Wohlfahrtsabteilung. Gonda und seine Mitarbeiter schufen einen quasiautonomen Bereich der Jungen für die Jungen (der im Laufe der Zeit durchschnittlich drei bis viertausend Jugendliche umfasste); insbesondere dort entwickelte sich eine stark zionistisch geprägte Jugendkultur.

Nichts konnte jedoch die Jungen wie die Alten vor der Deportation in Tötungsstätten schützen. «Ich habe eine schreckliche Nachricht gehört», notierte Redlich am 6. Januar 1942 in seinem Tagebuch, «ein Transport geht von Terezin nach Riga. Wir haben uns lange gestritten, ob nicht die Zeit gekommen sei, um ‚genug‘ zu sagen.» Redlichs Eintragung vom darauffolgenden Tag fuhr in derselben Manier fort: «Unsere Stimmung ist sehr schlecht. Wir haben Vorbereitungen für den Transport getroffen, wir haben praktisch die ganze Nacht gearbeitet.» Und am 7. Januar: «Wir konnten nicht arbeiten, weil wir in den Baracken eingeschlossen waren. Ich bat die Behörden, Kinder aus dem Transport herauszunehmen, und man erklärte mir, die Kinder würden nicht fahren.»¹⁷

Als der Sommer 1942 begann, wurden Dutzende von Transporten mit älteren Juden aus dem Reich und dem Protektorat nach dem tschechischen «Ghetto» auf den Weg gebracht. «Im Juni», schrieb Redlich, «sind 24 Transporte angekommen und vier abgefahren. Von denen, die herkommen, stammten 15'000 aus dem Altreich, die meisten von ihnen sehr alt.» Am 30. Juni: «Gestern habe ich Wiener Juden geholfen. Sie sind alt und verlaust, und es gibt unter ihnen einige Geistesranke.»¹⁸ Unter den «geisteskranken» Passagieren des Transports aus Wien war auch Trude

Herzl-Neumann, die jüngste Tochter des Begründers des politischen Zionismus, Theodor Herzl.

Die Zahl der ankommenden Transporte wuchs im Laufe des Juli immer mehr. «Menschen treffen zu Tausenden ein», schrieb Redlich am 1. August, «die Alten, die nicht die Kraft haben, sich Essen zu holen. Jeden Tag sterben fünfzig.»¹⁹ Tatsächlich schnellte die Sterberate im «Altersghetto» hoch, und allein im September 1942 starben von einer Gesamtbevölkerung von 58'000 Menschen etwa 3'900. Ungefähr um dieselbe Zeit gab es erste Transporte der älteren Häftlinge aus Theresienstadt nach Treblinka. Zu diesem Zeitpunkt liessen, wie wir sehen werden, die Schübe der Deportationen aus Warschau nach, und die Gaskammern des neuesten im Zuge der zum Gedenken an Heydrich so genannten «Aktion Reinhard» errichteten Lagers konnten die 18'000 Neuankömmlinge aus dem Protektoratsghetto aufnehmen.

Mit einem der im September durchgeführten Transporte aus Wien traf in Theresienstadt zusammen mit ihrer Mutter die halbwüchsige Ruth Klüger ein. Ruth wurde in eine der Jugendbaracken geschickt, die unter der Aufsicht Redlichs standen. Dort wurde sie, wie sie schreibt, zu einer Jüdin: Die Vorträge, die allgegenwärtige zionistische Atmosphäre, das Gefühl, Teil einer Gemeinschaft von *haverim* und *haverot* (hebräisch: «Kameraden» und «Kameradinnen») zu sein, wo man nicht «gute Nacht» sagte, sondern *laila tov* (hebräisch: «gute Nacht»), all das gab dem jungen Mädchen ein neues Gefühl der Zugehörigkeit. Und doch war es selbst in Theresienstadt, selbst unter den Jungen so, dass sich der eine Teil der Insassen ständig dem anderen überlegen fühlte und das auch erkennen liess: «Die [tschechischen Kinder] verachteten uns, denn wir sprächen die Sprache der Feinde. Ausserdem waren sie die Elite, denn sie waren im eigenen Land. ... Wir wurden also auch hier für etwas angefeindet, wofür wir nichts konnten, nämlich, dass wir die ‚falsche‘ Muttersprache hatten.»²⁰

Während der ganzen Zeit seines Bestehens zeigte Theresienstadt ein Doppelgesicht: Einerseits gingen Transporte nach Auschwitz und Treblinka ab, andererseits errichteten die Deutschen ein «Potemkinsches Dorf», mit dem die Welt getäuscht werden sollte. «Wird Geld eingeführt werden?» fragte Redlich in einer Eintragung vom 7. November 1942.

«Natürlich könnte man das machen. Die Sache könnte ein interessantes Experiment in Nationalökonomie sein. Jedenfalls hat man ein Kaffeehaus eröffnet (sie sagen, es wird dort sogar Musik geben, eine Bank, einen Leseraum).» Zwei Tage später: «Sie drehen einen Film. Jüdische Schauspieler, zufriedene, glückliche Gesichter im Film, nur im Film ...»²¹ Dies sollte der erste von zwei Nazifilmen über Theresienstadt sein.

Während die Tötungen in Chelmno reibungslos weiterliefen, machten die Bauarbeiten in Belzec, die am 1. November 1941 begonnen hatten, zügige Fortschritte, und am 17. März 1942 begannen die Vergasungen. Zunächst wurden etwa 30'000 der 37'000 Juden des Ghettos von Lublin umgebracht. Gleichzeitig trafen aus verschiedenen Regionen des Distrikts sowie aus der Gegend von Lemberg weitere 13'500 Juden ein; Anfang Juni folgten Deportierte aus Krakau. Innerhalb von vier Wochen waren in diesem ersten der drei Lager der «Aktion Reinhard» etwa 75'000 Juden umgebracht worden; bis Ende 1942 wurden dann allein in Belzec etwa 434'000 Juden ermordet. Zwei überlebten den Krieg.

Irgendwann Ende März oder im Laufe des April 1942 fuhr der frühere österreichische Polizeioffizier und Euthanasieexperte Franz Stangl nach Belzec, um sich mit dem Kommandanten des Lagers, SS-Hauptsturmführer Christian Wirth, zu treffen. Fast dreissig Jahre später beschrieb Stangl in seinem Düsseldorfer Gefängnis seine Ankunft in Belzec: «Ich fuhr mit dem Auto hin. Bei der Ankunft sah man zuerst den Belzecer Bahnhof auf der linken Seite der Strasse.... Die Kommandantur war auf der anderen Seite der Strasse. ... Es war ein einstöckiges Gebäude. Der Gestank ... », sagte er leise, «oh mein Gott, der Gestank. Er war überall. Wirth war nicht in seinem Büro. Ich erinnere mich, dass sie mich zu ihm brachten ... er stand auf einem Hügel, neben den Gruben ... die Gruben ... voll... sie waren voll. Ich kann es Ihnen nicht sagen: nicht Hunderte – *Tausende*, Tausende von Leichen ... mein Gott. Dort hat Wirth es mir gesagt – er sagte, dass es das war, wofür Sobibor bestimmt war. Und dass er mich offiziell mit der Leitung beauftrage.»²²

Etwa zwei Monate später war Sobibor – mit dessen Bau man Ende März 1942 begonnen hatte – in Betrieb, und Stangl, der aufmerksame Kommandant des Lagers, machte dort seine Runden gewöhnlich in weis-

sem Reitdress. In Sobibor wurden während der ersten drei Monate des Betriebs etwa 90'000 bis 100'000 Juden ermordet; sie kamen aus dem Distrikt Lublin sowie aus Österreich, dem Protektorat und dem Altreich. Und während die Vernichtungen in Sobibor in Gang kamen, begann der Bau von Treblinka.

Die Vernichtung in den Lagern der «Aktion Reinhard» lief nach einem Standardverfahren ab. Ukrainische Hilf Struppen, die gewöhnlich mit Peitschen bewaffnet waren, jagten die Juden aus den Zügen. Wie in Chelmno war der nächste Schritt die «Desinfektion»; die Opfer mussten sich ausziehen und all ihre Habe im Sammelraum zurücklassen. Dann trieb man die Masse nackter und verängstigter Menschen durch einen schmalen Gang oder eine Passage in eine der Gaskammern. Die Türen wurden hermetisch verschlossen. Die Vergasung begann. Anfangs benutzte man in Belzec immer noch Flaschen mit Kohlenmonoxid; später ersetzte man sie durch verschiedene Motoren. Der Tod kam in diesen frühen Gaskammern langsam (es dauerte zehn Minuten oder noch länger): manchmal konnte man die Agonie der Opfer durch Gucklöcher beobachten. Wenn alles zu Ende war, wurde die Leerung der Gaskammern, wiederum wie in Chelmno, jüdischen «Sonderkommandos» überlassen, die dann später selbst liquidiert wurden.

Im April 1942 hatten die Vergasungen in Chelmno, Belzec und Sobibor ihr volles Ausmass erreicht; in Auschwitz fingen sie gerade erst an, und in Treblinka sollten sie bald beginnen. Gleichzeitig sollten innerhalb weniger Wochen in Weissrussland und in der Ukraine riesige Vernichtungsaktionen durch Erschiessen oder mittels Gaswagen über weitere Hunderttausende von Juden hereinbrechen (die «zweite Welle»), während «gewöhnliche» Tötungen an Ort und Stelle während des gesamten Winters in den besetzten Gebieten der UdSSR, in Galizien, im Distrikt Lublin sowie in verschiedenen Gebieten Ostpolens üblich blieben.

Zu gleicher Zeit waren überall im Osten und in Oberschlesien Sklavenarbeiterlager in Betrieb; einige der Lager dieser letztgenannten Kategorie waren eine Mischung aus Durchgangszone, Sklavenarbeiterlager und Tötungszentrum: beispielsweise Majdanek in der Nähe von Lublin oder das Janowska-Lager am Rande von Lemberg. Und neben diesem Gewirr von Sklavenarbeit und Vernichtungsaktionen schufteten Zehn-

tausende von Juden in gewöhnlichen Fabriken und Werkstätten, in Arbeitslagern, Ghettos oder kleinen Städten, und Hunderttausende lebten immer noch im ehemaligen Polen, in den baltischen Ländern und weiter im Osten. Während die jüdische Bevölkerung im Reich, als die Deportationen wieder in vollem Umfang aufgenommen worden waren, rasch zurückging, führten die meisten Juden im Westen ihr eingeschränktes Leben ohne ein Gefühl für eine unmittelbar bevorstehende Gefahr.

In den besetzten Gebieten der Sowjetunion stützten sich die Deutschen angesichts der riesigen Gebiete, die sie unter Kontrolle hatten, und der Vielfalt von Sprachen oder Dialekten der hier ansässigen Bevölkerung von Anfang an auf die Hilfe einheimischer Milizen, die im Laufe der Monate zu regulären Hilfstruppen, den «Schutzmannschaften», avancierten. Die Einheiten der Ordnungspolizei und die Gendarmerie bestanden aus Deutschen; die Schutzmannschaften waren schon bald bei Weitem zahlreicher als sie und beteiligten sich an allen Aktivitäten einschliesslich der Tötung von Juden bei einigen grösseren Operationen wie der Vernichtung eines Teils der jüdischen Bevölkerung von Minsk im Spätherbst 1941. Dabei taten sich die litauischen Schutzmannschaften besonders hervor.

Die beiden Reichskommissare Hinrich Lohse im Ostland und Erich Koch in der Ukraine unterstützten die Massenmordaktionen begeistert. Insbesondere Koch bat, in der Ukraine alle Juden zu vernichten, um dort den Lebensmittelverbrauch zu senken und so die zunehmenden Nahrungsmittelanforderungen aus dem Reich erfüllen zu können. Infolgedessen waren sich die Distriktskommissare bei ihrer Sitzung im August 1942 mit dem Chef der Sicherheitspolizei, Karl Pütz, einig, dass sämtliche Juden des Reichskommissariats Ukraine mit Ausnahme von 500 spezialisierten Handwerkern vernichtet werden sollten. In den baltischen Ländern, also in Lohses Revier, und insbesondere in Litauen hatten die Einsatzgruppen bis zum 1. Februar 1942 136'421 Juden, 1'064 Kommunisten, 56 Partisanen, 653 Geisteskranke und 78 Sonstige hingerichtet. Die Gesamtzahl betrug 138'272 (darunter 55'556 Frauen und 34'464 Kinder). Ende Juli 1942 wurde fast die Hälfte der noch verbliebenen Be-

völkerung des Ghettos von Minsk, 19'000 Juden, massakriert.

Forderungen nach bewaffnetem jüdischem Widerstand wie etwa Kovners Manifest in Wilna kamen aus den Reihen politisch motivierter jüdischer Jugendorganisationen, und die ersten Juden, die im Osten wie im Westen als Partisanen die Deutschen bekämpften, gehörten gewöhnlich nichtjüdischen politisch-militärischen Untergrundorganisationen an. Im westlichen Weissrussland entstand jedoch Anfang 1942 eine ausschliesslich jüdische Einheit, die keine andere politische Bindung hatte als ihr Ziel, Juden zu retten: die Gruppe der Brüder Bielski. Die Bielskis waren Dorfbewohner, die seit mehr als 60 Jahren in Stankiewicze lebten. Ebenso wie die Bauern in ihrer Nachbarschaft waren sie arm, ungeachtet der Mühle und des Landes, das sie besaßen. Als einzige Juden im Dorf gehörten sie überwiegend mit dazu. Sie kannten die Menschen und die Landschaft, vor allem die nahegelegenen Wälder. Zur jüngeren Generation gehörten vier Brüder: Tuvia, Asael, Zus und Arczik.

Im Dezember 1941 ermordeten die Deutschen 4'000 Bewohner des Ghettos von Nowogrodek, darunter die Eltern Bielski, Tuvias erste Frau und die Frau von Zus. In zwei nacheinander gebildeten Gruppen, von denen die erste von Asael, die zweite von Tuvia geführt wurde, zogen die Brüder im März beziehungsweise im Mai 1942 in die Wälder. Bald ordneten sich alle der Führung von Tuvia unter: Eine immer grössere Zahl von Familienangehörigen und anderen Juden, die aus den Ghettos der Umgebung geflohen waren, schlossen sich dem «Otrjad» (der Partisanenabteilung) an; es wurden Waffen beschafft und Lebensmittel besorgt. Bis zum Ende der deutschen Besatzung hatten die Brüder Bielski in ihrem Waldlager trotz nahezu unüberwindlicher Widerstände etwa 1'500 Juden gesammelt.

Während die Gruppe der Brüder Bielski die einzige ihrer Art war, erhielten andere jüdische Widerstandsorganisationen, die sich in den Ghettos der besetzten Sowjetunion gebildet hatten, durchaus häufig Unterstützung durch die Führung der Räte. In Minsk beispielsweise stand der Vorsitzende des Judenrats, der nichtkommunistische Ilja Moschkin, in regelmässigem Kontakt mit dem Befehlshaber des kommunistischen

Untergrunds im Ghetto und in der Stadt, Hersch Smolar. Eine derartige regelmässige Zusammenarbeit – für die Moschkin schliesslich mit dem Leben bezahlte – war weiter westlich, in den baltischen Ländern und im ehemaligen Polen, aus Angst vor deutschen Repressalien gegen die Ghettobevölkerung ganz und gar untypisch. Die einzige Situation, die sich teilweise mit derjenigen in Minsk vergleichen liess, war zumindest eine Zeitlang die des Ghettos von Bialystok, wo Efraim Baraszs Judenrat über ein Jahr lang mit Mordechai Tenenbaums Untergrundorganisation in Verbindung blieb; das ist ein Fall, auf den wir noch zurückkommen.

Unterdessen wurde die völlige Ausschliessung der Juden aus der deutschen Gesellschaft noch weiter «perfektioniert». Anfang 1942 hatte Goebbels den Verkauf sämtlicher Presseerzeugnisse (Zeitungen, Zeitschriften, Periodika) an Juden untersagt. Etwa zwei Wochen früher war ihnen die Benutzung öffentlicher Telefone ebenfalls verboten worden. Private Telefone und Rundfunkapparate hatte man schon längst beschlagnahmt; die neuen Anordnungen sollten eine weitere Lücke schliessen. Ausserdem schien die zunehmende Papierknappheit die Zuteilungsbeschränkung von Zeitungspapier dringender zu machen. Unerwarteter Widerstand kam jedoch von Seiten des RSHA. In einem Brief an Goebbels vom 4. Februar vertrat Heydrich die Ansicht, es wäre unmöglich, die Juden über alle Massnahmen, die sie zu beachten hätten, allein über das *Jüdische Nachrichtenblatt* zu informieren. Ausserdem waren Fachzeitschriften für jüdische «Krankenbehandler» und «Konsulenten» unentbehrlich. «Da ich die Juden in jeglicher Hinsicht fest in der Hand haben muss», fügte Heydrich hinzu, «muss ich auf eine Lockerung des ausgesprochenen Verbotes, das zudem ohne die notwendig gewesene Beteiligung meiner Dienststelle ausgesprochen worden ist, Wert legen.»²³ Im März waren dann die von Goebbels verfüigten Regelungen teilweise zurückgenommen worden.

Das Verbot der Auswanderung von Juden führte am 14. Februar 1942 zur Schliessung der Büros der Reichsvereinigung, welche die Auswanderer berieten und ihnen halfen. Was die öffentliche Identifizierung der

Juden anging, so reichte der individuelle Stern nicht hin; am 13. März befahl das RSHA, an der Eingangstür zu jeder Wohnung, in der Juden wohnten, und am Eingang zu jeder jüdischen Institution einen weissen Stern aus Papier anzubringen. Das vom RSHA befürwortete Anbringen von Schildern und Kennzeichen wurde wiederum vom Propagandaminister in Frage gestellt. So verwarf Goebbels am 11. März einen Vorschlag des SD, dem zufolge Juden, die öffentliche Transportmittel benutzen durften, ein besonderes Abzeichen tragen sollten. Der Minister, der weitere öffentliche Diskussionen über das Thema Judenstern vermeiden wollte, schlug vor, diesen Juden eine Sondergenehmigung zu geben, die sie dem Fahrkartenkontrolleur oder, auf Verlangen, Offizieren und Parteifunktionären vorweisen sollten. Am 24. März verbot Heydrich Juden die Benutzung öffentlicher Transportmittel, sofern sie nicht im Besitz der polizeilichen Sondergenehmigung waren.

Willkürliche Gestapo-Razzien in Judenhäusern waren besonders gefürchtet. Bei den Klemperers fand der erste dieser «Hausbesuche» am 23. Mai 1942, an einem Sonntagnachmittag, statt, als Klemperer nicht zu Hause war: Man hatte das Haus auf den Kopf gestellt, die Bewohner geohrfeigt, geschlagen, angespuckt, aber wie Klemperer schrieb: «So sind wir alles in allem für diesmal noch leidlich davongekommen.»²⁴ Am 15. Mai wurde Juden die Haltung von Haustieren verboten. «Sternjuden und jedem, der mit ihnen zusammenwohnt», schrieb Klemperer, «ist mit sofortiger Wirkung das Halten von Haustieren (Hunden, Katzen, Vögeln) verboten, die Tiere dürfen auch nicht in fremde Pflege gegeben werden. Das ist das Todesurteil für [Klemperers Kater] Muschel, den wir über elf Jahre gehabt und an dem Eva sehr hängt. Er soll morgen zum Tierarzt geschafft werden.»²⁵

Mitte Juni mussten Juden sämtliche elektrischen Geräte abliefern, darunter auch alle elektrischen Koch- und Haushaltsgeräte sowie Kameras, Ferngläser und Fahrräder. Am 20. Juni wurde die Reichsvereinigung davon in Kenntnis gesetzt, dass zum Ende des Monats sämtliche jüdischen Schulen geschlossen würden: Für Juden gab es in Deutschland keine Schulbildung mehr. Einige Tage später verbot eine Verfügung den Gebrauch von Güterwagen für den Transport der Leichen von Juden. Am

2. September erging eine Verfügung vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, wonach Juden kein Fleisch, keine Milch, kein Weissbrot und auch keine Tabakwaren oder irgendwelche knappen Güter mehr erhalten sollten; schwangere Frauen und Kranke waren von dieser Regelung nicht ausgenommen.

Währenddessen beschleunigte sich der Rhythmus der Deportationen aus dem Reich. «Vor dem Weggehen des Deportierten», schrieb Klemperer am 21. Januar 1942, «versiegelt Gestapo seine ganze Hinterlassenschaft. Alles verfällt. Paul Kreidl [Klemperers Nachbar, dem die Deportation bevorstand] brachte mir gestern Abend ein paar Schuhe, die mir genau passen und bei dem furchtbaren Zustand der meinigen höchst willkommen sind. Auch ein bisschen Tabak, den Eva mit Brombeertee mischt und in Zigaretten stopft. ... Der Transport umfasst jetzt 240 Personen, es sollen so Alte, Schwache und Kranke darunter sein, dass kaum alle lebend ankommen.»²⁶

Die Informationen, die über die Ziele der Züge zur Verfügung standen, waren spärlich, sie wurden häufig nicht geglaubt, mit phantastischen Gerüchten vermischt und kamen doch manchmal der Wirklichkeit erstaunlich nahe. «Als furchtbarstes KZ», notierte Klemperer am 16. März, «hörte ich in diesen Tagen Auschwitz (oder so ähnlich) bei Königshütte in Oberschlesien nennen. Bergwerksarbeit, Tod nach wenigen Tagen. Hier Kornblum, der Vater der Frau Seliksohn, ebenso – mir unbekannt – Stern und Müller gestorben.»²⁷ Im März 1942 wurde Auschwitz gerade erst zu einem grossen Vernichtungszentrum. Doch über Kanäle, die sich schwer verfolgen lassen, sickerten Gerüchte ins Reich durch.

Während die Deportationen aus dem Reich über alle Teile der jüdischen Bevölkerung hereinbrachen, boten einige kleine Gruppen von Deutschen, vor allem in Berlin, ihre Hilfe an; sie versteckten Juden, die auf der Flucht waren, sie stellten gefälschte Ausweispapiere, falsche Bescheinigungen über die Zurückstellung von einer Einberufung, Lebensmittelkarten und dergleichen her. Und über die unmittelbare praktische Hilfe hinaus boten sie Menschlichkeit und eine gewisse Hoffnung. Natürlich gab es nur so viel, wie zwei oder drei Dutzend Nazifeinde tun

konnten, die entschlossen waren, Juden zu helfen, vor allem in den Jahren 1942 und 1943. In ihrem Tagebuch räumt die Journalistin Ruth Andreas-Friedrich, die treibende Kraft hinter der Gruppe «Onkel Emil», manch tragisches Scheitern während dieses ersten Halbjahrs 1942 ein. Margot Rosenthal, eine der Jüdinnen, welche die Gruppe versteckte, wurde von ihrer Portiersfrau denunziert, als sie kurz noch einmal in ihre Wohnung zurückkehrte. Am 30. April 1942 erhielten Ruth und ihre Freunde ein Stück Seidenpapier: Margot und 450 andere Juden waren im Begriff abtransportiert zu werden: «Rucksack, Rolle mit Schlafdecke und so viel Gepäck, wie man tragen kann. Ich kann nichts tragen und werde eben alles am Wege liegen lassen. Das ist der Abschied vom Leben. Ich weine und weine. Lebt wohl für immer und denkt an mich!» Einer nach dem anderen wurden die meisten jüdischen Freunde Ruths gefasst: «Heinrich Mühsam, Mutti Lehmann, Peter Tarnowsky, Doktor Jakob. Seine kleine Evelyne, seine Frau und Bernsteins, seine Schwiegereltern.»²⁸ Irgendwelche anderen Versteckstrategien mussten gefunden werden, für die Wenigen und von den Wenigen.

Der erste Transport jüdischer Deportierter aus der Slowakei ging am 26. März 1942 nach Auschwitz ab. Er umfasste 999 junge Frauen. Das Land Tisos erwarb sich damit die zweifelhafte Ehre, mit der Auslieferung seiner Juden an die Lager dem Reich und dem Protektorat auf der Stelle zu folgen. Die Deportation war nicht das Ergebnis deutschen Drucks, sondern sie ging auf ein slowakisches Ersuchen zurück. Die slowakische Initiative folgte ihrer eigenen Rationalität. Nachdem die Arisierungsmassnahmen die meisten Juden ihres Eigentums beraubt hatten, folgte die Abschiebung dieser verarmten Bevölkerung einer strengen ökonomischen Logik. Anfang 1942 hatten die Deutschen 20'000 slowakische Arbeiter für ihre Rüstungsbetriebe verlangt; Tukas Regierung bot 20'000 arbeitsfähige Juden an. Nach einigem Zögern nahm Eichmann das Angebot an. Er konnte junge jüdische Arbeiter gebrauchen, um die Errichtung von Birkenau zu beschleunigen, nachdem die sowjetischen Arbeiter fast alle gestorben waren; er konnte sogar ihre Familien aufnehmen. Die Slowaken würden (zur Deckung der deutschen Kosten) pro deportiertem Juden 500 RM bezahlen, und dafür gestattete ihnen das

Reich, das Eigentum der Deportierten zu behalten. Ausserdem erhielten sie die Zusicherung, dass die abtransportierten Juden nicht zurückkehren würden. Das war das «slowakische Modell», das Eichmann im Laufe der Zeit auch anderswo anzuwenden hoffte.

Ende Juni 1942 waren etwa 52'000 slowakische Juden deportiert worden, überwiegend nach Auschwitz und in den Tod. Danach verlangsamten sich jedoch die Transporte und kamen zum Erliegen. Die Intervention des Vatikans, auf die dann die Bestechung slowakischer Beamter folgte, die von einer Gruppe einheimischer Juden initiiert worden war, spielte schliesslich eine Rolle. Die Bestechungsaktion ging von der «Arbeitsgruppe» aus; führend waren dabei der ultra-orthodoxe Rabbiner Michael Dov Ber Weissmandel, die zionistische Aktivistin Gisi Fleischmann und andere Persönlichkeiten, welche die wichtigsten Schichten der slowakischen Judenheit repräsentierten. Die «Arbeitsgruppe» leistete auch erhebliche Zahlungen an Dieter Wisliceny, den Vertreter Eichmanns in Bratislava. Dass die Bestechung der Slowaken dazu beitrug, die Deportationen für zwei Jahre zu unterbrechen, ist äusserst wahrscheinlich; ob die Summen, die man der SS zukommen liess, irgendeinen Einfluss hatten, bleibt eine offene Frage. Der Abschluss der Deportationen aus der Slowakei stand für die Deutschen nicht im Vordergrund, wie wir sehen werden; das mag es der SS gestattet haben, die «Arbeitsgruppe» zur Zahlung von dringend benötigten Devisen in dem Glauben zu veranlassen, dass sie dazu beitrage, den Abtransport der verbliebenen slowakischen Juden und möglicherweise auch anderer europäischer Juden in den Tod aufzuschieben.

Die wichtigste Einsatzentscheidung hinsichtlich der Deportationen aus Frankreich, den Niederlanden und Belgien wurde kurz nach Heydrichs Tod auf einer Sitzung gefällt, die Eichmann am 11. Juni ins RSHA einberufen hatte. Die unmittelbare Zielsetzung war, 15'000 Juden aus den Niederlanden, 10'000 aus Belgien und insgesamt 100'000 aus beiden französischen Zonen zu deportieren. Eichmann schlug vor, in Frankreich ein Gesetz ähnlich der Elften Verordnung zu verabschieden; dadurch würde die französische Staatsbürgerschaft jedes Juden, der französisches Territorium verlassen hatte, aufgehoben werden, und alles jü-

dische Eigentum würde auf den französischen Staat übergehen. Ebenso wie in der Slowakei würde dem Reich pro deportiertem Juden ein Geldbetrag (hier etwa 700 RM) gezahlt werden. Im Laufe der zweiten Junihälfte wurde den Deutschen jedoch klar, dass sie nicht in der Lage sein würden, während einer ersten Phase von drei Monaten mehr als 40'000 Juden zu verhaften und aus Frankreich abzutransportieren; um den Verlust auszugleichen, wurde die Zahl der aus Holland zu Deportierenden, wo die direkte deutsche Herrschaft das Verfahren erleichterte, von 15'000 auf 40'000 heraufgesetzt.

Auf die Unterwürfigkeit der Polizei und des öffentlichen Dienstes in den Niederlanden konnten sich die Deutschen verlassen; die Kontrolle über die Juden des Landes verschärfte sich immer mehr. Am 31. Oktober 1941 ernannten die Deutschen den Amsterdamer Judenrat zum einzigen Rat für das gesamte Land. Bald darauf begann die Deportation jüdischer Arbeiter in spezielle Arbeitslager. Am 7. Januar 1942 forderte der Rat das erste Kontingent von Arbeitern an: arbeitslose Männer, die von Sozialunterstützung lebten. In den darauffolgenden Wochen weiteten sich die deutschen Anforderungen von Arbeitern ständig aus, und das Aufgebot der Einberufenen wuchs. Zwar arbeitete der Rat mit den Arbeitsämtern in Amsterdam und Den Haag zusammen, aber die Ermahnungen zur Meldung gingen im Wesentlichen von der jüdischen Führung aus.

In den Arbeitslagern, in denen jüdische und nichtjüdische Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, bestand das Personal vorwiegend aus holländischen Nazis, die mit ihrem schieren Sadismus die Deutschen häufig noch übertrafen. Westerbork (von Juli 1942 an das wichtigste Durchgangslager für Transporte nach Auschwitz, Sobibor, Bergen-Belsen und Theresienstadt) war seit Kriegsbeginn ein Lager für einige hundert deutsch-jüdische Flüchtlinge gewesen; sie waren 1942 schon «alte Hasen» und beherrschten unter der Aufsicht eines deutschen Kommandanten faktisch das Lager. Anfang 1942 wurden immer mehr Transporte ausländischer Juden nach Westerbork geschickt, während man niederländische Juden aus den Provinzen in Amsterdam konzentrierte. Die niederländische Polizei überwachte die Verlegungsoperationen und den Zugang zu den geräumten jüdischen Wohnungen. Die Deutschen registrierten gewissen-

haft Möbel und Haushaltsgegenstände, die man dann ins Reich abtransportierte. In diesen Monaten trat auch ein niederländisches Äquivalent der Nürnberger Gesetze in Kraft, das Ehen zwischen Juden und Nichtjuden verbot.

Für Etty Hillesum war all das immer noch weniger wichtig als ihre intensive Liebesaffäre mit dem deutsch-jüdischen Flüchtling Hans Spier, der so etwas wie ein spiritueller Führer und höchst eigenwilliger Psychotherapeut war. Von den deutschen Massnahmen blieb sie natürlich nicht verschont. «Gestern Lippmann und Rosenthal [zur Ablieferung von Vermögenswerten]», notierte sie am 15. April 1942. «Ausgeraubt und gejoint,..»²⁹ Die meisten Massnahmen nahm sie jedoch durch das Prisma ihrer Emotionen wahr: «Ich bin so froh, dass er [Spier] ein Jude ist und ich eine Jüdin», schrieb sie am 29. April. «Und ich werde tun, was ich kann, um bei ihm zu bleiben, so dass wir diese Zeiten gemeinsam durchstehen. Und ich werde ihm heute Abend sagen: es gibt wirklich nichts, wovor ich Angst habe, ich fühle mich so stark; es hat kaum etwas zu sagen, dass man auf einem harten Fussboden schlafen muss oder dass man nur durch bestimmte Strassen gehen darf und dergleichen – das sind nur geringfügige Verdriesslichkeiten im Vergleich zu den unendlichen Reichtümern und Möglichkeiten, die wir in uns tragen.»³⁰

Am Samstag, dem 20. Juni, weniger als einen Monat vor Beginn der Deportationen von Amsterdam nach Westerbork und von Westerbork nach Auschwitz, richtete Etty ihre Gedanken auf jüdische Einstellungen und Reaktionen: «Zur Erniedrigung sind zwei Leute notwendig. Einer, der erniedrigt, und einer, den man erniedrigen will. Entfällt das letztere, ist also die passive Seite gegen jede Erniedrigung immun, dann verpuffen die Erniedrigungen in der Luft. ...Zu dieser Einstellung müsste man die Juden erziehen. ... Man kann uns nichts anhaben, man kann uns wirklich nichts anhaben. Man kann es uns recht ungemütlich machen, man kann uns der materiellen Güter berauben, auch der äusseren Bewegungsfreiheit, aber letzten Endes berauben wir uns selbst unserer besten Kräfte durch unsere falsche Einstellung. Weil wir uns verfolgt, erniedrigt und unterdrückt fühlen. ... Den grössten Raubbau an uns treiben wir selbst.»³¹

Am 27. März verliess ein Transport mit 1'000 Juden, die in Compiègne inhaftiert gewesen waren, Frankreich mit dem Ziel Auschwitz. Die frühen Deportationen aus Frankreich stiessen weder in der besetzten Zone noch in Vichy auf Schwierigkeiten. In der besetzten Zone waren die französischen Behörden weit mehr über die wachsende Zahl von Angriffen auf Wehrmachtsangehörige beunruhigt. Die Hinrichtung von Geiseln hatte nicht die gewünschte Wirkung gezeigt. Am 1. Juni traf SS-General Karl Oberg, der zuvor in Radom im Generalgouvernement stationiert gewesen war, als Höherer SS- und Polizeiführer in Paris ein. Vor seiner Amtsübernahme hatte Oberg am 7. Mai in Begleitung Heydrichs der französischen Hauptstadt einen Besuch abgestattet. Die Atmosphäre war für eine engere Zusammenarbeit zwischen Frankreich und dem Reich günstig, da Laval seit Ende April wieder an der Spitze der Vichy-Regierung stand. Vallat war als Leiter des CGQJ durch einen erheblich wilderen Judenhasser, Louis Darquier de Pellepoix, ersetzt worden, und die französische Polizei in der besetzten Zone wurde jetzt von einem ehrgeizigen Neuling, René Bousquet, geleitet, der nur zu gern bereit war, seine Rolle beim deutsch-französischen *rapprochement* zu spielen. Während des Besuchs von Heydrich ersuchte Bousquet um die zusätzliche Deportation von etwa 5'000 Juden aus Drancy in den Osten. Heydrich knüpfte seine Zustimmung zwar an die Bedingung der Verfügbarkeit von Transportkapazitäten, aber im Laufe des Juni fuhren dann vier Züge mit je etwa 1'000 Juden in Richtung Auschwitz ab.

Zwei wesentliche Punkte, die zwischen den Deutschen und Vichy strittig waren, blieben ungelöst: die Einbeziehung französischer Juden in die Deportationen und der Einsatz französischer Polizei bei den Aushebungen. Schliesslich gab Bousquet den Deutschen nach, und am 4. Juli übermittelte er den offiziellen Standpunkt Vichys: Als erster Schritt sollten alle «staatenlosen» Juden (d.h. diejenigen, die früher die deutsche, polnische, tschechoslowakische, russische, litauische, lettische oder estnische Staatsangehörigkeit besessen hatten) aus der besetzten wie aus der unbesetzten Zone deportiert werden. Französische Polizeikräfte sollten die Juden in beiden Zonen festnehmen. Darüber hinaus hatte Laval von sich aus auch den Vorschlag gemacht, Kinder im Alter von unter

16 Jahren aus der unbesetzten Zone zu deportieren. Was die Kinder in der besetzten Zone anging, so erklärte Laval, ihr Schicksal sei für ihn nicht von Interesse.

Anfang Juni war der Judenstern in Frankreich eingeführt worden. Diese Massnahme führte vorübergehend zu Unmut in Teilen der Bevölkerung, und es gab wie in Deutschland Sympathiebekundungen für die «ausgezeichneten» Juden. Vichy weigerte sich, die Verfügung auf seinem Territorium durchzusetzen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, eine französische Regierung stigmatisiere Juden mit französischer Staatsbürgerschaft. Unter katholischen Intellektuellen, Kommunisten und zahlreichen Studenten waren die negativen Reaktionen auf die deutsche Massnahme besonders heftig. Die Juden selbst erkannten rasch die Stimmung eines Teils der Bevölkerung, und zumindest anfangs wurde der Judenstern mit einem gewissen Stolz und Trotz getragen. Individuelle Bekundungen von Mitgefühl waren jedoch kein Hinweis darauf, dass es hinsichtlich der gegen die Juden gerichteten Massnahmen in der öffentlichen Meinung irgendeinen grundlegenden Umschwung gegeben hätte. Ungeachtet der negativen Reaktion auf die Einführung des Sterns und bald danach auf die Deportationen hielt sich in beiden Zonen eine unterschwellige Strömung von traditionellem Antisemitismus.

«Ich hasse die Juden», vertraute Pierre Drieu La Rochelle am 8. November 1942 seinem Tagebuch an. «Ich habe immer gewusst, dass ich sie hasse.»³² In diesem Fall blieb Drieus Ausbruch in seinem Tagebuch verborgen. Am Vorabend des Krieges jedoch war er in *Gilles*, einem autobiographischen Roman, der zu einem Bestseller und einem klassischen Werk der französischen Literatur wurde, weniger zurückhaltend gewesen. Im Vergleich zu einigen seiner Literatenkollegen war Drieu sogar relativ gemässigt. In *Les Décombres*, einem grandiosen Bestseller, der im Frühjahr 1942 erschienen war, zeigte Lucien Rebatet eine eher im Stil der Nazis gehaltene Wut auf die Juden: «Der jüdische Geist ist im intellektuellen Leben Frankreichs ein giftiges Unkraut, das man mit seinen allerfeinsten Wurzeln ausreissen muss.» Rebatets Standpunkt zum Thema Juden war nicht zu trennen von einer bedingungslosen Treue zu Hitlers Reich: «Ich wünsche mir den Sieg Deutschlands, weil der Krieg,

den es führt, mein Krieg, unser Krieg ist. ... Ich bewundere Deutschland nicht, weil es Deutschland ist, sondern weil es Hitler hervorgebracht hat. ... Ich glaube, Hitler hat für unseren Kontinent eine grossartige Zukunft entworfen, und ich habe den leidenschaftlichen Wunsch, dass er sie verwirklicht.»³³ Céline, (was den literarischen Rang angeht) möglicherweise der bedeutendste Schriftsteller dieser antisemitischen Phalanx, griff dieselben Themen noch bösartiger auf; sein manischer Stil und seine wahnsinnigen Ausbrüche machten ihn jedoch bis zu einem gewissen Grade zu einer Randfigur. Im Dezember 1941 traf der deutsche Schriftsteller Ernst Jünger Celine im Deutschen Institut in Paris: «Er sprach», so Jünger, «sein Befremden, sein Erstaunen darüber aus, dass wir Soldaten die Juden nicht erschiessen, aufhängen, ausrotten – sein Erstaunen darüber, dass jemand, dem die Bajonette zur Verfügung stehn, nicht unbeschränkten Gebrauch von ihnen macht.»³⁴ Robert Brasillach war nach aussen hin geschliffener, aber sein Hass auf die Juden war nicht weniger extrem und hartnäckig als derjenige Celines oder Rebatets. Den französischen und deutschen Strategien hinsichtlich der Juden applaudierte Brasillach, aber so wie die französischen Massnahmen beschaffen waren, erschienen sie ihm manchmal zu schwächlich und zu unvollständig: «Vergesst nicht die [jüdischen] Kinder», mahnte er Vichy in einem berichtigten Artikel in *Je suis partout*.³⁵

Seit Anfang 1942 wurden im Warthegau und im Generalgouvernement, während die Tage der totalen Vernichtung rasch näherrückten, immer mehr Juden massenhaft ermordet.

Zu Beginn des Frühlings hatte Eliszewa aus Stanislawow, eine junge Frau von Anfang zwanzig, die Notizen einer anonymen Freundin in ihre eigene Chronik eingefügt: «Wir sind völlig erschöpft», registrierte die «Gastschreiberin» am 13. März 1942. «Wir haben nur Illusionen, dass sich irgendetwas ändern wird; diese Hoffnung hält uns am Leben. Aber wie lange können wir von der Kraft des Geistes leben, die auch langsam schwindet? ... Gestern hat mir Elsa [Eliszewa] erzählt, dass ein Mann, der an Unterernährung gestorben war, nicht in den Sarg passte, so dass man ihm die Beine brechen musste. Unglaublich!»³⁶

Am 14. Mai erinnerte sich Eliszewa, dass sich die Lage in Stanislawow plötzlich geändert hatte: «Es begann im März. Alle Behinderten auf der arischen Seite wurden umgebracht. Das war ein Signal, dass etwas Bedrohliches im Anzug war. Und es war eine Katastrophe. Am 31. März fingen sie an, nach den Behinderten und Alten zu suchen, und später wurden mehrere Tausend junge und gesunde Menschen abgeholt. Wir versteckten uns auf dem Dachboden, und durch das Fenster sah ich die Transporte ungarischer Juden [die im Spätsommer 1941 aus Ungarn nach Galizien vertrieben worden waren], wie sie Rudolfsmühle [ein improvisiertes deutsches Gefängnis] verliessen. Ich sah Kinder aus dem Waisenhaus in Bettlaken gehüllt. Die Häuser rings um das Ghetto standen in Flammen. Ich hörte Schüsse, Kinder weinten, Mütter riefen, und Deutsche brachen in die Nachbarhäuser ein. Wir überlebten.»³⁷

Am 9. Juni erkannte Eliszewa, dass ihr eigenes Überleben nur eine kurze Atempause gewesen war: «Nun ja, diese ganze Kritzelei hat keinen Sinn. Tatsache ist, dass wir nicht überleben werden. Die Welt wird auch ohne meine weisen Notizen von allem erfahren. Die Mitglieder des Judenrats sind verhaftet worden. Zur Hölle mit ihnen, den Dieben. Was bedeutet das aber für uns? Rudolfsmühle ist endgültig liquidiert worden. Achthundert Leute hat man auf den Friedhof [die Tötungsstätte von Stanislawow] gebracht. ... Die Lage ist hoffnungslos, aber manche Leute sagen, sie wird sich bessern. Hoffen wir es! Ist Leben nach dem Krieg soviel Leiden und Schmerz wert? Ich bezweifle es. Aber ich will nicht wie ein Tier sterben.»³⁸ Zehn Tage später brachen Eliszewas Aufzeichnungen ab. Ihr Tagebuch fand man in einem Graben, neben der Strasse, die zum Friedhof von Stanislawow führt.

In Lodz nahm Sierakowiak Mitte März seine Chronistentätigkeit wieder auf. In seiner Sattlerwerkstatt war die Verpflegung für «Werkstattarbeiter» wie ihn (Kategorie A) anscheinend ausreichend. «Die Deportationen sind im Gange, während die Werkstätten riesige Aufträge erhalten, und die Arbeit reicht für mehrere Monate», notierte er am 26. März.³⁹ Am 3. April wurden die Deportationen vorübergehend eingestellt. An diesem Tag registrierte der Tagebuchsreiber: «Die Deportationen sind wieder unterbrochen worden, aber keiner weiss, für wie lange. Inzwi-

schen ist der Winter zurückgekehrt, und es liegt hoher Schnee. Rumkowski hat eine Ankündigung ausgehängt, dass am Montag eine Reinigung des Ghettos stattfinden wird. Von acht Uhr früh bis drei Uhr nachmittags werden alle Bewohner im Alter von 15 bis 50 Jahren Wohnungen und Höfe saubermachen müssen. Nirgends wird eine andere Arbeit stattfinden. Mich interessiert jedoch nur, dass es in meiner Werkstatt Suppe gibt.»⁴⁰

Mitte Mai 1942 war die Zahl der Deportierten aus Lodz auf 55'000 gestiegen. Die letzte Welle umfasste ausschliesslich 10'600 «Westjuden» aus einer Gesamtzahl von 17'000, die damals noch im Ghetto lebten. Es bleibt unklar, warum man keinen der «Westjuden» in die früheren Deportationen einbezogen hatte und weshalb sie Anfang Mai die einzigen Deportierten waren. Die frühere Atempause war möglicherweise ein Ergebnis deutscher Befehle: Es wurde der Versuch unternommen, die Verbreitung von Gerüchten über Lodz zu vermeiden, um den ordnungsgemässen Ablauf der Deportationen aus dem Reich sicherzustellen. Ob Rumkowski in die Entscheidung verwickelt war, ist nicht bekannt, auch wenn er seine zunehmende Feindschaft gegenüber den «Neuankömmlingen» nicht verhehlte.

Während des ersten Halbjahrs 1942 hatten die sich rasch ausweitenden Deportationen in die Vernichtungszentren die Juden von Warschau noch nicht erreicht. Informationen über den systematischen Vernichtungsfeldzug verbreiteten sich gleichwohl im Ghetto, vor allem unter Aktivisten der verschiedenen politischen Geheimorganisationen. Mitte März luden Zuckerman als Vertreter von Hechaluz und andere Mitglieder linkszionistischer Parteien führende Vertreter des Bund zur Teilnahme an einem Treffen ein, auf dem die Gründung einer gemeinsamen Verteidigungsorganisation erörtert werden sollte. Nach einer Zusammenfassung der vorliegenden Informationen über die immer mehr ausgeweitete Vernichtung präsentierte Zuckerman seinen Vorschlag einer gemeinsamen jüdischen Verteidigungsorganisation, die auch in ihrem Verhältnis zum polnischen militärischen Untergrund gemeinsam agieren sollte. Diese Vorschläge wurden von den Vertretern des Bund verworfen. Ihr Hauptargument lautete anscheinend, der Bund sei durch seine Beziehungen zur Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) gebunden, und

was diese Partei angehe, sei die Zeit zum Aufstand noch nicht gekommen. Nachdem der Bund seine Position erklärt hatte, entschied der Vertreter der linken Fraktion von Poale Zion, sich unter den gegebenen Umständen auch nicht zu beteiligen. Offensichtlich verschärfte die traditionelle Feindschaft zwischen Bundisten und Zionisten ihre konträren Interpretationen der Ereignisse selbst am Rande der Auslöschung.

Am 17. April wurden 52 Juden, von denen einige Mitglieder des Bund waren und andere für die Untergrundpresse arbeiteten, aus ihren Wohnungen gezerrt und auf der Strasse mit einem Genickschuss getötet. Die Deutschen bekamen wahrscheinlich etwas von den ersten Versuchen mit, in der polnischen Hauptstadt einen jüdischen Untergrund zu organisieren, und vor allem von dem zunehmenden Einfluss, den die geheime Presse ausübte. Den Memoiren Zuckermans zufolge hatte die Gestapo seinen Namen und seine gewöhnliche Adresse, verfügte aber im Übrigen nicht über besonders genaue Informationen. Das Hauptziel der Exekutionen bestand daher, wie Zuckerman vermutet, darin, «Angst und Schrecken zu verbreiten».⁴¹ Darüber hinaus verfolgte man vielleicht auch das Ziel, vor der bevorstehenden Aktion etwaige Untergrundpläne zu lähmen. Und wirklich versuchte der Rat als Ergebnis der Aprilmassaker, die geheimen Gruppen dazu zu veranlassen, dass sie ihre Sitzungen einstellten.

Am 15. Juli 1942, eine Woche vor Beginn der Deportationen, lud Janusz Korczak die Crème des Ghettos zu einer Aufführung von Rabindranath Tagores Stück *Das Postamt* ein, das die Angestellten und die Kinder seines Waisenhauses inszeniert hatten und spielten. Korczak (Dr. Henryk Goldszmit) war ein sehr bekannter Pädagoge und Schriftsteller, der vor allem hochgeschätzte Kinderbücher verfasst hatte; er war seit 30 Jahren Direktor des wichtigsten jüdischen Waisenhauses in Warschau. Nach der Errichtung des Ghettos musste der «alte Doktor», wie man ihn liebevoll nannte, mit seinen 200 kleinen Schützlingen in die Mauern ziehen. Das Stück, die Geschichte eines kranken Jungen, der aus seinem dunklen Zimmer in einer Hütte nicht herauskommt, brachte dessen Sehnsucht zum Ausdruck, zwischen Bäumen und Blumen umherzuwandern, die Vögel singen zu hören. In dem Stück verleiht ein übernatürliches Wesen

dem Helden Amal die Fähigkeit, auf einem unsichtbaren Pfad in das Paradies zu wandern, von dem er geträumt hatte. «Vielleicht», schrieb Korczak am 18. Juli in sein Tagebuch, «wäre das ein Thema für das Mittwochsgespräch der Jugendgruppe – ‚Illusionen‘ – Täuschungen; ihre Rolle im Leben der Menschheit ...»⁴²

12.

Totale Vernichtung

Juli 1942 – März 1943

Wilhelm Cornides, ein Unteroffizier der Wehrmacht, war im Sommer 1942 in Galizien stationiert. Wie er in einer Tagebucheintragung vom 31. August schreibt, hatte er auf dem Bahnhof in Rawa Ruska auf einen Zug gewartet, als ein anderer Zug einfuhr, der in 38 Viehwaggons Juden beförderte. Cornides fragte einen Polizisten, wo die Juden herkämen. «Das sind wahrscheinlich die letzten von Lemberg», antwortete der Polizist. «Das geht jetzt schon seit 3 Wochen ununterbrochen so. In Jaroslau haben sie nur 8 übriggelassen, kein Mensch weiss warum.» Cornides fragte: «Wie weit fahren die noch?» Der Polizist antwortete: «Nach Belzec.» «Und dann?» «Gift.» Cornides fragte: «Gas?» Der Polizist zuckte mit den Achseln. Dann sagte er nur noch: «Am Anfang haben sie sie, glaube ich, immer erschossen.»

Später, in seinem Abteil, kam Cornides ins Gespräch mit der Frau eines Bahnpolizisten, die ihm erzählte, «dass diese Transporte jetzt täglich durchkommen, manchmal auch mit deutschen Juden». Cornides fragte: «Wissen denn die Juden, was mit ihnen geschieht?» Die Frau antwortete: «Die, die von weiterher kommen, werden wohl nichts wissen, aber hier in der Nähe wissen sie es schon.» Nach Auskunft der Frau lag das Lager Belzec direkt an der Bahn; sie versprach, es Cornides zu zeigen, wenn sie vorbeiführen.

In Cornides' Eintragung heisst es dann: «18 Uhr 20: Wir sind am Lager Belzec vorbeigefahren. Vorher ging es längere Zeit durch hohe Kiefernwälder. Als die Frau rief: ‚jetzt kommt es‘, sah man nur eine hohe

Hecke von Tannenbäumen. Ein starker süßlicher Geruch war deutlich zu bemerken. ‚Die stinken ja schon‘, sagte die Frau. ‚Ach Quatsch, das ist ja das Gas‘, lachte der Bahnpolizist [der zu ihnen ins Abteil gekommen war]. Inzwischen – wir waren ungefähr 200 Meter gefahren – hatte sich der süßliche Geruch in einen scharfen Brandgeruch verwandelt. ‚Das ist vom Krematorium‘, sagte der Polizist. Kurz darauf hörte der Zaun auf. Man sah ein Wachhaus mit SS-Posten davor.›¹

Ende August 1942 hatten die deutschen Armeen an der Ostfront die Ölfelder und die (zerstörten) Raffinerien von Maikop sowie weiter südlich die Hänge des Kaukasus erreicht; bald sollte dann die deutsche Fahne auf dem Elbrus, dem höchsten Gipfel Europas, wehen. Zu gleicher Zeit näherte sich die 6. Armee des Generals Paulus den äusseren Verteidigungsanlagen von Stalingrad; am 23. August erreichte sie nördlich der Stadt die Wolga. Im Norden wurde für Anfang September ein neuer Angriff geplant, um die Verteidigungslinien von Leningrad zu durchbrechen. Ungeachtet solcher eindrucksvollen Vorstösse wurde jedoch die militärische Lage der Deutschen an der Ostfront immer prekärer. In der Mitte und im Süden waren die Armeen weit auseinandergezogen, ihre Nachschublinien mittlerweile gefährlich überdehnt. Anstatt jedoch auf die Warnungen seiner Generäle zu hören, beharrte Hitler hartnäckig auf dem weiteren Vormarsch.

Der verhängnisvolle Umschwung kam plötzlich, im Laufe weniger Wochen. Am 23. Oktober 1942 griff die britische Armee bei El-Alamein an; innerhalb weniger Tage befand sich Rommel in vollem Rückzug. Die Deutschen wurden erst aus Ägypten, dann aus Libyen vertrieben. Das Debakel des Afrika-Korps sollte, wenngleich nur für kurze Zeit, erst an der tunesischen Grenze ein Ende finden. Am 7. November landeten amerikanische und britische Truppen in Marokko und Algerien. Am 11. November reagierten die Deutschen auf die Landungen der Alliierten mit der Besetzung Vichy-Frankreichs und schickten Truppen nach Tunesien, während die Italiener ihr Besatzungsgebiet im Südosten Frankreichs etwas vergrösserten. Das eigentliche Drama entwickelte sich jedoch an der Ostfront.

Die Schlacht um Stalingrad hatte in den letzten Augusttagen nach verheerenden deutschen Bombenangriffen auf die Stadt begonnen, denen etwa 40'000 Zivilisten zum Opfer gefallen waren. Stalin hatte seinen brilliantesten Strategen, Marschall Georgij Schukow, als Befehlshaber der Front von Stalingrad eingesetzt. Im Oktober hatte sich die Schlacht zu einem Häuserkampf entwickelt, der in den Gerippen von Gebäuden, den Ruinen von Fabriken und den Überresten von Getreidesilos geführt wurde. Und während Paulus verzweifelt versuchte, das Stadtzentrum einzunehmen und die Wolga zu erreichen, sammelten sich unbemerkt an beiden Flanken der 6. Armee sowjetische Divisionen. Am 19. November unternahm die Rote Armee einen Gegenangriff, und kurz darauf zerschlug die sowjetische Zangenbewegung die deutsche Nachhut an ihrer schwächsten, von rumänischen Truppen besetzten Stelle. Paulus' Armee war abgeschnitten. Eine zweite sowjetische Offensive vernichtete einen Verband italienischer und ungarischer Einheiten: Die Einkreisung war komplett.

Hitler befahl zwar einen hastigen Rückzug vom Kaukasus, weigerte sich aber eisern, Stalingrad aufzugeben. Bald wurde die Schlacht um die Stadt von Millionen Menschen in aller Welt als Zeichen für Sieg oder Niederlage in diesem Krieg angesehen. Ende des Jahres war die 6. Armee dem Untergang geweiht. Gleichwohl verwarf der NS-Führer immer noch Paulus' Bitte, ihm die Kapitulation zu gestatten: Soldaten und Befehlshaber hatten, so wurde dem frisch beförderten Feldmarschall erklärt, Widerstand bis zum letzten zu leisten und den Heldentod zu sterben. Am 2. Februar 1943 stellte die 6. Armee die Kämpfe ein. Sie hatte 200'000 Mann verloren; 90'000 Soldaten, darunter Paulus und seine Generäle, kamen in Gefangenschaft.

Zusätzlich verschlimmert wurden die deutschen Niederlagen in Nordafrika und an der Ostfront durch die rasche Ausweitung der britischen und amerikanischen Bombardements: Die deutsche Industrieproduktion verlangsamte sich nicht, aber der Verlust von Menschen, Wohnhäusern und ganzen Stadtvierteln begann den Glauben der Bevölkerung an den Sieg zu unterminieren. Gleichzeitig wurde der Partisanenkrieg in den besetzten Gebieten Osteuropas und auf dem Balkan zunehmend bedrohli-

cher, während sich im Westen immer mehr Widerstandsnetze bildeten, die jetzt auch kühner agierten.

Unterdessen setzten sich Hitlers Ausfälle gegen die Juden mit unveränderter fanatischer Besessenheit fort. Die Themen waren dieselben wie bisher. Immer wieder tauchte die «Prophezeiung» als ein Mantra auf, das hier und da mit minimalen Abwandlungen verwendet wurde. So versah Hitler seine Vernichtungsdrohung in der Sportpalastrede vom 30. September zur Eröffnung des Winterhilfswerks mit einer besonders sadistischen Note. «Die Juden haben einst auch in Deutschland über meine Prophezeiungen gelacht. Ich weiss nicht, ob sie auch heute noch lachen oder ob ihnen nicht das Lachen bereits vergangen ist. Ich kann aber auch jetzt nur versichern: Es wird ihnen das Lachen überall vergehen. Und ich werde auch mit diesen Prophezeiungen Recht behalten.»²

Manche Juden verstanden, was der verrückte deutsche Messias verkündete. ‚Das Judentum wird ausgerottet‘, sagte Hitler gestern in seiner Rede [im Sportpalast]. Das war fast alles, was er in seiner Rede sagte«, kommentierte Sebastian am 1. Oktober.³ Einen Tag später notierte Klemperer: «Hitlers Rede zum Beginn des Winterhilfswerkes. Seine alte Leier masslos übersteigert. ... Nicht dass ein Wahnsinniger in immer stärkerer Tobsucht tobt, sondern dass Deutschland das hinnimmt, nun schon im zehnten Jahr und im vierten Jahr des Krieges, und dass es sich immer weiter ausbluten lässt, ist so grauenhaft.»⁴

Während seines Besuchs in Auschwitz am 17. Juli 1942 beobachtete Himmler im Lager die Ermordung eines Transports von Juden aus den Niederlanden. Einige Tage später kam ein Befehl vom Reichsführer, «wonach sämtliche Massengräber freizulegen und die Leichen zu verbrennen seien. Ebenso sollte die Asche so beseitigt werden, dass man in späterer Zeit keinerlei Rückschlüsse über die Zahl der Verbrannten ziehen könne.»⁵

Während dieser Julitage des Jahres 1942 erreichte der deutsche Feldzug gegen die Juden Europas sein volles Ausmass. Im Frühjahr und Frühsommer hatte sich der Vernichtungsprozess – nach der Dezimierung eines Teils der jüdischen Bevölkerung des Warthegaus, des Ghettos von Lodz und der besetzten Gebiete der Sowjetunion – auf die Juden aus dem

Reich, aus der Slowakei sowie, von Distrikt zu Distrikt fortschreitend, aus dem Generalgouvernement mit Ausnahme von Warschau ausgeweitet. In der zweiten Julihälfte begannen die Deportationen aus den Niederlanden und Frankreich, und darauf folgte Warschau, alles im Abstand von wenigen Tagen. Im August waren die Juden Belgiens an der Reihe. Im Generalgouvernement wurde während der Ermordung der Juden Warschaus ein grosser Teil der jüdischen Bevölkerung von Lemberg abtransportiert. In den ersten Septembertagen zielten grosse Aushebungen wieder auf die Juden von Lodz, und während der ganzen Zeit gingen die Deportationen aus dem Westen weiter. Offenbar hatte sich die «Endlösung» ungeachtet aller unvorhergesehenen politischen, technischen und logistischen Probleme in eine reibungslos funktionierende massenmörderische Organisation von fürchterlichem Ausmass verwandelt. Was immer es im Hinblick auf die Kontrolle über verschiedene Aspekte der Vernichtung für Fehden zwischen verschiedenen Stellen und Personen innerhalb der SS oder zwischen der SS und den Parteifunktionären gegeben haben mag, nichts deutet darauf hin, dass diese Spannungen irgendwelche Auswirkungen auf den Fortgang des Vernichtungsfeldzugs hatten.

In den Niederlanden ermöglichte es die penible Registrierungsarbeit des dortigen Volkszählungsbüros, der deutschen Zentralstelle und des Judenrats, am 4. Juli an 4'000 Juden (hauptsächlich Flüchtlinge), die aus den auf den neuesten Stand gebrachten Listen ausgewählt worden waren, Aufforderungen zu verschicken. Um das Soll zu erfüllen, veranstalteten die Deutschen am 14. Juli in Amsterdam eine überraschende Polizeirazzia; dabei wurden 700 weitere Juden festgenommen. Die niederländische Polizei übertraf die deutschen Erwartungen, wobei Sybren Tulp an jeder Aushebung persönlich teilnahm. Ausserdem war im Mai 1942 eine Einheit der Freiwilligen Hilfspolizei geschaffen worden, die etwa 2'000 Mann umfasste. Diese einheimischen Polizeikollaborateure wetteiferten mit den Deutschen in schierem Sadismus und Brutalität; die Mehrzahl der Spione, die erkleckliche Summen einstrichen, wenn sie untergetauchte Juden denunzierten, kam aus ihren Reihen.

Anscheinend hatten die Deutschen den Judenrat schon Anfang März 1942 davon in Kenntnis gesetzt, dass Juden in Arbeitslager im Osten geschickt werden würden. Der Rat glaubte allerdings, dass es sich bei den Deportierten ausschliesslich um deutsche Juden handeln werde, und so unternahm er nichts. Ende Juni war er entsetzt, als er erfuhr, dass auch niederländische Juden deportiert werden würden. Ferdinand aus der Fünften, der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Den Haag, wählte dann die übliche Methode: Einige niederländische Juden würden (vorläufig) nicht abtransportiert werden, und dem Rat würde gestattet werden, eine gewisse Anzahl von Ausnahmebescheinigungen zu verteilen. Die Deutschen wussten, dass sie sich auf die Gefügigkeit derjenigen verlassen konnten, die nicht unmittelbar bedroht waren. Der Rat stellte die Liste von 17'500 privilegierten Juden zusammen, die er befreien konnte: Diese hatten besondere Stempel auf ihren Personalausweisen. Gertrud van Tijn schreibt: «Als die ersten Stempel ausgegeben wurden, waren die Szenen beim Judenrat ganz unbeschreiblich. Türen wurden eingedrückt, das Personal des Rates wurde attackiert, und oft musste die Polizei gerufen werden. ... Die Stempel wurden schnell zu einer fixen Idee bei jedem Juden.»⁶ In den meisten Fällen waren die Entscheidungen des «Befreiungskomitees» durch Günstlingswirtschaft und Korruption beeinflusst.

«Die Juden erzählen einander hier nette Dinge: dass man in Deutschland eingemauert oder durch Giftgas ausgerottet wird. Es ist nicht sehr vernünftig, solche Geschichten weiterzuerzählen.»⁷ Diese Eintragung vom 11. Juli in Etty Hillesums Tagebuch zeigt, dass in Amsterdam bedrohliche Gerüchte über «Polen» im Umlauf waren, als die Deportationen begannen; sie zeigt auch, dass weder Hillesum noch die meisten anderen Juden ihnen wirklich Glauben schenkten.

Von sofortiger Deportation waren ausländische Flüchtlinge wie etwa die Franks bedroht. Am 5. Juli erhielt Annes ältere Schwester Margot die Aufforderung, sich bei der Sammelstelle zu melden. Am darauffolgenden Tag waren die Franks, unterstützt von dem treuen niederländischen Paar Miep und Jan Gies, auf dem Weg in ein sorgfältig vorbereitetes Versteck, einen Dachboden in dem Gebäude, in dem sich Otto Franks

Büro befand. Margot und Miep entfernten sich zuerst. Anne sorgte dafür, dass Nachbarn ihre Katze aufnahmen, und am 6. Juli früh um 7 Uhr 30 verliessen die Franks ihre Wohnung. «So gingen wir dann im strömenden Regen», notierte Anne am 9. Juli, «Vater, Mutter und ich, jeder mit einer Schul- und Einkaufstasche, bis obenhin vollgestopft mit den unterschiedlichsten Sachen. Die Arbeiter, die früh zu ihrer Arbeit gingen, schauten uns mitleidig nach. In ihren Gesichtern war deutlich das Bedauern zu lesen, dass sie uns keinerlei Fahrzeug anbieten konnten. Der auffallende gelbe Stern sprach für sich selbst.»⁸

Die Empörung, welche die niederländische Bevölkerung anfangs über die Verfolgung der Juden durch die Deutschen zum Ausdruck gebracht hatte, war 1942 weitgehend einer passiven Haltung gewichen. Die niederländische Exilregierung forderte ihre Landsleute nicht dazu auf, den Juden zu helfen, als die Deportationen begannen, auch wenn «Radio Oranje» zweimal, Ende Juni und im Juli 1942, Informationen über die Vernichtungen in Polen brachte, die zuvor von der BBC gesendet worden waren. Diese Berichte machten weder auf die Bevölkerung noch auch auf die Juden irgendeinen nachhaltigen Eindruck. Das Schicksal der polnischen Juden war eine Sache, das Schicksal der Juden der Niederlande war eine ganz andere.

Einige Proteste gegen die Deportationen gab es gleichwohl. Am 11. Juli unterzeichneten alle führenden Vertreter der grossen Kirchen einen Brief an Seyss-Inquart. Zuerst versuchten es die Deutschen mit «Entgegenkommen»: Sie versprachen Ausnahmen für einige getaufte Juden. Anfangs gaben die Kirchen nicht nach: Die bedeutendste protestantische Kirche, die Reformierte Kirche (Hervormde Kerk), schlug vor, den Brief am Sonntag, dem 26. Juli, öffentlich verlesen zu lassen. Die Führer der katholischen und der calvinistischen Kirche stimmten zu. Als die Deutschen mit Vergeltungsmassnahmen drohten, wurde die Führung der Reformierten Kirche schwankend, während die katholischen Bischöfe beschlossen, an ihrem Vorhaben festzuhalten. Zur Vergeltung dafür verhafteten die Deutschen in der Nacht vom 1. zum 2. August die Mehrzahl der katholischen Juden und schickten sie nach Westerbork. 92 katholische Juden wurden schliesslich nach Auschwitz deportiert, unter ihnen die

1998 heiliggesprochene Philosophin und Karmeliternonne Edith Stein.

Bald nach Beginn der Deportationen wurden Kinder aus dem zentralen Sammel- und Abfertigungsgebäude, der Hollandsche Schouwburg (umbenannt in Joodsche Schouwburg), in ein Nebengebäude auf der anderen Strassenseite (die Crèche), ein Betreuungszentrum, das vorwiegend Kinder aus der Arbeiterklasse aufnahm, verlegt. Da gelang es zwei Mitgliedern des Judenrats, Walter Süskind und Felix Halvestad, sich Zugang zu einem Teil der Akten der Kinder zu verschaffen und sie zu vernichten. Kinder, die auf diese Weise ihrer administrativen Identität beraubt waren, wurden mit Hilfe der niederländischen Direktorin Henriette Rodriguez-Pimental nach und nach aus der Crèche herausgeschmuggelt; man übergab sie verschiedenen geheimen Netzwerken, denen es gewöhnlich gelang, für sie sichere Unterbringungsmöglichkeiten bei niederländischen Familien zu finden. Auf diese Weise wurden Hunderte von Kindern gerettet.

Jüdische Erwachsene stiessen auf weitaus grössere Schwierigkeiten, wenn sie sich in der Bevölkerung verstecken wollten. Die Ablehnung, mit der sie es zu tun hatten, könnte durch Angst, durch traditionellen Antisemitismus oder «staatsbürgerlichen Gehorsam» bedingt gewesen sein. Von Anfang an gab es jedoch kleine Netzwerke von Menschen, die sich gegenseitig kannten und vertrauten, die meist einen gemeinsamen religiösen Hintergrund (calvinistisch oder katholisch) hatten und die ungeachtet der damit verbundenen Gefahren Juden aktive Hilfe leisteten. Die beschränkte Reichweite der Aktionen an der Basis hat man darauf zurückgeführt, dass es trotz einer Reihe mutiger Proteste keine aktive Führung von Seiten der niederländischen Kirchenoberen gab.

Anfang 1943 begannen die Deutschen, die etwa 8'000 jüdischen Patienten in verschiedenen Krankenhäusern und darunter auch die Psychiatriepatienten von Het Apeldoornse Bos zu verhaften. Die Patienten wurden entsetzlich verprügelt und auf Lastwagen gestossen. «Ich sah, wie sie eine Reihe von Patienten», erklärte ein Augenzeuge, «darunter viele ältere Frauen, auf Matratzen auf die Ladefläche eines Lastwagens packten und auf sie dann eine weitere Ladung menschlicher Leiber legten.

Diese Lastwagen waren so vollgestopft, dass es den Deutschen schwer fiel, die Ladeklappen zu schliessen.»⁹ Die Lastwagen brachten die Patienten zum abgeriegelten Bahnhof Apeldoorn.

Ein niederländischer Jude beschrieb die Ankunft des Transports in Auschwitz: «Es war einer der entsetzlichsten Transporte aus Holland, die ich gesehen habe. Viele der Patienten versuchten, die Barriere zu durchbrechen, und würden erschossen. Die übrigen wurden sofort vergast.»¹⁰ Über das Schicksal der 50 jüdischen Krankenschwestern, die den Transport begleitet hatten, gibt es widersprüchliche Berichte. Einige erklären, sie seien ins Lager geschickt worden; nach Aussagen anderer wurden sie vergast; ein weiterer Zeuge behauptet: «Einige von ihnen wurden in eine Grube geworfen, mit Benzin übergossen und bei lebendigem Leibe verbrannt.»¹¹ Aus der Fünften hatte ihnen versprochen, sie könnten nach der Fahrt sofort wieder zurückkehren oder aber in einer ganz modernen psychiatrischen Klinik im Osten arbeiten.

Anfang 1943 errichteten die Deutschen das Arbeitslager Vught, das es den Juden angeblich ermöglichen sollte, als Zwangsarbeiter in den Niederlanden zu bleiben. Das war eine ausgeklügelte «legale» Option, um der Deportation zu entgehen; der Rat befürwortete sie nachdrücklich, und die gehorsamen niederländischen Juden machten mit. Selbstverständlich war auch dies ein weiteres deutsches Betrugsmanöver, und die Häftlinge aus Vught wurden systematisch nach Westerbork verlegt oder in mehreren Fällen direkt in den Osten deportiert.

«In den Zeitungen werden neue Massnahmen gegen die Juden angekündigt», notierte Jacques Biélinky am 15. Juli 1942 in Paris. «Ihnen wird der Zutritt zu Restaurants, Cafés, Kinos, Theatern, Konzertsälen, Variétés, Schwimmbädern, Stränden, Museen, Bibliotheken, Ausstellungen, Schlössern, historischen Denkmälern, Sportveranstaltungen, Rennen, Parks, Zeltplätzen und sogar zu Telefonzellen, Jahrmärkten usw. untersagt. Es geht das Gerücht, dass man jüdische Männer und Frauen im Alter von 18 bis 45 Jahren zu Zwangsarbeit nach Deutschland schicken wird.»¹² Am gleichen Tag, am Vorabend der Aktion in Paris, fanden in den Provinzen der besetzten Zone die ersten Verhaftungen «staatenloser» Juden statt.

Am 16. Juli um 4 Uhr früh begann die von Deutschen und Franzosen organisierte Festnahme von 27'000 «staatenlosen» Juden, die in der Hauptstadt und ihren Vororten lebten. 50 städtische Autobusse standen bereit und ebenso 4'500 französische Polizisten. Deutsche Einheiten waren an den Festnahmen nicht beteiligt. Da sich Gerüchte über die bevorstehenden Razzien verbreitet hatten, waren viele potentielle Opfer (meist Männer) untergetaucht. Bis zum Nachmittag des 17. Juli hatte man 3'031 jüdische Männer, 5'802 Frauen und 4'051 Kinder verhaftet; die Gesamtzahl der festgenommenen Juden belief sich schliesslich auf 13'152. Unverheiratete Personen oder kinderlose Paare schickte man direkt nach Drancy; die anderen – 8'160 Männer, Frauen und Kinder – wurden in einer grossen Radrennbahn, dem Vélodrome d'Hiver (Vél d'Hiv), gesammelt. Im Vel d'Hiv war nichts vorbereitet, es gab weder Essen noch Wasser, keine Toilette und auch keine Betten oder Bettzeug irgendwelcher Art. Drei bis sechs Tage lang erhielten Tausende von unglücklichen Geschöpfen ein bis zwei Portionen Suppe pro Tag. Zwei jüdische Ärzte und ein Arzt des Roten Kreuzes waren anwesend. Die Temperatur sank nie unter 37 Grad Celsius. Schliesslich wurden die Juden aus dem Vel d'Hiv vorübergehend nach Pithiviers und Beaune-la-Rolande geschickt, in Lager, welche gerade von den Häftlingen geräumt worden waren, die man im Juni deportiert hatte.

Die Verhaftungsaktion hatte nicht die gewünschten Ergebnisse erzielt. Um Drancy voll mit Juden besetzt zu halten, die zur Deportation bereitstanden, mussten die Festnahmen staatenloser Juden auf die Vichy-Zone ausgedehnt werden, wie es die französische Regierung zugestanden hatte. Die Hauptoperation, wiederum ausschliesslich von französischen Kräften durchgeführt, fand vom 26. bis 28. August statt; etwa 7'100 Juden wurden ergriffen. Am Jahresende hatte man 42'500 Juden aus Frankreich nach Auschwitz deportiert.

Bis Mitte 1943 blieb Drancy unter französischer Hoheit. Das Hauptziel für die Lagerverwaltung bestand weiterhin darin, das Soll zu erfüllen, das die Deutschen für jeden abgehenden Transport vorgegeben hatten. «Im Hinblick auf unsere gegenwärtige Verpflichtung, am Montag eintausend Deportierte bereitzustellen», schrieb ein französischer Poli-

zeibeamter am 12. September 1942, «müssen wir bei diesen Abfahrten zumindest in Reserve die Eltern von kranken [Kindern] einbeziehen und ihnen mitteilen, dass sie möglicherweise ohne ihre Kinder deportiert werden, die im Krankenhaus bleiben.»¹³

Am 11. August teilte Untersturmführer Horst Ahnert aus Danneckers Büro dem RSHA mit, er plane wegen der vorübergehenden Stockung bei den Festnahmen, die in den Lagern Beaune-la-Rolande und Pithiviers gesammelten Kinder nach Drancy zu schicken, und er bat um die Genehmigung aus Berlin. Am 13. erteilte Günther seine Zustimmung, warnte Ahnert aber davor, ausschliesslich aus Kindern bestehende Transporte auf die Reise zu schicken.

Die Ankunft dieser Kinder im Alter von 2 bis 12 Jahren war es wahrscheinlich, die der Drancy-Häftling George Wellers nach dem Krieg schilderte: «Sie wurden mitten auf dem Hof wie kleine Tiere aus den Bussen ausgeladen. ... Die älteren Kinder hielten die jüngeren fest und liessen sie nicht los, bis sie die ihnen zugewiesenen Plätze erhalten hatten. Auf den Treppen trugen die grösseren Kinder keuchend die kleineren bis in den vierten Stock. Dort blieben sie ängstlich zusammengedrängt. ... Als das Gepäck ausgeladen war, kehrten die Kinder in den Hof zurück, aber die meisten der jüngeren konnten ihre Sachen nicht finden; als sie nach ihrer erfolglosen Suche wieder in ihre Zimmer zurückwollten, wussten sie nicht mehr, in welchen Raum man sie eingewiesen hatte.»¹⁴

Anfang 1943 nahm die Zahl der ausländischen Juden in Frankreich rapide ab, und das wöchentliche Soll von Deportierten wurde nicht mehr erfüllt. Daraufhin entschlossen sich die Deutschen zum nächsten Schritt: Pétain und Laval wurden jetzt dazu gedrängt, die Einbürgerungen von Juden, die nach 1927 stattgefunden hatten, rückgängig zu machen. Dies war der Punkt, an dem sich Laval, wie wir sehen werden, unerwarteterweise die Sache anders überlegte, nachdem er zunächst zugestimmt hatte.

Die unmittelbare Reaktion der Mehrzahl der einfachen französischen Bürger auf die Verhaftungen war in beiden Zonen unverkennbar negativ. Sie führte zwar nicht zu organisierten Protesten, erhöhte aber doch die Bereitschaft, Juden zu helfen, die auf der Flucht waren. Empfindungen von Mitleid angesichts der unglücklichen Opfer, vor allem wenn es sich

um Frauen und Kinder handelte, verbreiteten sich, wenngleich nur für kurze Zeit; das grundlegende Vorurteil gegenüber den Juden aber verschwand, wie schon erwähnt, nicht. «Die Verfolgung der Juden», hiess es in einem Bericht eines Vertreters der Resistance vom Februar 1943, «hat die Franzosen in ihren humanen Grundsätzen zutiefst verletzt; sie hat sogar die Juden gelegentlich fast sympathisch werden lassen. Es lässt sich jedoch nicht leugnen, dass es eine Judenfrage gibt. ... Die Regierung Blum, in der jüdische Elemente in der Überzahl waren, und das Eindringen Zehntausender von ausländischen Juden nach Frankreich hat im Lande einen Verteidigungsmechanismus hervorgerufen. Die Leute würden alles dafür geben, damit sich eine derartige Invasion nicht wiederholt.»¹⁵ Mehrere andere Berichte aus ähnlichen Quellen behandelten fast genau dieselben Punkte.

Die Versammlung der französischen Kardinäle und Erzbischöfe trat am 21. Juli 1942, weniger als eine Woche nach der Razzia, in Paris zusammen. Am darauffolgenden Tag sandte Emmanuel Kardinal Suhard im Namen der Versammlung an den Marschall einen Protestbrief. Er war der erste offizielle Protest der katholischen Kirche von Frankreich, der die Verfolgung der Juden betraf: «Tief erschüttert durch die Nachrichten, die uns über die massenhaften Verhaftungen von Israeliten erreichen, welche in der letzten Woche stattgefunden haben, ... können wir den Ruf unseres Gewissens nicht unterdrücken. Unsere Stimme erhebt sich im Namen der Menschlichkeit und der christlichen Grundsätze, um für die unveräusserlichen Rechte von Menschen Protest einzulegen.»¹⁶

Der päpstliche Nuntius in Vichy, Monsignore Valerio Valeri, hielt den Brief für ziemlich «platonisch». Helbronner war ebenfalls dieser Ansicht und bestürmte seinen Freund Jules-Marie Gerlier, persönlich bei Pétain zu intervenieren. Nachdem sich der Kardinal von Lyon eine Zeitlang geziert hatte, erklärte er sich bereit, dem Marschall einen Brief zu schreiben, und das tat er dann am 19. August. Ebenso wie Suhard vor ihm formulierte Gerlier sein Ansinnen aber so gewunden, dass Pétain und Laval daraus nur den Schluss ziehen konnten, die Kirche von Frankreich werde letztlich auf jede energische Konfrontation verzichten. Ungeachtet des Versprechens, das er Helbronner gegeben hatte, bat der Kardinal

nicht um ein Treffen mit Pétain. Einige Monate zuvor hatte es Gerlier jedoch zugelassen, dass in seiner Diözese eine Vereinigung zur Hilfe für Juden (*Amitiés Judéo-Chrétiennes*) gegründet wurde, die von Abbe Alexandre Glasberg (der jüdischer Abstammung war) und dem Jesuitenpater Pierre Chaillot geleitet wurde; im August 1942 intervenierte er zugunsten dieses Paters Chaillot, den man verhaftet hatte, weil er 84 jüdische Kinder versteckt hatte.

Vor diesem Hintergrund liess am 30. August 1942 der Erzbischof von Toulouse, Jules-Gérard Saliège, in allen Kirchen seiner Diözese einen Hirtenbrief verlesen, in dem er die Verhaftungen und Deportationen anprangerte: «Dass man Kinder, dass man Frauen, Väter und Mütter wie eine Herde niedrigen Viehs behandelt, dass man Angehörige einer und derselben Familie auseinanderreisst und mit unbekanntem Ziel verlädt, dieses traurige Schauspiel blieb unserer Zeit vorbehalten. ... Die Juden sind Männer. Die Jüdinnen sind Frauen. Die Ausländer sind Männer, die Ausländerinnen sind Frauen. Nicht alles darf man ihnen antun, diesen Männern und diesen Frauen, diesen Familienvätern und Familienmüttern. Sie gehören zum menschlichen Geschlecht.»¹⁷

Diesen Hirtenbrief Salièges muss man in seinem Kontext sehen. Ohne Zweifel brachte er die spontane moralische Reaktion des Erzbischofs auf die Festnahmen ausländischer Juden in der Vichy-Zone zum Ausdruck, aber zugleich erfüllte er auch einen taktischen Zweck. Anscheinend war er dem Prälaten aus Toulouse von Emissären aus Lyon vorgeschlagen worden. Mit anderen Worten, während die Versammlung französischer Kardinäle und Erzbischöfe gelähmt war, wurde Saliège ebenso wie kurze Zeit später der Bischof von Montauban zu ihrer Stimme. Die Bischofsversammlung wusste wahrscheinlich, dass man diese individuellen Proteste als allzu marginal ansehen würde, als dass sie zu einer offiziellen Vergeltung führen würden; aber sie würden es gestatten, das Gesicht zu wahren: Die Kirche von Frankreich hatte nicht geschwiegen.

Gelegentlich war die Unterstützung kollektiv, bemerkenswert durch ihr Ausmass und nicht weniger bemerkenswert durch das Fehlen irgendwelcher Bekehrungsabsichten. So verhielt es sich in der französischen protestantischen Gemeinde Le Chambon-sur-Lignon, einem Dorf in den

Cevennen, unter der Leitung ihres Pastors André Trocmé und seiner Familie. Das ganze Dorf beteiligte sich an diesem ausserordentlichen Wagnis, und schliesslich versteckten sie zum einen oder anderen Zeitpunkt während des gesamten Zeitraums tatsächlich Hunderte oder möglicherweise Tausende von Juden. Es bedurfte eines von Vichy entsandten protestantischen Polizeibeamten, um einen Teil der Versteckaktion aufzudecken und für die Deportation aller jungen jüdischen Schützlinge des Kinderheims Maison des Roches mitsamt ihrem Direktor Daniel Trocmé zu sorgen.

In Belgien waren die üblichen deutschen Verfügungen ebenso angewendet worden wie in Frankreich und den Niederlanden und auch etwa um dieselbe Zeit. Doch der Militärbefehlshaber General Alexander von Falkenhausen und der Chef der Zivilverwaltung Eggert Reeder waren besorgt, die Deportationen, die ebenfalls für Juli angesetzt waren, könnten in der Bevölkerung Unruhe hervorrufen.

Ein Bericht, den der Gesandte Werner von Barga, der Beauftragte des Aussenministeriums beim militärischen Oberkommando in Brüssel, am 9. Juli an die Wilhelmstrasse sandte, zeichnete ein im Allgemeinen zutreffendes Bild der Lage: «Bedenken gegen Massnahme könnten sich einmal daraus ergeben, dass Verständnis für Judenfrage hier noch nicht sehr verbreitet und Juden belgischer Staatsangehörigkeit in Bevölkerung als Belgier angesehen werden. Massnahme könnte daher als Beginn allgemeiner Zwangsverschickung [zur Arbeit in Deutschland] ausgelegt werden. Auf der anderen Seite sind Juden weitgehend in hiesigen Wirtschaftsprozess eingegliedert, so dass Schwierigkeiten auf Arbeitsmarkt befürchtet werden können. Militärverwaltung glaubt jedoch, Bedenken zurückstellen zu können, wenn Verschickung belgischer Juden vermieden wird. Es werden daher zunächst polnische, tschechische, russische und sonstige Juden ausgewählt werden, womit das Soll theoretisch erreicht werden könnte.»¹⁸

Himmler hatte keine Bedenken, der Verschiebung der Deportation von Juden belgischer Staatsangehörigkeit zuzustimmen, da er wusste, dass sie kaum 6 Prozent der 57'000 Juden ausmachten, die von der Sicherheitspolizei registriert waren. Am 4. August 1942 verliess der erste Transport ausländischer Juden Malines (Flämisch: Mechelen) in Rich-

tung Auschwitz. Paradoxerweise sollten jedoch die Ereignisse in Belgien einen etwas anderen Verlauf nehmen als beispielsweise in den benachbarten Niederlanden. Vom Beginn des deutschen Überfalls wurden Juden wie Nichtjuden überrascht, und ein Drittel der belgischen Judenheit wurde während der ersten beiden Monate der Operation in den Tod geschickt. Während jedoch bis November 1942 etwa 15'000 Juden deportiert wurden, hatten die Aushebungen durch die Deutschen während der darauffolgenden Monate schon sehr bald immer weniger Erfolg: Vor der Befreiung des Landes wurden ungefähr 10'000 weitere Juden deportiert. Etwa die Hälfte der jüdischen Bevölkerung des Landes überlebte den Krieg.

Ungeachtet starker Vorurteile gegen Juden und besonders gegen die sehr grosse Zahl ausländischer Juden führten zwei Faktoren dazu, dass in Belgien der Prozentsatz der Geretteten bei Weitem höher lag als in den vergleichsweise wenig antisemitischen Niederlanden, die die Heimat einer überwältigenden Mehrheit alteingesessener niederländischer Juden waren: die spontane Reaktion der Bevölkerung und das Engagement belgischer Widerstandsorganisationen. Es ist keine Frage, dass auf allen Ebenen der Gesellschaft Rettungsaktionen grossen Stils stattfanden, die von «einfachen Belgiern» initiiert wurden. Die Frage, die unbeantwortet bleibt – und wahrscheinlich nicht zu beantworten ist-, bezieht sich auf das Ausmass des Einflusses der katholischen Kirche und ihrer Institutionen auf diese Woge von Mitleid und Nächstenliebe. Dass katholische Institutionen in der Tat Juden, besonders jüdische Kinder, versteckt haben, ist gut dokumentiert; ob diese Institutionen und vor allem die einfache katholische Bevölkerung auf die Ermutigungen und Anweisungen der Kirchenhierarchie reagierten oder lediglich ihren eigenen Gefühlen folgten, bleibt ebenso unklar wie die Frage, ob Erinnerungen an deutsche Brutalitäten im Ersten Weltkrieg eine Rolle gespielt haben.

Die aktive Kooperation zwischen einer rasch gegründeten jüdischen Untergrundorganisation (*Comité de Défense des Juifs* [CDJ]) und den belgischen Widerstandsorganisationen führte dazu, dass etwa 25'000 Juden versteckt wurden. Diese Zusammenarbeit wurde dadurch erleichtert, dass von Anfang an eine beträchtliche Zahl ausländischer jüdischer

Flüchtlinge auf die eine oder andere Weise der belgischen kommunistischen Partei oder linkszionistischen Organisationen anhing, vor allem der kommunistischen Organisation für ausländische Arbeiter, *Main d' Œuvre Immigrée* (MOI), die im belgischen Widerstand grossen Einfluss hatte.

Im Osten nahmen unterdessen die Deportationen und Massenmorde immer grössere Ausmasse an. Mitte Juli traf Hermann Höfle, Globocniks wichtigster Deportations- und Vernichtungsexperte, mit einer Gruppe von «Spezialisten» aus Lublin in Warschau ein. Am 20. Juli entschloss sich Czerniaków, der von verbreiteten Gerüchten über bevorstehende Deportationen Kenntnis hatte, bei seinen langjährigen deutschen «Gesprächspartnern» Informationen einzuholen; wiederholt erklärte man ihm jedoch, die Gerüchte seien «Quatsch» und «Unsinn». Am 21. Juli verhaftete man mehrere Mitglieder des Rates und ebenso auch andere prominente Juden in der Ghettoverwaltung als Geiseln. Am nächsten Morgen, am 22. Juli, wurde der Eingang zum Gebäude des Rats von einigen Autos der SS blockiert; die Ratsmitglieder und die Leiter aller Abteilungen versammelten sich in Czerniakóws Büro, und Höfle erschien mit einem kleinen Gefolge. Höfle kündigte an, die Deportationen würden in wenigen Stunden beginnen. Czerniaków versuchte, über einige Ausnahmen zu verhandeln, aber er erhielt keinerlei Zusicherungen. Am 23. schrieb er in sein Tagebuch: «Morgens Gemeinde. Worthoff vom Umsiedlungsstab erschien, mit dem ich eine Reihe von Fragen besprach. ... Auf die Frage, wie viele Tage in der Woche die Aktion in Gang sein wird, antwortete man, 7 Tage in der Woche. In der Stadt drängt sich alles, Werkstätten zu eröffnen. Eine Nähmaschine kann das Leben retten. 3 Uhr. Bis jetzt sind 4'000 abfahrtsbereit. Bis 4 haben es laut Befehl 9'000 zu sein.»¹⁹ Am Nachmittag des 23. begannen die polnischen und litauischen Einheiten der Hilfspolizei, da die jüdische Polizei nicht in der Lage war, das Soll zu erfüllen, mit eigenen Verhaftungen.

Am selben Abend rief die SS Czerniaków aus seiner Wohnung zurück; ihm wurde erklärt, am nächsten Tag seien 10'000 Juden auf den Umschlagplatz zu schicken. Der Vorsitzende kehrte in sein Büro zurück, schloss die Tür, schrieb eine Abschiedsnotiz an den Rat, in der er ihn

über die neuen deutschen Forderungen informierte, und eine zweite an seine Frau; dann nahm er Gift. Kaplan, der kein Freund Czerniakóws war, notierte am 26. Juli: «Das erste Opfer des Deportationsdekrets war der Präsident, ... der sich mit Gift im Judenratsgebäude das Leben nahm. ... Es gibt Menschen, die sich die Unsterblichkeit in einer einzigen Stunde verdienen. Der Präsident Czerniaków verdiente sich seine Unsterblichkeit in einem einzigen Augenblick.»²⁰

Am 22. Juli hatte Treblinka seine Tore geöffnet. Täglich wurden Tausende von verängstigten Ghettobewohnern zum Umschlagplatz getrieben, und von dort brachte ein Güterzug 5'000 von ihnen nach Treblinka. Zunächst wussten die meisten Juden Warschaus nicht, welches Schicksal sie erwartete. Am 30. Juli sprach Kaplan von «Vertreibung» und «Verschickung». Am 5. August brachen die Deportationen über alle Institutionen für Kinder, darunter sämtliche Waisenhäuser, herein. Das Waisenhaus Korczaks erhielt ebenso wie sämtliche jüdischen Waisenhäuser im Ghetto den Befehl, sich zum Umschlagplatz zu begeben. Korczak schritt vor der Kolonne der Kinder her, die in den Tod marschierten. Am 21. September war die grosse «Aktion» vorüber: 10'380 Juden waren im Zuge der Deportationen im Ghetto getötet worden; 265'040 hatte man nach Treblinka deportiert und vergast.

Treblinka, das letzte und mörderischste Lager der «Aktion Reinhard», war nordöstlich von Warschau nahe der Bahnlinie Warschau-Bialystok errichtet worden. Das «untere» oder erste Lager nahm die grössere Fläche ein; dazu gehörten der Sammelplatz und der Entkleidungsplatz sowie dahinter Werkstätten und Baracken. Das zweite oder «obere» Lager war vom ersten durch Stacheldraht und von dichtem Laub bedeckte Zäune abgeschirmt, die unerwünschte Einblicke verhinderten. Ein massives Ziegelgebäude verbarg die drei Gaskammern, die durch ein Röhrensystem mit einem Dieselmotor verbunden waren (ein grösseres Gebäude mit zehn Gaskammern kam dann im Oktober 1942 hinzu). Ebenso wie in Chelmo, Belzec und Sobibor mussten sich die Deportierten nach ihrer Ankunft ausziehen und alle Kleidungsstücke und Wertsachen für die Sortiermannschaften zurücklassen. Vom «Entkleidungsplatz» wurden die Opfer durch die «Himmelsstrasse», einen engen Korridor, der eben-

falls durch dichte Zweige vor der Umgebung verborgen war, zu den Gaskammern getrieben. Ein Schild wies «zu den Duschen».

Zum ersten Kommandanten wurde der Euthanasiearzt Dr. Irmfried Eberl ernannt, und am 23. Juli 1942 begannen die Vernichtungsaktionen. In einer Zeugenaussage von SS-Unterscharführer Hingst heisst es, Eberl habe den Ehrgeiz gehabt, die höchstmöglichen Zahlen zu erreichen und alle anderen Lager zu übertreffen; es seien so viele Transporte eingetroffen, dass sich das Ausladen und die Vergasung der Menschen nicht mehr habe bewältigen lassen. Innerhalb weniger Tage verlor Eberl völlig die Kontrolle über die Situation. Noch verschärft wurde seine «Inkompetenz» durch weitverbreitete Korruption: Geld und Wertsachen, die die Opfer bei sich getragen hatten, fanden den Weg in die Taschen des Lagerpersonals und auch in die der Euthanasiekollegen des Kommandanten in Berlin. Als Globocnik im August von der Situation in Treblinka erfuhr, wurde Eberl auf der Stelle seines Postens enthoben. Anfang September übernahm Franz Stangl, der Kommandant von Sobibor, die Leitung des Lagers.

In Lodz setzten die Deutschen im Herbst 1942, wie sie es in Warschau getan hatten, eigene Prioritäten. Am 1. September begannen die Deportationen. Die Patienten der fünf Krankenhäuser des Ghettos wurden innerhalb von zwei Stunden «evakuiert»; alle, die protestierten, erschoss man auf der Stelle. Insgesamt 2'000 Patienten, darunter 400 Kinder, wurden ab transportiert. Nachdem die Deutschen die Mehrzahl der Patienten festgenommen hatten, überprüften sie die Registratur des Krankenhauses, und wenn jemand fehlte, nahmen sie statt dieser Person meist Familienangehörige mit.

Auf die Deportation der Kranken folgte sogleich ein Befehl, etwa 20'000 weitere Juden zu evakuieren, darunter alle Kinder unter zehn und alle Älteren über 65 Jahren. Da diese Kategorien nur 17'000 Menschen erbrachten, nahm man noch 3'000 arbeitslose oder nicht zu vermittelnde Bewohner hinzu. Am 5. September wurde Sierakowiaks Mutter abgeholt. «Meine allerheiligste, geliebte, gequälte, gesegnete leibliche MUTTER ist der blutrünstigen Bestie des germanischen Hitlerismus zum Opfer gefallen!!!» Zwei Ärzte, tschechische Juden, tauchten plötzlich in der

Wohnung der Sierakowiaks auf und erklärten die Mutter für arbeitsunfähig; während die Ärzte da waren, fuhr der Vater fort, die Suppe zu löffeln, die Verwandte, welche sich versteckten, übriggelassen hatten, und holte auch Zucker aus ihrer Tasche. Die Mutter ging mit etwas Brot in der Tasche und einigen Kartoffeln fort. «Ich brachte nicht die Willenskraft auf», fuhr Sierakowiak fort, «ihr aus dem Fenster nachzusehen oder in Tränen auszubrechen. Wie versteinert sass ich da, ging und sprach ich. ... Ich glaubte, mir zerspringe das Herz. Doch es zersprang nicht, nein, es gestattete mir, zu essen, zu denken, zu reden und mich schlafen zu legen.»²¹

Am 4. September sprach Rumkowski zu einer Menge von etwa 1'500 verängstigten Bewohnern, die sich auf dem Feuerwehrmanns-Platz versammelt hatten. «Dem Ghetto ist ein fürchterlicher Schlag versetzt worden. Sie fordern, dass wir ihnen das geben, was am kostbarsten ist – die Kinder und die alten Menschen. ... Im Alter bin ich nun gezwungen, die Hand auszustrecken und zu sagen: ‚Meine Brüder und meine Schwestern, gebt sie mir! Väter und Mütter, gebt mir eure Kinder!‘ Ich muss diese schreckliche blutige Operation ausführen, ich muss Glieder amputieren, um den Leib zu retten! Ich muss Kinder fortnehmen, und wenn ich es nicht tue, dann werden vielleicht auch andere fortgenommen.... Wir haben im Ghetto viele Tuberkulosepatienten; ihre Tage ... sind gezählt. Ich weiss nicht – vielleicht ist das ein teuflischer Plan, vielleicht auch nicht –, aber ich kann nicht umhin, ihn vorzulegen: Gebt mir diese Patienten, und es ist vielleicht möglich, an ihrer Statt gesunde Menschen zu retten.»²² «Der Präsident weint wie ein kleiner Junge», fügte Josef Zelkowitz, einer der Chronisten des Ghettos, in seinem privaten Tagebuch hinzu.²³

In der Zeit vom 10. bis zum 23. August 1942 wurden viele der Lemberger Juden in das Sklavenarbeitslager in der Janowska-Strasse und im Anschluss an eine weitere Selektion von dort dann nach Belzec deportiert. Etwa 40'000 der Opfer, die man bei der Aushebung im August festgenommen hatte, wurden vernichtet. Die noch verbliebenen Juden der Stadt trieb man in ein Ghetto, das man dann bald mit einem Holzzaun umgab. Das Büro des Judenrats wurde auf das Ghetto Gelände verlegt, aber die Funktionäre des Judenrats, darunter auch der Vorsitzende Hen-

ryk Landesberg, sollten ihre Tätigkeit nicht wieder aufnehmen. Wie die Deutschen meinten, hatte Landesberg in Verbindung zum polnischen Untergrund gestanden. Der Vorsitzende und zwölf andere jüdische Funktionsträger sollten öffentlich am Dach des Gebäudes und an Laterenpfählen gehängt werden.

Die Exekutionen dauerten einige Zeit, weil die Stricke, die man zum Erhängen benutzte, rissen; die Opfer, die auf das Pflaster fielen, wurden gezwungen, die Treppen bis zum Dach hinaufzusteigen, und man hängte sie erneut. Der höchste Punkt blieb Landesberg als Vorsitzendem vorbehalten. Er fiel dreimal auf das Pflaster und wurde dreimal auf seinen Balkon zurückgebracht. Die Leichen liess man zwei Tage lang zur Schau hängen. Die Rechnung für die Stricke schickten die Deutschen dem neuen Judenrat. Die Juden im Ghetto von Lemberg überlebten nicht lange: Die Mehrzahl wurde in sporadischen «Aktionen» liquidiert, den Rest verlegte man Anfang 1943 in das Janowska-Lager. Als Lemberg Ende Juli 1944 befreit wurde, waren von einer Gemeinde von etwa 160'000 Juden im Juni 1941 noch etwa 3'400 am Leben.

Im Juli 1942 wurde der Chef der jüdischen Polizei von Wilna, Jacob Gens, zum alleinigen Leiter des Ghettos. Unter den Gemeindeführern war er in vieler Hinsicht untypisch. Er stammte aus Kowno, hatte nach dem Ersten Weltkrieg als Freiwilliger im litauischen Unabhängigkeitskrieg gekämpft und war zum Offizier befördert worden. Er hatte eine Christin geheiratet und war bei litauischen Nationalisten gut angesehen (er selbst war ein Rechts-Zionist). Seine Frau und seine Tochter blieben auf der arischen Seite der Stadt. Möglicherweise empfand er eine moralische Verpflichtung, die Position, die ihm die Deutschen anboten, zu übernehmen. Im ersten Brief aus dem Ghetto, den Gens an seine Frau richtete, schrieb er: «Dies ist das erste Mal in meinem Leben, dass ich derartige Pflichten übernehmen muss. Mein Herz ist gebrochen. Aber ich werde immer das tun, was um der Juden im Ghetto willen notwendig ist.»²⁴

Während der Selektionen Ende November 1941 gelang es Gens, unter besonders schwierigen Umständen einigen Menschen das Leben zu retten; sein Ansehen unter den Einwohnern wuchs, und die Deutschen übertrugen ihm auch immer weitere Aufgaben. Mitte Oktober 1942 war je-

doch der schon fast legendäre «Kommandant» mit einer entsetzlichen Herausforderung konfrontiert: mit dem Befehl, Juden zu töten. Gens und seine Polizisten wurden in die nahegelegene Stadt Oszmiana geschickt, wo man etwa 1'400 Juden zur Vernichtung gesammelt hatte. Der Polizeichef verhandelte mit den Deutschen, die schliesslich zugestanden, dass nur 400 Juden ermordet werden sollten. Die Männer von Gens und einige Litauer führten die Exekutionen durch. Irgendwie hatte sich im Ghetto, als sich die Polizisten auf den Weg machten, die Nachricht über die bevorstehende Aktion verbreitet. Rudaszewski war schon allein über den Gedanken an eine derartige Beteiligung empört. Am 19. Oktober notierte er: «Wie gross ist unsere Schande, unsere Demütigung! Juden helfen den Deutschen bei ihrem organisierten, schrecklichen Werk der Ausrottung!»²⁵ In Wirklichkeit war das Ghetto jedoch nicht in Aufruhr, im Gegensatz zu dem, was Rudaszewski inbrünstig erhoffte und berichtete. Es sieht vielmehr so aus, als hätten die Bewohner die Argumentation von Gens und seine Rechtfertigungen akzeptiert: einige retten, indem man andere opfert. «Die Tragödie ist, dass die ... Öffentlichkeit die Haltung von Gens überwiegend gutheisst», schrieb Kruk am 28. Oktober. «Die Öffentlichkeit denkt sich, dass das vielleicht wirklich hilft.»²⁶

Einige Wochen später feierte eine Gemeinschaft, die für kurze Zeit alles vergessen hatte, eine bedeutende Errungenschaft: «100'000 Bücher im Ghetto.» Dafür war Kruk zuständig: «Im November überstiegen die Buchausleihen die Zahl einhunderttausend. Aus diesem Grund organisiert die Bücherei eine grosse kulturelle Matinee, die am Sonntag, dem 13. dieses Monats [Dezember] um zwölf Uhr im Ghettotheater stattfinden wird. Auf dem Programm stehen: Eröffnung durch G. Jaszunski, Begrüssung durch den Ghettochef [Gens], Schriftsteller, naturwissenschaftliche Zirkel, Lehrer und den Jugendclub. Dr. Z. Feldstein wird über das Thema «Das Buch und das Martyrium» sprechen; es folgt ein Vortrag von H. Kruk: «100'000 Bücher im Ghetto.» Den zweiten Teil bildet ein Konzert mit Worten und Musik. Das Finale: Verteilung von Buchgeschenken an den ersten Leser im Ghetto und an den jüngsten Leser der Bibliothek.»²⁷

Kaum hatten die Deutschen ihren grossen Vernichtungsfeldzug im Generalgouvernement und in Westeuropa in Gang gesetzt, da wurde Druck ausgeübt, die Juden Südost-, Süd- und Nordeuropas auszuliefern.

Einen anfänglichen Erfolg konnten die Deutschen in Rumänien verzeichnen, als Antonescu die Deportation rumänischer Juden genehmigte, die sich in Deutschland oder in von Deutschen besetzten Ländern aufhielten. Im Prinzip hatte Bukarest zugesagt, dass die Deportation der etwa 300'000 Juden, die noch in Rumänien selbst lebten, folgen werde. Bald darauf überlegten sich die Rumänen die Sache jedoch anders. Wiederholte Interventionen jüdischer Persönlichkeiten, des päpstlichen Nuntius, Monsignore Andrea Cassulo, und des schweizerischen Gesandten René de Weck, die Bestechung von Beamten und der Familie Ion Antonescus durch reiche rumänische Juden sowie auch Antonescus Arger über die deutsche Einmischung in eine im Wesentlichen innere Angelegenheit – all das trug zur Kehrtwendung in Bukarest bei. Am 11. Oktober befahl Antonescu die Verschiebung der Deportationen auf das Frühjahr, und am 11. November erklärte der stellvertretende rumänische Ministerpräsident Mihai Antonescu dem Beauftragten Himmlers in Bukarest, Gustav Richter, ins Gesicht, die Deutschen verhielten sich gegenüber den Juden barbarisch.

In Ungarn sah die Lage Anfang 1943 ähnlich aus wie in Rumänien. Ein Jahr zuvor, im Frühjahr 1942, war die Deportation ungarischer Juden, zunächst einer Zahl von 100'000, mit den Deutschen erörtert worden. Im Herbst 1942 begann der Politikwandel, offensichtlich als Ergebnis der Verschiebung des globalstrategischen Gleichgewichts. Im Oktober, als die Deutschen forderten, die Juden Ungarns sollten gezwungen werden, den gelben Stern zu tragen, weigerte sich Kállays Regierung, und am 5. Oktober wurde die Forderung der Deutschen, mit der Deportation der 800'000 Juden Ungarns zu beginnen, zurückgewiesen.

In Bulgarien ging die Judenpolitik ebenfalls von einer Kooperation mit Deutschland zu einer immer unabhängigeren Haltung über. Im Juni 1942 hatte das bulgarische Parlament die Regierung bevollmächtigt, «eine Lösung des Judenproblems in die Wege zu leiten». Die ersten Opfer der von König Boris verfolgten Kollaborationspolitik waren die Ju-

den von Thrakien (einer ehemals griechischen Provinz) und Makedonien (einer vormals jugoslawischen Provinz), von Gebieten, die Bulgarien als Belohnung dafür erhalten hatte, dass es sich im April 1941 dem deutschen Feldzug gegen seine beiden Nachbarn angeschlossen hatte. Diese 11'000 (aus der Sicht Sofias) ausländischen Juden wurden von der bulgarischen Polizei zusammengetrieben, an die Deutschen ausgeliefert und nach Treblinka in den Tod verfrachtet. Die Deportation der einheimischen bulgarischen Juden sollte sich, wie wir sehen werden, ganz anders gestalten.

Diesen Ländern in Südosteuropa gab Italien gewiss nicht das richtige Beispiel. Mit stillschweigender Unterstützung der höchsten Ebenen des Staates schützten italienische Beamte die Juden, wo immer sie konnten – in Kroatien, in Griechenland und in Frankreich. Die Deutschen schäumten, aber sie konnten dagegen kaum etwas unternehmen. Auch Spanien gestattete den mehrheitlich jüdischen Flüchtlingen nach wie vor, die spanische Grenze zu überschreiten, sofern sie Visa für ein weiteres Bestimmungsland hatten. Nachdem die Deportationen aus Frankreich begonnen hatten, begannen jedoch die spanischen Grenzwächter, die flüchtenden Juden wieder nach Frankreich zurückzuschicken. Es bedurfte einer direkten Drohung Churchills im April 1943, um Franco davon zu überzeugen, dass sich in diesem Stadium des Krieges die Grenzen Spaniens nicht vollständig schliessen liessen.

In Skandinavien unternahm Himmler bei seinem Besuch in Helsinki im Juli 1942 den Versuch, die Finnen dazu zu überreden, die ausländischen Juden, die im Lande lebten (damals etwa 150 bis 200 Menschen), an Deutschland auszuliefern; das Ergebnis war zwiespältig. Die finnische Geheimpolizei begann zwar damit, Listen ausländischer Juden zusammenzustellen, die man deportieren und an die Deutschen in Estland ausliefern konnte (einigen Schätzungen zufolge handelte es sich um 35 Personen). Als jedoch die Sache ruchbar wurde, kam es in der Regierung und in der Öffentlichkeit zu Protesten. Schliesslich setzte man die Zahl der Deportierten auf acht herab. Am 6. November 1942 wurden sie nach Tallinn deportiert: Einer von ihnen überlebte den Krieg.

In Norwegen hatte der deutsche Feldzug gegen die Juden im Herbst 1942 begonnen. Die üblichen Verfügungen verwandelten die kleine jüdische Bevölkerungsgruppe in Parias. Am 20. November begannen die Deportationen per Schiff von Oslo nach Stettin und von da mit dem Zug weiter nach Auschwitz. Ende Februar 1943 hatte die jüdische Gemeinschaft von Norwegen zu existieren aufgehört: Mehr als 700 Juden waren ermordet worden, und etwa 900 waren nach Schweden geflohen. Die Schweden hatten bis zu diesem Zeitpunkt eine recht restriktive Politik verfolgt. Als sich aber in Stockholm Informationen über die Vernichtungen häuften und als die Deportationen Skandinavien erreichten, wandelte sich die Haltung des schwedischen Aussenministeriums: Juden, denen es gelang, nach Schweden zu fliehen, erhielten Asyl. Von da an ging schwedische Hilfe für Juden nicht nur nach ganz Skandinavien, sondern auch an andere Rettungsaktionen auf dem Kontinent.

Über Juden, die in die neutrale Schweiz flohen, brauchten sich die Deutschen keine Gedanken zu machen. Die Verfügungsgewalt über die in der Schweiz lebenden Ausländer und über die Einwanderung lag in den Händen des Departements für Justiz und Polizei. Während des Jahres 1942 wurden die Grenzpolizei und der Zoll der Schweiz ständig durch Armeeeinheiten verstärkt, die vor allem die Aufgabe hatten, jüdische Flüchtlinge aufzuspüren. Ungeachtet einiger Ausnahmen blieb die schweizerische Politik, die Juden zurückzuschicken, bis Ende 1943 und, von da an selektiver, auch noch über diesen Zeitpunkt hinaus unverändert.

Im Sommer 1942 bestätigten drei deutsche Quellen ebenfalls die entsetzlichsten bis dahin verfügbaren Informationen über den systematischen und allumfassenden Charakter der Vernichtungsaktionen. Die Wirkung der ersten beiden Berichte blieb begrenzt, da ihre Adressaten sie nicht nach London oder Washington weiterleiteten; der dritte Bericht hingegen sollte innerhalb einiger Monate erhebliche Konsequenzen haben.

Kurt Gerstein, ein tiefreligiöser Protestant, war Entseuchungsexperte im Hygieneinstitut der Waffen-SS, als er Ende Juli 1942 die Anweisung erhielt, etwa 100 Kilogramm Blausäure (Zyklon B) zu beschaffen und nach Lublin zu liefern. Nach einem Treffen mit Globocnik begab sich

Gerstein am 2. August nach Belzec. Im Lager erlebte er die Ankunft eines Transports aus Lemberg mit. Er sah, wie ukrainische Hilfstruppen die Juden aus den Güterwaggons trieben, wie die Deportierten gezwungen wurden, sich nackt auszuziehen, und, nachdem man ihnen erklärt hatte, sie müssten sich einer Desinfektion unterziehen, in die Gaskammern geschoben wurden. Gerstein mass die Zeit bis zum Ersticken; der Dieselmotor sprang zunächst nicht an. Die Juden weinten und schluchzten. Nach zweieinhalb Stunden sprang der Motor an; 32 Minuten später waren alle Juden tot.

Während der Bahnfahrt von Warschau zurück nach Berlin begann Gerstein ein Gespräch mit einem schwedischen Diplomaten, Göran von Otter, einem Attaché bei der Botschaft in Berlin. Gerstein gab sich zu erkennen und erzählte von Otter, was er erlebt hatte. Als der Diplomat in die Hauptstadt zurückgekehrt war, überprüfte er die Referenzen des SS-Offiziers und sandte, da er von dessen Glaubwürdigkeit überzeugt war, einen Bericht nach Stockholm. Das schwedische Aussenministerium reagierte nicht und informierte die Alliierten nicht. Im Laufe der Wochen, die auf seine Rückkehr nach Berlin folgten, versuchte Gerstein, den Nuntius und die Schweizer Gesandtschaft zu informieren. Er verständigte auch Preysings Koadjutor, einen gewissen Dr. Winter, sowie Bischof Dibelius und andere – ohne Erfolg. Gerstein spielte seine Doppelrolle bis zum Ende weiter. Er lieferte Ladungen von Zyklon B an die Lager und versuchte erfolglos, deutsches und ausländisches Bewusstsein für die Vorgänge zu wecken. Bei Kriegsende schrieb er drei Berichte über das, was er gesehen und auf andere Weise erfahren hatte, und übergab sie den Amerikanern, denen er sich ergeben hatte. Er wurde an die französischen Besatzungstruppen überstellt und in Paris als potentieller Kriegsverbrecher inhaftiert. Am 25. Juli 1945 erhängte er sich in seiner Zelle.

Fast genau zu dem Zeitpunkt, als von Otters Bericht in Stockholm eintraf, übermittelte der schwedische Konsul in Stettin, Karl Ingve Vendel, einen ähnlichen Bericht. Vendel war in Wirklichkeit ein schwedischer Abwehrgent, der unter dem Deckmantel konsularischer Tätigkeit deutsche Truppenbewegungen beobachtete und somit auch mit einigen Angehörigen des deutschen militärischen Widerstands gegen das Regime in

geheimer Fühlung stand. Nach einem Besuch bei einem Freund auf einem Gut in Ostpreussen erstattete Vendel am 9. August 1942 einen ausführlichen Bericht über die Lage im Generalgouvernement, der auch einen Abschnitt über die Vernichtung der Juden enthielt: «In einer Stadt wurden alle Juden zu einer Aktion versammelt, die offiziell als ‚Entlausung‘ angekündigt war. Am Eingang zwang man sie, ihre Kleidung abzulegen; ... der Entlausungsvorgang bestand jedoch darin, dass man sie vergaste, und danach wurden sie alle in ein Massengrab geworfen. ... Die Quelle, aus der ich all diese Informationen über die Zustände im Generalgouvernement erhalten habe, ist so geartet, dass es hinsichtlich der Wahrhaftigkeit der Schilderungen meines Informanten nicht den leisesten Hauch eines Zweifels gibt.»²⁸ Auch Vendels Bericht wurde nicht an die Alliierten weitergeleitet. Nach dem Krieg räumten die Schweden ein, dass sie die Berichte erhalten hatten, ohne die Alliierten zu verständigen.

Ebenfalls ungefähr um dieselbe Zeit übermittelte eine dritte deutsche Quelle Informationen, die der Ungläubigkeit der Alliierten nach einiger Zeit ein Ende bereiteten. In den letzten Julitagen des Jahres 1942 fuhr der deutsche Industrielle Eduard Schulte, der über gute Verbindungen zu hohen Nazifunktionären verfügte, nach Zürich und informierte einen jüdischen Geschäftsfreund von einem «in Hitlers Hauptquartier ausgearbeiteten» Plan zur totalen Vernichtung der Juden Europas bis Ende des Jahres. Diese Information wurde an Benjamin Sagalowitz, den Presseattaché der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz, weitergegeben, der wiederum Gerhart Riegner, den Direktor des Genfer Büros des Jüdischen Weltkongresses, verständigte. Riegner bat darum, über die amerikanische und die britische Gesandtschaft in Bern ein Telegramm an die Leiter des Jüdischen Weltkongresses schicken zu dürfen. Sowohl die amerikanischen als auch die britischen Diplomaten waren einverstanden.

Der in identischer Formulierung nach Washington und nach London gesandte Text lautete folgendermassen: «Alarmierenden Bericht erhalten, der angibt, dass im Führerhauptquartier Plan diskutiert und erwogen wird, nach dem alle Juden in den von Deutschland besetzten oder kontrollierten Ländern, insgesamt dreieinhalb bis vier Millionen, nach De-

portation und Konzentration im Osten auf einen Schlag vernichtet werden sollen, um ein für alle Mal Judenfrage in Europa zu lösen. Stop. Aktion dem Bericht zufolge für Herbst geplant. Mittel für Durchführung werden noch diskutiert. Stop. Erwähnt wurde Blausäure. Stop. Übermitteln Information mit aller gebotenen Vorsicht, da Richtigkeit von uns nicht überprüft werden kann. Bitten darum anzugeben, dass Informant enge Beziehungen zu höchsten deutschen Autoritäten haben soll und seine Berichte in der Regel zuverlässig sein sollen.»²⁹

Das State Department und das Foreign Office blieben skeptisch, und Washington leitete das Telegramm nicht an Stephen Wise, seinen Hauptadressaten, weiter. Da jedoch dem Leiter der britischen Sektion des Jüdischen Weltkongresses das gleiche Telegramm zugegangen war, wurde es ungeachtet einiger anfänglicher Schwierigkeiten von London aus an Wise übermittelt. Am 2. September rief der stellvertretende Aussenminister Sumner Welles Wise an und bat ihn, er möge es vermeiden, den Inhalt des Berichtes zu veröffentlichen, bis es möglich wäre, dafür eine unabhängige Bestätigung zu erhalten. Wise akzeptierte.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) mit Hauptquartier in Genf bestand nur aus schweizerischen Mitgliedern, und die Direktiven, welche die Regierung in Bern im Hinblick auf wichtige Entscheidungen gab, wurden im Allgemeinen nicht in Frage gestellt. Im August oder September 1942 hatte Riegner drei wichtige Mitglieder des Komitees von den ihm übermittelten Informationen in Kenntnis gesetzt. Ungeachtet der ihm zur Verfügung stehenden Informationen war Carl J. Burckhardt, ein führendes Mitglied des IKRK, gegen jede Form eines öffentlichen Protests des IKRK, selbst wenn dieser ganz zurückhaltend formuliert wäre. Die Bestätigung der von Riegner übermittelten Information durch Burckhardt gegenüber dem amerikanischen Konsul in Genf trug jedoch wahrscheinlich zu den Schritten bei, die dann in Washington und London folgten.

Im November 1942, als sich in Washington weitere Informationen über den deutschen Vernichtungsfeldzug häuften, blieb Welles nichts anderes übrig, als Wise mitzuteilen, dass die aus Europa empfangenen

Berichte «Ihre schlimmsten Befürchtungen rechtfertigen und bestätigen».³⁰ Innerhalb weniger Tage gelangte die Nachricht in den Vereinigten Staaten, in England, in neutralen Ländern und in Palästina an die Öffentlichkeit.

Tatsächlich verbreiteten sich in Grossbritannien seit Oktober 1942 Informationen über die Vernichtung, und am 29. Oktober fand in der Albert Hall unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Canterbury eine Protestversammlung statt, an der britische, jüdische und polnische Vertreter teilnahmen. Einen Monat später, am 27. November, erkannte die polnische Exilregierung offiziell die Ermordung der Juden des Landes an, die «zusammen mit Juden aus anderen besetzten Ländern zu diesem Zweck nach Polen gebracht worden sind»³¹ Am 10. Dezember wurde dem Foreign Office vom polnischen Botschafter in London, Graf Edward Raczynski, ein detaillierter Bericht über die Massenvernichtungen in Polen unterbreitet. Die totale und systematische Auslöschung der jüdischen Bevölkerung Polens wurde erneut bestätigt. Die Information erreichte Churchill, der nach zusätzlichen Details verlangte. An diesem Punkt hörten die diplomatischen Verschleierungen sowohl in London als auch in Washington schliesslich auf. Am 17. Dezember gaben alle alliierten Regierungen und das Freie Französische Nationalkomitee feierlich bekannt, die Juden Europas würden vernichtet; sie gelobten, «die für diese Verbrechen Verantwortlichen würden der Vergeltung nicht enttrinnen».³²

Ogleich der Vatikan über die massenhaften Deportationen und Hinrichtungen von Juden in ganz Europa ebenfalls bestens informiert war, verlor der Papst zu diesem Thema auch nicht ein einziges Wort. Aus der Sicht des Vatikans *hatte* sich jedoch der Papst in seiner Weihnachtsbotschaft 1942 durchaus zu Wort gemeldet. Auf Seite 24 des 26 Seiten langen Schriftstücks, dessen Text von Radio Vatikan ausgestrahlt wurde, erklärte der Pontifex: «Dieses Gelöbnis [sich darum zu bemühen, das Gemeinschaftsleben zum göttlichen Gesetz zurückzuführen] schuldet die Menschheit den Hunderttausenden, die persönlich schuldlos bisweilen nur um ihrer Volkszugehörigkeit oder Abstammung willen dem Tode geweiht oder einer fortschreitenden Verelendung preisgegeben sind.» Und Pius XII. fügte hinzu: «Dieses Gelöbnis schuldet die Menschheit

den vielen Tausenden von Nichtkämpfern, Frauen, Kindern, Kranken und Greisen.»³³

Mussolini spottete über die Plattitüden der Ansprache; der polnische Botschafter brachte dem Papst gegenüber seine Enttäuschung zum Ausdruck; und selbst der französische Botschafter war offenbar irritiert. Es sieht so aus, als sei den meisten deutschen Funktionären die Bedeutung der päpstlichen Botschaft ebenfalls entgangen: Botschafter Diego von Bergen, der im Vatikan jedes Detail der von Pius betriebenen Politik verfolgte, äusserte sich zu der Rede überhaupt nicht. Und Goebbels, der meisterliche Interpret jedes Propagandaaktes, hatte von der Ansprache des Papstes eine ganz geringe Meinung: «Die Weihnachtsrede des Papstes ist ohne jede tiefere Bedeutung», notierte er am 26. Dezember. «Sie ergeht sich in Gemeinplätzen, die bei den Regierungen der kriegführenden Länder mit vollkommenem Desinteressement aufgenommen werden.»³⁴

Der Papst war davon überzeugt, dass man ihn gut verstanden habe. Dem Bericht zufolge, den der britische Botschafter beim Vatikan, Sir D'Arcy Osborne, am 5. Januar 1943 nach London geschickt hatte, glaubte der Pontifex, seine Botschaft habe «allen jüngst an ihn ergangenen Forderungen, Stellung zu beziehen, Genüge getan».³⁵

13.

Totale Vernichtung

März 1943 – Oktober 1943

«Mein lieber Papa, traurige Nachrichten. Nach meiner Tante bin ich an der Reihe fortzugehen.» So begann die hastig mit Bleistift geschriebene Postkarte, die die 17jährige Louise Jacobson am 12. Februar 1943 aus Drancy an ihren Vater in Paris schickte. Beide Eltern Louises – sie hatten sich 1939 scheiden lassen – waren französische Juden, die vor dem Ersten Weltkrieg aus Russland nach Paris eingewandert waren. Louise und ihre Geschwister waren in Frankreich geboren, und alle waren französische Bürger. Louises Vater war Kunsttischlermeister; seinen kleinen Betrieb hatte man «arisiert», und ebenso wie alle französischen Juden wartete er.

Louise und ihre Mutter waren im Herbst 1942 nach einer anonymen Denunziation verhaftet worden: Sie trugen ihren Stern nicht und waren angeblich aktive Kommunisten. Nach Aufforderung durch den SD durchsuchten französische Polizeibeamte ihre Wohnung, und tatsächlich entdeckten sie kommunistische Broschüren (die in Wirklichkeit Louises Bruder und ihrem Schwager gehörten, welche beide in Kriegsgefangenschaft waren). Ein Nachbar muss gesehen haben, wie Louises Schwester die subversiven Schriften im Keller unter einem Kohlenhaufen versteckte. Während ihre Mutter in einem Pariser Gefängnis blieb, wurde Louise Ende 1942 nach Drancy überführt und war im Februar 1943 für die Deportation vorgesehen.

«Aber das macht nichts», fuhr Louise fort. «Ich bin sehr zuversichtlich. ... Mach Dir bitte keine Sorgen, Papa. Erstens fahren wir unter sehr

guten Bedingungen los. Ich habe in dieser Woche sehr, sehr gut gegessen. Ich habe nämlich eine Berechtigung für zwei weitere Pakete erhalten. Das erste stammt von einer Freundin, die schon deportiert worden ist, und das zweite von Tante Rachel. Und dann kam ja auch noch eins von Dir. Ich sehe Dich genau vor mir, Papa, und ich möchte, dass Du so viel Kraft und Mut hast wie ich. ... Sagt Mama vielleicht lieber noch nichts. ... Wir fahren morgen früh ab. Ich bin mit Freunden zusammen, denn morgen werden sehr viele abgeholt. Ich habe meine Uhr und den Rest meiner Sachen bei zuverlässigen Leuten aus meinem Zimmer hinterlassen. Lieber Papa, ich küsse Dich hunderttausendmal von ganzem Herzen. Kopf hoch und bis bald, Deine Tochter Louise.»¹

Am 13. Februar 1943 fuhr Louise in Transport Nr. 48 zusammen mit 1'000 anderen französischen Juden nach Auschwitz ab. Eine überlebende Freundin, eine Chemieingenieurin, war während der Selektion mit ihr zusammen. «Sag, du bist Chemikerin», hatte Irma geflüstert. Als Louise an der Reihe war und sie nach ihrem Beruf gefragt wurde, antwortete sie: «Studentin»; sie wurde nach links, in die Gaskammer, geschickt.²

Von Juli 1943 an bestimmten die sowjetischen Offensiven die Entwicklung des Krieges an der Ostfront. Am 6. November wurde Kiew befreit, und Mitte Januar 1944 war die deutsche Belagerung Leningrads endgültig durchbrochen. Währenddessen hatten die Überreste des Afrika-Korps in Tunesien kapituliert, und im Juli 1943 landeten britische und amerikanische Truppen in Sizilien.

Noch vor Ende des Monats fegten die militärischen Katastrophen den Duce hinweg. Am 24. Juli 1943 nahm eine Mehrheit des Faschistischen Grossrats einen Antrag an, in dem sie ihrem eigenen Führer das Misstrauen aussprach. Am 25. empfing König Viktor Emanuel III. Mussolini kurz und unterrichtete ihn davon, dass er entlassen sei und Marschall Pietro Badoglio als neuer italienischer Regierungschef seine Nachfolge angetreten habe. Als der italienische Diktator die Residenz des Königs verliess, wurde er festgenommen. Ohne einen einzigen Schuss war das faschistische Regime zusammengebrochen. Der ehemalige Duce wurde aus Rom auf die Insel Ponza überführt und schliesslich auf dem Gran

Sasso in den Apenninen gefangengehalten. Zwar gelang es am 12. September deutschen Fallschirmjägern, Hitlers Verbündeten zu befreien, und der «Führer» ernannte ihn dann zum Chef eines faschistischen Marionettenstaats in Norditalien, aber der gebrochene und kranke Mussolini gewann weder die Anerkennung der Bevölkerung noch die Macht zurück.

Am 3. September landeten englische und amerikanische Truppen in Süditalien, und am 8. verkündeten die Alliierten den Waffenstillstand, den Badoglio heimlich am Tag der Landung unterzeichnet hatte. Die Deutschen reagierten sofort: Am 9. und 10. besetzte die Wehrmacht die nördlichen und mittleren Landesteile und übernahm alle von den Italienern kontrollierten Gebiete auf dem Balkan und in Frankreich. Die Alliierten blieben im Süden der Halbinsel verschanzt; während der darauffolgenden Monate sollten sie nur langsam nach Norden vorankommen. Die Wirkung der alliierten Erfolge zu Lande wurde verstärkt durch das immer heftigere Bombardement, das sich in Deutschland sowohl gegen militärische Ziele als auch gegen die Städte richtete. Der Bombardierung Hamburgs durch die Briten im Juli 1943 und dem dadurch hervorgerufenen Feuersturm fielen etwa 30'000 bis 40'000 Zivilisten zum Opfer. Die Nachtangriffe kamen von den Briten, die Angriffe bei Tage flogen die Amerikaner.

Ungeachtet der ununterbrochenen Kette militärischer Katastrophen und des zunehmenden Schwankens von «Verbündeten» wie Ungarn und Finnland war Hitler weit davon entfernt, den Krieg im Herbst 1943 verloren zu geben. Neue Kampfflugzeuge würden dem britisch-amerikanischen Bombenfeldzug ein Ende machen, Langstreckenraketen würden London zerstören und etwaige Invasionspläne der Alliierten völlig durcheinanderbringen, neu aufgestellte Divisionen, die mit den schwersten je gebauten Panzern ausgerüstet waren, würden den sowjetischen Vormarsch aufhalten. Und wenn für eine gewisse Zeit ein militärisches Patt erzielt wäre, dann würde die Grosse Allianz infolge der ihr innewohnenden politisch-militärischen Spannungen zu bröckeln beginnen.

Das Anheizen der Wut auf die Juden war in Hitlers Wahnvorstellungen eines der besten Verfahren, um den Zerfall des feindlichen Bündnisses zu beschleunigen. Wenn die Juden das verborgene Bindeglied waren,

das Kapitalismus und Bolschewismus zusammenhielt, dann konnte eine Flut von Attacken auf die Juden, bei denen endlos wiederholt wurde, dass der Krieg ein jüdischer Krieg sei, der nur um jüdischer Interessen willen in Gang gesetzt worden sei, die öffentliche Meinung im Ausland beeinflussen und dem Antagonismus zwischen dem Westen und der Sowjetunion grössere Sprengkraft verleihen.

Wenige Tage nach der Kapitulation der 6. Armee öffnete Goebbels die Schleusen der deutschen Wut: Die Rede, die der Minister am 18. Februar 1943 im Sportpalast zum Thema «totaler Krieg» hielt, war in vieler Hinsicht der Inbegriff des Propagandastils, den das Regime pflegte. Die riesige Menschenmenge in der grossen Halle war mit Bedacht ausgesucht worden; sie sollte alle Teile des Volkes repräsentieren, sie sollte ideologisch zuverlässig und somit bereit sein, die gewünschte Reaktion zu liefern. Über alle deutschen Rundfunksender wurde das Ereignis für die Nation und die Welt übertragen. Und da Goebbels' Rede auch noch den letzten Funken Energie entzünden sollte, musste sie *den* Mobilisierungsmythos des Regimes in den Mittelpunkt stellen: «Hinter den vorstürmenden – [erregte Zwischenrufe], hinter den vorstürmenden Sowjetdivisionen *sehen wir schon die jüdischen Liquidationskommandos*. ... Das Ziel des Bolschewismus ist die Weltrevolution der Juden. ... Deutschland jedenfalls hat nicht die Absicht, sich dieser jüdischen Bedrohung zu beugen, sondern vielmehr die, ihr *rechtzeitig*, wenn nötig unter *vollkommener* und *radikalster Ausrott-, -schaltung* des Judentums, entgegenzutreten! [Starker Beifall, wilde Rufe, Gelächter.]»³

In Bukarest hatte Sebastian die Rede von Goebbels ebenfalls gehört und fand sie «unerwartet dramatisch»; «die Juden», notierte er, «werden einmal mehr mit der vollständigen Ausrottung bedroht.»⁴ Einen Tag später erhielt Klemperer auf dem jüdischen Friedhof, auf dem er damals arbeitete, den Text der Rede, und er stellte dazu fest: «Sie droht, ‚mit den drakonischsten und radikalsten Mitteln« gegen die an allem schuldigen Juden vorzugehen, wenn das Ausland nicht aufhöre, der Regierung Hitler um der Juden willen zu drohen.»⁵

Inzwischen fuhr Goebbels fort, sämtliche deutschen Medien für die systematischste antijüdische Kampagne zu mobilisieren, die es je gege-

ben hatte. Am 3. Mai 1943 gab er an die Presse ein detailliertes Rundschreiben heraus, das als vertraulich deklariert war. Zunächst schalt der Minister Zeitungen und Zeitschriften dafür, dass sie in diesem Bereich immer noch hinterherhinkten, und dann offerierte er seine eigenen Vorschläge. So liessen sich seiner Ansicht nach beispielsweise zahlreiche Sensationsgeschichten benutzen, in denen der Jude der Schuldige sei. Vor allem die amerikanische Innenpolitik biete eine unerschöpfliche Fundgrube. Wenn insbesondere diejenigen Zeitschriften, die auf die Kommentierung aktueller Ereignisse eingestellt seien, ihre Mitarbeiter auf diese Frage ansetzten, würden sie das wahre Gesicht, die wahre Haltung und die wahren Ziele der Juden auf vielfältige Weise zeigen können. Die Juden müssten in der deutschen Presse jetzt als politisches Angriffsziel benutzt werden: Die Juden sind schuld; die Juden haben den Krieg gewollt; die Juden verschlimmern den Krieg; und immer wieder, die Juden sind schuld.⁶

Um die Vernichtung in vollem Tempo weiterlaufen zu lassen, mussten die Deutschen immer zögerlicheren Verbündeten ihren Willen aufzwingen. Im Falle Rumäniens gab Hitler auf. Er wollte sich nicht auf eine Konfrontation mit Antonescu einlassen, da er ihn als vertrauenswürdigen Bundesgenossen ansah. In Ungarn war die Lage anders. Hitler glaubte, Horthy und Kállay stünden unter dem Einfluss von Juden, und er hatte sie (zu Recht) im Verdacht, dass sie sich auf die andere Seite zu schlagen hofften. Ausserdem stellten für Hitler die 800'000 Juden Ungarns eine riesige Beute dar, die fast zum Greifen nahe war. Am 17. und 18. April 1943 traf er sich in Schloss Klessheim bei Salzburg mit Horthy und schalt ihn wegen der Nachsichtigkeit der in Ungarn gegen die Juden ergriffenen Massnahmen, und um seine Argumentation zu untermauern, zog er ein «historisches Beispiel» heran: «Völker, die sich der Juden nicht erwehrt, verkämen», fuhr er fort. «Eins der berühmtesten Beispiele dafür sei das Absinken des einst so stolzen Volkes der Perser, die jetzt als Armenier ein klägliches Dasein führten.»⁷ Hitlers Mahnungen reichten nicht hin, um Horthys Politik zu ändern – die in zunehmendem Masse auf eine Verständigung mit den Alliierten zielte. Offensichtlich

rückte der Moment der Konfrontation mit Deutschland jetzt rasch näher; das verhiess nichts Gutes für Ungarn – und vor allem nicht für seine grosse jüdische Gemeinschaft.

Währenddessen sah die Haltung Bulgariens zu weiteren Deportationen von Juden aus diesem Land für Berlin immer noch verheissungsvoll aus. Wie wir sahen, hatte Sofia im März und April 1943 den Deutschen alle erforderliche Unterstützung bei der Deportation der Juden aus den besetzten Provinzen Thrakien und Makedonien nach Treblinka gewährt. Zugleich hatte man im März 1943 schon Tausende von bulgarischen Juden an Sammelpunkten konzentriert, und die Transporte aus dem «alten Reichsgebiet» sollten beginnen. Das hatte König Boris den Deutschen versprochen. Als es jedoch an die Deportation der einheimischen Juden ging, brachen öffentliche Proteste aus. Seinen stärksten Ausdruck fand der Widerstand im Parlament und unter den Führern der bulgarischen orthodoxen Kirche. Der Monarch gab nach: Alle weiteren Deportationen wurden endgültig abgesagt.

Selbst die Slowakei zögerte immer noch im Hinblick auf weitere Deportationen. Nachdem im September 1942 nach einer dreimonatigen Pause die letzten drei Transporte nach Auschwitz abgegangen waren, lebten in diesem Land nur noch 20'000 überwiegend getaufte Juden. Währenddessen waren Gerüchte über das Schicksal der Deportierten durchgesickert. Als daher Tuka Anfang April 1943 von der Möglichkeit sprach, die Deportationen wieder aufzunehmen, setzten Proteste von Seiten der slowakischen Geistlichkeit und auch von Seiten der Bevölkerung seiner Initiative ein Ende. Am 21. März war in den meisten Kirchen ein Hirtenbrief verlesen worden, in dem alle weiteren Deportationen verdammt wurden.

Der deutsche Druck auf die Slowaken war relativ moderat, was möglicherweise darauf zurückzuführen war, dass es in Auschwitz infolge der laufenden Deportationen aus dem Westen, der letzten Transporte aus dem Reich und dem Generalgouvernement sowie der Transporte aus Saloniki einen Engpass gab. Hinzu kam noch die Typhusepidemie im Lager, die zur Folge hatte, dass Transporte nach Sobibor umgeleitet wurden. Das Schicksal der Überreste der slowakischen Judenheit sollte unmittelbar vor Deutschlands endgültiger Niederlage besiegelt werden.

Hingegen wurde die Deportation der Juden von Saloniki rasch und reibungslos durchgeführt. Der erste Zug mit etwa 2'800 Juden verliess am 15. März 1943 die nordgriechische Stadt in Richtung Auschwitz; innerhalb weniger Wochen waren 45'000 der 50'000 Juden aus Saloniki deportiert, und die meisten von ihnen brachte man sogleich nach ihrer Ankunft um. Die ungehinderte Durchführung des deutschen Überfalls auf die Juden von Saloniki lässt sich wohl durch eine Vielzahl von Faktoren erklären: die Effizienz der deutschen Beamten und ihrer Gesinnungsgenossen aus Saloniki; die periodisch auftretenden Spannungen zwischen den griechischen Einwohnern der Stadt und den immer noch unvollkommen assimilierten Juden, die nach dem Ersten Weltkrieg als Flüchtlinge gekommen waren; die sofortige Willfährigkeit des Oberrabbiners Zwi Koretz, des geistlichen Oberhaupts der Gemeinde, gegenüber allen deutschen Befehlen; das Fehlen jeglicher Informationen unter den dort ansässigen Juden über das Schicksal, das sie erwartete, wenn sie den Zug bestiegen hatten; schliesslich das Fehlen einer griechischen Widerstandsbewegung, die dann ein Jahr später, während der Deportation der noch verbliebenen Juden des Landes, eine bedeutende Rolle spielen sollte.

Für die Deutschen blieb es bis ganz zum Schluss ein erhebliches logistisches Problem, die Deportierten in den Tod zu befördern. In den Niederlanden, in Belgien und Frankreich wurden die Juden überwiegend in Westerbork, Malines oder Drancy gesammelt; in diesen nationalen Sammelzentren trafen in regelmässigem wöchentlichem Abstand Sonderzüge ein. Im Reich selbst jedoch, wo es kein derartiges zentrales Sammellager gab, musste in einer der Hauptabgangsstädte ein «Russenzug», der mit Arbeitern aus dem Osten gekommen war, bereitgestellt und so eingeplant werden, dass die Züge aus kleineren Städten mit ihren jeweiligen Ladungen von Juden daran Anschluss hatten. Das verlangte schon an und für sich eine komplexe Zeitplanung, was auch darauf zurückzuführen war, dass die Züge aus dem Osten unregelmässig eintrafen. Von Zeit zu Zeit musste die Reichsbahn für ihre Dienste bezahlt werden. Zwar liess sich die Mehrzahl der Transporte vom RSHA leicht aus den Vermögenswerten der Opfer finanzieren, aber gelegentlich waren die Zahlungen nicht gleich verfügbar, oder die Fahrten der Züge durch unterschiedliche Wäh-

rungszonen schufen komplizierte Verrechnungsprobleme für alle Beteiligten.

Die grösste Herausforderung bestand jedoch in der Verfügbarkeit von Zügen überhaupt. Wehrmachtzüge, Nachschubzüge mit Rüstungsgütern für die Wehrmacht und Kohlezüge hatten allesamt Vorrang vor den «Sonderzügen». Ausserdem wurden diesen Zügen heruntergekommene Lokomotiven und alte Waggonen zugeteilt, was ihre geringe Fahrtgeschwindigkeit und die häufigen Aufenthalte zu Reparaturzwecken erklärt.

Da aber die «Sonderzüge» nur einen derart winzigen Bruchteil des Gesamtverkehrs ausmachten, gestattete es rechtzeitige Planung schliesslich, fast jedes Problem zu lösen. Vom 26. bis zum 28. September 1942 beschäftigte sich eine Konferenz von Beamten des Reichsverkehrsministeriums in höchst positiver Stimmung mit dieser Herausforderung. Nach einer nach Distrikten aufgeschlüsselten Auflistung der Zahl der Züge, die für die Deportation der jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements in die Vernichtungslager erforderlich waren, liess das Protokoll die generelle Zuversicht der Teilnehmer erkennen: «Mit der Verringerung des Kartoffeltransportes wird erwartet, dass der Reichsbahndirektion Krakau die erforderliche Anzahl an Güterwagen zur Verfügung gestellt werden kann.»

Was die «Fracht» selbst anging, so verursachte sie keine nennenswerten Probleme. Natürlich gab es die üblichen Selbstmorde sowie einige Fluchtversuche vor Besteigen der Züge oder manchmal während der Transporte. Todesfälle während der Fahrt, die auf Entkräftung, Verdursten, Ersticken und dergleichen zurückzuführen waren, kamen häufig vor.

Ganz allgemein sieht es so aus, als sei die Fahrt aus westeuropäischen Ländern, aus Italien oder selbst aus Deutschland nicht so lebensgefährlich gewesen wie die Transporte, die innerhalb Osteuropas stattfanden. Der italienische Schriftsteller Primo Levi schilderte seine Reise aus dem Sammellager in Fossoli di Carpi in der Nähe von Modena nach Auschwitz Anfang 1944: «Unser unruhiger Schlaf wurde oft von lauten und nichtigen Streitereien unterbrochen, von Verwünschungen und blindlings gegen irgendeine lästige und unvermeidliche Berührung aus-

geteilten Fusstritten und Faustschlägen. Daraufhin entzündete jemand das klägliche Lichtchen einer Kerze und erkannte, vornübergebeugt, ein düsteres Gewimmel, eine konfuse, zusammenhängende, erstarrte und schmerzhafte menschliche Masse, hie und da aufgeworfen von plötzlichen Zuckungen, die sogleich die Müdigkeit wieder zum Ersterben brachte.» Levi geht auf die sich verändernde Landschaft ein, er spricht von den aufeinanderfolgenden Namen von Städten, erst österreichisch, dann tschechisch und endlich polnisch: «Schliesslich blieb der Transport in tiefer Nacht endgültig stehen, inmitten einer dunklen und schweigen- den Ebene.»⁸ Sie waren am Ziel.

Den meisten Deportierten wäre Levis Reise wie eine Luxusfahrt vorgekommen. Gewöhnlich verfügten Güterwaggons nur über unzureichende Öffnungen für Frischluft, und die Wasserversorgung war völlig unzureichend. Nach Berichten von überlebenden Deportierten über ihre Fahrt vom Arbeitslager Starachowice nach Auschwitz (eine Strecke von nicht mehr als 220 Kilometern) war der Zug brutal überladen worden, da die Rote Armee näherrückte. In jeden Güterwaggon hatte man etwa 75 Frauen gepfercht, und von ihnen getrennt waren in jedem Waggon 150 Männer untergebracht. Die Fahrt dauerte 36 Stunden. Bald begann in den Wagen der Männer der Kampf um Wasser und vor allem um Luft. «Der 19jährige Ruben Z. hatte ‚grosses Glück‘, weil er zu Beginn der Fahrt einen Platz an dem kleinen Fenster bekommen hatte, durch das frische Luft kam. Er bezog einige Prügel von Leuten, die verzweifelt versuchten, in die Nähe des Fensters zu gelangen, und schliesslich wurde er weggedrängt und verlor seinen Platz. Er wurde so benommen und schwach, dass er sich nicht an das erinnern konnte, was danach geschehen war, er wusste nur noch, dass in seinem Waggon bis zur Ankunft in Birkenau 15 Menschen gestorben waren.»⁹

Plünderungen in kleinem oder grossem Ausmass waren ein weiterer wesentlicher Zug der Jahre der Vernichtung. Vor Ort, an den einzelnen Mordstätten, war die Prozedur einfach. Die Opfer hatten etwaige Wert- sachen an den SD-Mann abzuliefern, der die Operation befahligte; nach der Tötung wurden ihre Habseligkeiten von Angehörigen des Komman-

dos noch einmal durchsucht, und jeder Wertgegenstand musste unter Androhung der Todesstrafe bei Zuwiderhandlung dem zuständigen Offizier abgeliefert werden. Wichtige Operationen organisierte man zentral in der Reichshauptstadt. In Berlin wurde alles Gold (einschliesslich goldener Zahnkronen, die man Leichen herausgebrochen hatte) gewöhnlich sofort eingeschmolzen und zu Barren für die Reichsbank verarbeitet. Andere Metalle schmolz man meist ebenfalls ein, es sei denn, der Wert des Stückes überstieg den reinen Metallwert. Die wertvollsten Stücke wurden einigen Juwelieren übergeben, die das Vertrauen des Finanzministeriums oder der SS besaßen, und in besetzten oder neutralen Ländern gegen Industriediamanten eingetauscht, die für die deutsche Kriegsindustrie unentbehrlich waren. Die Aktivitäten eines derartigen langfristig tätigen Mittelsmannes, der hauptsächlich mit schweizerischen Händlern arbeitete, sind rekonstruiert worden, und es sieht so aus, als seien sich die Behörden in Bern über die laufenden Transaktionen und über die ständige Lieferung von Industriediamanten an das Reich – ohne Rücksicht auf alliierte Massnahmen des Wirtschaftskrieges – sehr wohl im Klaren gewesen.

Seit Mitte 1942 häufte sich der grösste Teil der Habseligkeiten der Opfer in den grossen Tötungszentren der «Aktion Reinhard» und in Auschwitz-Birkenau. Anfang August 1942 führten Verhandlungen zwischen dem Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamt, das im März 1942 unter der Leitung von Oswald Pohl gegründet worden war, um die Finanzen der SS zu verwalten und ihr Nachschubsystem in Gang zu halten, und allen zentralen Dienststellen der Finanz- und Wirtschaftsverwaltung zu einer Übereinkunft, der zufolge Pohls Hauptamt die Beute zentral verwalten und aufschlüsseln sollte. Binnen weniger Wochen erliess Pohl Amt eine erste Sammlung von Richtlinien, mit denen aller Gebrauch und alle Verteilung jüdischer Beutestücke aus den Lagern geregelt wurde, von Edelsteinen bis zu Decken, Schirmen und Kinderwagen, von Brillen mit Goldgestellen bis hin zu Frauenwäsche sowie Rasierapparaten, Taschenmessern und Scheren. Die Preise setzte das WVHA fest: «Eine gebrauchte Männerhose 3,-Mark, ... eine Wolldecke 6-Mark.» Die abschliessende Mahnung war unentbehrlich: «Es ist streng darauf zu achten, dass bei allen zur Abgabe kommenden Kleidern und Überkleidern

Judenstern entfernt wird. Es sind ferner mit grösstmöglicher Sorgfalt alle zur Abgabe kommenden Gegenstände auf versteckte und eingenähte Werte zu untersuchen.»¹⁰

Auf dem gesamten Kontinent waren jüdische Möbelstücke und Haushaltsgegenstände die Domäne der Dienststelle Rosenberg. Während man einen Teil der Möbel den Büros von Rosenbergs Ministerium in den Ostgebieten zuteilte, wurde der grösste Teil der Beute an die Reichsbevölkerung ausgegeben oder versteigert. Riesige Mengen von Gütern, die vor allem aus den Lagern stammten, mussten ausgebessert werden, bevor man sie an deutsche Dienststellen oder Märkte weiterleitete. Kleidungsstücke wurden mit besonderer Sorgfalt behandelt: Judensterne mussten, wie wir sahen, abgenommen, Flecken von Blut und dergleichen ausgewaschen werden, und die übliche Abnutzung wurde in SS-Bekleidungsworkstätten so gründlich wie möglich behoben. Wer darüber entschied, welche Stücke repariert werden konnten und welche nicht, bleibt unklar. Man konnte nicht Zehntausende zerrissene Socken an die Verkaufsstellen im Reich schicken. Dieses Problem stellte sich – ohne aber gelöst zu werden – bei einem Vorfall, der sich irgendwann im Spätfrühling 1942 in einem der Krematorien von Auschwitz abspielte und den Filip Müller beschreibt.

Müller, ein slowakischer Jude, traf im April 1942 in Auschwitz ein. Man hatte ihn soeben zum Sonderkommando versetzt; das war sozusagen seine Initiation unter der Aufsicht von SS-Unterscharführer Stark. Wie in diesen Monaten noch üblich, hatte man eine Gruppe slowakischer Juden in bekleidetem Zustand vergast. «Leichen ausziehen», brüllte Stark und versetzte ihm einen heftigen Schlag. «Vor mir», erinnerte sich Müller, «lag die Leiche einer Frau. Zuerst zog ich ihre Schuhe aus. Meine Hände zitterten dabei, und ich bebte am ganzen Körper, als ich begann, ihr die Strümpfe auszuziehen. Zum ersten Mal in meinem Leben kam ich mit einer Leiche in Berührung. Sie war noch nicht richtig erkaltet. Als ich den Strumpf vom Bein herunterzog, riss er ein wenig ein. Stark, der es bemerkt hatte, schlug wieder auf mich ein und ereiferte sich: ‚Was ist das für eine Arbeit! Pass auf und tummel dich! Die Sachen werden noch gebraucht!› Um zu zeigen, wie es richtig gemacht wird, ging

er zu einer anderen Leiche und begann, ihr die Strümpfe auszuziehen. Aber auch bei ihm ging es nicht ohne Riss ab.»¹¹

Ein präziser Überblick über die Plünderung und Enteignung der jüdischen Opfer in Europa lässt sich nicht geben. Inszeniert und durchgeführt wurde sie auf dem ganzen Kontinent in allererster Linie von den Deutschen, aber beteiligt waren daran auch einheimische Beamte, Polizeiangehörige, Nachbarn oder irgendein beliebiger Passant in Amsterdam oder Kowno, in Warschau oder Paris. Dazu gehörten auch Zahlungen an Erpresser, die Verteilung von Bestechungsgeldern oder die Begleichung von «Geldstrafen», teils individuell, vorwiegend aber in riesigem Ausmass auf kollektiver Ebene. Zur Plünderung gehörte die Aneignung von Häusern oder Wohnungen, der Raub von Haushaltsgegenständen, Möbeln, Kunstsammlungen, Bibliotheken, Kleidungsstücken, Unterwäsche oder Bettzeug, die Beschlagnahme von Bankkonten und Versicherungspolicen, das Stehlen von Läden oder von Industrie- und Handelsunternehmen, das Fleddern von Leichen – kurz, der gierige Griff nach allen Dingen, die sich gebrauchen, eintauschen oder verkaufen liessen. Sie umfasste Sklavenarbeit, tödliche medizinische Experimente, Zwangsprostitution, den Verlust von Gehältern, Pensionen und jeglichem denkbaren Einkommen – und für Millionen den Verlust des Lebens.

Vom Frühsommer 1942 an verwandelte sich Auschwitz II (Birkenau) allmählich aus einem Sklavenarbeiterlager, in dem sporadisch Vernichtungsaktionen stattgefunden hatten, in ein Vernichtungszentrum, in dem der regelmässige Zustrom von Deportierten die Selektion ständig ausbeutender Sklavenarbeiter gestattete. Im Jahre 1943 wuchs der aus dem Stammlager und Nebenlagern bestehende Komplex Auschwitz ganz erheblich: Die Zahl der Insassen stieg von 30'000 auf etwa 80'000 Anfang 1944, und zu gleicher Zeit wurde in der Nähe von Fabriken und Bergwerken, ja sogar auf dem Gelände einer landwirtschaftlichen Forschungsstation eine ganze Reihe von Nebenlagern errichtet. In Birkenau richtete man 1943 ein Frauenlager, ein «Familienlager» für Zigeuner und ein «Familienlager» für Juden aus Theresienstadt ein. Wie wir sahen, hatte die erste Vergasung im Stammlager Auschwitz (Auschwitz I) in

der umgebauten Leichenhalle stattgefunden. Dann wurden in Birkenau provisorische Gaskammern errichtet. Nach einiger Verzögerung installierte man in Birkenau ein technisch erheblich verbessertes «Krematorium II». Es folgten die Krematorien III, IV und V; alle Gaskammern gingen im Laufe des Jahres 1943 in Betrieb.

Abgesehen vom Auskleideraum und von der Gaskammer umfassten die Keller der Krematorien, die auf zwei Ebenen gebaut waren, einen Leichenkeller zur Behandlung der Leichen (Herausbrechen von Goldzähnen, Abschneiden von Frauenhaar, Abnehmen von Prothesen, Einsammeln etwaiger Wertgegenstände) durch Angehörige der jüdischen Sonderkommandos, nachdem sie die Leichen aus der Gaskammer gezerrt hatten. Dann brachten Aufzüge die Leichen ins Erdgeschoss, wo mehrere Öfen sie in Asche verwandelten. Nachdem man die Knochen in besonderen Mühlen zermahlen hatte, wurde die Asche als Dünger auf den nahegelegenen Feldern verwendet, in Wäldern der Umgegend ausgekippt oder in der Nähe in den Fluss geschüttet. Und die Angehörigen der Sonderkommandos wurden von Zeit zu Zeit umgebracht und durch neue Mannschaften ersetzt.

Primo Levi, dessen Fahrt nach Auschwitz wir beschrieben haben, war ein 24jähriger Chemiker aus Turin. Er hatte sich einer kleinen Gruppe von Juden angeschlossen, die sich oberhalb der Stadt in den Bergen versteckte und in loser Verbindung zur Widerstandsorganisation *Giustizia e Liberta* («Gerechtigkeit und Freiheit») stand. Am 13. Dezember 1943 wurden Levi und seine Gefährten von der faschistischen Miliz verhaftet und einige Wochen später in das Sammellager Fossoli abtransportiert. Ende Februar 1944 übernahmen die Deutschen die Regie. Am 22. Februar wurden die 650 Juden des Lagers nach Norden deportiert. «Mit einmal löste sich dann alles», schrieb Levi später über den Schluss der viertägigen Reise. «Die Tür wurde krachend aufgetan, das Dunkel hallte wider von fremden Befehlen, jenem barbarischen Gebell kommandierender Deutscher, die sich eines jahrhundertealten Ingrimms zu entledigen schienen. ... In weniger als zehn Minuten wurden wir brauchbaren Männer alle zu einer Gruppe zusammengestellt. Was mit den andern geschah, den Frauen, den Kindern, den Alten, das konnten wir weder damals noch

später in Erfahrung bringen: Die Nacht verschluckte sie ganz einfach. Heute aber wissen wir, ... dass in die jeweiligen Lager Monowitz-Buna und Birkenau nur sechsendneunzig Männer und neunundzwanzig Frauen unseres Transports eingeliefert wurden und dass von allen anderen, die über fünfhundert zählten, zwei Tage danach keiner mehr am Leben war.»¹²

Die zwölfjährige Ruth Klüger hatte von ihrer Ankunft in Auschwitz aus Theresienstadt in Erinnerung, dass sie, als die Türen des Güterwagons aufgerissen wurden, neben die Gleise fiel, weil sie nicht wusste, dass man springen musste: «Ich richtete mich auf, wollte weinen», erinnerte sie sich, «oder doch greinen, aber die Tränen versiegten vor der Unheimlichkeit des Orts. Man hätte ja erleichtert sein müssen,... frische Luft zu atmen. Aber die Luft war nicht frisch, sie roch wie sonst nichts auf dieser Welt. Und ich wusste instinktiv und sofort, dass man hier nicht weinte, nicht die Aufmerksamkeit auf sich lenkte.» Klüger registrierte dann dieselben Willkommensgrüsse wie Levi: «Rundum ein widerliches, beklemmendes Geschrei, das nicht aufhören wollte. Die Männer, die uns mit ihrem ‚Raus, raus‘ aus dem Wagen gezogen hatten und jetzt weitertrieben, waren wie tolle, bellende Hunde. Ich war froh, in der Mitte unseres Haufens zu stehen und zu gehen.»¹³

Die erste Selektion fand gleich nach der Ankunft an Ort und Stelle statt. Der SS-Arzt Friedrich Entress erklärte in einer Aussage nach dem Kriege: «Alle Jugendlichen unter 16 Jahre, alle Mütter, die Kinder bei sich hatten, alle Kranken und Schwachen wurden auf Lastwagen verladen und zu den Gaskammern gebracht. Der Rest der Häftlinge wurde vom Arbeitseinsatzführer übernommen und ins Lager gebracht.»¹⁴ Tatsächlich hätte sich Entress noch an eine weitere Kategorie von Juden erinnern sollen, die gleich nach der Ankunft selektiert wurden: interessante Exemplare für einige der medizinischen oder anthropologischen Experimente. So war Entress' berühmter Kollege Joseph Mengele, der sehr häufig an den ersten Selektionen teilnahm, auch bei der Ankunft von Transporten zugegen, um nach seinem speziellen «Material» zu suchen. «Eintreffende Transporte überprüfte er mit dem Ruf ‚Zwillinge heraus!‘ Er suchte auch nach Individuen mit körperlichen Abnormitäten, die sich für interessante Obduktionen benutzen liessen. Man vermass sie, dann

wurden sie von einem SS-Unteroffizier erschossen und ihre Leichen seziiert.»¹⁵

Die zur Sklavenarbeit bestimmten Häftlinge wurden gewöhnlich mit einer laufenden Nummer identifiziert, die man ihnen auf den linken Unterarm tätowierte; die Kategorie, in die sie gehörten, ging aus einem auf ihrer gestreiften Häftlings «uniform» angebrachten farbigen Dreieck hervor (mit unterschiedlichen Farben für politische Häftlinge, Kriminelle, Homosexuelle und Zigeuner), das für alle Juden durch die Hinzufügung eines umgekehrten gelben Dreiecks in einen sechszackigen Stern verwandelt wurde. Die Ergebnisse der ersten Selektionen, die darauf zielten, die Reihen der Arbeitskräfte aufzufüllen, waren gelegentlich wahrhaft enttäuschend. In einem Transport aus Theresienstadt beispielsweise konnten Ende Januar 1943 weniger als 1'000 von etwa 5'000 Deportierten in den Werken der IG Farben von irgendwelchem Nutzen sein. Die anderen wurden sofort vergast.

Der Marsch zu den Krematorien oder der Transport dorthin vollzog sich bei denjenigen, die zur sofortigen Vergasung selektiert worden waren, gewöhnlich ohne Zwischenfälle, da man den Opfern mit eingespielter Routine erklärte, sie kämen zur Desinfektion. Am Eingang zum Krematorium wurden die Neuankömmlinge von einigen SS-Männern und von Angehörigen der jüdischen Sonderkommandos übernommen. Diese Männer aus dem Sonderkommando mischten sich unter die arglosen Opfer im Auskleideraum und gaben, falls erforderlich, ebenso wie die SS-Wachen ein paar beruhigende Kommentare ab. Wenn das Auskleiden abgeschlossen war und die Sachen sorgfältig an nummerierten Haken aufgehängt worden waren (die Schuhe zusammengebunden), womit bewiesen werden sollte, dass es keinen Grund zu irgendwelchen Befürchtungen gab, begleitete der Trupp von SS-Männern und Sonderkommando-Häftlingen die Schar der zur «Desinfektion» vorgesehenen Kandidaten in die Gaskammer, die mit Duschvorrichtungen ausgerüstet war. Einer der Männer vom Sonderkommando blieb gewöhnlich bis zum allerletzten Moment; häufig blieb auch ein SS-Mann an der Türschwelle stehen, bis das letzte Opfer sie überschritten hatte. Dann wurde die Tür hermetisch verschlossen, und die Kristalle wurden eingeschüttet.

Viel ist über die Angehörigen des Sonderkommandos geschrieben worden, einige hundert Häftlinge, fast alle Juden, die sozusagen am tiefsten Grund der Hölle lebten, bevor man sie tötete und durch andere ersetzte. Wie wir gerade sahen, halfen sie der SS manchmal dabei, die Ängste der Gefangenen, welche die Gaskammern betraten, zu zerstreuen; sie zogen die Leichen heraus, fledderten sie, verbrannten die Überreste und beseitigten die Asche; sie sortierten die Habseligkeiten der Opfer und schickten sie nach «Kanada» (so nannte man spottend die Halle, in der diese Dinge gelagert und verarbeitet wurden). Eine Insassin des Frauenlagers, das neben den Krematorien lag, Krystyna Zywukska, fragte einen der Männer aus dem Sonderkommando, wie er diese Arbeit tagaus, tagein aushalten könne. Seine Erklärungen – der Lebenswille, Zeugenschaft, Rache – endeten mit einer Aussage, die wahrscheinlich den Kern des Ganzen erfasste: «Du denkst, die Leute, die in den Sonderkommandos arbeiten, sind Ungeheuer? Ich sage dir, sie sind wie alle anderen, nur viel unglücklicher.»¹⁶

In vieler Hinsicht veranschaulichte Auschwitz den Unterschied zwischen dem Konzentrationslagersystem der Nazis im Allgemeinen und dem Vernichtungssystem in seiner spezifisch antijüdischen Dimension. In diesem Mehrzwecklager mit einer gemischten Population von Häftlingen wurde den nichtjüdischen Gefangenen bald klar, dass zwischen ihrem Schicksal und dem der Juden ein grundlegender Unterschied bestand. Der nichtjüdische Häftling konnte überleben, sofern er etwas Glück hatte und von seiner nationalen oder politischen Gruppe eine gewisse Unterstützung erhielt. Der Jude hingegen hatte letztlich keine Zuflucht vor dem Tod und blieb in der Regel absolut schutzlos. Für so manchen polnischen oder ukrainischen Häftling wie auch für manchen deutschen «Kriminellen», der hier inhaftiert war, bot dies nur eine weitere Gelegenheit, im Rahmen des allgemeinen Terrorsystems eigenen antijüdischen Terror auszuüben oder einfach gegenüber dieser ganz und gar machtlosen Gruppe die eigene Macht zu behaupten.

Während Auschwitz zum grössten Ermordungszentrum des Regimes wurde, überstieg die Zahl der jüdischen Häftlinge bald die aller anderen Gruppen zusammengenommen. Der Historiker Peter Hayes schreibt: «In der Zeit von der Eröffnung des Lagers im Mai 1940 bis zu seiner Räu-

mung im Januar 1945 wurden etwa 1,3 Millionen Menschen auf das Gelände transportiert, von denen es nur etwa 200'000 lebend verliessen; von letzteren überlebten nur 125'000 das Dritte Reich. 1,1 Millionen der Gesamtzahl der Häftlinge waren Juden, von denen etwa 80 Prozent unmittelbar nach ihrer Ankunft oder kurze Zeit später ums Leben kamen.»¹⁷

«Juden kommen hier, das heisst in Auschwitz, wöchentlich 7-8'000 an, die nach Kurzem den ‚Heldentod‘ sterben», schrieb Soldat S. M. am 7. Dezember 1942 auf seinem Weg zur Front, und er fügte hinzu: «Es ist doch gut, wenn man einmal in der Welt umher kommt.»¹⁸ S. M. war nicht der einzige, der Auschwitz genoss. Für die etwa 7'000 SS-Angehörigen, die zum einen oder anderen Zeitpunkt dem Lager zugeteilt waren und dort zuerst, bis November 1943, unter Höss, dann unter Arthur Liebehenschel und Richard Baer Dienst taten, war das Leben bestimmt nicht unerfreulich. Alles, was man brauchte, stand zur Verfügung: anständige Wohnräume, gutes Essen, medizinische Versorgung, lange Besuche von Ehefrauen oder Freundinnen und regelmässiger Urlaub in der Heimat oder an speziellen Ferienorten. Im Lager selbst konnte sich die SS, um sich von dem durch ihre Arbeit bedingten Stress zu erholen, an Musik erfreuen, die ihr eigens das aus Häftlingen bestehende Frauenorchester darbot, das von April 1943 bis Oktober 1944 Aufführungen veranstaltete. Und ausserhalb des Lagers umfasste das kulturelle Leben eine Vielzahl von Darbietungen, mindestens einmal alle zwei oder drei Wochen, wobei besonders Lustspiele beliebt waren, so etwa «Eine Braut auf der Flucht», «Gestörte Hochzeitsnacht» oder «Lustiges Variete», und Abende unter dem Motto «Angriff der Komiker». Auch an Klassikern fehlte es nicht: Im Februar 1943 präsentierte das Dresdener Staatstheater «Goethe einst und jetzt».

Im Reich verbreiteten sich Einzelheiten über die Vernichtung durch eine grosse Zahl von Kanälen. So besuchten beispielsweise, wie soeben erwähnt, jeden Sommer Hunderte von Frauen ihre Ehemänner, die in Auschwitz und anderen Lagern bei den Wachmannschaften Dienst taten. Und die deutsche Bevölkerung der Stadt Auschwitz beschwerte sich häufig über den Geruch, der von den überlasteten Krematorien ausging.

Das letztgenannte Problem wurde von Höss bestätigt: «Bei schlechtem Wetter oder starkem Wind trieb der Verbrennungsgeruch viele Kilometer weit und führte dazu, dass die ganze umwohnende Bevölkerung von den Juden-Verbrennungen sprach, trotz der Gegenpropaganda von Seiten der Partei und den Verwaltungsdienststellen. Es waren zwar alle an der Vernichtungsaktion beteiligten SS-Angehörigen besonders streng verpflichtet, über die gesamten Vorgänge zu schweigen. Spätere SS-Gerichtsverhandlungen aber zeigten, dass von Seiten der Beteiligten doch nicht geschwiegen wurde. Auch erhebliche Strafen konnten die Schwatzhaftigkeit nicht verhindern.»¹⁹

Was sich deutsche Zivilisten, die in Ostoberschlesien lebten, über Auschwitz zusammenreimten, was Bahnbedienstete, Polizisten, Soldaten und alle, die durch die östlichen Regionen des Reiches reisten, ohne Weiteres hören oder mit ansehen konnten, das stellten Reichsdeutsche, die sich im Warthegau ansiedelten, einfach dadurch fest, dass sie das, was sie in den Jahren 1940 oder 1941 gesehen hatten, mit dem vergleichen, was ein oder zwei Jahre später nicht zu übersehen war. Eine ehemalige Siedlerin, Elisabeth Grabe, äusserte sich in einem Interview über ihre Erfahrungen, die sie im Warthegau gemacht hatte: Sie erklärte, die Juden, die in Zychlin und Kutno im Ghetto gelebt hätten, seien eines Tages, 1942 vielleicht, verschwunden – «sie wären in Autos geladen und vergast worden, wurde genuschelt» diese Gerüchte hätten sie noch peinlicher berührt als der Gedanke, dass sie beschlagnahmte (polnische) Möbel benutzte.²⁰ Anfang 1943 waren die Informationen über die massenhafte Vernichtung von Juden im Reich so weit verbreitet, dass sie wahrscheinlich die Mehrheit der Bevölkerung erreicht hatten.

Führende Widerständler waren besonders gut informiert. Der Historiker Hans Mommsen hat gezeigt, dass im Jahre 1942 unter anderem der Jesuitenpater Alfred Delp, der preussische Finanzminister Johannes Popitz und Helmuth James von Moltke von der Vergasung von Juden Kenntnis hatten. Wie in Kapitel 5 festgestellt, räumten Ende 1942 Mitglieder des geheimen «Freiburger Kreises» die massenhafte Vernichtung der europäischen Juden ein. Die Anerkennung dieses Sachverhalts veranlasste die Freiburger Gruppe jedoch nicht dazu, die Juden in einem

postnationalsozialistischen Deutschland als Individuen und Bürger wie alle anderen zu betrachten. Unter Verwendung von Begriffen, die dem traditionellen Antisemitismus und dem Nationalsozialismus entlehnt waren, fasste die «Grosse Denkschrift» dieser Gruppe eine Reihe von Massnahmen ins Auge, denen die überlebenden Juden in einem postnationalsozialistischen Deutschland unterworfen werden sollten.

Ein weiteres Beispiel für das Gemenge von Kenntnis über die Vernichtungen und fortbestehendem Antisemitismus in deutschen Widerstandsgruppen wie auch in grossen Teilen der Bevölkerung trat im zweiten geheimen Flugblatt zutage, das Anfang Juli 1942 von der im Wesentlichen katholischen Widerstandsgruppe «Weisse Rose» an der Universität München verteilt wurde. In diesem Flugblatt wurde die Ermordung von Juden in Polen erwähnt. Doch die Münchner Studenten präsentierten das Problem auf eine seltsam gewundene Weise und fügten sogleich eine Distanzierung hinzu: «Nicht über die Judenfrage wollen wir in diesem Blatte schreiben, keine Verteidigungsrede verfassen – nein, nur als Beispiel wollen wir die Tatsache kurz anführen, die Tatsache, dass seit der Eroberung Polens *dreihunderttausend* Juden auf bestialischste Art ermordet worden sind. Hier sehen wir das fürchterlichste Verbrechen an der Würde des Menschen, ein Verbrechen, dem sich kein ähnliches in der ganzen Menschheitsgeschichte an die Seite stellen kann. Auch die Juden sind doch Menschen. ... Vielleicht sagt jemand, die Juden hätten ein solches Schicksal verdient;... angenommen, es sagte jemand dies, wie stellt er sich dann zu der Tatsache, dass die gesamte polnische adelige Jugend vernichtet worden ist?»²¹ Mit anderen Worten, diesen militanten Feinden des Regimes war sehr wohl klar, dass der Massenmord an Juden die meisten Leser des Flugblatts nicht beeindrucken würde und dass man noch an polnischen Katholiken begangene Verbrechen hinzusetzen musste. Ob dieser Zusatz auch die Einstellung der «Weissen Rose» selbst zum Ausdruck brachte, lässt sich schwer sagen, aber mit Sicherheit deutet er darauf hin, wie diese Gruppe die vorherrschende Meinung der katholischen Mittelschichten in Deutschland irgendwann Mitte 1942 einschätzte.

In beiden christlichen Konfessionen wussten, wie wir sahen, Prälaten und zahlreiche einfache Geistliche, dass die Züge, welche die Juden aus

dem Reich und aus allen Regionen Europas nach «Polen» transportierten, sie nicht in Arbeitslager beförderten, sondern in den Tod. Wie zuvor blieben die katholischen Würdenträger über die Frage entzweit, in welcher Weise man angemessen reagieren sollte: Die führenden Verfechter eines öffentlichen Protests waren Preysing und eine Gruppe Münchner Jesuiten, während die Mehrheit jegliche Konfrontation mit den Autoritäten zu vermeiden wünschte und für eine Anpassung unterschiedlichen Ausmasses eintrat.

Wie nicht anders zu erwarten, war Kardinal Bertram unter den hohen Geistlichen der «anpassungsbereiteste». Die Dinge spitzten sich zu, als im August 1943 auf Bitten Preysings der «Entwurf einer Petition zugunsten der Juden» aufgesetzt wurde, der von allen Bischöfen des Landes unterzeichnet und an Hitler sowie an andere Angehörige der Parteilite gesandt werden sollte. Die Bischofskonferenz verwarf den Gedanken, diese Petition zu unterbreiten, und erliess lediglich einen Hirtenbrief, in dem die deutschen Katholiken ermahnt wurden, das Recht anderer Menschen auf Leben zu respektieren, auch dasjenige von Menschen fremder Rasse und Abstammung.²² Preysing hoffte immer noch, er könne seine Bischofskollegen beeinflussen, und zu diesem Zweck versuchte er, sich Ermutigung und Anleitung aus dem Vatikan zu holen. Von Orsenigo wurde ihm keine Unterstützung zuteil: «Nächstenliebe ist schön und gut», erklärte der Nuntius dem Bischof, «aber die grösste Nächstenliebe besteht darin, der Kirche keine Schwierigkeiten zu bereiten.»²³

Den einzigen privaten Protestbrief, den ein kirchlicher Würdenträger an Hitler richtete, sandte am 16. Juli 1943 Bischof Theophil Wurm, die führende Persönlichkeit der Bekennenden Kirche. Der Bischof bekräftigte zunächst seine Vaterlandsliebe und wies auf die schweren Opfer hin, die er selbst (er hatte seinen Sohn und seinen Schwiegersohn an der Ostfront verloren) hatte bringen müssen. Dann wandte er sich dem Kernthema des Briefes zu: «Im Namen Gottes und um des deutschen Volkes willen sprechen wir die dringende Bitte aus, die verantwortliche Führung des Reiches wolle der Verfolgung und Vernichtung wehren, der viele Männer und Frauen im deutschen Machtbereich ohne gerichtliches Urteil unterworfen werden. Nachdem die dem deutschen Zugriff unter-

liegenden Nichtarier in grösstem Umfang beseitigt worden sind, muss ... befürchtet werden, dass nunmehr auch die bisher noch verschont gebliebenen sogenannten privilegierten Nichtarier erneut in Gefahr sind, in gleicher Weise behandelt zu werden.» Wurm protestierte dann gegen die Drohung, Mischehen würden annulliert. Indirekt kehrte er zu den Massnahmen zurück, die gegen die Juden als solche ergriffen worden waren: «Diese Absichten stehen, ebenso wie die gegen die anderen Nichtarier ergriffenen Vernichtungsmassnahmen, in schärfstem Widerspruch zu dem Gebot Gottes und verletzen das Fundament alles abendländischen Denkens und Lebens: das gottgegebene Unrecht menschlichen Daseins und menschlicher Würde überhaupt.»²⁴

Wurms Brief wurde keiner Antwort gewürdigt, und obgleich es sich dabei nicht wie im Falle der Predigt, die Bischof von Galen gegen die Euthanasie gehalten hatte, um eine Erklärung *ex cathedra* handelte, fand er weite Verbreitung. Einige Monate später, am 20. Dezember 1943, sandte Wurm einen Brief an Lammers, in dem er sich erneut für die Sicherheit der Mischlinge verwendete. Diesmal erhielt er vom Chef der Reichskanzlei eine handgeschriebene Warnung: «Ich verwarne Sie hiermit nachdrücklich», schrieb Lammers, «und ersuche Sie, sich in Zukunft auf das Peinlichste in den durch Ihren Beruf gezogenen Grenzen zu halten und Ausführungen zu Fragen der allgemeinen Politik zu unterlassen.»²⁵ Diese unverhüllte Drohung mit schrecklicher Vergeltung brachte Wurm und die Bekennende Kirche zum Schweigen.

Nach den gescheiterten Versuchen zur Gründung einer einheitlichen Widerstandsgruppe im Frühjahr 1942 wurde am 28. Juli 1942, einige Tage nach Beginn der Aktion, in Warschau die Jüdische Kampforganisation (*Zydowska Organizacja Bojowa* [ZOB]) geschaffen. Der ursprünglichen Gruppe von etwa 200 Mitgliedern gelang es überwiegend, den Deportationen zu entgehen, aber darüber hinaus gab es wenig, was die ZOB tun konnte. Im August erwarb man vom polnischen kommunistischen Untergrund einige Pistolen und Handgranaten. Eine erste, kleinere Operation – der Versuch, den Chef der jüdischen Polizei, Jozef Szerynski, zu töten – schlug fehl. Weitaus Schlimmeres ereignete sich einige Tage spä-

ter: Die Deutschen verhafteten eine Gruppe von ZOB-Mitgliedern, die von Warschau nach Hrubieszów unterwegs waren, folterten sie und brachten sie um. Bald darauf, am 3. September, nahm die Gestapo einige führende Mitglieder der Organisation in Warschau fest und ermordete sie ebenfalls; die Waffen wurden entdeckt und beschlagnahmt. Diese katastrophalen Ereignisse schienen einem mutigen Unternehmen, das kaum erst begonnen hatte, zunächst ein Ende zu setzen.

Nach Mitte September legte sich eine unheimliche Periode scheinbarer Ruhe über die restlichen Bewohner des Ghettos. Die etwa 60'000 Juden, die auf einem drastisch verkleinerten Gelände noch lebten, arbeiteten entweder in den verbliebenen Werkstätten, oder sie waren damit beschäftigt, die Berge von Habseligkeiten zu sortieren, welche die Opfer hinterlassen hatten. Die deutschen Verwaltungsleute waren durch Gestapo-Beamte vorwiegend niederen Ranges ersetzt worden. Keiner der verbliebenen Juden wusste, wann die nächste deutsche Massnahme kommen würde. Mittlerweile war vieles über Treblinka bekannt geworden: «Die Frauen gehen nackt ins Badehaus und in den Tod», zitierte Abraham Lewin am 27. September den Bericht eines entkommenen Häftlings. «Der Tod kommt nach sieben oder acht Minuten. Nach der Ankunft nehmen sie den Unglücklichen die Schuhe ab. Der Anschlag auf dem Platz: ‚Aussiedler aus Warschau.‘»²⁶ Am 5. Oktober notierte er erneut: «Keiner weiss, was der morgige Tag bringen wird, und wir leben beständig in Furcht und Schrecken.»²⁷ Am 17. November erwähnte Lewin die endgültige Liquidierung sämtlicher Juden Lublins. Berichte über Massenvernichtungen in den polnischen Provinzen traten bald an die Stelle einer Vielzahl von Nachrichten über Proteste in England und den Vereinigten Staaten, die sich gegen die Ermordung der Juden richteten: «Um sich von diesem Leben zu verabschieden, braucht man in Treblinka oder in Oswigcim [Auschwitz] zehn Minuten oder eine Viertelstunde.»²⁸ Am 15. Januar 1943 schrieb Lewin von erneuter Besorgnis, da das Ghetto mit einer baldigen «Aktion» rechnete. Am darauffolgenden Tag nahm er seine letzte Eintragung vor.

In der Zwischenzeit hatte die Jüdische Kampforganisation die durch die Ereignisse vom September 1942 ausgelöste Krise überwunden. Doch

selbst unter den entsetzlichen neuen Umständen kam es nur schrittweise und nicht in vollem Umfang zu einer Vereinigung aller politischen Kräfte zur Unterstützung des bewaffneten Widerstands. Zunächst wurde im Oktober 1942 ein «Jüdisches Nationalkomitee» gegründet, das alle linksgerichteten und zentristischen zionistischen Jugendorganisationen sowie die Kommunisten vereinte. Der Bund verweigerte jedoch wiederum die Mitarbeit, und erst nach weiteren und langwierigen Diskussionen erklärte er sich schliesslich bereit, seine Aktivitäten mit denen des Nationalkomitees zu «koordinieren». Es wurde ein Jüdisches Koordinationskomitee eingerichtet. Was die rechtsgerichteten Zionisten (die Revisionisten und ihre Jugendorganisation Betar) anging, so hatten sie schon vorher eine unabhängige bewaffnete Organisation, den Jüdischen Militärverband (*Zydowski Zwqzek Wojskowy* [ZZW]), gegründet, die nicht in Verbindung zum Jüdischen Koordinationskomitee stand. Ob die Revisionisten nicht mit den «Linken» von der ZOB zusammenarbeiten wollten oder ob die ZOB sie auf Abstand hielt, bleibt unklar. Die ideologische Zerrissenheit blieb bis zum Ende bestehen.

Am 18. Januar 1943 starteten die Deutschen nach einem kurzen Besuch Himmlers eine neue (wenngleich begrenzte) «Aktion»; ihr Plan wurde teilweise durchkreuzt. Angehörige des Widerstands – unter ihnen Mordechai Anielewicz, der Kommandant der ZOB – griffen die deutsche Begleitmannschaft der vordersten Kolonne an, und die Juden zerstreuten sich. Etwa 5'000 bis 6'000 Juden wurden im Zuge der Januar-Operation schliesslich gefangen. Zu ihnen gehörten Lewin und seine Tochter; sie wurden nach Treblinka deportiert und ermordet. Dieses erste Anzeichen von bewaffnetem Widerstand veranlasste Himmler wahrscheinlich dazu, Krüger am 16. Februar den Befehl zur vollständigen Liquidierung des Ghettos zu erteilen – «aus Sicherheitsgründen».²⁹

Die Januarereignisse erhöhten das Ansehen der Kampforganisation bei der Ghettobevölkerung beträchtlich, und sie trugen ihr in verschiedenen polnischen Kreisen Lob ein. Während der darauffolgenden Wochen richtete die ZOB einige jüdische Verräter hin; sie sammelte – und «erpresste» gelegentlich – Geld von einigen reichen Ghettobewohnern, erwarb von der kommunistischen *Armia Ludowa* (AL) und auch von priva-

ten Händlern ein paar Waffen und organisierte vor allem ihre «Kampfgruppen» in Erwartung der bevorstehenden deutschen Aktion. In der Zwischenzeit horteten die Bewohner, die in zunehmendem Masse bereit waren, im Ghetto einen bewaffneten Kampf aufzunehmen, alle Lebensmittel, die sie bekommen konnten, und legten unterirdische Schutzräume für eine länger anhaltende Pattsituation an. Der Rat, in dem jetzt der unbedeutende Marek Lichtenbaum den Vorsitz führte, der in absoluter Passivität verharnte, nahm gleichwohl Kontakt zu polnischen Widerstandsgruppen, vor allem zur *Armia Krajowa* (AK), der Heimatarmee, auf, um die ZOB als eine Gruppe waghalsiger Abenteurer zu denunzieren, die im Ghetto ohne jeden Rückhalt seien.

Die Denunziationen des Rates waren nicht der Grund dafür, dass die AK zögerte, der ZOB Hilfe zukommen zu lassen, auch wenn sie sich nach den Januarereignissen bereiterklärte, ihr einige Waffen zu verkaufen. General Stefan Grot Roweczki, der Oberbefehlshaber der Heimatarmee, äusserte sich ausweichend, als man ihn um stärkere Unterstützung bat. Dabei mag der traditionelle Antisemitismus nationalistischer konservativer Polen eine Rolle gespielt haben, aber es gab für diese eher negative Einstellung noch weitere Gründe. Die *Armia Krajowa* betrachtete die linksradikalen und sowjetfreundlichen Neigungen eines Teils der ZOB mit Argwohn (sie war allerdings bereit, den Revisionisten einige Waffen zu liefern); darüber hinaus, und das war anscheinend der Hauptpunkt, war das polnische Kommando besorgt, die Kämpfe könnten vom Ghetto auf die Stadt übergreifen, während ihre eigenen Aufstandspläne und die Organisation ihrer Truppen noch nicht weit genug gediehen waren. Infolgedessen bot die AK sogar ihre Hilfe dabei an, die jüdischen Kämpfer aus dem Ghetto in die Wälder zu Partisanengruppen zu bringen. Dieses Angebot wurde abgelehnt.

Was die Führer und Mitglieder der ZOB anging, so gaben sie sich über das Ergebnis des nahenden Kampfes keinen Illusionen hin. «Ich erinnere mich an ein Gespräch, das ich mit Mordechaj Anielewicz hatte», schreibt Ringelblum. «Er lieferte eine zutreffende Einschätzung des ungleichen Kampfes, er sah die Vernichtung des Ghettos voraus und war sicher, dass weder er noch seine Mitkämpfer die Liquidierung des Ghettos überleben

würden. Er war gewiss, dass sie wie streunende Hunde sterben würden und niemand auch nur ihre letzte Ruhestätte kennen würde.»³⁰

Als am 19. April 1943, am Tag vor dem Passahfest, die endgültige Liquidierung des Warschauer Ghettos begann, waren die Juden nicht überrascht: Die Strassen waren leer, und als deutsche Einheiten einrückten, fielen sogleich die ersten Schüsse. Die Strassenkämpfe dauerten mehrere Tage an, bis dann die jüdischen Kämpfer gezwungen waren, sich in die unterirdischen Bunker zurückzuziehen. Jeder Bunker wurde zu einer kleinen Festung, und nur das systematische Niederbrennen der Gebäude und der massive Einsatz von Flammenwerfern, Tränengas und Handgranaten trieben schliesslich die noch verbliebenen Kämpfer und Bewohner auf die Strassen. Am 8. Mai wurde Anielewicz im Kommandobunker in der Mila-Strasse 18 getötet. Sporadisch gingen die Kampfhandlungen weiter, während es einigen Gruppen von Kämpfern gelang, durch die Kanalisation die «arische» Seite der Stadt zu erreichen. Tage später begaben sich mehrere Kämpfer wieder in die Kanalisation und kehrten in die Ruinen des Ghettos zurück, wo sie versuchen wollten, einige Überreste zu retten. Sie fanden niemanden mehr lebend vor.

Am 16. Mai verkündete SS-Brigadeführer Jürgen Stroop das Ende der Grossaktion: «Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr!» Symbolisch beendeten die Deutschen die Operationen damit, dass sie um 20.15 Uhr die Warschauer Grosse Synagoge in die Luft sprengten. Stroops Angaben zufolge waren während der Kämpfe 15 Deutsche und Angehörige der Hilfstruppen gefallen und etwa 90 verwundet worden. «Von den 56'065 insgesamt erfassten Juden», berichtete der SS-Brigadeführer weiter, «sind ca. 7'000 im Zuge der Grossaktion im ehem. jüd. Wohnbezirk selbst vernichtet. Durch Transport nach T. II [Treblinka] wurden 6'929 Juden vernichtet, so dass insges. 13'929 Juden vernichtet wurden. Über die Zahl 56'065 hinaus sind schätzungsweise 5-6'000 Juden bei Sprengungen und durch Feuer vernichtet worden.»³¹

Vor diesem Gesamthintergrund verdient eine herausragende Initiative Erwähnung, die schon im Jahre 1942 von einer Gruppe polnischer Katholiken ergriffen wurde. Auf Anregung der bekannten Schriftstellerin

Zofia Kossak-Szczucka wurde eine «Protest» betitelte Erklärung verabschiedet, die Kossak im August 1942 geschrieben hatte, als die Warschauer Ghettobewohner nach Treblinka deportiert wurden; darin hiess es, ungeachtet der Tatsache, dass die Juden die Feinde Polens seien und blieben, sei das generelle Schweigen angesichts der Ermordung von Millionen unschuldiger Menschen unannehmbar, und die polnischen Katholiken hätten die Verpflichtung, ihre Stimme zu erheben. Ende 1942 wurde ein «Rat für Judenhilfe» (*Ze goto*) gegründet. Während der darauffolgenden Monate und bis zur Besetzung Polens durch die sowjetische Armee rettete und unterstützte *Zegota* Tausende von versteckten Juden vor allem auf der «arischen» Seite von Warschau. Die politisch-ideologische Zusammensetzung der Führung änderte sich jedoch im Laufe der Zeit, und die katholische Organisation, welche die Gründung des Rates in die Wege geleitet hatte, verliess ihn im Juli 1943. Der Rückzug dieser konservativen Katholiken aus den Rettungsaktivitäten stand in Übereinstimmung mit den Positionen, die ein grosser Teil der polnischen katholischen Kirche vertrat, sowie natürlich mit denen der Mehrheit der Bevölkerung und der Untergrundorganisationen.

Das Leben der Juden im ehemaligen Polen ging jetzt zu Ende. Am 31. März 1943 wurde das Krakauer Ghetto liquidiert, und diejenigen von seinen Bewohnern, die man zur Arbeit selektierte, schickte man in das Sklavenarbeiterlager Plaszów; ihre Ermordung sollte später folgen. Und so ging es weiter, von Ghetto zu Ghetto und dann von Arbeitslager zu Arbeitslager. In manchen Ghettos sah die Lage jedoch gelegentlich anders aus, wenn auch nur für kurze Zeit. So hatten die 40'000 Juden, die im Herbst 1942 immer noch in Bialystok lebten, gute Gründe für etwas Hoffnung. Ebenso wie in Lodz war das Ghetto besonders aktiv dabei, für die Wehrmacht Güter herzustellen und Dienstleistungen zu erbringen. Die Beziehungen Baraszs zum Militär und sogar zu einigen der Zivilbehörden waren anscheinend gut. Unter der Führung von Mordechai Tenenbaum wurde eine örtliche Widerstandsgruppe aufgebaut, obgleich die Bedrohung durch die Deutschen nicht akut zu sein schien.

Die ersten Warnsignale kamen Ende 1942, Anfang 1943 mit der Deportation sämtlicher Juden aus dem *Distrikt* Bialystok nach Treblinka. Anfang Februar 1943 schlugen die Deutschen erneut zu, aber wie zuvor schon in Lodz wurde nur ein Teil der Bevölkerung (10'000 Juden) deportiert, und ungefähr 30'000 Einwohner blieben zurück. Ausserdem versprach ein Beauftragter des Befehlshabers der Sicherheitspolizei von Bialystok Barasz auf einer Sitzung am 19. Februar, «dass mit einer weiteren Aussiedlung von Juden zunächst nicht zu rechnen sei. Es würde voraussichtlich bei dem Verbleib von 30'000 Juden im Ghetto bis Kriegsende bleiben.»

Für die restliche Bevölkerung des Ghettos kehrte das Leben zur «Normalität» zurück: Barasz war zuversichtlich, dass die neue Stabilität von Dauer sein werde; Tenenbaum hingegen war davon überzeugt, dass jetzt die Liquidierung des Ghettos näherrückte. Tatsächlich bereiteten die Deutschen unter Globocniks persönlichem Kommando unter höchster Geheimhaltung die Liquidierung vor, um eine Neuauflage der Warschauer Ereignisse zu vermeiden. Am 16. August 1943, als die Aktion begann, waren Barasz und Tenenbaum völlig überrascht. Während die Masse der Bevölkerung den Anweisungen Folge leistete und sich hilflos zu den Sammelpunkten begab, flackerten in verschiedenen Teilen des Ghettos sporadische Kämpfe auf, die aber auf die «Evakuierungs»operation nur minimale Wirkung ausübten. Innerhalb weniger Tage war das Ghetto geräumt, und die Kämpfer waren entweder getötet worden, oder sie hatten Selbstmord begangen.

Im Juli 1943 massakrierten die Deutschen 26'000 Bewohner des Ghettos von Minsk; etwa 9'000 jüdische Arbeiter blieben noch einige Monate am Leben, aber Ende 1943 wurden im Bericht des Reichskommissars über die Hauptstadt von Weissrussland keine Juden mehr erwähnt. Kleine Gruppen von Juden flohen in nahegelegene Wälder, um sich Partisaneneinheiten anzuschliessen. Es gab eine Reihe bewaffneter Aufstände, die aber mühelos niedergeschlagen wurden, da die Deutschen jetzt durchaus mit sporadischem Widerstand rechneten.

In einigen Ghettos hingegen, in denen man, wie etwa in Wilna, entschlossenen Widerstand hätte erwarten können, nahmen die Ereignisse eine unerwartete Wende. «Hier im Ghetto ist die Stimmung fröhlich»,

notierte Kruk am 16. Juni 1943. «Alle Gerüchte über eine Liquidierung haben sich zur Zeit verflüchtigt. In den letzten Wochen hat es einen raschen Aufbau und eine Erweiterung der Ghettoindustrie gegeben. ... Gestern haben Distriktskommissar Hingst und [dessen Stellvertreter] Murer das Ghetto besucht. Beide verliessen es sehr zufrieden und ‚amüsierten‘ sich mit den Repräsentanten des Ghettos. Das Ghetto atmete erleichtert auf. Wir fragen: für wie lange?»³²

In den ersten Apriertagen wurde jedoch der Optimismus der Ghettobevölkerung schwer erschüttert. Die Deutschen sammelten mehrere Tausend Juden aus den kleineren Ghettos des Distrikts Wilna unter dem Vorwand, sie wollten sie nach Kowno verlegen; stattdessen wurden sie jedoch nach Ponar gebracht und massakriert.

Am 21. Juni 1943 befahl Himmler die Liquidierung sämtlicher Ghettos im Osten. Arbeitende Juden sollten in Konzentrationslagern gehalten werden; «die nicht benötigten Angehörigen der jüdischen Ghettos sind nach dem Osten zu evakuieren.» Die Angehörigen der FPO wussten natürlich nichts von dem Liquidierungsbeschluss, aber sie betrachteten die Tötungen vom April als schlimmes Zeichen. Für sie stellte sich jetzt die Frage: Sollte man im Ghetto den bewaffneten Widerstand organisieren, oder sollte sich die FPO in die Wälder zurückziehen und sich dann sowjetischen Partisaneneinheiten anschliessen, bevor die Deutschen zuschlugen? Gens selbst, der von der Debatte wusste, war entschlossen, die FPO im Ghetto zu behalten, zusammen mit der Bevölkerung, zu deren Verteidigung sie beitragen und der sie schliesslich die Flucht ermöglichen sollte. Ende Juni jedoch, als die Deutschen die noch verbliebenen kleinen Gemeinden in der Region von Wilna systematisch liquidierten, zog eine wachsende Zahl von Angehörigen der FPO gegen den Willen von Gens in die Wälder: Eine Konfrontation im Ghetto wurde nur mit Mühe vermieden.

Es sieht so aus, als hätten die kommunistischen Mitglieder der FPO zu diesem Zeitpunkt (Juni/Juli 1943) vor Kovner und seinen linkszionistischen Kameraden (*Haschomer Hazair*) verheimlicht, dass sie in Wirklichkeit unter dem Befehl einer weitaus grösseren kommunistischen Organisation standen und dass ihr «Delegierter» Itzik Wittenberg zum Lei-

ter der FPO gewählt worden war, ohne dass Kovner und seine Leute sich über das Ausmass und den verdeckten Charakter der kommunistischen Durchdringung im Klaren waren. Gens war anscheinend zu dem Ergebnis gekommen, dass Wittenberg eine Gefahr für seine eigenen Pläne darstellte, und am 15. Juli, spät in der Nacht, wurde der kommunistische Führer, als er (auf Einladung von Gens) mit dem Ghettochef konferierte, von Polizeikräften verhaftet. Von FPO-Mitgliedern befreit, tauchte Wittenberg unter. Die deutsche Reaktion war vorhersehbar: Falls man Wittenberg nicht auslieferte, würde die Ghettobevölkerung vernichtet. Ob unter Druck von Seiten seiner Genossen oder weil er die Furcht der Ghettobevölkerung spürte: Wittenberg erklärte sich bereit, sich zu stellen; als er in der Hand der Deutschen war, nahm er sich das Leben.

Am 14. September befahlen die Deutschen Gens, sich in der Zentrale der Sicherheitspolizei zu melden. Man hatte den Ghettochef zwar vor der Gefahr gewarnt und ihm gesagt, er solle fliehen, aber er leistete der Aufforderung doch Folge, da er Repressalien gegen die Bevölkerung vermeiden wollte. Noch am gleichen Tag um sechs Uhr abends erschossen ihn die Deutschen. Ein Teil der noch verbliebenen 20'000 Einwohner wurde in Ponar ermordet, einen anderen Teil deportierte man nach Sobibor, während arbeitsfähige Männer (darunter auch Kruk) nach Estland in Arbeitslager abtransportiert wurden. Die im Ghetto zurückgebliebenen Juden wurden unmittelbar vor dem Eintreffen der Roten Armee ermordet.

Am 6. April 1943, an dem Tag, an dem er von dem Massaker in Ponar berichtet hatte, ging Rudaszewskis Tagebuch zu Ende. Die letzte Zeile lautete: «Uns mag das Schlimmste bevorstehen.» In Lodz brachen die Tagebucheintragungen von Sierakowiak ungefähr eine Woche nach den Aufzeichnungen Rudaszewskis ab; die letzte Zeile wurde am 15. April niedergeschrieben: «Es gibt für uns wirklich keinen Ausweg aus dieser Lage.» Im Sommer starb er an Tuberkulose und Unterernährung.

Am 2. März 1943 notierte Goebbels nach einem langen Gespräch mit Göring in seinem Tagebuch: «Göring ist sich vollkommen im Klaren darüber, was uns allen drohen würde, wenn wir in diesem Kriege schwach würden. Er macht sich darüber gar keine Illusionen. Vor allem

in der Judenfrage sind wir ja so festgelegt, dass es für uns gar kein Ent-
rinnen mehr gibt. Und das ist auch gut so. Eine Bewegung und ein Volk,
die die Brücken hinter sich abgebrochen haben, kämpfen erfahrungsgemäss
viel vorbehaltloser als die, die noch eine Rückzugsmöglichkeit be-
sitzen.»³³

Totale Vernichtung

Herbst 1943 – Frühjahr 1944

«Einen einsamen Sonntagabend benutze ich, um Dir den lange fälligen Brief zu schreiben.» So begann das Plädoyer, das der tiefreligiöse Protestant Kurt Gerstein, Offizier der Waffen-SS und gequälter Zeuge der Vernichtung, der vergeblich versucht hatte, die Welt zu informieren, am 5. März 1944 an seinen Vater, einen pensionierten Richter und unerschütterlichen Regimeanhänger, richtete.

«Ich weiss nicht, was in Dir vorgeht, masse mir auch nicht im leisesten ein Recht an, dies wissen zu wollen. Aber wenn jemand ein Leben beruflich dem Recht gedient hat, muss doch in den letzten Jahren einiges in ihm vorgegangen sein. Tief erschreckt hat mich Dein Wort, das Du mir in einem bitteren Augenblick meines Lebens zuriefst oder vielmehr schriebst ...: Harte Zeiten erfordern harte Mittel! – Nein, ein solches Wort reicht nicht aus, um Geschehenes vertretbar zu machen. Ich kann es nicht glauben, dass dies das letzte Wort meines Vaters zu so beispiellosem Geschehen ist, meines alten Vaters, der mit einem solchen Wort und einem solchen Denken nicht von hinnen gehen darf. Mir will scheinen, dass wir alle, die wir noch einige Zeit zu leben haben, noch genügend Veranlassung (haben werden), allein über die praktischen Möglichkeiten und Grenzen, auch über die Folgen der Hemmungslosigkeit nachzudenken.»¹

Gerstein war in seiner Art als moralisch gepeinigter und «verräterischer» Angehöriger des Vernichtungssystems eine Ausnahme und ein einsamer Mensch. Eine Rolle spielte die religiöse Grundlage, auf der seine Haltung beruhte, aber zweifellos auch für andere Deutsche und für Angehörige anderer europäischer Nationen, von denen wir einige erwähnt haben, während uns Tausende unbekannt geblieben sind. Ihre oppositionelle Haltung, welche Form auch immer sie angenommen haben mag, und sei sie auch von begrenzter Wirkung gewesen, sollte in alle Überlegungen zur Rolle des Christentums in den Jahren der Vernichtung einbezogen werden. Ganz allgemein war jedoch ihr Weg nicht derjenige, den die christlichen Kirchen oder Institutionen einschlugen, und erst recht war er, wie wir vorwiegend in diesem Kapitel sehen werden, nicht derjenige ihrer obersten Führer.

Rein militärisch gesehen waren die letzten Monate des Jahres 1943 und der Beginn des Jahres 1944 beherrscht vom stetigen sowjetischen Vormarsch an allen Abschnitten der Ostfront, während die Westalliierten auf der italienischen Halbinsel nur sehr langsam nach Norden vorankamen und sogar an der deutschen «Gustav-Linie» steckenblieben. Was jedoch die Grosse Allianz anging, so fand das entscheidende Ereignis dieser Monate beim Treffen Roosevelts, Churchills und Stalins in Teheran vom 28. November bis zum 1. Dezember statt. Trotz britischer Befürchtungen und Bedenken wurde die amerikanische Strategie akzeptiert: Amerikanische und britische Truppen würden irgendwann im Mai 1944 an der Küste der Normandie landen. Gleichzeitig würde die Sowjetunion eine Grossoffensive starten und so die Deutschen daran hindern, Truppen in den Westen zu verlegen.

Hitler sah der Landung der Alliierten mit grosser Zuversicht entgegen. Die deutschen Verteidigungsanlagen an den Küsten des Atlantik und der Nordsee sowie die Einheiten der Wehrmacht im Westen würden das britisch-amerikanische Unternehmen mit einer katastrophalen Niederlage für die Invasoren enden lassen. Dann würde sich die gesamte deutsche Macht, für lange Zeit vor einer weiteren Bedrohung durch eine Landung sicher, gegen die Sowjetarmee wenden, die verlorenen Gebiete zurück

erobern und schliesslich Stalin dazu zwingen, um Frieden zu bitten. In der Zwischenzeit pflegte Hitler, da er der alliierten Bombenoffensive nicht wirksam begegnen konnte, wie Speer schreibt, «wüste Ausfälle gegen die englische Regierung und gegen die Juden zu richten, die diese Angriffe verschuldet hätten».² Anscheinend verstärkten die Bombenangriffe Hitlers antijüdische Obsession durch ein Element blinder Wut und einen noch heftigeren Durst nach mörderischer Rache: Die Juden waren schuld! Tatsächlich explodierte in dieser letzten Phase des Krieges sein Zorn in einem grenzenlosen Drang nach Zerstörung und Tod.

Als keine Hoffnung auf Überleben mehr blieb, waren die psychologischen Voraussetzungen für einen Aufstand gegeben: So war die Lage in Warschau nach der «Aktion» vom Januar 1943 gewesen, und so war sie im Sommer und Herbst 1943 für die jüdischen Arbeiterkolonnen, die man in Treblinka und Sobibor noch am Leben gelassen hatte. Da die Deportationen in beide Lager zurückgingen, wurde diesen Juden klar, dass ihre eigene Liquidierung nicht mehr fern sein konnte.

Wie Shmuel Wilenberg, einer der Überlebenden des Aufstands von Treblinka, schreibt, gab es nach der Vernichtung der verbliebenen Bewohner des Warschauer Ghettos kaum einen Zweifel mehr an ihrem eigenen Schicksal. Ende Juli 1943 wurde der endgültige Entschluss gefasst: Der Aufstand musste so bald wie möglich stattfinden. Als Zeitpunkt wurde der 2. August, nachmittags um 4 Uhr 30, festgesetzt. Der Leiter des wichtigsten Organisationskomitees im unteren Lager, Marcelli Galewski, ein Ingenieur aus Lodz und ehemaliger «Lagerältester», konnte im Prinzip die genaue Zeit für den Beginn der Operation deshalb mit dem «oberen Lager» koordinieren, weil Tischlermeister Jacob Wiernik von den Deutschen die Genehmigung hatte, sich in beiden Bereichen frei zu bewegen.

Im entscheidenden Moment verlief jedoch nichts nach Plan. Der erste Schuss wurde infolge unvorhergesehener Umstände eine halbe Stunde vor dem für den Beginn des Aufstands festgesetzten Zeitpunkt abgefeuert, und bald brach die Koordination zwischen den verschiedenen

Kampfgruppen zusammen. Gleichwohl gelang es Hunderten von Häftlingen, während sich Chaos ausbreitete und ein Teil des Lagers in Brand gesteckt wurde, entweder in Gruppen oder einzeln die Zäune zu durchbrechen und zu fliehen. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge wurden von den 850 Häftlingen, die am Tag des Aufstands im Lager lebten, 100 gleich zu Anfang ergriffen, 350 bis 400 kamen in den Kämpfen um, und ungefähr 400 flohen, von denen aber die Hälfte binnen weniger Stunden wieder eingefangen wurde; von den verbleibenden 200 gelang es etwa 100, dem deutschen Schleppnetz und der feindseligen Bevölkerung zu entgehen; die Zahl derer, die letztlich überlebten, ist nicht bekannt. Galewski kam, nachdem er aus der unmittelbaren Umgebung des Lagers geflüchtet war, nicht mehr weiter und nahm Gift. Wiernik überlebte und wurde zu einem wichtigen Zeugen.

Der unmittelbare Grund für den Aufstand in Sobibor war derselbe wie in Treblinka, und von Anfang 1943 an begann eine kleine Gruppe der Juden, die im Lager arbeiteten, mit der Planung der Operation. Doch erst Ende September, als ein junger jüdischer Leutnant der Roten Armee, Alexander Petscherski, der mit einer Gruppe sowjetischer Kriegsgefangener aus Minsk eingetroffen war, zu der Planungsgruppe stiess, wurden rasch konkrete Schritte unternommen. Als Datum des Aufstands setzte man den 14. Oktober fest. Der Plan sah vor, dass man mit irgendwelchen fingierten Begründungen SS-Angehörige in verschiedene Werkstätten locken und sie umbringen sollte. Die erste Phase des Plans, die Liquidierung des SS-Personals, gelang nahezu reibungslos; die zweite Phase, der kollektive Durchbruch durch das Haupttor, verwandelte sich zwar rasch in eine unkontrollierte flucht, aber mehr als 300 Häftlingen gelang es, in die umliegenden Wälder zu entkommen. Petscherski und seine Gruppe überquerten den Bug und schlossen sich den Partisanen an.

Die Zusammenarbeit von jüdischen Lagerinsassen und sowjetischen Kriegsgefangenen bei dem Ausbruch war ein einzigartiger Aspekt des Aufstands von Sobibor. Er steigerte jedoch die Sicherheitshysterie in Berlin noch um eine zusätzliche Dimension. Die Aufstände von Treblinka und Sobibor, die auf die Rebellion in Warschau gefolgt waren, überzeugten Himmler davon, dass die Ermordung der meisten jüdischen

Arbeiter, selbst im Distrikt Lublin, so rasch wie möglich vollzogen werden sollte. Am 3. November 1943 brachte die SS in Majdanek 18'400 Häftlinge um, während über Lautsprecher Musik abgespielt wurde, mit der die Schüsse und die Schreie der sterbenden Gefangenen übertönt werden sollten. Das war das Unternehmen «Erntefest».

Im September 1942 verfügte Hitler aus Arger über die lakonische Antwort, die ihm König Christian X. auf seine Geburtstagsglückwünsche geschickt hatte, die Abberufung des Reichsbevollmächtigten für Dänemark, Cecil von Renthe-Fink. Zu seinem Nachfolger ernannte der NS-Führer Werner Best, der seine Stelle in Paris einige Monate zuvor aufgegeben hatte, und forderte eine härtere Gangart gegenüber den Dänen und ihren Juden. Gleichwohl führte Best während der ersten Monate seiner Amtszeit in Dänemark die Politik seines Vorgängers fort, und selbst die Verfolgung der 8'000 Juden Dänemarks hielt sich in engen Grenzen. Ende Juli 1943 begann sich die Lage zu ändern. Der Sturz Mussolinis, die Landung der Alliierten in Sizilien und die massiven Bombenangriffe auf Hamburg überzeugten die meisten Dänen davon, dass jetzt die Niederlage Deutschlands näher rückte. Sabotageakte, die bis dahin kaum stattgefunden hatten, nahmen zu, und in mehreren Städten brachen Streiks aus. Der dänischen Regierung glitt das Heft aus der Hand. Best erschien eine Neuausrichtung der Politik unvermeidlich.

Am 29. August verhängten die Deutschen das Kriegsrecht. Einige Tage später forderte Best in einem Telegramm nach Berlin die Lösung der Judenfrage. Am 17. September erteilte Hitler seine Genehmigung. Am gleichen Tag befahl Best die Beschlagnahme der Mitgliederlisten im jüdischen Gemeindebüro, und als Tag der allgemeinen Verhaftung der Juden Dänemarks wurde der 2. Oktober festgesetzt, obgleich sowohl die Befehlshaber der Armee als auch die der Marine deutlich machten, dass sich ihre Einheiten nicht an der Aktion beteiligen würden. Irgendwann Ende September verriet Georg F. Duckwitz, der Schifffahrtssachverständige der Botschaft, einem seiner dänischen Freunde das Datum der Razzia. Daraufhin bot die schwedische Regierung, die durch ihren Botschafter in Kopenhagen über die bevorstehende Aktion informiert worden war, an, alle Juden Dänemarks aufzunehmen. Darüber hinaus

machte Stockholm sein Angebot publik und informierte so die gefährdeten Juden davon, dass sie in Schweden Asyl erhalten konnten. Am Vorabend der deutschen Aktion wurden in einer koordinierten Operation, die von der überwältigenden Mehrheit der dänischen Bevölkerung unterstützt wurde, ungefähr 7'000 Juden nach Schweden übergesetzt. Etwa 485 Juden wurden festgenommen und, nachdem Best bei Eichmann interveniert hatte, nach Theresienstadt deportiert, wo die meisten von ihnen den Krieg überlebten.

Zur gleichen Zeit, im Sommer 1943, brachten Transporte weitere Juden aus allen Teilen der Niederlande und aus den Arbeitslagern nach Westerbork. Dann lud mit absoluter Regelmässigkeit jeden Dienstag ein anderer Transport seine Fracht von 1'000 bis 3'000 Juden ein und fuhr nach «Polen». Bis zum Ende des Krieges waren mehr als 100'000 Juden allein durch Westerbork geschleust worden, die meisten von ihnen auf dem Weg zur Vernichtung. «Bald werden meine Eltern an der Reihe sein abzufahren», schrieb Etty Hillesum am 10. Juli 1943. «Wenn durch ein Wunder nicht diese Woche, dann mit Sicherheit in einer der nächsten. Mischa [Ettys Bruder] besteht darauf, mit ihnen mitzufahren, und mir scheint, dass er das wahrscheinlich tun sollte; wenn er mit ansehen müsste, wie unsere Eltern diesen Ort verlassen, würde ihn das völlig ausser Fassung bringen. Ich werde nicht fahren. Ich kann es einfach nicht. Es ist leichter, aus der Ferne für jemanden zu beten als ihn neben sich leiden zu sehen. Es ist nicht die Angst vor Polen, die mich davon abhält, mit meinen Eltern mitzufahren, sondern die Furcht davor, sie leiden zu sehen. Und auch das ist Feigheit.»³

Um die Zahl der Deportierten aus Frankreich zu erhöhen, drängten die Deutschen jetzt Vichy dazu, ein Gesetz zu verabschieden, mit dem den seit 1927 eingebürgerten Juden die französische Staatsbürgerschaft wieder aberkannt wurde. Nachdem sich aber Laval im Frühsommer 1943 zunächst scheinbar mit dem deutschen Plan einverstanden erklärt hatte, lehnte er im August die neue Forderung ab. Berichte der Präfekten hatten den Chef der Vichy-Regierung davon überzeugt, dass die öffentliche Meinung an der Auslieferung französischer Bürger an die Deutschen (auch wenn sie in neuerer Zeit eingebürgert waren) Anstoss nehmen würde. Die Deutschen liessen sich nicht beirren: Sie würden eigenstän-

dig mit der Deportation von französischen Juden beginnen. Hierbei erhielt Danneckers Nachfolger, Obersturmbannführer Heinz Röhke, Verstärkung: Eichmanns Sonderbeauftragter Alois Brunner traf direkt aus Saloniki ein, wo die Deportation fast der gesamten jüdischen Bevölkerung, wie wir sahen, soeben erfolgreich abgeschlossen worden war. Brunner löste sofort die französischen Beamten ab, die für Drancy zuständig waren, und ersetzte sie durch seine eigenen Männer; der UGIF-Nord befahl er, die interne Verwaltung des Lagers zu übernehmen.

Angesichts der deutschen Beharrlichkeit und Entschlossenheit waren UGIF-Nord wie UGIF-Süd hilflos. André Baur, der Leiter der UGIF-Nord, lehnte es ab, sich mit Brunners Plan einverstanden zu erklären, der darauf zielte, Juden, die nicht verhaftet worden waren, zu ihren Familien in Drancy zu locken. Als Baur voller Verzweiflung ein Treffen mit Laval verlangte, liess Eichmanns Beauftragter ihn verhaften (unter dem Vorwand, zwei Insassen von Drancy, von denen der eine ein Vetter von Baur war, seien entflohen). Noch deutlicher wurde Brunners Intention, die UGIF-Nord ihrer führenden Vertreter zu berauben, um dann eine völlig gefügige jüdische Führung in der Hand zu haben, als die Deutschen nach der Verhaftung Baur in verschiedenen UGIF-Büros Razzien veranstalteten und unter den fadenscheinigsten Vorwänden weitere führende Vertreter der UGIF, unter ihnen Baur, Lambert und den Präsidenten des Consistoire Jacques Helbronner, nach Drancy und schliesslich nach Auschwitz in den Tod schickten. Die UGIF-Nord existierte zwar weiter, aber ihre neuen Führer waren jetzt der unterwürfige Georges Edinger und eine Person, die später nie ganz von dem Verdacht reingewaschen wurde, sie habe eine undurchsichtige Rolle gespielt, Juliette Stern.

Mittlerweile war jedoch die UGIF-Nord, schon unter dem Vorsitz Baur und später dann aktiver, dazu bereit, an einem deutschen Plan mitzuwirken, dessen Zielsetzung von Anfang an offenkundig gewesen sein muss. Einige jüdische Kinder sollten aus Drancy entlassen und zusammen mit anderen, die sich bereits in der Obhut der UGIF befanden, ausserhalb des Lagers untergebracht werden. Die Bedingung hierfür war, dass alle in bestimmte Heime geschickt wurden, die unter der Verantwortung der Organisation standen. Das hiess mit anderen Worten, dass

die Kinder eine gefangene Gruppe waren, deren sich die Deutschen bemächtigen konnten, wann immer sie den Wunsch dazu hatten. Die Verteilung des deutschen Plans wurde zu einer immer dringlicheren Aufgabe für einige Mitglieder der UGIF selbst sowie für das halb geheime Kinderhilfskomitee (OSE), die offiziell aufgelöste jüdische Pfadfinderorganisation und die kommunistische Fürsorgevereinigung «Solidarität». Alle unternahmten Versuche, Kinder aus den Heimen der UGIF in Pflegefamilien, christliche Institutionen und sichere Unterbringungsmöglichkeiten der OSE zu überführen. Als aber die Deutschen kurz vor der Befreiung von Paris die Heime der UGIF überfielen, befanden sich, wie wir sehen werden, viele der jungen Schützlinge immer noch dort.

In der südlichen Zone wurden die deutsch-französischen Aushebungen fortgesetzt, mit denen der italienischen Obstruktion in den letzten Monaten des Mussolini-Regimes und während der kurzen Herrschaft Badoglio begegnet werden sollte. Am 25. Februar 1943 war Ribbentrop nach Rom gefahren, um sich persönlich mit Mussolini auseinanderzusetzen. Der Duce versuchte, einen Zusammenstoss zu vermeiden, und erklärte, seine Männer verhafteten die Juden in ihrer Zone, eine Aussage, von der sowohl er als auch Ribbentrop wussten, dass sie nicht zutraf. In Wirklichkeit wies der italienische Militärbefehlshaber in Frankreich Anfang März die örtlichen französischen Behörden an, die Juden, die sie in einigen der unter italienischer Kontrolle stehenden Städte verhaftet hatten, sofort freizulassen. Da sich die Nachricht über die italienische Haltung verbreitete, flohen Juden in immer grösserer Zahl in diese paradoxe Zufluchtszone, und im März 1943 lebten etwa 30'000 von ihnen im Südosten Frankreichs unter faschistischem Schutz.

Kaum waren die Deutschen in Rom sowie in Nizza und Umgebung einmarschiert, da begann die Jagd auf die Juden, die in der ehemals italienischen Zone lebten. Die Deutschen waren bereit, professionellen Denunzianten, die sich darauf spezialisierten, Juden auf der Strasse zu identifizieren, 100, 1'000 und gelegentlich sogar 5'000 Francs pro Person zu zahlen. Sie erhielten auch noch andere gut bezahlte Hilfe, so beispielsweise die einer Halbweltdame, die 17 ihrer Kunden an die Gestapo aus-

lieferte. Die Gesamtergebnisse waren gleichwohl enttäuschend. Bis Mitte Dezember 1943 waren lediglich 1819 Juden festgenommen und deportiert worden. Der äusserst geringe Erfolg der Deutschen mag auf die Nichtbeteiligung der französischen Polizei an den Aktionen zurückzuführen sein sowie darauf, dass jetzt in der Bevölkerung wie auch in religiösen Institutionen eine grössere Bereitschaft bestand, die mehrheitlich französischen Juden zu verstecken. Und da sich die Wehrmacht ebenfalls weigerte, sich an den Verhaftungsaktionen zu beteiligen, war die Gestapo im Wesentlichen auf sich gestellt. In anderen Regionen Frankreichs führte der Feldzug der Deutschen gegen die Juden in den letzten Monaten des Jahres 1943 ebenfalls zu uneinheitlichen Ergebnissen.

Kaum zwei Wochen nach der Besetzung Roms durch die Deutschen wurden die wichtigsten Führer der jüdischen Gemeinde, Ugo Foà und Dante Almansi, von Herbert Kappler, dem SD-Chef in der italienischen Hauptstadt, vorgeladen. Man befahl ihnen, innerhalb von 36 Stunden 50 Kilo Gold abzuliefern. Falls das Lösegeld rechtzeitig gezahlt wurde, sollte den Juden der Stadt kein Leid geschehen. Obgleich Kappler geheime Anweisungen von Himmler erhalten hatte, die Deportation aus Rom vorzubereiten, sieht es jetzt so aus (das ergibt sich aus freigegebenen Dokumenten des *Office of Strategic Services*), dass die Erpressung Kapplers eigene Idee war, die dazu dienen sollte, die Deportation zu vermeiden und stattdessen die Möglichkeit zu schaffen, die Juden von Rom zur Arbeit an den dortigen Befestigungsanlagen einzusetzen. Das Gold wurde bei Mitgliedern der Gemeinde rechtzeitig eingesammelt und am 7. Oktober zum RSHA abtransportiert. Die führenden Vertreter der jüdischen Gemeinde glaubten Kapplers Zusicherungen, und als sie von Oberrabbiner Israel Zolli und anderen die Warnung erhielten, es sei mit weiteren deutschen Schritten zu rechnen, entschieden sie sich, diese Warnzeichen zu ignorieren: Was anderswo passiert war, konnte in Rom nicht passieren.

Und tatsächlich schienen die Deutschen in den darauffolgenden Tagen mehr auf Plündern aus zu sein als auf alles andere. Besonders hatten sie es auf die unermesslichen Schätze der *Biblioteca della Comunità Israelitica*, der Bibliothek der israelitischen Gemeinschaft, abgesehen. Am 14.

Oktober luden die Männer Rosenbergs die Bücher dieser Bibliothek in zwei Eisenbahnwaggons und verfrachteten sie nach Deutschland. Und auch wenn sich einige der Juden Roms auf den Standpunkt stellten, Verbrechen gegen Bücher seien keine Verbrechen gegen Menschen,⁴ breitete sich doch allmählich Panik aus. Hektisch sahen sich Juden nach Verstecken um; die Reicherer von ihnen waren bald nicht mehr da.

Am 6. Oktober traf Theodor Dannecker an der Spitze einer kleinen Einheit von Offizieren und Mannschaften der Waffen-SS in Rom ein. Einige Tage später, am 16. Oktober, verhaftete Danneckers Einheit mit kleinen Verstärkungen durch die Wehrmacht in der italienischen Hauptstadt 1'259 Juden. Nachdem Mischlinge, Partner von Mischehen und einige Ausländer freigelassen worden waren, blieben 1'030 Juden, in der Mehrheit Frauen sowie etwa 200 Kinder unter zehn Jahren, in der Militärhochschule inhaftiert. Zwei Tage später wurden diese Juden zum Bahnhof Tiburtina und von dort nach Auschwitz transportiert. Die meisten Deportierten wurden sofort vergast. 196 selektierte man zur Arbeit; 15 überlebten den Krieg. Im ganzen Land gingen die Aushebungen bis Ende 1944 weiter: Die Juden wurden gewöhnlich in ein Sammellager in Fossoli di Carpi in Norditalien verlegt und von dort nach Auschwitz geschickt. Tausenden gelang es, sich bei einer im Allgemeinen freundlich gesinnten Bevölkerung oder in religiösen Institutionen zu verstecken; einige schafften es, über die Schweizer Grenze oder in die von den Alliierten befreiten Gebiete zu fliehen. Gleichwohl wurden in ganz Italien etwa 7'000 Juden, ungefähr 20 Prozent der jüdischen Bevölkerung, gefasst und ermordet.

Seit Kriegsende sind die Verhaftung und die Deportation der Juden Roms (und Italiens) Gegenstand besonderer wissenschaftlicher Aufmerksamkeit, und es hat von diesen Vorgängen, da sie ja von unmittelbarer Relevanz für die Haltung von Papst Pius XII. sind, auch eine Reihe fiktionaler Darstellungen gegeben.

Am Morgen des 16. Oktober, des Tages der Razzia, wurde Pius XII. von den Ereignissen in Kenntnis gesetzt. Die Razzia fand statt, obgleich die Möglichkeit eines päpstlichen Protests drohte; der Papst schwieg. Am 25. Oktober, nachdem der Zug mit den Deportierten Italien in Richtung Auschwitz verlassen hatte, sang ein Artikel *Osservatore Romano*,

dem Sprachrohr des Vatikans, ein Loblied auf das Mitleid des Heiligen Vaters: «Mit dem Anwachsen so vielen Leides hat sich die universale und väterliche Hilfstätigkeit des Papstes noch vermehrt; sie kennt keinerlei Grenzen, weder der Nationalität noch der Religion noch der Rasse. Diese vielgestaltige und rastlose Aktivität Pius' XII. hat sich in diesen letzten Zeiten noch weiter vertieft durch die erhöhten Leiden so vieler Unglücklicher.»⁵

Der deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl, Ernst von Weizsäcker, sandte eine Übersetzung des Artikels an die Wilhelmstrasse und legte ihr ein berichtigtes Anschreiben bei: «Der Papst hat sich, obwohl dem Vernehmen nach von verschiedenen Seiten bestürmt, zu keiner demonstrativen Äusserung gegen den Abtransport der Juden aus Rom hinreissen lassen. Obgleich er damit rechnen muss, dass ihm diese Haltung von Seiten unserer Gegner nachgetragen ... wird, hat er auch in dieser heiklen Frage alles getan, um das Verhältnis zu der deutschen Regierung und den in Rom befindlichen deutschen Stellen nicht zu belasten. Da hier in Rom weitere deutsche Aktionen in der Judenfrage nicht mehr durchzuführen sein dürften, kann also damit gerechnet werden, dass diese für das deutsch-vatikanische Verhältnis unangenehme Frage liquidiert ist.» Mit Blick auf den Artikel im *Osservatore Romano* fügte Weizsäcker hinzu: «Gegen diese Veröffentlichung sind Einwendungen umso weniger zu erheben, als ihr Wortlaut ... von den wenigsten als spezieller Hinweis auf die Judenfrage verstanden werden wird.»⁶

Ruth Klüger und ihre Mutter trafen im Mai 1944, wie wir sahen, aus Theresienstadt in Auschwitz ein, und für kurze Zeit wurden sie in das «Familienlager» abgeschoben, auf das wir noch zurückkommen. Dann verlegte man beide in das Frauenlager, wo die entscheidende Selektion stattfand: Gesunde Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren schickte man in ein Arbeitslager; die anderen wurden vergast. Ruth war zwölf. Als sie an die Reihe kam, nannte sie ihr Alter. Ihr Schicksal wäre besiegelt gewesen, hätte nicht ihre Mutter eine kühne Initiative ergriffen: In einem Augenblick der Unaufmerksamkeit beim Wachpersonal schob sie ihre Tochter in eine andere Reihe. Ruth versprach ihr, sie werde sagen, sie

sei dreizehn. «Neben dem amtierenden SS-Mann ... stand», so erinnerte sich Klüger, «die Schreiberin, ein Häftling. Wie alt mag sie gewesen sein, neunzehn, zwanzig? Die sah mich in der Reihe stehen, als ich schon praktisch vorne war. Da verliess sie ihren Posten, und fast in Hörweite des SS-Mannes ging sie schnell auf mich zu und fragte halblaut, mit einem unvergesslichen Lächeln ihrer unregelmässigen Zähne: ‚Wie alt bist du?‘ ‚Dreizehn.‘ Und sie, mich nachdrücklich mit den Augen fixierend, ganz eindringlich: ‚Sag, dass du fünfzehn bist.› Zwei Minuten später war ich dran. ... Auf die Frage nach meinem Alter gab ich die entscheidende Antwort. ... «Fünfzehn bin ich.» «Die ist aber noch sehr klein’, bemerkte der Herr über Leben und Tod, nicht unfreundlich, eher wie man Kühe und Kälber besichtigt. Und sie, im gleichen Ton die Ware bewertend: «Aber kräftig gebaut ist sie. Die hat Muskeln in den Beinen, die kann arbeiten.» ... Er gab nach. Sie schrieb meine Nummer auf, ich hatte eine Lebensverlängerung gewonnen.»⁷ «Das Gute ist unvergleichlich und auch unerklärlich», schrieb Klüger später über die Initiative des jungen Mädchens, «weil es keine rechte Ursache hat als sich selbst und auch nichts will als sich selbst.»⁸

Während Ruth noch in Theresienstadt war, im Jahre 1943, war es im Ghetto Lager zu einigen Veränderungen gekommen. Zu Beginn des Jahres traf die Führung der Reichsvereinigung aus Berlin ein und ebenso die noch verbliebenen Leiter der österreichischen und der tschechischen Gemeinschaft. Aus Gründen, die nicht vollständig klar sind, beschloss Eichmann eine Veränderung in der Leitung des Lagers: Edelstein blieb im Rat, aber in der neuen Hierarchie wurden ihm ein deutscher und ein österreichischer Jude vor die Nase gesetzt. Paul Eppstein, der früher der faktische Leiter der Reichsvereinigung gewesen war, und der Wiener Rabbiner Benjamin Murmelstein, ein Rabbiner aus Wien, übernahmen die (jüdischen) Zügel im Ghetto. In der Zwischenzeit war Karl Löwenstein, ein zum Protestantismus übergetretener deutscher Mischling, ehemaliger Offizier in der kaiserlichen Armee und Preusse bis ins Mark, aus dem Ghetto von Minsk versetzt und zum Chef der jüdischen Polizei von Theresienstadt ernannt worden. Damit hörten die Veränderungen noch nicht auf: Wiederum ohne einen klaren Grund wurde der erste Komman-

dant Siegfried Seidl durch den brutalen österreichischen SS-Hauptmann Tony Burger ersetzt.

Im August 1943 traf aus Bialystok ein geheimnisvoller Transport von mehr als 1'000 Kindern ein. Es ging das Gerücht, man werde sie gegen Deutsche austauschen und möglicherweise nach Palästina schicken. Zwei Monate später brachte man sie, gut gekleidet und ohne den gelben Fleck, in Begleitung einiger Ratsmitglieder, darunter Franz Kafkas Schwester Ottilia, auf die Reise direkt nach Auschwitz.

Kurz vor der Abfahrt der Kinder aus Bialystok hatte noch ein weiterer Transport, ein ungewöhnlich grosser, der etwa 5'000 Menschen umfasste, ebenfalls Theresienstadt in Richtung Auschwitz verlassen. Die Vorgeschichte dieses speziellen Transports hatte mehrere Monate zuvor begonnen, als das Internationale Komitee vom Roten Kreuz einen Besuch in Theresienstadt und auch in einem «jüdischen Arbeitslager» forderte. Ende 1942 hatte die Genfer Organisation, wie wir sahen, Kenntnis von der Vernichtung, und zu Beginn des Jahres 1943 häuften sich in der Zentrale des IKRK weitere Informationen über den Massenmord an Europas Juden. Am 15. April 1943 berichtete der Chefdelegierte des Roten Kreuzes in Berlin, Roland Marti, die jüdische Bevölkerung der Reichshauptstadt sei auf 1'400 Menschen zusammengeschrumpft, und auch diese seien zur Deportation in Lager im Osten vorgesehen. Er fügte dann hinzu: «Es gibt weder eine Nachricht noch eine Spur von den 10'000 Juden, die Berlin zwischen dem 28.2.43 und dem 3.3.43 verlassen haben. Man nimmt an, dass sie heute tot sind.»⁹ (Wenn davon auszugehen war, dass sie weniger als sechs Wochen nach der Deportation tot waren, dann hatte man sie offensichtlich ermordet.)

Bevor er seinen Bericht nach Genf schickte, hatte sich Marti beim Deutschen Roten Kreuz erkundigt, ob man den Deportierten Pakete schicken könne; die Antwort hatte negativ gelautet. Eichmann und seine Helfer konnten nunmehr nicht daran zweifeln, dass aus Genf ein Ersuchen kommen würde, man möge Vertretern des IKRK den Besuch eines Judenlagers gestatten. Das war genau die Situation, für die man Theresienstadt eingerichtet hatte. Was aber sollte unternommen werden, wenn die

Delegierten des Roten Kreuzes darauf bestanden, die endgültige Aufnahmestelle für Deportierte, die Theresienstadt verliessen, zu besichtigen? Da Theresienstadt von Anfang an als Schwindel gedacht war, musste in Auschwitz für alle Fälle eine Art fingiertes Pendant errichtet werden. Das war die Überlegung, die hinter der Einrichtung eines «Familienlagers» stand.

Nach Ankunft des Transports mit den 5'000 Deportierten fand keine Selektion statt, und die gesamte Gruppe wurde in einem speziellen Zweiglager, BIb, untergebracht, in dem die Mehrzahl der drakonischen Regeln für Leben und Tod in Birkenau keine Geltung hatte. Die Insassen konnten ihre Zivilkleidung tragen, Familien waren zusammen untergebracht, und jeden Tag wurden etwa 500 Kinder in einen besonderen Bereich, Block 31, geschickt, wo sie Unterricht erhielten, in einem Chor sangen, Spiele spielten, Geschichten erzählt bekamen, kurz, so weit wie möglich in Unkenntnis alles dessen gehalten wurden, wofür Auschwitz-Birkenau in Wirklichkeit stand. Im Dezember 1943 stiessen weitere 5'000 Juden aus Theresienstadt zu der ersten Gruppe. Genau sechs Monate nach ihrer Ankunft, am 7. März 1944, am Abend des jüdischen Purimfestes, wurden die 3792 Überlebenden des September-Transports (die anderen waren in der Zwischenzeit ungeachtet ihrer «günstigen» Lebensumstände gestorben) zum Krematorium III geschickt und vergast. Weitere Transporte aus Theresienstadt trafen im Mai 1944 ein. Im Juli, als Eichmann klar wurde, dass die Rotkreuz-Kommission nicht darum nachsuchen würde, Auschwitz zu besichtigen, wurde das gesamte «Familienlager» mit wenigen Ausnahmen (darunter Ruth Klüger und ihre Mutter) in die Gaskammern geschickt.

Warum der Rotkreuz-Delegierte Maurice Rossel nicht die Forderung erhob, im Anschluss an den Besuch in Theresienstadt nach Birkenau weiterzufahren, ist nicht klar. Seine SS-Gastgeber erzählten ihm, das tschechische Ghetto sei das «Endlager»; aber Rossel konnte im Juni 1944 kaum geglaubt haben, dass es, was die Deportation der Juden Europas anging, nicht mehr zu sehen gebe als Theresienstadt. Wie dem auch sei, am 1. Juli schickte der IKRK-Vertreter an Eberhard von Thadden, seinen Gesprächspartner in der Wilhelmstrasse, ein überschwengliches Dankeschreiben. Er fügte sogar Photos bei, welche die Delegation während des

Besuchs im Lager zum Andenken an den netten Ausflug aufgenommen hatte. Nachdem er, auch im Namen des IKRK, seinen Dank für alle Hilfe zum Ausdruck gebracht hatte, die der Delegation während ihres Besuchs zuteil geworden war, fügte Rossel hinzu: «Die Reise nach Prag wird uns in bester Erinnerung bleiben, und es freut uns, Ihnen nochmals versichern zu dürfen, dass unser Bericht über den Besuch von Theresienstadt für viele eine Beruhigung bedeuten wird, da die Lebensbedingungen [im Lager] zufriedenstellend sind.»¹⁰

Während des ganzen Jahres 1943 und bis in die zweite Hälfte des Jahres 1944 hinein bemühten sich die Deutschen, die Deportationen aus sämtlichen Winkeln des Kontinents zum Abschluss zu bringen und das Vernichtungstempo zu steigern. Ende Oktober 1943 wurde aus dem Ghetto Kowno ein Konzentrationslager. Einige Tage zuvor hatte man Gruppen junger Juden in die estnischen Arbeitslager deportiert, während die Kinder und die Älteren nach Auschwitz geschickt wurden. Ende Dezember wurden die Gruben bei Fort IX geöffnet und Zehntausende von Leichen ausgegraben: Diese Überreste des grössten Teils der Gemeinde von Kowno und der Judentransporte aus dem Reich und dem Protektorat wurden dann auf einigen riesigen Scheiterhaufen, die Tag für Tag neu aufgeschichtet wurden, verbrannt. Abraham Tory, der Tagebuchschreiber aus Kowno, entkam Ende März 1944 aus der Stadt und überlebte den Krieg. Drei Monate später, während die sowjetische Armee näherrückte, wurden die verbliebenen 8'000 Bewohner des Ghettolagers deportiert (darunter die Mitglieder des Rates und sein Vorsitzender Elchanan Elkes). Die Männer schickte man nach Dachau, die Frauen nach Stutthof in der Nähe von Danzig. Bis Kriegsende waren drei Viertel dieser letzten Juden von Kowno umgekommen. Elkes selbst starb kurz nach seiner Ankunft in Dachau.

Am 19. Oktober 1943 hatte Elkes ein «letztes Testament» geschrieben. Es war ein Brief an seinen Sohn und seine Tochter, die in London lebten; das Schriftstück wurde Tory übergeben und nach der Befreiung Kownos zusammen mit dem Tagebuch aufgefunden. Die allerletzten Worte des Briefes waren von väterlicher Liebe erfüllt, aber sie konnten das Gefühl tiefster Verzweiflung nicht auslöschen, das die unmittelbar vorangehenden Zeilen vermittelten: «Ich schreibe dies in einer Stunde,

in der viele verzweifelte Seelen – Witwen und Waisen, schäbig und hungrig – vor meiner Schwelle lagern und uns [den Rat] um Hilfe anflehen. Meine Kraft schwindet. In mir ist eine Wüste. Meine Seele ist verdorrt. Ich bin nackt und leer. In meinem Mund gibt es keine Worte.»¹¹

Im Herbst 1943 blieb Lodz das letzte gross angelegte Ghetto in dem von Deutschen beherrschten Europa (abgesehen von Theresienstadt). Während ihr Schicksal besiegelt wurde, hatten es die arglosen Bewohner des Ghettos weiterhin mit dem Elend ihres Alltags zu tun, von Hunger, Kälte und endlosen Arbeitsstunden in Werkstätten, von Erschöpfung und fortwährender Verzweiflung geplagt. Und doch änderte sich auch gelegentlich die Stimmung, so beispielsweise am 25. Dezember 1943, am ersten Tag von Chanukka: «In grösseren Wohnungen kommen Menschen zusammen. Jeder bringt ein kleines, passendes Geschenk: irgendein Spielzeug, ein Stückchen Babka [Kuchen], ein Band ins Haar, ein paar leere, buntfarbige Zigarettenschachteln, einen geblumten Teller, ein paar Strümpfe, ein warmes Häubchen. Dann wird gelost. Der Zufall entscheidet. Nach dem Lichterzünden kommt das Beschenken. Gettogeschenke sind nicht wertvoll, aber werden mit inniger Dankbarkeit entgegengenommen. Zum Schluss singt man Lieder, jiddische, hebräische, auch polnische. Jedenfalls solche Lieder, die geeignet sind, die Festestimmung zu erhöhen. Ein paar Stunden Feier, ein paar Stunden Vergessen, ein paar Stunden Versunkenheit.»¹²

Obleich die Alliierten, wie wir sahen, die Tatsache der Vernichtung der Juden öffentlich anerkannt hatten, schreckten London und Washington hartnäckig vor jeglichen konkreten Rettungsmassnahmen zurück. In aller Fairness muss man sagen, dass sich bis auf den heutigen Tag nur schwer einschätzen lässt, ob einige der Rettungspläne, die von Deutschlands Satelliten oder von irgendwelchen untergeordneten deutschen Amtsträgern initiiert wurden, wirklich als eine Art Austausch gedacht waren oder ob es sich dabei nicht lediglich um Erpressertricks handelte. So teilten Ende 1942 und in den ersten Monaten des Jahres 1943 die rumänischen Behörden der Jewish Agency mit, sie seien bereit, für 200'000 Lei pro Person 70'000 Juden aus Transnistrien freizulassen. Das Angebot hätte ein erster rumänischer Fühler zur Kontaktaufnahme

mit den Alliierten sein können, aber in einem nicht gerade geschickten Manöver, mit dem er sich das Wohlwollen beider Seiten erhalten wollte, setzte Radu Lecca, der Generalsekretär für jüdische Angelegenheiten in der Regierung Antonescu, der nach Istanbul reiste, um dort mit Vertretern der Jewish Agency zu verhandeln, bald danach den deutschen Botschafter in Bukarest von der Initiative in Kenntnis. Von diesem Augenblick an war das Unternehmen zum Scheitern verurteilt.

Die Jischuw-Führung war in ihrer Einschätzung des Vorschlags gespalten, und sie war sich durchaus darüber im Klaren, dass die Alliierten den Transfer von 70'000 Juden nach Palästina nicht zulassen würden. In der Tat war die britische Position, die vom *State Department* geteilt wurde, von unnachgiebiger Ablehnung gekennzeichnet. Im Februar 1943 wurde in Schweizer Zeitungen und in der *New York Times* über das rumänische Angebot berichtet, was zu einem gewissen öffentlichen Aufschrei über die Passivität der Alliierten führte, der aber keine Konsequenzen hatte. In den darauffolgenden Wochen wurde der Plan auf den Transfer von 5'000 jüdischen Waisen aus Transnistrien nach Palästina reduziert. Eichmann erklärte sich mit diesem letztgenannten Vorschlag einverstanden, sofern die Alliierten im Austausch gegen die Kinder den Transfer von 20'000 arbeitsfähigen deutschen Kriegsgefangenen nach Deutschland zulassen würden.

Sporadische Verhandlungen mit den Rumänen wurden gleichwohl während des Jahres 1943 fortgesetzt, und die Möglichkeit, alle diejenigen zu bestechen, die man in Bukarest bestechen musste, führte anscheinend dazu, dass die Option der Rettung weiter verfolgt wurde. Das endgültige Aus kam für die Operation, als das amerikanische *State Department* und das britische Wirtschaftskriegsministerium die vom Jüdischen Weltkongress beabsichtigte Überweisung des erforderlichen Geldes in die Schweiz blockierten. (Das amerikanische Finanzministerium hatte seine Genehmigung erteilt.) Im Dezember 1943 überreichte das Foreign Office dem US-Botschafter in London, John Winant, eine Note, in der es hiess, die britischen Behörden seien «besorgt über die Schwierigkeit, eine grössere Zahl von Juden unterzubringen, falls sie aus unter feindlicher Besatzung stehenden Gebieten gerettet werden sollten».¹³

Die öffentlichen Diskussionen, die seit Anfang 1943 über das Ausbleiben von Rettungsoperationen geführt worden waren, hatten sowohl das *Foreign Office* als auch das *State Department* davon überzeugt, dass irgendeine Geste erforderlich war: Man beschloss, eine Konferenz über die «Flüchtlingssituation» abzuhalten. Diese Konferenz, an der hochrangige britische und amerikanische Vertreter teilnahmen, wurde am 19. April 1943 unter dem Vorsitz des Präsidenten der Princeton University, Harold W. Dodds, auf Bermuda eröffnet. Nach zwölfstägigen Beratungen endete die Zusammenkunft mit der Verabschiedung einer Presseerklärung, in der es hiess, beiden Regierungen würden «konkrete Empfehlungen» unterbreitet werden; aufgrund der Kriegssituation könne man jedoch den Charakter dieser Empfehlungen nicht offenlegen.

Führende jüdische Vertreter in den USA waren selbst stark an der Erzielung von Ergebnissen interessiert, und sie waren sich durchaus im Klaren über die Forderung nach energischeren Initiativen, die in immer grösseren Teilen der jüdischen Bevölkerung des Landes, vor allem von einer kleinen, aber lautstarken Gruppe rechtsgerichteter Zionisten (Revisionisten) unter der Führung von Peter Bergson, erhoben wurden. Für Stephen Wise war es jedoch nicht akzeptabel, den Präsidenten durch öffentliche Kundgebungen gegen amerikanische Untätigkeit in Verlegenheit zu bringen. Wise zögerte nicht, seine Ansichten öffentlich kundzutun. Auf der *American Jewish Conference*, die im August 1943, einen Monat nach Bergsons «Notkonferenz zur Rettung des jüdischen Volkes in Europa», abgehalten wurde, erklärte er seinem Publikum: «Wir sind Amerikaner – zuerst, zuletzt und allezeit. Nichts, was wir sonst sind, ob durch Glauben oder durch Rasse oder durch Schicksal, schränkt unser Amerikanertum ein. ... Wir und unsere Väter haben uns entschieden, Amerikaner zu sein, und Amerikaner wollen wir jetzt auch bleiben. ... Unsere erste und schwierigste Aufgabe, die sich uns gemeinsam mit allen anderen Bürgern unseres geliebten Landes stellt, besteht darin, den antifaschistischen Krieg zu gewinnen. Sofern der Krieg nicht gewonnen wird, ist alles andere verloren.»¹⁴

Wises Ansichten wurden von den meisten Teilnehmern der Konferenz und alles in allem von der Mehrzahl der amerikanischen jüdischen Orga-

nisationen und ihren Publikationen übernommen. Es gab kaum führende Vertreter der Hauptströmung, die zuzugeben bereit waren, dass nicht genug getan worden war und auch jetzt nicht genug getan wurde; einer von ihnen war Rabbiner Israel Goldstein, der auf derselben *American Jewish Conference* im August 1943 aus seinen Gefühlen keinen Hehl machte: «Geben wir unumwunden zu, dass wir amerikanischen Juden als eine Gemeinschaft von fünf Millionen nicht tief genug erschüttert worden sind, uns nicht leidenschaftlich genug angestrengt haben, nicht genügend von unserer Bequemlichkeit und unseren gesellschaftlichen und staatsbürgerlichen Beziehungen aufs Spiel gesetzt haben, nicht genügend bereit gewesen sind, das Band der sogenannten Liebenswürdigkeit in Frage zu stellen, um dem Gewissen unserer christlichen Nachbarn und Mitbürger unsere Sorgen aufzubürden.»¹⁵

Zum Entsetzen der Regierung und der Hauptströmung der amerikanisch-jüdischen Führung gaben die Bergsonianer nicht auf. Ende 1943 gelang es ihnen, Senator Guy Gillette aus Iowa und das Mitglied des Repräsentantenhauses Will Rogers aus Kalifornien zu veranlassen, im Kongress eine Rettungsresolution einzubringen. Während der Debatten forderte der stellvertretende Außenminister Breckinridge Long, der seit Jahren keine Mühe gescheut hatte, die Einwanderung von Juden auf ein Minimum zu beschränken, als Zeuge aussagen zu dürfen, und legte dem Auswärtigen Ausschuss irreführende Daten über die Zahl der jüdischen Flüchtlinge vor, denen das *State Department* die Einreise in die Vereinigten Staaten gestattet hatte. Als Longs Aussage bekannt wurde, brachten Beamte des Finanzministeriums Beweise für die ständigen Bemühungen des *State Department* zur Sprache, Informationen über die Vernichtung zu verheimlichen und Rettungsmaßnahmen zu behindern. Dieses Material wurde dem Präsidenten von Finanzminister Henry Morgenthau vorgelegt. Diesmal hielt Roosevelt es für politisch klug zu reagieren, und im Januar 1944 kündigte er die Einrichtung des *War Refugee Board* an, das vom stellvertretenden Finanzminister John Pehle geleitet werden sollte. Das WRB erhielt den Auftrag, alle von seinen Funktionären überprüften und empfohlenen Rettungsaktionen zu koordinieren und zu leiten.

Die Bestätigung der Nachrichten über die fortlaufende Vernichtung der europäischen Juden führte zu massenhaften Protesten auf den Straßen von Tel Aviv sowie dazu, dass die Oberrabbiner des Jischuw Fastentage und andere Kundgebungen kollektiver Trauer ausriefen. Bald jedoch traten Alltagsorgen und selbst traditionelle Feierlichkeiten wieder in den Vordergrund; im Jahre 1943 organisierte die Kibbuzbewegung grosse Feste, und die Studenten der Hebräischen Universität feierten Purim mit dem üblichen Karnevalszug. Die Historikerin Dina Porat schreibt: «Qualen waren ein Teil des täglichen Lebens, und wenn die Nachricht besonders bitter war, vervielfachten sich die Äusserungen des Schmerzes. Aber die öffentliche Aufmerksamkeit hielt nicht an, und für Wochen oder Monate kehrte das Leben dann zur Normalität zurück – bis zum nächsten schockierenden Ereignis.»¹⁶

Im Gegensatz zu ihrem Bruder Mischa hatte Etty Hillesum beschlossen, in Westerbork zu bleiben, als das Datum der Deportation ihrer Eltern heranrückte. Doch am 6. September 1943 kam der Befehl: Sie sollte denselben Transport besteigen. In einem Brief vom 7. September beschrieb ein Freund, Jopie Vleeschouwer, die Ereignisse jenes Tages: «So gingen zuerst die Eltern und Mischa zum Zug. Und zum Schluss schleppte ich einen gutgefüllten Rucksack und einen Reisekorb mit einem daran baumelnden Essnapf und Trinkbecher zum Zug. Und dort betrat sie den Transportboulevard. ... Fröhlich redend, lachend, ein liebes Wort für jeden, der ihr über den Weg lief, ... ganz unsere Etty, wie ihr sie alle kennt. ... Ich verliere sie aus den Augen und irre noch ein wenig herum. ... Ich sehe Mutter und Vater H. und Mischa in Waggon Nr. 1 einsteigen. Etty kommt in den Waggon Nr. 12, nachdem sie eine gute Bekannte in Waggon Nr. 14 besucht hatte, die zuletzt noch herausgeholt wurde. Da fährt der Zug an, ein schriller Pfiff und die 1'000 (*Transportfähiger*) setzen sich in Bewegung. Noch ein Blick auf Mischa, der ... aus einem Spalt des Güterwaggons Nr. 1 winkt und dann bei Nr. 12 ein fröhliches ‚Taaag‘ von Etty, und fort sind sie.»¹⁷

Etty gelang es an jenem Tag noch, eine Postkarte aus dem Zug zu werfen; sie war an einen Freund in Amsterdam gerichtet: «Wenn ich die Bibel aufs Geratewohl aufschlage, finde ich dies: ‚Der Herr ist mein ho-

her Turm.' Ich sitze auf meinem Rucksack mitten in einem vollen Güterwagen. Vater, Mutter und Mischa sind einige Waggons weiter. Zum Schluss kam die Abfahrt ohne Vorwarnung. Auf plötzlichen speziellen Befehl aus Den Haag. Wir verliessen singend das Lager, Vater und Mutter gefasst und ruhig, Mischa auch. Wir werden drei Tage unterwegs sein. Dank Dir für alle Freundlichkeit und Fürsorge. ... Lebewohl einsteilen von uns vieren.»¹⁸

Einem Bericht des Roten Kreuzes zufolge wurde Etty am 30. November 1943 in Auschwitz ermordet; ihre Eltern und ihr Bruder Mischa teilten ihr Schicksal. Ihr Bruder Jaap überlebte das Lager, starb aber bei Kriegsende auf dem Rückweg in die Niederlande.

15.

Das Ende

März 1944 – Mai 1945

Am 6. April 1944 machte Klaus Barbie, der Gestapochof von Lyon, Heinz Röhke von einem besonders erfolgreichen Fang Mitteilung: «In den heutigen Morgenstunden wurde das jüdische Kinderheim ‚Colonie Enfant‘ in Izieu-Ain ausgehoben. Insgesamt wurden 41 Kinder im Alter von 3 bis 13 Jahren festgenommen. Ferner gelang die Festnahme des gesamten jüdischen Personals, bestehend aus 10 Köpfen, davon 5 Frauen. Bargeld oder sonstige Vermögenswerte konnten nicht sichergestellt werden. Der Abtransport nach Drancy erfolgt am 7.4.44.»¹ Der grösste Teil der Kinder und des Personals von Izieu wurde am 13. April mit Transport Nr. 71 von Drancy nach Auschwitz deportiert; die anderen verschickte man am 30. Mai und am 30. Juni. Keiner der Deportierten überlebte.

Die Ermordung der Kinder und des Personals von Izieu war nur ein winziges Ereignis in der Routine der deutschen Massenvernichtung, aber sie zeigt, dass man, während der Krieg in sein letztes Jahr ging, ungeachtet der sich rapide verschlechternden Lage des Reichs beim letzten Einsatz für die vollständige Vernichtung der europäischen Juden keine Mühe scheuen, keine Festnahme für zu unbedeutend erachten würde.

Bis Anfang Juni 1944 gelang es der Wehrmacht, den alliierten Vormarsch auf Rom aufzuhalten, und Mitte März hatte sie Ungarn besetzt. Zwar glückte am 6. Juni die Landung der Alliierten in der Normandie, zwar besetzten die sowjetischen Truppen im Sommer und Herbst Polen

und das Baltikum, brachten das rumänische Regime zu Fall, übernahmen Bulgarien und errichteten am Rand von Budapest eine Front, aber im Osten wie im Westen starteten die Deutschen immer noch gefährliche Gegenoffensiven. Gegen Ende des Jahres war jedoch die Militärmacht des Reichs verbraucht: Teile Ostpreussens waren bereits den Sowjets in die Hände gefallen, und an den Reichsgrenzen standen riesige alliierte Verbände bereit; zudem nahmen die industriellen Kapazitäten des Landes unter dem unablässigen Bombardement der Engländer und Amerikaner jetzt rapide ab.

Am 27. April 1944 hielt der Propagandaminister ein Gespräch fest, das am Vortag in Berlin stattgefunden haben musste. Die jüngsten Bombenangriffe auf München hatten schwere Schäden verursacht. Hitler war von tiefem Rachedurst gegenüber England erfüllt. Ohne Überleitung notierte dann Goebbels: «Der Judenhass ist beim Führer eher noch gestiegen, als dass er abgenommen hätte. Die Juden müssen für ihre Untaten an den europäischen Völkern und überhaupt an der ganzen Kulturwelt bestraft werden. Wo auch immer wir sie zu fassen bekommen, da sollen die der Vergeltung nicht entgehen. Die Vorteile des Antisemitismus sind, wie ich schon sagte, seinen Nachteilen entgegenzustellen. Im Grossen und Ganzen kann man schon sagen, dass eine Politik auf weite Sicht in diesem Kriege nur möglich ist, wenn man von der Judenfrage ausgeht.»

In der Tat breitete sich der Antisemitismus auf dem ganzen Kontinent aus. Er war in Frankreich ebenso greifbar wie in der Ukraine, in Polen ebenso real wie in Deutschland selbst und auch in den Niederlanden.

Die Chronik Anne Franks, in der sie das Alltagsleben im Versteck wie auch das Auf und Ab intimer Gefühle festhielt, öffnete sich im Vorfrühling des Jahres in zunehmendem Masse Reflexionen über das Schicksal ihres Volkes und über den Antisemitismus. Am 11. April schilderte sie einen kurzen Alarm, bei dem sie dachte, die Polizei hätte ihr Versteck entdeckt, und darauf folgte eine Erklärung überströmender Liebe zum niederländischen Volk. Kaum einen Monat später, am 22. Mai, war sie sich jedoch über ihren Platz in der niederländischen Nachkriegsgesellschaft nicht mehr so sicher: »Zu unserem grossen Leidwesen und zu un-

serem grossen Entsetzen haben wir gehört, dass die Stimmung uns Juden gegenüber bei vielen Leuten umgeschlagen ist. Wir haben gehört, dass Antisemitismus jetzt auch in Kreisen aufkommt, die früher nie daran gedacht hätten. Das hat uns tief, tief getroffen. Die Ursache von diesem Judenhass ist verständlich, manchmal sogar menschlich, aber trotzdem nicht richtig. Die Christen werfen den Juden vor, dass sie sich bei den Deutschen verplappern, dass sie ihre Helfer verraten, dass viele Christen durch die Schuld von Juden das schreckliche Los und die schreckliche Strafe von so vielen erleiden müssen. Das ist wahr. Aber sie müssen (wie bei allen Dingen) auch die Kehrseite der Medaille betrachten. Würden die Christen an unserer Stelle anders handeln? Kann ein Mensch, egal ob Jude oder Christ, bei den deutschen Methoden schweigen? Jeder weiss, dass dies fast unmöglich ist. Warum verlangt man das Unmögliche dann von den Juden? ... Oh, es ist traurig, sehr traurig, dass wieder, zum so-und-sovielten Mal, der alte Spruch bestätigt wird: «Was ein Christ tut, muss er selbst verantworten, was ein Jude tut, fällt auf alle Juden zurück.»²

Anne hatte auch gehört, dass man nach dem Krieg ausländische Juden in die Länder zurückschicken würde, aus denen sie geflohen waren. So überdachte das junge Mädchen, das noch einige Wochen zuvor seinen dringenden Wunsch bekundet hatte, Niederländerin zu werden, jetzt, nachdem es von dem Umschwung in der öffentlichen Meinung gehört hatte, mit einiger Besorgnis seine Chancen, akzeptiert zu werden: «Ich hoffe nur», schrieb sie am gleichen Tag, «dass dieser Judenhass vorübergehender Art ist, dass die Niederländer doch noch zeigen werden, wer sie sind, dass sie jetzt und nie in ihrem Rechtsgefühl wanken werden. Denn das ist ungerecht!»³

Irgendwer denunzierte die Juden, die sich in der Prinsengracht 263 versteckt hatten. Am 4. August 1944 wurden sie verhaftet, in ein Gefängnis in Amsterdam überführt und dann nach Auschwitz deportiert. Margot und Anne brachte man nach Bergen-Belsen, wo sie beide einige Wochen vor der Befreiung des Lagers an Typhus starben. Sie wurden wahrscheinlich in einem Massengrab bestattet. Mit Ausnahme von Otto Frank überlebte keiner der acht Bewohner des Hinterhauses. Miep und Jan fanden Annes Tagebuchblätter über das ganze Versteck verstreut.

In Frankreich erlebte der kollaborationistische Extremismus einen Aufschwung, als Anfang 1944 Joseph Darnand, der Mann der Gestapo, zum Generalsekretär für die Aufrechterhaltung der Ordnung und einige Monate später zum Staatssekretär des Inneren ernannt wurde und Philippe Henriot, ein militanter Katholik und Rechtsextremer aus den Vorkriegsjahren, den Posten des Staatssekretärs für Propaganda und Information übernahm. Ihre Ansichten und ihr Fanatismus standen auf derselben Stufe wie die ihrer Vorbilder und Verbündeten, der SS. Während Henriot in seinen zweimal täglich ausgestrahlten Sendungen die übelste antisemitische Propaganda von sich gab, denunzierten, verhafteten, folterten und mordeten die Männer Darnands Widerstandskämpfer und Juden. Sie töteten Victor Basch, den früheren Vorsitzenden der Menschenrechtsliga, und seine Frau, die beide in den Achtzigern waren; sie töteten Blums früheren jüdischen Erziehungsminister Jean Zay; sie töteten Reynauds Innenminister Georges Mandel, um nur ihre bekanntesten jüdischen Opfer zu nennen. Ohne sich von der Landung in der Normandie und von den näherrückenden alliierten Truppen beirren zu lassen, machte die Pariser Gestapo weiter. Am 20. und 24. Juli überfielen die Deutschen die Kinderheime der UGIF-Nord, in denen etwa 650 Kinder immer noch von der Führung der Organisation gesammelt untergebracht waren. Zuerst wurden 233 Kinder gefangengenommen und nach Drancy transportiert. Edingers unmittelbare Reaktion war, die Verteilung der restlichen Kinder anzuordnen, aber kurz danach nahm er diese Anordnung wieder zurück. Die noch verbliebenen Kinder wurden abgeholt. Bis ganz zum Schluss fürchteten sich die führenden Vertreter der UGIF-Nord vor deutscher Vergeltung – die sich wahrscheinlich gegen sie selbst gerichtet hätte.

Am 17. und 22. August verliessen die letzten Judentransporte Frankreich in Richtung Auschwitz. Am 25. August befreite General Philippe Leclercs freifranzösische Division, die den US-Truppen im Westen unterstellt war, Paris.

In Italien und in den ehemals von Italienern besetzten Gebieten hatten die Aushebungen von Juden keinen grossen Erfolg gehabt, da die Juden in kleinen Dörfern Verstecke gefunden hatten. Die Mittel, die den Deut-

schen zur Verfügung standen, erlaubten keine gründlichen Suchaktionen, weder in kleinen noch gar in grösseren Gemeinden. So setzten die Deutschen gewisse Hoffnungen auf eine neue Verfügung, die die faschistische Regierung erlassen hatte und der zufolge alle Juden in Konzentrationslager geschickt werden sollten. Sie hofften, die faschistische Polizei werde die Angelegenheit in die Hand nehmen und es der kleinen Einsatzgruppe der Gestapo ermöglichen, ihre Männer als Berater der örtlichen Polizeieinheiten unterzubringen.

In einigen Gebieten wurde die von Mussolinis Regierung erlassene Verordnung tatsächlich befolgt, sogar ohne deutsche Beteiligung. So verhaftete in Venedig die dortige Polizei am 5. und 6. Dezember 1943 163 Juden entweder in der eigenen Wohnung oder im Altersheim. Eine Wiederholung der Aktion, diesmal mit deutscher Beteiligung, fand am 17. August im Altersheim statt, und schliesslich, am 6. Oktober 1944, wurden in drei venezianischen Krankenhäusern 29 jüdische Patienten festgenommen. In der alten Reismühle La Riseria di San Sabba, die seit August 1944 an die Stelle des Lagers Fossoli getreten war, ermordete man die ältesten und schwächsten Insassen an Ort und Stelle, und der Rest, die Mehrheit, wurde nach Auschwitz deportiert und vernichtet. Und in Mailand stellte eine Bande italienischer Faschisten mit ihren bestialischen Taten selbst die Deutschen in den Schatten. Pietro Kochs Männer hatten ihr Hauptquartier in einer Villa aufgeschlagen, die man dann bald Villa Triste («traurige Villa») nannte; dort folterten und exekutierten sie ihre Opfer, Juden und Nichtjuden.

Gleichzeitig mit den Aushebungen in Italien (und in Südost-Frankreich) wandten sich die Deutschen dem griechischen Festland und den griechischen Inseln zu. Zwei Wochen vor dem Passahfest, am 23. März 1944, hatten sich etwa 800 Juden an der Hauptsynagoge von Athen versammelt, wo die Deutschen eine Verteilung von Mazzen versprochen hatten. Alle wurden festgenommen, zum Durchgangslager Haideri getrieben und Anfang April nach Auschwitz deportiert. Man vergass keine jüdische Gemeinde in der Ägäis, auch nicht die kleinste. Die Mehrzahl der Juden von den griechischen Inseln wurde im Laufe des Juli 1944 verhaftet. Am 23. Juli trieb man die 1'750 Juden von Rhodos und die 96

Juden der winzigen Insel Kos zusammen und pferchte sie in drei Lastkähne, die in Richtung Festland fuhren. Diejenigen, welche die Seereise und die Misshandlungen bei der Ankunft überstanden hatten, wurden in die üblichen Güterwagen getrieben, und am 16. August trafen sie in Auschwitz ein. 151 Deportierte aus Rhodos überlebten den Krieg und ebenso 12 Juden aus Kos.

Ungarn wurde am 19. März 1944 von der Wehrmacht besetzt. Mit der Drohung, einseitig militärisch vorzugehen, zwang Hitler Horthy, eine deutschfreundliche Regierung einzusetzen. Zum Ministerpräsidenten ernannt wurde Döme Sztájay, der ehemalige Botschafter in Berlin. Hitler erhob auch die Forderung, etwa 100'000 Juden «zur Arbeit» in Deutschland zur Verfügung zu stellen. Horthy fügte sich. Am gleichen Tag wurde Edmund Veessenmayer zu Hitlers Sonderbeauftragtem bei der neuen ungarischen Regierung ernannt. Eichmann traf ebenfalls in der ungarischen Hauptstadt ein, bald gefolgt von den Angehörigen seines «Sondereinsatzkommandos Ungarn».

Die anti-jüdischen Massnahmen wurden in der Tat sofort in Gang gebracht. Am 7. April begannen die Verhaftungsaktionen in der ungarischen Provinz, an denen die ungarische Gendarmerie begeistert mitwirkte. In weniger als einem Monat wurden in der Karpatho-Ukraine, in Transsilvanien und später im südlichen Teil des Landes Ghettos oder Lager für Hunderttausende von Juden eingerichtet. Nach den deutschen Plänen sollte Budapest zuletzt, etwa ab Ende Juni, «evakuiert» werden.

Man kann sich die Frage stellen, ob nicht die Haltung, die der (am 12. März ernannte) Judenrat einnahm, mehr als an den meisten anderen Orten die Passivität und Unterwürfigkeit der jüdischen Massen noch verstärkte. Der Rat war gut informiert, und zahlreiche ungarische Juden, hauptsächlich in Budapest, waren es ebenfalls. Heimkehrende Angehörige der Arbeitsbataillone, ungarische Soldaten, die von der Ostfront zurückkehrten, und jüdische Flüchtlinge aus Polen und der Slowakei verbreiteten sehr wohl die Informationen, die sie über die massenhafte Vernichtung von Juden gesammelt hatten, und Gleiches taten die ungarischen Programme der BBC. Zudem entkamen am 7. April zwei slowa-

kische Juden, Rudolf Vrba und Alfred Wetzler, aus Auschwitz und erreichten am 21. die Slowakei. In wenigen Tagen hatten sie einen detaillierten Bericht über den Vernichtungsprozess in dem oberschlesischen Lager geschrieben und ihn der «Arbeitsgruppe» in Bratislava übergeben. Diese «Auschwitz-Protokolle» gelangten in die Schweiz und die alliierten Länder; umfangreiche Auszüge wurden bald darauf in der schweizerischen und der amerikanischen Presse veröffentlicht. Bis auf den heutigen Tag ist jedoch nicht klar, wie lange der Bericht brauchte, um zum Judenrat in Budapest zu gelangen. Der Budapester Rat, der unter der Leitung von Samu (Samuel) Stern stand, nahm möglicherweise an, dass jede Warnung an die Adresse der Juden in den Provinzen nutzlos sein würde.

Am 14. Mai wurden die Massendeportationen nach Auschwitz aufgenommen. Die Krematorien von Birkenau konnten mit dem Tempo der Vergasungen nicht Schritt halten, und es mussten zusätzlich Gruben zur Verbrennung im Freien angelegt werden. Beim Auschwitz-Prozess in Frankfurt sagte der SS-Offizier Perry Broad aus: «Bald waren von der pausenlosen Höchstbeanspruchung wieder die Öfen durchgebrannt und nur das Krematorium drei rauchte noch. ... Die Sonderkommandos waren verstärkt worden und arbeiteten fieberhaft daran, die Gaskammern immer wieder zu entleeren. ... Man hatte kaum die letzte Leiche aus den Kammern gezogen und über den mit Kadavern übersäten Platz hinter dem Krematorium zur Brandgrube geschleift, als schon in der Halle die nächsten zur Vergasung ausgezogen wurden.»⁴

Höss selbst beschrieb als Tätigkeiten, die mit der Verbrennung in den offenen Gruben verbunden waren, «das Unterhalten des Feuers bei den Gruben, das Übergießen des angesammelten Fettes, das Herumstochern in den brennenden Leichenbergen, um Luft zuzuführen»/

Schon bald nach Beginn der Deportationen entwickelte sich im Lande, insbesondere von Seiten der langjährigen konservativen politischen Verbündeten Horthys und seines engsten Beraterkreises, ein zunehmender Druck, der darauf zielte, die Mitwirkung an den deutschen Deportationen einzustellen. Gegen Ende des Monats Juni wurde der inländische Widerstand in Ungarn durch internationale Interventionen gestärkt: Der König

von Schweden, der Papst, der amerikanische Präsident, alle wurden beim Reichsverweser vorstellig. Am 2. Juli unterstrich ein schwerer amerikanischer Luftangriff auf Budapest die Botschaft Roosevelts. Horthy schwankte, war bereit, diesen Forderungen nachzukommen, konnte aber mehrere Wochen lang den nazifreundlichen Mitgliedern seiner Regierung seinen Willen nicht aufzwingen. Als am 8. Juli die Deportationen aus Ungarn schliesslich eingestellt wurden, waren 438'000 Juden nach Auschwitz geschickt und etwa 394'000 sofort vernichtet worden. Von denen, die man zur Arbeit selektiert hatte, waren bei Kriegsende nur noch sehr wenige am Leben. In Budapest warteten etwa 250'000 Juden immer noch auf ihr Schicksal.

Die wichtigsten Institutionen, die sich bis zu einem gewissen Grade dem gegen die Juden geführten Feldzug hätten entgegenstellen können, waren die Kirchen. Pius XII. schloss sich immerhin anderen Fürsprechern an, die sich bei Horthy dafür verwendeten, die deutsche Operation zu stoppen. Diese erste öffentliche Intervention des Papstes zugunsten der Juden ging am 25. Juni 1944 ab; aber selbst diese Botschaft war in ziemlich schwammige Formulierungen gekleidet, und die Juden wurden nicht ausdrücklich mit Namen genannt; ebenso wenig gab es irgendeine Erwähnung der Vernichtung.⁶

Die Führung der katholischen und der protestantischen Kirche in Ungarn wusste ebenfalls, was die Deportationen nach Deutschland bedeuteten; keiner ihrer Vertreter liess sich jedoch dazu bewegen, öffentlich gegen die Vorgehensweisen der Regierung Sztájay Stellung zu beziehen. Beide Kirchen waren in allererster Linie bestrebt, Ausnahmen für konvertierte Juden zu erreichen, und damit hatten sie teilweise Erfolg, eben weil sie sich jedes öffentlichen Protests gegen die Deportationen schlechthin enthielten. Mit Blick auf die Deportation der Juden in ihrer Gesamtheit setzte das Oberhaupt der ungarischen katholischen Hierarchie, Justinian Kardinal Seredi, schliesslich ein kurzes Hirtenwort auf, das am 16. Juli verlesen wurde, eine Woche nachdem Horthy den Transporten Einhalt geboten hatte.

Während sich die Ereignisse in Ungarn mit ausserordentlicher Geschwindigkeit entwickelten, traten zwei miteinander zusammenhängende Probleme auf, die bis auf den heutigen Tag immer noch höchst umstritten

sind: Zum einen der Versuch einiger Mitglieder des jüdischen «Hilfs- und Rettungskomitees», der *Vaadah* (hebräisch: «Komitee»), mit den Deutschen zu verhandeln; und zum anderen die Entscheidung der Alliierten über die Bombardierung der Eisenbahnstrecke von Budapest nach Auschwitz oder der Tötungsanlagen in Auschwitz selbst.

Die *Vaadah* war Anfang 1943 in der ungarischen Hauptstadt gegründet worden; sie sollte jüdischen Flüchtlingen vor allem aus der Slowakei und Polen helfen, die nach Ungarn geflohen waren. Eine führende Rolle übernahmen in der *Vaadah*, deren Vorstand sich noch weitere ungarische Juden angeschlossen hatten, Rudolf Kastner, ein zionistischer Journalist aus Cluj, Joel Brand, der ebenfalls aus Transsilvanien stammte und der in der Politik und auch sonst etwas von einem Abenteurer an sich hatte, sowie Otto Komoly, ein Ingenieur aus Budapest. Ende März 1944 trafen sich Kastner und Brand in Budapest mit Dieter Wisliceny. Dem Abgesandten Eichmanns wurde eine beträchtliche Geldsumme (zwei Millionen Dollar) geboten, um die Deportation der Juden Ungarns zu vermeiden. Als sich aber herausstellte, dass die *Vaadah* einen derartigen Betrag nicht zur Verfügung stellen konnte, liess Eichmann irgendwann Mitte oder Ende April Brand rufen und machte das Angebot, das Leben von 800'000 ungarischen Juden gegen die Lieferung von 10'000 winterfesten Lastwagen, die ausschliesslich an der Ostfront eingesetzt werden sollten, durch die Alliierten zu tauschen. Die SS würde es Brand gestatten, nach Istanbul zu fahren; begleitet werden würde er von Bandi Grosz, einem Mehrfachagenten und einer in jeder Hinsicht zwielichtigen Gestalt, auf die sich Himmlers Männer verliessen, um Kontakte zum Westen zu knüpfen.

Selbstverständlich bestand nicht die Absicht, eine nennenswerte Zahl ungarischer Juden freizulassen. Die beispiellose Geschwindigkeit und das unvergleichliche Ausmass der Deportationen und Vernichtungsaktionen sind das beste Indiz für das, was die Deutschen in diesem Stadium wirklich vorhatten. Die Absicht, die hinter den Kontakten stand, war äusserst simpel: Wenn die Alliierten das deutsche Angebot ablehnten, konnte man ihnen die Verantwortung dafür zuschieben, dass sie zur Vernichtung der ungarischen Juden beigetragen hatten; ebenso wie nach der

Evian-Konferenz vom Juli 1938 konnten dann die Deutschen wieder einmal verkünden: «Keiner will sie!» Falls jedoch etwa infolge jüdischen Drucks die Alliierten irgendwelche Verhandlungen beginnen sollten, dann würde Stalin mit Sicherheit dagegen Einwände erheben, und der Bruch in der Grossen Allianz, den Hitler ungeduldig erwartete, würde folgen. Die Überlegung, die hinter der Mission von Grosz stand, war aller Wahrscheinlichkeit nach dieselbe: Sofern der Westen den Gedanken separater Verhandlungen akzeptierte, würde man die Sowjets informieren, und das Endergebnis wäre gleich.

Am 19. Mai 1944 landeten Brand und Grosz in Istanbul. Während Grosz seiner eigenen «Mission» nachging, übermittelte Brand den Vorschlag der SS den Abgesandten des Jischuw in Istanbul. Es folgte eine Reihe sich rasch entwickelnder Ereignisse. Der Vorstand der *Jewish Agency*, den Ben-Gurion in Jerusalem einberief, beschloss, sogleich bei den Alliierten vorstellig zu werden, selbst wenn die Chancen einer Abmachung mit den Deutschen als sehr gering eingeschätzt wurden. Der britische Hohe Kommissar in Palästina, den Ben-Gurion informiert hatte, erklärte sich bereit, Moshe Shertok, dem Sekretär der Politischen Abteilung der *Jewish Agency*, die Genehmigung zu einer Reise nach Istanbul zu erteilen, wo er mit Brand Zusammentreffen sollte. Während sich die Abreise Shertoks verzögerte, musste Brand selbst die Türkei verlassen. So konnte der Abgesandte aus Budapest erst am 11. Juni in Aleppo in Syrien, wo die Briten ihn in Arrest hielten, mit Shertok Zusammentreffen. Brand wiederholte gegenüber Shertok die wesentlichen Punkte der deutschen Botschaft.

Auch wenn die Führung des Jischuw schon bald begriff, dass die Mission von Grosz der Hauptplan der Deutschen war und die Unterhandlungen Brands lediglich einen Nebenkriegsschauplatz und einen zusätzlichen Köder darstellten, bemühten sich Shertok und Chaim Weizmann, der Präsident der Zionistischen Weltorganisation, gleichwohl bei Außenminister Anthony Eden in London um eine gewisse Geste, die es gestatten würde, Zeit zu gewinnen und schliesslich einen Teil der ungarischen Judenheit zu retten. Am 15. Juli wurde ihnen erklärt, das deutsche «Angebot» sei abgelehnt worden. In der Zwischenzeit hatte man Brand von Aleppo nach Kairo gebracht, wo er weiterhin von den Briten ver-

hört wurde. An diesem Punkt hatte seine Mission ein abruptes Ende gefunden.

Es ist schwer zu glauben, dass der kluge Kastner auf den Erfolg der Mission Brands grosse Hoffnungen gesetzt hatte. Er muss aber schon bald zu der Auffassung gelangt sein, dass SS-Funktionäre in Budapest auch zu beschränkteren Abmachungen bereit waren, die man als Lösegeldoperationen für das Reich wegerklären konnte. Und derartige Operationen konnten für einige der SS-Beteiligten auch höchst lukrativ sein. So überredete Kastner in einer Reihe von Verhandlungen, die von April bis Juni 1944 andauerten, Wisliceny, Eichmann und Himmlers Handlanger Kurt Becher dazu, als Zeichen deutschen guten Willens im Rahmen der umfassenderen «Austauschverhandlungen» einen Zug mit (schliesslich) 1'684 Juden von Budapest in die Schweiz fahren zu lassen. Der Preis betrug 1'000 Dollar pro Jude; und Becher, der die abschliessende Vereinbarung ausgehandelt hatte, gelang es, einige der glücklichen Passagiere zweimal zahlen zu lassen. Am 30. Juni fuhr der Zug ab, zunächst – und unerwartet – nach Bergen-Belsen; gleichwohl erreichten die Kastner-Juden in zwei Transporten, von denen der eine im Frühherbst, der andere mehrere Wochen später abging, die Schweiz. Kastner entschied zwar nicht allein über die Auswahl der Mitfahrenden, aber sein Einfluss auf das Auswahlkomitee war beträchtlich; das führte nach dem Kriege dazu, dass man ihm Nepotismus vorwarf, es gab in Israel zu zwei Prozessen Anlass und kostete Kastner schliesslich das Leben.

Während derselben Monate scheiterte auch ein Rettungsprojekt ganz anderer Art: die Bombardierung der Eisenbahnstrecke von Ungarn nach Auschwitz sowie möglicherweise der Vernichtungsstätten in Auschwitz-Birkenau durch die Alliierten.

Am 25. Mai 1944 leitete Roswell McClelland, ein Repräsentant des *W Refugee Board* in Bern, eine Botschaft nach Washington weiter, die er von Isaac Sternbuch, dem Vertreter der *American Union of Orthodox Rabbis* in der Schweiz, erhalten hatte; die Botschaft war an die *Union of Orthodox Rabbis* in New York gerichtet. «Wir haben Nachrichten aus der Slowakei erhalten», schrieb Sternbuch, «denen zufolge sie darum bitten, baldige Luftangriffe auf die beiden Städte Kaschau (Kosice) ... und

Presov ... zu unternehmen und ebenso auf die gesamte Eisenbahnlinie zwischen den beiden Orten. ... Das ist die einzige direkte Route von Ungarn nach Polen. ... Unternehmen Sie das Notwendige, damit das Bombardement in kurzen Abständen wiederholt wird, um einen Wiederaufbau zu verhindern.»⁷

Die Quelle der Informationen aus der Slowakei, die Sternbuch erhalten hatte, war die «Arbeitsgruppe». Ein erster Brief, den Weissmandel irgendwann Anfang Mai 1944 gesandt hatte, war nicht bestätigt worden, so dass der slowakische Rabbiner am 31. Mai seine Bitte wiederholte und erneut Einzelheiten über die Deportationen mitteilte. Diese Details waren ebenso wie die Beschreibung der Tötungsanlagen ausserordentlich präzise. Weissmandels Brief endete mit einem gequälten Appell: «Nun fragen wir: wie können Sie essen, schlafen, leben? Wie schuldig werden Sie sich im Herzen fühlen, wenn Sie nicht Himmel und Erde in Bewegung setzen, um uns auf die einzige Weise, die unseren Leuten möglich ist, zu helfen, und so schnell wie möglich? ... Um Gottes willen, tun Sie jetzt etwas, und tun Sie es rasch!»⁸

Intensive Konsultationen und Kontakte folgten Ende Juni, nachdem jüdische Organisationen und das *War Refugee Board* in Washington die Botschaft Sternbuchs erhalten hatten. Pehle übermittelte sie dem stellvertretenden Kriegsminister John J. McCloy, aber mit Vorbehalten: «... Ich habe gegenüber Herrn McCloy ganz deutlich gemacht, dass ich, zumindest zu diesem Zeitpunkt, das Kriegsministerium nicht aufgefordert habe, im Hinblick auf diesen Vorschlag andere Aktivitäten zu unternehmen als eine angemessene Untersuchung.»⁹ Einige Tage später richtete Leon Kubowitzki, der Leiter der Rettungsabteilung des Jüdischen Weltkongresses, einen Brief an Pehle, in dem er diesmal nicht die Bombardierung der Eisenbahnlinie von Ungarn nach Auschwitz, sondern die Zerstörung der Todesanlagen im Lager durch sowjetische Fallschirmjäger oder polnische Untergrundeinheiten vorschlug. Der Gedanke, die Anlagen aus der Luft zu bombardieren, kam zur gleichen Zeit noch von einem anderen jüdischen Vertreter, Benjamin Akzin.

Am 4. Juli 1944 verwarf McCloy in einem Brief an Pehle diesen Schwall von Projekten und Bitten: «Das Kriegsministerium ist der Ansicht, dass die vorgeschlagene Luftoperation nicht praktikabel ist. Sie

liesse sich nur durch den Abzug beträchtlicher Luftunterstützung durchführen, die für den Erfolg unserer Truppen unentbehrlich ist, welche jetzt in entscheidende Operationen verwickelt sind, und sie wäre in jedem Fall von so überaus zweifelhafter Wirksamkeit, dass sie nicht auf ein praktisches Projekt hinauslaufen würde.»¹⁰ Kurze Zeit war zwar Churchill mit der Sache befasst und schien geneigt zu sein, etwas zu unternehmen, aber Mitte Juli reagierte London dann ebenso negativ wie Washington.

In der Zwischenzeit war Höss zur Beaufsichtigung der Vernichtung der ungarischen Juden noch einmal nach Auschwitz gerufen worden. Für die tadellose Erfüllung seiner Aufgabe verlieh man ihm das Kriegsverdienstkreuz 1. und 2. Klasse.

Während Deutschland im Sommer 1944 an allen Fronten unter dem militärischem Druck der Alliierten ins Wanken geriet, fand im Reich selbst ein Ereignis von erheblicher Bedeutung statt: der Anschlag auf Hitler. Eine wachsende Zahl von Offizieren, von denen viele früher bedenkenlose, ja begeisterte Anhänger des Regimes und seines Führers gewesen waren, war 1944 bereit, den kleinen Kreis entschiedener Gegner des Nationalsozialismus zu unterstützen, der sich verschworen hatte, Hitler zu töten und Deutschland vor der totalen Katastrophe zu bewahren. Das Attentat scheiterte lediglich durch unglückliche Umstände. Es zog eine entsetzliche Vergeltung nach sich. Während der darauffolgenden Monate und bis in die letzten Wochen des Krieges hörten die Repressalien nicht auf, nicht nur gegen die Hauptverschwörer, sondern auch gegen den grössten Teil der Widerstandsgruppen, welche die Gestapo entdeckt hatte.

Ende Juli 1944 befreite die Rote Armee Majdanek. Am 23. August brach das Antonescu-Regime zusammen, und am 31. besetzte die sowjetische Armee Bukarest. Wenige Tage später war Bulgarien an der Reihe. In der Zwischenzeit, am 1. August, als die sowjetischen Truppen in der Gegend von Warschau das Ostufer der Weichsel erreicht hatten, gab die Heimatarmee das Signal zum Aufstand in der Stadt. Es kam zu einem heftigen Häuserkampf zwischen den Aufständischen und deutschen Verstärkungen, während die Sowjets zunächst nicht energisch ein-

greifen konnten und es danach dann nicht taten. Am 2. Oktober ergaben sich schliesslich die restlichen polnischen Truppen, während ihre Hauptstadt in Trümmer gelegt worden war. Bald darauf besetzte die sowjetische Armee Warschau. Anfangs waren die sowjetischen Divisionen durch deutsche Gegenangriffe entlang der Weichsel zurückgedrängt worden; danach löste dann Stalin das Problem einer nationalistischen Opposition gegen die kommunistische Herrschaft, die er in Polen durchzusetzen gedachte, auf seine Weise: Er überliess es den Deutschen, sie zu dezimieren.

Emanuel Ringelblum und sein Sohn wurden vor dem polnischen Aufstand, im März 1944, von den Deutschen festgenommen und erschossen. Viele andere Juden, die ebenfalls auf der «arischen» Seite der Stadt Zuflucht gefunden hatten, kamen in der Schlacht von Warschau ums Leben.

Als sich die Rote Armee Lodz näherte, beschlossen die Deutschen, die Tötungsstätte Chelmno zu demontieren. Die kurze Unterbrechung der Deportationen löste im Ghetto Hoffnung und Freude aus, wie Rosenfeld am 28. Juli notierte: «Man steht vor Weltuntergang oder vor Erlösung. Die Brust wagt bereits freier zu atmen. Die Menschen sehen einander mit Blicken an, die sagen wollen: Wir verstehen uns, nicht wahr! ... Nach so viel Leiden und Schrecken, nach so vielen Enttäuschungen sich nicht der Vorfreude hingeben können, darf schliesslich nicht verwunderlich sein.... Und wenn schliesslich der Tag der ‚Auslösung‘ vor der Tür steht, will man sich lieber überraschen lassen, als wieder einmal eine Enttäuschung erleben. Das ist Menschenart, das ist die Psychologie des Menschen von Litzmannstadt-Getto Ende Juli 1944.»¹¹ Dies war Rosenfelds letzter Tagebucheintrag.

Am 2. August kündigten die Deutschen den «Umzug des Ghettos» an. Vom 3. August an hatten sich täglich 5'000 Juden am Bahnhof zu versammeln. Einige Bewohner versuchten sich zu verstecken. Da die jüdische Polizei mit der Lage nicht fertig wurde, rückten Einheiten der deutschen Polizei und der Feuerwehr aus der Stadt ins Ghetto ein und holten die rasch abnehmende Zahl von Juden heraus. Am 28. August war das Ende des Ghettos gekommen. Rumkowski, seine Frau, der Sohn, den sie adoptiert hatten, und sein Bruder mit seiner Frau kamen mit dem letzten

Transport, der an diesem Tag abging, nach Auschwitz-Birkenau. Weder Rumkowski noch irgendein Mitglied seiner Familie überlebte. Als im Januar 1945 die Rote Armee die Stadt besetzte, waren noch 877 Ghettojuden am Leben.

Polen war befreit. Von den 3,3 Millionen Juden, die 1939 in Polen gelebt hatten, überlebten etwa 300'000 den Krieg; von diesen hatten sich höchstens 40'000 in Verstecken auf polnischem Territorium retten können.

Anfang Juli 1944, als sich die Rote Armee der Ostgrenze Litauens näherte, waren in den von den Deutschen besetzten baltischen Ländern noch 33'000 Juden am Leben, vor allem in den Ghettos von Kowno und Schaulen sowie in den Arbeitslagern Estlands. Mitte Juli wurde das Ghetto von Kowno, wie wir sahen, liquidiert: Etwa 2'000 seiner Bewohner wurden an Ort und Stelle umgebracht und 7'000 bis 8'000 in Lager in Deutschland deportiert. In der Zeit vom 15. bis zum 22. Juli transportierte man etwa 8'000 Juden aus Schaulen in das Lager Stutthof bei Danzig.

Währenddessen war Kruk in Klooga, dem grössten estnischen Sklavenarbeiterlager, inhaftiert. Er hatte seine Chronistentätigkeit wieder aufgenommen, wenn auch nicht mehr so systematisch wie in Wilna. Ende August 1944 wurde er erneut verlegt, diesmal in das benachbarte Lagedi: «Bisher habe ich auf dem nackten Boden geschlafen», schrieb er am 29. August. «Heute habe ich mir ein Lager gebaut und Bretter auf die Löcher in der Baracke genagelt – eine Leistung für Lagedi. ... Wenn möglich, werde ich meine Aufzeichnungen fortführen.»¹² Das tat er noch einige weitere Tage. Die letzte Eintragung in Kruks Tagebuch trug das Datum 17. September 1944. Darin beschrieb er, wie er in Gegenwart von Zeugen seine Manuskripte versteckte: «Heute, am Vorabend von Rosch Haschana, ein Jahr nachdem wir in Estland eingetroffen sind, vergrabe ich die Manuskripte in Lagedi, in einer Baracke von Frau Shulma [?], direkt gegenüber dem Haus der Wache. Sechs Personen sind beim Vergraben anwesend.»¹³ «Am darauffolgenden Tag», schreibt Benjamin Harshav, der Herausgeber der englischen Ausgabe des Tagebuchs von Kruk, «wurden alle Juden aus Klooga und Lagedi, unter ihnen Herman Kruk, hastig umgebracht. Den Häftlingen wurde befohlen, Baumstämme zu holen und sie in einer Schicht auszubreiten, und darauf zwang man

sie, sich auszuziehen und sich nackt auf die Stämme zu legen, wo sie dann mit einem Genickschuss getötet wurden. Eine Schicht kam auf die andere, und der ganze Scheiterhaufen wurde verbrannt. Am nächsten Morgen erreichten die ersten Einheiten der Roten Armee das Gebiet. Einer der sechs Zeugen, von denen Kruk in seiner letzten Eintragung schreibt, überlebte. Er kehrte nach Lagedi zurück, grub das Tagebuch aus und brachte es nach Wilna.»¹⁴

Für die Häftlinge von Theresienstadt hatte das letzte Jahr des Krieges eine rapide Verschlechterung der Lebensumstände mit sich gebracht. Schon im Herbst 1943 war Jakob Edelstein verhaftet worden, weil er angeblich einigen Häftlingen dabei geholfen hatte, aus Theresienstadt zu entkommen. Mit seiner Frau Miriam, seinem Sohn Aryeh und der alten Frau Olliner, der Mutter Miriams, schickte man ihn nach Auschwitz. Während Edelstein in Block 11 des Stammlagers kam, hielt man seine Angehörigen im «Familienlager» in Birkenau fest. Am 20. Juni 1944 wurden sie alle vor dem Krematorium III wieder vereint und erschossen. Jakob wurde als letzter erschossen, nachdem er die Ermordung seines Sohnes, seiner Frau und seiner Schwiegermutter hatte mit ansehen müssen. Am 27. September 1944 wurde Paul Eppstein unter dem fingierten Vorwurf, er habe einen Fluchtversuch unternommen, verhaftet. Man brachte ihn in die kleine Festung und exekutierte ihn. Die Häftlinge von Theresienstadt standen jetzt unter der Führung des letzten der drei Ältesten, des Wieners Benjamin Marmorstein.

Im Herbst 1944 wurde in Theresienstadt ein zweiter Film gedreht, diesmal von Kurt Gerron. Gerron war ein bekannter jüdischer Schauspieler, Regisseur und Filmstar der Weimarer Zeit. Der Film stellte Theresienstadt als glücklichen Erholungsort dar, der über Parks, Schwimmbäder, Schulen und endlose kulturelle Aktivitäten (Konzerte, Theater, Fussballturniere) verfügte; man sah darin allenthalben «glückliche Gesichter». Diese zweite Lüge grossen Stils, die im November 1944 fertiggestellt wurde, trug den Titel «Theresienstadt: Ein Dokumentarfilm aus dem jüdischen Siedlungsgebiet» – und nicht, wie man oft liest, «Der Führer schenkt den Juden eine Stadt» (das war ein ironischer Titel, den

die Häftlinge selbst erfunden hatten). Er wurde niemals öffentlich vor geführt. Gerron verliess Theresienstadt mit dem letzten Transport nach Auschwitz und wurde gleich nach seiner Ankunft vergast.

Im April 1945 stattete nach einigen weiteren Verschönerungsarbeiten eine zweite Delegation des IKRK dem Lager einen Besuch ab, ebenfalls in Begleitung eines grossen SS-Gefolges, zu dem auch Adolf Eichmann gehörte. Wiederum waren die Delegierten aus Genf zufrieden: In ihrem Bericht wurde Theresienstadt zu einem «kleinen jüdischen Staat». Übrigens waren sie die einzigen, die Gerrons Film sahen; selbst sie nahmen darin einen «etwas propagandistischen Ton» wahr.¹⁵

In Theresienstadt gab es keinen bewaffneten Aufstand, auch wenn es so aussieht, als hätten die Deutschen im Herbst 1944 nach den Ereignissen in Treblinka und Sobibor sowie dem verzweifelten und sofort niedergeschlagenen Aufstand der Sonderkommando-Juden von Auschwitz im Oktober eine derartige Möglichkeit einkalkuliert. So bestiegen bei den Deportationen jener Monate vorwiegend junge Leute die Transporte nach Auschwitz. Im Februar 1945 befahlen die Deutschen die Errichtung zweier Örtlichkeiten, eines riesigen Saals mit Türen, die sich hermetisch verschliessen liessen, und einer gedeckten Grube von gewaltigen Ausmassen: Beide Anlagen hätten dazu verwendet werden können, die gesamte jüdische Einwohnerschaft an Ort und Stelle zu vernichten, falls der Entschluss gefasst worden wäre, das Lager vor dem Eintreffen der sowjetischen Truppen zu liquidieren. Schliesslich blieben die Häftlinge verschont: 141'184 Juden waren zum einen oder anderen Zeitpunkt nach Theresienstadt geschickt worden; von ihnen waren bei Kriegsende noch 16'832 am Leben.

Die letzte Eintragung in Redlichs Tagebuch trug das Datum 6. Oktober 1944; sie gehörte zum «Tagebuch Dans» (Dan hiess sein neugeborener Sohn), in dem er Ereignisse in Form einer Ansprache an sein kleines Kind kommentierte: «Morgen reisen wir, mein Sohn. Wir fahren mit einem Transport wie Tausende vor uns. Wie üblich haben wir uns für diesen Transport nicht angemeldet. Sie haben uns ohne einen Grund dazugenommen. Aber das hat nichts zu sagen, mein Sohn, es ist nichts. In den letzten Wochen ist schon unsere ganze Familie abgefahren. Dein Onkel

ist fort, deine Tante und auch deine geliebte Grossmutter. ... Morgen fahren wir, mein Sohn. Hoffentlich ist die Zeit unserer Erlösung nahe.»¹⁶ Redlich und sein kleiner Sohn Dan wurden gleich nach ihrer Ankunft ermordet.

In der Slowakei brach der Aufstand des Untergrunds ungeachtet des raschen Vormarschs der Roten Armee zu früh los: Die Deutschen und ihre Hilfstruppen wurden der einheimischen Partisanen rasch Herr. Die Juden, die sich dem bewaffneten Aufstand angeschlossen hatten, wurden gewöhnlich erschossen, wenn man sie fing, und drei der vier Fallschirmjäger, die der Jischuw geschickt hatte, ebenfalls; die Überreste der Gemeinschaft deportierte man in den letzten Monaten des Jahres 1944 und Anfang 1945 vorwiegend nach Auschwitz, daneben auch in einige andere Lager (darunter Theresienstadt). Der Vatikan versuchte zu intervenieren, um die Deportationen, zumindest die der konvertierten Juden, zu stoppen, aber erfolglos. Tiso, der zuvor weniger extrem gewesen war als seine engsten Berater, verteidigte jetzt in einem Brief an Pius XII. die Deportationen: «Die Gerüchte über Grausamkeiten sind nur eine Übertreibung der böswilligen Feindpropaganda. ... Die Deportationen wurden unternommen, um die Nation gegen ihren Feind zu verteidigen. ... Das schulden wir als [Ausdruck des] Dankes und der Loyalität den Deutschen für unsere nationale Souveränität.»¹⁷

In der Zwischenzeit nahmen die Ereignisse im benachbarten Ungarn wieder eine jähe Wendung zum Schlimmeren. Am 15. Oktober verkündete Horthy den Rückzug seines Landes aus dem Krieg. Am selben Tag übernahmen die Deutschen die Kontrolle in Budapest, verhafteten den Reichsverweser und seinen Sohn und setzten eine Regierung der Pfeilkreuzler (*Nyilas*) ein, an deren Spitze Ferenc Szálasi, der Führer der ungarischen faschistischen Bewegung, stand und die vom grössten Teil der ungarischen Armee unterstützt wurde. Am 18. Oktober kehrte Eichmann nach Budapest zurück. Im Laufe der folgenden Tage und Wochen schickten die Deutschen etwa 50'000 Juden auf einen Treck von der ungarischen Hauptstadt zur österreichischen Grenze, unter Bewachung zunächst durch die ungarische Gendarmerie, dann durch deutsche Wachmannschaften. Es war beabsichtigt, diese Juden in die Nähe von Wien marschieren zu lassen, wo sie Befestigungsanlagen zur Verteidigung der

österreichischen Hauptstadt bauen sollten. Tausende von ihnen kamen durch Erschöpfung und Misshandlungen ums Leben oder wurden von den Wachen erschossen. Weitere 35'000 Juden wurden zu Arbeitsbataillonen zusammengefasst; sie sollten Verteidigungsanlagen rings um Budapest bauen. Gegen sie richteten sich vor allem die Angriffe der *Nyilas*-Schläger, deren Wut zunahm, als sich die sowjetischen Truppen der Hauptstadt näherten. Als die Angehörigen der jüdischen Arbeitsbataillone gezwungen wurden, sich zusammen mit den flüchtenden Armeeeinheiten in die Stadt zurückzuziehen, wurden sie auf den Brücken oder an den Ufern der Donau umgebracht und in den Fluss geworfen. Das Gemetzel nahm derartige Ausmasse an, dass «spezielle Polizeieinheiten angefordert werden mussten, um die Juden vor den tobenden *Nyilas* zu schützen». ¹⁸

Während bereits sowjetische Truppen in der Stadt kämpften, gingen die Morde immer noch weiter; die Opfer waren grösstenteils Juden, aber auch andere «Feinde». Ein ungarischer Leutnant beschrieb Ereignisse, die sich wahrscheinlich Mitte Januar 1945 abgespielt hatten: «An der Ecke der Redoute spitzte ich hinaus, auf den Schienen der 2er Linie der Strassenbahn standen in einer langen Reihe die Opfer, vollkommen resigniert und schicksalsergeben. Die an der Donau Stehenden waren bereits splinternackt, die anderen begaben sich langsam hinunter und zogen sich dabei aus. Das Ganze verlief in völliger Stille, nur vereinzelter Lärm von Schüssen und Maschinenpistolensalven. Am Nachmittag, als niemand mehr dort war, besahen wir den Schauplatz. Die Toten lagen in ihrem Blut auf den Eisplatten, die auf der Donau trieben und sich verhakten. Unter ihnen waren Frauen, Kinder, Juden, Nichtjuden, Soldaten und Offiziere.» ¹⁹

Im Februar 1945 besetzte die sowjetische Armee ganz Budapest.

Im Laufe der Wochen beschleunigte sich der Zerfall des Reiches, und in der Zeit von Januar bis März 1945 brach das Befehls- und Kontrollsystem immer weiter zusammen. Im Westen wurden Belgien und die Niederlande befreit, Rheinland und Ruhrgebiet fielen den Alliierten in die Hände, und am 7. März überquerte eine US-amerikanische Panzerdivi-

sion bei Remagen den Rhein. An der Ostfront rückten währenddessen sowjetische Truppen, nachdem sie Budapest unter ihre Kontrolle gebracht hatten, in Richtung Wien vor; die baltischen Länder waren wieder in Stalins Gewalt. Die meisten ostpreussischen Festungen fielen eine nach der anderen, und Millionen deutscher Zivilisten flohen, als sich Nachrichten über sowjetische Grausamkeiten verbreiteten, in chaotischer Panik nach Westen. Im März überquerten sowjetische Einheiten die Oder: Der Weg nach Berlin war frei. Einige Wochen zuvor hatten sich Stalin, Roosevelt und Churchill in Jalta getroffen, die Grenzen Osteuropas neu gezogen und Deutschland in Besatzungszonen aufgeteilt. Und ebenfalls in jenen Februartagen des Jahres 1945 wurde Dresden, das voll von Flüchtlingen war, die vor den Russen flohen, durch zwei aufeinanderfolgende Luftangriffe, einen britischen und dann einen amerikanischen, in ein brennendes Inferno verwandelt.

Während eine deutsche Stadt nach der anderen katastrophale Schäden erlitt und die Verkehrsverhältnisse immer chaotischer wurden, verschickte die Gestapo neue Aufforderungen zur Deportation. Im Januar 1945 erhielten viele der 200 Mischlinge oder Partner von Mischehen, die immer noch in Stuttgart lebten, die Anweisung, sich zur Deportation nach Theresienstadt bereitzuhalten. Ähnliche Aufforderungen wurde etwa um dieselbe Zeit im ganzen Reich verschickt. Am 13. Februar am Nachmittag schrieb Klemperer: «Um acht Uhr [früh] war ich dann heute bei Neumark. Frau Jährg kam weinend aus seinem Zimmer. Dann sagte er mir: Evakuierung für alle Einsatzfähigen, es nennt sich auswärtiger Arbeitseinsatz, ich selber als Entpflichteter bleibe hier. Ich: Also für mich sicherer das Ende als für die Herausgehenden. Er: Das sei nicht gesagt, im Gegenteil gelte das Hierbleiben als Vergünstigung. ... Das auszutragende Rundschreiben besagte, man habe sich am Freitag früh im Arbeitsanzug mit Handgepäck, das eine längere Strecke zu tragen sei, und mit Proviant für zwei bis drei Reisetage in der Zeughausstrasse 3 einzufinden. ... Das ganze ist ausdrücklich nur auswärtiger Arbeitseinsatz – wird aber durchweg als Marsch in den Tod aufgefasst.»²⁰

Wenige Stunden später begann die Bombardierung von Dresden. Zunächst verloren sich Victor und Eva in dem Hexenkessel aus den Augen. Durch Zufall trafen sie sich am Elbufer wieder. Sie nahmen Victors Stern

ab, und als nunmehr Nichtjuden versteckten sie sich mit anderen Flüchtlingen im Haus von Bekannten, ausserhalb der brennenden Stadt, bevor sie westwärts zogen.

Hitler, der zunehmend in einer Wahnwelt lebte, hörte niemals auf, über die Judenfrage nachzugrübeln: «Jesus war sicher kein Jude», erklärte er am 30. November 1944 Bormann, «denn einen der ihren hätten die Juden nicht den Römern und dem römischen Gericht ausgeliefert, sondern selbst verurteilt. Vermutlich wohnten in Galiläa sehr viele Nachkommen römischer Legionäre (Gallier), und zu ihnen gehörte Jesus. Möglich, dass seine Mutter Jüdin war.»²¹ Es folgten die üblichen Themen: jüdischer Materialismus, die Verfälschung der Ideale Jesu durch Paulus, die Verbindung zwischen Juden und Kommunismus und so fort. In Hitlers innerster ideologischer Landschaft hatte sich anscheinend seit seinen ersten Ausflügen in die politische Propaganda im Jahre 1919 bis zu den letzten Monaten seines Kreuzzugs gegen «den Juden» nichts geändert.

Ungeachtet der fortdauernden Wut der judenfeindlichen Propaganda wurden die deutschen Massnahmen hinsichtlich des Schicksals der noch verbliebenen Juden immer widersprüchlicher. Einerseits gerieten Hitler selbst und der Teil des SS-Apparats, der direkt mit der Durchführung der «Endlösung» befasst war, in ihrer Vernichtungspolitik bis ganz zum Schluss nicht ins Wanken. Andererseits gab es bei der Vernichtung gelegentlich Verzögerungen, zu denen Hitler seinen «Segen» gab, weil in letzter Minute ein Bedarf an Sklavenarbeitern eintrat. Tatsächlich war Hitler schon Anfang 1944 bereit gewesen, mit Blick auf die Anwesenheit jüdischer Sklavenarbeiter auf deutschem Boden Kompromisse zu schliessen. In einer Denkschrift vom April 1944 bestätigte Speer, dass der «Führer» den Einsatz von 100'000 ungarischen Juden bei dringenden Bauvorhaben für Rüstungsbetriebe, die im Protektorat angesiedelt werden sollten, genehmigt hatte. Bald danach sollten dann jüdische Lagerhäftlinge zurück ins Reich gebracht werden.

So hatte man schon im Spätsommer 1944 etwa 40'000 Juden, die in Auschwitz und Stutthof ausgewählt worden waren, in zwei grössere Zweiglager von Dachau, Kaufering und Mühldorf, abtransportiert, wo die Organisation Todt (OT) sie zum Bau der stark geschützten, halb un-

terirdisch angelegten Hallen einsetzte, die für die Herstellung von Jagdflugzeugen (im Rahmen des Jägerplans) gebraucht wurden. Etwas später, vor allem nach der Evakuierung von Auschwitz, liess man dann andere jüdische Arbeiter in den Harz marschieren, wo sie Sklavenarbeit in den Tunneln von Dora-Mittelbau verrichten sollten, in denen, wie einige Deutsche immer noch glaubten, die laufende Produktion von V-2-Raketen das Reich retten würde. Zu den jüdischen Arbeitern, die man in die Zweiglager von Dachau abtransportiert hatte, kamen Tausende ungarischer Juden, die direkt aus Budapest zu den Baustellen in Bayern marschieren mussten. Die OT zeigte sich, was die Misshandlung der Sklavenarbeiter anging, der SS schon bald ebenbürtig, und im Herbst 1944 waren Hunderte getötet oder zu schwach, um weiterzuarbeiten. Daraufhin beschloss der Kommandant von Dachau, diese Juden zum Vergasen nach Auschwitz zurückzuschicken.

Es sieht so aus, als habe Himmler in einem gewissen Stadium tatsächlich Massnahmen rückgängig gemacht, die seine Handlanger in Verfolgung der «Endlösung» ergriffen hatten, als sei er aber nicht in der Lage gewesen, diese Alternative durchzuhalten, da er sich zu sehr vor der Reaktion Hitlers fürchtete. Gleichwohl war Himmler von Anfang 1945 an in dem Bemühen, eine Öffnung zum Westen zu finden, bereit, einige kleine Gruppen von Juden aufzugeben, um seinen guten Willen zu beweisen. So verhandelte der Reichsführer Anfang Januar mit einem seiner alten Freunde, dem schweizerischen Bundesrat Jean-Marie Musy, über die Freilassung von Tausenden von Juden, um dadurch den Weg für Verhandlungen mit den Westmächten zu ebneten. Ein erster Zug mit 1'200 Juden aus Theresienstadt traf im Januar 1945 in der Schweiz ein. Als Hitler von der Abmachung erfuhr, unterband er sie sofort.

In diesem Stadium erschien ein dritter Kanal verheissungsvoller: Verhandlungen auf dem Wege über Schweden. Die Schweden teilten Himmler im Februar 1945 mit, sie seien bereit, eine Reihe humanitärer Missionen in Angriff zu nehmen, die, falls die Deutschen ihnen zustimmten, möglicherweise den Weg zu umfassenderen Kontakten ebneten. Zu diesem Zweck wurde Graf Folke Bernadotte nach Deutschland entsandt. Die Mission Bernadottes, die sich vorgeblich unter der

Flagge des schwedischen Roten Kreuzes abspielte, aber in Wirklichkeit von der schwedischen Regierung getragen wurde, zielte zuerst darauf, skandinavische Internierte aus Neuengamme in der Nähe von Hamburg zu befreien und sie nach Schweden zu überführen. Himmler erklärte sich einverstanden. Die Schweden drangen dann auf die Freilassung von Juden aus Theresienstadt und Bergen-Belsen. Im Laufe der Monate März und April 1945 wuchs die Zahl der Initiativen zur Rettung von Juden, die noch in den Lagern lebten, und während sich in ganz Deutschland Chaos ausbreitete, wurden tatsächlich Gruppen von Internierten entlassen.

Die berüchtigten «Todesmärsche» begannen Anfang 1945. Irgendwann im Januar 1945 erteilte Himmler den Befehl zur vollständigen Evakuierung sämtlicher Lager im Osten, wobei er, wie verschiedentlich bezeugt ist, eine bedrohliche Warnung an die Lagerkommandanten hinzufügte: Der Führer werde sie persönlich verantwortlich machen, wenn nicht sichergestellt sei, dass dem Feind kein einziger Gefangener aus den Konzentrationslagern lebend in die Hände falle.²² Aus anderen Aussagen geht hervor, dass die Entscheidung über das Schicksal der Häftlinge den Lagerkommandanten überlassen wurde. Ausserdem hatte Richard Glücks, der Leiter der Abteilung Konzentrationslager im Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamt (WVHA), in einer Grundsatzanordnung, die bereits im Juli 1944 ergangen war, eindeutig festgestellt, dass in einer «Not-situation» (im Falle der Evakuierung) die Lagerkommandanten den Weisungen der regionalen HSSPF zu folgen hätten. Mit anderen Worten, keiner wusste anscheinend, wer für die Evakuierungen zuständig war. Doch in dem rasch zunehmenden Chaos begannen die Märsche nach Westen.

Nicht alle 700'000 bis 800'000 Lagerhäftlinge, die in diesen letzten Kriegsmonaten die Strassen entlangtaumelten oder in offenen Eisenbahnwagen strandeten, waren Juden. Entsprechend der Zusammensetzung der Lager stellten jedoch die Juden schliesslich die Mehrheit dieser letzten Opfer des monströsen Reichs. Von diesen jüdischen Gefangenen kamen während der Märsche etwa 250'000 durch Erschöpfung, Erfrieren, Erschiessen oder Verbrennen bei lebendigem Leibe ums Leben.

Anfang 1945 begannen Ruth Klüger und ihre Mutter in den Massen der Häftlinge den Marsch aus dem kleinen oberschlesischen Arbeitslager Christianstadt, einem Zweiglager von Gross-Rosen, in das man sie irgendwann in der zweiten Hälfte des Jahres 1944 verlegt hatte. Nach einigen Tagen konnten sie sich jedoch von den Kolonnen absetzen und überlebten, indem sie von einem Bauernhof zum nächsten zogen und sich dann in den Strom deutscher Flüchtlinge einreichten, die nach Westen flüchteten, bis sie Straubing erreichten. Bald darauf kamen die Amerikaner.

Die Überlebenschancen Filip Müllers waren gering: Angehörige des Sonderkommandos sollten nicht am Leben gelassen werden. Dennoch gelang es ihm zu entkommen, er marschierte, wurde übergesetzt, marschierte wieder, erst nach Mauthausen, dann nach Melk und weiter nach Gusen 1, und Anfang April dann wieder von Gusen fort. Schliesslich erreichte er ein kleines Lager in der Nähe von Wels: Dort lagen in den Baracken verhungerte Gefangene auf dem Fussboden; die Wachmannschaften waren fort. Müller liess sich auf einem Dachbalken nieder und wartete. Einige Tage später stürmten ein paar Leute in die Baracke und schrien: «Wir sind frei!»²³

Keines der grossen Lager wurde während der Evakuierungen vollständig von Häftlingen geräumt. In Auschwitz beispielsweise blieben nach der massenhaften Evakuierung vom 19. Januar in jedem der drei Lager kranke Gefangene zurück. Und SS-Einheiten, die sich in dieser Gegend immer noch sporadische Gefechte mit den Sowjets lieferten, blieben ebenfalls noch eine ganze Woche dort. Obgleich der HSSPF von Breslau den Befehl gegeben hatte, alle verbliebenen Häftlinge zu ermorden, konzentrierten sich die SS-Einheiten eher auf die Vernichtung dessen, was von den Gaskammern und den Verbrennungsöfen noch übrig war, sowie auf das Verbrennen der Archive.

«Alle sagten einander, dass die Russen bald, sofort eintreffen würden», erinnerte sich Primo Levi, der sich in jenen Tagen als Häftling im Krankenblock von Monowitz befand. «Alle proklamierten sie es, alle waren sich dessen gewiss, aber keiner war fähig, es klaren Sinnes zu fassen. Denn in den Lagern kommt einem die Gewohnheit des Hoffens abhanden und auch das Vertrauen in die eigene Vernunft. Im Lager ist das

Denken unnütz, denn die Geschehnisse treten zumeist in unvorhergesehener Weise ein; und zudem ist es schädlich, denn es erhält eine Sensibilität, die ein Quell des Schmerzes ist und die irgendein vorsorgliches Naturgesetz stumpf macht, sobald die Leiden ein bestimmtes Mass überschreiten.»²⁴ Am 27. Januar befreiten die sowjetischen Truppen Auschwitz. Primo Levi war ein freier Mann.

Nachdem ein Teil der Reichskanzlei Anfang Februar 1945 durch massive amerikanische Bombenangriffe zerstört worden war, zog sich Hitler in den riesigen unterirdischen Bunker zurück, der sich zwei Stockwerke tief unter dem Gebäude und seinem Garten erstreckte. Hier beschloss er einige Wochen später zu bleiben, während die Rote Armee immer näher an Berlin heranrückte. In dieser unterirdischen Behausung hörte er ausserordentliche Neuigkeiten: Am 12. April war Roosevelt gestorben. Grosse Erwartungen stiegen wieder hoch, und Hitler teilte sie in seiner Proklamation vom 16. April mit den Soldaten an der Ostfront: «Im Augenblick, in dem das Schicksal den grössten Kriegsverbrecher aller Zeiten [Roosevelt] von der Erde genommen hat, wird sich die Wende dieses Krieges entscheiden.»²⁵ z

Am 20. April, als in Hitlers Bunker etwas gedämpfte Trinksprüche zur Feier seines 56. Geburtstags ausgebracht wurden, erhielt Dr. Alfred Trzebinski, Oberarzt im Konzentrationslager Neuengamme, den Befehl, 20 jüdische Kinder zu beseitigen, die man als Versuchskaninchen für die Tuberkuloseexperimente des SS-Arztes Kurt Heissmeyer benutzt hatte. Die zwanzig jüdischen Kinder, zehn Jungen und zehn Mädchen im Alter von fünf bis zwölf Jahren, waren mit ihren Familien aus Frankreich, Holland, Polen und Jugoslawien nach Birkenau gekommen. Die Familien verschwanden in den Gaskammern, und die zwanzig Kinder wurden im Herbst 1944 nach Neuengamme geschickt. In den darauffolgenden Monaten erhielten die Kinder Injektionen mit den Heissmeyerschen Präparaten und wurden schwer krank. Am 20. April, als sich britische Truppen dem Lager näherten, kam der Befehl. Die Tötung sollte nicht in Neuengamme stattfinden, sondern in der Schule am Bullenhusser Damm in Rothenburgsort bei Hamburg, einem Zweiglager von Neuengamme.

Bei dem Prozess, der nach dem Krieg gegen ihn geführt wurde, schilderte Trzebinski den Ablauf der Ereignisse: Das SS-Personal traf mit sechs russischen Gefangenen, zwei französischen Ärzten, zwei niederländischen Häftlingen und den Kindern am Bullenhuser Damm ein. Die Kinder brachte man in einen abgetrennten Raum, einen Luftschutzkeller: «[Sie] hatten ihr ganzes Gepäck mit, darunter Lebensmittel, selbstgebasteltes Spielzeug und so weiter. Sie liessen sich auf den Bänken ringsum nieder und waren guter Dinge und freuten sich, dass sie einmal herausgekommen waren. Die Kinder waren vollkommen ahnungslos.» Trzebinski gab den Kindern Beruhigungsmittel, während im Heizungskeller alle erwachsenen Häftlinge umgebracht wurden. «Ich muss zu den Kindern allgemein sagen», fuhr Trzebinski fort, «sie waren in einem ganz guten Zustand, bis auf einen zwölfjährigen Jungen, der in einem sehr schlechten Zustand war. Dieser Junge schlief infolgedessen auch sehr schnell ein. Es waren noch sechs bis acht Kinder wach, die anderen schliefen schon. ... Frahm [ein Pfleger] nahm den zwölfjährigen Jungen auf den Arm und sagte zu den anderen: Er wird jetzt ins Bett gebracht. Er ging mit ihm in einen Raum, der vielleicht sechs bis acht Meter von dem Aufenthaltsraum entfernt war, und dort sah ich schon eine Schlinge an einem Haken. In diese Schlinge hängte Frahm den schlafenden Jungen ein und hängte sich mit seinem ganzen Körpergewicht an den Körper des Jungen, damit die Schlinge sich zuzog.»²⁵ Die anderen Kinder folgten eines nach dem anderen.

Am Abend des 21. April 1945, während in der Nähe der ehemaligen Gebäude der Reichskanzlei sowjetische Granaten einschlugen, liess Hitler seine Entourage wissen, dass er im Bunker bleiben und sich das Leben nehmen werde; alle anderen konnten gehen, wenn sie wollten. Seine Geliebte Eva Braun, die Hitler dann am Tag vor ihrem Selbstmord heiratete, war entschlossen, mit ihm zu sterben. Der getreue Goebbels, seine Frau Magda und ihre sechs Kinder hielten sich ebenfalls im Bunker auf: Sie sollten das Schicksal ihres Führers teilen. Am 29. April war die Zeit gekommen: Hitler diktierte sein «Privates Testament» und danach dann seine Botschaft an künftige Generationen, sein «Politisches Testament».

In der ersten Hälfte des letztgenannten Dokuments wandte er sich an das deutsche Volk, an die Welt und die Geschichte. «Es ist unwahr», erklärte er, «dass ich oder irgendjemand anderer in Deutschland den Krieg im Jahr 1939 gewollt habe.» Und gleich zu Beginn der Botschaft wandte er sich seiner grössten Zwangsvorstellung zu: «Er [der Krieg] wurde gewollt und angestiftet ausschliesslich von jenen internationalen Staatsmännern, die entweder jüdischer Herkunft waren oder für jüdische Interessen arbeiteten.» Es folgten vollends wirre Reden. Dann rechnete Hitler mit Göring und Himmler ab, die er ihrer Ämter enthob und aus der Partei aussties, weil sie Verhandlungen mit den Westmächten geführt hatten; er ernannte Grossadmiral Karl Dönitz zum neuen Staatsoberhaupt sowie zum Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, Goebbels zum Reichskanzler und benannte die neuen Minister. Danach kam er zu der unvermeidlichen abschliessenden Mahnung: «Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassegesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum.»²⁷

Neben derartigen vorhersehbaren Reaktionen enthielt das Testament einen völlig unerwarteten Aspekt: In Hitlers letzter Botschaft fand der Bolschewismus keine Erwähnung. Wahrscheinlich hatte sich Hitler entschlossen, seine gesamte Apologie auf den Beweis dafür zu konzentrieren, dass weder für das katastrophale Ende Deutschlands noch für die Ermordung der Juden *er* die Verantwortung trage. Die Verantwortung wurde einfach denjenigen auf gebürdet, die im September 1939 zum Krieg gedrängt hatten: den westlichen Plutokraten und den kriegshetzerischen Juden. Stalin, sein damaliger Verbündeter, blieb besser unerwähnt, da die Teilung Polens nur wenige Tage nach der Invasion zeigte, dass das Reich und die Sowjetunion beschlossen hatten, sich die polnische Beute zu teilen, in einem Pakt, der den deutschen Angriff beträchtlich erleichterte und der zudem bewies, dass Hitler fest entschlossen gewesen war, den Krieg zu beginnen.

Am 30. April, kurz nach 15 Uhr, begingen Hitler und die ihm nahestehenden Mitglieder seiner Entourage Selbstmord. Sieben Tage später kapitulierte Deutschland.

Anfang April erreichten die Klemperers, nunmehr gewöhnliche deutsche Flüchtlinge, Oberbayern. Ihre Identität war unenthüllt geblieben: Sie waren gerettet. Und gerettet waren auch die benommenen Überlebenden, die in den Lagern zurückgeblieben waren, diejenigen, welche die Todesmärsche überlebt hatten, welche aus ihren Verstecken in christlichen Institutionen, in «arischen» Familien, im Gebirge und in Wäldern, bei Partisanen und in Widerstandsorganisationen auftauchten, diejenigen, die offen unter einer falschen Identität gelebt hatten, die, welche rechtzeitig aus den von Deutschen beherrschten Gebieten geflohen waren, diejenigen, die ihre neuen Identitäten behielten, und die, welche – offen oder heimlich – um des Überlebens willen Verrat geübt und kollaboriert hatten.

Zwischen fünf und sechs Millionen Juden waren ermordet worden, und von ihnen waren fast anderthalb Millionen jünger als 14 Jahre gewesen. Sie umfassten die gewaltige Masse schweigender Opfer und auch die meisten Verfasser von Tagebüchern und Briefen, deren Stimmen wir in diesem Buch gehört haben. Die Mehrzahl der wenigen hunderttausend Juden, die überlebt hatten, schlug entweder durch den Zwang der Verhältnisse oder auf Grund eigener Entscheidung in einer neuen Umgebung Wurzeln; diese Menschen bauten sich ihr Leben auf, verbargen entschlossen ihre Narben und erfuhren das gewöhnliche Mass von Freuden und Leiden, das die Alltagsexistenz bereithält. Jahrzehntlang beschworen viele die Vergangenheit vorwiegend unter sich, sozusagen hinter verschlossenen Türen; manche traten gelegentlich als Zeugen auf, andere entschieden sich zu schweigen. Welchen Weg auch immer sie aber wählten, für sie alle blieben diese Jahre die bedeutsamste Zeit ihres Lebens. Sie waren in ihr gefangen: Immer wieder zog die Vergangenheit sie zurück in überwältigendes Entsetzen, und durchgängig weckte sie auch nach all den Jahren die unzerstörbare Erinnerung an die Toten.

Anmerkungen

1.

Der Weg ins Dritte Reich

- 1 Alan E. Steinweis, «Hans Hinkel and German Jewry, 1933–1941», in: *Leo Baeck Institute Yearbook* [im folgenden: *LBIY*] 38 (1993), S. 212.
- 2 Joseph Wulf (Hrsg.), *Die bildenden Künste im Dritten Reich: Eine Dokumentation*, Reinbek 1966, S. 34 f., 86 ff.
- 3 Zitiert in Wolfgang Benz (Hrsg.), *Das Exil der kleinen Leute: Alltagserfahrung deutscher Juden in der Emigration*, München 1991, S. 16.
- 4 Ebd., S. 17.
- 5 Zu der Petition und den anderen Details siehe *Akten der Reichskanzlei: Die Regierung Hitler, 1933–1938*, T. 1, 1933–1934, hrsg. v. Karl-Heinz Minuth, Bd. 1, Boppard a. Rh. 1983, S. 296–98, 298 Anm.
- 6 Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Juden in Deutschland 1933–1945: Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1988, S. 18.
- 7 Klaus Drobisch, «Die Judenreferate des Geheimen Staatspolizeiamtes und des Sicherheitsdienstes der SS 1933–1939», in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 2 (1993), S. 231.
- 8 Martin Broszat, Elke Fröhlich, Falk Wiesemann (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit: Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte*, München 1977, S. 432.
- 9 Heinz Höhne, *Die Zeit der Illusionen: Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches 1933–1936*, Düsseldorf 1991, S. 76.
- 10 Henry Friedlander, Sybil Milton (Hrsg.), *Archives of the Holocaust*, Bd. 17, *American Jewish Committee New York*, hrsg. v. Frederick D. Bogin, New York 1993, S. 4.
- 11 Joseph Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*, hrsg. v. Elke Fröhlich, T. 1, 1924–1941, Bd. 2, 1. 1. 1931–31. 12. 1936, München 1987, S. 398 f.
- 12 Ebd., S. 400.
- 13 Peter Hanke, *Zur Geschichte der Juden in München zwischen 1933 und 1945*, München 1967, S. 85.
- 14 Joseph Walk (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat: Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien, Inhalt und Bedeutung*, Heidelberg 1981, S. 12 f.
- 15 Debörah Dwork, *Kinder mit dem gelben Stern: Europa 1933–1945*, München 1994, S. 34.

- 16 Harold James, «Die Deutsche Bank und die Diktatur 1933–1945», in: Lothar Gall et al., *Die Deutsche Bank 1870–1995*, München 1995, S. 337.
- 17 Klaus Scholder, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 1, *Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934*, Frankfurt a. M. 1977, S. 338 ff.
- 18 Ebd.
- 19 Wolfgang Gerlach, *Als die Zeugen schwiegen: Bekennende Kirche und die Juden*, Berlin 1987, S. 42.
- 20 Zitiert in Heiko A. Oberman, Adolf Martin Ritter, Hans-Walter Krumwiede (Hrsg.), *Kirchen- und Theologiegeschichte in Quellen*, Bd. 4, *Neuzeit*, T. 2, 1870–1975, Neukirchen-Vluyn 1989, S. 119; vgl. Doris L. Bergen, *Twisted Cross: The German Christian Movement in the Third Reich*, Chapel Hill, N. C. 1996, S. 23.
- 21 Klaus Scholder, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 1, S. 612 ff.
- 22 Guenter Lewy, *Die katholische Kirche und das Dritte Reich*, München 1965, S. 297.
- 23 Klec an Auswärtiges Amt, 12. September 1933, *Akten zur deutschen auswärtigen Politik*, Serie C, 1933–1937, Bd. 1, T. 2, Göttingen 1971, S. 785.
- 24 Michael Faulhaber, *Judentum, Christentum, Germanentum: Adventspredigten gehalten in St. Michael zu München 1933*, München 1933, S. 9 ff.
- 25 Gerhard Sauder (Hrsg.), *Die Bücherverbrennung*, München 1983, S. 89.
- 26 *C. V.-Zeitung*, 6. 4. 1933; vgl. Jacob Boas, «German-Jewish Internal Politics under Hitler 1933–1938», in: *LBIY* 29 (1984), S. 3.
- 27 Siehe Abraham Margalioth, «The Problems of the Rescue of German Jewry During the Years 1933–1939: The Reasons for the Delay in Their Emigration from the Third Reich», in: Yisrael Gutman, Efraim Zuroff (Hrsg.), *Rescue Attempts During the Holocaust*, Jerusalem 1977, S. 249 ff.
- 28 Yehuda Bauer, *My Brother's Keeper: A History of the American Jewish Joint Distribution Committee 1929–1939*, Philadelphia 1974, S. 111.
- 29 Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums an den Reichskanzler, Frankfurt a. M., 4. Oktober 1933; in: *Akten der Reichskanzlei*, Bd. 2, 12. 9. 33–27. 8. 34, S. 884 ff.
- 30 Zitiert in Robert Weltsch, «Vorbemerkung zur zweiten Ausgabe» (1959), in: Siegmund Kaznelson (Hrsg.), *Juden im deutschen Kulturreich: Ein Sammelwerk*, Berlin 1962, S. XV ff.
- 31 Steinweis, «Hans Hinkel», S. 215.
- 32 Sir Horace Rumbold an Sir John Simon, 11. Mai 1933, in: *Documents on British Foreign Policy 1919–1939*, Second Series, Bd. 5, 1933, London 1956, S. 233–35.

- 33 Der Generalkonsul in Berlin an den Außenminister, 1. November 1933, in: *Foreign Relations of the United States, 1933*, Bd. 2, Washington, D. C. 1948, S. 362 (Hervorhebung S. F.).
- 34 *Akten der Reichskanzlei: Die Regierung Hitler*, T. 1, Bd. 1, S. 631.
- 35 Zitiert in Wolfgang Michalka (Hrsg.), *Das Dritte Reich*, Bd. 1, München 1985, S. 137.

2.

Der Geist der Gesetze

- 1 Martin Broszat, Elke Fröhlich, *Alltag und Widerstand: Bayern im Nationalsozialismus*, München 1987, S. 434.
- 2 SOPADE, *Deutschland-Berichte* 2 (1935), S. 279; vgl. Ian Kershaw, *The «Hitler Myth»: Image and Reality in the Third Reich*, Stuttgart 1980, S. 71.
- 3 Ian Kershaw, «Working Towards the Führer: Reflections on the Nature of the Hitler Dictatorship», in: *Contemporary European History* 2 (1993), No. 2, S. 116.
- 4 Ingo Müller, *Furchtbare Juristen: Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz*, München 1987, S. 98 f.
- 5 Ebd., S. 100.
- 6 Zum Telegramm an Müller siehe Eberhard Röhm, Jörg Thierfelder, *Juden, Christen, Deutsche, 1933-1945*, Bd. 1, Stuttgart 1990, S. 268.
- 7 Kurdirektion des Ostseebades Binz, 17. 5. 38; SD-Hauptamt, Mikrofilm MA-554, IfZ, München.
- 8 Werner T. Angress, «Die »Judenfrage« im Spiegel amtlicher Berichte 1935», in: Ursula Büttner et al. (Hrsg.), *Das Unrechtsregime: Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*, Bd. 2: *Verfolgung, Exil, belasteter Neubeginn*, Hamburg 1986, S. 29.
- 9 Kommandeur des SD-Oberabschnitts Rhein an SS-Gruppenführer Heißmeyer, Koblenz, 3. 4. 1935; SD-Oberabschnitt Rhein, Mikrofilm MA-392, IfZ, München.
- 10 Robert Weltsch, «A Goebbels Speech and a Goebbels Letter», in: *LBIY* 10 (1965), S. 281.
- 11 Ebd., S. 282 f.
- 12 Ebd., S. 285.
- 13 Ebd.
- 14 Michael H. Kater, *Gewagtes Spiel: Jazz im Nationalsozialismus*, Köln 1995, S. 87.
- 15 Steinweis, «Hans Hinkel», S. 215.

- 16 Bericht der Polizeidirektion München, April/Mai 1935 (Geheimes Staatsarchiv, München, MA 104 990), Fa 427/2, IfZ, München, S. 24 ff.
- 17 Jochen Klepper, *Unter dem Schatten deiner Flügel: Aus den Tagebüchern der Jahre 1932–1942*, Stuttgart 1983, S. 269.
- 18 Ebd., S. 270.
- 19 Albert Fischer, *Hjalmar Schacht und Deutschlands «Judenfrage»: Der «Wirtschaftsdiktator» und die Vertreibung der Juden aus der deutschen Wirtschaft*, Köln 1995, S. 154 f.
- 20 Zu Hitlers Rede siehe Adolf Hitler, *Reden und Proklamationen, 1932–1945: Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen*, hrsg. v. Max Domarus, Bd. 1, *Triumph (1932–1938)*, Würzburg 1962, T. 2, S. 537.
- 21 Joseph Walk, *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat*, S. 127; vgl. Jeremy Noakes, Geoffrey Pridham (Hrsg.), *Nazism 1919–1945: A Documentary Reader*, Bd. 2, Exeter 1983, S. 463.
- 22 Robert L. Koehl, *The Black Corps: The Structure and Power Struggles of the Nazi SS*, Madison, Wis. 1983, S. 102.
- 23 Bernhard Lösener, «Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern», in: *VfZ* 3 (1961), S. 276.
- 24 Der Stellvertreter des Führers, Rundschreiben Nr. 228/35, 2. 12. 1935; Stellvertreter des Führers (Anordnungen ...), Db 15.02, IfZ, München.
- 25 Michael R. Burleigh, Wolfgang Wippermann, *The Racial State*, Cambridge 1991, S. 49.
- 26 Ebd.
- 27 David Bankier, *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat: Die Endlösung und die Deutschen. Eine Berichtigung*, Berlin 1995, S. 108.
- 28 Ebd., S. 110.
- 29 Gestapa an alle Staatspolizeistellen, 24. 11. 35, Ortspolizeibehörde Göttingen, Mikrofilm MA-172, IfZ, München.
- 30 Gestapa an alle Staatspolizeistellen, 4. 4. 36, ebd.
- 31 Einige Gestapo-Berichte verzeichneten unter den Juden größeren Pessimismus und einen Drang zur Auswanderung, auch nach Palästina; siehe Franz Josef Heyen, *Nationalsozialismus im Alltag: Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus vornehmlich im Raum Mainz-Koblenz-Trier*, Boppard a. Rh. 1967, S. 138 f.
- 32 Margarete T. Edelheim-Mühsam, «Die Haltung der jüdischen Presse gegenüber der nationalsozialistischen Bedrohung», in: Robert Weltsch (Hrsg.), *Deutsches Judentum: Aufstieg und Krise*, Stuttgart 1963, S. 376 f.
- 33 Claudia Koonz, *Mütter im Vaterland*, Freiburg i. Br. 1991, S. 395.
- 34 Lucy Dawidowicz, *Der Krieg gegen die Juden, 1933–1945*, München 1979, S. 168.
- 35 Charlotte Beradt, *Das Dritte Reich des Traums*, Frankfurt a. M. 1981, S. 98.

- 36 Ebd.
- 37 Ebd., S. 104.
- 38 Lion Feuchtwanger, Arnold Zweig, *Briefwechsel 1933-1958*, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1986, S. 97.
- 39 Carl Gustav Jung, «Zur gegenwärtigen Lage der Psychotherapie», in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 10, *Zivilisation im Übergang*, Zürich, Stuttgart 1974, S. 191.
- 40 Sigmund Freud, Arnold Zweig, *Briefwechsel*, hrsg. v. Ernst L. Freud, Frankfurt a. M. 1968, S. 121.
- 41 Kurt Tucholsky, *Politische Briefe*, Reinbek 1969, S. 117-23.

3.

Ideologie und Kartei

- 1 Goebbels, *Tagebücher*, T. 1, Bd. 3, S. 55.
- 2 Ebd., S. 351.
- 3 Deborah E. Lipstadt, *Beyond Belief: The American Press and the Coming of the Holocaust, 1933-1945*, New York 1986, S. 80.
- 4 Gulie Ne'eman Arad, «The American Jewish Leadership's Response» (Ph.D.-Dissertation, Universität Tel Aviv 1994), S. 418 f.
- 5 *Der Parteitag der Arbeit vom 6. bis 13. September 1937: Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongreßreden*, München 1938, S. 157.
- 6 Hitler, *Reden und Proklamationen*, Bd. 1, T. 2, S. 728.
- 7 Richard Gutteridge, «German Protestantism and the Jews in the Third Reich», in: Otto Dov Kulka, Paul R. Mendes-Flohr (Hrsg.), *Judaism and Christianity under the Impact of National Socialism*, Jerusalem 1987, S. 238. Siehe auch Richard Gutteridge, *Open Thy Mouth for the Dumb! The German Evangelical Church and the Jews, 1879-1950*, Oxford 1976, S. 158 ff.
- 8 Ebd., S. 159 f.
- 9 II 112 an II 11, 15. 6. 37; Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, SD-Hauptamt, Abt. II 112, Mikrofilm MA-554, IfZ, München.
- 10 Michael Wildt, *Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938*, München 1995, S. 66 f.
- 11 Die vollständigste Untersuchung über dieses Thema ist Reiner Pommerin, *Sterilisierung der «Rheinlandbastarde»: Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918-1937*, Düsseldorf 1979.
- 12 Helma Kaden et al. (Hrsg.), *Dokumente des Verbrechens: Aus Akten des Dritten Reiches 1933-1945*, Bd. 2, Berlin 1993, S. 83 ff.
- 13 Ernst Klee, «Euthanasie» im NS-Staat: *Die Vernichtung «lebensunwerten Lebens»*, Frankfurt a. M. 1985, S. 61.

- 14 Hans Mommsen, Susanne Willems (Hrsg.), *Herrschaftsalltag im Dritten Reich: Studien und Texte*, Düsseldorf 1988, S. 446.
- 15 H. Friedlander, S. Milton (Hrsg.), *Archives of the Holocaust*, Bd. 20, S. 85–87, und *Akten der Parteikanzlei der NSDAP* (Regesten), T. 1, Bd. 1, S. 245.
- 16 Reichsminister für Wissenschaft ..., 25. 11. 1936; Reichsministerium für Wissenschaft ..., Mikrofilm MA-103/1, IfZ, München.
- 17 Ebd., 19. 4. 1937.
- 18 Wilhelm Grau an Staatssekretär Kunisch, Reichsunterrichtsministerium ..., 18. 2. 1936; Reichsministerium für Wissenschaft und Erziehung, Mikrofilm MA-103/1, IfZ, München.
- 19 Der Stellvertreter des Führers an den Reichsinnenminister, 15. 10. 1936, ebd.
- 20 Peter Hanke, *Zur Geschichte der Juden in München zwischen 1933 und 1945*, München 1967, S. 139 f.
- 21 Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden (Hrsg.), *Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933–1945*, Frankfurt a. M. 1963, S. 163.
- 22 *Chronik der Stadt Stuttgart 1933–1945*, Stuttgart 1982, Bd. 3, S. 354.
- 23 Ebd., S. 368.
- 24 Peter Hayes, «Big Business and «Aryanisation» in Germany, 1933–1939», in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 3 (1994), S. 260 f.
- 25 Siehe Wilhelm Treue, «Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (1955), S. 204–10.
- 26 Hitler, *Reden und Proklamationen*, Bd. 1, T. 2, S. 824.

4.

Radikalisierung

- 1 Peter Gay, *Freud: Eine Biographie für unsere Zeit*, Frankfurt a. M. 1989, S. 707.
- 2 Francis L. Carsten, *Faschismus in Österreich: Von Schönerer zu Hitler*, München 1978, S. 233.
- 3 Michael Wildt, *Die Judenpolitik des SD*, S. 52 f.
- 4 Götz Aly, Susanne Heim, *Vordenker der Vernichtung: Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Hamburg 1991, S. 33.
- 5 Der Staatskommissar in der Privatwirtschaft (Walter Rafelsberger) an Heinrich Himmler, 14. 8. 1939; Persönlicher Stab des Reichsführers SS, Mikrofilm MA-290, IfZ, München.
- 6 Zitiert in Heinz Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf: Die Geschichte der SS*, Gütersloh 1967, S. 311.

- 7 Gordon J. Horwitz, *In the Shadow of Death: Living Outside the Gates of Mauthausen*, London 1991, S. 13 f.
- 8 Henry L. Feingold, *Bearing Witness: How America and Its Jews Responded to the Holocaust*, Syracuse, N. Y. 1995, S. 75.
- 9 *Foreign Relations of the United States, 1938*, Bd. 1, Washington, D. C. 1950, S. 740 f.
- 10 Shlomo Z. Katz, «Public Opinion in Western Europe and the Evian Conference of July 1938», in: *Yad Vashem Studies* 9 (1973), S. 106.
- 11 Ebd., S. 108.
- 12 Ebd., S. 111.
- 13 Ebd., S. 113.
- 14 Ebd., S. 114.
- 15 Heinz Boberach (Hrsg.), *Meldungen aus dem Reich: Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945*, Bd. 2, Herrsching 1984, S. 23.
- 16 David S. Wyman, *Paper Walls: America and the Refugee Crisis 1938–1941*, New York 1985, S. 50.
- 17 Eliahu Ben-Elissar, *La Diplomatie du III^e Reich et les juifs, 1933–1939*, Paris 1969, S. 251.
- 18 Hitler, *Reden und Proklamationen*, Bd. 2, S. 899.
- 19 Meir Michaelis, *Mussolini and the Jews: German-Italian Relations and the Jewish Question in Italy 1922–1945*, London 1978, S. 191.
- 20 Georges Passelecq, Bernard Suchecky, *Die unterschlagene Enzyklika: Der Vatikan und die Judenverfolgung*, München 1997, S. 160 f.
- 21 Sam H. Shirakawa, *The Devil's Music Master: The Controversial Life and Career of Wilhelm Furtwängler*, New York 1992, S. 221.
- 22 Joseph Walk (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat*, S. 229.
- 23 Ebd., S. 234.
- 24 Reichsärztekammer an Erziehungsministerium, 3. 10. 38; Reichsministerium für Wissenschaft und Erziehung, Mikrofilm MA-103/1, IfZ, München.
- 25 Avraham Barkai, *Vom Boykott zur «Entjudung»: Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1945*, Frankfurt a. M. 1988, S. 142.
- 26 Ebd., S. 130.
- 27 Hugh R. Wilson an Außenminister, 22. Juni 1938, in: John Mendelsohn (Hrsg.), *The Holocaust: Selected Documents in Eighteen Volumes*, New York 1982, Bd. 1, S. 139 f.
- 28 Bella Fromm, *Blood and Banquets: A Berlin Social Diary*, London 1943, Nachdruck: New York 1990, S. 274.
- 29 Goebbels, *Tagebücher*, T. 1, Bd. 3, S. 490.
- 30 Conseil Fédéral, «Procès-verbal de la séance du 28 mars 1938», in: *Do-*

cuments Diplomatiques Suisses, Bd. 12, 1. 1. 1937–31. 12. 1938, préparé sous la direction d'Oscar Gauye par Gabriel Imboden et Daniel Bourgeois, Bern 1994, S. 570.

- 31 Zu diesen Details siehe Carl Ludwig, *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz in den Jahren 1933 bis 1945: Bericht an den Bundesrat zuhanden der eidgenössischen Räte*, Bern 1957, S. 124 ff.
- 32 *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof*, Nürnberg, 1947–49, Bd. 28, S. 532; vgl. Eliahu Ben-Elissar, *La Diplomatie du III^e Reich et les juifs*, S. 286.
- 33 Michael R. Marrus, «The Strange Story of Herschel Grynszpan», in: *American Scholar* 57 (1987/88), No. 1, S. 70 f.
- 34 Ebd., S. 71 f.

5.

Ein gebrochener Rest

- 1 Paul Sauer (Hrsg.), *Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1945*, Bd. 2, Stuttgart 1966, S. 25–28.
- 2 H. Friedlander, S. Milton (Hrsg.), *Archives of the Holocaust*, Bd. 20, S. 374.
- 3 Walter Buch an Göring, 13. 2. 1939, in: Herbert Michaelis, Ernst Schraepler (Hrsg.), *Ursachen und Folgen: Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte*, Bd. 12, Berlin 1964, S. 582.
- 4 «50, dann 75 Synagogen brennen: Tagebuchschreiber Goebbels über die Reichskristallnacht», in: *Der Spiegel*, 13. Juli 1992, S. 126–28.
- 5 Hermann Graml, *Reichskristallnacht: Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich*, München 1988, S. 19.
- 6 «50, dann 75 Synagogen brennen», S. 128.
- 7 *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof*, Bd. 31, S. 517.
- 8 Wolfgang Michalka (Hrsg.), *Das Dritte Reich*, Bd. 1, München 1985, S. 165.
- 9 Der Bürgermeister von Ingolstadt an die Regierung von Oberbayern, München, 1. 12. 1938; Monatsberichte des Stadtrats Ingolstadt 1929–1939 (Stadtarchiv Ingolstadt No. A XVI/142), Fa 411, IfZ, München.
- 10 Gauye, Imboden, Bourgeois, *Documents Diplomatiques Suisses*, Bd. 12, S. 1020.
- 11 Alfons Heck, *The Burden of Hitler's Legacy*, Frederick, Colo. 1988, S. 62.

- 12 Ulrich von Hassell, *Die Hassell-Tagebücher 1938–1944: Aufzeichnungen vom andern Deutschland*, hrsg. v. Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Berlin 1988, S. 70.
- 13 Michaelis, Schraepler, *Ursachen*, Bd. 12, S. 581.
- 14 Ebd., Bd. 2, S. 600.
- 15 Joseph Walk, *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat*, S. 254 f.
- 16 Ebd., S. 254.
- 17 *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher*, Bd. 28, S. 509 f.
- 18 Ebd., S. 536–39.
- 19 Ebd., S. 538 f.
- 20 Herbert Freedens, «Das Ende der jüdischen Presse in Nazideutschland», in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 65 (1983), S. 8.
- 21 Ebd., S. 9.
- 22 Lynn H. Nicholas, *Der Raub der Europa: Das Schicksal europäischer Kunstschätze im Dritten Reich*, München 1995, S. 63.
- 23 Susanne Heim, Götz Aly, «Staatliche Ordnung und «organische Lösung»: Die Rede Hermann Görings «über die Judenfrage» vom 6. Dezember 1938», in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 2 (1993), S. 393 ff.
- 24 SOPADE, *Deutschland-Berichte* 5 (1938), S. 1352 ff. Vgl. Detlev Peukert, *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde: Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus*, Köln 1982, S. 65 ff.
- 25 Saul Friedländer, *Pius XII. und das Dritte Reich: Eine Dokumentation*, Reinbek 1965, S. 70.
- 26 Klaus Schwabe, Rolf Reichardt, Reinhard Hauf (Hrsg.), *Gerhard Ritter: Ein politischer Historiker in seinen Briefen*, Boppard a. Rh. 1984, S. 339.
- 27 Ebd., S. 769 ff.
- 28 Bertram an Rust, 16. 11. 1938, in: *Akten deutscher Bischöfe*, Bd. 4, 1936–1939, hrsg. v. Ludwig Volk, Mainz 1981, S. 592 f.
- 29 Goebbels, *Tagebücher*, T. 1, Bd. 3, S. 532.
- 30 Lipstadt, *Beyond Belief*, S. 99.
- 31 Arthur Morse, *Die Wasser teilten sich nicht*, Bern u. a. 1968, S. 240 ff.
- 32 Vicki Caron, «Prelude to Vichy: France and the Jewish Refugees in the Era of Appeasement», in: *Journal of Contemporary History* 20 (1985), S. 163.
- 33 George F. Kennan, *Diplomat in Prag, 1938–1940*, Frankfurt a. M. 1972, S. 100 f.
- 34 Hitler, *Reden und Proklamationen*, Bd. 1, T. 2, S. 1055.
- 35 Ebd., S. 1056–58.
- 36 Philippe Burrin, *Hitler und die Juden: Die Entscheidung für den Völkermord*, Frankfurt a. M. 1993, S. 63 f.

- 37 Kurt Pätzold (Hrsg.), *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung: Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942*, Frankfurt a. M. 1984, S. 222.
- 38 Arad, Gutman, Margalioth (Hrsg.), *Documents on the Holocaust*, S. 140.
- 39 Konrad Kwiet, «Forced Labor of German Jews in Nazi Germany», in: *LBIY* 36 (1991), S. 392.
- 40 Norbert Frei, *Der Führerstaat: Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945*, München 1987, S. 86.

6.

Polen unter deutscher Herrschaft

- 1 Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten: Tagebücher 1933–1945*, Bd. 1, Berlin 1995, S. 482.
- 2 Ebd., S. 485.
- 3 Chaim Aron Kaplan, *Buch der Agonie: Das Warschauer Tagebuch des Chaim A. Kaplan*, hrsg. von Abraham Isaac Katsh, Frankfurt a. M. 1967, S. 21.
- 4 Dawid Sierakowiak, *The Diary of Dawid Sierakowiak: Five Notebooks from the Łódź Ghetto*, hrsg. von Alan Adelson, New York 1996, S. 36.
- 5 Adam Czerniaków, *Im Warschauer Ghetto: Das Tagebuch des Adam Czerniaków 1939–1942*, München 1986, S. 4.
- 6 Alfred Rosenberg, *Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs, 1934/35 und 1939/40*, hrsg. von Hans-Günther Seraphim, München 1964, S. 98 f.
- 7 Hauptsächlich enthalten in Franz Halder, *Kriegstagebuch: Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres, 1932–1942*, Bd. I: *Vom Polenfeldzug bis zum Ende der Westoffensive (14. 8. 1939–30. 6. 1940)*, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart 1962, S. 107.
- 8 Otto Dietrich, *Auf den Straßen des Sieges: Erlebnisse mit dem Führer in Polen. Ein Gemeinschaftsbuch*, München 1939, S. 75 ff.
- 9 Joseph Goebbels, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels: Sämtliche Fragmente*, Teil 1: *Aufzeichnungen 1923–1941*, Bd. 7: Juli 1939 – März 1940, hrsg. von Elke Fröhlich, München 1998, S. 141.
- 10 Hitler, *Reden und Proklamationen, 1932–1945*, Bd. 3: 1939–1940, S. 1340.
- 11 Ebd., S. 1342.
- 12 Ebd., S. 1441 ff.
- 13 Shimon Huberband, «The Destruction of the Synagogues in Lodz», in: Alan Adelson, Robert Lapidus (Hrsg.), *Lodz Ghetto: Inside a Community Under Siege*, New York 1989, S. 70.

- 14 Alexander B. Rossino, «Destructive Impulses: German Soldiers and the Conquest of Poland», in: *Holocaust and Genocide Studies* 11/3 (1997), S.356.
- 15 Dawid Sierakowiak, *The Diary of Dawid Sierakowiak*, S. 54.
- 16 Zygmunt Klukowski, *Diary from the Years of Occupation, 1939-1944*, hrsg. von Andrew Klukowski und Helen Klukowski May, Urbana, IL 1993, S. 40.
- 17 Zitiert nach Kurt Pätzold (Hrsg.), *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung*, S. 236 ff.
- 18 Zitiert nach Dieter Pohl, *Von der «Judenpolitik» zum Judenmord: Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939-1944*, Frankfurt a. M. 1993, S. 52.
- 19 Helma Kaden et al. (Hrsg.), *Dokumente des Verbrechens: Aus Akten des Dritten Reiches 1933-1945*, Bd. 1, S. 176 h
- 20 Chaim Aron Kaplan, *Buch der Agonie: Das Warschauer Tagebuch des Chaim A. Kaplan*, hrsg. von Abraham Isaac Katsh, Frankfurt a. M. 1967, S. 66 f.
- 21 Isaiah Trunk, *Judenrat: The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation*, New York 1972, S. 244.
- 22 Antony Polonsky, Norman Davies (Hrsg.), *Jews in Eastern Poland and the USSR, 1939-1946*, New York 1991, S. 28.
- 23 David Engel, «An Early Account of Polish Jewry under Nazi and Soviet Occupation Presented to the Polish Government-In-Exile, February 1940», in: *Jewish Social Studies* 45 (1983), S. 11.
- 24 Anna Landau-Czajka, «The Jewish Question in Poland: Views Expressed in the Catholic Press between the Two World Wars», in: *Polin: Studies in Polish Jewry* 11 (1998), S. 263.
- 25 Ebd., S. 265.
- 26 Joseph Walk, *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat*, S. 305.
- 27 Kurt Pätzold (Hrsg.), *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung*, S. 235.
- 28 Joseph Walk, *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat*, S. 307.
- 29 Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten*, Bd. 1, S.503.
- 30 Philip Friedman, *Roads to Extinction: Essays on the Holocaust*, hrsg. von Ada June Friedman, New York 1980, S. 336.
- 31 Emanuel Ringelblum, *Notes from the Warsaw Ghetto: The Journal of Emanuel Ringelblum*, hrsg. von Jacob Sloan, New York 1974, S. 47 f.
- 32 Adam Czerniaków, *Im Warschauer Ghetto*, S. 73.
- 33 Apolinary Hartglas, «How Did Czerniaków Become Head of the Warsaw Judenrat?», in: *Yad Vashem Bulletin* 15 (1964), S. 4-7.

7.

Eine neue europäische Ordnung

- 1 Otto Dov Kulka, Eberhard Jäckel (Hrsg.), *Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945*, Düsseldorf 2004, S. 439.
- 2 John Lukacs, *Churchill und Hitler: Der Zweikampf: 10. Mai – 31. Juli 1940*, Stuttgart 1992, S. 272.
- 3 Mihail Sebastian, «Voller Entsetzen, aber nicht verzweifelt»: *Tagebücher 1935–44*, hrsg. v. Edward Kanterian, Berlin 2005, S. 408.
- 4 Chaim Aron Kaplan, *Buch der Agonie: Das Warschauer Tagebuch des Chaim A. Kaplan*, hrsg. v. Abraham Isaac Katsh, Frankfurt am Main 1967, S. 192.
- 5 Ebd., S. 193 f.
- 6 Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten: Tagebücher 1933–1945*, Bd. 1, Berlin 1995, S. 542.
- 7 Helmut Krausnick (Hrsg.), «Dokumentation: Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten (Mai 1940)», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 5 (1957), S. 194–98.
- 8 Peter Longerich (Hrsg.), *Die Ermordung der europäischen Juden: Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941–1945*, München, Zürich 1989, S. 59.
- 9 Röhm, Thierfelder, *Juden, Christen, Deutsche*, Bd. 3/2, S. 193.
- 10 Joseph Walk, *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat*, S. 325.
- 11 Ebd., S. 327.
- 12 Ebd., S. 330.
- 13 Kurt Pätzold (Hrsg.), *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung*, S. 266.
- 14 Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten*, Bd. 1, S. 536 f.
- 15 Zitiert nach Rebecca Rovit, Alvin Goldfarb (Hrsg.), *Theatrical Performance during the Holocaust: Texts, Documents, Memoirs*, Baltimore 1999, S. 76.
- 16 Zitiert nach Eric Rentschler, *The Ministry of Illusion: Nazi Cinema and its Afterlife*, Cambridge, MA 1996, S. 153 f.
- 17 Joseph Wulf (Hrsg.), *Theater und Film im Dritten Reich: Eine Dokumentation*, Frankfurt a. M. 1989, S. 410.
- 18 Hermann Glaser, «Film», in: Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß (Hrsg.), *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1997, S. 175.
- 19 Zu diesen statistischen Angaben siehe Alan Adelson, Robert Lapides (Hrsg.), *Lodz Ghetto: Inside a Community Under Siege*, New York 1989, S. 36.
- 20 Philippe Burrin, *France under the Germans: Collaboration and Compromise*, New York 1996, S. 56.

- 21 Jeannine Verdès-Leroux, *Refus et violences: Politique et littérature à l'extrême droite des années trente aux retombées de la Libération*, Paris 1996, S. 164.
- 22 Jean-Marie Mayeur, «Les églises devant la persécution des Juifs en France», in: Georges Wellers, André Kaspi, Serge Klarsfeld (Hrsg.), *La France et la question juive: 1940-1944: Actes du colloque du Centre de Documentation Juive Contemporaine (10.-12. März 1979)*, Paris 1981, S. 151 ff.
- 23 Renée Poznanski, *Jews in France during World War II*, Waltham, MA 2001, S. 85.
- 24 Zitiert nach Röhm, Thierfelder, *Juden, Christen, Deutsche*, Bd. 3/2, S. 270.
- 25 Benjamin Leo Wessels, *Ben's Story: Holocaust Letters with Selections – from the Dutch Underground Press*, hrsg. von Kees W. Bolle, Carbondale, IL 2001, S. 21.

8.

Eine Schlinge zieht sich zu

- 1 Goebbels, *Die Tagebücher*, T. 1, Bd. 9, S. 379.
- 2 Franz Halder, *Kriegstagebuch: Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres, 1932-1942*, Bd. 2, hrsg. v. Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart 1964, S. 21, 31 f., 34, 36, besonders S. 49 ff.
- 3 Saul Friedländer, *Auftakt zum Untergang: Hitler und die Vereinigten Staaten von Amerika 1939-1941*, Stuttgart u.a. 1965, S. 108 f.
- 4 Ebd., S. 171.
- 5 Hitler, *Reden und Proklamationen*, Bd. 4: 1941-1945, S. 1663 f.
- 6 Jürgen Förster, «Das Unternehmen ‚Barbarossa‘ als Eroberungs- und Vernichtungskrieg», in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4: *Der Angriff auf die Sowjetunion*, hrsg. v. Horst Boog u.a., Stuttgart 1983, 5.414.
- 7 Götz Aly, *Endlösung: Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden*, Frankfurt a. M. 1995, S. 270.
- 8 Andreas Hillgruber (Hrsg.), *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler: Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes*, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1967, S. 573 f.
- 9 Diese Massnahme wurde höchstwahrscheinlich getroffen, um den Juden aus dem Reich und dem Protektorat ein Maximum an Emigrationsmöglichkeiten zu bieten. Was den Hinweis auf die bevorstehende «Endlösung» betrifft, so war das zu diesem Zeitpunkt eine vage und häufig gebrauchte Formulierung, die sich auf ein breites Spektrum von Möglichkeiten bezog.

- 10 Christopher R. Browning, *Der Weg zur Endlösung: Entscheidungen und Täter*, Bonn 1998, S. 57 ff.
- 11 Donald L. Niewyk (Hrsg.), *Fresh Wounds: Early Narratives of Holocaust Survival*, Chapel Hill 1998, S. 174.
- 12 Dawid Sierakowiak, *Das Ghettotagebuch des Dawid Sierakowiak: Aufzeichnungen eines Siebzehnjährigen 1941/42*, Leipzig 1993, S. 32 f.
- 13 Sascha Feuchert et al. (Hrsg.), *Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt*, Bd. 1–5, Göttingen 2007, Bd. 1, S. 21; vgl. Lucjan Dobroszycki (Hrsg.), *The Chronicle of the Łódź Ghetto 1941–1944*, New Haven 1984, S. 6.
- 14 Zitiert nach Władysław Bartoszewski, «The Martyrdom and Struggle of the Jews in Warsaw Under German Occupation 1939–1943», in: Władysław T. Bartoszewski, Antony Polonsky (Hrsg.), *The Jews in Warsaw: A History*, Oxford 1991, S. 314.
- 15 Chaim Aron Kaplan, *Buch der Agonie: Das Warschauer Tagebuch des Chaim A. Kaplan*, hrsg. v. Abraham Isaac Katsh, Frankfurt a. M. 1967, S. 291.
- 16 Yisrael Gutman, *The Jews of Warsaw, 1939–1943: Ghetto, Underground, Revolt*, Bloomington, IN 1982, S. 71.
- 17 Emanuel Ringelblum, *Notes from the Warsaw Ghetto*, S. 204 f.
- 18 Marcel Reich-Ranicki, *Mein Leben*, Stuttgart 16 2000, S. 220.
- 19 Ebd., S. 228.
- 20 Sascha Feuchert et al. (Hrsg.), *Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt*, Bd. 1, S. 91; vgl. Lucjan Dobroszycki (Hrsg.), *The Chronicle of the Łódź Ghetto 1941–1944*, New Haven 1984, S. 25 ff., 35.
- 21 Dawid Sierakowiak, *Das Ghettotagebuch des Dawid Sierakowiak*, S. 30.
- 22 Ebd., S. 31.
- 23 Zitiert nach Yitzhak Arad, Yisrael Gutman, Abraham Margalioth (Hrsg.), *Documents on the Holocaust: Selected Sources on the Destruction of the Jews of Germany and Austria, Poland, and the Soviet Union*, Lincoln u. a. 1999, S. 230.
- 24 Adam Czerniaków, *Im Warschauer Ghetto*, S. 146.
- 25 Hersh Wasser, «Daily Entries of Hersh Wasser», hrsg. v. Joseph Kermish, in: *Yad Vashem Studies* 15 (1983), S. 266.
- 26 Isaiah Trunk, *Judenrat: The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation*, New York 1972, S. 499 f.
- 27 Mary Berg, *Warsaw Ghetto: A Diary*, hrsg. v. Sh. L. Schneiderman, New York 1945, S. 45 f.
- 28 Hitler, *Reden und Proklamationen*, Bd. 4: 1941–1945, S. 1663 f.
- 29 Mihail Sebastian, «Voller Entsetzen, aber nicht verzweifelt»: *Tagebücher 1935–44*, hrsg. v. Edward Kanterian, Berlin 2005, S. 431 f.

- 30 Renée Poznanski, *Etre juifen France pendant la Seconde Guerre mondiale*, Paris 1994, S. 103.
- 31 Simon Schwarzfuchs, *Aux prises avec Vichy: Histoire politique des Juifs de France, 1940-1944*, Paris 1998, S. 90 ff.
- 32 Bob Moore, *Victims and Survivors: The Nazi Persecution of the Jews in the Netherlands, 1940-1945*, London 1997, S. 70.
- 33 Eugen Kogon, *Der SS-Staat: Das System der deutschen Konzentrationslager*, München 1946, S. 166.
- 34 Gordon J. Horwitz, *In the Shadow of Death: Living outside the Gates of Mauthausen*, New York 1990, S. 53.
- 35 Etty Hillesum, *Das denkende Herz: Die Tagebücher von Etty Hillesum 1941-1943*, hrsg. v. J. G. Gaarlandt, Reinbek ¹²2001, S. 37.
- 36 Melissa Müller, *Das Mädchen Anne Frank: Die Biographie*, München 1998, S. 174.
- 37 Zitiert nach Burkhard Schneider, Pierre Biet, Angelo Martini (Hrsg.), *Die Briefe Pius³ XII. an die deutschen Bischöfe 1939-1944*, Mainz 1966, S. 134, Anm. 4.
- 38 Hillel Levine, *In Search of Sugihara: The Elusive Japanese Diplomat Who Risked His Life to Rescue 10'000 Jews from the Holocaust*, New York 1996, S. 253.

9.

Der Angriff im Osten

- 1 Karel C. Berkhoff, *Harvest of Despair: Life and Death in Ukraine under Nazi Rule*, Cambridge, Mass. 2004, S. 75 f.
- 2 Ebd., S. 77.
- 3 Sascha Feuchert et al. (Hrsg.), *Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt*, Bd. 1, S. 166; vgl. Lucjan Dobroszycki (Hrsg.), *The Chronicle of the Lodz Ghetto 1941-1944*, New Haven 1984, S. 62.
- 4 Dawid Sierakowiak, *Das Ghettotagebuch des Dawid Sierakowiak: Aufzeichnungen eines Siebzehnjährigen 1941/42*, Leipzig 1993, S. 54.
- 5 Ebd., S. 55.
- 6 Mihail Sebastian, «Voller Entsetzen, aber nicht verzweifelt»: *Tagebücher 1935-44*, hrsg. v. Edward Kanterian, Berlin 2005, S. 499.
- 7 Herman Kruk, *The Last Days of the Jerusalem of Lithuania*, S. 46 f.
- 8 Adam Czerniaków, *Im Warschauer Ghetto: Das Tagebuch des Adam Czerniaków 1939-1942*, München 1986, S. 162.
- 9 Ebd., S. 167.
- 10 Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten: Tagebücher 1933-1945*, Bd. 1, Berlin 1995, S. 601.

- 11 Nürnberg-Dokument L-221, in: *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof*, Bd. 38, Nürnberg 1949, S. 88, 92.
- 12 Bianka Pietrow-Ennker, «Die Sowjetunion in der Propaganda des Dritten Reiches: Das Beispiel der Wochenschau», in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 46 (1989), No. 2, S. 79 ff. und 108 f.
- 13 Joseph Goebbels, *Die Zeit ohne Beispiel: Reden und Aufsätze aus den Jahren 1939/40/41*, München 1941, S. 526 ff.
- 14 Ortwin Buchbender, Reinhold Sterz (Hrsg.), *Das andere Gesicht des Krieges: Deutsche Feldpostbriefe 1939–1945*, München 1982, S. 73.
- 15 Walter Manoschek (Hrsg.), «Es gibt nur eines für das Judentum – Vernichtung»: *Das Judenbild in deutschen Soldatenbriefen, 1939–1944*, Hamburg 1997, S. 32.
- 16 Ebd., S. 33.
- 17 Shimon Redlich, *Together and Apart in Brzezany: Poles, Jews, and Ukrainians, 1919–1945*, Bloomington, IN 2002, S. 114 ff.
- 18 Isaac Rudashevski, *The Diary of the Vilna Ghetto, June 1941 – April 1943*, hrsg. v. Percy Matenko, Tel Aviv 1973, S. 35 f.
- 19 Jean Ancel, «The Romanian Way of Solving the «Jewish Problem» in Bessarabia and Bukovina: June-July 1941», in: *Yad Vashem Studies* 19 (1988), S. 190.
- 20 Jonathan Steinberg, *Deutsche, Italiener und Juden: Der italienische Widerstand gegen den Holocaust*, Göttingen 1992, S. 49.
- 21 Ebd.
- 22 John Cornwell, *Pius XII.: Der Papst, der geschwiegen hat*, München 2000, S. 301.
- 23 Eugen Kogon, Hermann Langbein, Adalbert Rückerl (Hrsg.), *Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas: Eine Dokumentation*, Frankfurt a. M. 1995, S. 93.
- 24 Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten*, Bd. 1, S. 671.
- 25 Ebd., S. 688.
- 26 David Bankier, *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat*, S. 170–79.
- 27 Zu den Antwerpener Ereignissen und dem Text des «Protests» vgl. Lieven Saerens, «Antwerp's Attitude Toward the Jews from 1918 to 1940 and Its Implications for the Period of Occupation», in: Dan Michman (Hrsg.), *Belgium and the Holocaust: Jews, Belgians, Germans*, Jerusalem 1998, S. 192 f.

Die «Endlösung»

- 1 Als «Ostland» wurde ein Gebiet bezeichnet, das die von Deutschen besetzten Territorien der baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) und Weißrusslands sowie Teile der Ukraine und Russlands umfaßte.
- 2 Sophie Dubnov-Erich, *The Life and Work of S. M. Dubnov: Diaspora Nationalism and Jewish History*, Bloomington 1991, S. 246 f.
- 3 Saul Friedländer, *Auftakt zum Untergang*, S. 199.
- 4 Goebbels, *Tagebücher*, T. 2, Bd. 2, S. 49 f., 73.
- 5 Dawid Sierakowiak, *Das Ghettotagebuch des Dawid Sierakowiak: Aufzeichnungen eines Siebzehnjährigen 1941/42*, Leipzig 1993, S. 102.
- 6 Ebd., S. 105.
- 7 Chaim Aron Kaplan, *Scroll of Agony: The Warsaw Diary of Chaim A. Kaplan*, hrsg. v. Abraham I. Katsh, Bloomington 1999, S. 272.
- 8 Jacques Biélinky, *Journal, 1940–1942: Un journaliste juif à Paris sous l'Occupation*, hrsg. von Renée Poznanski, Paris 1992, S. 156.
- 9 Andrew Scott Berg, *Charles Lindbergh: Ein Idol des 20. Jahrhunderts*, München 1999, S. 395 f.
- 10 Ebd.
- 11 Goebbels, *Tagebücher*, T. 2, Bd. 1, S. 417.
- 12 Hitler, *Reden und Proklamationen*, Bd. 4: 1941–1945, S. 1756 f.
- 13 Ebd., S. 1759.
- 14 Goebbels, *Tagebücher*, T. 2, Bd. 1, S. 498 ff.
- 15 Heinrich Himmler, *Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42*, hrsg. v. Peter Witte et al., Hamburg 1999, S. 294.
- 16 Bernd Rother, «Franco und die deutsche Judenverfolgung», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 46 (1998), S. 189–220, besonders S. 195. Vgl. auch Bernd Rother, *Spanien und der Holocaust*, Tübingen 2001.
- 17 Vollständig zitiert in Peter Longerich, *Politik der Vernichtung: Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München 1998, S. 443.
- 18 Manoschek (Hrsg.), «Es gibt nur eines für das Judentum – Vernichtung», S. 45.
- 19 Ebd., S. 49.
- 20 Helmuth James von Moltke, *Briefe an Freya 1939–1945*, hrsg. v. Beate Ruhm von Oppen, München 1991, S. 278.
- 21 Ebd., S. 308.
- 22 Ebd., S. 318.
- 23 Ulrich von Hassell, *Die Hassell-Tagebücher 1938–1944: Aufzeichnungen vom andern Deutschland*, hrsg. v. Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Berlin 1988, S. 277.

- 24 Zitiert nach *Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich, 1934–1945: Eine Dokumentation*, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Wien u. a. 1982, S. 591; vgl. Gordon J. Horwitz, *In the Shadow of Death: Living Outside the Gates of Manthausen*, New York 1990, S. 35.
- 25 Ernst Klee, «Euthanasie» im NS-Staat: Die «Vernichtung lebensunwerten Lebens», Frankfurt a. M. 1983, S. 349.
- 26 Uwe Dietrich Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, S. 292 ff., 299 ff.
- 27 Ludwig Volk (Hrsg.), *Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche: 1933–1945*, Bd. 5: 1940–1942, Mainz 1983, S. 555 Anm.
- 28 Ursula Büttner, «The Jewish Problem Becomes a Christian Problem: German Protestants and the Persecution of the Jews in the Third Reich», in: David Bankier (Hrsg.), *Probing the Depths of German Antisemitism: German Society and the Persecution of the Jews, 1933–1941*, New York 2000, S. 454 ff.
- 29 Tuvia Friling, *Arrows in the Dark: David Ben-Gurion, the Yishuv's Leadership and Rescue Efforts during the Holocaust*, Bd. 1, Tel Aviv 1998, S. 45.
- 30 Dawid Sierakowiak, *Das Ghettotagebuch des Dawid Sierakowiak*, S. 108.
- 31 Ebd.
- 32 Ebd., S. 109.
- 33 Sascha Feuchert et al. (Hrsg.), *Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt*, Bd. 1, S. 256; vgl. Lucjan Dobroszycki (Hrsg.), *The Chronicle of the Łódź Ghetto 1941–1944*, S. 80 f.
- 34 Sascha Feuchert et al. (Hrsg.), *Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt*, Bd. 1, S. 310 ff., Bd. 2, S. 18; vgl. Lucjan Dobroszycki (Hrsg.), *The Chronicle of the Łódź Ghetto 1941–1944*, S. 109.
- 35 Sascha Feuchert et al. (Hrsg.), *Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt*, Bd. 2, S. 25; vgl. Lucjan Dobroszycki (Hrsg.), *The Chronicle of the Łódź Ghetto 1941–1944*, S. 113.
- 36 Oskar Rosenfeld, *Wozu noch Welt?*, S. 64.
- 37 Walter Laqueur, *Was niemand wissen wollte*, S. 163 f.
- 38 Yitzhak Zuckerman, *A Surplus of Memory: Chronicle of the Warsaw Ghetto Uprising*, hrsg. v. Barbara Harshav, Berkeley 1993, S. 156 ff.
- 39 Isaac Rudashevski, *The Diary of the Vilna Ghetto, June 1941–April 1943*, hrsg. v. Percy Matenko, Tel Aviv 1973, S. 46.
- 40 Yisrael Gutman, *Resistance: The Warsaw Ghetto Uprising*, Boston 1994, S. 103.
- 41 Yitzhak Zuckerman, *A Surplus of Memory*, S. 153 f.
- 42 Mihail Sebastian, «Voller Entsetzen, aber nicht verzweifelt», S. 603.

- 43 Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten*, Bd. 1, S. 703 f.

11.

Totale Vernichtung

- 1 Dalia Ofer, *Escaping the Holocaust: Illegal Immigration to the Land of Israel, 1939–1944*, New York 1990, S. 158.
- 2 Bernard Wasserstein, *Britain and the Jews of Europe, 1939–1945*, London u. a. 1979, S. 145 f.
- 3 Mihail Sebastian, «Voller Entsetzen, aber nicht verzweifelt»: *Tagebücher 1935–44*, hrsg. v. Edward Kanterian, Berlin 2005, S. 626.
- 4 Hitler, *Reden und Proklamationen*, Bd. 4, S. 1828 f. (Hervorhebungen im Original).
- 5 Chaim Aron Kaplan, *Scroll of Agony: The Warsaw Diary of Chaim A. Kaplan*, hrsg. v. Abraham I. Katsh, Bloomington 1999, S. 297.
- 6 G. Teich, «Scheinvollständigkeit des Judentums», in: *Volk und Rasse* 17 (1942), Heft 5, S. 88–92, hier: S. 92; vgl. David Bankier, «The Use of Antisemitism in Nazi Wartime Propaganda», in: Michael Berenbaum, Abraham J. Peck (Hrsg.), *The Holocaust and History: The Known, the Unknown, the Disputed and the Reexamined*, Bloomington 1998, S. 45.
- 7 Ebd., S. 45 f.
- 8 Otto Dov Kulka, Eberhard Jäckel (Hrsg.), *Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten, 1933–1945*, Düsseldorf 2004, S. 491.
- 9 Zum vollständigen Text des «Besprechungsprotokolls» siehe Kurt Pätzold, Erika Schwarz (Hrsg.), *Tagesordnung: Judenmord: Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Eine Dokumentation zur Organisation der «Endlösung»*, Berlin 1992, S. 102–12.
- 10 Dawid Sierakowiak, *The Diary of Dawid Sierakowiak*, hrsg. von Alan Adelson, New York 1996, S. 148.
- 11 Christopher R. Browning, *Judenmord: NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter*, Frankfurt a. M. 2001, S. 110 f.
- 12 Goebbels, *Tagebücher*, T. 2, Bd. 4, S. 350.
- 13 Ebd., S. 351.
- 14 Ebd., S. 405.
- 15 Heinrich Himmler, *Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen*, hrsg. v. Bradley F. Smith u. Agnes F. Peterson, Frankfurt a. M. u. a. 1974, S. 159.

- 16 Nürnberg-Dokument NO-5574, in: Tatiana Berenstein (Hrsg.), *Faschismus, Getto, Massenmord: Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges*, hrsg. vom Jüdischen historischen Institut Warschau, Berlin (Ost) 1961, S. 303.
- 17 Egon Redlich, *The Terezin Diary of Gonda Redlich*, hrsg. v. Saul S. Friedman, Lexington, KY 1992, S. 3 ff.
- 18 Ebd., S. 53.
- 19 Ebd., S. 61.
- 20 Ruth Klüger, *weiter leben: Eine Jugend*, Göttingen 1992, S. 92.
- 21 Redlich, *The Terezin Diary*, S. 61.
- 22 Gitta Sereny, *Am Abgrund: Gespräche mit dem Henker: Franz Stangl und die Morde von Treblinka*, München, Zürich 1997, S. 128.
- 23 *Akten der Parteikanzlei der NSDAP*, T. 1, Bd. 2, Abs. Nr. 26 106.
- 24 Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten*, Bd. 2, S. 94.
- 25 Ebd., S. 85.
- 26 Ebd., S. 14.
- 27 Ebd., S. 47.
- 28 Ruth Andreas-Friedrich, *Der Schattenmann: Tagebuchaufzeichnungen 1938–1945*, Berlin 1947, S. 96.
- 29 Etty Hillesum, *An Interrupted Life: The Diaries of Etty Hillesum, 1941–1943*, New York 1983, S. 93. [Die Einträge vom 15. und 29. April 1942 sind in der deutschen Ausgabe nicht enthalten.]
- 30 Ebd., S. 107.
- 31 Etty Hillesum, *Das denkende Herz*, S. 114.
- 32 Pierre Drieu La Rochelle, *Journal: 1939–1945*, hrsg. v. Julien Hervier, Paris 1992, S. 302.
- 33 Lucien Rebatet, *Les décombres*, Paris 1942, S. 605, zitiert nach David Carroll, *French Literary Fascism: Nationalism, Anti-Semitism, and the Ideology of Culture*, Princeton 1995, S. 211.
- 34 Frédéric Vitoux, *Céline: A Biography*, New York 1992, S. 378.
- 35 David Carroll, *French Literary Fascism*, S. 275.
- 36 Alexandra Zapruder, *Salvaged Pages: Young Writers' Diaries of the Holocaust*, New Haven 2002, S. 322 f.
- 37 Ebd., S. 325.
- 38 Ebd., S. 327.
- 39 Dawid Sierakowiak, *The Diary of Dawid Sierakowiak: Five Notebooks from the Łódź Ghetto*, hrsg. v. Alan Adelson, New York 1996, S. 149.
- 40 Ebd., S. 151.
- 41 Yitzhak Zuckerman, *A Surplus of Memory*, S. 177 ff.
- 42 Janusz Korczak, *Tagebuch aus dem Warschauer Ghetto 1942*, Göttingen 1992, S. 101.

12.

Totale Vernichtung

- 1 Bericht mit dem Titel «Beobachtung über die ‚Umsiedlung‘ der Juden im General-Gouvernement» (HZ, München, doc. ED 81), abgedruckt in: Raul Hilberg (Hrsg.), *Documents of Destruction: Germany and Jewry 1933-1945*, Chicago 1971, S. 208 ff.
- 2 Hitler, *Reden und Proklamationen*, Bd. 4: 1941-1945, S. 1920.
- 3 Mihail Sebastian, «Voller Entsetzen, aber nicht verzweifelt»: *Tagebücher 1935-44*, hrsg. v. Edward Kanterian, Berlin 2005, S. 668.
- 4 Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten: Tagebücher 1933-1945*, Bd. 2, Berlin 1995, S. 251.
- 5 Rudolf Höss, *Kommandant in Auschwitz: Autobiographische Aufzeichnungen*, hrsg. v. Martin Broszat, Stuttgart 1958, S. 161.
- 6 Jacob Presser, *Ashes in the Wind: The Destruction of Dutch Jewry*, Detroit 1988, S. 167.
- 7 Etty Hillesum, *Das denkende Herz: Die Tagebücher von Etty Hillesum 1941-1943*, hrsg. v. J. G. Gaarlandt, Reinbek ¹¹2001, S. 144.
- 8 Anne Frank, *Anne-Frank-Tagebuch: Einzig autorisierte Ausgabe*, hrsg. v. Otto H. Frank u. Mirjam Pressler, Frankfurt a. M. *2004, S. 34.
- 9 Zitiert nach Jacob Presser, *Ashes in the Wind*, S. 182.
- 10 Ebd., S. 184.
- 11 Ebd.
- 12 Jacques Biélinky, *Journal, 1940-1942: Un journaliste juif à Paris sous l'occupation*, hrsg. v. Renée Poznanski, Paris 1992, S. 232 f.
- 13 Michael Marrus, Robert O. Paxton, *Vichy France and the Jews*, New York 1981, S. 255.
- 14 Georges Wellers, *De Drancy a Auschwitz*, Paris 1946, S. 55 ff.
- 15 Renée Poznanski, «Jews and Non-Jews in France during World War II: A Daily Life Perspective», in: Ronald Smelser (Hrsg.), *Lessons and Legacies V: The Holocaust and Justice*, Evanston, II. 2002, S. 306.
- 16 Serge Klarsfeld, *Vichy – Auschwitz, Le rôle de Vichy dans la solution finale de la question juive en France -1942*, Bd. 1, Paris 1983, S. 280.
- 17 Saul Friedländer, *Pius XII. und das Dritte Reich: Eine Dokumentation*, Reinbek 1965, S. 85 f.
- 18 *Akten zur deutschen auswärtigen Politik, 1918-1945*, Serie E: 1941-1945, Bd. 3, bearb. v. Ingrid Krüger-Bulcke u. Hans Georg Lehmann, Göttingen 1974, S. 125.
- 19 Adam Czerniaków, *Im Warschauer Ghetto*, S. 284 f.
- 20 Chaim Aron Kaplan, *Buch der Agonie: Das Warschauer Tagebuch des Chaim A. Kaplan*, hrsg. v. Abraham I. Katsh, Frankfurt a. M. 1967, S. 385 f., 387.

- 21 Dawid Sierakowiak, *Das Ghettotagebuch des Dawid Sierakowiak*, S. 172, 175.
- 22 Josef Zerkowicz, *In Those Terrible Days: Writings from the Lodz Ghetto*, hrsg. v. Michal Unger, Jerusalem 2002, S. 280–83.
- 23 Ebd., S. 280.
- 24 Philip Friedman, *Roads to Extinction*, S. 366.
- 25 Isaac Rudashevski, *The Diary of the Vilna Ghetto, June 1941 – April 1943*, hrsg. v. Percy Matenko, Tel Aviv 1973, S. 70 f.
- 26 Herman Kruk, *The Last Days of the Jerusalem of Lithuania: Chronicles from the Vilna Ghetto and the Camps, 1939–1944*, hrsg. v. Benjamin Harshav, New Haven 2002, S. 389.
- 27 Ebd., S. 421 f.
- 28 Zur Übersetzung des Vendel-Berichts siehe Steven Kublik, *The Stones Cry Out: Sweden's Response to the Persecution of the Jews 1933–1945*, New York 1987.
- 29 David S. Wyman, *Das unerwünschte Volk: Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt a. M. 2000, S. 64 ff.
- 30 Ebd., S. 63.
- 31 Bernard Wasserstein, *Britain and the Jews of Europe, 1939–1945*, London u. a. 1979, S. 172.
- 32 Ebd. S. 173.
- 33 Saul Friedländer, *Pius XII. und das Dritte Reich*, S. 96.
- 34 Goebbels, *Tagebücher*, T. 2, Bd. 6, S. 508.
- 35 Martin Gilbert, *Auschwitz und die Alliierten*, München 1982, S. 121.

13.

Totale Vernichtung

- 1 Louise Jacobson, *«Ihr Lieben, allzu weit entfernten ...»: Briefe von Louise Jacobson an ihre Familie 1942–1943*, hrsg. von Nadia Kaluski-Jacobson, Hamburg 1998, S. 152 f.
- 2 Ebd., S. 49.
- 3 Joseph Goebbels, *Reden*, Bd. 2: 1939–1945, hrsg. v. Helmut Heiber, Düsseldorf 1972, S. 178 ff.
- 4 Mihail Sebastian, *«Voller Entsetzen, aber nicht verzweifelt»: Tagebücher 1935–44*, hrsg. v. Edward Kanterian, Berlin 2005, S. 710.
- 5 Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten: Tagebücher 1933–1945*, Bd. 2, Berlin 1995, S. 333.
- 6 Zitiert nach Jeremy Noakes, Geoffrey Pridham (Hrsg.), *Nazism 1919–1945: A Documentary Reader*, Bd. 4, Exeter 2001, S. 497.

- 7 Andreas Hillgruber (Hrsg.), *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler: Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes*, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1970, S. 256 f.
- 8 Primo Levi, *Ist das ein Mensch? Ein autobiographischer Bericht*, München 1998, S. 18.
- 9 Christopher R. Browning, *Collected Memories: Holocaust History and Postwar Testimony*, Madison, WI 2003, S. 75.
- 10 Nürnberg-Dokument NO-724, zitiert nach Adalbert Rückerl (Hrsg.), *Nationalsozialistische Vernichtungslager: Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmo*, München 1977, S. 109 ff.
- 11 Filip Müller, *Sonderbehandlung: 3 Jahre in den Krematorien und Gaskammern von Auschwitz*, hrsg. v. Helmut Freitag, München 1979, S. 23.
- 12 Primo Levi, *Ist das ein Mensch? Ein autobiographischer Bericht*, München 1998, S. 18 f.
- 13 Ruth Klüger, *weiter leben: Eine Jugend*, S. 111.
- 14 Eugen Kogon, Hermann Langbein, Adalbert Rückerl (Hrsg.), *Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas*, S. 214.
- 15 Robert Jay Lifton, Amy Hackett, «Nazi Doctors», in: Yisrael Gutman, Michael Berenbaum (Hrsg.), *Anatomy of the Auschwitz Death Camp*, Bloomington, IN 1994, S. 313.
- 16 Danuta Czech, «The Auschwitz Prisoner Administration», in: Gutman, Berenbaum (Hrsg.), *Anatomy of the Auschwitz Death Camp*, S. 374.
- 17 Peter Hayes, «Auschwitz, Capital of the Holocaust», in: *Holocaust and Genocide Studies* 17 (2003), S. 330.
- 18 Walter Manoschek (Hrsg.), «Es gibt nur eines für das Judentum – Vernichtung», S. 63.
- 19 Rudolf Höß, *Kommandant in Auschwitz: Autobiographische Aufzeichnungen*, hrsg. v. Martin Broszat, München 1985, S. 163 f.
- 20 Elizabeth Harvey, *Women and the Nazi East: Agents and Witnesses of Germanization*, New Haven 2003, S. 216 f.
- 21 Vgl. zum Text des Flugblatts Inge Scholl, *Die weiße Rose*, Frankfurt a. M. 2001, S. 81.
- 22 Wilhelm Corsten (Hrsg.), *Kölner Aktenstücke zur Lage der katholischen Kirche in Deutschland 1933–1945*, Köln 1949, S. 255.
- 23 Michael Phayer, *The Catholic Church and the Holocaust, 1930–1965*, S. 75.
- 24 Der vollständige Text von Wurms Brief ist abgedruckt in Heinrich Hermelink (Hrsg.), *Kirche im Kampf: Dokumente des Widerstands und des Aufbaus in der evangelischen Kirche Deutschlands von 1933 bis 1945*, Tübingen, Stuttgart 1950, S. 654 ff.
- 25 Wolfgang Gerlach, *Als die Zeugen schwiegen*, S. 351.
- 26 Abraham Lewin, *A Cup of Tears: A Diary of the Warsaw Ghetto*, hrsg. v. Antony Polonsky, Oxford 1988, S. 186.

- 27 Ebd., S. 188.
- 28 Ebd., S. 225.
- 29 Nürnberg-Dokument NO-2494, in: Yitzhak Arad u. a. (Hrsg.), *Documents on the Holocaust*, S. 292.
- 30 Emanuel Ringelblum, «Little Stalingrad defends itself», in: Joseph Kermish (Hrsg.), *To Live with Honor and Die with Honor! ... Selected Documents from the Warsaw Ghetto Underground Archives «O. S.» («Oneg Shabbath»)*, Jerusalem 1986, S. 599 f.
- 31 Andrzej Wirth (Hrsg.), *Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr!*, Neuwied 1960, Dokument vom 24. Mai 1943.
- 32 Herman Kruk, *The Last Days of the Jerusalem of Lithuania*, S. 566.
- 33 Goebbels, *Tagebücher*, T. 2, Bd. 7, S. 454.

14.

Totale Vernichtung

- 1 Saul Friedländer, *Kurt Gerstein oder die Zwiespältigkeit des Guten*, Gütersloh 1968, S. 175-77.
- 2 Albert Speer, *Erinnerungen*, Frankfurt a. M., Berlin 1971, S. 312.
- 3 Etty Hillesum, *Letters from Westerbork*, New York 1986, S. 97.
- 4 Stanislaw G. Pugliese, «Bloodless Torture: The Books of the Roman Ghetto under the Nazi Occupation», in: Jonathan Rose (Hrsg.), *The Holocaust and the Book: Destruction and Preservation*, Amherst, Mass. 2001, S. 53.
- 5 Saul Friedländer, *Pius XII. und das Dritte Reich*, S. 145 f.
- 6 *Akten zur deutschen auswärtigen Politik, 1918-1945*, Serie E: 1941-1945, Bd. 7, S. 130 f.
- 7 Ruth Klüger, *weiter leben: Eine Jugend*, Göttingen 1992, S. 132 f.
- 8 Ebd., S. 131 f.
- 9 Jean-Claude Favez, *Warum schwieg das Rote Kreuz? Eine internationale Organisation und das Dritte Reich*, München 1994, S. 140.
- 10 *Akten zur deutschen auswärtigen Politik, 1918-1945*, Serie E: 1941-1945, Bd. 8, S. 153 f.
- 11 Martin Gilbert, «Introduction», in: Avraham Tory, *Surviving the Holocaust: The Kovno Ghetto Diary*, hrsg. v. Martin Gilbert u. Dina Porat, Cambridge 1990, S. 506 f.
- 12 Sascha Feuchert et al. (Hrsg.), *Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt*, Bd. 3, S. 648; vgl. Lucjan Dobroszycki (Hrsg.), *The Chronicle of the Lodz Ghetto 1941-1944*, S. 422 f.
- 13 Ariel Hurwitz, «The Struggle Over the Creation of the War Refugee Board (WRB)», in: *Holocaust and Genocide Studies* 6 (1991), S. 19.

- 14 Gulie Ne'eman Arad, *America, Its Jews, and the Rise of Nazism*, Bloomington, IN 2000, S. 220 ff.
- 15 Ebd.
- 16 Dina Porat, *The Blue and the Yellow Stars of David: The Zionist Leadership in Palestine and the Holocaust, 1939-1945*, Cambridge, MA 1990, S. 62 f.
- 17 Ety Hillesum, *Das denkende Herz: Die Tagebücher von Ety Hillesum 1941-1943*, hrsg. v. J. G. Gaarlandt, Reinbek ¹⁵2001, S. 220f.
- 18 Ety Hillesum, *Letters from Westerbork*, New York 1986, S. 146.

15.

Das Ende

- 1 Zitiert nach Serge Klarsfeld, *Vichy 4-Auschwitz: Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der «Endlösung der Judenfrage» in Frankreich*, Nördlingen 1989, S. 574.
- 2 Anne Frank, *Anne-Frqnk-Tagebuch: Einzig autorisierte Ausgabe*, S. 283 f.
- 3 Ebd., S. 284.
- 4 Perry Broad, «KZ-Auschwitz: Erinnerungen eines SS-Mannes der Politischen Abteilung in dem Konzentrationslager Auschwitz», in: *Hefte von Auschwitz 9 (1966)*, S. 38 f.
- 5 Rudolf Höss, *Kommandant in Auschwitz: Autobiographische Aufzeichnungen*, hrsg. von Martin Broszat, München ¹⁰1985, S. 130.
- 6 Der Text der Botschaft wurde erstmals veröffentlicht in Eugene Levai, *Black Book on the Martyrdom of Hungarian Jewry*, Zürich 1948, S. 232.
- 7 Zitiert in Michael J. Neufeld, Michael Berenbaum (Hrsg.), *The Bombing of Auschwitz; Should the Allies Have Attempted It?*, New York 2000, S. 250.
- 8 LucyS. Dawidowicz (Hrsg.), *A Holocaust Reader*, New York *1976, S. 321 ff.
- 9 Michael J. Neufeld, Michael Berenbaum (Hrsg.), *The Bombing of Auschwitz, S.256*.
- 10 Ebd., S. 258 f.
- 11 Oskar Rosenfeld, *Wozu noch Welt? Aufzeichnungen aus dem Ghetto Lodz*, hrsg. v. Hanno Loewy, Frankfurt a. M. 1994, S. 298.
- 12 Herman Kruk, *The Last Days of the Jerusalem of Lithuania: Chronicles from the Vilna Ghetto and the Camps, 1939-1944*, hrsg. v. Benjamin Harshav, New Haven 2002, S. 703.
- 13 Ebd., S. 704.

- 14 Ebd., S. 705.
- 15 Vojtěch Blodig, «Die letzte Phase der Entwicklung des Ghettos Theresienstadt», in: Miroslav Kárný, Vojtěch Blodig, Margita Kárná (Hrsg.), *Theresienstadt in der «Endlösung der Judenfrage»*, Prag 1992, S. 274.
- 16 Egon Redlich, *The Terezin Diary of Gonda Redlich*, S. 161.
- 17 Livia Rothkirchen, «The Situation of the Jews in Slovakia between 1939 and 1945», in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 7 (1998), S. 63.
- 18 Randolph L. Braham, *The Politics of Genocide*, S. 184.
- 19 Krisztián Ungváry, *Die Schlacht um Budapest*, S. 362.
- 20 Victor Klemperer, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten: Tagebücher 1933–1945*, Bd. 2, Berlin 1995, S. 658.
- 21 Adolf Hitler, *Monologe im Führer-Hauptquartier 1941–1944*, aufgezeichnet v. Heinrich Heim u. hrsg. v. Werner Jochmann, München 2000, S. 412 f.
- 22 Daniel Blatman, «The Death Marches, January – May 1945: Who was Responsible for What?», in: *Yad Vashem Studies* 28 (2000), S. 169.
- 23 Filip Müller, *Sonderbehandlung*, S. 280.
- 24 Primo Levi, *Ist das ein Mensch?*, S. 205.
- 25 Adolf Hitler, *Reden und Proklamationen, 1932–1945*, Bd. 4: 1941–1945, S. 2223 f.
- 26 Günther Schwarberg, *Der SS-Arzt und die Kinder: Bericht über den Mord vom Bullenhuser Damm*, Hamburg 1979, S. 57 ff.
- 27 Hitler, *Reden und Proklamationen*, Bd. 4: 1941–1945, S. 2236 ff.

Bibliographie

Quellen

Dokumentensammlungen

- Akten der Parteikanzlei der NSDAP*, Regesten, Bd. 1-4, und Register, Bd. 1-2, hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. v. Helmut Heiber, München 1983-92.
- Akten der Reichskanzlei: Die Regierung Hitler 1933-1938*, hrsg. v. Karl-Heinz Minuth, T. 1, 1933-1934, Bd. 1, 30. Januar bis 31. August 1933, Bd. 2, 12. September 1933 bis 27. August 1934, Boppard a. Rh. 1983.
- Akten zur deutschen auswärtigen Politik, 1918-1943*, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Serie D und E, bearb. v. Ingrid Krüger-Bulcke u. Hans Georg Lehmann, Göttingen 1969 ff.
- Archives of the Holocaust: An International Collection of Selected Documents*, Bd. 1-22, hrsg. v. Henry Friedlander u. Sybil Milton, New York 1990-93.
- Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SO-PADE) 1934-1940*, Bd. 1-7, Frankfurt a. M. 1980.
- Documents Diplomatiques Suisses 1848-1943*, Bd. 12, 1.1.1937-31.12. 1938, préparé sous la direction d'Oscar Gauye par Gabriel Imboden et Daniel Bourgeois, Bern 1994.
- Documents on British Foreign Policy 1919-1939*, Second Series, Bd. 5, 1933, London 1953; Third Series, Bd. 3, 1938-39, London 1950.
- Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933-1943*, hrsg. v. d. Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden, Frankfurt a. M. 1963.
- Das Dritte Reich*, hrsg. v. Wolfgang Michalka, Bd. 1-2, München 1985.
- Foreign Relations of the United States*, Washington D. C. 1947 ff.
- Herrschaftsalltag im Dritten Reich: Studien und Texte*, hrsg. v. Hans Mommsen u. Susanne Willems, Düsseldorf 1988.
- Kirchen- und Theologiegeschichte in Quellen*, Bd. 4, *Neuzeit*, T. 2, 1870-1973, hrsg. v. Heiko A. Oberman, Adolf Martin Ritter u. Hans-Walter Krumwiede, Neukirchen-Vluyn³1989.

- Meldungen aus dem Reich: Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938-1945.*, hrsg. v. Heinz Boberach, Bd. 1-17, Herrsching 1984.
- Nationalsozialismus im Alltag: Quellen zur Geschichte des Nationalsozialismus vornehmlich im Raum Mainz-Koblenz-Trier*, hrsg. v. Franz Josef Heyen, Boppard a. Rh. 1967.
- Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945-1. Oktober 1946*, Bd. 1-42, Nürnberg 1947-49.
- Ursachen und Folgen – Vom deutschen "Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart: Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte*, hrsg. v. Herbert Michaelis u. Ernst Schraepfer, Bd. 9-23, Berlin 1964-75.
- Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934-1945*, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1982.
- Arad, Yitzhak; Gutman, Yisrael; Margalit, Abraham (Hrsg.), *Documents on the Holocaust: Selected Sources on the Destruction of the Jews of Germany and Austria, Poland, and the Soviet Union*, Lincoln ⁸1999-
- Berenstein, Tatiana (Hrsg.), *Faschismus, Getto, Massenmord: Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges*, hrsg. vom Jüdischen historischen Institut Warschau, Berlin (Ost) 1961.
- Corsten, Wilhelm (Hrsg.), *Kölner Aktenstücke zur Lage der katholischen Kirche in Deutschland 1933-1945*, Köln 1949.
- Dawidowicz, Lucy S. (Hrsg.), *A Holocaust Reader*, New York²1976.
- Friedländer, Saul, *Pius XII. und das Dritte Reich: Eine Dokumentation*, Reinbek 1965.
- Hermelink, Heinrich (Hrsg.), *Kirche im Kampf: Dokumente des Widerstands und des Aufbaus in der evangelischen Kirche Deutschlands von 1933 bis 1945*, Tübingen u.a. 1950.
- Hilberg, Raul (Hrsg.), *Documents of Destruction: Germany and Jewry 1933-1945, 1971*.
- Kaden, Helma, et al. (Hrsg.), *Dokumente des Verbrechens: Apts Akten des Dritten Reiches 1933-1945*, Berlin 1993.
- Kogon, Eugen; Langbein, Hermann; Rückeri, Adalbert (Hrsg.), *Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas: Eine Dokumentation*, Frankfurt a. M. 1995.
- Krausnick, Helmut, «Dokumentation: Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten (Mai 1940)», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 5 (1957), S. 194-198.
- Kulka, Otto Dov; Jäckel, Eberhard (Hrsg.), *Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933-1945*, Düsseldorf 2004.

- Longerich, Peter; Pohl, Dieter (Hrsg.), *Die Ermordung der europäischen Juden: Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941-1945*, München 1989.
- Mendelsohn, John; Detwiler, Donald S. (Hrsg.), *The Holocaust: Selected Documents in Eighteen Volumes*, New York 1982.
- Noakes, Jeremy; Pridham, Geoffrey (Hrsg.), *Nazism 1919-1945: A Documentary Reader*, Bd. 1-3, Exeter 1983; Neuausgabe: Bd. 1-4, Exeter 1998-2001.
- Pätzold, Kurt (Hrsg.), *Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung: Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942*, Frankfurt a. M. 1984.
- Pätzold, Kurt; Schwarz, Erika (Hrsg.); *Tagesordnung: Judenmord: Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Eine Dokumentation zur Organisation der «Endlösung»*, Berlin³1992.
- Sauer, Paul (Hrsg.), *Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933-1945*, Bd. 1-2, Stuttgart 1966.
- Schneider, Burkhard; Biet, Pierre; Martini, Angelo (Hrsg.), *Die Briefe Pius' XII. an die deutschen Bischöfe 1939-1944*, Mainz 1966.
- Treue, Wilhelm, «Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (1955), S. 204-10.
- Volk, Ludwig (Hrsg.), *Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche: 1933-1945*, Bd. 5:1940-1942, Mainz 1983.
- Walk, Joseph (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat: Eine Sammlung der gesetzlichen Massnahmen und Richtlinien, Inhalt und Bedeutung*, Heidelberg 1981.
- Wirth, Andrzej (Hrsg.), *Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr!*, Neuwied 1960.
- Wulf, Joseph (Hrsg.), *Die bildenden Künste im Dritten Reich: Eine Dokumentation*, Reinbek 1966.
- , *Theater und Film im Dritten Reich: Eine Dokumentation*, Frankfurt a. M. 1989.

Reden, Tagebücher, Briefe und andere vor 1945 erschienene Literatur

- Adelson, Alan; Lapidés, Robert (Hrsg.), *Lodz Ghetto: Inside a Community Under Siege*, New York 1989.
- Andreas-Friedrich, Ruth, *Der Schattenmann: Tagebuch auf Zeichnungen 1938-1945*, Berlin 1947.
- Berg, Mary, *Warsaw Ghetto: A Diary*, hrsg. v. Sh. L. Schneiderman, New York 1945.

- Biélinky, Jacques, *Journal, 1940-1942: Un journaliste juif à Paris sous l'Occupation*, hrsg. von Renée Poznanski, Paris 1992.
- Buchbender, Ortwin; Sterz, Reinhold (Hrsg.), *Das andere Gesicht des Krieges: Deutsche Feldpostbriefe 1939-1945*, München 1982.
- Czerniaków, Adam, *Im Warschauer Ghetto: Das Tagebuch des Adam Czerniaków 1939-1942*, München 1986.
- Dietrich, Otto, *Auf den Strassen des Sieges: Erlebnisse mit dem Führer in Polen. Ein Gemeinschaftsbuch*, München 1939.
- Dobroszycki, Lucjan (Hrsg.), *The Chronicle of the Lodz Ghetto 1941-1944*, New Haven 1984.
- Drieu La Rochelle, Pierre, *Journal, 1939-1945*, hrsg. v. Julien Hervier, Paris 1992.
- Faulhaber, Michael, *Judentum, Christentum, Germanentum: Adventspredigten gehalten in St. Michael zu München 1933*, München 1933-
- Feuchert, Sascha, et al. (Hrsg.), *Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt*, Bd. 1-5, Göttingen 2007.
- Feuchtwanger, Lion; Zweig, Arnold, *Briefwechsel 1933-1958*, Bd. 1-3, Berlin 1984.
- Frank, Anne, *Anne-Frank-Tagebuch: Einzig autorisierte Ausgabe*, hrsg. v. Otto H. Frank und Mirjam Pressler, Frankfurt a. M. 32004«
- Freud, Sigmund; Zweig, Arnold, *Briefwechsel*, hrsg. v. Ernst L. Freud, Frankfurt a. M. 1968.
- Fromm, Bella, *Blood and Banquets: A Berlin Social Diary*, London 1943; Nachdruck: New York 1990. Gekürzte deutsche Ausgabe: *Als Hitler mir die Hand küsste*, Berlin 1993.
- Goebbels, Joseph, *Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil I: Aufzeichnungen 1923-1941* (14Bde.); *Teil II: Diktate 1941-1945* (15 Bde.), hrsg. v. Elke Fröhlich, München 1998 ff.
- , «50, dann 75 Synagogen brennen: Tagebuchschreiber Goebbels über die ‚Reichskristallnacht‘», in: *Der Spiegel*, 13. Juli 1992.
- , *Die Zeit ohne Beispiel: Reden und Aufsätze aus den Jahren 1939/40/41*, München 1941.
- Göring, Hermann, «Staatliche Ordnung und ‚organische Lösung‘: Die Rede Hermann Görings ‚über die Judenfrage‘ vom 6. Dezember 1938», hrsg. v. Götz Aly u. Susanne Heim, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 2 (1993), S. 378-404.
- Halder, Franz, *Kriegstagebuch: Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres, 1932-1942*, Bd. 1-2, hrsg. v. Hans Adolf Jacobsen, Stuttgart 1962-64.
- Hassell, Ulrich von, *Die Hasseil-Tagebücher 1938-1944: Aufzeichnungen vom andern Deutschland*, hrsg. v. Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Berlin 1988.

- Hillesum, Etty, *An Interrupted Life: The Diaries of Etty Hillesum, 1941-1943*, New York 1983.-
- , *Das denkende Herz: Die Tagebücher von Etty Hillesum 1941-1943*, hrsg. v. J. G. Gaarlandt, Reinbek ¹⁵2001.
- , *Letters from Westerbork*, New York 1986.
- Hillgruber, Andreas (Hrsg.), *Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler: Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes*, Bd. 1-2, Frankfurt a. M. 1967-70.
- Himmler, Heinrich, *Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42*, hrsg. v. Peter Witte u.a., Hamburg 1999.
- , *Geheimreden 1933 bis 1943 und andere Ansprachen*, hrsg. v. Bradley E Smith u. Agnes F. Peterson, Frankfurt a. M. 1974.
- Hitler, Adolf, *Monologe im Führer-Hauptquartier 1941-1944*, auf gezeichnet v. Heinrich Heim u. hrsg. v. Werner Jochmann, München 2000.
- , *Reden und Proklamationen, 1932-1943*, kommentiert v. einem deutschen Zeitgenossen, hrsg. v. Max Domarus, Bd. 1-4, Leonberg⁴1987-88.
- Huberband, Shimon, «The Destruction of the Synagogues in Lodz», in: Alan Adelson, Robert Lapides (Hrsg.), *Lodz Ghetto: Inside a Community under Siege*, New York 1983.
- Jacobson, Louise, »Ihr Lieben, allzu weit entfernten ... «: *Briefe von Louise Jacobson an ihre Familie 1942-1943*, hrsg. v. Nadia Kaluski-Jacobson, Hamburg 1998.
- Jung, CarlG., «Zur gegenwärtigen Lage der Psychotherapie», in: ders., *Gesammelte Werke*, Bd. 10, *Zivilisation im Übergang*, Zürich, Stuttgart 1974.
- Kaplan, Chaim Aron, *Scroll of Agony: The Warsaw Diary of Chaim A. Kaplan*, hrsg. v. Abraham I. Katsh, Bloomington 1999. Deutsche, weniger vollständige Ausgabe: *Buch der Agonie: Das Warschauer Tagebuch des Chaim A. Kaplan*, hrsg. v. Abraham I. Katsh, Frankfurt a. M. 1967.
- Kennan, George E, *Diplomat in Prag, 1938-1940*, Frankfurt a. M. 1972.
- Klemperer, Victor, *Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten: Tagebücher 1933-1943*, Bd. 1-2, Berlin 1995.
- Klepper, Jochen, *Unter dem Schatten deiner Flügel: Aus den Tagebüchern der Jahre 1932-1942*, hrsg. v. Hildegard Klepper, Stuttgart 1983.
- Klukowski, Zygmunt, *Diary from the Years of Occupation, 1939-1944*, hrsg. v. Andrew Klukowski u. Helen Klukowski May, Urbana, II. 1993.
- Korczak, Janusz, *Tagebuch aus dem Warschauer Ghetto 1942*, Göttingen 1992.
- Kruk, Herman, *The Last Days of the Jerusalem of Lithuania: Chronicles from the Vilna Ghetto and the Camps, 1939-1944*, hrsg. v. Benjamin Harshav, New Haven 2002.
- Lewin, Abraham, *A Cup of Tears: A Diary of the Warsaw Ghetto*, hrsg. v. Antony Polonsky, Oxford 1988.

- Manoschek, Walter (Hrsg.), «*Es gibt nur eines für das Judentum – Vernichtung*»: *Das Judenbild in deutschen Soldatenbriefen 1939-1944*, Hamburg 31997.
- Moltke, Helmuth James von, *Briefe an Freya 1939-1943*, hrsg. v. Beate Ruhm von Oppen, München 21991.
- Der Parteitag der Arbeit vom 6. bis 13. September 1937: Offizieller Bericht über den Verlauf des Reichsparteitages mit sämtlichen Kongressreden*, München 1938.
- Rebatet, Lucien, *Les décombres*, Paris 1942.
- Redlich, Egon, *The Terezin Diary of Gonda Redlich*, hrsg. v. Saul S. Friedman, Lexington, KY 1992.
- Ringelblum, Emanuel, «Little Stalingrad* defends itself», in: *To Live with Honor and Die with Honor! ...: Selected Documents from the Warsaw Ghetto Underground Archives «O.S.» («Oneg Shabbath»)*, hrsg. v. Joseph Kermish, Jerusalem 1986, S. 594-604.
- , *Notes from the Warsaw Ghetto: The Journal of Emmanuel Ringelblum*, hrsg. v. Jacob Sloan, New York 1974.
- Rosenberg, Alfred, *Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs, 1934/33 und 1939/40*, hrsg. v. Hans-Günther Seraphim, München 1964.
- Rosenfeld, Oskar, *Wozu noch Welt? Aufzeichnungen aus dem Ghetto Lodz*, hrsg. v. Hanno Loewy, Frankfurt a. M. 1994.
- Rudashevski, Isaac, *The Diary of the Vilna Ghetto, June 1941 – April 1943*, hrsg. v. Percy Matenko, Tel Aviv 1973.
- Sebastian, Mihail, «*Voller Entsetzen, aber nicht verzweifelt*»: *Tagebücher 1933-44*, hrsg. v. Edward Kanterian, Berlin 2005.
- Sierakowiak, Dawid, *Das Ghettotagebuch des Dawid Sierakowiak: Aufzeichnungen eines Siebzehnjährigen 1941/42*, Leipzig 1993.
- , *The Diary of Dawid Sierakowiak: Five Notebooks from the Lodz Ghetto*, hrsg. v. Alan Adelson, New York 1996.
- Teich, G., «Scheinvolklichkeit des Judentums», in: *Volk und Rasse* 17 (1942), S. 88-92.
- Tucholsky, Kurt, *Politische Briefe*, Reinbek 1969.
- Wasser, Hersh, «Daily Entries of Hersh Wasser», hrsg. v. Joseph Kermish, in: *Yad Vashem Studies* 15 (1983), S. 210-82.
- Wessels, Benjamin Leo, *Ben's Story: Holocaust Letters with Selections from the Dutch Underground Press*, hrsg. v. Kees W. Bolle, Carbondale 2001.
- Zapruder, Alexandra, *Salvaged Pages: Young Writers' Diaries of the Holocaust*, New Haven 2002.
- Zelkowitz, Josef, *In Those Terrible Days: Writings from the Lodz Ghetto*, hrsg. v. Michal Unger, Jerusalem 2002.

Erinnerungen

- Broad, Perry, «KZ-Auschwitz: Erinnerungen eines SS-Mannes der Politischen Abteilung in dem Konzentrationslager Auschwitz», in: *Hefte von Auschwitz* 9 (1996), S. 7-48.
- Höss, Rudolf, *Kommandant in Auschwitz: Autobiographische Aufzeichnungen.*, hrsg. v. Martin Broszat, München ¹⁰1985.
- Klüger, Ruth, *weiterleben: Eine Jugend*, Göttingen 1992.
- Levai, Eugene, *Black Book on the Martyrdom of Hungarian Jewry*, Zürich 1948.
- Levi, Primo, *Ist das ein Mensch? Ein autobiographischer Bericht*, München ⁷1998.
- Müller, Filip, *Sonderbehandlung: 3 Jahre in den Krematorien und Gaskammern von Auschwitz*, hrsg. v. Helmut Freitag, München 1979.
- Reich-Ranicki, Marcel, *Mein Leben*, Stuttgart ¹⁶2000.
- Scholl, Inge, *Die weiße Rose*, Frankfurt a. M. ⁹2001.
- Sereny, Gitta, *Am Abgrund: Gespräche mit dem Henker: Franz Stangl und die Morde von Treblinka*, München, Zürich³1997.
- Speer, Albert, *Erinnerungen*, Frankfurt a. M., Berlin ⁹1971.
- Wellers, Georges, *De Drancy à Auschwitz*, Paris 1946.
- Zuckerman, Yitzhak, *A Surplus of Memory: 'Chronicle of the Warsaw Ghetto Uprising*, hrsg. v. Barbara Harshav, Berkeley 1993.

Sekundärliteratur

- Adam, Uwe Dietrich, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972.
- Aly, Götz, *Endlösung: Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden*, Frankfurt a. M. 1995.
- Aly, Götz; Heim, Susanne, *Vordenker der Vernichtung: Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Hamburg 1991.
- Ancel, Jean, «The Romanian Way of Solving the Jewish Problem* in Bessarabia and Bukovina: June-July 1941», in: *Yad Vashem Studies* 19 (1988), S. 187-232.
- Angrss, Werner T, «Die ‚Judenfrage‘ im Spiegel amtlicher Berichte 1935», in: Ursula Büttner, Werner Johe, Angelika Voss (Hrsg.), *Das Unrechtsregime: Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*, Bd. 1-2, Hamburg 1986, S. 19-44.
- Bankier, David, *Die öffentliche Meinung im Hitler-Staat: Die «Endlösung» und die Deutschen. Eine Berichtigung*, Berlin 1995.

- , «The Use of Antisemitism in Nazi Wartime Propaganda», in: Michael Berenbaum, Abraham J. Peck (Hrsg.), *The Holocaust and History: The Known, the Unknown, the Disputed and the Reexamined*, Bloomington 1998, 8.41-55.
- Barkai, Avraham, *Vom Boykott zur «Entjudung»: Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1945*, Frankfurt a. M. 1988.
- Bartoszewski, Wladyslaw, «The Martyrdom and Struggle of the Jews in Warsaw under German Occupation 1939-1943», in: Wladyslaw T. Bartoszewski, Antony Polonsky (Hrsg.), *The Jews in Warsaw: A History*, Oxford 1991, S. 312-48.
- Bauer, Yehuda, *My Brother's Keeper: A History of the American Joint Distribution Committee 1929-1939*, Philadelphia 1974.
- Ben-Elissar, Eliahu, *La Diplomatie du III^e Reich et les juifs, 1933-1939*, Paris 1969.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.), *Das Exil der kleinen Leute: Alltagserfahrung deutscher Juden in der Emigration*, München 1991.
- , *Die Juden in Deutschland 1933-1945: Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft*, München 1996.
- Beradt, Charlotte, *Das Dritte Reich des Traums*, Frankfurt a. M. 1981.
- Berg, Andrew Scott, *Charles Lindbergh: Ein Idol des 20. Jahrhunderts*, München 1999.
- Bergen, Doris L., *Twisted Cross: The German Christian Movement in the Third Reich*, Chapel Hill 1996.
- Berkhoff, Karel C., *Harvest of Despair: Life and Death in Ukraine under Nazi Rule*, Cambridge, Mass. 2004.
- Blatman, Daniel, «The Death Marches, January-May 1945: Who was Responsible for What?», in: *Yad Vashem Studies* 28 (2000), S. 155-201.
- Boas, Jacob, «German-Jewish Internal Politics under Hitler 1933-1938», in: *LBIY* 29 (1984), S. 3-25.
- Braham, Randolph L., *The Politics of Genocide: The Holocaust in Hungary*, Detroit 2000.
- Breitman, Richard, *Heinrich Himmler: Der Architekt der «Endlösung»*, Zürich, München 2000.
- Brozgat, Martin; Fröhlich, Elke; Wiesemann, Falk (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit: Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte*, München 1977.
- Brozgat, Martin; Fröhlich, Elke, *Alltag und Widerstand: Bayern im Nationalsozialismus*, München 1987.
- Browning, Christopher R., *Collected Memories: Holocaust History and Post-war Testimony*, Madison 2003.
- , *Der Weg zur «Endlösung»: Entscheidungen und Täter*, Bonn 1998.

- , *Judenmord: NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter*, Frankfurt a. M. 2001.
- Büttner, Ursula, «The Jewish Problem Becomes a Christian Problem.» German Protestants and the Persecution of the Jews in the Third Reich», in: David Bankier (Hrsg.), *Probing the Depths of German Antisemitism: German Society and the Persecution of the Jews, 1933-1941*, New York 2000, S. 431-59.
- Burleigh, Michael R.; Wippermann, Wolfgang, *The Racial State*, Cambridge 1991.
- Burrin, Philippe, *France under the Germans: Collaboration and Compromise*, New York 1996.
- , *Hitler und die Juden: Die Entscheidung für den Völkermord*, Frankfurt a. M. 1993.
- Caron, Vicki, «Prelude to Vichy: France and the Jewish Refugees in the Era of Appeasement», in: *Journal of Contemporary History* 20 (1985), S. 157-76.
- Carroll, David, *French Literary Fascism: Nationalism, Anti-Semitism, and the Ideology of Culture*, Princeton 1995.
- Carsten, Francis L., *Faschismus in Österreich: Von Schönerer zu Hitler*, München 1978.
- Chronik der Stadt Stuttgart 1933-1943*, Stuttgart 1982.
- Cornwell, John, *Pius XII.: Der Papst, der geschwiegen hat*, München 2000.
- Czech, Danuta, «The Auschwitz Prisoner Administration», in: Yisrael Gutman, Michael Berenbaum (Hrsg.), *Anatomy of the Auschwitz Death Camp*, Bloomington 1994, S. 363-78.
- Dawidowicz, Lucy, *Der Krieg gegen die Juden, 1933-1943*, München 1979.
- Drobisch, Klaus, «Die Judenreferate des Geheimen Staatspolizeiamtes und des Sicherheitsdienstes der SS 1933 bis 1939», in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 2 (1993), S. 230-54.
- Dubnov-Erlich, Sophie, *The Life and Work of S. M. Dubnov: Diaspora Nationalism and Jewish History*, Bloomington 1991.
- Dwork, Deborah, *Kinder mit dem gelben Stern: Europa 1933-1943*, München 1994.
- Edelheim-Mühsam, Margarete T, «Die Haltung der jüdischen Presse gegenüber der nationalsozialistischen Bedrohung», in: Robert Weltsch (Hrsg.), *Deutsches Judentum: Aufstieg und Krise*, Stuttgart 1963.
- Engel, David, «An Early Account of Polish Jewry under Nazi and Soviet Occupation Presented to the Polish Government-In-Exile, February 1940», in: *Jewish Social Studies* 45 (1983), S. 1-16.
- Favez, Jean-Claude, *Warum schwieg das Rote Kreuz? Eine internationale Organisation und das Dritte Reich*, München 1994.
- Feingold, Henry L., *Bearing Witness: How America and its Jews Responded to the Holocaust*, Syracuse 1995.

- Fischer, Albert, *Hjalmar Schacht und Deutschlands «Judenfrage»: Der «Wirtschaftsdiktator» und die Vertreibung der Juden aus der deutschen Wirtschaft*, Köln 1995.
- Förster, Jürgen, «Das Unternehmen ‚Barbarossa‘ als Eroberungs- und Vernichtungskrieg», in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4: *Der Angriff auf die Sowjetunion*, hrsg. v. Horst Boog u.a., Stuttgart 1983, S. 413-47.
- Freeden, Herbert, «Das Ende der jüdischen Presse in Nazideutschland», in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 65 (1983), S. 3-21.
- Frei, Norbert, *Der Führerstaat: Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1943*, München 1987.
- Friedländer, Saul, *Pius XII. und das Dritte Reich: Eine Dokumentation*, Reinbek 1965.
- , *Kurt Gerstein oder die Zwiespältigkeit des Guten*, Gütersloh 1968.
- , *Auftakt zum Untergang: Hitler und die Vereinigten Staaten von Amerika 1939-1941*, Stuttgart 1965.
- Friedman, Philip, *Roads to Extinction: Essays on the Holocaust*, hrsg. v. Ada June Friedman, New York 1980.
- Friling, Tuvia, *Arrows in the Dark: David Ben-Gurion, the Yishuv Leadership and Rescue Efforts during the Holocaust*, Bd. 1-2, Madison, Wis. 2005.
- Gay, Peter, *Freud: Eine Biographie für unsere Zeit*, Frankfurt a. M. 1989.
- Gerlach, Wolfgang, *Als die Zeugen schwiegen: Bekennende Kirche und die Juden*, Berlin 1987.
- Gilbert, Martin, *Auschwitz und die Alliierten*, München 1982.
- , «Introduction», in: Tory, Avraham, *Surviving the Holocaust: The Kovno Ghetto Diary*, hrsg. v. Martin Gilbert u. Dina Porat, Cambridge 1990, S. vii-xxiv.
- Glaser, Hermann, «Film», in: Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiss (Hrsg.), *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*, Stuttgart 1997, S. 172-75.
- Graml, Hermann, *Reichskristallnacht: Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich*, München 1988.
- Gutman, Yisrael, *Resistance: The Warsaw Ghetto Uprising*, Boston 1994.
- , *The Jews of Warsaw, 1939-1943: Ghetto, Underground, Revolt*, Bloomington 1982.
- Gutteridge, Richard, *Open Thy Mouth for the Dumb! The German Evangelical Church and the Jews 1879-1950*, Oxford 1976.
- , «German Protestantism and the Jews in the Third Reich», in: Otto Dov Kulka, Paul R. Mendes-Flohr (Hrsg.), *Judaism and Christianity Under the Impact of National Socialism 1919-1945*, Jerusalem 1987.

- Hanke, Peter, *Zur Geschichte der Juden in München zwischen 1933 und 1943*, München 1967.
- Hartglas, Apolinary, «How Did Czerniaków Become Head of the Warsaw Judenrat?», in: *Yad Vashem Bulletin* j 5 (1964), S. 4-7.
- Harvey, Elizabeth, *Women and the Nazi East: Agents and Witnesses of Germanization*, New Haven 2003.
- Hayes, Peter, «Auschwitz, Capital of the Holocaust», in: *Holocaust and Genocide Studies* 17 (2003), S. 330-50.
- , «Big Business and ‚Aryanization‘ in Germany 1933-1939», in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 3 (1994), S. 254-81.
- Heck, Alfons, *The Burden of Hitler's Legacy*, Frederick, Colo. 1988.
- Höhne, Heinz, *Der Orden unter dem Totenkopf: Die Geschichte der SS*, Gütersloh 1967.
- , *Die Zeit der Illusionen: Hitler und die Anfänge des Dritten Reiches 1933-1936*, Düsseldorf 1991.
- Horwitz, Gordon J., *In the Shadow of Death: Living Outside the Gates of Mauthausen*, New York 1990.
- Hurwitz, Ariel, «The Struggle Over the Creation of the War Refugee Board (WRB)», in: *Holocaust and Genocide Studies* 6 (1991), S. 17-31.
- James, Harold, «Die Deutsche Bank und die Diktatur 1933-1945», in: Lothar Gall et al., *Die Deutsche Bank 1870-1995*, München 1995, S. 315-408.
- Kater, Michael H., *Gewagtes Spiel: Jazz im Nationalsozialismus*, Köln 1995.
- Katz, Shlomo Z., «Public Opinion in Western Europe and the Evian Conference of July 1938», in: *Yad Vashem Studies* 9 (1973), S. 105-32.
- Kershaw, Ian, *Der Hitler-Myth os: Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich*, Stuttgart 1980. (Erweiterte englische Fassung: *The «Hitler Myth»: Image and Reality in the Third Reich*, Oxford 1987.)
- , «Working Toward the Führen: Reflections on the Nature of the Hitler Dictatorship», in: *Contemporary European History* 2 (1993), S. 103-18.
- Klarsfeld, Serge, *Vichy – Auschwitz: Le rôle de Vichy dans la solution finale de la question juive en France*, Bd. i-i, Paris 1983-85.
- , *Vichy – Auschwitz: Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der «Endlösung der Judenfrage» in Frankreich*, Nördlingen 1989.
- Klee, Ernst, «Euthanasie» im NS-Staat: Die «Vernichtung lebensunwerten Lebens», Frankfurt a. M. 1983.
- Koehl, Robert L., *The Black Corps: The Structure and Power Struggles of the Nazi SS*, Madison, Wis. 1983.
- Kogon, Eugen, *Der SS-Staat: Das System der deutschen Konzentrationslager*, München 1946.

- Koonz, Claudia, *Mütter im Vaterland*, Freiburg i. Br. 1991.
- Kublik, Steven, *The Stones Cry Out: Sweden's Response to the Persecution of the Jews 1933-1945*, New York 1987.
- Kwiet, Konrad, «Forced Labor of German Jews in Nazi Germany», in: *LBIY* 36 (1991), S. 389-407.
- Landau-Czajka, Anna, «The Jewish Question in Poland: Views Expressed in the Catholic Press between the Two World Wars», in: *Polin: Studies in Polish Jewry* 11 (1998), S. 263-78.
- Laqueur, Walter, *Was niemand wissen wollte: Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitlers «Endlösung»*, Frankfurt a. M. 1981.
- Levine, Hillel, *In Search of Sugihara: The Elusive Japanese Diplomat Who Risked His Life to Rescue 10'000 Jews from the Holocaust*, New York 1996.
- Lewy, Guenter, *Die katholische Kirche und das Dritte Reich*, München 1965.
- Lifton, Robert Jay; Hackett, Amy, «Nazi Doctors», in: Yisrael Gutman, Michael Berenbaum (Hrsg.), *Anatomy of the Auschwitz Death Camp*, Bloomington 1994, S. 301-16.
- Lipstadt, Deborah E., *Beyond Belief: The American Press and the Coming of the Holocaust, 1933-1945*, New York 1986.
- Lösener, Bernhard, «Als Rassereferent im Innenministerium», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 9 (1961), S. 264-313.
- Longerich, Peter, *Politik der Vernichtung: Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München 1998.
- Ludwig, Carl, *Die Flüchtlingspolitik der Schweiz in den Jahren 1933 bis 1955: Bericht an den Bundesrat zuhanden der Eidgenössischen Räte*, Bern 1957.
- Lukacs, John, *Churchill und Hitler: Der Zweikampf: 10. Mai - 31. Juli 1940*, Stuttgart 1992.
- Margalioth, Abraham, «The Problem of the Rescue of German Jewry during the Years 1933-1939: The Reasons for the Delay in their Emigration from the Third Reich», in: Yisrael Gutman, Efraim Zuroff (Hrsg.), *Rescue Attempts During the Holocaust*, Jerusalem 1977, S. 247-65.
- , «The Strange Story of Herschel Grynszpan», in: *American Scholar* 57 (1987/88), No. i, S. 69-79.
- Marrus, Michael; Paxton, Robert O., *Vichy France and the Jews*, New York 1981.
- Mayeur, Jean-Marie, «Les églises devant la persecution des Juifs en France», in: *La France et la question juive: 1940-1944: Actes du colloque du Centre de documentation Juive Contemporaine (10-12. März 1979)*, hrsg. v. Georges Wellers, André Kaspi u. Serge Klarsfeld, Paris 1981, S. 147-70.
- Michaelis, Meir, *Mussolini and the Jews: German-Italian Relations and the Jewish Question in Italy 1922-1945*, London 1978.

- Moore, Bob, *Victims and Survivors: The Nazi Persecution of the Jews in the Netherlands, 1940-1945*, London 1997.
- Morse, Arthur, *Die Wasser teilten sich nicht*, Bern u.a. 1968.
- Müller, Ingo, *Furchtbare Juristen: Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz*, München 1987.
- Müller, Melissa, *Das Mädchen Anne Frank: Die Biographie*, München 1998.
- Neufeld, Michael J.; Berenbaum, Michael (Hrsg.), *The Bombing of Auschwitz: Should the Allies Have Attempted It?*, New York 2000.
- Ne'eman Arad, Gulie, *America, Its Jews, and the Rise of Nazism*, Bloomington 2000.
- Nicholas, LynnH., *Der Raub der Europa: Das Schicksal europäischer Kunstschätze im Dritten Reich*, München 1995.
- Niewyk, Donald L. (Hrsg.), *Fresh Wounds: Early Narratives of Holocaust Survival*, Chapel Hill 1998.
- Ofer, Dalia, *Escaping the Holocaust: Illegal Immigration to the Land of Israel, 1939-1944*, New York 1990.
- Passelecq, Georges; Suchecky, Bernard, *Die unterschlagene Enzyklika: Der Vatikan und die Judenverfolgung*, München 1997.
- Peukert, Detlev J. K., *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde: Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus*, Köln 1982.
- Phayer, Michael, *The Catholic Church and the Holocaust, 1930-1965*, Bloomington 2000.
- Pietrow-Ennker, Bianka, «Die Sowjetunion in der Propaganda des Dritten Reiches: Das Beispiel der Wochenschau», in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 46 (1989), S. 79-120.
- Pohl, Dieter, *Von der «Judenpolitik» zum Judenmord: Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939-1944*, Frankfurt a. M. 1993.
- Polonsky, Antony; Davies, Norman (Hrsg.), *Jews in Eastern Poland and the USSR, 1939-1946*, New York 1991.
- Pommerin, Reiner, *Sterilisierung der «Rheinlandbastarde»: Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918-1937*, Düsseldorf 1979.
- Porat, Dina, *The Blue and the Yellow Stars of David: The Zionist Leadership in Palestine and the Holocaust, 1939-1945*, Cambridge, Mass. 1990.
- Poznanski, René, *Être juif en France pendant la Seconde Guerre-mondiale*, Paris 1994.
- , «Jews and Non-Jews in France during World War II: A Daily Life Perspective», in: Ronald Smelser (Hrsg.); *Lessons and Legacies V: The Holocaust and Justice*, Evanston, II. 2002, S. 295-312.
- , *Jews in France during World War II*, Hanover 2001.
- Presser, Jacob, *Ashes in the Wind: The Destruction of Dutch Jewry*, Detroit 1988.

- Pugliese, Stanislaw G., «Bloodless Torture: The Books of the Roman Ghetto under the Nazi Occupation», in: Jonathan Rose (Hrsg.), *The Holocaust and the Book: Destruction and Preservation*, Amherst, Mass. 2001, S. 47-58.
- Redlich, Shimon, *Together and Apart in Brzezany: Poles, Jews, and Ukrainians, 1919-1945*, Bloomington 2002.
- Rentschler, Eric, *The Ministry of Illusion: Nazi Cinema and its Afterlife*, Cambridge, MA 1996.
- Röhm, Eberhard; Thierfelder, Jörg, *Juden, Christen, Deutsche 1933-1945*, Bd. 1-4, Stuttgart 1990-2007.
- Rossino, Alexander B., «Destructive Impulses: German Soldiers and the Conquest of Poland», in: *Holocaust and Genocide Studies* 11 (1997), S.351-65.
- Rother, Bernd, «Franco und die deutsche Judenverfolgung», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 46 (1998), S. 189-220.
- , *Spanien und der Holocaust*, Tübingen 2001.
- Rothkirchen, Livia, «The Situation of the Jews in Slovakia between 1939 and 1945», in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 7 (1998), S. 46-70.
- Rovit, Rebecca; Goldfarb, Alvin (Hrsg.), *Theatrical Performance during the Holocaust: Texts, Documents, Memoirs*, Baltimore 1999.
- Rückeri, Adalbert (Hrsg.), *Nationalsozialistische Vernichtungslager: Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmo*, München 1977.
- Saerens, Lieven, «Antwerp's Attitude Toward the Jews from 1918 to 1940 and Its Implications for the Period of Occupation», in: Dan Michman (Hrsg.), *Belgium and the Holocaust: Jews, Belgians, Germans*, Jerusalem 1998, S. 159-94.
- Sauder, Gerhard (Hrsg.), *Die Bücherverbrennung*, München 1983.
- Scholder, Klaus, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 1, *Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934*, Frankfurt a. M. 1977.
- Schwabe, Klaus; Reichardt, Rolf; Häuf, Reinhard (Hrsg.), *Gerhard Ritter: Ein politischer Historiker in seinen Briefen*, Boppard a. Rh. 1984.
- Schwarberg, Günther, *Der SS-Arzt und die Kinder*, Hamburg 1979.
- Schwarzfuchs, Simon, *Aux prises avec Vichy: Histoire politique des Juifs de France, 1940-1944*, Paris 1998.
- Shirakawa, Sam H., *The Devil's Music Master: The Controversial Life and Career of Wilhelm Furtwängler*, New York 1992.
- Steinberg, Jonathan, *Deutsche, Italiener und Juden: Der italienische Widerstand gegen den Holocaust*, Göttingen 1992.
- Steinweis, Alan E., «Hans Hinkel and German Jewry, 1933-1941», in: *LBIY* 38(1993), S. 209-19.
- Trunk, Isaiah, *Judenrat: The Jewish Councils in Eastern Europe under Nazi Occupation*, New York 1972.

- Ungváry, Krisztián, *Die Schlacht um Budapest: Stalingrad an der Donau 1944/45*, München ⁴100 S.
- Verdès-Leroux, Jeannine, *Refus et violences: Politique et littérature à l'extrême droite des années trente aux retombées de la Libération*, Paris 1996.
- Wasserstein, Bernard, *Britain and the Jews of Europe, 1959-1945*, London 1979.
- Weltsch, Robert, «A Goebbels Speech and a Goebbels Letter», in: *LBIY* 10 (1965), S. 280-86.
- , «Vorbemerkung zur zweiten Ausgabe (1959)», in: Siegmund Kaznelson (Hrsg.), *Juden im deutschen Kulturbereich: Ein Sammelwerk*, Berlin 1962.
- Wildt, Michael, *Die Judenpolitik des SD 1955 bis 1958*, München 1995.
- Wyman, David S., *Paper Walls: America and the Refugee Crisis 1958-1941*, New York 1985.
- , *Das unerwünschte Volk: Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt a. M. 2000.

Register

- Aachen 73
Abessinien 158
Abraham 118
Abschneiden von Bärten 176-178
Abwicklung jüdischer Künstler 23 f.
Action Française 199, 242
Ärzte 33-35, 68, 70, 94-96,98,
104,122f., 173, 177f., 217, 230,
237,297,302,351,359, 446 f.
Afrika Korps 315, 343, 372
Agudat Israel 91
Ahnert, Horst 352
Aktion 393, 403-405
Aktion Reinhard s. a. Vernichtungsla-
ger 323-325, 358, 380
Akzin, Benjamin 433
Aleppo 431
Algerien 343
Alibert, Raphael 217
Allgemeiner Rabbinerverband in
Deutschland 44
Alliance Israélite Universelle 91
Alliierte s. a. Grossbritannien,
Vereinigte Staaten
Vormarsch auf Rom 422 f.
Bewusstsein von der Vernichtung
der Juden 416-420 gegen Hitler
373 f., 402 f.
in Italien 373,405, 422 f.
Berichte über Massenmorde 392
Landung in der Normandie 402 f.,
422
Almansi, Dante 409
Altersheime 104, 426
Altreich 109, 121, 159,190, 322, 325
Aly, Götz 113
Amal 340 f.
America First Committee 196, 290
*American Friends Service
Committee* (YMCA) 250
American Jewish Committee 29 *Ameri-
can Jewish Conference* 418 f. *American
Jewish Congress* 29
*American Jewish Joint Distribution
Committee* (JDC, «Joint») 44, 206,
232, 250
American Union of Orthodox Rabbis
432 f.
Amsterdam 91 f., 220-222, 243-248,
333 f., 382
Antisemitismus 423 f.
Deportationen aus 333 f.
Vernichtungskampagne 346-350
Amt des Stellvertreters des Führers 96
f.
Andreas-Friedrich, Ruth 331
Angola 158
Angriff 63
Anielewicz, Mordechai 393-395
Anschluss 127,130
Auswirkungen auf Juden 109 f.
Euthanasie und 96
in Österreich 96, 109-114
Anti-Komintern-Pakt 83 antijüdische
Massnahmen s. a.
Antisemitismus, Deportationen,
Emigration, Ghettos, Judenräte,
Propaganda, Reden, Registrierung,
Stern, Vernichtungskampagne
Abgabe elektrischer Geräte 329 f.

Absonderungsmassnahmen 103 f.,
 140 f. 178, 181 f., 188, 227
 Achtung und Verfolgung von
 Mischlingen und Partnern aus
 Mischehen 38, 55-57, 65-71, 78
 f., 86, 90 f., 93 f., 98 f., 146 f.,
 149, 190, 250, 287, 318, 410,
 412, 441
 als Gläubiger 209
 Ausgehverbot 188, 210, 233
 Ausschluss aus dem Wohlfahrtssystem
 160, 190, 232
 Ausweisverfügungen 121, 127f.,
 130, 145, 207, 251
 Berufsbeamtentum 31-33, 35, 55 f.,
 70, 98 f., 221 f.
 Ehebestimmungen 68-70
 Einschränkungen beim Einkauf
 210, 278
 Einzug von Rundfunkapparaten 188
 f., 328
 Einzug von Vermögen 143-145
 Entzug der Fahrerlaubnis 144
 Erziehungseinrichtungen 33-35, 41-
 43, 70, 99-101, 222 f., 272, 329
 Forschungsprogramm 120 f.
 Gebrauch der hebräischen Sprache
 74
 Gesetze 31-37, 64-73, 76, 271, 297
 f:
 gegen Ärzte 33, 35, 70, 98, 104, 122
 f., 177 f.
 gegen Anwälte 32 f., 35, 52, 70, 122
 gegen Apotheker 144, 147
 gegen Hebammen 144
 gegen Journalisten 34 f. 142, 190,
 220
 gegen Schuhmacher 209
 gegen sowjetische Juden im
 Dritten Reich 126f.
 gegen Tierärzte 147
 gegen Zahnärzte 147
 im Film 95, 175, 209, 211-213, 282
 im Gesundheitssystem 58, 71, 95,
 98 f., 147, 159
 im Hotel- und Gaststättengewerbe
 99
 in Behörden 58-60, 99, 140-142
 in Belgien 282 h
 in Berlin 121, 124-126, 143
 in den Künsten 120 f.
 in den Niederlanden 220-223, 243-
 248, 282, 423 f.
 in der Sowjetunion 227-229, 253-
 262
 in Frankreich 214-220, 240-243,
 249-252, 280-283
 in Italien 116-118, 378, 409 f., 425
 f.
 in Lettland 284 f.
 in München 30, 63, 102, 104 f., 120-
 123, 129, 136, 143
 in Österreich 109-114, 128-130,
 143, 146
 in Paris 134L
 in Polen 165-193, 213 f., 229-239,
 325 f.
 in Ungarn 112f., 117f., 129, 338,
 375 f., 427
 jüdische Reaktionen 73-78
 katholische Kirche und 37-41, 248-
 250, 429
 Kinder, Jugendliche und 33 f.,
 143, 149, 190, 231, 233-235,
 329, 411-414, 422, 425
 Klassifizierung von Juden 69 f.
 Kluft zwischen öffentlichem und
 privatem Verhalten 77
 kultureller Separatismus 186
 Materialsammlung 120f.
 militärischer Widerstand 176
 ökonomische Enteignung 121-123

- ökonomischer Boykott 27-34, 37f., 59, 104-106,135
- Pässe und Kennzeichnungen 121, 141 f., 145, 210, 260, 271, 278 f., 298 f., 302,329,336,348,371, 381,385,442
- Plünderungen 125, 177, 232, 379-382,402 f.
- scheinbare Legitimation 176-178
- Sterilisationsprogramm 36 f., 93, 95, 259
- Stern 260, 271, 278 f., 298 f., 329, 336,348,363,371,381,385, 442
- Telefonverbot 209, 328
- Umbenennung von Strassennamen 102f.
- Unterbringung 137f., 146 f., 179, 188,213
- Verhaftungen 124f., 137, 242, 247, 280,371,407
- Vertreibung von öffentlichen Plätzen 57f., 64,101-104, 143 f.
- Verbot der Benutzung öffentlicher Transportmittel 329
- Verbot der Haltung von Brieftauben 144
- Verbot des Besuches kultureller Einrichtungen 142 f.
- Verbot des Besuches von öffentlichen Schwimmbädern 57f., 64,102-104, 247 f., 350
- Verbot des Betreibens einer Landwirtschaft 34 f.
- Verbot von Haustieren 329
- Vertreibung aus dem Dritten Reich 141 f., 154-162
- Verweigerung des Zutrittes zu städtischen Reinigungsbädern 102
- Volkszählung 159,184
- Widersprüche 58 f., 123 f., 210
- Zensur 43, 48, 142 f., 189, 328
- Zerstörung von Synagogen 27, 134,136-138,140,147,175, 190, 280, 282, 295, 395
- Zwangsarbeit 113,160,185,188, 190,264,273,275,303 f., 317, 318-321,325 f., 384f.
- Antisemitismus s. a. antijüdische Massnahmen, Propaganda, Vernichtungskampagne Ausschreitungen 63 f.
- Gegnerschaft der katholischen Kirche 39 f., 59, 89, 99 f., 115, 148-150, 198 f., 249, 389f.
- Hitler und der 291 f., 315 f., 423
- imaginäre Verschwörungen und 91 f.
- in der Presse und bei Schriftstellern 216 f.
- in Rumänien 239 h
- in Widerstandsgruppen 388 f.
- jüdische Flüchtlinge und 168
- nationalsozialistische Weltanschauung und 88 f.
- Propaganda 168,170-174, 241, 423-425
- von rechten Bewegungen und Regimen 83 f.
- Antisozialismus s. Bolschewismus, Kommunismus
- Antonescu, Ion 239, 268, 270, 363, 375, 417, 434
- Antonescu, Mihai 363
- Antwerpen 248, 282
- Anwälte 32 f., 35, 52, 70,122
- Apotheker 144,147
- arabischer Aufstand (1936) 78
- Arbeitsämter 333
- Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen für den Frieden 38
- Arbeitsgesetz für Juden 297 f.
- Arbeitsgruppen 332, 428,433
- Arbeitslager 113 f., 222, 237, 245 f.,

264, 296 f., 325 f., 333, 347, 350, 360,
 379, 382, 390, 396, 399, 406,
 411,413,415,436, 445
 Ghetto als 213
 Argyle Press 259
 arisches Bewusstsein 79-81
 Arisierung s. a. Enteignungen, Rassen-
 trennungskampagne «Asoziale»
 und 124f. 172 Beschleunigung 84 f.
 forcierte Emigration von Juden
 145-162
 gemischte Ehen und 38,55-57, 65-
 72, 78 f., 86, 90 f., 93 f., 98 f.,
 146f. 149, 190, 250, 287, 318,
 410
 in Österreich 109-114
 Kultur und 23 f., 47 f., 61 f.
 Musik und 23,47, 61 f., 120
 ökonomischer Boykott von
 Juden 27-34, 37 f. 104-107, 135
 Säuberungen und 97-108
 Volk und 55, 66,93 f., 172, 227 f.
 374
 Ziel 61
Armia Ludowa (AL) 393 f.
Armia Krajowa (AK) 394
 Asscher, Abraham 245
Association des Juifs en Belgique (AJB)
 282
 Athen 426
 Atlantikcharta 257
 Auerswald, Heinz 231
Aus Tiefen rufe ich Dich (Psalmauswahl)
 77
 Auschwitz (Stadt) 387 f.
 Auschwitz I, Konzentrationslager 274
 f., 281,320, 323, 325, 330-335, 345,
 348, 350f., 356, 365, 372, 376-379,
 381-388, 392, 407,410-415, 421 f.,
 424-430, 432-434,437-439, 442f.,
 445 f.
 Auschwitz II-Birkenau, Vernich-
 tungslager 330, 380, 382f., 413,
 428,432, 436
 Auschwitz-Protokolle 428
 Ausgehverbot 188, 210, 233
 Australien, jüdische Emigration nach
 77
 Babi Jar Massaker 253 f.
 Bad Gastein 78
 Baden 194, 207 f.
 Badoglio, Pietro 372 f., 408
 Baeck, Leo 44
 Baer, Richard 387
 Bajgelman, Dawid 235
 Balkanstaaten 83, 226, 240, 269,
 314, 344,373
 Ball, Rudi 86
 Baltikum 167, 169f., 180,182,196,
 265,267, 274,325-328,423, 436 f.,
 441
 Juden im 325-328,436f.
 Bandera, Stepan 262, 270
 Bankier, David 72 f., 279
 Barasz, Efraim 328, 396f.
 Barbie, Klaus 422
 Bârdossy, Laszlo 273
 Barga, Werner von 355
 Basch, Victor 425
 «Bastarde» 93 f.
 Baur, André 407
 Bayern 63, 443, 449
 antijüdische Massnahmen 27, 32
 Bayerisches Staatstheater 120
 Bayreuth 13,120,122
 Bayreuther Kreis 13
 BBC 348,427
 Beamtentum, anti jüdische
 Massnahmen 31 f., 35, 38 f., 55 f
 70, 72,98 f., 222, 282
 Beaune-la-Rolande, Konzentrations-
 lager 351 f.
 Becher, Kurt 432

Beck, Jozef 156
 Beethoven, Ludwig van 48
 Behinderte 172 f., 200, 209 F, 258,
 Bekennende Kirche 73, 299
 Angriffe gegen deutsche Juden
 und 88
 antijüdische Massnahmen und 39
 Kristallnacht pogrom und 148 f.
 Memorandum von 1936 88 f.
 Protest gegen das nationalsozialistische
 Regime 390 f. Ursprünge 38
 f.
 Belgien 150,195, 201, 216, 220,
 229,281 f., 332, 346, 353-356, 440
 antijüdische Massnahmen 282 f.
 jüdische Flüchtlinge aus 216
 katholische Kirche in 248, 356
 nationalsozialistische Okkupation
 195,198 *St. Louis* und 150
 Vernichtungskampagne in
 355-357, 377
 Widerstandsgruppen 356 f.
 Belgrad 226
 Belzec, Vernichtungslager 274, 292
 f., 319,324 f., 342,358,360, 366
 Ben-Gurion, David 300,431
 Bérard, Léon 249 f.
 Beratungskommission für Bevölkerungs-
 und Rassenpolitik 66
 Berchtesgaden 107,126
 Berg, Mary 238 f.
 Bergen, Diego von 370
 Bergen-Belsen, Konzentrationslager
 333,424, 432,444
 Berghof 225
 Bergmann, Gretel 86
 Bergson, Henri 219
 Bergson, Peter 418 f.
 Berlin 26, 29, 34, 37f., 43f., 49, 53,
 61, 65, 68, 73, 76, 79,100 f. 104,
 128,141,148,153,155,171,180, 199
 f., 208, 210, 225 f., 244, 249, 251
 f., 257, 265, 285, 287f., 298, 301,
 316, 330, 359, 366, 380,404, 412
 f., 423, 441, 446 s. a. Drittes
 Reich, nationalsozialistisches
 Deutschland antijüdische Mass-
 nahmen 121,124-126, 143
 antisemitische Ausschreitungen 63
 f.
 Deportationen aus 287, 301,413
 Explosion im Lustgarten 319 f.
 Hitlers Bunker 446 f.
 Olympische Spiele in 64, 85-87,
 161
 Sportpalast 315 Staatsoper 43
 Städtische Oper 47
 Zerstörung von Synagogen in 136
 Bern 367 f., 380,432
 Bernadotte, Folke 443 f.
 Bernburg 297
 Bernheimer, Otto 104
 Berning, Wilhelm 96
 Bertram, Adolf Johannes 38,150,
 200, 298, 390
 Beschlagnahmung elektrischer Ge-
 räte 329 f.
 Bessarabien 196, 239, 268
 Best, Werner 126 f., 405 f.
 Bestechung 153,184 f. 205, 233,
 332, 363, 382, 417 s. a. Erpressung
 Betar 308, 393
 Bewusstsein, öffentliches s. a. jüdi-
 sche Führungspersönlichkeiten
 von antijüdischen Massnahmen
 160 f.

- von der jüdischen Frage 48 f.
 von Konzentrationslagern 296 f.,
 352 f., 365-370, 387-391, 411-
 420, 427 f.
 Ermordung
 des deutschen Diplomaten von
 Rath in Paris 132, 135 f. 138 f.,
 151
 des nationalsozialistischen
 Vertreters Gustloff in der
 Schweiz 87, 107
 des österreichischen Kanzlers Doll-
 fuss 110
 Heeresgruppe Mitte 256 287
 «Judesein» und 56
 Bialystok 267, 328, 358, 396 f. 413
Biblioteca della Comunità
Israelitica 409 f.
 Bidault, Georges 115
 Biebow, Hans 229
 Biélinky, Jacques 219f., 288, 350
 Bielski, Arczik 327
 Bielski, Aseal 327
 Bielski, Tuvia 327
 Bielski, Zus 327
 Binz, antijüdische Massnahmen 58
 Birkenau s. Auschwitz II-Birkenau,
 Vernichtungslager
 Bischof, Max 231
 Blausäure (Zyklon B) 275, 365 f.
Blitzkrieg 203, 225
 Blomberg, Werner von 106
 Blum, Léon 215, 353, 425
 Blumenfeld, Kurt 29
 Bock, Feodor von 287
 Bodelschwingh, Friedrich von 96
 Bodenheimer, Alfred Israel 194
 Boder, David 230
 Boegner, Marc 250f.
 Boehme, Franz 269
 Böhmen 153, 164, 292, 321
 Böhmcker, Heinrich 245
 Bolschewismus 12, 39, 83-85, 87 f.,
 100, 103, 155, 186, 196 f., 224, 227f.,
 254, 258, 260-262, 265 f., 286, 291,
 299, 374, 448 s. a. Kommunismus,
 Sowjetunion
 Bonhoeffer, Dietrich 39
 Bonnet, Georges 151, 155 f., 203
 Boris, König 363 f., 376
 Bormann, Martin 98, 101 f., 139,
 255, 442
 Bouhler, Philipp 172
 Bousquet, René 335
 Brand, Joel 430-432
 Brandt, Karl 95 f.
 Brasillach, Robert 337
 Bratislava 129, 332, 428
 Brauchitsch, Walther von 177, 314 f.
 Braun, Eva 447
 Braune, Paul 96
 Brasilien 205
Bremen (Passagierdampfer) 65
 Breslau 26, 200, 298 f., 445
 Brest-Litowsk 267 f.
 Brissac, Pierre 219
 britisches Wirtschaftskriegsministe-
 rium 417
 Broad, Perry 428
 Brodnitz, Julius 29
 Browning, Christopher 229
 Brunner, Alois 407
 Brzezany 263
 Buber, Martin 77
 Buchenwald, Konzentrationslager
 124, 222, 245, 297
 Budapest 271, 423, 427-432, 439-
 441, 443
 Bücherverbrennungen 43
 Bühler, Josef 318
 Bürckel, Josef 109-112
 Bürgerliches Gesetzbuch, Ehe und
 56 f.
 Bürgerrechte 65-68, 297-299
 Bukarest 202, 239, 268 f., 309, 363,
 374, 417, 434

- Bukowina 196, 239, 268
 Bulgarien 167, 169, 226, 363 f., 376, 423,434
 Bullenhuser Damm (Schule) 446 f.
 Bund (Partei) 250, 254 f., 264 f., 339 f., 393
 Burckhardt, Carl J. 368
 Burger, Tony 413
- calvinistische Kirche 348 f.
 Canterbury, Erzbischof von 369
 Cassulo, Andrea 363
 Celine, Louis-Ferdinand 216f., 337
 Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV)24f., 29,44,74
 Chaillet, Pierre 354
 Chamberlain, Neville 129,161,195
 Chambon-sur-Lignon, Le 354 f.
 Chassidismus 264
 Chelmno, Vernichtungsstätte 274, 293, 319 f., 324f., 358, 435
 Chile 205
 Choroschunowa, Iryna 253
 Christliche Kirchen s. a. Bekenntnis-
 gemeinden, evangelische Kirche,
 katholische Kirche Angriffe gegen
 deutsche Juden und 88 f.
 antijüdische Massnahmen von 1933
 und 37-41
 jüdische Kinder 99 f.
 Kristallnacht pogrom 148-150
 nationalsozialistische Weltanschau-
 ung und 88 f.
 Nürnberger Gesetze und 73
 Reaktionen auf das Kristallnacht-
 pogrom 148-150
 Widerstand gegen das nationalsozi-
 alistische Regime 258
 Christian X., König von Dänemark
 405
- Christianstadt, Arbeitslager 445
 Churchill, Winston 195 f., 257, 260,
 364,369, 402, 434, 441
 Chvalkovský, Frantisek 156
 CIMADE 250
 Cioran, Emil M. 202
Civiltà Cattolica 119,199
 Cleveringa, R. P. 222
 Cohen, David 245 f.
 Cohn, Julius 25
 Cohn, Max 25
 Cohn, Willy 25
 Colonie Enfant in Izieu-Ain 422
Comité de Défense des Juifs (CDJ)
 35Öf.
 Compiègne, Konzentrationslager
 216, 281, 335
Consistoire 219 f., 243, 281, 407
Consistoire de Paris 219
 Cornides, Wilhelm 342 f.
 Czerniaków, Adam 166,184, 191-
 193,202,237,255,357 f.
- Da Ponte, Lorenzo 62
 Dachau, Konzentrationslager 26,
 52f., 113,171,274.299,415, 442 f.
 Dänemark 405 f. nationalsozialisti-
 sche Okkupation 195,197 f., 200 f.
 Daladier, Édouard 151
 Daluge, Kurt 89 f.
 Dannecker, Theodor 281, 352, 407,
 410
 Danzig 165,170, 415, 436
 Darlan, François 240 f., 280
 Darnand, Joseph 425
Das Postamt (Tagore) 340
Das Reich (Zeitschrift) 258 f.
 Davidstern s. Stern, jüdischer Delft
 222
 Delp, Alfred 388

- Den Haag 333, 347,421 «Denkschrift zur Judenfrage» 45
- Denunzianten 408 f.
- Deportationen 227, 245, 273, 276, 280, 285 s. a. Emigration, Vernichtungslager aus Belgien 355 f., 377 aus Bulgarien 376 aus dem nationalsozialistischen Deutschland 130-132, 203-205, 207 f., 286 f., 289 f., 293, 297, 301, 330f., 413 aus den Niederlanden 222, 333 f., 345, 377,406 aus der Slowakei 331-333, 376 aus der Sowjetunion 227-229, 261 f. aus Frankreich 354, 364, 371 f., 377, 406-409 aus Griechenland 376f., 407 aus Italien 378 f., 409-411 aus Österreich 300-303, 322 f. aus Polen 178-180, 204, 301-304, 323, 338 f., 357-361, 369 aus Rumänien 363 aus Ungarn 338, 363, 428 f. nach Auschwitz 428 f. Plünderungen und 379-382 Registrierung und 90 f. von Kindern 131,358,384
- Der ewige Jude* (Ausstellung) 120
- Der Stürmer* (Parteizeitung) 27, 57 f.
- deutsch-österreichischer Vertrag (1936)107
- deutsch-sowjetischer Nichtangriffs-pakt(1939) 162, 169E, 200,215, 224
- Deutsche Arbeitsfront 26, 146
- Deutsche Bank 35, 38
- Deutsche Bischofskonferenz 38, 390
- Deutsche Christen 38, 299
- Deutsche Erd- und Steinwerke (DEST) 113
- deutsche Psyche 79-81
- deutsche Zentralstelle 346
- Deutscher Orden 171
- deutscher protestantischer Klerus 37 f.
- Deutscher Verein für Kunstwissen-schaft 119
- Deutsches Museum (München) 120
- Deutsches Theater (Berlin) 23
- Deutschland s. Drittes Reich, national-sozialistisches Deutschland
- Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 26
- Dibelius, Otto 37h 366
- Die Rothschilds* (Film) 175,211
- Die Zuckerbäckerin* (Molnar) 210
- Dietrich, Otto 171, 258
- Diktat 281
- Dodds, Harold W. 418
- Doenitz, Karl 448
- Dollfuss, Engelbert 110
- Donez-Becken 315
- Dora-Mittelbau 443
- Drancy, Konzentrationslager 280, 335, 351f., 371, 377,407,422, 425
- Dreimächtepakt (1940) 225 f.
- Dresden 165, 210, 441 f.
- Dresdner Bank 105
- Dresdner Staatstheater 387
- Dreyfus-Affäre 215
- Dreyfuss, Jenny Sara 194
- Drieu La Rochelle, Pierre 336
- Drittes Reich 153, 158, 188, 201, 208 f., 278, 387 s. a. Hitler, nationalsozialistisches Deutschland
- Endlösung der jüdischen Frage in Europa s. Endlösung der jüdi-schen Frage in Europa

- Geschichtsschreibung too
 Reichskulturkammer (RKK)
 34 f. 61 f.
 Reichsmusikkammer 61
 Untergang 446-448
 Dror Hechaluz 308 f.
 Dubnow, Simon 285
 Duckwitz, Georg E 405
 Dünkirchen 195
 Durchgangslager 264, 292, 325,
 333,426
 Dwory 275
 Dynów 176
- Eberl, Irmfried 359
 Eberstadt 133 f.
 Edelstein, Aryeh 437
 Edelstein, Jakob 321 f., 412, 437
 Edelstein, Miriam 437
 Edinger, Georges 407,425
 Ehen, gemischte 38,55-57,
 65-72, 78 f., 86, 90 f., 93 f., 98 f.,
 146f. 149,190, 250, 287, 318, 410
 Ehrlinger, Erich 90
 Eichmann, Adolf 91 f., 111 f., 153,
 180, 190, 204, 206, 276 f., 292,
 317,331-333,406 f.,412-414,
 417,427,430,432,438 f.
 Eicke, Theodor 26
 Einsatzgruppen 175 f., 178,192,
 260f., 268, 295, 326f., 426
 Einschränkungen beim Einkauf 210,
 278
 Einstein, Albert 23
 Eisenbahnstrecken 178 f., 186, 274,
 285,430,432 f.
 Eiserne Garde 239, 270
 «Eiserner Wolf»-Bewegung 265
 Eisernes Kreuz 25, 296, 317
 El Alamein 343
 Elbogen, Ismar 43
 Elbrus 343
- Elfte Verordnung zum Reichsbürger-
 gesetz 298
 Eliade, Mircea 202
 Eliszewa 338
 Eliten s. Judenräte, jüdische Füh-
 rungspersönlichkeiten
 Elkes, Elchanan 267, 306 f., 415
 Elsass 201, 208, 216, 219
Emergency Rescue Committee 251
 Emigration 145-162 s. a. Deportatio-
 nen, Zentralstelle für jüdische Aus-
 wanderung in die Vereinigten Staa-
 ten 77, 204-206, 419
 nach Australien 77
 nach Lateinamerika 205
 nach Palästina 44-47, 75-78, 92 f.,
 97,150, 152 f., 204-207, 235 f.,
 300,313 f.,321,413, 417
 «vollständige Auswanderung» 97
 Endlösung der jüdischen Frage in
 Europa 179, 229, 276, 293, 317-
 321,346,442 f.
 Evolution 113 Ursprünge 37
 Wiener Modell 113 f.
 England 130,155,165, 202 F, 275,
 369, 423 s. a. Grossbritannien Be-
 richte über Massenmorde 392
 Blitz von London 225
 Hitlers «Friedensappell» 203
 nationalsozialistisches Deutsch-
 land gegen 195 f.
St. Louis und 150
 Truppen in Italien 373
 Unternehmen «Seelöwe» 225
 Enigma 299 f.
 Enteignungen 85,109,114,161,
 179, 382 s. a. Arisierung, Göring,
 Rosenberg
 in Österreich 109-114
 in Polen 182

- Entress, Friedrich 384
 Eppstein, Paul 412,437
 Erhängen 337, 361, 447
 Ermächtigungsgesetz 26
 Ernst, Stefan 311
 Erpressung 110,123 f., 157, 229, 232
 f. 244, 382, 409, 416 f.
 s. a. Bestechung Erschiessungs-
 kommando 305, 316
 «Erste Juden-Verordnung» (Frank-
 reich) 218
 Erster Weltkrieg 24, 36,115, 154 f.,
 167, 187, 195, 197, 199, 215, 220,
 262, 265, 271, 294, 356, 361, 371,
 377
 deutsch-jüdische Soldaten 24, 32-
 34,45,287
 Erziehungseinrichtungen antijüdische
 Massnahmen 33-35, 41-43, 70, 99-
 101, 222 f., 272, 329
 Ausschluss aus Universitätsbiblio-
 theken 144
 Gesetz gegen die Überfüllung deut-
 scher Schulen und Hochschulen 33
 f., 76
 in Holland 222 f., 246-248
 in polnischen Ghettos 234
 Reaktionen auf das Kristallnacht-
 pogrom 148 f.
 Studentengruppen und 42, 389 Ver-
 weigerung des Promotionsrech-
 tes/Richtlinien für Promotionen
 100-102,189
 Vertreibung jüdischer Kinder
 143,149,190
 Widerstandsgruppen in 388 f.
 Estland 267, 364, 399,436
 Eugenik 36 s. a. Euthanasie
 Euthanasie 37,95 f., 172 f., 200,
 249, 258, 273 f., 293, 324, 359, 391
 s. a. Vernichtungslager
 evangelische Kirche 38 f., 73
 Evian-Konferenz 114-117, 158, 430 f.
Ewiger Jude (Film) 175,211-213
 Exekutionen 264, 273, 296, 340,
 361 f., 426,437 s. a. Euthanasie,
 Hungerkampagne, Vernichtungslag-
 er
 Falkenhausen, Alexander von 282,
 355
 Faschismus 117, 119,196-198, 202,
 255,265,269-272,372 f., 383,
 408,426,439
 Faulhaber, Michael 40 f., 298
 Feitier, Nanette Sara 194
 Feldstein, Dr. 362
 Feuchtwanger, Lion 79
 Fiehler, Karl 102
 Film, antijüdischer 95, 175, 209, 211-
 213, 282
 Finnland 130,169 f., 194, 226, 364,
 373
 Fischer, Ludwig 231
 Flaggengesetz und Flaggenverordnun-
 gen 65 f., 99,102
 Flandin, Pierre-Étienne 241
 Fleischmann, Gisi 332
 Foä, Ugo 409
 Foreign Office (England) 368 f., 41/f.
 Fort IX 287, 306 f.
 Fossoli di Carpi, Sammellager 378,
 383, 410,426
 Franco, Francisco 83, 199, 364
 Frank, Anne 248, 347 f., 423 f.
 Frank, Edith 248, 347 f.
 Frank, Hans 32,180-182, 213, 231,
 234, 264,319
 Frank, Margot 248, 347 f., 424
 Frank, Otto 248, 347 f., 424
 Frank, Walter 100
 Frankfurt 52, 102 f., 248, 428
 Frankfurter, David 87

- Frankreich 53, 94, 129 f., 155, 194, 197, 201-203, 207-209, 225, 229, 250f., 332-336, 343, 346, 373, 425 f., 446
antijüdische Massnahmen 214-220, 240-243, 249-252, 280-283
Antisemitismus 214-220 «Bastarde» und 93 f.
Deportationen aus 354, 364, 371 f., 377, 406-409
jüdische Flüchtlinge 130, 150-152, 207f. 216
katholische Kirche in 218, 248, 353-425
Mischlinge 94
nationalsozialistische Okkupation 215-220, 408 f.
Polen und 162, 165 f., 170, 173 f.
Résistance 353
Rheinlandbesetzung 93
Vernichtungskampagne 350-355, 371 f., 377
Volksfront 83, 215
Waffenstillstand (1940) 195, 202, 207 f. 242
Zweiter Weltkrieg und 173 f.
- Franzi 263
- Frauen 57, 64, 93, 99, 103 f., 131, 138, 141, 188 f., 212, 253, 264, 266f., 270, 278, 295, 308, 320, 326, 330f., 349-351, 353 f., 370, 379, 390, 392, 410, 415, 422, 440
als Arbeiter 73, 411
in Frauenlagern 382-384, 386 f. 411
Massenmord an 273 f.
- Frei, Norbert 161
- Freiburg 149, 208
- Freiburger Kreis 149, 388
- Freies Französisches Nationalkomitee 369
- Freiwillige Hilfspolizei 346
- Freud, Anna 109
- Freud, Sigmund 43, 80, 109
- Freudsche Schule 43
- Frey, Adolf Heinrich 133 f.
- Frick, Wilhelm 27, 55, 66 f., 97-99, 101, 124, 146
- Fried, Anatol 266
- Friedman, Philip 191
- Friedmann, Frieda 25
- Friedrich I. Barbarossa, Kaiser 226
- Friedrich der Grosse, König von Preussen 226
- Fritsch, Werner von 106
- Fromm, Bella 125 f.
«Frühjahrsprogramm» 230
- Fry, Varian 251
«Fünfte Kolonne»-Bedrohung 205, 215
- Fünten, Ferdinand aus der 347, 350
- Funk, Walther 106, 146
- Furtwängler, Wilhelm 120
- Galen, Clemens Graf von 258, 391
- Galewski, Marcelli 403 f.
- Galizien 170, 262-264, 275, 325, 338, 342
- Gang-Saalheimer, Lore 34
- Gaseinsatz 194, 273 f., 293f., 297, 301, 305, 320, 324 f. 342 f., 347, 350, 358f., 367, 381 f., 385, 388, 410f., 414, 428, 438, 443
- Gaskammer 173, 273 f., 323, 325, 358f., 366, 372, 383-386, 414, 428, 445f
- Gaswagen 273 f., 293f. 303, 325
- Gaue 144-146, 170, 183, 208
- Gauleiter 27, 58, 60, 109, 139f., 143-146, 157, 179, 183, 229, 291
- Gedern 26
- Geffen-Ludomer, Hilma 34
- Geistesranke 37, 96, 172f., 192, 200, 209f., 258, 273 f., 322f., 326

- Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft (GSW) 124
- Generalgouvernement 170, 178-182, 185, 203-205, 213, 229, 234, 237, 263, 292, 318-321, 335, 337, 346, 363, 367, 376, 378
- Generalkommissariat für Judenfragen (CGQJ) 241 f.
- Generalplan Ost 293
- Generalsynode der Altpreuussischen Union 38 f.
- Gens, Jacob 361 f., 398 f.
- Gerlier, Jules-Marie 353 f.
- Gerron, Kurt 437 f.
- Gerstein, Kurt 365 f., 401 f.
- Gerum, Josef 52h
- Gesellschaft für elektrische Unternehmungen 105
- Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen 33 f., 76
- Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes 71
- Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre 65 f., 72, 93-95
- Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses 36
- Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums 31, 35, 55 f.
- Gestapo 44, 47, 58, 67, 74 f., 88-90, 95, 104, 109 f., 125, 137, 152, 159, 279, 299, 306, 319, 321, 329f., 340, 392, 408 f., 422, 425 f., 434, 441
- Beschlagnahmung jüdischen Besitzes 143 f.
- Dachau und 52h
- Deportationen und 301
- in Bielefeld 188
- in Polen 130, 171, 176, 190 f.
- Razzien in jüdischen Häusern 329
- Vertreibung der polnischen Juden 130
- Widerstandsgruppen und 391 f.
- Gewandhaus (Leipzig) 62
- Ghetto 48, 80, 114, 141, 163, 192, 221, 245, 254f., 264, 266-268, 284-288, 293 f., 301-308, 311, 317, 321-328, 338-340, 3457
- 357-362, 388, 412, 414-416, 427
- Arbeitsbataillone im 237
- Erziehungseinrichtungen im 234
- in Polen 181-183, 213 f., 229-239
- jüdische Polizei im 238 f.
- Krankheiten im 232-234
- Liquidierung 391-400, 403 f.
- Musik im 234 f.
- Widerstandsgruppen im 391-396, 403-405, 434-436
- Wohnverhältnisse im 213 f.
- Gies, Jan 347 f., 424
- Gies, Miep 347 f., 424
- Gillette, Guy 419
- Giustizia e Libertà* (Gerechtigkeit und Freiheit) 383
- Gläubiger, Juden als 209
- Glasberg, Alexandre 354
- Globocnik, Odilo 180f., 237, 292 f., 357. 359. 365 f., 397
- Glücks, Richard 444
- Goebbels, Joseph 82, 120, 139-142, 150, 157, 211-213, 224, 258-260, 285, 288, 290f., 319, 328 f., 447f.
- Angriff auf die Sowjetunion 224
- Der Angriff 63
- Nürnberger Gesetze und 66
- Propaganda 29, 34, 43, 60-63, 87, 125 f., 172-175, 211, 259f., 277 f., 370, 374 f., 423
- Reden 60 f., 87
- Sportpalastrede (1943) 374

- Tagebucheinträge 29, 125 134-136, 399 f.
- Goebbels, Magda 447
- Göring, Hermann 65, 84 f. 94, 104, 107, 114, 122, 129, 142-147, 156f., 209,229,255,275-277, 317,399,448
- Endlösung 276
- in der nationalsozialistischen Parteihierarchie 29
- Konferenz im Luftfahrtministerium (1938) 139-142
- Kulturbund und 47
- Machtübernahme in Österreich in f.
- ökonomischer Boykott der Juden und 104
- Polen und 180,182
- Goethe, Johann Wolfgang von 48
- Göttingen 27
- Gold 115,173, 296, 380, 383,409
- goldenes Verwundetenabzeichen 297
- Goldstein, Israel 419
- Goldszmit, Henryk 340
- Gordonia* 236
- Grabe, Elisabeth 388
- Grabinski 177
- Grabow 305
- Gran Sasso 372 f.
- Grau, Wilhelm 100
- Greer* (US-Zerstörer) 286
- Greiser, Arthur 183, 229, 231, 293
- Greiser, Fräulein 183
- Greuelataten s. Massenmord Griechenland 167, 226, 364, 377, 426 f.
- Grimm, Friedrich 151
- Gröber, Conrad 208 Grönland 257
- Grojanowski, Jakow 305
- Gross, Walter 94
- Gross-Rosen, Zweiglager 445
- Grossaktion 395
- Grossbritannien 53, 83, 129, 204, 289, 369 s. a. England Atlantikcharta 257
- Berichte über Massenmorde 392
- Japan und 152
- Juden in 317
- Kenntnis von den Vernichtungslagern 416-420
- Leih-Pacht-Gesetz (1941) 257
- Palästina und 78, 93, 150, 152 f., 205 f., 300
- Polen und 161 f., 165 f., 170, 173f.
- Truppen in Italien 373
- Unternehmen «Seelöwe» 225
- Zweiter Weltkrieg und 173 f., 195
- Grossdeutsches Reich 153,158, 188, 201, 208 f., 278
- Grosse Allianz 373, 402, 431
- Grosse Denkschrift (Freiburger Kreis) 149, 389
- Grossman, Moshe 186
- Grossmann, Walter 120
- Grosz, Bandi 430 f.
- Grot Roweczki, Stefan 394
- Grüninger, Paul 251
- «Gruppe Herbert Baum» 319 f.
- Grynszpan, Herschel 131 f., 139, 151
- Guayana 158
- Günther, Haris F. K. 70
- Guerry, Émile 218
- Gurs, Sammellager 216
- Gusen 445
- Gusenbauer, Eleonore 296
- «Gustav-Linie» 402
- Gustloff, Wilhelm 87,107
- Gutteridge, Richard 88 f.
- Haavarah-Abkommen (1933) 46, 78,158, 205
- Hacha, Emil 153

Häftlings«uniform» 385
 Händel, Georg Friedrich 62
 Haganah 92 f.
 Hagen, Herbert 92,111
 Haideri, Durchgangslager 426
 Haiti 158
 Hakenkreuz 27, 65, 102, 110, 201
 Halbjuden 69-71, 146, 209, 319
 Halder, Franz 225, 288
 Halifax, Lord 195
 Hamburg 373,405,444,446
 Harshav, Benjamin 436
 Hartl, Albert 96
Haschomer Hazair 236, 307 f., 398
 Hassell, Ulrich von 139, 296
 Haustiere 329
 Hayes, Peter 386 h
 Hebammenberuf 144
 Hebräisch 74, 78,132,165 f., 175,
 193, 236, 265, 323,416,430
 Hebräische Universität 420
 Hechaluz 75, 339
 Heifetz, Jascha 62
 Heiliger Stuhl 208 s. a. katholische
 Kirche
 Heim, Susanne 113
 Heimwehr 110
 Heissmeyer, August 59
 Heissmeyer, Kurt 446
 Helbronner, Jacques 243, 353 f., 407
 Helldorf, Wolf Heinrich von 125
 Helsinki 251, 364
 Henlein, Konrad 91
 Henriot, Philippe 425
 Herzl, Theodor 323
 Herzl-Neumann, Trude 322 f.
 Hess, Rudolf 64, 70 f., 98,147
 Hessen 26,135
 Hessen, Philipp von 104
 Het Apeldoornse Bos 349 f.
 Heydrich, Reinhard 74, 90,92,110,
 112,124-127,130f., 141,146,
 152,159, 204 f., 228, 244, 276f.,
 280, 292-294, 322 f., 328 f., 332,
 335
 antijüdische Massnahmen (1941)
 260 f.
 Endlösung und 316-318
 in Polen 175 f., 178 f., 181 f.
 Tod 320
 Verhaftung männlicher Juden 137
 Hildesheim 27
 Hillesum, Etty (Esther) 246 f., 334,
 347,406, 420
 Himmler, Heinrich m-113,136, 144,
 171 f., 179, 203, 208 f., 237, 256,
 258, 260, 264, 273-277, 284, 286 f.,
 318, 320, 355, 363 f., 398, 430,
 432, 443 f., 448 *Aktion* und
 393,403-405 *Auschwitz I* und 274
 f., 345
 Chef der deutschen Polizei 84 f., 89
 f., 181
 Dachau und 26
 Italien und 409
 Liquidierung der Ghettos 393
 Methoden des Massenmords
 273, 293
 Österreich und 111 f.
 Terrorkampagne in Polen 171
 Vertreibung der polnischen
 Juden 130f., 179
 Widerstandsgruppen und 393
 Hindenburg, Paul von 25, 28, 32, 53
 Hingst 359, 398
 Hinkel, Hans 23, 62
 Hirsch, Otto 44
 Hirschberg, Alfred 44
 Hitler, Adolf 23-28,40,53-56, 58, 61,
 63-69, 75, 78, 82-88,93, 95 f., 98f.,
 106-108, 117f., 122, 125,130,134-
 136,138-142, 144-147, 151,158,
 166, 179,181, 194, 199-201, 203,
 207 f., 211,

224-229, 240, 245, 256-258, 261,
 269, 271, 275, 277f. 285-289, 292-
 295, 308, 319f., 336f., 343-345,
 367, 373-375, 390, 405, 427, 431,
 434, 442 f., 446 s. a. Drittes Reich,
 nationalsozialistisches Deutschland
 Alliierte gegen 373 f., 402 f.
 Anschlag auf 434
 antijüdische Massnahmen 160 f.
 Antisemitismus 291 f., 315 f., 423
 Bolschewismus und 83-85, 87 f.
 Erlass von Ausnahmefugnissen
 26
 Evian-Konferenz 116 f.
 Form der Führung durch 30-33,
 138-140,144
 «Friedensappell» (1939) 170
 Hitler-Stalin-Pakt s. deutsch-
 sowjetischer Nichtangriffspakt in
 München (1934) 54
 jüdische Ärzte und 33
 Kanzlerschaft 23, 26,53 f., 56
 Lebensraum-Plan 45, 227 f., 292 f.
Mein Kampf 40,93 Oberbefehlshaber
 314 f.
 Obsession bezüglich der jüdischen
 Frage 49-51, 65, 154-157
 ökonomischer Boykott der Juden
 27-34
 orthodoxe Juden und 45
 Parteitag der NSDAP (1933) 50 f.
 Polen und 161 f., 169-174
 Prinzip der absoluten nationalen
 Souveränität 155
 radikale versus konservative Ver-
 bündete 32 f.
 Rückzug in den Bunker 446 f.
 Sowjetunion und 162
 Sportpalastrede (1941) 288, 291
 Sportpalastrede (1942) 315, 345
 Sudetenkrise 116,126,128 f.
 Tod 447 f.
 vor dem Reichstag (1935) 64-69
 vor dem Reichstag (1939)
 154-158, 170
 vor dem Reichstag (1940) 195 f.
 vor dem Reichstag (1941) 227,
 239,291
 vor dem Reichstag (1942) 315
 Hitlerjugend 57, 63,125 f.
 Höfle, Hermann 357
 Höhere SS- und Polizeiführer
 (HSSPF) 256, 284, 292,444f.
 Höss, Rudolf 9, 274 f., 387 f., 428,
 434
 Hoffmann von Fallersleben, August
 Heinrich 60
 Hohenzollernscher Hausorden 296
 Holländer, Ludwig 24
 Holland s. Niederlande
 Hollandsche Schouwburg 349
 Holtz, Karl 280
 Homosexualität 52., 93,106, 113,
 172,385
 Horstenaу, Edmund von Glaise 269
 Horthy, Miklós 272 f., 375,
 427-429,439
 Huberband, Szymon 175
 Hull, Cordell 50, 125
Humani Generis Unitas (Die Einheit
 des Menschengeschlechts) 118 f.,
 198 f.
 Hungerkampagne 180, 229 f.
 im nationalsozialistischen
 Deutschland 189f., 330
 in der Sowjetunion 261
 in Polen 229-234
 Iasi 268
 IG Farben 105, 275, 385
Imago (Zeitschrift) 43
 Innitzer, Theodor 298

- Intelligenztests 95
- Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) 368, 413, 438
- Islam 87
- Island 257
- Isolierung 62, 141, 247, 289 f.
- Italien 53, 119, 129, 151, 162, 197f., 201 f., 206, 225, 250f., 343 f., 364, 402
- Alliierte in 373, 405, 422 f.
- Anti-Komintern-Pakt 83
- antijüdische Massnahmen 116-118, 378, 409f., 425 f.
- Deportationen aus 378 f., 409-411
- Dreimächtepakt (1940) 225 f.
- Eheschliessungen in 250
- faschistisches Regime in 196-198, 202, 255, 269-272, 372 f. 408, 426
- jüdische Flüchtlinge und 151, 408
- nationalsozialistische Okkupation Roms 408-410
- Schutz von Juden 364
- Sturz Mussolinis 372 f.
- Versailler Vertrag 53, 82 F.
- Wahl des nationalsozialistischen Deutschland als Verbündeten 195
- Widerstandsgruppen in 383
- Izbica Kujawska 305
- «J»-Karten 91, 210
- Jacobson, Louise 371 f.
- Jägerplan 443
- Jagiellonenuniversität (Krakau) 171
- Janowska-Lager 361
- Japan 205, 315
- Angriff auf Pearl Harbor 291
- Anti-Komintern-Pakt 83
- Dreimächtepakt (1940) 225 f.
- jüdische Flüchtlinge und 152, 251 f.
- Jasenovac, Vernichtungslager 270
- Jaszunski, G. 362
- Jeckeln, Friedrich 284, 287
- Jesuitenorden 118 f., 199, 390
- Jewish Agency* 300, 416 f., 431
- Jewish War Veterans 29
- Jidisch 29, 131, 167, 236, 254, 265, 416
- Jischuw 78, 205 f., 300, 417, 420, 431, 439
- Jodl, Alfred 226
- Journalisten 34f., 45, 125, 151, 171, 187, 216, 220, 282, 304, 331, 430
- Journalistenverband 34
- Jud Süss* (Film) 175, 209, 211-213, 282
- Judas Makkahäus* (Händel) 62
- «Judenkodex» 271
- «Judenstatut» 217 f., 222, 242 f., 248, 280, 282
- Judenräte 160, 183 f., 190-192, 214, 233, 236, 245, 247, 266, 281 f., 316, 327f., 333, 338, 346f., 349, 358, 360 f., 427 F
- Judenstern s. Stern, jüdischer
- Judentum, Definitionen 30, 32, 55 f., 68-70, 147, 209, 217 f.
- jüdische Frage s. a. Endlösung der jüdischen Frage in Europa
- Evian-Konferenz und 114-117, 158, 430f.
- Guerry und 218
- jüdische Frauenorganisationen 77
- jüdische Führungspersönlichkeiten s. a. öffentliches Bewusstsein, Judenräte in den Vereinigten Staaten 28 f., 86, 368 f., 417-419, 432 f.
- in Deutschland 43-51, 74-78 in Frankreich 219 f.
- in Palästina 28 f., 77 f., 300, 431

- Jüdische Kampforganisation (Zydowska Organizacja Bojowa, ZOB) 391-395
- jüdische Pfadfinderorganisation 408
- jüdische Plutokratie 173 f.
- Jüdische Rundschau* (Zeitung) 60 f., 76 f. 142
- Jüdische Soziale Selbsthilfe (JSS) 232
- Jüdischer Militärverband (Zydowski Zwzgek Wojskowy, ZZW) 393
- Jüdischer Weltkongress 86, 367 f., 417,433
- Jüdisches Bürgerkomitee 166 jüdisches Hilfs- und Rettungskomitee (Vaadah) 430
- Jüdisches Koordinationskomitee 393
- Jüdisches Nachrichtenblatt* (Zeitung) 142 f., 190
- Jüdisches Nationalkomitee 393
- Jünger, Ernst 337
- Jugend-Wohlfahrtsabteilung 322
- Jugoslawien 152 f., 167, 226, 269, 364,446
- Jung, Carl Gustav 79
- Justizministerium 32 f., 53, 67,124, 134,147
- Kafka, Franz 413
- Kafka, Ottla 413
- Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 23
- Kállay, Miklós 273, 363, 375
- Kamiah, Ferdinand von 255
- Kammann, Karl 120
- Kanada 142
- «Kanada» 386
- Kanzlei des Führers der NSDAP (KdF) 172
- Kaplan, Chaim 165 f., 184, 202 f., 232f. 236, 288, 316, 358
- Kapitalismus 196 f.
- Antisemitismus und 28, 174, 291
- Juden und 154,156 f., 174, 291, 374
- Vereinigte Staaten und 286
- Kappler, Herbert 409
- Karelien 194
- Kareski, Georg 44
- Karski, Jan 186-188
- Kaschau 432
- katholische Juden 298 f., 348 f.
- katholische Kirche s. a. christliche Kirchen, Vatikan antijüdische Massnahmen und 38-41, 248-250, 428 f.
- bürgerrechtliche Forderungen für Juden 298 f.
- Deportation von Juden und 208, 369 f., 410 f.
- im nationalsozialistischen Deutschland 388-390
- in Belgien 248, 356
- in den Niederlanden 222 f., 348 f.
- in Frankreich 218, 248, 353 f., 425
- in Kroatien 270
- in Polen 186 f., 198-200, 248 f., 389 f., 395 f.
- in Ungarn 272
- Kristallnachtpogrom und 148-150
- Nürnberger Gesetze und 73
- Widerstand gegen Euthanasie 95 f.
- Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime 39 f. 59, 89, 96,100,115, 148-150, 198-200, 249, 258, 389-391
- Kastner, Rudolf 430,432
- Kater, Michael 61
- Kattowitz 179
- Kaufering, Zweiglager 442
- Kaufman, Theodore 259 f.

- Kaufmann von Venedig* (Shakespeare) 120
- Kearney (US-Zerstörer) 289
- Keitel, Wilhelm 106, 228, 255 f.
- Kennan, Annelise 154
- Kennan, George E 135 f.
- Kerrl, Hanns 32 Kershaw, Ian 54 f.
- Kibbuzbewegung 420
- Kielce 171
- Kiew 253 f., 257, 295,372
- Kinder s. a. Erziehungseinrichtungen
antijüdische Massnahmen 33 f., 76, 104, 138, 141, 143, 190, 233 f., 320, 335 f., 349, 352-355, 358-360,«07f» 413-415,417, 422, 425
Deportationen 131, 358, 383 f.
erzwungene Deportationen 131, 358,384
«Germanisierung» 320
im Konzentrationslager Drancy 352, 407, 422, 425
in polnischen Ghettos 231, 233 f.
jüdische Kinderschwestern 189
Massenmord 273
medizinische Versuche 446
«Rheinlandbastarde» 93 f.
Sterilisation 94 f.
Tötung geisteskranker 96
Vernichtung 422
Zufluchtsort an der Ostsee 60
- Kinderhilfskomitee (OSE) 408
- Kirche Christi 39
- Klemperer, Eva 165, 210, 278, 329f., 449
- Klemperer, Otto 23
- Klemperer, Victor 165,190 f., 203, 210, 255, 278f., 309, 329f., 345, 374,441,449
- Klepper, Jochen 63 f.
- Klessheim 375
- Klooga 436
- Klüger, Ruth 323, 384, 411 f., 414, 445
- Klukowski, Zygmund 177 f.
- Knatchbull-Hugessen, Hughe 313
- Koblenz 59, 209
- Koch, Erich 326 Koch, Pietro 426
- Kochanowski, Erich 210
- «Koco»-Zwischenfall 222, 243, 245
- Köln 137 f., 188
- Kogon, Eugen 245 f.
- Kohlenmonoxid 173, 273 f., 325
- Kollaboration 186, 198, 217, 221, 240-242, 269, 335, 346, 363 f., 425
- Komitee voor Bizondere Joodsche Belange 91 f.
- Kommunismus 196,198, 269, 309, 371, 393, 398f., 435,442, sowjetischer s. Bolschewismus
- Kommunisten 25, 73, 235, 243, 250, 269, 280, 308 f., 326, 336, 371, 393
antijüdische Massnahmen und 27
in Belgien 356 f.
in Frankreich 83
in Österreich 110
Reichstagsbrand 25f.
- Komoly, Otto 430 Konkordat 40,199
- Konzentrationslager s. a. Arbeitslager, Speziallager
Aufstand im 403-405
Befreiung aus dem 445 f.
Dokumente über 88 f.
Festnahme von Juden und 137, 280 f.
Ghettos als 213 f. polnische Juden im 204
Transport in das 358, 372, 377-379, 395 f., 406,422
Vernichtungslager versus 385-387
s. a. Vernichtungslager

- Korczak, Janusz 340 f., 358
 Koretz, Zwi 377
 Kosciuszko, Tadeusz 175
 Kossak-Szczucka, Zofia 395 f.
 Kovner, Abba 307 b, 327, 398 f.
 Kowno (Kaunas) 251, 264, 361, 382, 398,415,436
 Ghetto in 267, 287, 306,415,436
 Krakau 170 f., 179,181,192, 321, 324, 378
 Ghetto in 396
 Krankheiten 232-234
 «erbkrank» 71, 93 f.
 Tuberkulose 232, 360, 399 f., 446
 Typhus 234, 376, 424
 Kreidl, Paul 309, 330
 Krematorium 381-383, 385 f., 388, 414,428,437
 Kriebsrecht 405
 Kriegsverdienstkreuz 434
 Kristallnacht pogrom 28,122,134, 143,147-150,156
 Kroatien 269 f., 364
 Krüger, Friedrich Wilhelm 292 f., 320, 393
 Kruk, Hermann 254, 362, 398 f., 436f.
 Kuba 150, 205
 Kubowitzki, Leon 433
 Kulturbund deutscher Juden 47 f., 64, 210 f., 279
 Kulturelle Berufe antijüdische Massnahmen 23 f., 120, 279
 Entfernen von Juden 23 f., 61 f.
 Kulturbund 47 f., 64, 210f., 279
 Kun, Béla 272
 Kurhessen 135
 Kutno, Ghetto 388
- La Riseria di San Sabba 426
 LaFarge, John 118
 Lagedi 436 f.
- Lager s. Arbeitslager, Durchgangslager, Konzentrationslager, Vernichtungslager
 Lambert, Raymond-Raoul 219f., 281, 407
 Lammers, Hans Heinrich 24, 95, 98, 146,255,391
 Landesberg, Henryk 360
 Landrat 246
 Landsmann, Nathan 91
 Landung in der Normandie 402, 422 f., 425
 Landwirtschaft und Landwirte, anti-jüdische Massnahmen 34 f.
 Lateinamerika 205, 289
 Laupheim 59
 Laval, Pierre 240, 335 f., 352 f., 406 f.
 Law, Richard 314
 Le Vernet 216
 Lebensraum 45, 227f., 292 f.
 Lecca, Radu 417
 Ledere, Philippe 425
 Ledóchowski, Wladimir 118 f.
 Lefo, Gustaf Israel 194
 Lefo, Sara 194
Lehigh (Handelsschiff) 289
 Lehmann, Mutti 331
 Leiden 222
 Leih-Pacht-Gesetz (1941) 257
 Leipzig 62,96,101,138
 Lemberg 262-264, 324-326, 342, 346, 366
 Ghetto in 360 f.
 Lenin, Wladimir Iljitsch 235
 Leningrad 343, 372
 Leopold III, König der Belgier 198
 Les Milles 216
 Lettland 267 f., 270
 antijüdische Massnahmen 284 f.
 Levi, Primo 378 f., 383 f., 445 f.
 Lewin, Abraham 163, 392 f.

- Ley, Robert 316
- Liberalismus 196, 198
- Lichtenbaum, Marek 394
- Lichtenberg, Bernhard 38, 148, 298 f.
- Lidice 320
- Liebehenschel, Arthur 387
- Liebermann, Max 23 f.
- Liepmann, Erich 142
- Lindbergh, Charles A. 290
- Lippmann-Rosenthal-Bank 244, 334
- Lipski, Jozef 155
- Liste deutscher Soldaten jüdischer
Abstammung aus dem Ersten Welt-
krieg 24
- Litauen 130, 152, 205, 254, 264-267,
306-308, 326f., 361 f., 436
sowjetische Einverleibung 251, 265
Widerstandsgruppen in 397 f.
- «Litauische Aktivistenfront» 266
- Locarno Vertrag 82 f.
- Lodz 166f., 175, 185, 191 f., 212f.,
229, 232, 254f., 293, 301, 303-305,
345 f., 399, 403
Chronisten 230f., 254, 338 f.
Deportationen aus 338 f., 346, 359f.
Erziehungseinrichtungen 234
Ghetto in 182 f., 191 f., 213, 229,
231 f., 234, 255, 286f., 303-305,
319, 338f., 345 f., 359f., 396f., 416,
435
Hungerkampagne in 231 f.
Musik im Ghetto 234 f.
- Lohse, Hinrich 326 f.
- London 29, 62, 67, 115, 150 f.,
187, 194, 198, 225, 248, 259, 313,
365, 367-370, 373, 415-417, 431,
434
- Long, Breckinridge 419
- Löper, Wilhelm Friedrich 58
- Löwenherz, Josef 112
- Löwenstein, Karl 412
- Löwenstein, Leo 24
- Lothringen 208, 216
- Lublin 170, 173, 178, 180-182, 204,
292f., 319, 321, 324f., 357, 365,
404f.
Arbeitslager 237
Ghetto in 324, 392
- Luftwaffe 209, 225, 246
Unternehmen «Seelöwe» 225
- Luther, Martin 120
- Luther, Martin 204
- Luxemburg 201, 287, 302
jüdische Flüchtlinge aus 216
Österreichische Flüchtlinge und
130
- Lyon 218, 353 f., 422
- Mach, Alexander (Sano) 271
- Madagaskar 142, 155 f., 158, 203 f.,
208 f., 213, 228 f.
- Mähren 153, 161, 292
- Mährisch-Ostau 179
- Magdeburg-Anhalt 135
- Mahler, Gustav 62
- Maikop 288, 343
- Maison des Roches 355
- Majdanek, Vernichtungslager 325,
405, 434
- Mandel, Georges 425
- Mannesmann 105
- Mannheim 26, 194
- Mapai 300
- Marchandau-Gesetz 217
- Marian, Ferdinand 211
- Marokko 293 f., 343
- Marseille 207
- Marti, Roland 413
- Marx, Karl 82
- Marxismus 43, 45, 196
- Masse, Pierre 219

- Massenmord 253 f., 256, 267, 273 f.,
 277, 285-287, 297, 299, 305-308,
 325-327 s. a. Gaseinsatz, Vernich-
 tungskampagne
 Mauritius 206 f.
 Mauthausen, Konzentrationslager
 113, 222, 245 f., 296 f. 445
 Mayer, Generalvikar 40
 Mayer, Helene 86
 Mazedonien 269, 364, 376
 McClelland, Roswell 432 f.
 McCloy, John J. 433 f.
 Mechelen (Malines) 356, 377
 Meijers, E. M. 222
Meistersinger (Wagner) 120
 Melk 445
 Mendelssohn, Felix 62
 Mendes, Aristides de Sousa 207,251
 Mengele, Joseph 384
 Mennecke, Friedrich 297
 Mennoniten 222
 Menschenrechtsliga 425
 Menuhin, Yehudi 62 «Merkblatt für
 das Verhalten des deutschen Soldaten
 im besetzten Gebiet in Polen» 177
 Messersmith, George S. 50
 Mexiko 205
 Meyerbeer, Giacomo 62
 Migration, jüdische s. Emigration
 Mihailovic, Draza 269
 Minsk 260, 404
 Ghetto in 287, 326-328, 397, 412
 Minzberg, Leon 191
 Mischdorf 129
 Mischlinge 68-71, 78 f., 86, 91,94,
 102,146 f., 190, 242, 287, 318,
 391, 410,412,441
Mit brennender Sorge (Enzyklika) 89
 Mitteleuropa 168 f.
 Moldau 268
 Molnar, Ferenc 210
 Molotow, Wjatscheslaw 225 f.
 Moltke, Freya von 295 f.
 Moltke, Helmuth James von 295 f.,
 388
 Mommsen, Hans 388
 Monowitz-Buna 384, 445
 Monroe-Doktrin 257
 Moore, Bob 245
 Morgenthau, Henry 419
 Moschkin, Ilja 327 f.
 Moskau 88, 256, 259, 287-289
Mossad Lealija Beth 206
 Moyne, Lord 313 f.
 Mozart, Wolfgang Amadeus 48, 62
 Mühlendorf 442
 Mühsam, Heinrich 331
 Müller, Filip 381, 445
 Müller, Heinrich 159
 Müller, Ludwig 38,58
 München 53, 69,129,131,135f.,
 151,199
 antijüdische Massnahmen 30, 63,
 102,104f., 120-123,143
 Bombenangriffe auf 423
Der ewige Jude (Ausstellung) 120
 Hitler in 54
 Widerstandsgruppen in 389
 Zerstörung von Synagogen in 136
 Murrelstein, Benjamin 412,437
 Musik 23,47, 61 f., 120, 234 f., 279,
 324,362,387, 405
 Mussolini, Benito 78, 117f., 129,
 195,197, 201 f., 229, 370, 408,426
 Marsch auf Rom 197
 Sturz 372 f., 405
 Musy, Jean-Marie 443
 «Nacht der langen Messer» (1934) 53
 Napoleon 219, 224
 Nationaler Ärzteverband 217

- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 26, 29, 61, 63 f., 94,172, 201
 Hitlers Machtergreifung 23-26, 53 f.
 Hitlers Proklamationen und die 172-174
 Parteitage 64-69,116
 Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund 42
 Nationalsozialistischer Lehrerbund 149
 nationalsozialistisches Deutschland s.a. Drittes Reich, Hitler,
 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
 amerikanischer Wirtschaftsboykott 64, 145
 Anschluss Österreichs 48, 85,96, 107-114,120,127,136
 Anti-Komintern-Pakt 83
 antijüdische Massnahmen s. antijüdische Massnahmen Deportationen 130-132, 203-205, 207 f., 286f., 289 f. 293,297. 301,330f., 413
 deutsch-österreichischer Vertrag von 1936 107
 deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt (1939) 162,169 f., 200, 215, 224
 katholische Kirche und 388-390
 Krieg gegen die Sowjetunion 170, 224-229, 240, 255-257, 268 f., 275 f., 287-289, 315, 344, 372-374,402,425,422 f., 434 f., 440 f., 445 f.
 Lebensraum-Plan 45, 227f., 292 f.
 Nürnberger Gesetze 64-73, 78, 86 f., 90, 97,117,141, 146 f., 221,272,334
 Okkupation Belgiens 195,198
 Okkupation Dänemarks 195, 197 f., 200 f.
 Okkupation der Niederlande 201, 220-224, 243-248
 Okkupation Frankreichs 215-220, 408 f.
 Okkupation Norwegens 195, 200 f.
 Okkupation Polens 165-193
 Okkupation Roms 408-410
 Untergang 446-448
 Versailler Vertrag 53, 82 f.
 Vierjahresplan 84, 106 f., 114, 275, 318
 Naumann, Max 24
 Nedic, Milan 269
 Neue Rechte 196 f.
 Neuengamme, Konzentrationslager 444, 446
 «neuer Midrasch» 77
 Neufundland 257
 Neumann, Erich 318
 Neurath, Konstantin von 106
 Neutralitätsgesetz 289
 «Neutralitätszone» 286
 niederländische Naziapartei 244 f.
 Niederlande 24,91 f., 130,195, 201, 216, 332-334,421,440,446f.
 antijüdische Massnahmen 220-223, 243-248, 282, 423 f.
 Deportationen aus 222, 333 f., 345, 377,406
 Erziehungseinrichtungen 222 f., 246-248
 jüdische Flüchtlinge aus 216
 katholische Kirche 222 f., 348 f.
 nationalsozialistische Okkupation 201, 220-224, 243-248
 Vernichtungskampagne 345-350, 377
 Widerstandsgruppen 356f.
 Niemöller, Martin 39, 73
 Nisko 179

NKWD (sowjetische Geheimpolizei) 185, 262 f., 265 f.
 Nordafrika 83,315, 343 f., 372
 Norwegen
 antijüdische Massnahmen 365
 nationalsozialistische Okkupation 195, 200 f.
 Notkonferenz zur Rettung des jüdischen Volkes in Europa 418
 Nowogródek, Ghetto 327
 Nürnberg 50, 64-69,96,117,161 s. a. Nürnberger Gesetze
 Nürnberger Gesetze 64-73, 78, 86 f., 90,97,117, 141,146f., 221, 272, 334
 Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre 65 f., 72, 93-95
 Reichsbürgergesetz 65-68,121 f., 147, 159, 298
 Reichsflaggengesetz 65 f.
 Nürnberger Kulturbund 64 f.
 Nummerierung 301, 385, 412

 Oberg, Karl 335
 Oberkommando der Wehrmacht (OKW) 106, 226-228,287
 Oberkommando des Heeres (OKH) 237, 281
 Obermayer, Leopold 52h
 Oberschlesien 170, 182, 237, 274 f., 325,330,388,428,445
 Ochsenfurt 53
 Österreich s. a. Ostmark, Wien
 Anschluss an das Dritte Reich 48, 85,96,107 f., 109-114,120, 127, 136
 Anschluss der Nationalsozialisten in 109-114
 antijüdische Massnahmen 109-114, 127-130, 143, 146
 Deportationen aus 301-303, 323
 deutsch-österreichischer Vertrag von 1936 107
 geplante Aktion gegen 107 f.
 tschechische Juden in 129
 Versailler Vertrag 53
Œuvre de Secours aux Enfants (OSE) 250
 Offenbach, Jacques 62
 Olympische Spiele 64, 85-87,103, 161
 «*Oneg Shabbat*» («Sabbatfreude») 237
 «Onkel Emil»-Gruppe 331
 Oppenheimer, Joseph 211
 Osteuropa 26, 74,162,167 f., 170, 240,264 f., 293,344,378,441
 Ostmitteleuropa 83, 248
 Ostpreussen 170-172, 367,423,441
 Ordnungsdienst 231, 238
 Ordnungspolizei 89,176, 260, 326
 Organisation für berufliche Ausbildung und Beratung (ORT) 91, 250
 Organisation Todt (OT) 442 f.
 Organisation Ukrainischer Nationalisten - Bandera (OUN-B) 262
 Organisation von Kultur 61 f., 142 f.
 Orsenigo, Cesare 96, 200, 208, 390
 orthodoxe Juden 35,44 f., 74 f., 91, 100,167,176, 250, 264, 332,432
 Osborne, D'Arcy 370
 Oslo 365
 Ostende 23
 Osttheer 261
 Ostjuden 26,168,171, 220
 Ostland 284-286, 292-294, 306, 326
 Ostmark 109,111,146 s. a. Österreich
 Ostpreussen 170-172, 367,423
 Oszmiana 362
 Otter, Göran von 366

- Pacelli, Eugenio 40,199
- Pässe und Kennzeichnungen 121,
141, 145, 210, 260, 271, 278 f.,
298 f., 302,329,336,348,371,
381,385,442
- Palästina 74 f., 212, 243, 369
arabischer Aufstand (1936) 78
- Grossbritannien und 78, 93,150, 152
f., 205 f., 300
jüdische Immigration 44-47, 75-
78, 92 f., 97,150, 152f., 204-
207,235 f., 300,313 f., 321,
413, 417
jüdische Führungspersönlichkeiten
28 f., 77 f., 300,431
Jischuw 78, 205 f., 300, 417, 420,
431, 439
- Paris 91, 131 f., 167,187,194 f. 201
f., 216, 219 f. 275, 280, 293, 335,
337, 350, 353, 366, 37b 382, 405,
408,425
antijüdische Massnahmen 134 f.
Befreiung 408, 425
Ermordung des deutschen
Diplomaten vom Rath 132, 135f.,
138 f., 151
- Paris Midi* (Zeitung) 242
- Pariser Asyle de Jour et de Nuit 91
- Patria* (Schiff) 206 f.
- Paulus 82,442
- Paulus, Friedrich 315, 343 f.
- Pavelic, Ante 269
- Pearl Harbor 291
- Pehle, John 419, 433 f.
- Pellepoix, Louis Darquier de 335
- Pétain, Philippe 195, 198, 201, 214,
216, 218 f., 240, 243, 249 f., 352-
354
- Petscherski, Alexander 404
- Pfalz 208
- Pfarrernotbund 39
- Pfeilkreuzler 439
- Piotrków Trybunalski 182
- Pirow, Oswald 156
- Pithiviers, Konzentrationslager 351f.
- Pius XI., Papst 89,118 f., 198 f.
- Pius XII., Papst 119,198-200, 249,
369 f.,410f., 429,439
- Plaszów, Arbeitslager 396 f.
- Poale Zion 340
- Podgorce 181
- Pohl, Oswald 113, 380
- Polen 78,118, 130f., 198, 200 f., 214,
232f., 235, 249, 261 f., 265, 275,
285, 325 f., 328, 348, 406,
423,427,430,433,435 f., 446, 448
antijüdische Massnahmen
165-193,213 f., 229-239,325 f.
Befreiung 436
Deportationen aus 178-180, 204,
301-304,323,338 f» 357-361,
369
deutsch-sowjetischer Nichtangriffs-
pakt (1939) 162,169 f., 200, 215,
224
Einreiseverweigerung für polnische
Juden 130
Eliten in 170f.
Frankreich und 162,165 f., 170,
173 f.
Grossbritannien und 161 f., 165 f.,
170,173 f.
Hitler und 161 f., 169-174
katholische Kirche in 186 f., 198-
200, 248 f., 389 f., 395 f.
Krise von 1939 161 f.
nationalsozialistische Okkupation
165-193
sowjetische Okkupation 169 f.,
185-187
Vernichtungskampagne 172-174,
178 f., 204,301-305,323,339,
357-361,369,396f.

- Widerstandsgruppen 391-397
 Zusammenarbeit mit Hitler 155f.
 Polnische Republik 130 f.
 Polnische Sozialistische Partei (PPS)
 339 f.
 Polkes, Feivel 92 f.
 Poltawa 274
 Pommern 172
 Ponar 266, 308, 398 f.
 Ponza 372
 Popitz, Johannes 139, 388
 Porat, Dina 420
 Portugal 205, 207, 251,317
 Posen 172
 Prag 128, 153, 167, 244, 251 f., 287,
 292, 302, 304, 320-322, 415
 Presov 432
 Preussen s. a. Ostpreussen 23
 Preussische Akademie der Künste 24
 Preussische Akademie der Wissen-
 schaften 23
 Preussische Bekenntnissynode 73
 Preussischer Theaterausschuss 23
 Preysing, Konrad 200, 249, 366, 390
 Prinz, Joachim 67
 Propaganda 31f.
 Antisemitismus und 168, 170-174,
 241, 423-425
 Bolschewismus und 103
 Gegenpropaganda 388 Goebbels
 und 29, 34,43, 60-63, 87, 125 f.,
 172-175, 211, 259 b, 277 f., 370,
 374 f., 423
 im Film 95, 175, 309, 211-213,
 282
 in Zeitungen 28, 57 b, 60 b
 zu den Olympischen Spielen 64,
 85-87,103, 161
 Propagandaministerium 34 f., 44,
 210, 260, 277
 Protektorat Böhmen und Mähren 153,
 201, 204, 206, 278, 285, 292, 298,
 300-303, 307, 320-323, 325,
 331,415,442
 protestantische Kirche 37 b, 40, 96,
 272, 299, 348, 354 f., 429 s.a. Be-
 kennende Kirche, Deutsche Chris-
 ten in Holland 222
 Widerstand gegen das nationalso-
 zialistische Regime 258
Protokolle der Weisen von Zion
 (Pamphlet) 152.
 Pütz, Karl 326
 Raczynski, Edward 369
 Rademacher, Franz 204
 Radio 37, 62, 177, 189, 195, 199
 Radio Oranje 348
 Radio Vatikan 369
 Radom 170, 321, 335
 Radzilów 267
 Rafelsberger, Walter 111
 Rassentrennungskampagne 102-104,
 140 f., 178, 181 f., 188
 Rastenburg 277
 Rat für Judenhilfe (Zegota) 396
 Rath, Ernst vom 132,135 f., 138 f.
 Rauca, Helmut 306 f.
 Ravensbrück 299
 Rawa Ruska 342
 Rebatet, Lucien 217, 336 f.
 Reden Hitler am Nürnberger Partei-
 tag (1935) 65
 Hitler am Nürnberger Parteitag
 (1938)117
 Hitler im Sportpalast (1941) 288,
 291
 Hitler im Sportpalast (1942) 315,
 345
 Hitler vor dem Reichstag (1935)
 64-69

- Hitler vor dem Reichstag (1939) 154-158, 170
- Hitler vor dem Reichstag (1940) 195 f.
- Hitler vor dem Reichstag (1941) 227,239, 291
- Hitler vor dem Reichstag (1942) 315
- von Goebbels 60 F, 87, 374
- Redlich, Egon («Gonda») 322-324, 438 f.
- Reformation 87
- Reformierte Kirche (Hervormde Kerk) 348 f.
- Registrierung
- von jüdischem Eigentum in Polen 182
- von jüdischem Vermögen in den Niederlanden 221, 244, 346
- von jüdischen Mietern 124
- von Juden in Frankreich 218 f.
- von sämtlichen deutschen Juden 90 f.
- von Vermögen und Eigentum 121 f., 182, 221, 244, 346
- Reich-Ranicki, Marcel 234
- Reichsärztekammer 122 f.
- Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 160
- Reichsbahn 377 f.
- Reichsbund jüdischer Frontsoldaten 24
- Reichserziehungsministerium 99-101, 119
- Reichsfinanzministerium 107, 380
- Reichsführer-SS 84, 89,131,136, 212, 256, 287, 292 f., 317, 320f., 345, 443
- Reichsinnenministerium 63, 66, 68, 71 f., 94, 96 F, 100,107,121-123, 189,318
- Beratungskommission für Bevölkerungs- und Rassenpolitik 94
- Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschland 100
- Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums (RKFDV) 179-181
- Reichskommissariate 200 f., 326
- Reichskulturkammer (RKK) 34 f. 61 f.
- Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit 113 f.
- Reichsleiter 291
- Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft 330
- Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 189
- Reichsmusikkammer 61
- Reichssicherheitshauptamt (RSHA) 175, 180, 188, 207, 273, 292 f. 317f., 320, 328 f., 332, 352, 377, 409
- Kriminaltechnisches Institut 273
- Reichstag
- Reichstagsbrand 25f.
- Reichstagswahlen 25 f.
- Sitzung (1935) 64-69
- Sitzung (1939) 154-158, 170
- Sitzung (1940) 195 F
- Sitzung (1941) 227, 239, 291
- Sitzung (1942) 315
- Reichsvereinigung der Juden in Deutschland 44,159F, 173,190, 210, 301, 328 F, 412
- Reichsverkehrsministerium 378
- Reichsvertretung deutscher Juden 43f., 57f.,75, 159
- Reichswehr 67
- Reichswirtschaftsministerium 31, 46, 85,96 f.
- Reichszentrale 159

- Reinhardt, Max 23
 Renthe-Fink, Cecil von 405
 Residenztheater 120
Reuben James (Zerstörer) 289
 revolutionäre Rechte 196 f.
 Reynaud, Paul 195, 425
 Rheinland 82, 93, 440
 «Rheinlandbastarde» 93 f.
 Ribbentrop, Joachim von 129 f.,
 151,156, 408
 Richter, Gustav 363
 Riegner, Gerhart 367 f.
 Riga 284 f. 287, 322
 Ringelblum, Emanuel 192, 214, 233,
 305, 394f.,435
 Ritter, Gerhard 148 f.
 Rivesaltes 216
 Rodriguez-Pimental, Henriette 349
 Röhm, Ernst 53
 Röhke, Heinz 407,422
 Roey, Joseph-Ernest van 248
 Rogers, Will 419
 Rom 408-411 s. a. Vatikan
 Allierter Vormarsch auf 422 f.
 Mussolinis Marsch auf 197
 nationalsozialistische Okkupation
 408-410
 Rommel, Erwin 315, 343
 Roosevelt, Franklin D. 29, 86, 114f.,
 150, 196, 205, 226, 257, 259 f., 285
 f., 289 f., 300,402,419, 429, 441,
 446
 Rosenberg, Alfred 61,92,169,173,
 228, 255 f., 294, 381,410
 Rosenfeld, Oskar 304, 435
 Rosenman, Samuel 259
 Rosenthal, Margot 331
 Rossel, Maurice 414 f.
 Rote Armee 194, 255 f., 261, 289,
 344, 379, 396, 399,402-404,415,
 434-437,439 f., 446
 Rotes Kreuz 351, 413 f., 421
 Rothschild, Édouard de 219, 243
 Rothschild, Robert de 219, 243
 Rotsztat, Bronislawa 235
 Royal Air Force 225
 Rublee, George 115,157
 Rudaszewski, Itzhok 266 f., 307, 362,
 399
 Rudolfsmühle 338
 Rumänien 93, 127, 153, 167, 169, 196,
 201 f., 254, 264, 268-270, 313, 363,
 375,416f., 423
 Antisemitismus 239 f.
 Deportationen aus 363
 Flüchtlinge aus 313
 Zusammenarbeit mit Hitler 155 f.
 rumänisch-orthodoxe Kirche 240
 Rumbold, Horace 49
 Rumbula-Wald 284 f.
 Rumkowski, Chaim 191 f., 229-231,
 301, 303 f., 339, 360, 435 f.
 «Russenzug» 377
 Russische Revolution 197
 Rust, Bernhard 119,123,150
 Ryder, Theodor 235
 Saar 53, 208
 Saarpfalz 194, 207
 Sabotageakte 405
 Sachsenhausen, Konzentrationslager
 89,171, 258, 274
 Sagalowitz, Benjamin 367
 Salazar, Antonio del Oliveira 207
 Saliège, Jules-Gérard 354
 Saloniki 376 f., 407
 Salzburger 120, 375
 Sammellager s. Konzentrationslager
 Sankt-Hedwigs-Kathedrale (Berlin)
 148, 298 f.
 Sayn-Bendorf 209
 Schacht, Hjalmar 31, 64, 66 f., 85,
 97,106,157
 Schanghai 152, 205

Schaulen 436
 Scheunenviertel (Berlin) 26
 Schiff, Jakob 102 f.
 Schiller, Friedrich 48
 Schlacht um England 225
 Schlachtmethoden 175, 203
 Schlegelberger, Franz 32
 Schmuggel 52, 232 f., 238, 349
 Schnabel, Arthur 62
 Schneidemühl 180
 Schönberg, Arnold 62
 Scholder, Klaus 37
 Schorff, Klara Sara 194
 Schreker, Franz 62
 Schulen s. Erziehungseinrichtungen
 Schulman, Jakob 305
 Schulte, Eduard 367
 Schukow, Georgij 344
 Schuschnigg, Kurt von 107 f., 110
 Schutzmannschaften 326
 Schutzpolizei 301
 Schutzstaffel (SS) 26, 67, 89 f., 180,
 204, 260 s. a. Reichssicherheits-
 hauptamt, Wirtschaftsverwaltungs-
 hauptamt SS-Gruppenführer 26,59
 Schwartz, Isaie 219
Schwarze Korps 299
 Schweden 200, 317, 365-367, 406,
 428,443 f.
 Schweiz 52f. 79, 87,107, 112, 127f.,
 130,137,251,295,317, 363, 365-
 368, 380,410,417,428, 432, 443
 Schweizer Bundesrat 127
 Schweizer Konsulat (München) 53
 SD s. Sicherheitsdienst
 Sebastian, Mihail 201 f., 239, 254,
 309,314, 345,374
 Sebastian, Poldy 202
 Sechste Armee (Wehrmacht) 315, 343
 f., 374
 Seidl, Siegfried 412 f.
 Selbstmorde 194, 246, 301, 378, 397,
 447 f.,
 Selektionen 306, 360 f., 372, 382,
 384f., 411, 414
 Seliksohn, Frau 330
 Selz, Otto 27
 Senator, Werner 44
 sephardische Juden 167
 Serbien 269, 274
 Seredi, Justinian 429
 Sewastopol 315
 Seyss-Inquart, Arthur 108, 222, 245,
 348
 Sherrill, Charles 86
 Shertok, Moshe 431
 Sibirien 228, 285
 Sicherheitsdienst (SD) 59, 74 f., 90-
 93,96, 105, in F, 115,125,
 134,137,147, 152f., 159,176, 188,
 212, 231, 278, 281, 284,
 299,316,329,347,371,379, 409
 Sicherheitspolizei (Sipo) 90,112,
 126,153, 231, 316, 326, 347, 355,
 397, 399
 Sierakowiak, Dawid 166, 177, 202,
 230, 235, 254, 288, 302, 319, 338
 f., 359 f., 399
 Sikorski, Wladyslaw 187
 Sima, Horia 239
 Simon, Ernst 77
 Simon, John 49
 Singer, Kurt 47
 Sinti und Roma 113 s. a. Zigeuner
 Skandinavien 364 f.
 Sklavenarbeit s. Zwangsarbeit
 Słobódka, Ghetto 267
 Slowakei 153, 201, 271, 319, 331-346,
 376, 381,427, 430, 432 f., 439
 Smetona, Antanas 265
 Smolar, Hersch 328 Smolensk 296

Sobibor, Vernichtungslager 324 f.,
 333, 358 f., 376, 399, 403-405, 438
 Sofia 376
 Solmssen, Georg 35
 Solomon, Elijah ben 264
 Sonderkommandos 325, 381, 383, 385
 f., 428, 438, 445
 Sowjetunion 127, 129, 152, 233, 239
 f., 265 f., 295, 317, 326f., 374, 448
 s. a. Bolschewismus
 Angriff gegen Finnland 194, 226
 antijüdische Massnahmen 227-229,
 253-262
 Babi Jar Massaker 252 h
 Deportationen aus der 227-229, 261
 f.
 deutsch-sowjetischer Nichtangriffs-
 pakt (1939) 162, 169 f., 200, 215,
 224
 Einverleibung Litauens 251, 265
 Hitler und die 162
 Krieg gegen das nationalsozialisti-
 sche Deutschland 170, 224-229,
 240, 255-257, 268 f., 275 f., 287-
 289, 315, 344, 372, 374, 402,
 425, 422 f., 434f., 440 f., 445 f.
 Leih-Pacht-Gesetz (1941) 257
 Massenmorde in der 294 f.
 Okkupation Polens 169 f., 185-187
 Rote Armee s. Rote Armee sowjeti-
 sche Geheimpolizei (NKWD)
 185, 262 f. 265 f.
 Vernichtungskampagne in der 343
 f.
 Sozialdemokratie 54, 148, 196
 Spanien 83, 87, 205, 207, 293 f., 317,
 364
 Speer, Albert 124, 319 f., 403, 442
 Spier, Hans 334
 SS s. Schutzstaffel (SS)
 SS *Struma* (Schiff) 313 f.
 SS- und Polizeiführer (SSPF) 180
St. Louis (Schiff) 150
Staat und Revolution (Lenin) 235
 Staatliches Hospital Cholm 173
 Staatsoper (Berlin) 43
 Staatszionistische Organisation 44, 47
 Stabel, Oskar 42
 Stahlecker, Franz 112, 153
 Stalin, Joseph 162, 170, 196, 255 f.,
 285, 344, 402 f., 431, 435, 441, 448
 Hitler-Stalin-Pakt s. deutsch-
 sowjetischer Nichtangriffspakt
 Stalingrad 288, 315, 343 f.
 Stalinismus 185
 Stangl, Franz 324, 359
 Stanislawow 337f.
 Starachowice, Arbeitslager 379
 Starhemberg, Ernst Rüdiger 110
 Staritz, Katharina 299
 Stark 381
 Starzynski, Stefan 166, 192
 State Department (Vereinigte
 Staaten) 368, 417-419
 Staviski-Affäre 215
 Stein, Edith 349
 Steinberg, Jonathan 270
 Stepinac, Alojzije 270
 Sterilisationsprogramm 36 f., 93-95,
 259
 Stern, jüdischer 125, 176, 182, 260,
 271, 278 f., 298 f., 329, 336, 348,
 363, 371, 381, 385, 442
 Stern, Juliette 407
 Stern, Samu (Samuel) 428
 Stern, Susanna 133
 Sternbuch, Isaac 432 f.
 Stettin 180, 365 f.
 Steuern 238
 Stockholm 365 f., 406
 Strandbäder 58-60, 99
 Strasser, Gregor 28
 Straubing 27, 445

Strauss, Olga Sara 194
 Strauss, Otto Israel 194
 Strauss, Richard 48
 Streicher, Julius 27, 57, 91, 120
 Stroop, Jürgen 395
 Stuckart, Wilhelm 96 f., 318
 Studentengruppen 42, 250
 Studentenverbindungen 42
 Sturmabteilung (SA) 26-28, 30, 42,
 53, 67, 110f.
 Stuttgart 57, 86,103 f., 211, 441
 Stutthof 415,436,442
 Sudetenland 42,126,128 f., 131
 Südafrika 156
 Südosteuropa 179, 363 f.
 Sugihara, Chiune 251 f.
 Suhard, Emruanuel 353
Summi pontificatus (Enzyklika) 200
 Syrien 431
 Szálasi, Ferenc 439
 Szerynski, Jozef 238, 391
 Sztjdjay, Dome 427,429

Tagore, Rabindranath 340
 Tannenberg 171
 Tarnopol 263
 Tarnow 275
 Tarnowsky, Peter 331
 Taufe 41, 73, 250, 348, 376
 Taylor, Myron C. 116
 Teheran 402
 Tenenbaum, Mordechai 328, 396 f.
 Thadden, Eberhard von 414
 Theresienstadt 317, 321, 323 f., 382,
 384f., 406, 411-416, 437-439, 441,
 443 f.
Theresienstadt (Film) 437 f.
 Thompson, Dorothy 151
 Thrakien 364, 376
 Tiburtina 410
 Tijn, Gertrud van 246, 347
 Tiso, Jozef 271, 331,439

Tito (Josip Broz) 269
 Todesmärsche 444 f., 449
 Tokio 152, 251 f.
 Tory, Abraham 415
 Toscanini, Arturo 120
 Transnistrien 268, 416 f.
 Transsilvanien 239, 427, 430
 Treblinka, Vernichtungslager 323,
 325, 358 f., 364, 376, 392 f., 395-
 397.403 f., 438
 Trocmé, André 354 f.
 Trocmé, Daniel 355
 Trunk, Isaiah 184
 Trzebinski, Alfred 446 f.
 Tschechoslowakei 83, 107, 128-
 131, 167
 antijüdische Massnahmen 112
 als deutscher Satellit 153 f., 156f.
 geplantes Vorgehen gegen 107
 Sudetenkrise 128-131
 Tschenstochau 321
 Tucholsky, Kurt 80 f.
 Türkei 313, 431
 Tuka, Vojtech 271, 331, 376
 Tulp, Sybren 244 f., 346

U-652286
 Ukraine 253, 256 f., 262-264, 268,
 270,273 f., 325 f., 423,427
 Ullmer 134
 Ullstein, Leopold 47, 64
 Ulm 100
 Ungarn 58,167, 239 f., 264, 269,
 271-273, 344, 363, 373, 422,
 427-434,442 f.
 antijüdische Massnahmen 112,
 117f., 129, 338, 375 f., 427,
 439 f.
 Deportationen aus 338, 363, 428
 f.
 katholische Kirche in 272
 polnische Juden in 204

- Unilever Trust 91 f.
- Union Générale des Israélites de France*
 UGIF-Nord 281 f., 407f., 425
 UGIF-Süd 281 f., 407
- Universitäten s. a. Erziehungseinrichtungen
 Berlin 100L
 Leipzig 101
 München 389
- Unternehmen «Erntefest» 405
 Unternehmen «Fall Blau» 315
 Unternehmen «Fall Weiss» 162
 Unternehmen «Seelöwe» 225
 Unternehmen «Taifun» 287, 291
 Ustascha-Bewegung 269 f.
- Valeri, Valerio 353
- Vallat, Xavier 242, 280f., 335
- Vaterländische Front 110
- Vatikan 40,199f., 248 f., 332, 390,
 439 s. a. katholische Kirche
 Pius XI., Papst 89,118 f., 198 f.
 Pius XII., Papst 119,198-200, 249,
 369f., 410f., 429,439
 Vernichtungskampagne und 369 f.,
 410 f.
- Veesenmayer, Edmund 427
- Velodrome d'Hiver (Vel d'Hiv) 351
- Vendel, Karl Ingve 366 f.
- Venedig 211,426
- Verband nationaldeutscher Juden 24
- Verdunklungsvorwurf 188
- Vereinigte Partisanenorganisation
 (FPO) 308, 398 f.
- Vereinigte Staaten (USA) 23, 28 f.,
 37, 86, 103,150,152, 187,196, 205,
 225, 244, 257, 285 f., 289, 291,
 300,419 s. a. Roosevelt
America First Committee 196, 290
- Atlantikcharta 257
- Bewusstsein von der Vernichtungskampagne 368 f., 392, 416-420
 in Italien 373,405,422 f.
- Japan und 152, 291
- jüdische Immigration 77, 204-206,
 419
- jüdische Führungspersönlichkeiten
 in 28 f., 86, 368 f., 417-419,432
 f.
- jüdischer Vermögenstransfer und
 244
- Kristallnachtpogrom und 150, 156
 und die Evian-Konferenz 114-117,
 430 f.
- Wirtschaftsboykott gegen das nationalsozialistische Deutschland
 64, 145
- Zweiter Weltkrieg und 196, 285 f.,
 289-291
- Verhaftungen 25,137,124 f., 241, 247,
 281,350-354, 357,405,407, 409 f.,
 427
- Vermögen s. Enteignungen Vernichtungskampagne 85, 227, 266f., 273-
 276, 291-295, 307f., 313-321,392-
 400, 403 f. s. a. antijüdische Massnahmen, Antisemitismus, Enteignungen, Exekutionen, Gaseinsatz, Hungerkampagne, Massenmord, Propaganda
- Berichte über die 365-370, 427 f.
 beschleunigte Auswanderung von
 Juden 145-162, 204
- Bewusstsein von der 296 f., 352 f.,
 365-370, 387-392,411-420, 427
 f.
- Diskussion über die Vernichtung
 156

- Entstehung des Giftgaseinsatzes 273 f. s. a. Gaseinsatz
- Evakuierungen in Richtung Osten 317-319
- Hitler und die 317 in Belgien 355-357, 377
- in den Niederlanden 345-350, 377
- in der Sowjetunion 343 f.
- in Frankreich 350-355, 371 f., 377
- in Polen 172-174, 178 f., 204, 301-305, 323, 339, 357-361, 369, 396 f.
- in Lagern der «Aktion Reinhard» 323-325, 358, 380
- internationale Anleihe und 158f.
- Plünderungen und 177, 379-382, 409 f.
- Tötung von Juden 133 f., 137, 173, 175 f., 191
- Zeugen der 401 f.
- Vernichtungslager 274 f. s. a. die einzelnen Vernichtungslager Konzentrationslager versus 385-387 s. a. Konzentrationslager
- Verordnungen, Juden betreffend 31-34, 69-72, 121 f., 125, 136, 147, 159 f., 210, 218 f., 222, 242, 278, 298, 332, 426
- Versailler Vertrag 53, 82 f.
- Versicherungsentschädigungen 140
- Vertreibungen 97, 130f. 145-162, 204
- in Österreich 109-114
- in Polen 179
- internationales jüdisches Flüchtlingsproblem 114-117
- polnischer Juden aus Deutschland 130-132
- sowjetischer Juden aus Deutschland 126 f.
- Vichy-Frankreich 151, 201, 207, 209, 216-218, 220 f., 240-243, 249-251, 280f., 335-337, 343, 351, 353-355, 406 s. a. Frankreich
- Vielfalt der europäischen Juden 166-169
- Vierteljuden 68 f., 71, 91, 146, 209
- Viktor Emanuel III., König von Italien 372
- Vleeschouwer, Jopie 420
- Völkerbund 77
- Volk 38, 45, 54f., 65 f., 71, 75, 90, 93, 95, 107, 139, 146, 173 f., 227, 400, 448
- Volk der Perser 375
- Volksfront 83, 215
- Volksgemeinschaft s. a. Arisierung als zentraler Mythos des nationalsozialistischen Regimes 55
- Definition des Judentums 30, 32, 55 f., 68-70, 147, 209, 217 f.
- gemischte Ehen 38, 55-57, 65-72, 78 f., 86, 90 f., 93 f., 98 f., 146 f., 149, 190, 250, 287, 318, 410
- herausragende Bedeutung der 35
- «Rassenschande» versus 56f.
- Sterilisationsprogramm 36 f., 93-95, 259
- Volk und 55, 66, 93 f., 172, 227 f., 374
- Volkszählung 90 f., 130, 159, 184
- «Vorschläge für eine Lösung der Judenfrage in Deutschland» (Denkschrift) 149
- Vrba, Rudolf 428
- Vught, Arbeitslager 350
- Wagner, Adolf 143
- Wagner, Eduard 228
- Wagner, Gerhard 68, 95, 98, 123
- Wagner, Richard 48, 120

Wagner-Rogers Child Refugee Bill
 150
 Walter, Bruno 23
War Refugee Board 419, 432 f.
 Warschau 165-167,170,184-186, 191
 f., 202, 237 f., 305, 308 f., 311,
 316, 323, 340,346, 357, 366,382;
 391 f., 395-397,403 s. a. Polen,
 Warschauer Ghetto-Aufstand 434 f.
 Untergrundarchiv 175
 Volkszählung 184
 Warschauer Ghetto 182, 213 f., 236,
 254f., 321, 339, 395 f., 403 f.
 Deportationen aus 357-359
 Erziehungseinrichtungen im 234
 Hungerkampagne im 229-234
 Schmugel 232 h Steuern im 238
 Widerstandsgruppen im 391-30
 Warschauer Grosse Synagoge 395
 Warthegau 170,172,178-180,185,
 214,229,231,274, 293,337,345, 388
 Wasser, Hersch 237 h
 Wassermann, Oskar 38
 Weck, René de 363
 Wehrmacht 53, 63, 72, 88,106,
 147,153,162,190, 209, 226-228,
 256, 260-262, 264, 266-269, 275,
 279f. 287-289,315,335,342,
 373,378,396,402,409 f., 422,
 427,448
 «Fall Weiss» 162
 in der Tschechoslowakei 128 f.
 in Nordeuropa 195
 in Österreich 108 f., 111
 in Polen 166, 176, 179, 182 h
 in Westeuropa 195, 201
 Rheinlandeinzugs 82
 Weill, Kurt 62
 Weimarer Zeit 36,42, 437
 Weissenberg, Yitzhak Meir 163
 Weissler, Friedrich 89
 Weissmandel, Michael Dov Ber
 332, 433
 Weissrussen 267
 Weissrussland 274, 325, 327, 397
 Weizmann, Chaim 431
 Weizsäcker, Ernst von 411
 Wellers, George 352
 Welles, Sumner 368 f.
 Weltsch, Robert 60 f.
 Weng 27
 Westerbork 333 f., 348, 350, 377, 406,
 420
 Westeuropa 45,168 f., 198, 207, 250,
 281,363,378
 Westfalen 278
 Wetzel, Eberhard 294
 Wetzler, Alfred 428
 Widerstandsgruppen
 in Belgien 356 f.
 in den Niederlanden 356 f.
 in Frankreich 353
 in Italien 383
 in Litauen 397L
 in Polen 391-397
 im Ghetto 391-396,403-405, 434-
 436
 «Weisse Rose» 389
 Wien 62,107-113, 141,153,
 159,167,179, 244, 263, 286,
 298,412,437,439, 441 s.a.
 Österreich, Ostmark antijüdische
 Massnahmen 109-113
 Deportationen aus 301 f., 322 f.
 Zentralstelle für jüdische Auswan-
 derung 112, 141,159, 244
 «Wiener Graben» 245, 296
 Wienstein 24
 Wiernik, Jacob 403 f.

Wilenberg, Shmuel 403
 Wilna 167, 214, 254f., 327
 Ghetto in 264-266, 307 f., 361, 397
 f. 436 f.
 Wilnaer Jiddische Wissenschaftliche
 Organisation (YIVO) 214, 265
 Wilson, Hugh R. 125,150
 Winant, John 417
 Windsor, Herzog von 195 f.
 Winter, Dr. 366
 Winterhilfe 190
 Wirth, Christian 324
 Wirtschaftsleben s. a. Arisierung, Ein-
 stellung jüdischer Geschäftstätigkei-
 ten 140
 ökonomischer Boykott der Juden
 27-34, 37 t, 76,103-106, 135
 Registrierung jüdischer Betriebe in
 den Niederlanden 221
 wirtschaftliche Ziele s. a.
 Enteignungen
 Vierjahresplan 84,106 f., 114,

 Wirtschaftsverwaltungshauptamt
 (WVHA) 380,444
 Wise, Stephen 86, 368 f., 418 f.
 Wisliceny, Dieter 332,430,432
 Wisten, Fritz 210
 Wittenberg, Itzik 399
 Wloclawek 301
 Wohlfahrtssystem 184, 279, 322
 Ausschluss von Juden 143,160, 190
 Wohnverhältnisse, Wohnungen antijü-
 dische Massnahmen 124, 137f.
 146f., 177,188, 213
 in Ghettos 213 f.
 Registrierung jüdischer Mieter 124
 Wolgadeutsche 285 f.
 Worthoff 357
 Woysch, Udo von 176

 Württemberg 59, 103, 211 Würzburg
 52f.
 Wurm, Theophil 390 f.

 «Yiddishkeit» 168

 Zahnärzte 147
 Zay, Jean 425
 Zbaszyn 131h
 Zeitungen 23 f., 27f. 34 f., 52, 57 f.,
 60 f., 76 f., 104, 115,120, 151, 190,
 199, 201, 217, 220, 236, 242, 247,
 265,328,350,375,417
 Zelkowicz, Josef 360
 Zensur 42 f., 48,142,189, 328
 Zentralausschuss für Hilfe und Auf-
 bau 44
 Zentrales Wirtschaftsamt (UHU) 271
 Zentralstelle für jüdische Auswande-
 rung 112, 141,153,159, 244, 346
 Zentrumspartei 39,199
 Zerstörung von Synagogen 27,134,
 136-138,140,147,175,190, 280,
 282, 295,395
 Ziereis, Franz 246
 Zigeuner 72,93,172, 302, 304 f.
 382,385
 Zionisten 25, 44-47, 74-78, 93, 152 f.,
 191, 206, 235 f., 250, 265.300,
 307f., 321-323, 332, 339f., 357,
 361, 393, 398,418, 430 f.
 zionistische Jugendorganisationen
 235, 307-309, 393
 Zionistische Vereinigung für Deutsch-
 land 29
 Zionistische Weltorganisation 430 f.
 Zörner, Ernst 181
 Zolli, Israel 409
 Zschintsch, Werner 119

Zuckerman, Jizhak «Antek» 308,
339 f.
«Zukunft» 254
Zwangsarbeit 114, 160, 185, 188,
190, 236-238, 264, 271, 273,
275, 303, 317-319, 325 f., 333,
350, 360,382,385,396,436, 442
f.
Zweig, Arnold 79 f.
«Zweite Juden-Verordnung»
(Frankreich) 218 f.

Zweiter Weltkrieg 165-449 s. a.
Alliierte
Beginn 167
Dünkirchen 195
Pearl Harbor 291
Zwischenstaatliches Komitee für
Flüchtlinge 115,158
Zychlin, Ghetto 388
Zyklon B s. Blausäure
Zwulska, Krystyna 386

Saul Friedländer bei CH. Beck

Saul Friedländer

Wenn die Erinnerung kommt

Aus dem Französischen von Helgard Oestreich

6. Auflage. 2008. 192 Seiten. Paperback

Beck'sche Reihe Band 1253

Saul Friedländer

Nachdenken über den Holocaust

2007. 201 Seiten. Paperback

Beck'sche Reihe Band 1788

Saul Friedländer

Kurt Gerstein oder die Zwiespältigkeit des Guten

2007. 208 Seiten mit 6 Abbildungen. Paperback

Beck'sche Reihe Band 1789

Saul Friedländer

Gebt der Erinnerung Namen

Zwei Reden

Mit den Ansprachen von Andreas Heidrich, Christian Ude,
und Christoph Wild

2. Auflage. 2007. 63 Seiten. Paperback

Beck'sche Reihe Band 1308

Saul Friedländer, Jörn Rüsen

Richard Wagner im Dritten Reich

Ein Schloss Elmau-Symposium

Herausgegeben von Saul Friedländer und Jörn Rüsen

2000. 373 Seiten. Paperback

Beck'sche Reihe Band 1356

Verlag C.H.Beck

Saul Friedländer bei C.H.Beck

Das Dritte Reich und die Juden

Die Jahre der Verfolgung 1933-1939.

Die Jahre der Vernichtung 1939-1943

Einbändige Sonderausgabe

Aus dem Englischen übersetzt von Martin Pfeiffer

2. Auflage. 1*317 Seiten. Leinen

«Saul Friedländers eindringliche Darstellung des Holocausts gibt den Opfern ihre Würde zurück (...) Ein Buch über den Holocaust, wie Saul Friedländer es nun vorlegt, hat es noch nicht gegeben.

Ein einzigartiges Werk.»

Norbert Frei, Neue Züricher Zeitung

«Saul Friedländer schildert die Jahre der Vernichtung mit einer ungeheuren Wucht und Dramatik. Seine Erzählform erinnert an einen Filmregisseur. Und er verbindet elegant Einzelschicksale mit dem Weltgeschehen.»

Dan Diner, Die Welt

«Eine Geschichtserzählung im besten Sinne des Wortes, eine Darstellung, die vor keiner schmerzlichen Feststellung zurückschreckt und auch keine dezidierten Urteile scheut.

Saul Friedländer hat eine exzellente Gesamtdarstellung des Holocaust geschrieben und den Opfern ein Denkmal gesetzt.»

Dieter Pohl, Der Spiegel

«Dieses Buch ist eines der wenigen, vielleicht das erste aus der Hand eines Historikers, das für die Beschreibung und Analyse der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden eine angemessene Form findet: durch die Vielzahl der Schauplätze und Perspektiven, durch die erzählerische Kraft und den zurückhaltenden, klaren Stil des Autors, und dadurch, dass Friedländer immer wieder diejenigen in den Mittelpunkt stellt, die litten und starben.»

Ulrich Herbert, Süddeutsche Zeitung

«Die wichtigste Darstellung des Holocaust aus der Feder eines Überlebenden und grossen Gelehrten – ein Meisterwerk.»

Volker Ullrich, DIE ZEIT

«Friedländers Selbstreflexion und Vertrautheit mit der Psychoanalyse machen ihn empfindsam für die Emotionen in der Geschichte. (...) Friedländer gelingt mit seiner Form der Darstellung, mit dem literarischen Stil seiner Geschichtsschreibung, Wissen und Erinnerung miteinander in Beziehung zu setzen, eine umfassende Textur zu weben, in der einzelne Fäden erhalten bleiben – strenge Wissenschaft als hohe Kunst.»

Michael Wildt, DIE ZEIT

Verlag C.H.Beck